

Franz Oppenheimer – Vordenker der Sozialen Marktwirtschaft und Selbsthilfegesellschaft

Werner Kruck

Universitätsreihe
Volkswirtschaft



BERLIN VERLAG
Arno Spitz GmbH

Inhaltsverzeichnis

Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen	11
Vorwort	13
Kapitalismus, Kommunismus, Soziale Marktwirtschaft Eine erweiterte Einführung in das Thema	19
I. Die soziale Frage im 19. Jahrhundert	36
1.1. Agrarkapitalismus und Industrialisierung	42
1.1.1. Vom Pauper zum Proletarier	52
1.1.2. Vom Meister zum Proletarier	60
1.2. Die selbstregulierte Gesellschaftswirtschaft bei Adam Smith	68
1.2.1. Die moralphilosophische Grundlage der Lehre	74
1.2.2. Die nationalökonomische Grundlage der Lehre	84
1.3. Der Laissez-faire-Kapitalismus	93
1.3.1. »Kapital« und »Profit«	97
1.3.2. Sozialpsychologischer Determinismus	104
1.3.3. Das Problem einer Lösung	111
II. Der theoretische Ansatz Franz Oppenheimers	117
2.1. Daten zur Person	117
2.1.1. Ludwig Erhard über Franz Oppenheimer	123
2.1.2. Erich Preiser über Franz Oppenheimer	124
2.1.3. Franz Oppenheimer über Franz Oppenheimer	125
2.2. Reichweite und Grenzen des Ansatzes	127
2.2.1. Kritische Gesellschaftstheorie	132
2.2.2. Die Lehre vom Bodenmonopol	134
2.3. Theoretische Voraussetzungen	139
2.3.1. Interessengegensatz und -harmonie als Objekt der Soziologie	139
2.3.1.1. Die Zunft	142
2.3.1.2. Die psychologische Motivation des Wirtes	143
2.3.1.3. Die Bedeutung des Fundes für die Theorie	148

2.3.2.	Ursprung und Entwicklung der Klassen	149
2.3.2.1.	Herrschaft und Genossenschaft	152
2.3.2.2.	Die Entstehung der Staaten	156
2.3.2.3.	Die »Krankheit« der Gesellschaft	160
2.3.3.	Die Mittel wirtschaftender Bedürfnisbefriedigung	163
2.3.3.1.	Exkurs: Die Lehre von der »ursprünglichen Akkumulation«	165
2.3.3.1.1.	Gustav Schmollers letzte Verteidigung	168
2.3.3.1.2.	Die Verteidigung durch Friedrich Engels	169
2.3.3.2.	Differenzierung: »Ökonomische« und »politische« Mittel	171
2.3.3.3.	Folgerung: Der Wettbewerb und seine Beschränkungen	174
2.3.3.3.1.	Wirtschaftsmonopole	178
2.3.3.3.2.	Wirtschaftlich wirksame Klassenmonopole	181
2.4.	Zielgrößen einer »reinen Ökonomie« und »Sozialen Marktwirtschaft«	183
2.4.1.	Begriffliche Abgrenzung von »Sozialstaat« und »Neoliberalismus«	187
2.4.2.	Die Streuung der Einkommen und Vermögen	192
2.4.2.1.	Der Sozial-Gradient	195
2.4.2.2.	Einkommensstruktur und Systemfunktion	202
2.4.3.	Wegfall des »freien« Arbeiters	209
2.4.4.	Wegfall der kapitalistischen Krisenzyklen	219
2.4.5.	Wettbewerb statt Wettkampf	225

III. Die Genossenschaft als Einrichtung privater Volkswirtschaftspolitik 227

3.1.	Die Wohnungsbau- und Wohnraumverwaltungsgenossenschaften	232
3.1.1.	Wohnungsnot und Selbsthilfe in der Geschichte	233
3.1.2.	Ökonomie der Wohnungsnot	242
3.1.3.	Probleme und Perspektiven	247
3.2.	Die Versicherungen auf Gegenseitigkeit	249
3.3.	Die Sparvereine und Kreditgenossenschaften	254
3.3.1.	Genossenschaftswesen und Geldverkehr	255
3.3.2.	Exkurs: Geld und Kredit	256
3.3.3.	Probleme und Perspektiven	262
3.4.	Die Konsumgenossenschaften	268
3.4.1.	Der Absatzweg in der Marktwirtschaft	272
3.4.2.	Die Stellung des Verbrauchers am Markt	276
3.4.3.	Probleme und Perspektiven	283
3.5.	Die Produktivgenossenschaft	288
3.5.1.	Wirtschaftspolitik und Arbeitsplatzmangel	293
3.5.2.	Das »Gesetz der Transformation«	300
3.5.3.	Probleme und Perspektiven	307
3.6.	Die Siedlungsgenossenschaft	311
3.6.1.	Die Landwirtschaftliche Produktivgenossenschaft	317
3.6.2.	Siedlungen und Lebensgemeinschaften	324

IV. Herrschaft oder Genossenschaft. Ein Blick in die Zukunft	328
4.1. Herrschaft und Genossenschaft als disjunktive Grundbegriffe der Soziologie	331
4.1.1. Der Ursprung der Begriffe und ihre Bedeutung	332
4.1.2. Die Herrschaft und ihr Kampf gegen die Freiheit	335
4.1.3. Die praktische Konsequenz der soziologischen Disjunktion	337
4.2. Das Genossenschaftswesen im Post-Totalitarismus	339
4.2.1. Das Herrschaftsprogramm »Faschismus«	342
4.2.2. Die Krise der Genossenschaftswissenschaft	346
4.2.3. Die allgemein-theoretische Ausblendung des Genossenschaftlichen	356
4.3. Franz Oppenheimers Zukunftsvision der Freibürgerschaft	362
4.3.1. Die Organisation der Staaten	365
4.3.2. Die Organisation der Wirtschaft	371
4.3.3. Ethik und Ziele der Gemeinschaft	376
Abstract	381
Literaturverzeichnis	382
Personenverzeichnis	405
Stichwortverzeichnis	412

Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen

Abb. 1: Die drei Themenschwerpunkte dieser Arbeit	15
Abb. 2: Vereinfachte Gliederungsübersicht	18
Abb. 3: Aufteilung der Wertschöpfung und Monopolgewinne	101
Abb. 4: Schematische Darstellung des Konjunkturzyklus	114
Abb. 5: Franz Oppenheimers Wirtschaftsmodell	116
Abb. 6: Biographische Übersicht und die Familie Franz Oppenheimers	119
Abb. 7: Die Stellung Franz Oppenheimers in Wissenschaft und Politik	130
Abb. 8: Unterscheidung der Monopol- und Differentialgewinne	180
Abb. 9: Idealtypen der Einkommensverteilung verschiedener Wirtschaftssysteme	198
Abb. 10: Genossenschaftliche Entstehungs- und Wirkungstheorie	228
Abb. 11: Das Oppenheimer'sche Transformationsgesetz	303
... und seine fehlerhafte Wiedergabe	306
Tab. 1: Einfluß der industriellen Revolution auf die Berufsgruppen	49
Tab. 2: Beschäftigungsentwicklung in den Gewerben mit zunehmender Technisierung	49
Tab. 3: Anteil der industriellen Erwerbsbevölkerung zur Gesamtbevölkerung im Königreich Preußen 1840 und 1861	50
Tab. 4: Landwirtschaftliche Abwanderung und gewerbliche Zuwanderung in Preußen	51
Tab. 5: Anteile Meister, Gesellen und Lehrlinge in den Gewerben, Berlin 1846	60
Tab. 6: Bevölkerungsdichte pro Quadratkilometer: Deutschland, Frankreich Italien, England (1820 - 1900)	235
Tab. 7: Einwohnerentwicklung von London, Paris, Berlin (1800 - 1900)	235

„Was der Mensch ist, verdankt er der Vereinigung von Mensch und Mensch.“
Otto Gierke (*Rechtsgeschichte I*, S. 1)

Vorwort

In dem vorliegenden Text werden die Gemeinsamkeiten und Überschneidungen aus drei Arbeitsbereichen zusammengeführt und zum Gegenstand der Betrachtung erhoben. Diese drei Bereiche sind das Genossenschaftswesen, die Theorie der Sozialen Marktwirtschaft und das theoretische Werk des Soziologen und Nationalökonom Franz OPPENHEIMER.

Als ich mich vor sechs Jahren vorwiegend mit Fragestellungen des Genossenschaftswesens beschäftigte, fiel mir auf, daß es bei der Einschätzung des makroökonomischen Systems, in dem die Genossenschaften ihre Leistungen anbieten und sich behaupten müssen, eine Reihe von Unsicherheiten gab. Die Frage, ob die *Systemumwelt der Genossenschaften* als »Kapitalismus«, »Marktwirtschaft« oder »Soziale Marktwirtschaft« aufzufassen ist und welche Rückwirkung die eine oder andere Zuordnung auf das Genossenschaftswesen erwarten läßt, ist für eine *Selbsterörterung und Kursbestimmung der Genossenschaften* von grundlegender Bedeutung. Folgerichtig eröffnete GEORG WEIPPERT das erste Heft der 1950 neu herausgegebenen »Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen« mit einem Aufsatz, der den Titel »Genossenschaftswesen und soziale Marktwirtschaft« trug.

Es war in der Neugründungsphase der Bundesrepublik Deutschland für die meisten Menschen schwer vorstellbar und vor allem ohne Beispiel, daß eine »freie« und »soziale« Marktwirtschaft den Wiederaufbau Westdeutschlands leisten und auf Dauer zu Wohlstand und sozial befriedeten Verhältnissen führen sollte. Zumindest überwogen die Fragen und Unsicherheiten bei den meisten Bürgern und Experten, so daß es auch GEORG WEIPPERT kaum vorzuhalten ist, wenn er in seinem Beitrag zum Genossenschaftswesen in der Sozialen Marktwirtschaft keinen abschließend klärenden Standpunkt beziehen konnte.

Was eine »Soziale Marktwirtschaft« sei, das dürfte vor allem jener Person klar gewesen sein, die das Fundament zu dieser »Sozialen Marktwirtschaft« in der Praxis gelegt hat: LUDWIG ERHARD. ERHARD wiederum hatte bei FRANZ OPPENHEIMER studiert und promoviert, was insofern zu wissen wichtig ist, da ERHARD als praktisch agierender Politiker nicht die im Wissenschaftsbereich übliche Zitierweise pflegte, mit der man im allgemeinen die Hintergründe seines eigenen Denkens offenlegt. Er wurde wohl nicht müde, die von ihm für wahr erachteten Zusammenhänge zu erläutern und damit Andersdenkende zu überzeugen, aber er vermied es lange, den aus

der wissenschaftlichen Literatur verbannten und zur Emigration gezwungenen OPPENHEIMER als Bezugspunkt in den Vordergrund zu stellen. Erst später sagte er in aller Deutlichkeit, daß der liberale Sozialist FRANZ OPPENHEIMER sein Lehrmeister war und hinter vielem stand, was als »Soziale Marktwirtschaft« seine erste Gestalt erhielt († 123)¹. Damit grenzte er sich offen gegenüber dem Neoliberalismus ab, der in Deutschland den Anspruch erhebt, die gültige und durch die Praxis des Wiederaufbaus bestätigte theoretische Grundlage zu sein.

OPPENHEIMER hatte sich früh als Genossenschaftstheoretiker einen Namen gemacht. In der Form des sogenannten »OPPENHEIMERSchen Transformationsgesetzes« ist er bis heute noch in der Genossenschaftsliteratur vertreten, wenngleich auch nur in seltenen Fällen authentisch. Notwendige Recherchen im Zusammenhang mit dieser Gesetzesbehauptung zwangen mich, das Werk OPPENHEIMERS einer näheren Betrachtung zu unterziehen. Zu meiner Überraschung bestach dieses nicht nur durch eine Reihe bemerkenswerter Analysen und praktisch nützlicher Schlußfolgerungen; darüber hinaus war OPPENHEIMER zu Lebzeiten ein in Deutschland durchaus bekannter Soziologe und Nationalökonom, der mit Hunderten sozialpolitischer Stellungnahmen provokante Positionen bezog oder sich um politische Aufklärung bemühte. Sein überaus umfangreiches und alle Disziplinen der Gesellschaftswissenschaften umfassendes Werk ist allein von seiner Grundsätzlichkeit her betrachtet berechtigt, zu den Klassikern der Gesellschaftswissenschaften gezählt zu werden. Dennoch: hätte es nicht dieses Transformationsgesetz gegeben, wäre mir der Name OPPENHEIMER vermutlich bis heute unbekannt.

Aus diesen »Entdeckungen« erwachsen mir zunächst zwei und später gar drei Aufgaben. Einmal war durch die geleistete Klärung des »Transformationsgesetzes« ein sozialpolitischer Diskurs eröffnet. OPPENHEIMER hatte sich mit dem Wesen des Kapitalismus wie kein zweiter zu seiner Zeit auseinandergesetzt² und die soziale Funktion der Genossenschaft dabei weit umfangreicher beleuchtet, als man es heute in der Sekundärliteratur dargestellt findet. Zweitens aber war die Verdrängung des OPPENHEIMERSchen Werkes aus dem akademischen Diskussionszusammenhang nicht akzeptabel. Das hinterlassene Gedankengut OPPENHEIMERS mag man etwa vom Standpunkt der Soziologie aus betrachtet geringer schätzen als das Werk MAX WEBERS, aber die speziell auf dem Sektor der Wirtschaftssoziologie erbrachten Leistungen OPPENHEIMERS sind, gemessen an der Beachtung, die sie bislang fanden, mindestens um den Faktor 100 unterbewertet. Gleich um den Faktor 1000 unterbewertet sehe ich OPPENHEIMER gar auf dem Fachgebiet der Ökonomie, wo er praktisch überhaupt nicht mehr wahrgenommen wird (außer bedingt durch das »Transformationsgesetz« in den Betriebswirtschaften). Der vollkommene Wissensverlust um einen der führenden Nationalökonomien Deutschlands (wie man ihn in einem

¹ Mit dem Symbol ↑ wird auf weiterführende Kapitel und Textstellen der Arbeit verwiesen. Ausgesprochene Bedeutung hier: »Siehe weiterführend Seite 7 dieser Arbeit«.

² Andere haben den Kapitalismus beschrieben oder lediglich phänomenologisch untersucht; OPPENHEIMER hat die Daten hingegen strukturiert und in ein empirisch haltbares, theoretisches System gebracht.

Nachruf der *New York Times* bezeichnete³) und um den »Großvater des deutschen Wirtschaftswunders⁴« ist ein wissenschaftsinternes Politikum. Es gibt heute keinen an einer Hochschule lehrenden Ökonomen in Deutschland, der je mit dem Werk OPPENHEIMERS in Klausur gegangen wäre und dies durch entsprechende Veröffentlichungen angezeigt hätte. Wohl gibt es zahlreiche, die über Zusammenhänge der Sozialen Marktwirtschaft forschen und lehren, aber die Mythenbildung um den Neoliberalismus ist zwischenzeitig derart hermetisch dogmatisiert, daß die dem Dogma entgegenstehende Tatsache »OPPENHEIMER« einfach nicht existiert. Selbst wenn man *nach einer Prüfung* zu dem Ergebnis käme, daß OPPENHEIMER der Lehre von der Sozialen Marktwirtschaft keine Erkenntnisse zu bieten hätte und doch nicht zu den wichtigen Ahnen des Modells gehört, so wäre der Aufwand einer ernsthaften Prüfung doch ein geringerer Verlust als umgekehrt eine unterlassene Zurkenntnisnahme, die sich als substantiell gehaltvoll erweisen würde. Wenn man nicht weiß, woher man kommt, dann weiß man auch nicht, wohin man geht. So kam als dritte Aufgabe für mich hinzu, die Theorie OPPENHEIMERS so darzulegen, daß ihre sozialökonomische Relevanz erkennbar wird.

DIE DREI THEMENSCHWERPUNKTE DIESER ARBEIT



Da die behandelten Sachthemen des Genossenschaftswesens und der Sozialen Marktwirtschaft ureigen OPPENHEIMERSche sind, konnte die dreifache Zielsetzung der vorliegenden Arbeit m. E. schadlos verfolgt werden. OPPENHEIMER hat 1896 in seinem akademischen Erstlingswerk mit dem Titel »Die Siedlungsgenossenschaft. Versuch einer positiven Überwindung des Kommunismus durch Lösung des Genos-

³ „DR. FRANZ OPPENHEIMER was one of the first half-dozen sociologists of pre-Hitler Germany and one of the leading German economists during the first two decades of this century.“ WILL LISSNER in *The New York Times* vom 1. 10.1943.

⁴ „True, were it not for Chancellor ERHARD's generous acknowledgement, few German today would know the grandfather of their *Wirtschaftswunder*.“ ADOLPH LOWE: In Memoriam Franz Oppenheimer. In: Year Book of the Leo Baeck Institute, Bd. 10, 1965, S. 137 - 149, hier 148.

senschaftsproblems und der Agrarfrage« bereits alle Fragen gestellt, deren grundsätzliche Beantwortung bis heute wichtig ist. Und die darauf folgenden 40 Jahre unermüdlicher Auseinandersetzung mit diesem Thema sind auch nicht ohne Frucht geblieben.

So kommt man von der Genossenschaftsfrage unversehens zur Frage nach dem ökonomischen Gesamtzusammenhang und von dort aus auch wieder zur Genossenschaftsfrage zurück. Denn die Genossenschaften sind einst angetreten mit dem Anspruch, den kapitalistischen Verhältnissen ihrer Zeit eine soziale Kraft entgegenzusetzen. Je nach Überzeugung und Engagement trauten sich manche gar einen Umbau der ganzen Gesellschaftswirtschaft durch Ausdehnung genossenschaftlicher Organisationsformen zu. Von diesen hochgesteckten Zielen hört man heute praktisch nichts mehr, was angesichts der Rückentwicklung des einstigen Genossenschaftswesens auf die heute bescheidenen Maße und der damit einhergehenden Krisenwahrnehmung des Genossenschaftswesens in eigener Sache verständlich ist († 346). Die Vergewaltigung des Gemeinschaftsgedankens während der NS-Diktatur hat die Bevölkerung zumindest in Westdeutschland stark individualistischen Idealen zuneigen lassen, die in der Aufbruchstimmung der »Neuzeit« auch reichlich ausgelebt werden konnten. Die Zerschlagung der alten liberal-sozialistischen Genossenschaftsstrukturen hat ferner die organisatorische Kontinuität in den Genossenschaften gebrochen und, was wohl noch tragischer ist, auch die Weitergabe der genossenschaftlichen Werthaltungen und Methoden im Kampf für die durch Gruppenselbsthilfe erreichbare Freiheit des Individuums. Und schließlich hat die unter LUDWIG ERHARD ständig zu mehr Wohlstand führende Soziale Marktwirtschaft den Druck wegfallen lassen, der die alten Genossenschaftsgründer früher von außen zur Erfindung ihrer Selbsthilfeeinrichtungen gedrängt hat.

Daraus könnte man folgern, daß da, wo Soziale Marktwirtschaft herrscht, keine Genossenschaft mehr vonnöten ist. Denn wo die vollkommene Freiheit aller Wirtschaftspersonen auf den Märkten gegeben ist und jeder nach seinem subjektiven Maßstab ein hohes Maß an Gerechtigkeit verwirklicht sieht, da braucht man schließlich um keine Verbesserung mehr zu kämpfen. Wozu also Genossenschaften *gründen*? Andererseits ließe sich fragen, wenn wirklich in einer Marktwirtschaft alles so zum Besten geordnet wäre, wäre diese Formation einer Gesellschaftswirtschaft nicht geradezu die Verwirklichung der Genossenschaftsidee?

Man sieht vielleicht schon, daß die gestellten Fragen nicht beantwortet werden können, ohne das Wirtschaftssystem und dessen soziale Implikationen zu untersuchen. Und obwohl die Bundesrepublik nun schon über vier Jahrzehnte »Soziale Marktwirtschaft« hinter sich hat, ist man sich unter den Gelehrten doch noch nicht einig, was denn diese »Soziale Marktwirtschaft« auszeichnet und ob wir eine solche Bezeichnung rechtens bis in die Gegenwart hinein beanspruchen können, um damit eine Form der Marktwirtschaft abzugrenzen, die nicht »Kapitalismus« ist.

Für den Leser, der von einer Arbeit *eine* Fragestellung und *eine* Antwort erwartet, wird die breite Anlage der behandelten Thematik möglicherweise eine Umstellung erfordern. Man kann solche Detailarbeiten mit *einer* Fragestellung leichter schrei-

ben, wenn bei dem Verfasser und der Leserschaft eine übereinstimmende Kenntnis und Ansicht bezüglich des Rahmens vorliegt, innerhalb dem diese eine Fragestellung erwogen wird. Wenn man hingegen den Betrachtungsrahmen wechselt und sich an eine Detailarbeit begeben würde, ohne der Allgemeinheit erst einmal eine Chance zu geben, den einggenommenen Standpunkt zu beziehen, dann müßte der Versuch einer Erörterung wohl völlig fehlschlagen, weil beim Leser mehr Fragen zurückblieben als Antworten angeboten wurden. Diesen Effekt habe ich mich redlich zu vermeiden bemüht und meine doch zusichern zu können, daß,

- a) wer den vorliegenden Haupttext in Gänze zur Kenntnis nimmt, mit dem System FRANZ OPPENHEIMERS hinreichend vertraut gemacht wird, um evtl. offengebliebene Fragen selber vom OPPENHEIMERSchen Standpunkt aus weiterbearbeiten zu können,
- b) die Thematik »Kapitalismus, Kommunismus, Sozialstaat und Soziale Marktwirtschaft« in allen wesentlichen Punkten erörtert und geklärt wurde und
- c) dem Genossenschaftler aus den erörterten Zusammenhängen heraus deutlich wird, worin die Problematik in den einzelnen ökonomischen Teilbereichen besteht, inwiefern der Staatsapparat nicht nur »Recht setzt«, sondern von den Bürgern auch durch Eigeninitiativen »erobert« werden muß und welcher historische Auftrag einer (genossenschaftlichen) Selbsthilfebewegung zukommt, um einer modernen Bürgergesellschaft († 362) oder ideal gedachten Sozialen Marktwirtschaft den Weg zu bereiten und bereits erreichte Schritte der Demokratisierung und Verrechtlichung unserer Gesellschaft (im Sinne zunehmender Gerechtigkeit) durch eine Ausgestaltung vorhandener Möglichkeiten und erworbener Freiheiten von unten auf abzusichern.

Um diese Thematik darzustellen, wurde die Arbeit in drei Hauptkapitel unterteilt. Der erste Teil dient einem historischen Rückblick und einer vertieften Auseinandersetzung mit dem, was auf dem Höhepunkt sozialen Elends als »Kapitalismus« bezeichnet und auch beschimpft wurde († 36). Die in diesem Teil enthaltene Auseinandersetzung mit ADAM SMITH und dessen »unsichtbarer Hand«, die das Wirtschaftsgeschehen ohne Eingriffe des Staates zum Besten lenke, wird zum Ergebnis haben, daß der durch manche Sozialisten verschriene Liberalismus sehr zu Unrecht für Dinge angeprangert wird, die die auf Macht und Herrschaft versessenen Gegner einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung zu verantworten haben († 68). Das soziale Gewissen und Verständnis des Altmeisters der Volkswirtschaftslehre war offensichtlich größer als jener Anhänger eines Laissez-faire-Kapitalismus, die sich anschließend durch SMITH bei der Durchsetzung ihrer eigenen Interessen legitimiert sahen. Gewisse Grabenkämpfe zwischen Liberalen und freiheitlichen Sozialisten erweisen sich im Zuge dieser Betrachtung als fehlgeleitet, was zu erkennen nicht ganz unwichtig ist, will man den im folgenden Hauptkapitel dargestellten »liberalen Sozialismus« FRANZ OPPENHEIMERS erst einmal offen zur Kenntnis nehmen († 117).

Im zweiten Hauptkapitel erfolgt eine Einführung in die Theorie OPPENHEIMERS, die in der zweiten Hälfte des zweiten Hauptkapitels am Gegenstand der »Sozialen Marktwirtschaft« vertieft wird († 183). Im dritten Hauptteil wechselt dann der Blick-

winkel von der übergeordneten Betrachtung der Gesellschaftswirtschaft zu den verschiedenen Segmenten der Genossenschaftsunternehmen und ihrer Teilmärkte (↑ 227). Wenngleich es auch hier bei einer Selbstverortung der Genossenschaften im übergeordneten Zusammenhang verbleibt und im eigentlichen Sinne keine Betriebswirtschaftslehre der Genossenschaft angeboten wird, meine ich dennoch, daß an den betreffenden Stellen eine Reihe nützlicher Hinweise für den Praktiker vor Ort eingeflochten werden konnten, die sich unmittelbar aus dem makroökonomischen Erkenntniszusammenhang ergeben. Aussagen etwa zur Theorie des Wohnungsmarktes oder Arbeitsmarktes findet man also nicht nur in den ersten beiden Hauptkapiteln, sondern ebenso in den Abschnitten zu den entsprechenden Genossenschaftstypen. Man beachte von daher die mit dem Symbol ↑ gekennzeichneten Querverweise auf andere Stellen des vorliegenden Gesamttextes, die gegebenenfalls zur Vertiefung konsultiert werden sollten.

VEREINFACHTE GLIEDERUNGSÜBERSICHT

<u>I. Historischer Rückblick</u>	
→ Was bedeutet »Kapitalismus«? Fakten, Ansichten, Interpretationen.	
<u>II. Die Theorie Franz Oppenheimers</u>	
a) Das Werk und seine Grundgedanken.	b) Anwendung und Übertragung auf das Konstrukt der Sozialen Marktwirtschaft.
→ Gründe, weswegen die Verwirklichung einer Sozialen Marktwirtschaft nicht dem Staat, politischen Vertretungen oder interessierten Einzelpersonen überlassen werden darf, sondern von einer breit verankerten demokratischen Bürgerbewegung getragen werden muß, um dauerhaft möglich und wirksam zu sein.	
<u>III. Das Genossenschaftswesen</u>	
→ Methoden und Wirkungen dezentral ansetzender Gestaltung von Wirtschafts- und Lebensbedingungen.	
<u>IV. Die Zukunftschance einer sozial geordneten Gesellschaftswirtschaft</u>	
→ Erkenntnisprobleme, Hindernisse, Visionen	

Kapitalismus, Kommunismus, Soziale Marktwirtschaft

Eine erweiterte Einführung in das Thema

Die Umstellung von der planwirtschaftlichen Kriegswirtschaft auf ein marktwirtschaftliches System war für die Menschen in der Bundesrepublik von einschneidender Bedeutung. Im Hintergrund stand bei allen Diskussionen die deutliche Erinnerung an das so empfundene »Versagen« früherer Marktwirtschaften. Bereits schon 1918 einmal und ähnlich wieder nach 1945 wurde von weiten Teilen der Bevölkerung »zur Bekämpfung des Kapitalismus« die Verstaatlichung der Großunternehmen und privaten Monopole gefordert oder gar gleich die vollständige Aufhebung der Marktwirtschaft und Installation eines Systems staatlicher Lenkung⁵. Die Weltwirtschaftskrise von 1929 mit nachfolgend 6 Millionen Arbeitslosen im Jahre 1933, wie auch die Aufhebung des demokratischen Systems im Anschluß, waren in der Erinnerung noch frisch. Die Quintessenz, die die gebeutelte Arbeiterschaft während der großen Krise der Marktwirtschaft gezogen hatte, faßt SCHREIBER mit den Worten zusammen: „In den Betrieben waren Lohnkürzungen und Abbau von betrieblichen Leistungen an der Tagesordnung. Die Unruhe unter der Arbeiterklasse wuchs daher von Tag zu Tag, die berechnete Angst vor Entlassung wich dem Haß auf das kapitalistische System, das die Arbeitenden und Arbeitswilligen nicht einmal zu ernähren imstande war.“⁶

Es wäre nicht fair und würde die damalige Auseinandersetzung am Scheidepunkt zur Sozialen Marktwirtschaft erheblich verkürzen, würde man gegenüber den nunmehr endgültig aufgegebenen Versuchen in den (ehemals) kommunistisch regierten Ländern den »Haß auf das kapitalistische System« im eigenen Land oder beispielsweise auch unter der damaligen Arbeiterschaft Englands und Frankreichs leugnen. Auch in Westdeutschland gab es parteiübergreifend Stimmen, die vor einer Rückkehr zur freien Marktwirtschaft warnten und an den Methoden staatlicher Wirtschaftslenkung, wie sie im Krieg praktiziert worden waren und in Ostdeutschland anschließend weiterentwickelt wurden, festhalten wollten⁷. Hauptsächlich die Westbindung Westdeutschlands, und nicht etwa eine geläuterte Überzeugung, dürfte den Ausschlag dafür gegeben haben, daß die Marktwirtschaft unter ERHARDS Führung eine weitere Chance erhielt.

⁵ Vgl. KLAUS NOVY: Strategien der Sozialisierung. Die Diskussion der Wirtschaftsreform in der Weimarer Republik. Frankfurt a. M. 1978, S. 13 f.

⁶ PETER W. SCHREIBER: IG Farben: Die unschuldigen Kriegsplaner. Stuttgart 1978, S. 45.

⁷ Vgl. THOMAS LÖFFELHOLZ: Der Mann, der dem Land heute fehlt. Er machte die soziale Marktwirtschaft: Zum 100. Geburtstag von Ludwig Erhard. In: Die Welt vom 25.01.1997, S. G1. Ebenso RÜDIGER ALTMANN: Wirtschaftspolitik und Staatskunst. Wirkungen Ludwig Erhards. Bonn 1977, S. 13.

Unumstritten waren ERHARDS Bestrebungen damals keineswegs, wovon die hitzigen Debatten im Bundestag ebenso zeugen wie die Kommentare in der Presse. Gewiß, die Deutschen waren während des Faschismus antikommunistisch und blieben es mehrheitlich im Westen auch danach. Aber der sogenannte »National-Sozialismus« hatte die Unordnung der Wirtschaftskrise nach 1933 spürbar durch politische Eingriffe verändert, die, von der angewandten Methodik her betrachtet, den Staat (oder eine politische Führung) ganz ähnlich über die Wirtschaft setzte, wie dies auch von den Kommunisten befürwortet wurde. In ihrer kritischen Distanz zur freien Marktwirtschaft waren die Überzeugungen der Faschisten und Kommunisten frappierend ähnlich, worauf OPPENHEIMER frühzeitig hinwies⁸.

Vor diesem Hintergrund beleuchtet, muß der erneute Schritt in die Marktwirtschaft als ein eher unwahrscheinliches Ereignis angesehen werden, das letztlich auch nur eine Person wie etwa LUDWIG ERHARD mit reinem Gewissen und aus vollem Herzen einfordern konnte, der ganz gleich wie OPPENHEIMER *wußte* (bzw. ohne Selbstzweifel davon überzeugt war), daß es im Gegensatz zur kapitalistischen Marktwirtschaft auch möglich war, eine Marktwirtschaft mit sozialen Resultaten einzurichten. Jeder andere Sprecher, der um diese Möglichkeit weniger genau Bescheid gewußt hätte, wäre entweder von seinem Gewissen zu anderen Annahmen geleitet worden oder hätte die marktwirtschaftliche Option aus einer Naivität heraus begründet, die es ihm in der Praxis unmöglich gemacht hätte, der Marktwirtschaft tatsächlich die Weichen zum Erfolg zu stellen. Erst aber die *gelungene Tat* und vor allem, daß *Wohlstand* und keine Neuauflage marktwirtschaftlichen Nichtfunktionierens eintrat, sicherte dem verfolgten Ansatz die dauerhafte politische Zustimmung auch unter der Arbeiterschaft.

Mit diesem Stück Realgeschichte hat die Bundesrepublik Deutschland, die vor und zwischen den Kriegen viele ihrer Bürger aus Armut zur Auswanderung etwa nach Amerika veranlaßte, eine Trendwende geschafft. Behauptungen dergestalt, daß die Zerstörungen des Krieges und die nachfolgenden Kräfte des Wiederaufbaus ursächlich für die Trendwende stünden, gehören in die Kategorie des Üblichen, bei dem immer wieder tatsächlich vonstatten gegangene Prozesse als »Ursache« für das gesetzt werden, was es eigentlich zu erklären gilt. Man wird erleben, daß es nach Kriegen immer wieder zu *keinem* Neuaufbau und »Wirtschaftswunder« kommt, ja, die Betroffenen ohne internationale Hilfe nicht die einfachsten Bedürfnisse abdecken können, geschweige denn die wertschaffende Kraft der Arbeit in einem Maße

⁸ Siehe FRANZ OPPENHEIMER: Weder so - noch so. Der dritte Weg! Potsdam 1933. Auf dem Titelbild sind die Insignien des deutschen Faschismus (Hakenkreuz) und des Kommunismus (Hammer und Sichel) mit abgedruckt, gegen die sich OPPENHEIMER in dieser Schrift wendet. Die gleichen Argumente findet man auch schon in FRANZ OPPENHEIMER: Kapitalismus - Kommunismus - Wissenschaftlicher Sozialismus. Berlin 1919. Man kann den Faschismus mit OPPENHEIMER als eine politische Ökonomie auffassen, die die im Kapitalismus angelegten Herrschaftsverhältnisse über eine Krise hinweg fortführt, während der Kommunismus eine politische Ökonomie darstellt, die die Herrschaftsverhältnisse in ihren Vorzeichen umkehrt, ohne dabei das Prinzip der Herrschaft zu berühren. Beide Systeme beruhen - wie alle politischen Ökonomien - auf einem hohen Maß an Unfreiheit des einzelnen und auf dem Prinzip der Bewirtschaftung einer Unterklasse durch eine Oberklasse.

freigesetzt wird, daß sich darüber irgend jemand »wundert«. Es gibt genügend Beispiele für dauerhaftes Siechtum, wie es auch Beispiele eines gelungenen ökonomischen Wiederaufbaus gibt (besonders in Asien, z. B. Südkorea). Der springende Punkt bei einer Unterscheidung ist somit nicht der Grad der Zerstörung (des Alten), sondern die Anlage der Konstruktion zum Zeitpunkt des Neubeginns. Und da die Ursache der zerstörerischen Konflikte oft in den alten politischen Gegebenheiten wurzeln, die mit einem verlorenen Krieg ihre Machtbasis verlieren, kann nach solch einer sinnlosen materiellen Zerstörung durchaus ein neues geistiges Zeitalter anbrechen, das ein wirtschaftendes Volk plötzlich durch Arbeit reich werden läßt, wo Arbeit vorher brach lag und der Arbeitende eher arm blieb.

Wie dem auch sei, so wird man für die Bundesrepublik eine Positivleistung konstatieren dürfen, die als richtige Anlage der Konstruktion ihre Kräfte freisetzte und genauso gut völlig anders hätte ausfallen können. Damit ist bis hierhin erst der Rahmen benannt, innerhalb dessen sich faktisch etwas abspielte. Die treffende Erläuterung dazu mag man irgendwo geschrieben finden oder nicht: sie schwebt gleichsam über dieser Realität und fordert von den nachfolgenden Generationen allenfalls ein Erkennen, damit das Geschaffene erhalten, weiterentwickelt oder gar weitervermittelt werden kann.

Die Diskussionen in der jungen Bundesrepublik und auch noch später wurden häufig von dem Mangel begleitet, daß die Trennlinie zwischen »Kapitalismus« und »Sozialer Marktwirtschaft« unklar blieb, bis hin zu der Behauptung, daß es keine Trennlinie gäbe und alles Wirtschaften entweder im Rahmen einer »Marktwirtschaft« oder einer »Planwirtschaft« vonstatten ginge, ohne daß man bei der Marktwirtschaft weiter differenzieren dürfe. Die idealtypische Gegenüberstellung von Markt und Plan bzw. die *Behauptung*, daß »Markt« und »Plan« *Idealtypen* seien, beinhaltete die Vorstellung, daß es so etwas wie einen gutfunktionierenden marktwirtschaftlichen Selbststeuerungsmechanismus gäbe, der durch die wirtschaftspolitischen Interventionen der politischen Gesellschaft (Parteien, Regierung, Staat) lediglich beeinträchtigt werden könne. Markt und Plan sind aber keine untereinander ersetzbare Idealtypen, sondern völlig verschiedene Regelungsprinzipien. So beherrscht der Plan alle Kalküle der einzelnen Wirtschaftspersonen und ebenso der Personenverbände (Betriebswirtschaften). Würde der Mensch in seinem privaten Bereich nicht planen, dann ermangelte es ihm in seinen Handlungen der Übersicht und Zielorientierung⁹. Es ist aber schon die Frage, bis auf welche Größenordnung man die nach Plan wirtschaftenden Personenverbände anwachsen lassen kann, also in welchen Größenordnungen komplexe Zusammenhänge überhaupt überschaubar und planbar sind. Die Idee der Planwirtschaft als Form einer Gesellschaftswirtschaft weitet quasi das betriebswirtschaftliche Rationalitätsmodell über den Großkonzern hinaus aus und betrachtet das Gesamttaggregat aller wirtschaftenden Personen eines Staatsgebietes wie ein einziges Unternehmen. Nun gehört aber zum Begriff des Wirtschaftens das Abwägen von Aufwänden und Erträgen. Das kann in Be-

⁹ Vgl. LUDWIG ERHARD: Freie Wirtschaft und Planwirtschaft. In: Ludwig Erhard, Gedanken aus fünf Jahrzehnten, Reden und Schriften, Düsseldorf 1988, S. 69-72. (Erstveröffentlichung 1946)

triebswirtschaften schon zu dem Problem führen, daß die Anteile der einzelnen Wirtschaftspersonen und Abteilungen am Gesamtaufwand und Gesamtertrag unklar sind. Je größer ein Konzern ist, desto größer wird das Problem der internen Leistungszurechnung, und zwar ganz einfach deswegen, weil es überaus schwierig ist, innerhalb solcher Wirtschaftsverbände freie Preisbildungsprozesse einzurichten. »Preise« sind aber, so sie sich frei von Machteinflüssen bilden können, der exakte Maßstab für »Leistungen« in einer *auf Verbraucherwünsche* hin orientierten Tauschwirtschaft. Wohl tauschen auch in Planwirtschaften arbeitsteilig spezialisierte Produzenten ihre Leistungen untereinander, aber sie handeln im Rahmen eines Wirtschaftssystems, in welchem durch Ausdehnung des betriebswirtschaftlichen Regelungssystems auf das Gesamtsystem der *freie Preisbildungsprozeß* aufgehoben wurde. In einer Marktwirtschaft mit einem freien *Wettbewerb um die Kundenakzeptanz* werden die Wirtschaftspersonen und Betriebswirtschaften zumindest an der Schnittstelle zum Markt hin gezwungen, den Gesamtaufwand ihrer Wirtschaftseinheit festzustellen und diesen obendrein so gering zu halten, wie dies bei Nutzung der gesellschaftlich vorhandenen technischen Standards und unter Berücksichtigung der gesetzlichen Auflagen möglich ist. Die Probleme mit den möglichen Irrtümern in Planungsprozessen und das Problem der sachgerechten Leistungsbewertung wird bei einer Mischung aus freier Betriebs- und Marktwirtschaft auf vergleichsweise kleine Einheiten beschränkt, die zwar als einzelne irren können und dafür mit Einbußen bei ihren Erträgen »bestraft« werden, die aber in der Masse aller Akteure versuchen, mit ihren Angeboten erfolgreich zu sein, was in nicht monopol- oder kartellartig beherrschten Marktsegmenten nur dadurch bewerkstelligt werden kann, daß man den Kundenwünschen nach Kräften entgegenkommt. Dieser Zwang zur Rationalität bei Preis und Qualität, wie überhaupt die Möglichkeit zur objektivierten Leistungsbeurteilung, ist ein *Resultat des Marktprozesses*, der sich durch keine planwirtschaftliche Maßnahme mit gleichem Resultat ersetzen läßt.

Wenn klar ist, in welchem Ausmaß ein Wirtschaftsverband durch Ausdehnung des betriebswirtschaftlichen Rationalitätsprinzips an Rationalität verliert, wie sehr also die freie Preisbildung und unverfälschte Leistungsbewertung zum Begriff der Rationalität im wirtschaftlichen Zusammenhang gehört, dann wird man das Plan-Prinzip und das Markt-Prinzip nicht gegeneinanderstellen, als sei das eine des anderen Feind oder als sei das eine durch das andere ersetzbar, sondern ein jedes erfüllt in seinem Bereich eine Funktion. Markt- und Planprozesse gehören beide *gleichermaßen* zu dem Begriff einer rationalen Gesellschaftswirtschaft. Den kommunistischen Planstrategen kann man somit die Vernichtung des freien Preisbildungsprozesses und Warenverkehrs als Fehler nachweisen, ohne andererseits damit bereits erklärt zu haben, warum auch Marktwirtschaften schlecht funktionieren können. Oder, anders gesagt, geht mit der Entlarvung eines Irrtums bei den kommunistischen Strategen noch nicht zwingend die Entdeckung oder Bestätigung einer wahren Erkenntnis bei den Marktwirtschaftlern einher. Diese müssen vielmehr ganz gesondert für sich klären, unter welchen Randbedingungen Marktwirtschaften zu sozial wünschenswerten Resultaten führen. Was muß der Staat und Gesetzgeber regeln, und unter welchen Regelungen kann den einzelnen Akteuren schadlos Handlungs- und

Entscheidungsfreiheit gewährt werden? Auf gar keinen Fall ist die Marktwirtschaft ein voraussetzungsloses Ideal, das aus sich heraus ohne Wissen und kulturell gewachsenes Verständnis funktioniert¹⁰. Gerade aber weil die westlichen Kulturnationen hinsichtlich des Wissens über ihre eigene Regelungsgrundlage sehr unvollkommen geblieben sind, haben sie den zusammenbrechenden östlichen Plan-Systemen keine wirkliche Hilfe leisten können. Was man den ehemals kommunistischen Ländern bot, war nicht ein Weg in die Soziale Marktwirtschaft. Das rasante Umschlagen der kommunistischen Länder in kapitalistische Elendsregionen, in denen nichts von funktionierendem Markt, aber sehr viel von entfesselter Ausbeutung und Kriminalität seitens der Stärkeren zu beobachten ist, wird hier zu einem noch lange anhaltenden Machtkampf zwischen den Fraktionen führen, die gemeinsam eines nicht wissen: wie man ein Land zu Wohlstand und sozialem Frieden führen kann¹¹.

Es fällt den Denkern bis heute schwer, die Freiheit des Marktes und die Zielgerichtetheit des betriebswirtschaftlichen Plan-Prinzips so in einer gesellschaftswirtschaftlichen Anschauung miteinander zu verbinden, daß beide ausschließlich ihre Nutzenanteile entfalten. Ein Problem bei der Diskussion dieser Dinge dürfte aus jenem *Interessenkonflikt* herrühren, dem jeder Mensch in seiner Doppelfunktion als Nachfrager und Anbieter von Leistungen ausgesetzt ist. Während der Mensch in seiner Eigenschaft als Konsument daran interessiert sein muß, daß die durch seine Nachfrage gesetzten Preissignale das Produktions- bzw. Marktgeschehen steuern, ist umgekehrt der Markt für den Menschen in seiner Eigenschaft als Produzent eine unangenehme Hürde, die es zu bewältigen gilt. Wo nun aber die Produzenten genügend Macht auf sich vereinigen können, da legt sich ihnen seit altersher der Gedanke nahe, die Hürden des Marktes nicht mit überzeugenden Angeboten zu bewältigen, sondern die als Hindernis oder gar Gefahr (des Scheiterns) aufgefaßten Marktmechanismen zu *überwältigen*.

Im marktwirtschaftlichen System gibt es aus der Psychologie der Akteure heraus eine Tendenz, den privaten Erfolg im Produktionszusammenhang auch gegen das anonyme Konsuminteresse der Allgemeinheit mit weniger feinen Mitteln durchzusetzen. Darüber hinaus bleibt die Macht von Wirtschaftspersonen nur selten auf

¹⁰ Vgl. KARL GEORG ZINN: Soziale Marktwirtschaft. Idee, Entwicklung und Politik der bundesdeutschen Wirtschaftsordnung. Mannheim 1992, S. 47.

¹¹ „Die *Moscow Times* schrieb neulich, daß die Steuerhinterziehung einen Grad erreicht habe, der den Staat lahmzulegen droht: Mehr als 12.000 große Unternehmen haben 1994 überhaupt keine Steuern bezahlt, und noch viel schlimmer treiben es die privaten Geschäftsleute. Der stellvertretende Chef eines Forschungsinstituts im Innenministerium sagt: »Mehr als zwanzig Prozent aller Unternehmer standen irgendwann vor Gericht, und mehr als vierzig Prozent aller Geschäftsleute haben ihr erstes Kapital in der kriminellen Sphäre erworben.« (...) Vor allem die schweren Verbrechen, einschließlich der Auftragsmorde, mit denen ein Konkurrent aus dem Wege geschafft wird, nehmen zu. Allein in Moskau sind im Februar dieses Jahres angeblich 113 Morde registriert worden - wobei es sich bei den Opfern gewöhnlich um Unternehmer oder Bankiers gehandelt habe. Auch drei Abgeordnete waren dabei.“ MARION GRÄFIN DÖNHOF: Moskauer Gespräche: Eine raffgierige Nomenklatura, Verbrecherbanden, Krieg gegen Tschetschenien und eine hohe Inflation - ist Rußland noch zu regieren? In: Die Zeit, Nr. 15 vom 7. April 1995, S. 4.

rein ökonomische Sachverhalte beschränkt (Marktmacht), sondern hat die stete Neigung, sich mit der Macht politischer Personen zu verbünden¹². Der Staat (bzw. die einem Allgemeininteresse verpflichteten politischen Personen und Beamten), der eigentlich die Wettbewerbsordnung gegen das stets angreifende Privatinteresse der Produzenten schützen müßte und der einzig der Allgemeinheit der Bürger in ihrer Funktion als bedürftende Nachfrager verpflichtet sein sollte, ist als Machtinstrument, zumindest was seinen Ursprung und seine Traditionen angeht, keine eindeutig am Allgemeininteresse orientierte Einrichtung, sondern vielfach eine Privatveranstaltung herrschender Personenkreise und »Eliten«, die durch enge Bündnisse wechselseitig ihre Macht, ihren Einfluß und wiederum privaten Nutzen in Staat und Wirtschaft maximieren. Im Zuge der Formation dieses privilegierten Privatinteresses wird dann häufig die Freiheit der Allgemeinheit durch eine Reihe »allgemeingültiger Regelungen« zu einer Freiheit von Minderheiten und Clubs verkehrt, die als einzige aus diesen Regelungen handfeste Vorteile für sich ableiten können. Jede Zollschranke nach außen hat beispielsweise keine andere Wirkung, als der Gesamtheit aller inländischen Konsumenten höhere Preise für bestimmte Produkte aufzunütigen und gleichzeitig die inländischen Kapitale zu schonen, die in diesem Gewerbezweig eingesetzt sind¹³. In Geld und Ertrag ausgedrückt macht es für den Produzenten keinen Unterschied, ob er die Leistungsanforderung des Marktes mit guten Angeboten »bewältigt« oder den wirkenden Marktmechanismus mit außerökonomischen, politischen Mitteln »überwältigt«. Faktor bei letzterem ist lediglich die zur Verfügung stehende Macht, die, wenn sie erst einmal in hinreichendem Maße akkumuliert ist, mit schöner Regelmäßigkeit auch mißbraucht wird. Deswegen, weil sich ökonomische und politische Macht in einem Staat mit schwächlicher Demokratie und Wirtschaftsordnung stets in klingender Münze auszahlt, muß das »Verdienen durch Machteinsatz« auch Teil einer politisch-ökonomischen Theorie sein.

Wohlgemerkt wurde bis hierhin der freie Preisbildungsmechanismus als Erfolgshürde für die *Produzenten* diskutiert. Wenn man das Argument der freien Preisbildung nun gleichermaßen anwenden will, um damit etwa den Wohnungsmangel oder die Arbeitslosigkeit zu »bekämpfen«, dann beruht diese Umkehrung wieder auf einem Trugschluß. Die Produzenten sind gegenüber den Konsumenten nämlich in der Situation absoluter Entscheidungsfreiheit hinsichtlich des Zustandekommens eines

¹² Beispielsweise sind viele deutsche Politiker frei von jeder Regung des Gewissens, wenn es darum geht, hochdotierte Aufsichtsratsposten in der Wirtschaft zu besetzen oder neben ihrem Amt als Parlamentarier und Minister Rechts- und Wirtschaftsberatungsbüros zu unterhalten (z.B. ZIMMERMANN/München, MÖLLEMANN/Düsseldorf). Dabei ist nur zu offensichtlich, daß die Unternehmen sich die Berater aus der Politik leisten, eben weil sie in Amt und Würden stehen und Einfluß auf das Geschehen in Politik und Staat haben.

¹³ Man begründet solche Maßnahmen nach außen natürlich stets anders, etwa mit dem »Schutz inländischer Arbeitsplätze«, obwohl die bei sinkenden Preisen eines Produktes freierwerdende und die über den internationalen Handel umgeschlagene Kaufkraft lediglich eine Umorientierung der Nachfrage und damit auch der Produktionskapazitäten und Arbeitsplätze erwarten ließe. Stattdessen verhindert man mit seiner Zollpolitik eine von den Preissignalen getragene Strukturanpassung und läßt die Allgemeinheit für Dinge bezahlen, von denen nur wenige »alteingesessene« Produzenten einen Nutzen haben.

tatsächlichen *Leistungsangebotes*. Sie entscheiden über die eingesetzten Mittel und angebotenen Produkte. Hätte der Konsument über seine freie Kaufentscheidung keine Möglichkeit der *Rückwirkung auf den Produzenten*, dann ginge die Entscheidungsfreiheit der Produzenten einher mit einer völligen Ohnmacht der Konsumenten. Daß also das Zusammenspiel von Produktion und Konsum funktioniert, hat seine Ursache in dem *Machtausgleich*, über den der unorganisierte Konsument als Masse per Preisbildung Einfluß auf die organisierte Produktion erhält.

Diese Ausgeglichenheit ist nun aber auf dem Teilmarkt der abhängig Beschäftigten und auf dem Wohnungsmarkt gegenwärtig nicht gegeben. Die Märkte wären vergleichbar, wenn die überwiegende Zahl aller Menschen beispielsweise Wohnraum besäße, nur eben nicht unbedingt im eigenen Wohnraum wohnen würde, also auf der einen Seite mit einem Angebot als Vermieter aufträte und auf der anderen Seite mit einer Nachfrage als Mieter (und im Notfall immer den eigenen Wohnraum bewohnen könnte, der sich dann vielleicht nur nicht dort befindet, wo die Person ihren Lebensmittelpunkt haben möchte). Bei einer solch grundsätzlichen Vollversorgung mit und Gleichverteilung von Wohnraumeigentum gäbe es keinen Machtspielraum der Vermieter. Ähnlich könnte es sich mit den Arbeitsplätzen verhalten. Tatsächlich befindet sich aber nicht jeder Arbeitswillige gleichzeitig in der Rolle eines Arbeitsplatzbesitzenden und nicht jeder Wohnungssuchende gleichzeitig in der Rolle eines Wohnungsanbieters. Die Gesellschaft ist gespalten in Menschen, die über etwas verfügen, und Menschen, die dessen einseitig bedürfen, *ohne fähig zu sein, ihr Bedürfnis auf eine andere Weise abzudecken, als ihrerseits die von den Verfügungsberechtigten gesetzte Hürde zu nehmen, die sie anderenfalls von einem Beschaffungserfolg am Markt ausschließt*. Muß sich in der Beziehung Produzent-Konsument der Produzent den Markterfolg erkämpfen und ist diese Angelegenheit aus Sicht eines Kräftegleichgewichtes wohl geordnet, weil sich in dieser Beziehung der über die Mittel zur Tätigkeit verfügende Produzent dem bedürftenden Konsumenten nicht verweigern kann, wenn er denn Erfolg haben will, so gibt es dieses Kräftegleichgewicht bei einer Unterversorgung mit Wohnungen und Arbeitsplätzen nicht. Für die Besitzer dieser knappen Güter ist eine Mangelsituation völlig unbedrohlich und führt lediglich bei den Wohnungs- und Arbeitslosen zu einer Existenzbedrohung. Wenn diese aber eine höhere Miete bezahlen, um eine Wohnung oder einen Arbeitsplatz einnehmen zu dürfen, dann erhöht das den Ertrag der Wohnungs- und Arbeitsplatzbesitzer, ohne daß sie dafür eine zusätzliche Leistung erbringen müssen. Die wirtschaftswissenschaftliche Theorie behauptet nun, daß erhöhte Profite in einem Bereich zu verstärkter Investition in demselben führen und damit der Wohnungsbestand wieder erhöht werde. Im Falle der Arbeitsplätze ist dies offensichtlich nicht der Fall, da ein Unternehmen kein Interesse daran hat, möglichst vielen Personen Beschäftigung zu bieten, sondern einen möglichst hohen Gewinn mit möglichst wenigen Personen zu teilen. Und auch ein Wohnungsbesitzer hat kein Interesse daran, eine Vollversorgung des Marktes herzustellen. Wie hoch aber muß der Profit in einem Investitionsbereich stehen, damit eine selbsttätige Minderung des profitmehrenden Mangels einsetzt? Ist diese Fragestellung nicht eine völlig andere als die des selbsttätigen Interessenausgleiches zwischen Produzenten und Konsu-

menten? Wohin soll ein Wohnungssuchender ausweichen, wenn er mit einem Unterangebot an Wohnungen konfrontiert wird? Ein Unterangebot an Konsumartikeln gibt es schließlich aus der Konstellation Produzent-Konsument heraus nicht, so daß er immer eine Wahl und Substitutionsmöglichkeiten hat, selbst wenn einzelne Produzenten den Markt mit ihrer Macht zu ihren Gunsten beeinflussen. Aber der Wohnungs- und Arbeitsuchende könnte lediglich in die eigene Bautätigkeit und Selbständigkeit flüchten. So er dazu aber aus seiner Situation heraus nicht fähig ist, hat er auf die Angebotssituation und Leistungsbereitschaft der Wohnungs- und Arbeitsplatzbesitzer (Unternehmer) keinen weiteren Einfluß. Die Logik, daß er sich unterwerfen solle, bis er als Ausbeutungsobjekt eines in jeder Hinsicht stärkeren und unabhängigeren Verhandlungspartners taue, ist nicht identisch mit dem Selbststeuergedanken der Produktions- und Konsumsituation einer Marktwirtschaft, in der über den freien Preisbildungsprozeß ein Interessenausgleich eingerichtet ist. Eine harmlose Differenzierung zwischen Besitz und Nichtbesitz gibt es deswegen nur dort, wo sich der Besitz auf unrentierliche Wertgegenstände beschränkt. Ist er hingegen die Grundlage einer einseitigen Abhängigkeit, aus der der Nichtbesitzer durch äußere Umstände nicht entfliehen kann, dann ist er eben auch die Grundlage einer möglichen Ausbeutung, die jederzeit stattfinden kann, wenn der Besizende dies wünscht. Hier auf die Freiheit der stärkeren Partei zur Abschaffung eines sozialen Mißstandes zu setzten, hieße der treibenden Kraft des Mißstandes zu einem absoluten Recht zu verhelfen.

Ökonomische Zusammenhänge *können* so geordnet sein, daß sie von sich aus selbsttätig ein optimales Ergebnis herbeiführen, sie *sind* dies aber nicht in jedem Fall und schon gar nicht »von Natur aus«. Was ein »optimales Ergebnis« des Wirtschaftsprozesses sei, wird ein Milliardär sicherlich anders auffassen als ein Obdachloser. Ersterer strebt nach Chancen der Vermögensmehrung und gegebenenfalls Ausbeutung anderer, während der Obdachlose vielleicht froh wäre, wenn er überhaupt einen Weg zurück in die Gesellschaft fände. Was wünschenswert, erträglich oder optimal ist, kann deswegen nicht über den Maßstab einzelner Individuen definiert werden, sondern definiert sich auf dem Weg über die Gesellschaftsauffassung demokratischer Mehrheiten. Die so zustandegekommene Auffassung einer Zeit wird variieren und bleibt in ihrer normativen Gestalt ohne wissenschaftlichen Wahrheitsanspruch. Man kann die als »öffentliche Meinung« geäußerten Sollvorstellungen aber ernst nehmen und durch wissenschaftliche Darlegung der wirkenden Zusammenhänge das Wissen bereitstellen, mittels dem dann die handelnden Akteure zielgerichtet Einfluß nehmen können und erreichbar wird, was das Gewissen oder die Not dem einzelnen und den demokratischen Gemeinwesen zu erreichen gebietet. Das heißt, es wird durch eine Systembetrachtung untersucht, zu welchen Resultaten die innere Logik eines systemischen Zusammenhanges führt, welche Variablen sich mit welchem Resultat systemimmanent beeinflussen lassen, aber auch welche alternativen Regelungszusammenhänge denkbar wären.

Während viele Volkswirte »die Ökonomie« so auffassen, als basiere sie auf einer eigenen, inneren Gesetzmäßigkeit, die unabhängig von menschlichem Handeln Gültigkeit habe, geht die Sichtweise des Soziologen eher von einer menschlichen Ge-

machtheit aller gültigen Regelungszusammenhänge aus, die einem wie »ewig gültige« erscheinen können, weil der einzelne Mensch in der Regel nur diese tradierten »Normalitäten« kennt und keine Neigung hat, durch theoretische Abstraktion das nicht vorhandene, aber ebenso mögliche »andere« zu sehen bzw. die Bedingtheit des Zustandekommens der für ewig erachteten »Normalitäten« aufzuschlüsseln. Was die Volkswirte als Glauben an den Anfang ihrer Modellkonstruktion stellen und fortan unhinterfragt als Tatsache ihres Modellzusammenhangs behandeln¹⁴, das wird der Soziologe erst einmal gründlich auf seinen Wahrheitswert hin befragen. Das heißt, er geht einen Schritt zurück vor den Punkt, ab dem die Volkswirtschaftslehre einsetzt und ihre Annahmen trifft, und untersucht zunächst das Handeln der Wirtschaftspersonen und ihrer Aggregationen auf ihre treibenden Handlungsmotive, angewandte Methoden und Regelmäßigkeiten des Geschehens hin. Was diese Grundlagenforschung - die einer eigentlichen Volkswirtschaftslehre vorausgehen sollte - dann allerdings zeitigt, läßt starke Zweifel an dem aufkommen, was die Volkswirte selber zwischenzeitig als »wahr« institutionalisiert haben. Die tradierten Modelle erscheinen im erweiterten soziologischen Zusammenhang betrachtet als unvollständig und deswegen partiell unrichtig, was dann dazu führen kann, daß mit volkswirtschaftlichem Instrumentarium betrachtete ökonomische Zusammenhänge falsch gedeutet werden und Problemstellungen, wie etwa die gesellschaftlich unerwünschte hohe Dauerarbeitslosigkeit, unauflösbar bleiben.

Diese »andere« soziologische Sichtweise des Ökonomischen findet man stark vertreten bei ADAM SMITH, der zwar den Begriff der Soziologie noch nicht kannte, aber doch aus einer sehr komplex verstandenen gesellschaftswissenschaftlichen Theorie heraus die wesentlichsten Punkte isoliert hat, die den Teilbereich der Gesellschaftswirtschaft bzw. Volkswirtschaft ausmachen. In der später erschienenen Literatur deutschen Ursprungs haben Autoren wie JOHANN HEINRICH VON THÜNEN, KARL MARX, FRIEDRICH ENGELS, EUGEN DÜHRING, FRIEDRICH LIST und andere von einem ähnlich umfassenden gesellschaftstheoretischen Standpunkt aus versucht, Aussagen über den ökonomischen Teilbereich zu machen. Und zu den großen Namen der letzten Generation zählen vor allem MAX WEBER, der Soziologe und Nationalökonom war, JOSEPH SCHUMPETER, der als bedeutender Ökonom stark soziologisch dachte, sowie FRANZ OPPENHEIMER, der als Soziologe und Nationalökonom die Wirtschaftssoziologie bzw. Sozialökonomie zum Zentrum seiner wissenschaftlichen Arbeiten gewählt hat.

FRANZ OPPENHEIMER selber hat in die Theorie vor allem jene begriffliche Unterscheidung eingeführt, die von mir oben bereits verwendet wurde: die Unterscheidung des Handelns von Wirtschaftspersonen nach ihren ökonomischen und/oder politischen (außerökonomischen) Mitteln. Wenn man diese Trennung in aller Konsequenz durchdenkt, dann wird bezüglich des Zusammenspiels von Staat und

¹⁴ Vgl. BENJAMIN WARD: Die Idealwelten der Ökonomen. Liberale, Radikale, Konservative. Frankfurt a. M. 1981, S. XIX: „Denn mein viertes und letztes Ziel ist es, dem Leser deutlich zu machen, daß die Nationalökonomie in ihrer Struktur - in der Art, wie sie Fragen stellt und beantwortet, wie auch in der Art, wie aus ihr wirtschaftspolitische Folgerungen gezogen werden - völlig von Ideologie durchdrungen ist.“

Wirtschaft eine andere Perspektive eröffnet, bei der *die Allgemeinheit der Bürger* als eigentlich übervorteilte und zu befreiende Gruppierung in den Mittelpunkt des Interesses rückt. Das Staats- und Wirtschaftsgeschehen wird bei OPPENHEIMER nicht a priori vergöttert oder verdammt, sondern ist eine instrumentelle Form, die von Menschen mit persönlichen Interessen mal unter Beachtung und mal unter Mißachtung höherer Gerechtigkeitsmaßstäbe ausgefüllt wird, je nachdem, ob die soziale Bezugsgruppe der Akteure in Wirtschaft und Staat mit der von ihr behandelten Allgemeinheit identisch oder von ihr klassenmäßig verschieden ist.

Obleich MAX WEBER gerade diese analytische Unterscheidung des »politischen« und »ökonomischen« Mittels der Einkommenserzielung von OPPENHEIMER anerkannt hat¹⁵, konnte sie sich bislang doch nicht gegen das Verlangen der Volkswirte nach einer »rein ökonomischen« Modellehre durchsetzen, in der der Anteil der »politischen Ökonomie« der Gesellschaftswirtschaft meist per Theorieansatz ausgeklammert wird. Von der heutigen Volkswirtschaftslehre aus gesehen kann die Lehre OPPENHEIMERS nicht angenommen werden, weil die von OPPENHEIMER vertretene Sichtweise, die Volkswirtschaftslehre (die Lehre von der Gesellschaftswirtschaft) als Teilbereich der Soziologie zu begreifen, nicht angenommen werden kann. Aber auch umgekehrt wagen sich im Zuge der Spezialisierung der gesellschaftswissenschaftlichen Einzeldisziplinen immer weniger Soziologen auf das hochkomplexe Feld der Wirtschaftsgesellschaft und ihrer Gesellschaftswirtschaft. Auch von dieser Seite aus beugt man sich in aller Regel dem Anspruch der Volkswirtschaftstheoretiker, Statistiker und Mathematiker, die ihre Vorstellung von einer »reinen« Modellökonomie mit rein ökonomischer Eigengesetzlichkeit gegen jede Gesellschafts- oder Sozialwissenschaft verteidigen.

Der tiefe Graben der Nichtverständigung zwischen Soziologen und Volkswirten hat ein eigenes, ideologisches und klassenkämpferisches Moment. Einst waren es nämlich die Marxisten, die die Volkswirtschaftslehre der Herrschenden mit der größten Wucht historischer und soziologischer Argumente angriffen. Weil aber die den Kapitalismus verherrlichende und zur herrschenden »Theorie« gewordene Ideologie in sich zu widersprüchlich und fadenscheinig war, um den marxistischen Angreifern standhalten zu können, verlegte man die Verteidigung der eigenen Anschauung in die zugrundegelegten Definitionen, über die man sich jegliche Diskussion verbat (↑ 106). Bis heute beginnt jedes ökonomisch orientierte Lehrbuch der Volkswirtschaft mit Ausführungen über die notwendigen Vereinfachungen bei der modellhaften Übertragung der Wirklichkeit in die Theorie. Dann erläutert man manchmal, daß im Grunde jede Modellkonstruktion zulässig wäre und der Wissenschaftler über sein Vorgehen frei entscheiden könne, solange er sich nur redlich

¹⁵ Vgl. MAX WEBER: *Wirtschaft und Gesellschaft*, 5. Aufl., Tübingen 1972: „Wirtschaftlich orientiert kann jede Art von Handeln, auch gewaltsames (z. B. kriegerisches) Handeln sein (Raubkriege, Handelskriege). Dagegen hat namentlich FRANZ OPPENHEIMER mit Recht das »ökonomische« Mittel dem »politischen« gegenübergestellt.“ (S. 32) „Die Art der Appropriation (insbesondere - wie, insoweit, F. OPPENHEIMER schlechthin zuzugeben ist: - der Bodenappropriation, aber freilich: nicht nur dieser) stiftet Renten- und Verdienstchancen mannigfacher Art, welche die Entwicklung zur technisch optimalen Verwertung von Produktionsmitteln dauernd obstruieren können.“ (S. 57)

dazu bekennt. Und dann erfolgt eine *ganz bestimmte* Festlegung von Zins, Kapital, Profit, Arbeit, Produktivität und anderer Definitionen, die genau dem entsprechen, was man denken und glauben muß, um die herrschenden Vorstellungen anschließend im Modell nachentwickeln zu können¹⁶. Fast alle diese Begriffe sind aber einseitig und vor langer Zeit mit klassenkämpferisch-ideologischem Wunschdenken der damals Herrschenden aufgeladen und verkürzt worden. Logisch im Sinne wissenschaftlich brauchbarer Begrifflichkeiten ist an den so sehr auf mathematisch exaktem Weiterrechnen bedachten Modellkonstruktionen im Moment ihres Zustandekommens nur wenig, wie sich anhand der Aufarbeitungen FRANZ OPPENHEIMERS zeigen lassen wird. Auf mit falschem Ansatz gestellte Aufgaben läßt sich aber mit der entwickeltsten mathematischen Kunstfertigkeit kein richtiges Ergebnis finden¹⁷.

FRANZ OPPENHEIMER hat die *Anklage* der Marxisten wider die Mißstände in der kapitalistischen Marktwirtschaft stets ernst genommen. Allerdings fand er, daß die *Ursache*, gegen die sich die Anklage richtete, nämlich die Marktwirtschaft als solche, von den marxistischen Sozialisten, die sich dann als stärkste politische Bewegung im linken Lager durchgesetzt haben, nicht richtig erkannt wurde. OPPENHEIMERS Werk ringt in jedem Zug mit dieser Schicksalsfrage gesellschaftlicher Organisation, deren offene Behandlung in der Soziologie durch einen ähnlichen Abwehrmechanismus blockiert wird wie in der Volkswirtschaftslehre: dem Werturteilsfreiheitspostulat¹⁸. Viele Soziologen beschränken ihre Neutralität nicht darauf,

¹⁶ Vgl. exemplarisch RÜDIGER DORNBUSCH, STANLEY FISCHER: *Makroökonomik*, München 1992; BERNHARD FELDERER, STEFAN HOMBURG: *Makroökonomik und neue Makroökonomik*, Berlin 1989; ARTHUR WOLL: *Allgemeine Volkswirtschaftslehre*, München 1992.

¹⁷ FRANZ-JOACHIM CLAUß hat hierzu eine weitergehende Kritik formuliert, die sich in jeder Hinsicht auf OPPENHEIMER berufen könnte. „Die wesentlichste *allgemeinste Irrtums-Grundlage* ist hier die praktische *Gleichsetzung einer Volkswirtschaft mit einem Mechanismus* und seinen linearen Kausalverhältnissen. Von der Empirie her näherliegend wäre der Vergleich des Kausalgeschehens in einem Sozialorganismus mit dem des biologischen Organismus: Der Sozialorganismus ist, wie der biologische, *ein offenes System*, das in ständigem Wirkungsaustausch mit der Außenwelt steht. Es kann dauerhaft nur existieren, wenn sein inneres Wirkungsgefüge sich einigermaßen in einem Gleichgewicht befindet, das der Mediziner »Gesundheit« nennt. Aber dieses Gleichgewicht ist selbst bei bestmöglicher Gesundheit kein stabiles Gleichgewicht zwischen konstanten Kausalbeziehungen, wie bei einem »gesunden Mechanismus«. Es ist vielmehr ein *Prozeßgleichgewicht*, und damit immer ein *labiles Gleichgewicht*. (...) In einem Sozialorganismus gibt es somit keine linearen Kausalitäten - so wenig wie im biologischen Organismus -, die im Sinne eines mechanischen Systems darstellbar wären. »Kausalität« ist im sozial-ökonomischen wie im biologischen Organismus das *Ursache-Wirkungsgefüge des Kreislaufprozesses*, die Interdependenzen, die gegenseitige Abhängigkeit der Kreislaufpole - so wie im biologischen Organismus jede Zelle mit jeder anderen im Wirkungszusammenhang steht.“ »Ökonometrische« Modelle basieren immer auf einer »in algebraischen Gleichungen zusammengefaßten Wirtschaftstheorie«. Und diese ist im Vergleich mit dem komplizierten Wirkungsgefüge des Sozialorganismus zu simpel, als daß sich damit wesentliche Diagnose- und Prognosefortschritte erzielen ließen.“ FRANZ-JOACHIM CLAUß: *Wissenschaftslogik und Sozialökonomie. Über die formalistische Degeneration einer Wissenschaft*. Berlin 1981, S. 110 und 111.

¹⁸ „*Staat und Gesellschaft haben den Zweck, dem allgemeinen Besten zu dienen*. (...) Der Zweck der Gesellschaft steht also fest, und es ist Sache der Wissenschaft, in Erkenntnisurteilen festzustellen, inwiefern sie diesem ihrem Zweck gerecht wurde und wird. Und das Ergebnis ist ohne weiteres ein objektiv gültiges Werturteil - trotz SOMBART und den Sei-

alle erdenklichen gesellschaftlichen Zusammenhänge offenzulegen und es dann der Gesellschaft zu überlassen, wie sie die normative Entscheidung zugunsten von Armut oder Wohlstand bei der Anwendung trifft. Die Werturteilsfreiheit vieler Soziologen setzt vielmehr im Vorfeld des Erkenntnisinteresses an. Man meint auch hier zuweilen, daß bestimmte gesellschaftliche Zustände »wahr« seien, weil es sie wirklich gibt und steht dem, was ist, analytisch reichlich fantasie- und interesselos gegenüber. Wer an dem rüttelt »was ist«, um die Bedingungen seines Zustandekommens zu erkennen, der muß sich nach konservativem Selbstverständnis besonders legitimieren, während umgekehrt jeder unkreative Empirismus und Konservatismus a priori als »wertneutral« aufgefaßt wird. Um aber überhaupt gesellschaftstheoretisch denken zu können, muß man den Prozeß des Zustandekommens konkreter Zustände erkennen. Und diese analytische Auflösung scheinbarer »Wirklichkeiten« erfolgt nun einmal im ersten Schritt durch eine Erkenntnis der *Vielfalt möglicher Zustände*, von denen durch einwirkende soziale Selektionsmechanismen nur ein bestimmter Zustand »real« wird.

Diese wissenssoziologische Position, die unter den Vertretern des Konstruktivismus heute geläufig ist, hat es OPPENHEIMER schon um die letzte Jahrhundertwende möglich gemacht, viele Dinge ganz anders zu sehen. Er glaubte nicht an das Offensichtliche und damit scheinbar »Wahre« konkreter gesellschaftlicher Zustände, sondern verstand sie als Phänomene mit dahinterliegender soziologischer Gesetzmäßigkeit, die es zu entdecken galt. Dabei unterschied er sich von anderen Soziologen nicht unbedingt hinsichtlich dem grundsätzlichen Interesse an der Entdeckung soziologischer Gesetzmäßigkeiten als vielmehr durch die Zielstrebigkeit, mit

nen. Wenn jemand Wirtschaft, Kulturstand, Lebenshaltung, Bildung, Sterblichkeit, Lebensstimmung und Kulturleistung in Kunst, Wissenschaft usw. etwa bei dem russischen oder dem rumänischen und dem schweizerischen oder englischen Volke vergleicht, so muß er zu bestimmten Erkenntnis- und Werturteilen über ihre beiderseitige Gesellschaftsordnung gelangen, die beide ganz gleich objektiv gültig sind. (...) Und wir brauchen uns von niemandem im Namen einer angeblichen Wissenschaft verbieten zu lassen, aufgrund allgemein gültiger Erkenntnisurteile die dazu gehörigen Werturteile namens der wirklichen Wissenschaft auszusprechen, eine Katze eine Katze und z. B. zarische Barbarei oder rumänische Bodenverteilung oder amerikanischen Trustwucher das zu nennen, was sie sind. (...) Die Soziologen und Nationalökonomien, die grundsätzlich, ihrer Stellung und Abkunft entsprechend, Verteidiger der augenblicklich geltenden Ordnung sind, wenden seit einem halben Jahrhundert - ich wiederhole, daß ich an ihrer bona fides nicht einen Augenblick zweifeln will - Trick auf Trick an, um dem Zwange zu entgehen, aus gewissen wissenschaftlichen Erkenntnisurteilen die notwendig folgenden Werturteile abzuleiten. Zuerst haben sie die ökonomische Methode in Bausch und Bogen verworfen und unter dem Vorwande, Nationalökonomie zu lehren (die ohne jede Methode nicht denkbar ist), Wirtschaftsgeschichte gelehrt; das waren die »historischen Nationalökonomien«. Dann, als das nicht mehr länger ging, haben sie die Methode wieder in ihren Rang eingesetzt, aber auf ein ganz fremdes Gebiet angewendet und unter dem Vorwande, Nationalökonomie zu lehren, Psychologie gelehrt; das sind die »Grenznutzentheoretiker«. Und jetzt, wo auch das nicht länger geht, will man der Wissenschaft prinzipiell verbieten, dem Leben zu dienen, d. h. Werturteile zu begründen, indem man alle Werturteile den Vorurteilen gleichsetzt, die allerdings aus der »Weltanschauung« stammen.“ FRANZ OPPENHEIMER: Wissen und Werten. In: derselbe, Wege zur Gemeinschaft, München 1924, S. 1 - 9, hier S. 6 - 9. Siehe zu diesem Thema ebenso EBERHARD STÖLTING: Akademische Soziologie in der Weimarer Republik, Berlin 1986, besonders S. 54 und 62.

der er sich den schwierigsten, politisch heikelsten und für die Menschheit bedeutendsten Fragestellungen zuwandte, an deren Veränderbarkeit andere Kollegen gar nicht mitwirken wollten. Damit kommen wir kurz auf eine persönliche Komponente, die als treibende Kraft hinter dem Lebenswerk OPPENHEIMERS auszumachen ist.

OPPENHEIMER war von seiner ersten akademischen Ausbildung her Arzt, der an der Seite bedeutender Forscher wie PAUL EHRLICH und CARL OPPENHEIMER nach Mitteln zur Bekämpfung von Volksseuchen wie etwa der Syphilis und Tuberkulose suchte sowie dann später als selbständiger und begabter Facharzt für Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten in einem Armenviertel Berlins seine Praxis eröffnete. In seinem Alltag als Arzt erlebte er die Verhältnisse der Gesellschaft von ganz unten und buchstäblich hautnah. So entstand bei dem Gelehrten und selber in materiell bescheidenen Verhältnissen aufgewachsenen Mann auf der einen Seite eine Anschauung darüber, was er an Elend und menschlichem Leid nicht einfach hinnehmen wollte. Hier mag man von einem einfachen Mitgefühl sprechen, das es ihm unmöglich machte, über die Probleme der untersten gesellschaftlichen Schichten mit dem Gleichmut hinwegzugehen, der für andere Gelehrte völlig normal war, weil sie sich im Zuge ihrer Sozialisation und dem Erwerb ihres Status klar von diesen Schichten abgrenzten und von ihnen unberührt blieben. Ferner wurde OPPENHEIMER in seiner Praxis rasch klar, daß dem gesehnen Elend mit den Mitteln der Medizin nicht beizukommen war. Beispielsweise zeigte sich zu seiner Zeit, daß man die an Tuberkulose erkrankten Menschen einfach dadurch retten konnte, daß man sie mit guter Luft und Nahrung versorgte. Weil der Arme zu beidem keinen Zugang hatte, starben OPPENHEIMER die Patienten unter den Händen weg und wuchs die Unzufriedenheit mit den Möglichkeiten zur Hilfeleistung in dem erlernten Beruf.

Mit dem selbstgesteckten Ziel, die Not auf dem Wege der gesellschaftstheoretischen Erkenntnis zu lindern, nahm OPPENHEIMER daraufhin ein Selbststudium der Gesellschaftswissenschaft auf. Kein anderer Grund als die Erkenntnis von Staat, Ökonomie und Gesellschaft zum Zwecke der allgemeinen Hebung des Wohlstandes und des allgemeinen Funktionierens dieser Aggregate bildet den Kern des OPPENHEIMERSchen Interesses und Lebenswerkes. Und er näherte sich diesem Gebiet mit den Instrumenten eines in der Logik und den Naturwissenschaften erprobten Forschers, der den an Methoden bis dahin armen, sich gerade erst gründenden Gesellschaftswissenschaften vieles an Strenge des Forschergeistes voraus hatte.

Die Polarisierung und Klischeebildung nach der NS-Zeit in Ost und West, die den MARXSchen Sozialismus im Osten und den Nichtsozialismus für den Westen festschrieben, haben das OPPENHEIMERSche Gedankengut vom freiheitlichen und liberalen Sozialismus ein weiteres Mal abseits gestellt, zumal er im direkten Wettbewerb der beiden liberalen Utopien¹⁹, nämlich der des in Freiburg ansässigen WALTER EUCKEN und seiner eigenen, mangels Anwesenheit unterlag. LUDWIG ERHARD schritt fort, nach seiner Überzeugung die neuen Verhältnisse in Westdeutschland zu

¹⁹ Vgl. HEINRICH KLEMM: Die beiden liberalen Utopien bei Franz Oppenheimer und in der Freiburger Schule. Diss. Tübingen 1950.

gestalten, und die Freiburger wurden nicht müde, dies als Ausfluß ihres ähnlich gelagerten theoretischen Standpunktes zu kommentieren. Eine Übereinstimmung bei der Ansichten ist auch insofern gegeben, wie EUCKEN und OPPENHEIMER beide stark auf die Vorarbeiten ADAM SMITHS rekurrierten, der seinerseits mit einem Werk über den »Wohlstand der Nationen« die Entstehung der nationalökonomischen Wissenschaft eingeleitet hatte. Andererseits aber war OPPENHEIMER gerade bei dem Begriff der »außerökonomischen Gewalt« gegenüber SMITH und EUCKEN weiter vorangeschritten. Nach EUCKENS frühem Tod und mit dem Auftreten FRIEDRICH AUGUST VON HAYEKS änderte die Freiburger Schule ihre Ausrichtung wieder stärker in Richtung jener idealtypischen Ökonomievorstellungen, die OPPENHEIMER für direkt falsch hielt und denen EUCKEN zumindest mit kritischer Diskussionsbereitschaft gegenüberstand. Der sich in der Theorie durchsetzende »Neoliberalismus«, der im Prinzip das Erbe der gültigen Vorkriegslehren antrat und diesmal lediglich von günstigeren realwirtschaftlichen Ereignissen begleitet wurde, war keine Schutzlehre der wirtschaftlich Schwachen mehr, die ihren Freiheits-Begriff an der Freiheit der Allgemeinheit orientierte. VON HAYEKS mit Nobelpreis honorierte Freiheitsvorstellung und Ablehnung des Begriffs »sozial« im Zusammenhang mit »Marktwirtschaft« kennzeichnet die offensive Kehrtwende zur Befürwortung einer kapitalistischen Marktwirtschaft alten Stils bei den Freiburgern (↑ 68). Das konnte man schadlos vertreten, weil ERHARD in der Praxis einen anderen Kurs steuerte. Was dabei an Gutem herauskam, das schrieb man seinen eigenen theoretischen Anschauungen zu, und was noch an Problematischem blieb, das warf man ERHARD als Inkonsequenz vor²⁰. Doch wozu diese Lehre wirklich treibt, das kann man an der Entwicklung sehen, die die Bundesrepublik seit dem Ausscheiden ERHARDS genommen hat. Heute allseitig beklagte Verhältnisse muß sich der Neoliberalismus ebenso zurechnen lassen wie das Chaos im Zuge der deutsch-deutschen Vereinigung²¹. Hätten die neoliberalen Ökonomen den Wiederaufbau im westlichen Nachkriegsdeutschland tatsächlich zu bewerkstelligen gehabt, dann wäre Deutschland heute vermutlich das Armenhaus Europas. Denn die Art und Weise, wie man in diesen Kreisen daran glaubt, daß einzig investierende Kapitalisten Wohlstand über die Völker bringen, wie man also den Eigennutz ohne Abgrenzung gegenüber den räuberischen und ausbeuterischen Praktiken der tatsächlich agierenden Wirtschaftspersonen hochstilisiert zum Motor allen Erfolges und umgekehrt die aus den Machtasymmetrien resultierenden Unterversorgungen mit erwünschten Gütern autoritär aus dem Zuständigkeitsbereich der vertretenen ökonomischen Theorie herausdefiniert, das hat schon seine eigene kapitalismus- und ausbeutungskonforme Qualität. Was heute an den Hochschulen an ideologisch fixierter Systematik in der Auseinandersetzung mit dem Funktionieren der Gesellschaftswirtschaft vertreten wird, das trägt nicht unerheblich zur ökonomi-

²⁰ Vgl. HORST FRIEDRICH WÜNSCHE: Welcher Marktwirtschaft gebührt das Beiwort »sozial«? In: Grundtexte zur Sozialen Marktwirtschaft, Bd. 2, Das Soziale in der Sozialen Marktwirtschaft, Stuttgart 1988, S. 21 - 31, hier S. 22 f.

²¹ Vgl. WERNER KRUCK: » Marktwirtschaftliche Selbststeuerung« und »gemeinwirtschaftliche Selbsthilfe« - Zur Politischen Ökonomie einer ostdeutschen Gesundungsstrategie. In: Arbeit. Zeitschrift für Arbeitsforschung, Arbeitsgestaltung und Arbeitspolitik, 2.Jg., Heft 3/1993, S. 242 - 263.

schon und sozialen Destabilisierung der Bundesrepublik bei. Gegenwärtig 937 Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft allein im Bereich der Treuhand-Aktivitäten stehen hier auch symptomatisch für eine wirtschaftssoziologische Naivität, die die herrschenden Ökonomen der Republik mit allerorts gleich beklagenswertem Ergebnis verordnet haben.

In dem jüngst von MARION DÖNHOF, MEINHARD MIEGEL, WILHELM NÖLLING, EDZARD REUTER, HELMUT SCHMIDT, RICHARD SCHRÖDER, WOLFGANG THIERSE und ERNST ULRICH VON WEIZSÄCKER veröffentlichten Manifest heißt es denn auch:

„Nein und abermals nein: So haben wir uns weder die Bundesrepublik nach vier Jahrzehnten noch das befreite, endlich wiedervereinigte Deutschland vorgestellt. (...) Die Bürger sind frustriert, Regierungen wie Opposition ohne Elan und ohne Vision. Das meiste wird dem Zufall überlassen. Es ist, als rase die Geschichte wie ein ungesteuerter, reißen der Fluß an uns vorüber, während wir, die am Ufer stehen, die bange Frage stellen, wohin er wohl führen wird. Jeder hat den Wunsch, daß darüber nachgedacht wird, wie es vermutlich in zehn Jahren in der Welt aussehen wird, vielmehr aussehen sollte, und was wir tun müssen, um dorthin zu gelangen. Aber niemand hat ein Konzept. Alle sind gleichermaßen ratlos, keiner scheint sich über die obwaltenden Tatsachen Rechenschaft zu geben, weder in der Welt noch bei uns zu Haus. (...) Der erste Satz des Ahlener Programms der damals neugegründeten CDU lautete: »Kapitalistisches Macht- und Gewinnstreben kann nicht Inhalt und Ziel der staatlichen Neuordnung in Deutschland sein.« (...) Es ist ein Skandal, daß Gewalt, Korruption und ein egozentrischer Bereicherungstrieb als normal angesehen werden, während ein unter Umständen sich regendes Unrechtsbewußtsein kurzerhand mit dem Hinweis auf die »Selbstregelung des Marktes« beschwichtigt wird. Wir haben es satt, in einer Raffgesellschaft zu leben, in der Korruption nicht mehr die Ausnahme ist und in der sich allzu vieles nur ums Geldverdienen dreht. Es gibt Wichtigeres im Leben des einzelnen wie auch im Leben der Nation.“²²

Die Krisenwahrnehmungen der Gegenwart und die Befürchtungen hinsichtlich des Fortbestands der Sozialen Marktwirtschaft beruhen keineswegs auf singulärem oder unqualifiziertem Urteil. Bundespräsident ROMAN HERZOG, der in seinem vorherigen Amt als Präsident des Bundesverfassungsgerichtes eben jene ethischen Kernbereiche unserer Gesellschaftsordnung zu bewahren hatte, äußerte sich wie folgt:

„Man kann die fortdauernde strukturelle Arbeitslosigkeit nicht einfach als Naturgesetzlichkeit abtun, auch wenn sie nach den Befunden der OECD für nahezu alle westlichen Volkswirtschaften typisch ist. Arbeitslose, die über einen längeren Zeitraum keine Arbeit finden, werden allmählich zu Hoffungslosen, und dafür werden wir alle nicht nur wirtschaftlich, sondern auch moralisch an die Kasse zu treten haben, wenn uns die Lösung dieses Problems nicht gelingt. (...) Die absehbare Spaltung der Gesellschaft in solche, die dazu gehören, denen es gut und immer besser geht, und andere, die sich »draußen vor der Tür« fühlen, ist eine zentrale Gefahr für die Soziale Marktwirtschaft, der sich Politik, Wirtschaft und Gesellschaft stellen müssen. (...) Es geht darum, Arbeitsplätze zu schaffen, und nicht darum, Arbeitslosigkeit zu finanzieren.“²³

²² Weil das Land sich ändern muß. Ein Manifest. Reinbek bei Hamburg 1992.

²³ ROMAN HERZOG: Wirtschaft und Gesellschaft brauchen Pioniergeist. Rede des Bundespräsidenten auf dem DIHT-Kongreß am 18.10.1994 in Hagen, abgedruckt im Bulletin des

Der denkwürdige Satz WALTHER RATHENAU: »Nicht die Politik ist unser Schicksal, sondern die Wirtschaft«, bewahrheitet sich auch heute wieder. Alle nationalen und internationalen Konfliktherde haben einen handfesten ungelösten ökonomischen Hintergrund, und sei es nur der der Herrschaft, die die einen zum Zwecke der wirtschaftlichen Ausbeutung über die anderen errichten oder aufrechterhalten wollen und gegen die sich die anderen mit Notwendigkeit früher oder später auflehnen. Würden sie alle ihre Kräfte produktiv einsetzen können, um ihre Verhältnisse zu verbessern, hätten sie allemal eine größere Chance, zu Wohlstand zu gelangen als im Kampf um die Aufrechterhaltung oder Überwindung der Herrschaft, bei dem meistens erst einmal nur Menschen und bereits vorhandene Werte Schaden nehmen. Doch die Verständigung auf das kleinere Übel der *wertschaffenden Arbeit* im Rahmen einer freiheitlichen, von allem Machtmißbrauch und Korruption freien, fairen Wirtschaftsordnung, scheint angesichts der meist vorliegenden Interessenkonstellationen kaum möglich zu sein. Weder finden die Unterworfenen und Abhängigen Wege, um sich der Herrschaft friedlich zu entziehen, noch geben die Herrschenden von sich aus ohne weiteres die für sie bequemen Positionen an den Schalthebeln akkumulierter Macht auf und sind bereit, sich als oberste Diener ihrer Völker oder auch Unternehmen oder Gemeinden einen Ehrentitel der anerkannten Nützlichkeit zu erwerben und sich mit dem zu bescheiden, was ihnen aufgrund einer eingebrachten Leistung dann immer noch außergewöhnlich honoriert werden wird.

Der Eigennutz als Ansporn in Staat, Wirtschaft und Wissenschaft ist dann kein Problem, wenn die Befriedigung persönlicher Ziele einzig über die Nützlichkeit und Dienstleistung gegenüber der Allgemeinheit und am Kunden möglich ist. In dem Maße, wie sich die eigennützigen Akteure von ihrem Dienstherrn »Volk«, »Verbraucher«, »Arbeitnehmer« und »Mieter«²⁴ abkoppeln können, schlägt der verwirklichte Eigennutz um in eine institutionalisierte Leistungsschwäche. Wenn aber die Autonomie- und Eigennutzbestrebungen der in den Subsystemen Staatsverwaltung, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft wirkenden Akteure die *Ursache* aller Krisen wäre, auf welchem Wege sollte die unorganisierte Allgemeinheit dann erneut Wettbewerbsmechanismen installieren, die diese Teilbereiche zur Nutzenorientierung am »Kunden« zwingen? Wäre es da nicht erfolgversprechender, sich durch Formen der Selbstorganisation und Selbsthilfe aus den Abhängigkeiten zu

Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 100 vom 26.10.94, S. 917-920, hier S. 919 f.

²⁴ Ich habe hier »Arbeitnehmer« und »Mieter« ganz bewußt mit aufgenommen, weil der Leser darüber stolpern wird und sofort denkt, daß die Arbeitnehmer und Mieter doch niemals die Dienstherrn der Arbeitgeber und Vermieter gewesen seien (außer bei entsprechenden Genossenschaften). Und in der Tat: während man im Bereich der Produktion zumindest soweit ist, das Konsumenteninteresse hervorzuheben und bei Staat und Politik das Volk als Souverän anführt, versuchen andere Bereiche nicht einmal den Schein zu erwecken, als sei die Versorgung mit Arbeitsplätzen und Wohnungen ihr Ziel. Die Normalität des Verdienens steht bei letztgenannten weit über dem Anspruch des Dienens und der allgemeinen Nützlichkeit, die in einem wohlgeordneten System dem Verdienen als zu bewältigende Hürde vorgeschaltet sein sollten. Wie und ob sich das anders ordnen ließe, ist eine andere Frage. Zunächst ist nur analog zu obigen Ausführungen festzustellen, daß neben der anderen Marktlage bei Arbeitsplätzen und Wohnungen auch das öffentliche Verständnis gänzlich anders gelagert ist.

lösen und den schlecht rückgekoppelten Systemen solche entgegenzusetzen, in denen die Leistungsersteller und Leistungsempfänger entweder identisch sind oder die Leistungsempfänger zumindest als Regent über den Leistungserstellern stehen? So versuchten zumindest die frühen Genossenschaftler mit ihren Organisationen zu bewältigen, was die herrschaftlichen Systeme aus ihrer abgekoppelten Selbsttätigkeit heraus für die ihnen Untertanen nicht leisteten.

Die weit geläufige Anschauung, daß eine Kombination aus »Kapitalismus« und »Sozialstaat« den Kern der »Sozialen Marktwirtschaft« ausmache, erwies sich im weiteren Verlauf der vorliegenden Untersuchung rasch als unhaltbar (↑ 187). Die Soziale Marktwirtschaft bezeichnete, zumindest so wie LUDWIG ERHARD sie verstand, keine Kombination aus altbekannter Schadensverursachung und neuer Schadensregulierung, sondern eine Wirtschaftsordnung, in der sich, ganz wie es bereits ADAM SMITH erwartete, die Dinge aus sich heraus zum Besten für die größtmögliche Zahl aller Teilnehmer entwickeln sollten. ERHARD vertrat in vielen öffentlichen Auftritten die Ansicht, daß der Kapitalismus alter Prägung die Dinge nicht zum Besten geordnet hat, so daß man, um der sozialen Wirkung der Marktwirtschaft zur Geltung zu verhelfen, erkennen muß, was der Markt leisten kann und welche starken gesellschaftlichen Kräfte die soziale Wirkung des Marktes tendenziell aufheben.

Damit ist der Themenkreis dieser Arbeit abgesteckt und kommen wir zum ersten Hauptteil. In ihm wird dem »Wesen« des Kapitalismus und den ursprünglichen Erwartungen eines ADAM SMITH hinsichtlich der entfesselten marktwirtschaftlichen Selbstregulierungskräfte nachgegangen.

I. Die soziale Frage im 19. Jahrhundert

„Die soziale Frage ist das Ergebnis der Nichtübereinstimmung von sozialer Idee und vorgefundener Wirklichkeit. Die sich aus dieser Nichtübereinstimmung ergebenden sozialen Spannungen gilt es aus humanitären, ethischen, wirtschaftlichen, politischen, militärischen u. a. Gründen zu beseitigen mit dem Ziele der Herstellung und Sicherung des sozialen Friedens und damit des Bestandes von Volk und Staat.“²⁵

Mit der Wahrnehmung einer »sozialen Frage« fällt in Deutschland und andernorts die Geburtsstunde einer kritischen Gesellschaftsanalyse zusammen²⁶, die nicht nur zu erklären versucht, »was ist«, sondern dem aus der Erklärung heraus gegenüberstellt, »was sein könnte«. Begriffe wie »Kapitalismus«, »Kommunismus«, »Liberalismus« und »Sozialismus« entstanden und sollten mal bezeichnen bzw. »erklären«, was man sah und mal etwas, das man herbeiwünschte. Indes stellen sich die Begriffe meistens schneller ein als die Inhalte bzw. eine Theorie.

Wollten wir die von MÜSSIGANG abgesteckte »soziale Frage« in ihrer möglichen Tiefe und Breite ausleuchten, dann erginge es uns wie FRANZ OPPENHEIMER, der sich mit der gewählten Fragestellung die Gesellschaft und ihre wissenschaftliche Erkenntnis als solche vorgelegt hat²⁷. In gewisser Hinsicht läuft auch diese Arbeit auf die Darstellung eines theoretischen Gesamtrahmens hinaus. Aber zunächst geht es nur darum nachzuvollziehen, worüber ganze Generationen teils mit großer Anstrengung und persönlichen Opfern, teils mit großer Ungeduld und Klage ihre Ansichten entwickelt haben. Ziel des ersten Teils der Arbeit ist, die Wurzeln unseres Denkens über den Kapitalismus und seine möglichen Alternativen aufzuspüren, damit Teile der vorgedacht und übernommenen Anschauung überprüft und gegebenenfalls aktualisiert werden können. Die soziale Frage zu diskutieren heißt, unsere gewordene Realität und ihr Verständnis diskutieren. Uns bewegt bei einem Blick zurück deswegen nicht das Motiv des Chronisten, dem die Geschichtsschreibung ein eigener Wert ist, sondern unser Problem liegt in dem Zugang zu einem gewordenen Verständnis, von dem kein heute noch Lebender eine unmittelbare Anschauung besitzt, durch vermittelte Anschauung aber dennoch meist einen Standpunkt bezieht.

²⁵ ALBERT MÜSSIGANG: Die soziale Frage in der historischen Schule der deutschen Nationalökonomie. Tübinger wirtschaftswissenschaftliche Abhandlungen, Bd. 2, Tübingen 1968, S. 4.

²⁶ Vgl. CARSTEN QUESEL: Soziologie und Soziale Frage. Lorenz von Stein und die Entstehung der Gesellschaftswissenschaft in Deutschland. Wiesbaden 1989.

²⁷ Vgl. FRANZ OPPENHEIMER: Großgrundeigentum und soziale Frage. Versuch einer neuen Grundlegung der Gesellschaftswissenschaft. Berlin 1898. Fortan zitiert als „FRANZ OPPENHEIMER: Großgrundeigentum“.

Drei typische Deutungsmuster lassen sich auf diese Weise nachzeichnen, denen wir in abgewandelter Form bis heute begegnen. Da wäre [erstens] die bürgerlich-konservative Position, die die Verschiedenartigkeit der Menschen betont²⁸. Klassenunterschiede hat es nach dieser Anschauung immer gegeben, so wie es Unterschiede der Rasse, der Talente, der Begabung, der sittlichen Reife etc. schon immer gegeben hat; ein Denkansatz, der als »Gesetz von der ursprünglichen Akkumulation« tief in die nationalökonomische Theoriebildung eingegangen ist und in der außerwissenschaftlichen Diskussion oft mit Vorstellungen einer »gottgewollten (hierarchischen) Ordnung« einhergeht (↑ 105, 165).

„Die Besitzenden sagen, wie v. THÜNEN bemerkt, gewissermaßen mit der Muttermilch die Ansicht ein, als sei der Arbeiter von der Natur selbst zum Lastträger bestimmt, als käme ihm für seine Anstrengung nur die Fristung des Daseins zu. Die Unternehmer und Brotherren betrachteten das Ringen und Streben der Arbeiter- und Dienstbotenkreise nach einem besseren Lose als eine ungerechte Anmaßung, die auf jede Weise und aus allen Kräften bekämpft werden müsse. »Niemand aber ist der Mensch entschiedener und beharrlicher im Unrechthandeln, als wenn er durch einen Verstandesirrtum das Unrechte für das Rechte ansieht, und es dann für Pflicht hält, dasselbe mit allen Kräften aufrecht zu erhalten und durchzuführen.«²⁹

Diesem Selbstverständnis entgegengesetzt argumentiert [zweitens] eine politische Bewegung, die LORENZ VON STEIN in Frankreich studiert und erstmals dem deutschen Sprachraum zugänglich gemacht hat³⁰. In Deutschland waren es HEGEL und FEUERBACH, die mit ihren Schriften starken Zuspruch bei einer zur Veränderung bereiten Jugend fanden.

„FEUERBACH erhob die Menschheit offen zur Gottheit. Die wahre Religion besteht in dem Kultus der Menschheit. Nicht Gott hat die Menschen, sondern die Menschen haben sich Gott erschaffen. Homo homini deus est. Das höchste Gut ist die Liebe der Menschen zum Menschen. Heilig ist das Wohl jedes Menschen. Das volle Wesen des Menschen kommt aber nicht in der vereinzelt Persönlichkeit, sondern nur in der Gemeinschaft zum Ausdruck. Insoweit bezeichnet sich FEUERBACH als Kommunist. Sein Prinzip heißt Ego und Alter-Ego. Egoismus und Kommunismus sind so unzertrennlich wie Kopf und Herz. »Ohne Egoismus hast Du keinen Kopf, ohne Kommunismus kein Herz.«³¹

Die Zeit war geprägt durch Gegensätze und Spannungen. Nicht nur die Lebensverhältnisse von arm und reich klappten auseinander, sondern auch deren innergesellschaftliche Wahrnehmung. Daß die Armut der einen durch den Reichtum der anderen verursacht würde, lautete die Anklage vor dem ethischen Gericht der Mit-

²⁸ Vgl. GUSTAV SCHMOLLER: Die soziale Frage. Klassenbildung, Arbeiterfrage, Klassenkampf. München 1918.

²⁹ HEINRICH HERKNER: Die Arbeiterfrage. Bd. 1: Arbeiterfrage und Socialreform, 8. Aufl., Berlin 1922, S. 18. Quelle nach HERKNER: JOHANN HEINRICH VON THÜNEN: Der isolierte Staat. Bd. 2, Berlin 1875, S. 48 f. In der von mir verwendeten Auflage auf S. 445 bzw. Bd. 2, S. 46.

³⁰ LORENZ VON STEIN: Der Socialismus und Communismus des heutigen Frankreichs. Leipzig 1842.

³¹ HEINRICH HERKNER: Die Arbeiterfrage. Bd. 2: Soziale Theorien und Parteien, 8. Aufl., Berlin 1922, S. 262.

menschlichkeit und dem Gewissen. Sich freizusprechen oder die Anklage niederzuschmettern, war eine geläufige Bestrebung der so angegriffenen. Und doch ließ sich der Zusammenhang auf Dauer nicht leugnen, selbst wenn das Interesse die Gewinner auf den Standpunkt stellte, daß jeder seines eigenen Schicksals Herr sei und gleiche Freiheit jedem die Wahl ließe. Doch die Freiheit bedarf der objektiven Möglichkeit, um echte Freiheit zu sein, so daß der Diskussion über Menschenrechte und Freiheitsideale eine der ökonomisch-materiellen Voraussetzungen folgen mußte.

„Ökonomische Freiheit kann selbstverständlich ohne Eigentum nicht bestehen, würde [sie] doch alsbald wieder in Schuldknechtschaft zurückschlagen; um frei leben zu können, muß man über die zum Erwerb des Unterhalts notwendigen Mittel verfügen. Diese Verfügungsgewalt scheint dem Arbeiter durch das »Privateigentum« - das Wort drückt die Sache trefflich aus - »vorenthalten« zu sein, und eben die Kombination einer bloß rechtlichen Freiheit mit Eigentumslosigkeit, also mit ökonomischer Unfreiheit, macht den MARXschen Begriff des Proletariats aus und enthält in sich die ganze MARXsche Theorie des Kapitalismus.“³²

Unter der politisierten Arbeiterschaft reiften »umstürzlerische Tendenzen« heran, durch die sich die etablierten Kräfte bedroht sahen. Ihre Angst vor einer Revolution schlug sich einerseits in einer gesteigerten Reformbereitschaft nieder³³. Die Idee des Sozialstaates [drittens] verkörpert auf dieser Ebene keinen Wandel der systembestimmenden Eigentums- und Machtverhältnisse, sondern läßt die Herrschenden über die Institutionen des Staates nach neuen Formen und Rollen suchen, in denen oben und unten weiterhin klassenspezifisch vorgegeben sind. Gleichzeitig versuchten andere, die Bewegung der Arbeiter zu brechen, so gut dies ging. Massenentlassungen bei Streiks, die Macht des Gesetzgebers (Sozialistengesetze, Koalitionsverbote, Anklage wegen staatsgefährdender Umtriebe), Attentate gegen führende Persönlichkeiten bis hin zur Kommunistenjagd und Massenliquidierung im folgenden Faschismus stehen beispielhaft für einen verletzten Konsens der Gesellschaft. Und so wie die Toten Opfer eines Kampfes sind, so treffend beschreibt der Begriff »Klassenkampf« die Lage.

„Oben beherrscht »die Wirtschaft«, d. h. der Inbegriff der großen koalitierten Kapitale, das »Finanzkapital«, unten die Gewerkschaft zuletzt die Parteien, deren sie sich immer ausschließlicher als ihrer Werkzeuge oder besser: Lakaien, bedienen, denen sie die Ziele und Mittel zum Ziele immer gebieterischer vorschreiben. (...) Die alten Parteien, die noch aus überlebten Ideologien heraus die Angehörigen mehrerer Klassen in sich vereinigen, werden an Zahl und Macht immer schwächer, (...). So leert sich das Feld zwischen den beiden großen Heerkörpern immer mehr, und wieder stehen sich, wie in PLATONS Hellas, die »beiden Völker« innerhalb eines jeden einzelnen Volkes als Todfeinde gegenüber, »die einander nach dem Leben trachten«. Während die Besonnenen ratlos beiseite stehen, in der Unmöglichkeit, sich für eines der beiden tödlichen Übel zu entscheiden, zwischen denen es zu wählen gilt, reißen die Menschen »mit dem schwülen Kopfe und dem kalten Herzen«, vor denen NIETZSCHE warnte, die Füh-

³² EDUARD HEIMANN: Soziale Theorie des Kapitalismus. Theorie der Sozialpolitik. Original 1929, Frankfurt a. M. 1980, S. 30.

³³ Vgl. CARL JANTKE: Zur Deutung des Pauperismus. In: Carl Jantke, Dietrich Hilger, Die Eigentumslosen, Freiburg 1965, S. 7 - 47, hier 41.

rung an sich: die Fanatiker und die Verrückten, die Abenteurer und die Verbrecher, die ihren Weizen blühen sehen. Sie schüren den Streit und die Erbitterung, wütender Haß tobt sich hier wie dort aus; die rohesten und wildesten Mittel werden angeraten und finden ihre Gläubigen und Ausführenden, Mord und Blutrache vernichten die letzten Möglichkeiten der Verständigung. So stehen wir heute unmittelbar vor dem Ausbruch des ungeheuersten Bürgerkrieges, der, wenn er wirklich ausbricht, diesen ganzen Erdteil in Trümmer und Asche legen und Hunderten von Millionen Menschen einen schweren Tod bringen wird.“³⁴

Folgt man der Argumentation und Prognose OPPENHEIMERS, dann war der letzte große Krieg deutschen Ursprungs nichts anderes als eine Verlängerung und vorläufig fanatischer Höhepunkt des innergesellschaftlichen Konfliktes, der uns mit der »sozialen Frage« um 1848 erstmals deutlich thematisiert begegnet. Trotz mancher Erkenntnis stünde der Mensch demnach vor seinen eigenen Werken und würde gelten, was LEM in etwas anderem Zusammenhang schrieb:

„Die menschliche Zivilisation ist wie ein Schiff, das ohne Pläne gebaut wurde. Über alle Erwartungen hinaus ist ihr das Bauwerk gelungen. Sie hat gewaltige Antriebsmaschinen geschaffen und das Innere ihres Schiffes eingerichtet, freilich ungleichmäßig, doch das läßt sich noch ändern. Aber dieses Schiff hat keinen Steuermann. Es fehlt der Zivilisation an dem Wissen, mit dessen Hilfe sie unter den vielen Möglichkeiten bewußt ihren Kurs wählen könnte, statt sich von den Strömungen zufälliger Entdeckungen treiben zu lassen. Denn die Entdeckungen, aus denen das Bauwerk erwuchs, sind teilweise noch immer ein Werk des Zufalls.“³⁵

Es mangelt an einer theoretischen Erklärung, die Gewordenes und Mögliches dergestalt aufzeigt, daß ein einmal gewordener Mißstand nicht bis in alle Ewigkeit sein Unheil verbreitet, sondern überwindbar wird. Diesen Standpunkt versucht OPPENHEIMER zu erarbeiten, wobei er in wesentlichen Punkten ADAM SMITH († 68) folgt. Auch OPPENHEIMERS höchstes Ziel ist, dem Individuum eine würdige Existenz in Freiheit und Selbstverantwortung zu ermöglichen, indem die Marktwirtschaft von den Rudimenten nachfeudaler Klassenherrschaft gereinigt und als »reine Ökonomie« fortan bewahrt wird. Sein theoretischer Weg führt über eine genauere Untersuchung der Tauschbeziehungen dazu, die »soziale Frage« unmittelbar mit den Begriffen »freie Konkurrenz« und »Monopol« verknüpft zu sehen.

„Denn die soziale Frage ist nichts anderes als die Frage des Mehrwerts. Die wissenschaftliche soziale Frage lautet: »WAS IST DIE URSACHE DES MEHRWERTS?« Und die praktische Frage lautet: »WIE IST DIE URSACHE DES MEHRWERTS UND DAMIT ER SELBST ZU BESEITIGEN?«“³⁶

³⁴ FRANZ OPPENHEIMER: System der Soziologie, Bd. II, Der Staat, original 1925, 2. Aufl. Frankfurt a. M. 1964, S. 674 f. Fortan zitiert als „FRANZ OPPENHEIMER: *System II, Der Staat*“.

³⁵ Die Analogie entnehme ich STANISLAW LEM: Summa technologiae, Frankfurt a. M. 1981, S. 395.

³⁶ FRANZ OPPENHEIMER: *Soziale Frage*, S. 10.

Es muß hier eingeflochten werden, daß der auf die Tauschbeziehung orientierte Mehrwert-Begriff OPPENHEIMERS nicht mit dem von MARX eingeführten Begriff übereinstimmt!³⁷

„Wo kein Monopol besteht, da herrscht wirtschaftliche Vernunft und Gerechtigkeit. Denn da tauscht sich Wert haarscharf gegen Wert; da erhält jeder Arbeitende genau den Gegenwert seiner Arbeit, nicht mehr und nicht weniger; da gibt es, mit anderen Worten, keinen *Mehrwert* auf der einen, und keinen Minderwert auf der anderen Seite. Und zwar wird dies bewirkt durch die arg verschriene »freie Konkurrenz«. Wo freie Konkurrenz besteht, da wenden sich die Arbeitskräfte denjenigen Erwerbszweigen zu, in denen bei hohen Preisen mehr als das durchschnittliche Einkommen erzielt wird, und dann steigt das Angebot, sinken die Preise und das Einkommen. Und umgekehrt wenden sich, wo freie Konkurrenz besteht, die Arbeitskräfte von denjenigen Zweigen ab, in denen bei niederen Preisen weniger als das durchschnittliche Einkommen erzielt wird - und dann sinkt das Angebot, steigen die Preise und das Einkommen.“³⁸

„Viele Toren und einige Lügner wollen den Völkern einbilden, es gebe gar keinen Mehrwert. Jedermann erhalte auch heute schon genau den Gegenwert seiner Arbeit. Wir wollen uns mit ihnen nicht aufhalten. Unzweifelhaft gibt es ganze Klassen, die viel mehr als den Gegenwert ihrer Arbeit erhalten, und unzweifelhaft erhält die ungeheure Mehrheit aller Schaffenden viel weniger als den Gegenwert ihrer Arbeit. (...) Was zwingt die Arbeiter, den Mehrwert-Tribut abzutreten? In früheren Zeitaltern zwang sie das *Gesetz* dazu. Sie waren im Altertum Sklaven, im Mittelalter Hörige. Und Sklave wie Höriger waren kraft Rechtsens, gesetzlich, gezwungen, ihrem Herren einen Teil dessen abzugeben, was sie an Werten schufen. Diese Gesetze existieren nicht mehr. Unsere Arbeiter sind freie Bürger. Wenn ihnen aber keine gesetzliche Einrichtung den Tribut abzwingt, so kann es nur eine wirtschaftliche, so kann es nur ein Monopol sein. Und zwar muß es eine besondere Art von Monopol sein, nämlich ein gesellschaftliches *Klassen-Monopol*, d. h. eine auf dem Ausschluß der freien Konkurrenz beruhende, sehr breit und tief begründete wirtschaftliche Vormachtstellung, die zwischen der Oberklasse als Gesamtheit auf der einen Seite und der Arbeiterklasse als Gesamtheit auf der anderen Seite ein gesellschaftliches *Klassen-Monopol-Verhältnis* konstituiert.“³⁹

³⁷ MARX belegt den Begriff mit der Vorstellung, Mehrwert sei jener Teil der Werte, der über die zur Reproduktion der Arbeitskraft notwendigen Arbeitszeit hinausreicht und unentgolten bleibt. Damit schließt er sich einer den Kapitalisten eigenen Ideologie an, die den Arbeiter als Lasttier versteht und lediglich ein Auskommen in Höhe der Reproduktionskosten zugesteht. Nicht daß MARX dem Arbeiter keinen höheren Lohn gegönnt hätte, aber er nimmt als Datum hin, was der Kapitalist stets anstreben wird. Indem er das Produkt der Arbeit in einen entgoltenen und einen unentgoltenen Teil aufspaltet, entfernt er sich von der Vorstellung, daß das *gesamte Arbeitsprodukt* in jeder geleisteten Stunde aufgrund seiner Stellung zum Kapital *im Tausch* nur einen Minderwert erzielt, der Mehrwertanteil pro Arbeitsstunde also um so höher ausfällt, je höher der *Angebotsdruck* der Arbeit gegenüber dem Kapital ist. Es eröffnet sich MARX durch seine Vorgehensweise ein Klassengegensatz in harter Frontstellung, der sich nur durch gesellschaftsverändernde, revolutionär-umstrukturierende Eingriffe bewältigen läßt, während eine preisbestimmende Verknüpfung mit dem glücklich gewählten Begriff der »Reservearmee« dazu hätte führen können, den Angebotsdruck der Arbeit gegenüber dem Kapital (und damit den Kapitalismus) bereits dann aufgehoben zu sehen, wenn die Reservearmee verschwunden ist.

³⁸ FRANZ OPPENHEIMER: *Soziale Frage*, S. 4.

³⁹ FRANZ OPPENHEIMER: *Soziale Frage*, S. 11.

Auch diesem Grundgedanke werden wir hier weiter folgen. In seiner Ausgestaltung durch OPPENHEIMER wächst er heran zu einem theoretischen System mit praktischem Wert für die Wirtschafts- und Sozialpolitik. Doch bis dahin ist noch ein weiter, wenn auch vorgegebener Weg. Er beginnt mit einer *Beschreibung* der sozialen Frage, bei der wir sogleich nach relevanten Klassenmonopolen und Wettbewerbsbeschränkungen suchen wollen. Ein Zitat von HETTLAGE, das sich ebensogut als Einleitung in dem Hauptkapitel »Genossenschaftswesen« hätte anbringen lassen, soll die Vorausschau abschließen und glaubhaft machen, daß die breite Anlage des Vorgehens auf einen gemeinsamen Punkt zielt. Er schreibt unter der Überschrift „Die »soziale Frage«“:

„Die moderne Kooperativbewegung ist überwiegend ein Produkt einer sozialen Krise: Im Zuge der langsamen Auflösung der Feudalordnung und der beginnenden Industrialisierung setzte sich auch eine liberale Gewerbeordnung durch. Die ständischen Bindungen an Boden und »Herrschaft« wurden aufgelöst, das Gemeindeland aufgeteilt und eingezäunt und die Besitzlosen damit vom Land vertrieben. Umgekehrt waren außerhalb der Arbeitsstätten, Fabriken und Industriesiedlungen entstanden, die die nunmehr mobil gewordenen Arbeitskräfte absorbierten und die Urbanisierung beschleunigten. Das Zusammenwirken von Push- und Pullfaktoren hatte somit eine weitgehend rechtlose, »industrielle Reservearmee« (MARX) von Lohnarbeitern hervorgebracht, die sich aus abgesunkenen Handwerkern, Krämern, Kleinbauern und Tagelöhnern zusammensetzte. Angesichts des Überangebots an Menschen, der Rechtlosigkeit des städtischen Proletariates (Manchester-Liberalismus), der ungebremsten Konkurrenz, der aufflackernden Wirtschaftskrisen und der Unerfahrenheit der Arbeiter mußten sich die Menschen zu Löhnen verdingen, die kaum ausreichten, um sie vor dem Verhungern zu bewahren (Pauperismus). In dieser unbestreitbaren Krisensituation entstanden die modernen Genossenschaften. Sie waren Versuche, auf dem Wege der Selbsthilfe und in relativ bescheidenem Wirkungskreis die Unterprivilegierten der industriellen Revolution zu fördern bzw. auf der Angebotsseite (in Landwirtschaft und Gewerbe) die Mitgliederunternehmen zu erhalten und zu stärken, indem einzelne wirtschaftliche Funktionen gemeinschaftlich übernommen wurden. (...) Es verwundert nicht, daß das 19. Jahrhundert auch die Zeit großer theoretischer und praktischer Bemühungen der Genossenschaftspioniere ist. Von zum Teil unterschiedlichen Denkansätzen herkommend wollten OWEN, LASSALLE, FOURIER, BLANC, HUBER, RAIFFEISEN und SCHULZE-DELITZSCH eine gerechtere und menschlichere Gesellschaftsordnung errichten. Mögen sie zum Teil auch an den harten Realitäten gescheitert sein (...), dahinter standen nur bedingt gesellschaftspolitische Träumereien, sondern zunächst der Impuls, empörende Lebensverhältnisse der Unterprivilegierten zu verbessern.“⁴⁰

⁴⁰ ROBERT HETTLAGE: Die Stellung der Genossenschaften in der Wirtschaft. In: Juhani Lau-rinkari, Genossenschaftswesen, Hand- und Lehrbuch, München 1990, S. 302 - 323, hier S. 305.

1.1. Agrarkapitalismus und Industrialisierung

OPPENHEIMER unterscheidet drei Perioden, die dem industriellen Kapitalismus vorangegangen sind:

Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen im Zuge der mittelalterlichen Hörigkeit, die er wohl als patriarchale Ausbeutung, nicht hingegen als *kapitalistische* Ausbeutung versteht, ging in Deutschland etwa um die Wende des 10. Jahrhunderts über in eine Periode, die ökonomisch vor allem durch die *Blüte der Zünfte* auffällt. Vorangegangen war eine Verwandlung des primitiven Großgrund-eigentums in die Großgrundherrschaft, „und zwar namentlich durch die Festlegung der bäuerlichen Zinse“⁴¹. Die »Großgrundherrschaft« „ist eine Institution, bei der ein Grundherr das Recht auf gewisse, recht niedere, feste Bezüge von seinen Bauern hat: aller Überschuß über diese feste Grenze hinaus fließt in die Tasche des Bauern selbst.“⁴² Infolgedessen konnte sich das Einkommen der ländlichen Bevölkerung *mit* dem aus wachsender Bevölkerungsdichte und fortschreitender Arbeitsteilung *allgemein steigenden* Einkommen entwickeln. Vor allem aber gab es weder auf dem Lande noch in den Städten einen Überschuß an »freien« Arbeitern, die dem Kapitalbesitzer hätten nachlaufen müssen. Denn vor Gründung des polnischen Staates im 10. Jahrhundert, und durch die aktiv betriebene Einwanderungspolitik Polens bis ins 14. Jahrhundert hinein, war eine Abwanderung in die dünn besiedelten Gebiete östlich der Elbe für jedermann leicht möglich und standen zur Ansiedelung und Existenzbegründung noch nicht in Besitz genommene Landstriche zur Verfügung⁴³. Kein Lohn konnte unter denjenigen Satz sinken, der sich aus freiem Grund und Boden durch eigene Arbeit ziehen ließ.

Für die Landbevölkerung gab es keinen Grund, ihren angestammten Platz zu verlassen und in die Städte zu *drängen*, obwohl der Bauer um die Wende des 10. Jahrhunderts praktisch die Freizügigkeit genoß. Allorts herrschte ein *Mangel* an verfügbarer Arbeitskraft. Und da es keine Hungerkonkurrenz irgendeiner »Reservearmee« gab, stand der Preis der Arbeit zugunsten der Arbeit und nicht zugunsten des Kapitals. „....., es gibt keine Arbeiter, die den Besitzern von Produktionsmitteln nachlaufen, und darum keinen Kapitalismus.“⁴⁴

„Aber was auch Böses dem Mittelalter nachgesagt werden mag, *einen* Vorwurf darf man ihm nicht machen; das Mittelalter kennt weder im städtischen Gewerbe noch in der Landwirtschaft die wirtschaftliche Ausbeutung des Nebenmenschen. Der Erwerbstrieb, die gebildete Form der Habsucht, ist dem Gewerbe und der Landwirtschaft fremd.“⁴⁵

⁴¹ FRANZ OPPENHEIMER: *System der Soziologie*, Bd. IV, Abriß einer Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Europas von der Völkerwanderung bis zur Gegenwart, 2. Aufl., Stuttgart 1964, S. 1046. Fortan zitiert als „FRANZ OPPENHEIMER: *System IV, Geschichte*“.

⁴² FRANZ OPPENHEIMER: *Soziale Frage*, S. 64.

⁴³ Vgl. FRANZ OPPENHEIMER: *Großgrundeigentum*, S. 332 - 390.

⁴⁴ FRANZ OPPENHEIMER: *Soziale Frage*, S. 64.

⁴⁵ GEORG FRIEDRICH KNAPP: *Die Landarbeiter in Knechtschaft und Freiheit*. Leipzig 1891, S. 49.

„... sehr häufig (wurde) in dieser Zeit kein fester Lohn gezahlt, sondern Meister und ausgelernte Hilfskräfte teilten sich genau derart in den Ertrag, wie es in der echten Produktivgenossenschaft geschieht.“⁴⁶

Diese Periode schlug nach OPPENHEIMER erstmals gegen 1370 in eine kapitalistische um, „als bei fortbestehender Freizügigkeit das seit etwa dem Jahre 1000 verschwundene Klassenmonopolverhältnis neu konstituiert wurde, indem der Grundadel östlich der Elbe im Kolonisationsgebiet und den Slavenländern allen freien Boden sperrte. Damit hatte die »reine Wirtschaft« des hohen Mittelalters ihr Ende erreicht; die Abwanderung der freien Arbeiter in die Städte setzte ein, und der Kapitalismus erlebte seine erste große Blüteperiode in dem Aufschwung namentlich der Verleger der Textilindustrie und der Bergherren, der FUGGER, WELSER, RÖMER usw.“⁴⁷ Die Periode war nur von kurzer Dauer, denn die Voraussetzung dieser kapitalistischen Periode, der »freie« Arbeiter, verschwand alsbald wieder. „(...) die herrschenden Klassen hatten die Macht, die Freizügigkeit fast völlig zu vernichten: der Grundadel verhinderte durch die Schollenbindung den freien Zug vom Lande, die Zunftmeister durch die Zunftsperr den freien Zug in die Städte. Dann brach der Liberalismus 1810/1811 die Fesseln der Freizügigkeit⁴⁸, und sofort setzte die Wanderbewegung der freien Arbeiter wieder ein, und der Kapitalismus erlebte seine zweite Blüteperiode.“ Damit tritt Deutschland in die allgemeine westeuropäische Entwicklung ein.⁴⁹

Der von OPPENHEIMER gesehene Ursprung der industriellen Reservearmee und der Landfluchtbewegung von den Orten mit herrschendem Großgrundbesitz ist trotz der erkennbaren Analogie zu heutigen Verhältnissen, etwa in Lateinamerika, keineswegs unumstritten. Es würde den Rahmen sprengen und eine Fachdiskussion erfordern, wollte man die zahlreichen, das Großgrundeigentum entlastenden Argumente aufzählen und ihrerseits der Kritik zuführen. Klassisch sind geradezu jene Einwände, die den großen Betriebseinheiten »Modernität« und »Durchsetzungsfähigkeit« bescheinigen, also das Großgrundeigentum nicht als eine »Störung« der Marktwirtschaft anerkennen wollen. Andere weisen darauf hin, daß mit den Landarbeitern ebenso 50 % andere Berufsstände ausgewandert seien, was allerdings kein Widerspruch ist. Denn geht der Landarbeiter als Kunde und sinkt die Produktivität der Landregionen, dann kann auch anderes Gewerbe dort nicht bestehen (weswegen OPPENHEIMER von *Regionen* mit herrschendem Großgrundbesitz

⁴⁶ FRANZ OPPENHEIMER: *System IV, Geschichte*, S. 1052 f. Quellenangabe bei OPPENHEIMER: RUDOLF WISSELL, *Des alten Handwerks Recht und Gewohnheit*, Bd. 1, Berlin 1929, S. 355. WISSELL führt darin mehrere Lohnangaben auf. Sie variieren zwischen 10 : 7,2 und 10 : 8,3 im Verhältnis vom Meister- zum Gesellenlohn und etwa 10 : 4,5 im Verhältnis vom Meister- zum Hilfsarbeiterlohn. Die Textstelle ist nur in der alten Auflage von 1929 enthalten.

⁴⁷ FRANZ OPPENHEIMER: *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Ein kurzgefaßtes Lehrbuch der nationalökonomischen Theorie*. Leiden (NL) 1938, S. 195. Fortan zitiert als „FRANZ OPPENHEIMER: *Das Kapital*“.

⁴⁸ „Nach dem Vorbilde des Königreichs Westfalen hatte HARDENBERG unter dem Beifall der deutschen Schüler von ADAM SMITH in Preußen 1810 die *Gewerbefreiheit* eingeführt.“ HANS HAUSHERR: *Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit*, Köln 1970, S. 387.

⁴⁹ Vgl. FRANZ OPPENHEIMER: *System IV, Geschichte*, S. 1046.

spricht). Doch beginnen wir erst gar nicht mit einem Streit, der hier nicht geklärt werden kann, sondern beschränken wir uns auf jenes, was allgemein anerkannt wird. Landflucht und Verstädterung haben unbestritten stattgefunden, und der eigentlich wichtige Punkt an dem OPPENHEIMERSchen Gedankengang ist der gesehene Zusammenhang zwischen der Migrationsbewegung und der arbeitspreisbestimmenden »Reservearmee« in den städtisch-industriellen Zentren.

Die Auflösung der gutsherrlich-bäuerlichen Flurgenossenschaft durch jenen historischen Akt, den die geschichtliche Forschung des späteren 19. Jahrhunderts in politisch-liberaler Wertung als »Bauernbefreiung« bezeichnete, bediente sich in der zeitgenössischen Amtssprache noch einfacherer Ausdrücke. „In dem berühmten STEINSchen Edikt vom 9. Oktober 1807 ist von dem »erleichterten Besitz des Grundeigentums« und den »persönlichen Verhältnissen der Landbewohner« die Rede. Die Durchführungsverordnungen sprechen von »Regulierung« und »Ablösung«. Hinter dieser nüchtern-juridischen Terminologie aber verbirgt sich eine sozialgeschichtliche Zäsur von überaus weitreichender Bedeutung, wobei dem rückschauenden Betrachter sicher auch die Wirkung eines zweiseitigen Schwertes erkennbar wird. Denn wie drückend die bäuerlichen Abhängigkeitsverhältnisse im einzelnen auch gewesen sein mögen, so waren doch mit dem bisher gültigen System der Gutsherrschaft immer noch sehr wichtige positive Bindungen gegeben. Der Gehorsamspflicht des Bauern entsprach die Fürsorgepflicht des Herrn. Mit der Aufhebung der Gutsuntertänigkeit aber entfiel der herrschaftliche Schutz gegenüber einer Vielfalt unberechenbarer Wechselfälle des persönlichen und wirtschaftlichen Schicksals der Hintersassen. Der zum »freien Wirtschaftssubjekt« gewordene Bauer mußte auf alle existenzsichernden, in ihrem wirtschaftlichen Wert kaum jemals voll ermessenen herrschaftlichen Gegenleistungen in Gestalt nicht nur von Geldentlohnung und Naturallieferungen, sondern auch von Beköstigung, Ernteanteilen usw. verzichten. (...) Alle diese Rechte und Sozialbeziehungen galt es jetzt zu »regulieren«, d. h. zu versachlichen und zu »verwirtschaftlichen«. Das Wort Regulierung meint also insgesamt die Aufhebung des historischen Herrschafts- und Abhängigkeitskomplexes, der bis dahin als Gutsherrschaft der Rückhalt der ländlichen Sozialordnung gewesen war. Demgegenüber wurde im Hinblick auf die westdeutsche Grundherrschaft im allgemeinen nur von »Ablösung« gesprochen, Ablösung nämlich der bäuerlichen Rentenlasten.“⁵⁰

Die heute meist nur positiv konnotierte »Bauernbefreiung« beruhte auf einer gesetzlichen Grundlage, die von Staatsbeamten entwickelt und umgesetzt wurde, die traditionell dem Feudaladel entstammten. Man anerkannte die Dienstrechte des Gutsherren an der Person des Untertanen und regelte deren Ablösung. Der Bauer durfte sich also freikaufen, was mangels Vermögen durch Landabtretungen geschah.

„Durch das sogenannte Regulierungsedikt vom 14. September 1811 wurde die Eigentumsverleihung sowie die Umwandlung und Ablösung der Dienste (Gesindezwangsdienste) zunächst bei den »Laßbauern« (Bauern mit bloßem Nutzungsrecht) in Angriff genommen. Man wollte also bei den rechtlich am schlechtesten Gestellten beginnen. Dieses Edikt ist praktisch kaum angewandt worden, wurde vielmehr 1815 suspendiert und im folgenden Jahre durch die »Deklaration« ersetzt. Diese den Gang des Reform-

⁵⁰ CARL JANTKE: Der vierte Stand. Freiburg 1955, S. 141 f.

werks grundlegend ändernde Deklaration ging angesichts des Geldmangels der Bauern von dem Grundsatz der bäuerlichen Landabtretung als Entschädigung der Gutsherren für ihre Einbußen an bäuerlicher Arbeitskraft und herrschaftlichen Rechten aus. Und zwar sollten die Laßbauern mit erblichem Nutzungsrecht ein Drittel ihres Landes, die nichterblichen Lassiten und die Pachtbauern die Hälfte abtreten. Hinzu kam die sehr einschneidende Bestimmung, daß das eigentliche Kleinbauerntum, die sogenannten nichtspannfähigen Stellen, von der Regulierung überhaupt ausgeschlossen wurden. Hier hatten deshalb die Gutsherren verhältnismäßig leichtes Spiel: wo die Stellen nicht beim Tode des Besitzers eingezogen wurden, wurde das Besitzrecht verschlechtert, indem man die Bauern in Zeitpächter umwandelte. Von der Regulierung ausgeschlossen waren ferner diejenigen Höfe, die nicht im amtlichen Kataster geführt wurden, und endlich diejenigen, welche auf alten, während des Siebenjährigen Krieges wüst gewordenen Hofstellen von den Gutsherren neu angelegt worden waren. Innerhalb dieser nicht-regulierbaren Gruppen hat sich nur eine verhältnismäßig kleine Zahl von Bauernstellen bis 1850 erhalten, dem Zeitpunkt, da endlich alle Bauern ohne Unterschied für regulierbar erklärt wurden, nachdem die Existenzbasis durch den Fortfall der Wald- und Weidenutzung vollends schmal geworden war. Was sie bei der Gemeinheitsteilung etwa an eigenen Anteilen erhielten, konnte den Ausfall ihrer ehemaligen Nutzungsbeteiligung nicht aufwiegen. Am schwersten waren davon die Angehörigen der unterbäuerlichen Schichten (Kleinstellenbesitzer, Häusler, Dorfhandwerker usw.) betroffen worden, die leer ausgingen und zumeist auf eigene Viehhaltung verzichten mußten. (...)

Die im Gefolge der Bauernbefreiung eingetretenen bäuerlichen Landverluste in Ostdeutschland sind beträchtlich und in ihren allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Folgen von einschneidender Bedeutung gewesen. Sie betrug (nach LÜTGE) bis zur Jahrhundertmitte in den östlichen Provinzen Preußens ungefähr:

- a) Landabtretungen im Rahmen der Regulierung (Entschädigungen): 420.000 ha;
- b) freihändiger Erwerb von Bauernland durch die Gutsbesitzer: 7.000 - 8.000 spannfähige Bauern und 14.000 - 16.000 nichtspannfähige Bauern mit über 200.000 ha;
- c) Einzug erledigter Höfe im ungefähren Umfang von 100.000 Stellen mit über 300.000 ha. (...)

Auf diese Weise hat sich im Ablauf weniger Jahrzehnte eine starke soziale Differenzierung des ostdeutschen Landvolkes ergeben. Während die unter den Bedingungen wirtschaftlicher Freiheit sich behauptenden, selbständig und »herrenlos« gewordenen Hofbauern emporstiegen und sich der rationellen Wirtschaftsweise anpaßten, wurde die Mehrzahl der ausgekauften oder der in ihren Besitz- und Nutzungsrechten geminderten Bauern und Häusler zu Landarbeitern, die trotz erheblicher Unabhängigkeit ihre ökonomische Selbständigkeit einbüßten.“⁵¹

Bedenkt man die von OPPENHEIMER aufgemachte Rechnung, wonach die Fläche von 1 ha pro Kopf, 5 - 6 ha eine Familie ernähren kann⁵², dann ergibt der Verlust von 920.000 ha in Kleinstellen genutzten Ackerlandes eine Vernichtung von mindestens 200.000 Existenzen, wenn man auf zehn landwirtschaftliche Existenz eine weitere handwerkliche rechnet, die mit diesen in arbeitsteiligem Austausch steht.

⁵¹ CARL JANTKE: Der vierte Stand. Freiburg 1955, S. 143 f.

⁵² FRANZ OPPENHEIMER: Erlebtes, Erstrebtes, Erreichtes. Lebenserinnerungen. 2. Aufl. 1964, S. 143. Fortan zitiert als „FRANZ OPPENHEIMER: *Lebenserinnerungen*“.

Zu den von HETTLAGE (↑ 41) so bezeichneten »Push- und Pullfaktoren« der einsetzenden Wanderungsbewegung gehört nicht nur die Verschlechterung der Existenzbedingungen durch den Verlust von Land und Nutzungsrechten. Hinzu kommt, daß es mit den Wandlungen der Betriebsstruktur ab den fünfziger Jahren üblich wurde, „Arbeitskräfte im Sommer heranzuziehen, um sie im Winter wieder zu entlassen, zumal die jetzt aufkommende Anwendung des mechanischen Dreschverfahrens den bislang gewohnten winterlichen Einsatz des »Dreschgärtners« überflüssig machte. (...) Damit trat neben den seßhaften betriebsverbundenen Kontraktarbeiter allmählich der rechnerisch vorteilhaftere Saisonarbeiter. Diese Entwicklung aber führte nicht nur zur Verschärfung des Interessengegensatzes zwischen Gutswirt und Landarbeiter, sondern auch zu einem Verfall des wirtschaftlichen Niveaus des letzteren.“⁵³ Gleichzeitig entstanden in den industriellen Gewerbezentren zunehmend Arbeitsplätze, auf denen a) durchweg höhere Löhne geboten wurden und b) eine ganzjährige Anstellung üblich war. Zumindest erscheint es nachvollziehbar, daß eine durch Saison- und Wanderarbeit sowieso schon mobilisierte Landbevölkerung während der arbeitslosen Winterperiode ihr Glück in den Gewerbezentren suchte und dort seßhaft wurde, zumal die konservative Gutsherrschaft nicht nur schlecht bezahlte, sondern traditionell tief in das Privatleben des »Untertan« eingriff⁵⁴, während in den Städten seit langem der Satz galt: »Stadtluft macht frei«. Und daß die weiter unten dargestellten Verhältnisse in den städtischen Elendsvierteln schlechter gewesen seien als die Verhältnisse auf dem Land, wird sich kaum behaupten lassen. Aus seiner Zeit als Landarzt in der ostelbischen Region berichtet OPPENHEIMER:

„Kam ich da einmal gegen 10 Uhr nachts auf ein Gut und wurde in eine der Tagelöhnerbehausungen geführt, um eine Magd zu verarzten, die sich krank gemeldet hatte. Als ich in die Tür trat, prallte ich entsetzt zurück: die Luft war schlechthin irrespirabel, das reinste Giftgas. Ich ließ erst einmal die Fenster öffnen und gründlich lüften, trat dann ein und sah etwas Unvergeßliches, was auf meine spätere wissenschaftliche Grundeinstellung entscheidend eingewirkt hat. Man stelle sich ein roh aufgemauertes Rechteck vor, das durch zwei, einander im rechten Winkel kreuzende Zwischenwände in vier Räume eingeteilt ist. Am Kreuzpunkt steht ein riesiger Ofen, der sie alle zugleich heizt. Jeder Raum ist die »Wohnung« einer ganzen Familie, in der sie zu leben, zu schlafen und zu kochen hat. Der Raum, in den ich damals trat, enthielt zwei

⁵³ CARL JANTKE: Der vierte Stand. Freiburg 1955, S. 149.

⁵⁴ „In den westlichen Teilen des Reiches überwiegt die Grundherrschaft; die Bauern sind dem Feudalherrn abgabepflichtig. Aus dem Mittelalter hat sich ein kompliziertes System von Geld- und Naturalabgaben erhalten. In den ostelbischen Gebieten dagegen bewirtschaftet der Adel seine Güter selbst, die Bauern sind ihm »erbuntertänig«, sie sind als »arbeitendes Zubehör« an den Boden gebunden. In der Gutsherrschaft sind die Leibeigenen zu Frondiensten gezwungen. Der kleine Bauer muß Handdienste leisten; hat er ein Gespann, muß er auch dieses den größten Teil des Jahres der gutsherrlichen Wirtschaft zur Verfügung stellen. Es bleibt ihm kaum Zeit, sein vom Gutsherrn an ihn »ausgetanes« Vorwerkland zu bearbeiten. Seine Kinder dienen als Knechte und Mägde. Sein Dorf untersteht der gutsherrlichen Gerichtsbarkeit. Der Bauer ist dem Zuchtigungsrecht des Gutsherrn unterworfen.“ DEUTSCHER BUNDESTAG (Hg.): Fragen an die deutsche Geschichte. Ideen, Kräfte, Entscheidungen von 1800 bis zur Gegenwart. Historische Ausstellung im Reichstagsgebäude in Berlin, Katalog, 6. Aufl., Bonn 1981, S. 56.

schlechte Betten, einen Kinderwagen und ein Strohlager. In dem einen Bett lag das Ehepaar, in dem anderen der Knecht und die Magd (...), in dem Kinderwagen die beiden Kleinsten, auf dem Strohlager die alte Großmutter mit den übrigen, nach flüchtiger Schätzung sechs bis sieben Kindern. Außerdem befand sich in dem Raum ein Volk von etwa zwanzig Hühnern und ein Schwein! Jetzt konnte ich die Beschaffenheit der Atmosphäre verstehen. Als KAISER WILHELM II. das Gut Cadinen besichtigte, das ihm durch Erbschaft zugefallen war, rief er aus: »Hier sind ja die Schweineställe besser als die Leutewohnungen!« Ich wußte Bescheid!⁵⁵

Die OPPENHEIMERSche These lautet nunmehr, **daß die »Reservearmee« in den Gewerbezentren, ohne die es keine Ausbeutung der gewerblichen Lohnabhängigen hätte geben können, durch die Wanderungsbewegungen vom Land zustandegekommen war und nicht auf einer »Freisetzung« durch die Maschine beruhte.** Wohl mag die Modernisierung von Produktionsverfahren einzelne Existenzen hart treffen und unangenehme Umstellungen erzwingen, aber durch die höherwertige Organisation der Produktion wird der Gesamtbestand an Arbeitsplätzen nicht reduziert, sondern erhöht. Die *soziale Erscheinung* der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen läßt sich dagegen nicht aus *produktionstechnischen Veränderungen* erklären, sondern nur aus den *sozialen Verhältnissen* und Bewegungen einer Gesellschaft.

Der Konservative FREIHERR VON DER GOLTZ hatte die tiefere Ursache der Wanderungsbewegung vom Lande bereits 1874 entdeckt. Das von OPPENHEIMER nach GOLTZ benannte Migrationsgesetz lautet: „Mit dem Umfang des Großgrundbesitzes parallel und mit dem Umfang des bäuerlichen Besitzes in entgegengesetzter Richtung geht die Auswanderung.“⁵⁶ OPPENHEIMER gab ihm seine allgemeingültige Form mit der Formulierung: „Die Menschen strömen vom Orte höheren wirtschaftlichen Druckes zum Orte geringeren wirtschaftlichen Druckes auf der Linie des geringsten Widerstandes.“⁵⁷ Bis 1931 war dieses Gesetz, das OPPENHEIMER als eines der wenigen echten Gesetze der Gesellschaftswissenschaft einstufte, in der Fachwelt und sogar dem einschlägigen Handwörterbuch der Staatswissenschaft praktisch unbekannt⁵⁸. Wieviel geringer aber muß die Chance der um etwa 1850 Lebenden eingeschätzt werden, eine herannahende, bis dahin unbekannte »Druckentladung« mit ihren Folgen vorherzuahnen oder in ihrem Gesamtzusammenhang während des laufenden Ereignisses zu begreifen, wo doch alle Faszination von den neuen Technologien ausging und das Zuviel an Arbeitskräften traditionell mit dem Paradigma der Unzucht und des Zeugungsverhaltens der armen Bevölkerungsschichten hinreichend »erklärt« schien?⁵⁹

Mit der Einführung der Gewerbefreiheit und Freizügigkeit bei der Wohnsitzwahl brach der Damm zwischen Stadt und Land. In ihre städtische Idylle hinein ergoß

⁵⁵ FRANZ OPPENHEIMER: *Lebenserinnerungen*, S. 93.

⁵⁶ THEODOR FREIHERR VON DER GOLTZ: Die ländliche Arbeiterklasse und der preußische Staat. Jena 1893, S. 142.

⁵⁷ FRANZ OPPENHEIMER: *Großgrundeigentum*, S. 46.

⁵⁸ Vgl. FRANZ OPPENHEIMER: *Lebenserinnerungen*, S. 146.

⁵⁹ Vgl. FRANZ OPPENHEIMER: Das Bevölkerungsgesetz des T. R. Malthus und der neueren Nationalökonomie. Darstellung und Kritik. Berlin 1900.

sich ein Strom nach besseren Lebensbedingungen suchender Landproletarier und bildete so die Reservearmee, die das industrielle Kapital ohne eigenes Zutun *vorfand*. Gleichzeitig kam mit der Liberalisierung ein produktionstechnischer Prozeß in Gang, der häufig als Ursache des Wandels gesehen wird. Doch ist nicht minder plausibel anzunehmen, daß die politische *Integration der Märkte* erst jene Stückzahlen identischer Produkte absetzbar werden ließ, die den Fabrikanten zur Entwicklung von Massenproduktionstechnologien anreizte. *Erst weil die neue Marktsituation es rentabel machte, bei Konsumgütern von der handwerklichen Einzelfertigung abzugehen, lag ein beständig wirkender Reiz für den Unternehmer darin, Arbeitsform und Technik auch außerhalb der Militärgüterproduktion entsprechend umzugestalten*⁶⁰.

Zur weiteren Erschütterung des technikzentriert-industriellen Paradigmas der »sozialen Frage« wird man wohl auch anführen dürfen, daß die theoretisch vorhandene Kunstfertigkeit der Mechanik bereits bei LEONARDO DA VINCI (1452 - 1519) und bei der Zunft der Uhrmacher und Produzenten mechanischer Musikinstrumente und Spielzeuge weit entwickelt war. Aus den von ihnen verstandenen Prinzipien entwickelte beispielsweise JOSEPH-MARIE JACQUARD 1805 einen mit Lochkarten gesteuerten Webstuhl zur Herstellung gemusterter Gewebe, der vom steuerungstechnischen Standpunkt aus gesehen klar das Vorurteil widerlegt, der technologische Rationalismus sei erst mit der kapitalistischen Blüte aufgekommen. Nein, er wurde mit ihr erstmals gezielt *nachgefragt* und *eingesetzt*, so daß die Technik ihre *Verbreitung* fand. Der Franzose DENIS PAPIN, Professor in Marburg, soll bereits um 1700 für den Landgrafen KARL VON HESSEN eine Art Dampfmotor entwickelt haben, der als Antrieb eines Dampfbootes Verwendung fand⁶¹. Der Überlieferung nach sollte das Fahrzeug eine Reise auf der Weser nach Bremen antreten, aber schon bei Münden von Schiffern zertrümmert worden sein. Erst als die Entwässerung der Kohlebergwerke mit Tier- und Wasserkraft nicht mehr bewältigt werden konnte, wurde die künstliche Kraftquelle bewußt gesucht. Das heißt, wo der Markt den Einsatz einer bestimmten Technik nicht herausfordert, bleiben die schönsten Erfindungen ohne Resonanz (bzw. verkanntes Spielzeug eines Landgrafen). Aber selbst zwischen der ersten dokumentierten Erfindung einer Dampfmaschine durch THOMAS NEWCOMEN gegen 1712, der Weiterentwicklung durch JAMES WATT (1773) und ihrer rasanten Verbreitung in Deutschland zwischen 1850 und 1870 vergingen immerhin gut 80 bzw. 140 Jahre. Läßt sich die Erschütterung

⁶⁰ Bezeichnenderweise wurden in den ersten Fabriken hauptsächlich Militärgüter (Uniformen, Waffen etc.) produziert. Der Fabrik als Produktionsform bedienten sich die Militärs aber nicht etwa, weil sie besonders fortschrittlich gewesen wären, sondern weil das Militär als Selbstverbraucher einen großen Bedarf an einheitlichen Gütern hatte. Überall, wo nach Massengütern verlangt wird, stellt sich die Fabrik als »kleinstes Mittel« zwangsläufig ein. Und diese Nachfrage war auf dem Militärssektor früher gegeben als in der allgemeinen Wirtschaft, die ihre Marktintegration erst später vollzog.

⁶¹ WILHELM BERDROW: Buch der Erfindungen. Erstauflage 1901, Düsseldorf 1985, S. 286 und 620. Der Verfasser drückt sich vorsichtig aus, da es von diesem Motor keine Pläne oder Überbleibsel gibt. PAPIN entdeckte die Möglichkeit, großen Dampfdruck für Arbeitsleistungen zu verwenden. Er erfand 1679/80 den *Papinschen Topf* und das dazugehörige Überdruckventil (vgl. Bertelsmann Universal Lexikon, Bd. 13, Gütersloh 1993, S. 253).

des gesellschaftlichen Gefüges gegen 1848 (Vormärz-Revolution) über die »Entfaltung der Produktivkräfte« erklären?

Versuchen wir eine antikritische Sicherung der OPPENHEIMERSchen These durch Heranziehung der Berufs- und Gewerbestatistik des Königreich Preußen⁶² aus dem Jahr 1840, um die Betroffenheit der Berufsgruppen von der industriellen »Revolution« abzuschätzen.

Art des Gewerbes	Anzahl der Beschäftigten	Auswirkung
Forst- und Landwirtschaft	1.057.694	nein
Bergbau	52.777	positiv
Industrie und Gewerbe (insgesamt)	868.932	
davon: Steine und Erden	30.392	nein
Metallerzeugung und -verarbeitung	107.147	positiv
Bau von Transportmitteln	21.781	positiv
Maschinenbau und Feinmechanik	4.726	positiv
Chemie	9.391	positiv
Textil- und Bekleidungsgewerbe	266.686	kritisch
Schuhmacher, Papier und Leder	150.702	kritisch
Holz- und Schnitzwaren	93.178	kritisch
Nahrungs- und Genußmittel	91.075	nein
Baugewerbe	92.803	nein
Graphisches und künstlerisches Gewerbe	1.051	nein
Handel	136.932	positiv
Verkehr und Transport	17.531	positiv
Gastronomie	81.016	nein
Militär	205.247	nein
Bildung	24.328	nein
Gesundheit	16.846	nein

Tab. 1: Einfluß der industriellen Revolution auf die Berufsgruppen

Von den insgesamt 2,6 Mio. Erwerbstätigen arbeiteten demnach lediglich ca. 510.463 ≈ 20 % in Gewerben, die eine durch Technisierung ungünstige Entwicklung für die Berufsstände erwarten lassen. Betrachten wir die »kritischen Gewerbe« genauer durch einen Vergleich mit der Statistik von 1861 und zudem unterteilt nach Selbständigen und abhängig Beschäftigten⁶³.

Art des Gewerbes	1840		1861	
	absolut	in %	absolut	in %
Textil- und Bekleidungsgewerbe				
a) Selbständige	214.577	80,5	229.165	41,5
b) abhängig Beschäftigte	52.109	19,5	322.538	58,5
Summe	266.686	100,0	551.703	100,0
Schuhmacher, Papier und Leder				
a) Selbständige	94.930	63,0	116.724	55,1
b) abhängig Beschäftigte	55.772	37,0	95.249	44,9
Summe	150.702	100,0	211.973	100,0
Holz- und Schnitzwaren				
a) Selbständige	62.180	66,7	84.550	53,4
b) abhängig Beschäftigte	30.998	33,3	73.709	46,6
Summe	93.178	100,0	158.259	100,0

Tab. 2: Beschäftigungsentwicklung in den Gewerben mit zunehmender Technisierung

In dieser Tabelle treten uns die zwei »sozialen Fragen« entgegen, wie sie von SCHULZE-DELITZSCH und LASSALLE unterschiedlich gestellt wurden. SCHULZE-DELITZSCH sorgte sich bekanntermaßen vor allem um den zurückgedrängten Handwerkerstand, also den Verlust der selbständigen Existenzen durch die Konkurrenz des angreifenden industriellen Gewerbes. LASSALLE hingegen machte sich zum Anwalt der Arbeiterklasse, deren Anteil an der Erwerbsbevölkerung rasch zunahm. Dabei kann auch hier keine Rede davon sein, daß die Maschine den Arbeiter »freigesetzt« habe⁶⁴.

	1840 absolut	in %	1861 absolut	in %
Gesamtbevölkerung	14.928.501	100,0	18.491.220	100,0
Meister und Direktionspersonal	567.433	3,8	685.999	3,7
Gesellen, Gehilfen, Arbeiter	301.499	2,0	1.134.350	6,1

Tab. 3: Anteil der industriellen Erwerbsbevölkerung zur Gesamtbevölkerung im Königreich Preußen 1840 und 1861

Der Anteil der abhängig Beschäftigten des industriellen und gewerblichen Sektors hat sich im Vergleich zur Gesamtbevölkerung binnen 20 Jahren *verdreifacht*.

Die ab ca. 1860 einsetzenden Klagen der ostelbischen Grundbesitzer über die »Leutenot«⁶⁵, sprich: Arbeitskräftemangel aufgrund der Abwanderung, bestimmten ab 1870 einige halbherzig angegangene Projekte zur »inneren Kolonisation« durch die preußische Regierung und wurden 1890 zum Gegenstand einer Untersuchung des Vereins für Sozialpolitik, dessen Fragebögen MAX WEBER auswertete⁶⁶. Ab 1880 verfügen wir ferner über Daten, von denen hier ein Auszug wiedergegeben sei:⁶⁷

⁶² WOLFGANG KÖLLMANN (Hg.): Quellen zur Bevölkerungs-, Sozial- und Wirtschaftsstatistik Deutschlands 1815 - 1875, Bd. 2, Quellen zur Berufs- und Gewerbestatistik Deutschlands. Preußische Provinzen. Boppard am Rhein 1989, S. 226 ff (Tabelle 9 i).

⁶³ WOLFGANG KÖLLMANN (Hg.): Quellen ..., a.a.O., S. 226 ff (Tabelle 9 i) und S. 678 (Tabelle 16 j).

⁶⁴ WOLFGANG KÖLLMANN (Hg.): Quellen ..., a.a.O., S. 226 ff (Tabelle 9 i), S. 678 (Tabelle 16 j) und gleicher Titel, Bd. 1, Quellen zur Bevölkerungsstatistik Deutschlands, Boppard am Rhein 1980, S. 226, (Tabelle 33).

⁶⁵ Vgl. die Klagerede der Abgeordneten SZMULA und v. MIQUEL unter dem Titel: Die Beratungen des preussischen Landtages über die Landarbeiterfrage. In: Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Bd. 2, 1899, S. 212 - 220.

⁶⁶ MAX WEBER: Die Lage der Landarbeiter im ostelbischen Deutschland (1892), hrsg. von Martin Riesebrodt, Tübingen 1984.

⁶⁷ Vgl. PETER QUANTE: Die Abwanderung aus der Landwirtschaft. Kiel 1958, Tabelle 8 und 9 auf S. 70 bis 73.

	1880 - 1895	1895 - 1910
Geburtenüberschuß Land	2.587.077	2.917.943
Abwanderung Land	3.116.288	3.429.346
Geburtenüberschuß Gewerbe	3.211.408	5.303.882
Zuwanderung Gewerbe	1.893.815	3.517.617
Zwischenstaatliche Wanderung	- 1.222.473	+ 88.271

Tab. 4: Landwirtschaftliche Abwanderung und gewerbliche Zuwanderung in Preußen

Bei der zwischenstaatlichen Wanderung stehen sich zwei Trends gegenüber. Auf der einen Seite sind zwischen 1880 und 1893 allein 1,8 Millionen Auswanderer nach Übersee entflohen⁶⁸. Auf der anderen Seite fanden die Grundherren eine Lösung ihres Arbeitskräfteproblems darin, billige Arbeitskräfte in großem Ausmaß etwa aus Polen anzuwerben⁶⁹, deren »Preis« sich weiter drücken ließ, weil diese ohne familiären Anhang kamen und daher noch genügsamer waren.

Damit konnte die Richtigkeit des OPPENHEIMERSchen Gedankenganges an dieser Stelle zwar noch nicht streng bewiesen werden, aber als einleuchtende Interpretation von erheblicher Evidenz mag man ihn zumindest vorläufig gelten lassen. HAUSHERR gibt an, daß der »industriellen Revolution« in England und Deutschland »Agrarrevolutionen« dergestalt vorausgegangen sind, daß die großen Grundbesitzer mittels Einhebungsgesetzen und willfähriger Staatshilfe Bauern freisetzen und somit jenes Landproletariat schufen, das fortan in die Gewerbezentren drängte⁷⁰. Reich an Material ist ferner FRIEDRICH SEIDEL⁷¹. Und selbst MARX schrieb an einer Stelle: „Die Expropriation der Volksmasse von Grund und Boden bildet die Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise. Das Wesen einer freien Kolonie besteht umgekehrt darin, daß die Masse des Bodens noch Volkseigentum ist und jeder Ansiedler daher einen Teil davon in sein Privateigentum und individuelles Produktionsmittel verwandeln kann, ohne den späteren Ansiedler an derselben Operation zu verhindern.“⁷²

Dagegen steht in eigenartigem Kontrast das industriezentrierte Paradigma, wie es von FRIEDRICH ENGELS formuliert wurde: „Die Geschichte der arbeitenden Klasse in England beginnt mit der letzten Hälfte des vorigen Jahrhunderts, mit der Erfin-

⁶⁸ Vgl. MAX WEBER: Die Lage ..., a.a.O., Einleitung von MARTIN RIESEBRODT, S. 6.

⁶⁹ Vgl. FRANZ OPPENHEIMER: Die preußische Polen-Politik. In: Die Hilfe, Berlin 1907, Heft Nr.30, S. 468 - 470 und Nr.31, S. 485 - 486, hier S. 486.

⁷⁰ HANS HAUSHERR: Wirtschaftsgeschichte ..., a.a.O., S. 290 ff und 380 ff.

⁷¹ FRIEDRICH SEIDEL: Die soziale Frage in der deutschen Geschichte mit besonderer Berücksichtigung des ehemaligen Fürstentums Waldeck-Pyrmont. Ein Lehrgeschichtlicher Überblick. Wiesbaden 1964. Für den hier diskutierten Zusammenhang siehe besonders S. 273.

⁷² KARL MARX: Das Kapital, Bd. 1, 25. Kapitel: »Die moderne Kolonisationstheorie«, nach der 2. Aufl. von 1872, Frankfurt a. M. 1969, S. 710 (MEW, Bd. 23, S. 796). ARNOLD GYSIN zählt die dort niedergelegten Überlegungen zu den bescheidenen, aber wertvollen Ansätzen, die in Richtung eines freiheitlichen Sozialismus bei MARX weisen würden und die durch LENIN konsequent eliminiert worden seien. ARNOLD GYSIN: Franz Oppenheimer (1864 - 1943), Sein Beitrag zum freiheitlichen Sozialismus. In: Heiner Flohr u.a. (Hg.), Freiheitlicher Sozialismus, Gerhard Weisser zum 75. Geburtstag, Bonn 1973, S. 35 - 48, hier S. 37.

dung der Dampfmaschine und der Maschinen zur Verarbeitung der Baumwolle. Diese Erfindungen gaben bekanntlich den Anstoß zu einer industriellen Revolution, einer Revolution, die zugleich die ganze bürgerliche Gesellschaft umwandelte und deren weltgeschichtliche Bedeutung erst jetzt anfängt erkannt zu werden.“⁷³

Wie gering der Anteil an Dampfkraft tatsächlich in die »soziale Frage« mit ein- geht, zeigt die Zählung vorhandener Maschinen. In dem Industriegebiet von Glas- gow mit 200.000 Einwohnern zählte man 56 Jahre, nachdem WATT's Dampfma- schine verkaufsfähig war (1831), gerade 328 Dampfmaschinen mit einer Gesamtlei- stung von etwa 8.364 PS⁷⁴. In dem wesentlich später entwickelten Königreich Preu- ßen gab es 1840 gerade 622 Stück mit einer Gesamtleistung von 11.938 PS und 1861 wohl 8.674 Stück mit einer Gesamtleistung von 365.498 PS, das heißt 0,3 PS pro abhängig Beschäftigtem in Industrie und Gewerbe!⁷⁵ Um von dem erreichten Technisierungsgrad eine Vorstellung zu geben: Die Leistung von 0,3 PS entspricht etwa dem kleinsten, heute für Modellautos verwendeten Motor. Sie lassen sich aus 2 cm³ Hubraum und mit einem Motorengewicht von 130 g gewinnen. Und den- noch war die soziale Frage bereits voll entbrannt.

1.1.1. Vom Pauper zum Proletarier

Das Phänomen der Armut hatte in der damaligen Gesellschaftsordnung einen fes- ten Platz. Die Armen wurden von der Kirche mit dem Nötigsten ausgestattet und erfüllten gegenüber den bessergestellten Bürgern eine Funktion, indem sie diesen ihre gehobene Stellung bestätigten und Bedürfnisse sozialer Hochgeltung befriedigten. Der Arme war in diesem Sinne »nützlich«, hatte einen festen Platz in der Standeshierarchie, und „zu seiner Beseitigung bestand kein Anlaß, solange seine Unterordnung freiwillig und selbstverständlich erfolgte. Lediglich auf Beibehal- tung der Distanz legte die Ständegesellschaft Wert.“⁷⁶

„Aber nicht die Notlage dieses ländlichen Proletariats, obwohl ohne Zweifel die ärm- ste und bedrohteste Schicht, auch nicht die elende Lage der Heimarbeiter, der Handwe- ber oder anderen verfallenen Handwerks zog das Interesse der Beobachter auf sich. Not und Elend durch Krieg, Seuchen und Mißernten hatte es immer gegeben; auch eine »soziale Frage«, eine aus der wirtschaftlichen Lage einer ganzen Bevölkerungsschicht sich ergebende wirtschaftliche Not war nicht neu, nur war sie nicht oder wenigstens nicht weithin sichtbar geworden⁷⁷. Solche Nöte gehörten in das gesellschaftliche Bild, man war sie gewohnt. Bis zu diesen Gruppen war eben die Gesellschaftstheorie der

⁷³ FRIEDRICH ENGELS: Die Lage der arbeitenden Klasse in England. Original 1845. München 1973, S. 19. Die Auseinandersetzung OPPENHEIMER - MARX findet man bei FRANZ OP- PENHEIMER: Das Grundgesetz der Marx'schen Gesellschaftslehre. Darstellung und Kritik. Berlin 1903, S. 49 - 67.

⁷⁴ Vgl. HANS HAUSHERR: Wirtschaftsgeschichte ..., a.a.O., S. 297.

⁷⁵ WOLFGANG KÖLLMANN (Hg.): Quellen ..., a.a.O., Bd. 2, S. 705 (Tabelle 19j).

⁷⁶ ALBERT MÜSSIGGANG: Die soziale Frage ..., a.a.O., S. 60.

⁷⁷ Fußnote im Zitat: „Es sei hier nur erinnert an die Hungerrevolten in den Bergbaugebieten Ungarns und Tirols zur Zeit der FUGGER und an ganz ähnliche Vorgänge in den Spinn- und Weberzentralen Flanderns.“

sellschaftstheorie der Aufklärung noch nicht vorgedungen, man rechnete sie den »gottgewollten Abhängigkeiten« zu. Nicht diese Schichten mit ihren altbekanntesten Nö- ten lenkten das Interesse der Sozialreformer auf sich, sondern das gesellschaftlich neue Element des »Proletair«. Die neue Arbeitsform, das in Entfaltung begriffene Fabrikwe- sen und der von ihr geprägte Mensch wurden als die neue, gesellschaftsbestimmende Kraft empfunden, sie werden die neue, nur in Umrissen geahnte Welt- und Ges- sellschaftsordnung heraufführen.“⁷⁸

Was sich als »Pauper« oder »Pöbel« mit angestammten Platz in den Städten und noch größerem Ausmaß auf dem Lande befand, zog sich nun in den Städten zusam- men „und wucherte dort über das Maß dessen hinaus, was die gebundene Gesell- schaft für möglich und zuträglich gehalten hatte. Das meinte HEGEL, wenn er vom »Herabsinken einer großen Masse unter das Maß einer gewissen Subsistenzweise« sprach, die zum Verlust des Ehr- und Rechtsbewußtseins führe und es unmöglich mache, »durch eigene Tätigkeit und Arbeit zu bestehen.“⁷⁹

Hatte es in Deutschland bis dahin noch keinen entfesselten Pöbelstand gegeben, so fürchtete die bürgerliche Gesellschaft nun um ihre Existenz. „Das Glück der bürgerlichen Gesellschaft hängt vom Dasein vieler tüchtiger, gesunder, kräftiger, intellektueller, sittlich gebildeter Menschen ab. Dies Glück ist im Widerspruch mit dem Dasein eines zahlreichen notleidenden Pöbels. Die Gesetzgebung muß also *nicht unbedingte Volksvermehrung* als Grundsatz aufstellen (...).“⁸⁰ Diskutiert wur- den Ehe- und Fortpflanzungsverbote für jene, die eine Familie nicht zu ernähren vermochten⁸¹. Man sah die untersten Stände »übervölkert«, obwohl es ein Problem der »Überbevölkerung« im räumlichen Sinne nicht gab⁸², sondern die ökonomischen Gegebenheiten lediglich nicht jedem die Produktion oder den Erwerb von Nah- rungsmitteln ermöglichten⁸³. Für die neuartige Erscheinung des entfesselten Pöbels,

⁷⁸ ALBERT MÜSSIGGANG: Die soziale Frage ..., a.a.O., S. 59 f.

⁷⁹ WERNER CONZE: Vom »Pöbel« zum »Proletariat«, Sozialgeschichtliche Voraussetzung für den Sozialismus in Deutschland. In: Hans-Ulrich Wehler (Hg.), Moderne deutsche Sozial- geschichte, 4. Aufl., Köln 1973, S. 111 - 136, hier S. 115. Erstveröffentlichung 1954.

⁸⁰ Oberpräsident v. VINCKE in einem Gutachten 1824, zitiert von WILHELM SCHULTE, Volk und Staat, Westfalen im Vormärz und in der Revolution 1848/49, Münster 1954, S. 115.

⁸¹ Vgl. WERNER CONZE: Vom »Pöbel« ..., a.a.O., S. 116.

⁸² „So lange noch der größere Teil unserer Erdoberfläche so schwach besiedelt ist, wie er es zur Zeit noch ist, so lange nicht nur beinahe ganze Weltteile der Besetzung mit einer ihrer Größe und Fruchtbarkeit angemessenen Bevölkerung harren, sondern auch selbst in unse- rem, angeblich bereits übervölkerten Europa noch große, der Bebauung fähige, ja zum Teil von der Natur überreich gesegnete Länderstrecken unbewohnt und unbebaut daliegen, wie z.B. die reichen Ebenen Ungarns und der übrigen Donauländer, ferner große Stücke von Polen, Teile von Ost- und Westpreußen usw., so lange kann von einer Übervölkerung im absoluten Sinne, d.h. von einer Übervölkerung der ganzen bewohnbaren Erde noch nicht entfernt die Rede sein.“ KARL BIEDERMANN: Das Proletariat. In: Carl Jantke, Diet- rich Hilger, Die Eigentumslosen, Freiburg 1965, S. 435 - 450, hier S. 438. Erstveröffentli- chung: KARL BIEDERMANN, Vorlesungen über Socialismus und sociale Fragen, Leipzig 1847, S. 26 - 66.

⁸³ Eine entscheidende Umdeutung der Problemstellung! Denn bereits 1834 hätten nach BÜ- LAU Boden und Menschenhand mehr produziert können als gebraucht wurde. Die Über- zahl der Bevölkerung könne nicht Grund des Übels sein, „weil noch viel daran fehlt, daß alle Hilfsquellen erschöpft, daß nur alle in höchst möglicher Ausdehnung in Anspruch ge- nommen, ja, daß nur alle zugänglich gemacht wären. Folglich läßt sich der bedenkliche

der damit aufhörte, Pöbelstand zu sein, bürgerte sich der Begriff des »Proletaire« ein. Zusammengezogen in den Städten und dort in den Fabriken, entwickelte das neu entstandene Proletariat ein gemeinsames Bewußtsein seiner Lage und trat damit auch erstmals als eine geeinte Klasse in Erscheinung, während der Pauper der Vorzeit kaum Anlaß hatte, sein Schicksal als Ausdruck eines gesellschaftlichen Klassen-Verhältnisses zu begreifen.

Bereits bei ADAM SMITH traf den Arbeiter das Merkmal der Besitzlosigkeit⁸⁴, und spätestens seit LORENZ VON STEIN ist er als Klasse mit eigenständigem Begriff auch in Deutschland verstanden worden. Indessen „muß der Auffassung widersprochen werden, daß das Proletariat ein Erzeugnis des 19. Jahrhunderts sei. Dabei rechnen wir zum Proletariat diejenigen Personen, die infolge ihrer gesellschaftlichen Lage nicht zur Bildung von Vermögen oder höherem Arbeitseinkommen gelangen können und zur Fristung des Daseins auf Arbeitslohn angewiesen sind.“⁸⁵ „So schrieb CARL BERTRAM STÜVE im Jahre 1832 von den zwei Klassen: »Eine, welche jederzeit von ihrem Eigentume und dessen Früchten lebt, die andere, welche durch Anwendung ihrer Kräfte jene erstere bewegen muß, ihr so viel vom Eigentume der Dinge zu überlassen, als der Unterhalt erfordert«⁸⁶. STÜVE, der noch nicht die industrielle Gesellschaft, sondern den Spätféudalismus im Auge hatte, da es ihm um das Ziel der Bauernbefreiung in sozialpolitischer Absicht ging, sah gleichwohl die soziale Krise seiner Zeit höher treiben; denn die Ansprüche der sich vermehrenden und notleidenden »handarbeitenden Klasse« wüchsen ständig, wäh-

Zustand, über den wir alle klagen, nicht als der Zustand der Überbevölkerung, sondern als Nahrungslosigkeit bezeichnen. Das ist nicht ein anderer Name für dieselbe Sache, das macht einen sehr großen Unterschied; von dem Augenblicke an, wo wir den Zustand als einen solchen erkennen, sind wir von der furchtbaren und kaum zu lösenden Aufgabe befreit, auf eine Verminderung der Bevölkerung hinzuwirken oder doch ihre Zunahme möglichst verhindern zu müssen. Vielmehr haben wir es nur mit der Aufsuchung der Verhältnisse zu tun, die die vorhandene, die noch zu geringe Bevölkerung verhindert, alle ihr zu Gebote stehenden Kräfte in voller und erfolgreicher Ausdehnung zu entwickeln. Um einem Übel abzuwehren, muß man zuvörderst seinen Grund kennenlernen. (...) Alle die Verhältnisse, welche die Geschlossenheit der Güter bewirken, den Boden dem freien Verkehre entrücken, sowie die Grundlasten, die mit bleiernem Gewichte auf ihm ruhen, alles was in das Verhältnis des Menschen zum Grund und Boden andre Rücksichten bringt als die seiner bestmöglichen Benutzung, alles was diese selbst zurückhält, trägt auch dazu bei, daß weder der Landbau so viele Vorteile bringt als er könnte, noch an seinen Vorteilen so viele Anteil nehmen, als darauf Anspruch zu machen berechtigt sind. Der gefesselte Zustand des Landbaues hat einen großen Teil der Bevölkerung den Gewerben zugezogen, der in dem Landbau, wenn dieser frei von Lasten und Beschränkungen gewesen wäre, einen sicheren Lebensberuf gefunden haben würde. Nicht in den landbautreibenden Dörfern, sondern in den Fabrikorten, den Städten und deren Umgebungen treten die traurigen Erscheinungen der Nahrungslosigkeit am sichtbarsten hervor.“ FRIEDRICH BÜLAU: Überbevölkerung und Nahrungslosigkeit. In: Carl Jantke, Dietrich Hilger, Die Eigentumslosen, Freiburg 1965, S. 256 - 265, hier S. 263 f. Erstveröffentlichung: FRIEDRICH BÜLAU, Der Staat und die Industrie, Beiträge zur Gewerbepolitik und Armenpolizei, Leipzig 1834, S. 22 - 56. Das Zitat ist eine Vorwegnahme der sozialpolitischen Position OPPENHEIMERS!

⁸⁴ Vgl. ADAM SMITH: Eine Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Reichtums der Nationen, Band 1, Kapitel VIII „Von den Arbeitslöhnen“, Berlin 1963, S. 85 f.

⁸⁵ LEOPOLD VON WIESE: Gesellschaftliche Stände und Klassen. München 1950, S. 29.

⁸⁶ Fußnote im Zitat: „CARL BERTRAM STÜVE: Über die gegenwärtige Lage des Königreichs Hannover. Jena 1832, S. 16 f.“

rend die Mittel zur Befriedigung dieser Ansprüche bei dem starren Festhalten der »genießenden Klasse« sich vermindern. So sei nicht nur die Not, sondern auch das Bewußtsein dieser Not im Wachsen. Diese Auffassung STÜVES ist für unseren Zusammenhang deswegen so bemerkenswert, weil hier noch vom Verhältnis der Grundherren zum Landvolk der bäuerlichen und unterbäuerlichen Schicht ausgegangen wird. Es handelt sich also noch um den Kampf gegen die ständische Agrargesellschaft, die unter den Bedingungen der Zeit Klassencharakter anzunehmen im Begriff war.“⁸⁷

Welches Bild das so sich in den Industriezentren zusammenziehende Proletariat bot, läßt sich in Deutschland gut anhand der Verhältnisse von Wuppertal beschreiben. Das Wuppertaler Museum für Frühindustrialisierung dokumentiert für 1861 folgende Zusammensetzung der Bevölkerung: 78,5 % Proletarier, 11,1 % Proletaroiden, 4,3 % Handwerker, 2,5 % Angestellte, 1,4 % Kapitalisten⁸⁸. Ein Vergleich mit den oben (↑ 49) angeführten Statistiken des Königreichs Preußen zeigt deutlich, daß Wuppertal damit weit von dem Durchschnitt damaliger Verhältnisse abweicht. Verwaltungsstädte wie Münster oder Berlin, Handelsmetropolen wie Hamburg, Kirchenstädte wie Trier oder Köln, Universitätsstädte wie Heidelberg, Bonn und Tübingen dürften eine völlig andere Sozialstruktur aufgewiesen haben, die natürlich auch Armut kannte, aber noch kein industrielles Proletariat diesen Ausmaßes.

„Im heutigen Stadtgebiet Wuppertals lebten um 1850 ca. 110.000 Menschen, ebensoviel wie in München oder Breslau. Von allen deutschen Städten zählten nur Berlin und Hamburg damals mehr Einwohner.“⁸⁹ Wuppertal beherbergte neben dem Geburtshaus FRIEDRICH ENGELS und der Fabrik seines Vaters in Barmen das überhaupt erste industrielle Zentrum des Rheinlandes. An dem traditionsreichen Standort des Garnbleichergewerbes kauften sich die Bleicher und Garnhändler des Wuppertals im Jahre 1527 das Privileg (Monopol) der Garnnahrung, welches besagte, daß niemand im Bergischen Land für gewerbliche Zwecke Garn bleichen durfte, außer in Elberfeld und Barmen. Durch dieses Privileg geschützt, „entwickelte sich das Wuppertaler Bleichergewerbe und mit ihm der Garnhandel in den folgenden 280 Jahren zur höchsten Blüte. Es kam in dem Tal der Wupper zur Kapitalanhäufung, die die Grundlage für die früh einsetzende Industrialisierung im Tal der Wupper bildete.“⁹⁰ Aus der Farbstoffherstellung des Herrn BAYER ging die gleichnamige chemische Industrie hervor, so daß die Stadt den Titel »deutsches Manchester« bis gegen 1900 durchaus verdient und erst danach in ihrer industriegeschichtlichen Bedeutung hinter die benachbarten Kohle- und Stahlstandorte zurücktrat.

Weitere Berichte aus Wuppertal veranschaulichen, wie sich die Verhältnisse in dieser Stadt zuspitzten und alles überboten, was man an »natürlicher« Armut aufgrund von Unglück oder Mißgeschick in der Vergangenheit gewohnt war. Daß hier

⁸⁷ WERNER CONZE: Vom »Pöbel« ..., a.a.O., S. 117 f.

⁸⁸ Im Katalog nicht enthaltene Angabe. Entnommen einer Schautafel des Museums.

⁸⁹ HISTORISCHES ZENTRUM WUPPERTAL (Hg.): Katalog des Museum für Frühindustrialisierung, Wuppertal o.J., Blatt 19.1.

⁹⁰ HISTORISCHES ZENTRUM WUPPERTAL (Hg.): Katalog ..., a.a.O., Blatt 1.1.

die Kräfte einer neuen Zeit am Werke waren, die sich epidemisch ausbreiten würden, läßt sich als Sorge von Wuppertal aus betrachtet nachvollziehen. Daß dieser Realitätsausschnitt den subjektiven Standpunkt eines FRIEDRICH ENGELS prägte, sei nochmals betont.

a) Wohnverhältnisse

„Der 1. Mai war traditionsgemäß der Tag, an dem die Miete für das folgende Jahr gezahlt werden mußte. Wer nicht zahlen konnte, mußte die Wohnung verlassen. So wurde dieser Tag zu dem des allgemeinen Wohnungswechsels. In einem Bericht über den 1. Mai 1846 heißt es: »Wer die Armut Elberfelds in ihrer ganzen Ausdehnung kennen lernen will, gehe an diesem Tag in die vom Proletariate vorzugsweise bewohnten Straßen, besonders in die s. g. Gathe, welche fast nur von Arbeitern bewohnt ist. Diese Straße, von einem stinkenden Bache durchflossen, über den einige hölzerne Brücken führen, besteht aus einer Reihe von Häusern, die eher Baracken zu nennen sind, so schief, alt und hinfällig sind sie fast alle - Unreinlichkeit und Pfützen vor und hinter den Häusern und dazwischen tummelt sich eben so schmutzig und zerlumpt die junge Generation, die von der Wiege her schon zu Leiden und Entbehrungen bestimmt ist, froh und harmlos. Die Jugend weiß es noch nicht, was Elend ist. Und in solchen Hütten, in solchem Schmutze können Menschen wohnen! Ja, wer selbst noch nie die Höhlen der Armut betreten hat, kann heute Entdeckungen machen, vor denen der unbefangene, harmlose Sinn sich entsetzt ... Heute steigt das Proletariat aus seinen dumpfen Höhlen, die modernen Sklaven der Industrie, ein Geschlecht, arm und verwarloset, arm an Gelde aber reich an Kindern, dessen unabänderliches Schicksal es zu sein scheint, zu arbeiten, zu leiden und zu sterben.« (...) 1861 berichtete der Inspektor der Missionsgesellschaft Dr. FABRI: »In dem Anbau eines elenden, überfüllten Hauses, der von außen einem schlechten Schweine- oder Ziegenstalle gleicht, fand ich vor kurzem in einem Raume, der 12' (3,75 m) lang, 7' (2,20 m) breit und 6' (1,90 m) hoch ist, 10 Personen verschiedenen Alters und Geschlechtes zusammenwohnen, in einem Bett, d. h. einer Bettstelle mit Lumpen und auf dem ungedielten bloßen Boden liegend. In einem Raume, einem eigentlichen Taubenschlage unter den Dachziegeln, der 6' (1,90 m) lang, 7' (2,20 m) breit und 5' (1,60 m) hoch ist, 4 Personen. In einem Keller, 10' (3,15 m) lang, 8' (2,50 m) breit, 6' (1,90 m) hoch, 6 Personen. Und diese äußersten Fälle lassen sich bei genauerer Untersuchung leider in allen Arbeiterquartieren in nicht geringer Zahl nachweisen.«⁹¹

b) Kindersterblichkeit

„Bangladesch, auf dem indischen Subkontinent gelegen, gilt als das gegenwärtig ärmste Land der Welt. Dort kommen auf 1000 Lebendgeburten 142 Todesfälle von Säuglingen unter einem Jahr. (...) Die Rückständigkeit eines Entwicklungslandes wie Bangladesch erscheint aber in einem ganz anderen Licht, wenn man die dortigen Zustände mit denen vergleicht, die während der ersten Phase der Industrialisierung in Deutschland vor 150 Jahren herrschten. In der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts kamen in Elberfeld auf 1000 Lebendgeburten 152 Sterbefälle von Kindern unter einem Jahr. Die Säuglingssterblichkeit war damals in Wuppertal höher als in den ärmsten Ländern der Dritten Welt heute. (...) Nach der Hungerkatastrophe von 1816/17 kam es 1818 zu einer Scharlach- und Masernerpidemie. (...) Auf 1000 Lebendgeburten

kamen in jenem Jahr 641 Sterbefälle von Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren. (...) Eine noch höhere Sterberate war im Jahr 1830 zu verzeichnen. Jenes Jahr war durch eine Wirtschaftskrise mit hoher Arbeitslosigkeit und Teuerungswelle, bedingt durch eine Mißernte bei Getreide und Kartoffeln, gekennzeichnet. Eine gleichzeitig auftretende Masern- und Röttelepidemie forderte Hunderte von Toten. Als weiteren Grund für das Massensterben führte BRÜNING den strengen Winter zu Anfang des Jahres an, der die Lage so verschärfte, »daß unverhältnismäßig viele aus der armen Volksklasse, die sich nicht genug vor dem Einflusse der Kälte verwahren konnten, gestorben sind.« Die Sterberate bei Kindern und Jugendlichen lag in jenem Jahr bei 688 pro 1000 Geburten. Ein dritter und letzter Höhepunkt der Sterblichkeit (...) fällt in die Jahre 1846/47. Wieder waren Wirtschaftskrise, Massenelend und extrem hohe Nahrungsmittelpreise die Gründe für eine Hungersnot. Da das Wuppertal aber von schweren Epidemien verschont blieb, stieg diesmal die Sterberate nicht so erschreckend hoch an. 1846 entfielen auf 1000 Geburten 414 und im folgenden Jahr 426 Todesfälle von Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren. Seit 1830 grassierte in Mitteleuropa die Cholera. Seltsamerweise blieb das Wuppertal von dieser Pest des 19. Jahrhunderts weitgehend verschont. Wie groß das Unglück in jenen Hungerjahren gewesen wäre, wenn hier gleichzeitig die Cholera ausgebrochen wäre, läßt sich nicht vorstellen.«⁹²

c) Moral und Sitte

„Lagen die Spinnmühlen und Fabriken wie z. B. an den Wassergefällen der Wupper bei Lennep oft stundenweit von menschlichen Wohnorten entfernt, - wer wollte dann bei Schnee und Kälte, Regen und Wind nach Hause? Es scharrten sich die Arbeiter die Flocken und Abfälle zusammen in die Ecken; dort hatten sie es wärmer und weicher als auf dem harten Lager daheim, die Lichter wurden ausgelöscht und in den stauberfüllten, verpesteten Sälen begann nicht der Friede des Schlummers, nein die entsetzlichsten Orgien, von deren wilder Lust die Kinder die Zuschauer abgaben. (...) Am Tage wurde der Grund zu den nächtlichen Ausschweifungen gelegt. In den Anfängen des Fabriksystems und zum Theil noch heute arbeitet Alles unterschiedslos durch einander: Kinder, halbwichsige Burschen und Mädchen, Männer und Frauen, in den überhitzten Räumen nur mit einem Hemde oder Rock bekleidet. Jede Scham mußte schwinden, der Ton wurde der Tracht entsprechend ein grenzenlos roher, und im Zwielicht bei aufgeregter Nervenständigkeit und in der Nacht, wo Rücken an Rücken oder Seite an Seite gearbeitet wurde, gingen rohe Worte zu noch roheren Thaten über. Einzelne Fabrikanten hielten sich hübsche Arbeiterinnen in der Fabrik und traten an viele Andere mit ihren Verführungen heran; manche Werkmeister benutzten ihre Herrschaft, um den Mädchen alle Zugeständnisse zu entreißen. Ja nicht einmal mit Erwachsenen begnügten sich die Schlimmsten. In einer großen Spinnerei Barmens hatten 13 Mädchen von 10 - 14 Jahren der Bestialität eines Aufsehers gewaltsam unterliegen müssen und ihre Familien mit einer schrecklichen Krankheit angesteckt.«⁹³

⁹² HISTORISCHES ZENTRUM WUPPERTAL (Hg.): Katalog ..., a.a.O., Blatt 19.5.

⁹³ ALPHONS THUN: Die Industrie am Niederrhein und ihre Arbeiter, Bd. I, Die linksrheinische Textilindustrie, Leipzig 1879, S. 174 f. THUN führt zum Beleg seiner Aussagen regierungsamtliche Dokumente an.

⁹¹ HISTORISCHES ZENTRUM WUPPERTAL (Hg.): Katalog ..., a.a.O., Blatt 11.1 und 11.2.

d) Kinderarbeit

Den Protokollen des 5. Rheinischen Provinziallantages vom 6.7.1837 zur Beratung eines Kinderschutzgesetzes entnehmen wir:

„Der Herr Abgeordnete SCHUCHARD (Barmen) bemerkte: daß gewissenhafte Kreisphysiker⁹⁴ versicherten, wenn die Kinder auch nur um 10 Stunden in die Höhlen des Jammers eingesperrt würden und stets sich auf den Beinen befinden, um zu arbeiten, so erhielten besonders die Mädchen Geschwülste und Auswüchse, die Beine schwänden und die Kinder welkten elendiglich dahin. Er müsse indessen das Zeugnis ablegen, daß die Spinnerei von Obereimt in Barmen insoweit eine Musteranstalt genannt werden könne, indem derselbe um 11 Uhr morgens seine Maschinen still stehen lasse, um seinen 200 Spinnkindern eine bis 1 und 1/4 Stunde Unterricht erteilen und sie dann eine Stunde freie Luft genießen lassen (...) Der Herr Abgeordnete fuhr darauf fort, von allen Seiten erhoben sich Stimmen um das Interesse der Fabrikherren zu verteidigen unter dem subtilen Vorwande, die Industrie sei bedroht; selten aber erhebt sich eine Stimme für den Arbeiter, um ihr Los zu verbessern. (...) Der Herr Abgeordnete VOM BAUR (Ronsdorf) sagte: »Meine Herren! Ich bemerke leider, daß der uns gegenwärtig beschäftigende Gegenstand von einem unrichtigen Standpunkt aus beleuchtet wird. Die von Ihnen scharf beurteilten Fabrikanlagen, welche Kinder beschäftigten, rufen den von Ihnen mit so viel Härte geschilderten Jammer nicht hervor, sondern mildern den bereits vorhandenen. Eine Überbevölkerung, die der Ackerstand nicht mehr zu beschäftigen weiß, strömt den Anstalten zu, wo Arbeit, wo Brot zu erwerben ist. Entstehen können diese nur da, wo Kräfte sind, die keine nützliche Anwendung finden. Könnten Sie diesen Händen etwas Lohnenderes bieten, so wäre der Grund des Übels behoben (...).«
Die daraufhin zur Abstimmung gebrachte Frage lautete: „»Soll die Beschränkung der Arbeitsstunden auf 10 als Maximum befürwortet werden?« Der Herr Abgeordnete BOELLING (Gladbach) wiederholte nochmals seine Versicherung, die Arbeitsstunden könnten nicht vermindert werden, worauf der Herr SCHUCHARD (Barmen) sagte: »Könnten Sie, hochverehrte Herren, doch einmal die Jammerszene mit ansehen, wenn die armen, zarten Kinder morgens früh um 5 Uhr in kaltem oder nassem Wetter weinend und widerstrebend von der Mutter in ein solches Gefängnis geschleppt werden, auch Ihnen würde es das Herz zerreißen.« Es haben 60 Stimmen die vorstehende Frage bejahend und 9 verneinend beantwortet.“⁹⁵

Die Berichte anklagenden Inhaltes ließen sich endlos fortsetzen, wobei man der Vollständigkeit halber hinzufügen muß, daß in jener Zeit nicht nur Elendsquartiere und Hungergestalten das Stadtbild prägten, sondern parallel dazu auch ganze Wohnviertel mit prächtigen Villen und berühmt gewordenen Persönlichkeiten. Das zutiefst religiöse Leben in der Stadt und die gewährte Armenfürsorge lassen zudem vermuten, daß die bessergestellten Wuppertaler durchaus Anteil nahmen an dem Schicksal der Ärmsten und sich über Abhilfe berieten. Von daher war ihre Haltung sicher keine distanziert-zynische, sondern eine teilnehmend-betroffene, die neben dem Standpunkt des verwirklichten Eigeninteresses als Maxime durchaus humanistisch geprägt war.

⁹⁴ Amtsarzt

⁹⁵ Auszug aus den Protokollen des 5. Rheinischen Provinziallandtags 1837, Staatsarchiv Düsseldorf, Prov. Arch. Nr. 278, S. 486 - 501. Abgedruckt in: WOLFGANG KÖLLMANN: Die Industrielle Revolution, Stuttgart 1975, Dokument 35, S. 31 f.

1820 geboren, hat sich ENGELS 1841/42 während seines einjährigen Militärdienstes in Berlin für die Philosophie HEGELS und FEUERBACHS begeistert. Am 20. November 1842 ging er für zwei Jahre in den väterlichen Betrieb nach Manchester. „Leider war er nicht mehr unbefangen genug, als er nach England kam. Unter dem Einfluß von HEGEL, FEUERBACH und MOSES HEB hatten bei ihm bereits Überzeugungen feste Wurzeln geschlagen, für die er im englischen Leben vor allem nur Bestätigungen zu suchen geneigt war. Ohnehin voreilig in seinen Schlüssen, ließ er sich verleiten, die besonderen Verhältnisse des Notjahres 1842 in Manchester zu verallgemeinern. Etwa um den 20. November 1842 hatte er englischen Boden betreten und schon am 30. November sandte er eine Korrespondenz aus London an die Rheinische Zeitung in Köln: England stehe am Vorabend der sozialen Revolution. Die Stellung der englischen Industrie sei unmöglich geworden, die Lage der Staatsfinanzen und der Volksernährung erfordere den Freihandel. Dieser aber bedeute den Untergang der Industrie, von der die Hälfte des englischen Volkes leben müsse.“⁹⁶

1844 trafen sich ENGELS und MARX in Paris und stellten die völlige Übereinstimmung ihrer Standpunkte fest. 1845 erschien die von ENGELS verfaßte Schrift »Zur Lage der arbeitenden Klasse in England«, die diesen über Nacht berühmt machte. „Von BRUNO HILDEBRAND⁹⁷ wurde er bereits 1848 als der »ohne Zweifel begabteste und kenntnisreichste unter allen deutschen Sozialschriftstellern« bezeichnet, während MARX noch ganz unbekannt war. HILDEBRAND übte eine scharfe Kritik an ENGELS Leistungen, wies zahlreiche Übertreibungen, Einseitigkeiten und Irrtümer nach. Die durch die Industrie gehobenen Teile der Arbeiterklasse würden übersehen, die Ausnahmeerscheinungen aus den Zeiten einer schweren Handelskrise als normale Verhältnisse hingestellt. Aber die ganze Kritik ist erfüllt von tiefem Respekt für den Verfasser und dessen warmes Mitgefühl für die Leiden des Proletariats⁹⁸. (...) ENGELS wurde nach einem glücklichen Ausdrucke von WILBRANDT MARXens »Auge für die Wirklichkeit«. Leider aber hatte das ENGELSSsche Auge die Wirklichkeit in England keineswegs so zutreffend aufgenommen, als MARX, in nationalökonomischen Dingen damals noch hinter ENGELS zurückstehend, annehmen zu dürfen glaubte.“⁹⁹

Mit dem Entwurf des Manifestes der Kommunistischen Partei (1848) lag der politische Ausgangspunkt MARX-ENGELSScher Theorie dann schon weitgehend fest. In den Vordergrund der Wahrnehmung tritt die Bourgeoisie als eine Technik entwickelnde und Kapital akkumulierende Klasse, deren unstillbarer Hunger nach Profiten einerseits alle beengenden Traditionen niederreißt, andererseits aber in dem von ihr in den Fabriken zusammengetriebenen Proletariat ihren eigenen revo-

⁹⁶ HEINRICH HERKNER: Die Arbeiterfrage, Bd. 2, Soziale Theorien und Parteien, Berlin 1922, S. 258.

⁹⁷ Querverweis im Zitat: BRUNO HILDEBRAND: Die Nationalökonomie der Gegenwart und Zukunft, 1848, S. 155.

⁹⁸ Querverweis im Zitat: BRUNO HILDEBRAND: Die Nationalökonomie ..., a.a.O., S. 163 - 283.

⁹⁹ HEINRICH HERKNER: Die Arbeiterfrage, Bd. 2, a.a.O., S. 259 f.

lutionären Widersacher und Totengräber schafft, der der Bourgeoisie den Rang ablaufen wird, sobald die gemeinsame Klassenlage in ein geeintes Bewußtsein umschlägt und sich das Proletariat zum Kampfe vereint und erhebt¹⁰⁰.

1.1.2. Vom Meister zum Proletarier

Eine »andere« soziale Frage, die vor allem den bedrängten selbständigen Handwerkermeister betraf, läßt sich gut anhand der Lage in Berlin beschreiben. BERNSTEIN¹⁰¹ führt für Berlin im Jahre 1846 folgende Statistik an:

Gewerbeart	Meister	Gesellen	Lehrlinge
Garnweber	2325	885	300
Posamentiere	186	130	60
Raschmacher	427	300	70
Strumpfwirker	110	150	15
Seidenwirker	1030	1200	460
Tuchmacher	114	306	9
Tapezierer	300	250	?

Abb. 5: Anteile Meister, Gesellen und Lehrlinge in den Gewerben, Berlin 1846

„Diese Gewerbe weisen zusammen fast anderthalbmal soviel Meister als Gesellen auf. Diese »Meister« müssen also in Verhältnissen gelebt haben, die wir heute als »proletarisch« bezeichnen. Aber sie waren doch Meister und fühlten sich als solche! In der Tischlerei gab es rund 2000 Meister und 2200 Gesellen, in der Schneiderei 4000 Meister und 2600 Gesellen. In der Schuhmacherei muss es wie bei den Schneidern gestanden haben. Ebenso in Bäckerei, Fleischerei u. ähnl. Die grosse Industrie war in ihren Anfängen. Und noch beherrschte das platte Land vollständig die wenig zahlreichen Städte. 1848 ist das Verhältnis von drei gegen eins gewesen, noch 1861 rund 13 Millionen ländliche gegen etwas über 5 ½ Millionen städtische Einwohner. Von den Fabriken vor dem Oranienburger Tor und dem noch sehr unbedeutenden Geheimratsviertel vor dem Potsdamer Tor abgesehen, fing ausserhalb der damaligen Stadtmauer Berlins sofort das Dorf an. Und auch innerhalb der Stadtmauer wohnte noch eine stattliche Anzahl von Ackerbürgern, die ihre vor den Toren liegenden Felder bewirtschafteten. Dort gab es, wie BERNSTEIN dieses selber als Knabe kennenzulernen Gelegenheit hatte, noch gar manches fast völlig bäuerliches Gehöft. Wie das hauptstädtische Leben überhaupt noch wenig entwickelt war, vielmehr ganze Stadtviertel einen ausserordentlich tristen Eindruck machten, so gab es auch in Berlin sehr viele Leute, die noch nicht einmal die innerliche Trennung vom Dorf vollzogen hatten, aus dem sie eingewandert waren, sondern in ihren sozialen Anschauungen und politischen Urteilen fast völlig dem Landvolk entsprachen.“¹⁰²

¹⁰⁰ Vgl. Manifest der Kommunistischen Partei, London, Febr. 1848, (Reprint Karl-Marx-Haus, Trier).

¹⁰¹ EDUARD BERNSTEIN: Die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung, Berlin 1897: Vorwärts, I. Teil, S. 70 - 71. Zitiert nach MAX QUARCK: Die erste deutsche Arbeiterbewegung. Leipzig 1924, S. 6.

¹⁰² MAX QUARCK: Die erste deutsche ..., a.a.O., S. 6 f.

Berlin war im Jahre 1847 trotz seiner 390.000 Einwohner noch eine Handwerkerstadt.

„Wohl 200.000 Personen hingen mit ihrer Existenz direkt vom Ergehen des Handwerks ab. Man zählte, abgesehen von den Webern, im Jahre 1846 27.125 selbständige Meister und 50.933 Gehilfen und Lehrlinge. (...) Viele Berufe waren überfüllt. Handwerker, die in der Provinz kein Glück hatten, drängten nach Berlin, und die Gewerbegesetzgebung, die, wie wir sahen, der Gewerbefreiheit zuneigte, begünstigte diesen eigentümlichen Aufschwung der Stadt. Sie zählte 1810 erst 162.000, 1840 aber 322.260 Einwohner und 1847 gegen 390.000. Die Masse der Meister wuchs in einzelnen Berufen so stark an, daß ein damaliger Kenner der Verhältnisse sagen konnte, die Arbeit sei bei der wachsenden Masse der Bevölkerung zum Hazardspiel geworden. Nur der glücklichste und begünstigste Teil hatten einen guten Verdienst. Alle anderen lebten in der permanenten Unsicherheit, ob sie auch Arbeit erhalten würden. Eine grosse Zahl der kleinen Meister arbeitete die Woche hindurch ohne jede Sicherheit, bloss auf die Möglichkeit hin, ihre Arbeit am Ende der Woche zu verkaufen. Die Bedauernswerten fielen den damals aufkommenden Zwischenhändlern in die Hände, die dem Handwerker die Kunden abnahmen und seine Arbeit zu Spottpreisen verkauften. Berlin zählte damals an 4000 selbständige Schneider, von denen zwei Drittel keine hinreichenden Bestellungen hatten. Dagegen gab es schon 206 Kleiderhändler, die ihre Waren zu den denkbar niedrigsten Herstellungspreisen von den kleinen Meistern bezogen. Wollten die Meister nicht billig genug liefern, so wandte man sich an die Militärschneider, die damals den Zivilschneidern die schärfste Konkurrenz machen durften. Die sogenannten Arbeiterkompagnien nahmen von den Händlern Bestellungen entgegen und fertigten z. B. das Paar Hosen zu 4 - 5 Silbergroschen an. Dabei konnten freilich die kleinen Meister nicht bestehen. Und es ist auch politisch klar, dass die Händler, die der liberalen Bourgeoisie angehörten, das entgegengesetzte Interesse an Lohnbewegungen der Meister und Gesellen haben mussten, als diese selbst. Damit war der Zwiespalt zwischen den beiden Teilen der Revolutionsbewegung, den Liberalen und den Proletariern, schon gegeben und diese der Reaktion gegenüber geschwächt.“¹⁰³

Die sozial absteigenden Meister wurden demnach kaum von einer *technisch-industriellen* Revolution angegriffen. Vielmehr dominieren in den Darstellungen die Auflösung der alten Gesellschaftsordnung, Mobilität und wieder einmal das Auftreten von Händlern, die die selbständigen Produzenten gegeneinander ausspielen konnten und dadurch selber zu Profiten gelangten, die ihnen die Handwerker »steuern« mußten. Unbestritten sei ferner eine revolutionierte *Arbeitsform*, die darin bestand, daß etwa die an einer hohen Stückzahlproduktion orientierten Militärschneider in ihren Arbeitskompagnien den Rationalisierungseffekt der Arbeitsteilung/Spezialisierung nutzten. Und natürlich ist die Zerlegung der Arbeitsschritte in der Manufaktur eine Vorbedingung für den später Einzug haltenden Maschineneinsatz. Für uns interessant ist dagegen nicht, daß die Maschine *irgendwann* Bedeutung erlangt hat, sondern daß sie an der sozialen Frage des frühen 19. Jahrhunderts

¹⁰³ MAX QUARCK: Die erste deutsche ..., a.a.O., S. 13. QUARCK hat seine Angaben zusammengestellt aus den zwei Bänden von ERNST DRONKE: Berlin. Frankfurt a. M. 1846 und R. C.: Das Berliner Proletariat vor fünfzig Jahren, Vorwärts vom 12. Sept. 1897 (Feuilleton).

keinen bedeutenden Anteil hatte¹⁰⁴. Nur so läßt sich die *gesellschaftliche* Strukturkrise angemessen hervorheben und ferner auch erklären, weswegen die einfache Assoziation den kleinen Meister wieder in eine konkurrenzfähige Position gegenüber den Manufakturbetrieben heben konnte. ALDENHOFF beschreibt die soziale Lage, wie sie sich z. B. SCHULZE-DELITZSCH darstellte, folgendermaßen:

„Die althergebrachte, ständische Gesellschaft war seit Mitte des 18. Jahrhunderts in Auflösung begriffen. Das sprunghafte Bevölkerungswachstum führte dazu, daß ständische Institutionen, wie die Handwerkerzünfte, dem Ansturm von Arbeitssuchenden nicht mehr standhalten konnten, lange bevor die preußischen Reformen - genannt sei in diesem Zusammenhang KARL AUGUST VON HARDENBERG - die Gewerbefreiheit einführen und die Zünfte abschaffen (1810). Verstärkt wurde dieser Prozeß durch die gleichzeitige Vermehrung und Freisetzung der ländlichen Unterschicht durch die Agrarreform zu Beginn des 19. Jahrhunderts; da es noch keine Industrie gab, die die Arbeitssuchenden hätte aufnehmen können, drängten diese in die leicht erlernbaren Handwerksberufe wie Weber, Spinner, Schneider und Schuhmacher. Die Folge war, daß der einzelne Arbeitsplatz des Handwerkers abgewertet wurde; abgesehen von wenigen Sektoren gab es den gut angesehenen Handwerksmeister, der sein Auskommen hatte, nicht mehr. Der Handwerker in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts war vielmehr notleidend und in einen harten Konkurrenzkampf verstrickt. Mehr als ein Drittel der Handwerksmeister in Preußen arbeitete ohne jeglichen Gesellen oder Lehrling. Dabei war die Lage in der Provinz Sachsen besonders schwierig; hier kam ein Gewerbetreibender auf nur 18 Einwohner (in der Provinz Pommern war das Verhältnis 1 zu 24). Besonders stark vertreten waren Schuhmacher und Schneider.“¹⁰⁵

SCHULZE-DELITZSCH war in erster Linie Jurist und Sozialpolitiker. BOETTCHER und andere weisen darauf hin, daß SCHULZE-DELITZSCH, als er seine parlamentarische Arbeit aufnahm und mit der Lage des Handwerks konfrontiert wurde, „noch nicht genau zwischen »Handwerkern« und »Arbeitern« zu unterscheiden wußte, waren doch Fabrikarbeiter damals noch kaum anderes, nur unselbständig beschäftigte Handwerker“¹⁰⁶. Er näherte sich also diesen Dingen von außen, und man wir kaum fehlgehen, wenn man das technisch-handwerkliche Geschick SCHULZE-DELITZSCHS gering einschätzt. Wesentlich ist vielmehr, daß er in seiner Eigenschaft als Jurist, Sozialpolitiker und Mensch mit praktisch-kaufmännischem Verständnis klar erkannte, daß der unorganisierte einzelne Handwerker auf seinem Absatz- und Beschaffungsmarkt zu wesentlich schlechteren Bedingungen Kontrakte eingehen mußte als die großen Fabrikunternehmen¹⁰⁷, daß die Arbeitsorganisation des ver-

einzelnt arbeitenden Handwerkers uneffektiver ist als die einer assoziierten Kooperation, und daß vor allem die Unfähigkeit des Arbeiters, sich selber zu beschäftigen, ihn gänzlich abhängig machte von einer gesellschaftlichen Klasse, die ihn zu beschäftigten vermochte. SCHULZE-DELITZSCH sieht, daß die Leistung der Kapitalisten vor allem in der von ihnen bewältigten Organisation komplex-integrierter, arbeitsteilig organisierter Produktionsprozesse liegt. Weil diese Produktionsform bis dahin in freiwilliger Assoziation nicht versucht oder bewältigt wurde, die kapitalistische Privatunternehmung mit ihrem Ankauf von Material und Menschenkraft also als einzige diese Arbeitstechnik anwenden konnte, hatte sie quasi ein Monopol bei der Verwertung freier Arbeitskraft!

„Gerade in dieser *Tendenz zum Großbetrieb*, welche mit dem innersten Wesen der neueren Industrie verwachsen ist, liegt aber das für die Lage der Lohnarbeiter ebenso, wie für den Bestand des Kleingewerbes verhängnisvolle, ja bei dem gegenwärtigen Sachstande entschieden *feindselige Element*. Denn um ein Geschäft in diesem großartigen Maßstabe einzurichten und zu leiten, dazu gehören Voraussetzungen, welche bei jenen nicht zutreffen: einmal ein bedeutender Grad von Intelligenz, Unternehmungsgeist und Erfahrung, und sodann vor allen Dingen ein großes Kapital. Daß sich beides bei der großen Mehrzahl der Handwerker nicht vorfindet, wird nicht erst eines Erweises bedürfen. So geraten denn solche Unternehmungen ganz natürlich in die Hände der wenigen, welche Besitz und Tüchtigkeit dazu befähigen, und werden tatsächlich gewissermaßen das Monopol einer durch großes Vermögen und sorgsame Ausbildung bevorzugten, wenig zahlreichen Klasse, oft einzelner Familien, welche die Ausbeutung solcher industrieller Fundgruben, gleich einer Domäne, auf mehrere Generationen vererben. Welche Folgen dies auf die Stellung der Arbeiter äußern muß, ist leicht zu ermessen. Je weniger dieselben Aussicht haben, jemals selbständig zu werden, selbst ein eignes Geschäft begründen zu können, je weniger sie also ihren Arbeitgebern Konkurrenz machen können, desto mehr sind sie, ihres Brotes halber, von den Unternehmern jener großen Etablissements, die ihnen allein Beschäftigung geben können, abhängig; und je geringer die Zahl dieser Unternehmer ihnen gegenüber ist, je unverhältnismäßiger ihre eigene Zahl anwächst, desto mehr drückt dies die Löhne herunter. Bekanntlich unterliegt der Wert der Arbeit und demgemäß die Höhe der Arbeitslöhne auf dem Markte des Verkehrs demselben Gesetz, wie der Wert, beziehentlich der Preis jeder anderen Ware, dem Gesetz von *Angebot und Nachfrage*. Je zahlreicher die industriellen Etablissements sind, je mehr Arbeiter in ihnen gesucht werden, desto besser für die letzteren.“¹⁰⁸

¹⁰⁴ Reich an statistischem Zahlenmaterial ist auch HELMUT SEDATIS: Liberalismus und Handwerk in Südwestdeutschland, Stuttgart 1979. Danach gab es in der württembergischen Industrie 1840 zwei Dampfmaschinen mit zusammen 37 PS und 1850 19 Maschinen mit 237 PS, in der badischen Industrie 1847 24 Maschinen mit 361 PS (S. 159).

¹⁰⁵ RITA ALDENHOFF: Der Politiker Schulze-Delitzsch. In: Deutscher Genossenschaftsverband (Schulze-Delitzsch) (Hg.): Schulze-Delitzsch, ein Lebenswerk für Generationen. Bonn 1987, S. 11 - 57, hier S. 15.

¹⁰⁶ ERIK BOETTCHER: Hermann Schulze-Delitzsch und der privatwirtschaftliche Förderungsauftrag der deutschen Genossenschaften. In: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Bd. 33, 1983, S. 91 - 104, hier S. 92.

¹⁰⁷ „Bei der fast durchgehends eingetretenen außerordentlichen Preissteigerung verschlingt der Bezug kleinerer Partien vom Zwischenhändler einen so wesentlichen Teil vom Ver-

dienst des Arbeiters, daß derselbe dabei nicht wohl bestehen kann. Ja, durch die hieraus, sowie aus der meist unzulänglichen Ausstattung mit Betriebskapital entstehende Notwendigkeit, bei diesem Bezuge obendrein den Kredit in Anspruch zu nehmen, gerät der Arbeiter dann nur zu leicht in einen Grad von Abhängigkeit von dem Lieferanten, daß »schlechte Ware um teuren Preis« zur Lösung solcher Geschäftsverbindungen wird, welche vielfach mit dem Ruin des Kunden endigen.“ HERMANN SCHULZE-DELITZSCH: Die Genossenschaften in einzelnen Gewerbszweigen (1873). In: derselbe, Schriften und Reden, Bd. I, Berlin 1909, S. 748 - 818, hier S. 754.

¹⁰⁸ HERMANN SCHULZE-DELITZSCH: Die arbeitenden Klassen und das Assoziationswesen in Deutschland als Programm zu einem deutschen Kongreß (1858). In: derselbe, Schriften und Reden, Bd. I, Berlin 1909, S. 191 - 266, hier S. 199.

Von diesem Punkt seiner Erkenntnis ausgehend setzte er sich dafür ein, den Handwerkern die *Bedingungen* zu schaffen, die ihnen eine weitere Existenz in größtmöglicher Selbständigkeit sichern sollten. „Doch erinnern besonders die mittelalterlichen Zünfte an unsere heutigen Genossenschaften: so kauften die Zünfte oft gemeinsam die Rohstoffe ein und verkauften die fertigen Erzeugnisse in gleicher Weise.“¹⁰⁹ Die Idee der Assoziation zum Zwecke des An- und Verkaufes war somit keineswegs neu, sondern hatte im handwerklichen Gewerbe eine weit zurückreichende Tradition. Insofern mußte SCHULZE-DELITZSCH den Handwerkern, bezogen auf die Hilfgewerkschaften, keine neuartigen Ideen nahebringen, sondern diese verbreiteten sich rasch aus sich heraus über das ganze Land, nachdem erst einmal erste Vereinigungen angeregt worden waren. Allein die Gründung der Assoziation verschaffte den Handwerkern bereits einen Preisnachlaß von 25 % bei ihren Vorprodukten. „Der Aufschwung des ganzen Schuhmachergewerks in Delitzsch, welches ich zuerst assoziierte, war sehr bald so bedeutend, daß die Schuhmacher aus den Nachbarstädten, welche mit den Delitzsch'schen die Märkte bezogen, zu mir kamen und sagten, wir können mit den Schuhmachern von Delitzsch nicht mehr konkurrieren, sie haben ihren Markt bis nach Magdeburg ausgedehnt, wir wünschen uns auch zu assoziieren. Bald kamen die Schuhmacher der umliegenden Städte in Bewegung und in mehreren wurden Assoziationen gegründet.“¹¹⁰ Es bedurfte im Falle der Hilfgewerkschaften keiner überragenden Erfindungsgabe oder umständlicher Experimente, sondern die Idee, gepaart mit einer beherzten Tat, genügte zur Initialisierung der mit Potential aufgeladenen Kettenreaktion.

Gänzlich anders stand es dagegen mit der von SCHULZE-DELITZSCH ebenfalls befürworteten Produktivassoziation. Bei ihr genügt es nicht, wenn ein Sozialpolitiker lediglich überzeugende Argumente dafür findet warum es sie geben *sollte*. Von keinem der lebenden Zeitgenossen SCHULZE-DELITZSCHS läßt sich sagen, daß eine Erfindung und praktisch-experimentelle Arbeit an der Unternehmungsform »Produktivassoziation« durch Intellektuelle stattgefunden hätte. Eine Reihe von Genossenschaften haben durch Versuch und Irrtum für sich tragfähige Regelungen entwickelt¹¹¹; aber die Produktivassoziation ist bis heute kein kulturelles *Allgemeingut*¹¹². Das heißt, *es gibt sie*, aber nicht in einer generationenübergreifenden Form kulturell verankerten gesellschaftlichen Wissens. Deswegen erscheinen mir jene

¹⁰⁹ VAHAN TOTOMIANZ: Grundlagen des Genossenschaftswesens, 2. Aufl., Berlin 1929, S. 6.

¹¹⁰ HERMANN SCHULZE-DELITZSCH: Die Entwicklung des Genossenschaftswesens in Deutschland (1858). In: derselbe, Schriften und Reden, Bd. I, Berlin 1909, S. 270 - 294, hier S. 283.

¹¹¹ Zu den bekannteren Beispielen zählen: die seit 1899 bestehende Produktivgenossenschaft „Glaswerke Warmensteinach“, das 1948 gegründete Geräterwerk Matrei in Tirol und der 1956 gegründete Genossenschaftskomplex von Mondragón, Spanien. Vgl. WOLFGANG BEYWL; BURKHARD FLIEGER: Genossenschaften als moderne Arbeitsorganisation, Studienbrief der Fernuniversität Hagen 1991, S. 14, 101 und 172 ff. Ebenso CLEMENS-AUGUST ANDREAE; KARL NIEHEUS: Produktivgenossenschaften als alternative Unternehmensform - dargestellt am Beispiel der Geräterwerk Matrei Gen. m. b. H., Tirol/ Österreich. In: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Bd. 40, 1990, S. 166 - 183.

¹¹² Vgl. WERNER KRUCK: Die gewerbliche Produktivgenossenschaft in Deutschland. Ein theoriegeschichtlicher Beitrag. In: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Bd. 43, Heft 3/1993, 197 - 216.

auf SCHULZE-DELITZSCH verfaßten Lobeshymnen, die sein Eintreten für die Produktivassoziation mit einer Realisierung verwechseln, als (gewollt?) kurzzeitig und verfrüht angestimmt. Denn so verkehrt sich das Engagement SCHULZE-DELITZSCHS gegen seine eigene Idee, weil man nun behaupten kann, daß er oder die Produktivassoziation erfolglos gewesen sei. Nein, SCHULZE-DELITZSCH analysierte die Lage der Arbeiter und Handwerker zutreffend, leitete daraus eine marktconforme Lösung ab, verfaßte Schriften darüber, initiierte die betriebswirtschaftlich anspruchlosen Hilfgewerkschaften, nahm die Hürden bei den schon schwierigeren Vorschußvereinen und bereitete ein bis heute gültiges Genossenschaftsgesetz vor. Das ist der Ehre genug und muß nicht um die unzutreffende Behauptung ergänzt werden, daß er der Produktivassoziation einen Grundstein hätte legen können. Es täte seinem Ansehen keinen Abbruch, wenn man hinnehmen würde, daß das SCHULZE-DELITZSCHS Talent in dieser Frage weit hinter dem der Handwerker zurückstand, die zwar kaum öffentlich auftraten¹¹³ und auch nicht in wissenschaftlichen Kategorien dachten, aber im Selbstexperiment immer wieder Lösungen entwickelten.

Die zweite Problemebene, die Strukturkrise, ist von anderem Format. SCHULZE-DELITZSCH befaßt sich in seinen Schriften ähnlich wie LASSALLE¹¹⁴ erst einmal damit, die Gesellschaft als „*Kollektivwesen*, dessen Dasein im stetigen Kommen und Schwinden der Individuen ununterbrochen fort dauert“¹¹⁵, darzustellen und auf diese Sichtweise hin bildungspolitische Forderungen zu begründen. Ein »gesellschaftliches Leben« sah er aus seiner zeitnahen Perspektive vor den Kämpfen von 1848 noch gar nicht gegeben¹¹⁶. Die Stände der Vergangenheit hatten sich gegeneinander weitgehend ignoriert. Arbeiterinteressen standen gegen Meisterinteressen,

¹¹³ Man darf hier nicht vergessen, daß die Produktivgenossenschaften im Klassenstaat ihren Status zu verbergen suchten und selbst SCHULZE-DELITZSCH nur von einem Teil der Produktivgenossenschaften Kenntnis hatte. H. HÄNTSCHKE, der zweite Sekretär des Allgemeinen Verbandes der deutschen Erwerbs- und Wirtschafts genossenschaften, bemerkt in seinem Vorwort, daß er eine im Jahre 1889 von Professor UGO RABBENO für dessen großes Werk »Le Società cooperative di produzione« eingegangene Anfrage „nur in ganz unvollkommener Weise“ beantworten konnte, „da das damals vorhandene Material über diese Gattung der deutschen Genossenschaften ein *sehr* spärliches war“. Erst fünf Jahre später gibt HÄNTSCHKE quasi die erste, systematisch recherchierte Bestandsaufnahme deutscher Produktivgenossenschaften heraus. H. HÄNTSCHKE: Die gewerblichen Produktivgenossenschaften in Deutschland. Charlottenburg 1894, Vorwort (ohne Seitenzählung).

¹¹⁴ „Das eigentlich sozialistische Element des LASSALLEschen Vorschlags (wie die Forderung nach Produktivassoziationen mit Staatskredit allgemein genannt wurde) lag gerade darin, daß er dem Staat direkte Verantwortung für die Lösung der sozialen Frage übertrug.“ SUSANNE MILLER: Das Problem der Freiheit im Sozialismus, Frankfurt a. M. 1964, S. 47. Bei aller Verschiedenheit und Konfrontation zwischen LASSALLE und SCHULZE-DELITZSCH, arbeiten beide doch an demselben zeittypischen Problem einer atomistisch zergliederten, weder als Öffentlichkeit konstituierten noch politisch konsolidierten »Gesellschaft« und den daraus folgenden Steuerungsdefiziten ihrer Elemente. Wenn SCHULZE-DELITZSCH die Politik und LASSALLE den Staat beschwor, so suchten doch beide ein Verfahren oder eine Institution, worüber die Gesamtverantwortlichkeit für Gesellschaft hergestellt werden sollte.

¹¹⁵ HERMANN SCHULZE-DELITZSCH: Die soziale Frage (1869). In: derselbe, Schriften und Reden, Bd. 2, Berlin 1910, S. 275 - 299, hier S. 279.

¹¹⁶ HERMANN SCHULZE-DELITZSCH: Die soziale Frage, a.a.O., ebenda, S. 275.

Meisterinteressen gegen Händlerinteressen, Gewerbeproduktion gegen Agrarproduktion, Volkswirtschaft gegen Einzelwirtschaft etc. An den *Interessenlagen* hat sich bis heute nichts geändert, aber einer an Gesamtabstimmung orientierten Ordnung fällt die Aufgabe zu, ein funktionierendes gesellschaftliches Ganzes über die Interessen der Individuen zu stellen und somit die Reproduktion des »Kollektivwesens« von einem höheren Standpunkt aus zu organisieren. Mit welchem Recht und nach welcher Moral dabei wer in seiner Durchsetzungsmacht eingeschränkt wird, genießen darf oder abtreten muß, ist eine andere Frage. Gesellschaft zu konstituieren heißt, über diese Dinge überhaupt zu reden und gegebenenfalls zu streiten.

Einer in Strukturen verankerten Krise kann man willentlich nur mit strukturverändernden Maßnahmen begegnen, oder aber sie muß in ihrem »natürlichen Gang« hingenommen werden. WEINHOLD fand bereits 1828 eine treffende Formulierung, als er schrieb: „In der Natur herrscht die physische Kraft, in der Gesellschaft muss die Intelligenz herrschen. Sie bleibt das höchste Gut des Menschen, und wer ihre Einwirkungen unter die Kräfte der Natur stellen will, ist der Menschheit grösster Feind.“¹¹⁷ Aber die Forderung nach einem Eingriff ist leichter formuliert als der Nachweis seiner Intelligenz: im Falle WEINHOLDS der Vorschlag eines Zeugungs- und Vermehrungsverbot für die armen Klassen. Auf welche »klugen« Gedanken hätte ein preußischer Staatsdiener auch sonst kommen sollen, wenn er als Mitglied der oberen Gesellschaftsschicht seinem König einen Vorschlag zur Rettung des Staates unterbreitet? Er meinte: „Keine Ordnung der Gesellschaft aber wird jemals verhindern können, dass sich das Vermögen nicht endlich in den Händen Einzelner ansammle, selbst nicht das agrarische Gesetz. (...) Das Beneiden der Reichen muss man aufgeben, (...) Der Arme muss seine geistigen Kräfte, vorzüglich seine Vernunft ausbilden und sich überzeugen, dass es besser sey, er leide allein, als wenn er noch eine ganze Familie in den Abgrund ziehe.“¹¹⁸

Zwei Scheinerklärungen kennen wir bis hierhin: die übertriebene Fruchtbarkeit der Armen (Überbevölkerungstheorie) und den auf Technik und Stadtbevölkerung konzentrierten Ansatz.

Wendet man sich wie OPPENHEIMER¹¹⁹ den Verhältnissen auf dem Land zu, und um 1800 lebten wohl noch 80 % der Bevölkerung von landwirtschaftlicher Pro-

duktion¹²⁰, dann fällt die Gesellschaft mit dem Zeitalter der »industriellen Revolution« nicht in eine Krise hinein, sondern beginnt sich eine vorhandene Spannung ganz im Sinne von SMITH durch rationale Einzelentscheidungen der Wirtschaftssubjekte aufzulösen. Die Märzrevolution von 1848 hätte in diesem Licht betrachtet nicht den Charakter einer »kleinbürgerlichen Bewegung«, wie MARX dies sah, sondern es wäre „die soziologische Ursache in dem Aufstieg des vierten Standes, in dem ungeordneten Einbruch des Proletariats in die halb feudale, halb bürgerliche Welt des METTERNICHschen Zeitalters zu suchen“¹²¹.

„Wenn man im Zeitraum zwischen 1815 und 1848 nach anonymen Massen Ausschau hält, die das Geschehen unterirdisch bestimmt haben, so muß man sie weniger in gewerblichen Kreisen als vielmehr im Bauernstand suchen. Dort ist in der Tat ein sozialer Gärungsstoff angehäuft, der in spezifisch deutschen Verhältnissen seinen Ursprung hat und auf verjährt Mißstände zurückgeht, mit denen auch der aufgeklärte bürgerliche Obrigkeitsstaat josefinischen Gepräges nicht fertig geworden ist.“¹²² Denn: „es gehört zu den Besonderheiten der neueren deutschen Geschichte, daß die »Großagrari« , längst nachdem sie in die politische Defensive gedrängt waren und die wirtschaftliche Vormachtstellung der Schwerindustrie und dem Finanzkapital hatten überlassen müssen, dennoch auf autoritärer, wenn auch demokratisch verkleideter Basis im sozialen und politischen Leben der Nation eine ungewöhnlich einflußreiche Rolle bis zum Zusammenbruch der konservativen Monarchie haben spielen können. Denn auch im Zweiten Reich, nach der Eroberung Deutschlands durch Preußen, blieben die traditionellen Herrschergruppen des Hohenzollernstaates, die Großgrundbesitzerklasse, das Offizierskorps und die höhere Zivilbürokratie, die Spitzen der Gesellschaft und die eigentlichen politischen Machthaber.“¹²³

Das heißt, »Ursprungsort der Krise« und »Interessenlage der traditionellen Herrschergruppe« waren so miteinander verwoben, daß der Obrigkeitsstaat in der Zusammensetzung der ihn stützenden Gruppen nicht mit den Problemen »fertig werden konnte«, sondern *selber Teil des Problems* war.

¹¹⁷ CARL AUGUST WEINHOLD: Von der überwiegenden Reproduktion des Menschenkapitals gegen das Betriebskapital und die Arbeit, in den civilisiertesten europäischen Ländern, nebst einigen medicinalpolizeilichen Vorschlägen zur Herstellung des Gleichgewichts zwischen Wohlstand und Armuth. Leipzig 1828, S. IX.

¹¹⁸ CARL AUGUST WEINHOLD: Von der überwiegenden Reproduktion ..., a.a.O., S. 24.

¹¹⁹ „Man kann meine wissenschaftliche Einstellung (...) derart kennzeichnen, daß ich im Gegensatz zu allen anderen Sozialisten, KARL MARX eingeschlossen, nicht unmittelbar die Interessen des Industrieproletariats, sondern des *Landproletariats* vertrete. Ich habe ernst gemacht mit dem MARXschen Satz, daß es nötig ist, die tiefste Klasse der Bevölkerung zu heben, um die ganze Gesellschaft zu heben. (...) der Landarbeiter bildet die tiefste Schicht der Bevölkerung.“ FRANZ OPPENHEIMER: *Lebenserinnerungen*, S. 93.

¹²⁰ „Die Einwohnerzahl auf dem Gebiete des späteren Bismarckreiches betrug 1816 rund 24,8 Millionen. Nach den Angaben DIETERICIS lebte in Preußen um 1800 noch über die Hälfte der städtischen Bevölkerung als Ackerbürger, so daß mehr als 80 % aller Einwohner der Monarchie mit Landbau beschäftigt gewesen sein werden.“ CARL JANTKE: Der vierte Stand. Freiburg 1955, S. 138.

¹²¹ RUDOLF STADELMANN: Soziale Ursachen der Revolution von 1848. In: Hans-Ulrich Wehler (Hg.), *Moderne deutsche Sozialgeschichte*, 4. Aufl., Köln 1973, S. 137 - 155, hier S. 138.

¹²² RUDOLF STADELMANN: *Soziale Ursachen ...*, a.a.O., S. 155.

¹²³ HANS ROSENBERG: Die Pseudodemokratisierung der Rittergutsbesitzerklasse. In: Hans-Ulrich Wehler (Hg.), *Moderne deutsche Sozialgeschichte*, 4. Aufl., Köln 1973, S. 287 - 308, hier S. 287.

1.2. Die selbstregulierte Gesellschaftswirtschaft bei Adam Smith

Unter dem Titel „Die »soziale Kälte« des Liberalismus - Versuch einer Klärung“ befaßte sich GERHARD SCHWARZ jüngst aus der Mitte jener heraus, die sich heute als Vertreter des Liberalismus verstehen, mit dem Thema dieses Kapitels¹²⁴. In seiner Arbeit stellt SCHWARZ einerseits dar, daß eine Flut staatsinterventionistischer Regelungsbegehren unter dem Deckmantel »sozialer Fürsorge« entmündigend und kontraproduktiv auf die Organisation des Gemeinwesens und seiner Mitglieder wirken. Als innovativ an seiner Argumentation kann etwa der Vorschlag gelten, Steuerpflichtigen die Möglichkeit der Direktabgabe an gemeinnützige Organisationen einzuräumen und somit den anonymen Umverteilungsmechanismus des Staates durch Elemente eines gemeinwohlorientierten Wettbewerbes zu ergänzen¹²⁵. Auf der anderen Seite versucht er, die marktinterventionistische Legitimation der Politik (und nachfolgend des staatlichen Verwaltungsapparates) dadurch zu entlegitimieren, daß er FRIEDRICH AUGUST VON HAYEK folgend den Begriff »sozial« in Angelegenheiten des Marktes als deplaziert herausstellt. „So meinte HAYEK einmal, »Was eigentlich sozial heißt, weiß niemand. Klar ist nur, daß eine Soziale Marktwirtschaft keine Marktwirtschaft ist«¹²⁶. Und auf S. 22 folgt dann die Feststellung, „daß Soziale Marktwirtschaft und Ordoliberalismus nicht identisch sind. Der Ordoliberalismus führt in letzter Konsequenz nur zu einer Art von staatlicher Intervention in die Wirtschaft, nämlich einer wettbewerbspolitisch motivierten. Er will die Selbstaufhebung des Wettbewerbs verhindern. Die Soziale Marktwirtschaft dagegen öffnet das Tor für alle möglichen Staatseingriffe, weil »sozial« eben ein Allerweltswort ist.“

Der Gesamtargumentation von SCHWARZ will ich hier weder folgen noch zustimmen, weil sie mehr bewußte Provokation denn Argumentation verkörpert. Andererseits legt der Text die heute herrschende Verwirrung der Begriffe »Sozialstaat« und »Soziale Marktwirtschaft« offen. Er zeigt den Orientierungsverlust bezüglich einer »Theorie der Sozialen Marktwirtschaft« deutlich auf und kontrastiert die altliberale Vision einer »Eroberung des Staates durch die Gesellschaft« mit der real eingetretenen Erstarrung der Strukturen, die die Freiheiten und Handlungschancen des Lebendigen erneut einer »Logik der Systeme« unterzuordnen droht.

Ein zeitübergreifend gültiger Punkt dieser Logik scheint wiederum zu sein, daß Verwaltungen, wenn sie erst einmal entstanden sind, *auch verwalten müssen*, dabei zu einem eigenständigen Machtfaktor heranwachsen und sich selber *Aufgaben suchen*, so daß der Staat, selbst wenn er nicht mehr Klassenstaat ist, doch weiterhin ein Gebilde mit eigener Dynamik bleibt, welches - neben aller erwünschter Tätig-

keit - darüber hinausgehend heranwächst und *herrscht*, wo eigentlich *geregelt* werden müßte. Aus dieser Perspektive *scheinen* sich der »Staat« als Prinzip der politischen Herrschaft und »Markt« als Prinzip der nichtpolitischen Regelungen gegenüberzustehen.

Bei genauerer Betrachtung eröffnet sich zwischen den vorgetragenen Argumenten allerdings eine eigentümliche Problemstellung. Einerseits gilt der Staat bei ALBERT JAY NOCK und anderen geradezu als »Feind« des freien Bürgers¹²⁷. Und auch bei OPPENHEIMER ist der moderne Verfassungsstaat Rechtsnachfolger des primitiven Eroberungsstaates, von dem er wenig schmeichelhafte Definitionen gab:

„Der Staat ist eine in Klassen gegliederte Rahmengruppe, die eine mit Machtmitteln versehene Anstalt für den Grenz- und Rechtsschutz besitzt.

Der Staat ist eine Rechtsinstitution, einer besiegten Gruppe durch eine siegreiche Gruppe einseitig auferlegt mit dem ursprünglich einzigen Zwecke, die Besiegten zugunsten der Sieger so hoch und so dauernd wie möglich zu besteuern.“¹²⁸

„Man kann den Staat auffassen als eine ökonomische Kollektivperson der herrschenden Klasse, die sich die Arbeitskraft der Untertanen als »Wertding« beschafft hat.“¹²⁹

„Die »Ursprungsnorm« dieser Verfassung lautet: »Ihr sollt uns unentgeltlich steuern; zu dem Zwecke habt ihr zu gehorchen, wenn wir befehlen, sonst trifft euch die Sanktion, die uns beliebt.“¹³⁰

„»Die Herrschenden und ihr Anhang heißen *lo stato*, und dieser Name durfte dann die Bedeutung des gesamten Daseins eines Territoriums usurpieren«, sagt BURCKHARDT.“¹³¹

Mit anderen Worten soll eine Einrichtung, deren historischer Inhalt die Beherrschung eines unterworfenen Gebietes durch eine herrschende Klasse war, die in diesem Stadium ihrer Klasse das nationale Vermögen an Grund und Boden zugeschanzt hat († 138, 322), Gesetze und Methoden zum Zwecke der Beherrschung der Untertanen entwickelte († 229), jene rationale Instanz abgeben, die die Marktwirtschaft absichert? Und ausgerechnet jene Marktwirtschaft, die, wenn man sie läßt, zur zügigen Monopolbildung neigt, um den Härten des freien Wettbewerbes zu entweichen, soll an die Stelle des staatlichen Reglements treten? Sieht man sich hier nicht unweigerlich an MÜNCHHAUSEN erinnert, wie dieser sich am eigenen Schopf aus dem Sumpf zieht?

Das Problem besteht meines Erachtens darin, daß die Rechnung in beiden Fällen ohne einen Begriff der Gesellschaft aufgemacht wird, die sich als erstrangiges, ewi-

¹²⁴ GERHARD SCHWARZ: Die »soziale Kälte« des Liberalismus - Versuch einer Klärung. Herausgegeben von der Friedrich-Naumann-Stiftung in der Reihe »Argumente der Freiheit«, Sankt Augustin 1992.

¹²⁵ GERHARD SCHWARZ: Die »soziale Kälte« ..., a.a.O., S.38 f.

¹²⁶ GERHARD SCHWARZ: Die »soziale Kälte« ..., a.a.O., S. 11, Fußnote 6, sekundär zitiert nach DIETER GROSSER u. a.: Soziale Marktwirtschaft. Geschichte - Konzept - Leistung, Stuttgart 1988, S. 3. Danach original in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 8. Februar 1979.

¹²⁷ ALBERT JAY NOCK: Our enemy, the state. (1935) 4. Aufl. San Francisco 1992.

¹²⁸ FRANZ OPPENHEIMER: *System II, Der Staat*, S. 308. Im Original nicht gesperrt.

¹²⁹ FRANZ OPPENHEIMER: *Das Kapital*, S. 84. Im Original nicht gesperrt.

¹³⁰ FRANZ OPPENHEIMER: *System II, Der Staat*, S. 308, Fußnote 1.

¹³¹ FRANZ OPPENHEIMER: *System II, Der Staat*, S. 308. Quellenangabe bei OPPENHEIMER: BURCKHARDT, Kultur der Renaissance, 1. Aufl. Basel 1860, S. 3.

ges und einzig berechtigtes Aggregat einen Staat zu ihrer Selbstregelung und eine Wirtschaft zu ihrer Selbstversorgung leisten und einrichten sollte. Indem die *Gesellschaft* als ein willentlicher, demokratisch konstituierter Körper bis heute keine fungible Ordnung gefunden hat, überläßt sie sich der Selbstregelung ihrer Unteraggregate und übergibt damit das Problem *ihrer* Komplexität einmal einer Einrichtung, die aus der *Verwaltung* der Probleme ihre Existenzberechtigung zieht, und zum anderen einem Marktmechanismus, der durch Beseitigung des zu Lösungen führenden Wettbewerbdrukkes leichter an das Geld der Endverbraucher herankommt als durch lästige, weil anstrengende Entwicklung von Problemlösungen.

Wenn man zwei von vier gemeinsamen Standpunkten »dreier hervorragender Neoliberaler« wie folgt wiedergeben darf: „*Erstens*, alles Nachdenken über die Probleme des gesellschaftlichen Zusammenlebens hat nicht auszugehen von dem Begriff der Gesellschaft als einem abstrakten Über-Ich, sondern von dem einzelnen Menschen, dem Individuum, das sich selbst verwirklichen möchte. *Zweitens*, um ein Zusammenleben der Menschen in Vielfalt zu ermöglichen, bedarf es allseitig anerkannter Regeln und damit der Existenz des Staates. Aufgabe des Staates ist es, die Durchsetzung der Regeln gegenüber jedermann zu garantieren, um Anarchie und Knechtschaft auszuschließen. Das Gewaltmonopol des Staates ist unabdingbar. (...)“¹³², dann hat man damit die normativen Ausgangsbedingungen fixiert, unter denen keine andere Entwicklung möglich ist *als eben* Anarchie und Knechtschaft. Denn der Markt selber kennt keine andere Regel als die des »kleinsten Mittels«; die Summe der Singularinteressen bildet kein Gesamtinteresse und kann dem Staat folglich keine Regeln setzen. Und gleiches gilt für den Staatsapparat selber, der nur dann Erfüllungsgehilfe und nicht Diktator wird, wenn er Instrument ist, auf dem »Gesellschaft« spielt, statt Pfeife, nach der die Bürger tanzen. Da Verwaltungen als selbstinteressierte Organisationen eigendynamisch aktiv sind, der atomistisch-privat lebende Bürger dagegen in hinnehmende Passivität fällt, muß das Gruppen-Ich als Träger von Willen und sozialer Ordnung erst gebildet werden, bevor außerhalb des Staatsapparates sinnhaft strukturierte und legitimierte Zielvorgaben aufkommen können, die das Staatshandeln ausrichten.

Indem der »organisierte Liberalismus« unserer Zeit durchweg individualistisch orientiert ist, ist sein Lösungsrepertoire zum Gestaltungsproblem des Gesellschaftskörpers sehr beschränkt. Sicher setzt man heute an die Stelle von »Gesellschaft« die politischen Parteien und das Parlament, doch ändert dies nichts an dem Problem, daß Personen über Sachverhalte entscheiden, die die Folgen nicht zu verantworten haben. Wer sich als Produzent nicht am Kunden orientiert, wird dafür mit ungünstigen Preisen oder mangelnder Nachfrage bestraft. Wer als Parlamentarier oder Staatsdiener falsche Entscheidungen herbeiführt, der muß dies nicht unbedingt merken oder gar einsehen, geschweige denn darunter leiden. Insofern ist z. B. die Frage, ob die Deutsche Bahn per Dienstanweisung aus dem Verkehrsministerium oder als benutzereigene Verkehrsgenossenschaft besser funktionieren wür-

¹³² WOLF-DIETER BECKER; MANFRED J. M. NEUMANN: Neoliberalismus. Buchanan, Hayek, Friedman. In: Hans G. Nutzinger (Hg.), Liberalismus im Kreuzfeuer, Frankfurt a. M. 1986, S. 41 - 59, hier S. 41 f.

de, durch Hinweis auf das parlamentarische Legitimationsverfahren nicht gelöst, durch die Eigenmacht der eingebundenen staatlichen Verwaltungsstäbe jedoch sehr wohl vorentschieden.

Die Auseinandersetzung mit dem Altliberalismus, exemplarisch verkörpert durch ADAM SMITH, zeigt hier einen anderen Weg. SCHULZE-DELITZSCH, OPPENHEIMER, SMITH und andere sahen »Gesellschaft« nicht bereits durch die bloße *Existenz* einer Vielzahl von Individuen gegeben, sondern sie verfolgten die Sicherung eines über das Einzelleben hinausreichenden gesellschaftlichen Aggregates, das in dem Ausgleich und Austausch über die Generationen hinweg einen überindividuellen Standpunkt durch Einsicht und Zustimmung ausbilden muß. Fragen wir uns, ob ein zentralistischer Parlamentarismus die geeignete *Antwort* auf komplexe Strukturen ist oder lediglich die historisch nächste Stufe nach einer ebenfalls zentralistischen Feudalordnung. Und wenn es so wäre, daß die Adelherrschaft im Staate lediglich durch eine Parlamentsherrschaft ersetzt wurde, weil dies *der vorstellbare nächste Schritt* der Umverteilung der Gewalten war, welche grundlegende Modifizierung der gesellschaftlichen Selbststeuerung hat dann dabei das Herrschaftsinstrument »Staat« erfahren? Zugespitzt formuliert, vertragen sich Staat und Parlamentarismus ebensogut wie Staat und Feudalismus. In beiden Fällen erscheint eine zielgerichtete Entwicklung von Methoden eines selbstorganisierten Gemeinwesens obsolet, weil alle Zuständigkeiten und Mittel in den Händen der Aristokratie eines Staatsapparates verbleiben und die Notwendigkeit oder Berechtigung eines selbstorganisierten Gemeinwesens von denen, deren Beruf und Existenzgrundlage die Staatsorganisation ist, nicht gesehen oder gar unterstützt wird. Und an dieser Stelle müßte die Gegenwehr einsetzen, damit die »liberale Vision« der »Eroberung des Staates durch die Gesellschaft« vorangebracht werden könnte, damit der Staat als beherrschende politische Organisation weiter zurücktreten kann, bis sich eines Tages die OPPENHEIMERSche Vision einer »Freibürgerschaft«¹³³ (↑ 362) realisieren ließe. 1896 schrieb er:

„(...) Es sind dies die unanfechtbaren Sätze, auf denen der politische Liberalismus aufbaut. Sein Fehler ist nur gewesen, daß er eine Zeit für sie reif hielt, die so weit von der Stabilität entfernt ist, wie die unsere. Es hat nicht genügt, die politische Emancipation aus dem Größten herauszuarbeiten; erst mit der wirtschaftlichen Emancipation wird die stabile Massenlagerung erreicht sein, welche die Vorbedingung der Demokratie ist. Erst dann wird der Liberalismus die Probe auf seine Rechnung machen können: die Halbheiten der heutigen Praxis aber sind schlimmer als irgend ein Absolutismus. Kurz gesagt: wer behauptet, daß jede Demokratie in Tyrannis oder Pöbelherrschaft umschlagen müsse, weil thatsächlich bisher jede Demokratie so geendet hat, der verschweigt erstens, daß bisher auch keiner Aristokratie oder Monarchie dies Schicksal erspart geblieben ist; und verschweigt ferner das wichtigste, daß wir nämlich zwar schon echte Aristokratien und Monarchien in Masse gesehen haben, *daß die Weltgeschichte aber noch niemals einen Versuch mit der echten Demokratie gemacht hat*. Bis heute war jede sogenannte »Demokratie« de facto eine Aristokratie: aufgebaut auf der

¹³³ FRANZ OPPENHEIMER: *System II, Der Staat*, S. 762 ff. Ebenso FRANZ OPPENHEIMER, *Das Kapital*, S. 85.

Sklavenherrschaft die hellenische und die römische Republik, auf der Privilegienherrschaft direkt und indirekt der bäuerlichen Unfreiheit die mittelalterlichen Städterepubliken, auf der kapitalistischen Klassenherrschaft die neuzeitlichen Demokratien. Jener Versuch bleibt der Weltgeschichte noch zu machen. Sie wird damit die Menschheit mündig sprechen. Sie wird die Herrschaft sein einer Gemeinde über sich selbst, welche alle Vorzüge der Demokratie mit allen Vorzügen der Aristokratie vereinigt, ohne ihre Nachteile zu haben, einer Gemeinde, deren Mitglieder in überwiegender Zahl Aristokraten im besten Sinne des Wortes sind, d. h. Männer von reinem Willen, geläuterter Erkenntnis und freiwilliger Unterordnungskraft unter ein Ganzes.“¹³⁴

HORST FRIEDRICH WÜNSCHE bemerkt in seinem Aufsatz über SMITH, daß die beiden Hauptwerke von SMITH, die »Theorie der ethischen Gefühle« und der »Wohlstand der Nationen«, für manchen Rezipienten verschiedene Funktionen zu erfüllen scheinen. Ersteres lege SMITH »soziale Gesinnung« dar, und zweiteres ließe SMITH als Verfechter des »Laissez-faire-Prinzips« erscheinen. WÜNSCHE formuliert daraufhin die These:

„SMITH könnte es unternommen haben, im »Wohlstand der Nationen« sozial erwünschte Ziele in den Aufgabenbereich der Wirtschaftspolitik zu integrieren. In einer solchen politischen Ökonomie kann *Sozialpolitik nicht gesondert von der Wirtschaftspolitik* behandelt werden, vielmehr muß die Wirtschaftspolitik so intensiv bedacht werden, als gäbe es keine sozialpolitische Gestaltungsmöglichkeit neben ihr. Bei dieser Zielsetzung hätte es SMITH fern liegen müssen, auf seine früheren sozioethischen Schriften hinzuweisen, denn damit wäre die Sozialpolitik ja als separater Politikbereich anerkannt worden. (...) Trifft diese These zu, folgt daraus ein unangenehmes Urteil über Nationalökonomien, die das ordnungspolitische Anliegen des »Begründers der Politischen Ökonomie« nicht verstehen. Wenn die aufgetretenen Schwierigkeiten bei der SMITH-Interpretation nicht durch Mängel im »Wohlstand der Nationen« verursacht werden, müssen die Verständnisprobleme beim Leser liegen. *Möglicherweise ist in der modernen Nationalökonomie das ordnungspolitische Anliegen insgesamt aus dem Blick geraten.* Mit generellem Unverständnis für Ordnungspolitik wäre naturgemäß auch das Verständnis für SMITHS ordnungspolitische Argumentation verloren gegangen.“¹³⁵

Diese unverstandene »Dualität« bei SMITH, die keine Dualität ist, geht einher mit einer ähnlichen Ansicht OPPENHEIMERS. Er schreibt:

„Wir sagten, und halten es gegen jeden Versuch, die Ökonomik zu einer Filiale der Ethik zu machen, entschieden fest, daß sie eine völlig amoralische Wissenschaft ist: aber das heißt wahrlich nicht, daß sie mit eitel amoralischen oder gar unmoralischen Wirtschaftspersonen zu tun hat. Wir haben uns in der Begriffsbestimmung über diesen Gegenstand mit einer Ausführlichkeit verbreitet, die hoffentlich keine Mißverständnisse mehr aufkommen lassen wird. Der normale Mensch, und das bedeutet ein Wesen, das erstens von einer großen Anzahl von Imperativen sittlicher Art beherrscht wird, und das zweitens im letzten Grunde - abgesehen von den Bedürfnissen der tierischen Notdurft -

nur ein Streben hat: Hochgeltung in seiner Gruppe, unter seinesgleichen. Und er folgt diesen Imperativen in aller Regel aus einer inneren Bereitschaft heraus.“¹³⁶

Das heißt, die handlungsbestimmende Moral ist verankert in den auf Bezugsgruppen hin orientierten Personen. Diese, und nur diese, geben die Ziele und Werte an, die auf wirtschaftliche Weise (Mini-Max-Prinzip) verwirklicht werden sollen. Alles weitere ist eine Frage mehr oder weniger gelungener *Systemkonstruktion* bzw. *Ordnungspolitik*, wie man heute sagt. Es gibt danach kein »natürliches« System der Wirtschaft, sondern lediglich den ökonomischen Imperativ: *Verschwende keine Energie*. Welche Ziele nach diesem Leitsatz verfolgt werden, kann eine Gruppe, Gemeinschaft, Gesellschaft sich in ihrer Eigenschaft als leidende, bedürftige, verbrauchende *Lebensgemeinschaft* relativ frei setzen. Es heißt, die Marktwirtschaft in keinsten Weise negieren, wenn es überindividuelle Personenzusammenschlüsse gibt (Verbrauchergenossenschaften), die ihre Konsumwünsche explizieren und deren Erfüllung nach dem Prinzip des kleinsten *zulässigen* Mittels verfolgen. Ebenso wenig berührt es das Prinzip der Marktwirtschaft, wenn eine Rechtsgemeinschaft die ihr zulässigen und unzulässigen Mittel entlang ethischer Kriterien definiert und Zuwiderhandlung sanktioniert. Verfolgt man allerdings diesen Gedankengang weiter, kommt man zu einer völlig anders gelagerten Problemstellung, als uns die an Kapitalertrag, Zinssätzen und sonstigen Quoten orientierten Modelle vormachen.

Für die konstruktive Organisation des Wirtschaftssystems (Wirtschaftspolitik) - ich möchte diese vergleichen mit der konstruierend-gestaltenden Leistung eines Architekten - wird die gesellschaftlich tragfähige Einigung über die angestrebten Ziele (der Form des Gebäudes) zum zentralen Punkt. Man mag etwa 3,5 Mio. (Stand 05.11.93) oder 4 Mio. (Stand 08.02.94) Arbeitslose akzeptieren oder Vollbeschäftigung wollen. Ist das Ziel explizit formuliert, kann die Verwirklichung beraten werden. Man müßte zunächst feststellen, ob eine Maximierung des gesellschaftlichen Gesamtproduktes mit oder ohne Arbeitslose erwartbar ist. Es könnte ja sein, daß es »billiger« ist, eine qualifizierte Gruppe länger als durchschnittlich nötig zu beschäftigen und eine andere Gruppe weder auszubilden noch zu beschäftigen. Wäre Arbeitslosigkeit ökonomisch erwünscht, müßte man offen über Preise verhandeln, die jenen gezahlt werden, die auf Erwerbstätigkeit freiwillig verzichten. Jeder Arbeitende wüßte dann, was seine Mehrarbeit einbringt bzw. wieviel dafür abzutreten ist, daß er/sie über das eigene Konsumbedürfnis hinaus arbeiten *darf*. Diese Klärung könnte bereits zu einer Verschiebung der Regulationsmechanismen führen.

Vermutlich sind die Konsumbedürfnisse weiter Bevölkerungskreise aber noch ungedeckt, so daß die Arbeit heute noch nicht rationiert werden müßte. Dann wäre der Kreislauf aus Konsumtion und Produktion zu untersuchen. Normativ müßte in einem Wirtschaftssystem mit Vollbeschäftigung gelten, daß jede Wirtschaftsperson

¹³⁴ FRANZ OPPENHEIMER: *Siedlungsgenossenschaft*, S. 623 f.

¹³⁵ HORST FRIEDRICH WÜNSCHE: Die immanente Sozialorientierung in Adam Smiths Ordnungsdanken - ein Paradigma für die Soziale Marktwirtschaft. In: Arnold Meyer-Faje, Peter Ulrich (Hg.), *Der andere Adam Smith*, Bern 1991, S. 249 - 274, hier S. 252.

¹³⁶ FRANZ OPPENHEIMER: *System der Soziologie*, Bd. III, Theorie der reinen und politischen Ökonomie, original 1910, 2. Aufl. Frankfurt a. M. 1964, S. 178. Fortan zitiert als „FRANZ OPPENHEIMER, *System III, Theorie*“.

in dem Maße Dienste anbieten kann, wie sie umgekehrt Dienste zum Zwecke des Genusses vom Markt nehmen will (↑ 219). Gibt es über diese Soll-Vorstellung keinen gesellschaftlichen Konsens, dann kann es auch keine willentlich geordnete Konstruktion im Sinne der Vollbeschäftigung geben. Daß man sich über bestimmte Sachverhalte nicht verständigen *will*, hat natürlich Gründe. Denn die Vollbeschäftigung verdirbt z. B. den »Arbeitskraft kaufenden« Unternehmern die (Ausbeutungs-) Preise (↑ 63, 99, 213, 298), was LUDWIG ERHARD mit seiner Wirtschaftspolitik durchaus beabsichtigt hat¹³⁷, während der Gedanke anderen weniger gefällt.

Als sich ADAM SMITH mit dem Thema der befreiten Marktwirtschaft befaßte, gab es noch keine öffentlich formierte Klasse, die den Interessenstandpunkt der Handelshäuser, Banken und Gewerbetreibenden mit Macht in allen gesellschaftlichen Bereichen durchzusetzen versucht hätte. Von daher berücksichtigen die SMITHschen Darlegungen einige Entwicklungen des post-agrarischen, industriellen Kapitalismus nicht, die sich erst nach seiner Zeit eingestellt haben. Sie sind deswegen aus heutiger Sicht unvollständig, aber vielfach auch erfrischend unbeeinflusst von den ideologischen Wirrungen der Nach-SMITHschen-Ära.

Die SMITHsche Lehre bietet ein solides Fundament bis in die Gegenwart hinein und bedarf nur weniger Verbesserungen. Insbesondere müssen jene Teile der Auffassung ergänzt werden, die das *politische Mittel* der Einkommensgewinnung zum Gegenstand haben. Diese Ergänzungen wurden von liberalen Sozialisten im Anschluß an SMITH mit unterschiedlichem Nachdruck und Klarheit vorgenommen und von FRANZ OPPENHEIMER erstmals ausdrücklich zum Ausgangspunkt eines von Grund auf neu errichteten theoretischen Systems gewählt. Damit wurde von OPPENHEIMER ein neuer Weg der Synthese skizziert, der sich hinsichtlich der erwarteten Selbststeuerungsmechanismen des Marktes sehr weitgehend mit den Auffassungen von SMITH deckt, aber allen Fällen, in denen dieser Selbststeuerungsmechanismus nicht wirkt oder beeinträchtigt wird, mit wesentlich umfassenderen Untersuchungen nachgeht.

1.2.1. Die moralphilosophische Grundlage der Lehre

Die von ADAM SMITH vorgelegte »Theory of moral sentiments«¹³⁸ beginnt mit einer Darstellung des sozialpsychologischen Prinzips, aus dem heraus sich menschliche Gemeinschaften bilden: dem Prinzip der Haltungsvernahme, der symbolischen Interaktion und wechselseitigen Beeinflussung in Freude und Leid, wie wir sie bei manchen Herdentieren beobachten können und noch viel feinsinniger bei unserer eigenen Art¹³⁹. Was von dem englischen Begriff »sympathy« in den deut-

¹³⁷ Vgl. HORST FRIEDRICH WÜNSCHE: Soziale Marktwirtschaft. Antwort auf das Problem der Grenzmoral. In: Gerhard Merk, Herbert Schambeck, Wolfgang Schmitz (Hg.), Die soziale Funktion des Marktes, Berlin 1988, S. 75 - 87, hier 83.

¹³⁸ ADAM SMITH: Theorie der ethischen Gefühle. Nach der Auflage letzter Hand übersetzt und herausgegeben von Walther Eckstein. Hamburg 1985.

¹³⁹ „Die längerfristige Pflege nicht nur der Kinder, sondern auch von verletzten, gebrechlichen und kranken Gattungsgenossen und die Fähigkeit zum Mitleid ist für alle menschlichen Ver-

schon Begriff »Sympathie« (Zuneigung) übertragen wurde, meint bei SMITH eigentlich den Urbegriff aller Sozialität: den Vorgang des *Mitempfindens*¹⁴⁰.

„Daß dies die Quelle des Mitgeföhls ist, welches wir gegenüber dem Elend anderer empfinden, daß wir erst dann, wenn wir mit dem Leidenden in der Phantasie den Platz tauschen, dazu gelangen, seine Geföhle nachzuempfinden, und durch sie innerlich beöhrt zu werden, das kann durch die offenkundige Beobachtung dargetan werden, wenn man es nicht schon an und für sich für genügend einleuchtend halten sollte. Wenn wir zusehen, wie in diesem Augenblick jemand gegen das Bein oder den Arm eines anderen zum Schlage ausholt, und dieser Schlag eben auf den anderen niedersausen soll, dann zucken wir unwillkürlich zusammen und ziehen unser eigenes Bein oder unseren eigenen Arm zurück; und wenn der Schlag den anderen trifft, dann föhlen wir ihn in gewissem Maße selbst und er schmerzt uns ebensowohl wie den Betroffenen.“¹⁴¹

Neben allen direkt körperlich motivierten Beispielen, die SMITH bei seiner Erläuterung des Mitempfindens anführt, ist das nachfolgende Zitat bereits ganz aus und auf einen gesellschaftlichen Kontext bezogen: „Wir erröten für die Schamlosigkeit und Roheit eines anderen, obwohl er selbst scheinbar kein Geföh für die Unschicklichkeit seines Betragens hat; denn wir können uns des Gedankens an jene Beschämung nicht erwehren, die uns ergreifen würde, wenn wir selbst uns auf so unvernünftige Weise betragen hätten.“¹⁴²

»Schicklichkeit« und »Scham« bedürfen, auf Handlungen bezogen, eines umfassenden Verständnisses, das sich nicht aus der Handlung selber ergibt, sondern in vorangegangenen Lebensperioden ausgebildet wurde. In wem sich solche Empfindungen regen, auf den hat Gesellschaft bereits gewirkt, und der hat sich als Teil derselben in diese hineinbegeben, zunächst Äußeres also in sein Inneres übernommen und daraus Eigenes gemacht, bis hin zur Unfähigkeit, regungslos hinzunehmen, wenn die gesellschaftliche Norm durch Dritte verletzt wird.

Man kann SMITH nicht vorwerfen, wenn seine Schrift noch mehr auf phänomenologischen Beschreibungen denn auf theoretischer Systematisierung beruht. Aber, und dies ist beachtlich: SMITH sind mit gleicher Sicherheit von Anbeginn seiner wissenschaftlichen Tätigkeit jene primär sozialen Vorgänge bewußt, die später et-

gesellschaftsformen kennzeichnend. (...) Interessanterweise sind auch die einzigen Lebewesen, die außer uns wahrnehmbare Ansätze von Schuld- und Schamreaktionen gegenüber Mitgliedern der Sozialgruppe zeigen, nicht etwa unter den Menschenaffen, sondern unter den Caniden, den Wölfen, Schakalen, Hunden zu finden, die - hierin beschränkt vergleichbar mit unseren Vorfahren - sich ebenfalls auf dem Wege der kooperativen Jagd als »soziale Carnivoren« ernähren.“ KLAUS OTTOMEYER: Ökonomische Zwänge und menschliche Beziehungen. Soziales Verhalten im Kapitalismus. Reinbek bei Hamburg 1977, S. 21.

¹⁴⁰ Nach Duden, Bd. 5, Mannheim 1982, bedeutet »Sympathie« in der Naturphilosophie die „Verbundenheit aller Teile des Ganzen, so daß, wenn ein Teil betroffen ist, auch alle anderen Teile betroffen sind.“ Ferner in der Psychologischen Soziologie: „Ähnlichkeit in der Art des Erlebens und Reagierens. Gleichgerichtetheit der Überzeugung und Gesinnung.“ Und im Volksglauben: „die Vorstellung von geheimer gegenseitiger Einwirkung aller Wesen und aller Dinge aufeinander.“ Die heute übliche Begriffsdeutung „Zuneigung, Wohlgefallen“ ist somit nur eine von vieren, die SMITH, wie man dem Kontext entnehmen kann, gerade nicht meinte.

¹⁴¹ ADAM SMITH: Theorie der ethischen Geföhle, a.a.O., S. 3.

¹⁴² ADAM SMITH: Theorie der ethischen Geföhle, a.a.O., S. 7.

wa bei GEORGE HERBERT MEAD zur Konstruktion der moralischen Instanz des »generalisierten Anderen« führten sowie zu einer Aufarbeitung der Wechselbeziehung von Individuum und Gesellschaft¹⁴³, die wiederum JÜRGEN HABERMAS in seiner »Theorie des kommunikativen Handelns« entwickelt hat. Will sagen, ohne daß hier ein moralphilosophischer Exkurs gewagt wird: Die SMITHSche Theorie wählt einen ausgesprochen »modernen« Ausgangspunkt, indem sie das überindividuell Gültige aus der wechselseitigen Offenheit und Orientierung des Menschen ableitet.

Geradezu brillant ist die folgende Darstellung SMITHS. Ich will sie hier als längeres Zitat wiedergeben, weil der Sozialpsychologe darin das Prinzip der Wechselseitigkeit, welches von SMITH ausgehend auch auf IMMANUEL KANT und dessen »kategorischen Imperativ«¹⁴⁴ Einfluß genommen hat, erkennt. Allerdings werde ich mir die Freiheit nehmen, in der deutschen Übersetzung den im Deutschen auf eine individuelle Werthaltung bezogenen Begriff der »Sympathie« durch den eigentlich »Hineinnahme des Anderen in das eigene Ich« meinenden Begriff des [Mitempfindens] zu ersetzen.

„Um diese Harmonie [der Gesellschaft¹⁴⁵] zustande zu bringen, hat die Natur die Zuschauer gelehrt, sich in Gedanken in die Lage des zunächst Betroffenen zu versetzen, und ebenso hat sie diesen letzteren gelehrt, sich wenigstens bis zu einem gewissen Grade in jene der Zuschauer hineinzuversetzen. Wie sie sich immer wieder in Gedanken an seine Stelle versetzen und dann von diesem Standpunkt aus Gemütsbewegungen erleben, die dem, was er fühlt, ähnlich sind, so versetzt auch er sich immer wieder an ihre Stelle und empfindet von diesem Standpunkt aus gegenüber seinem eigenen Schicksal etwas von jenem kühlen Gleichmut, mit welchem sie es, wie er wohl weiß, betrachten werden. Wie sie immer wieder überlegen werden, was sie wohl fühlen würden, wenn sie selbst wirklich die Betroffenen wären, so sieht er sich immer wieder veranlaßt, daran zu denken, welchen Eindruck auf ihn, wenn er nur einer der Zuschauer wäre, dann seine jetzige Lage machen würde. Wie [ihr Mitempfinden] sie veranlaßt, seine Lage gewissermaßen mit seinen Augen zu betrachten, so veranlaßt ihn [sein Mitempfinden], seine Lage gewissermaßen mit ihren Augen anzusehen, insbesondere, wenn er sich in ihrer Gegenwart befindet und unter ihren Augen handelt. Und da der reflektierte Affekt, den er so empfindet, weit schwächer ist als der ursprüngliche, so dämpft jener die Heftigkeit der Gefühle, die ihn bewegten, bevor er in die Gesellschaft dieser Zuschauer kam, bevor er anfang, sich darauf zu besinnen, welchen Eindruck seine Lage auf sie machen würde, und bevor er begann, seine Lage in diesem gerechten und unparteiischen Lichte zu betrachten.“¹⁴⁶

¹⁴³ MEAD schreibt ganz gleich wie SMITH: „Die Haltung der Gemeinschaft gegenüber unserer eigenen Reaktion nehmen wir im Hinblick auf den Sinn unserer Tätigkeit in uns herein. (...) Der Sinn ist so universal wie die Gemeinschaft; er ist notwendigerweise in die rationale Beschaffenheit dieser Gemeinschaft eingeschlossen; er ist die Reaktion, welche die aus vernunftbegabten Geschöpfen bestehende Welt unvermeidlich auf unsere eigenen Äußerungen setzt. Wir nehmen sowohl das Objekt als auch uns selbst im Rahmen eines solchen Prozesses in unsere Erfahrungen herein; der andere scheint in unserer Erfahrung insoweit auf, als wir eine solche organisierte und verallgemeinerte Haltung einnehmen.“ GEORGE HERBERT MEAD: Geist, Identität und Gesellschaft. Frankfurt a. M. 1973, S. 239.

¹⁴⁴ „Handle so, daß die Maxime deines Willens jederzeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könne.“ Immanuel Kant, Kritik der praktischen Vernunft, original 1787, 1. Teil, 1. Buch, 1. Hauptstück, § 7.

¹⁴⁵ Hier verstanden als „Gesellschaft anwesender Personen“.

¹⁴⁶ ADAM SMITH: Theorie der ethischen Gefühle, a.a.O., S. 25.

Nur eines müßte man an dieser Textpassage noch modifizieren, denn nicht »die Natur hat die Zuschauer gelehrt, sich in Gedanken in die Lage des zunächst Betroffenen zu versetzen«, sondern *es entspricht der Natur der Gelehrigkeit*, sich in die Lage und Gedanken anderer zu versetzen. Ein ohne Sprachvermögen und Wissen in diese Welt hineingeborener Mensch ist zunächst völlig damit beschäftigt, eine Vorstellung von dieser Welt zu gewinnen und erste Interpretationen anhand der Haltungen, Erfahrungen und Begriffe Erwachsener vorzunehmen, die für ihn »Gesellschaft« bzw. »Ewigkeit« oder »das schon vor ihm Gewesene« darstellen. Erst auf der Basis dieser Primärcodierung kann das Gehirn (Mensch) ein Bewußtsein seiner selbst entwickeln¹⁴⁷, sich abgrenzen, einzigartige Erfahrungen anstreben und letztlich eine weitgehend selbständige Position gegenüber »Gesellschaft« einnehmen. Aber, und dies ist entscheidend, sein ganzer Lernerfolg beruht letztlich auf Vorgängen des »Sich-in-etwas-oder-jemanden-hineinversetzen-Könnens«. Die Ausbildung des Verstandesvermögens ist dadurch unmittelbar geknüpft an die Sensibilität, mit der ein Lernender den Sachverhalten seines Interesses begegnet. Die Offenheit des »Systems Mensch« ist ein *Wesensmerkmal* seiner Existenz, das Einfallstor von »Gesellschaft«, ohne die er nicht existieren kann, aber ohne das auch »Gesellschaft« nicht zustandekommt, die letztlich als Resultat für einen *vollzogenen Verbund* der auf Verbindung hin orientierter Individuen über Raum und Zeit hinweg steht.

SMITH, der oft fälschlich als Wegbereiter eines ungehemmten Egoismus bemüht wird, der angeblich nützlich und nicht gesellschaftsschädlich sei, weil eine »unsichtbare Hand« alles zum Besten regelt¹⁴⁸, dieser SMITH ist durchdrungen von einem feinen Gemeinsinn und warnenden Ratschlägen, die *Einheit der Gesellschaft* nicht der Ungerechtigkeit und den Charakterschwächen einzelner Gesellschaftsmitglieder zu opfern. Für ihn gibt es dabei nicht nur die moralische Instanz, vor der sich jedes Individuum mit seinem Gewissen zu verantworten hat, nicht nur den Druck der Öffentlichkeit (wir würden heute von »sozialer Kontrolle«¹⁴⁹ sprechen), sondern ebenso die gerechte Strafe und den gerechtfertigten Verstoß aus der Ge-

¹⁴⁷ Siehe auch ADAM SMITH: Theorie der ethischen Gefühle, a.a.O., S. 167 ff. Daraus als typischer Satz: „Bringe einen Menschen in Gesellschaft anderer und er ist sogleich mit dem Spiegel ausgerüstet, dessen er vorher entbehrte.“

¹⁴⁸ „Die These der unsichtbaren Hand kann dahingehend zusammengefaßt werden, daß es natürliche, in der Schöpfung liegende Umstände gibt, die im Ergebnis des gesellschaftlichen Prozesses dafür Sorge tragen, daß, obwohl - und dies ist die Ausgangsannahme der Modellkonstruktion - die beteiligten Individuen in ihrer Praxis ausschließlich oder überwiegend partikuläre Interessen verfolgen, trotzdem im Ergebnis ein Gesamtergebnis herauskommt, das als - zumindest relativ - optimal vom Standpunkt des Gesamtinteresses anzusehen ist. Die bornierten partikulären Handlungsformen kombinieren sich zu einem Gesellschaftsprozeß, der sozial hochgradig nützliche Ergebnisse zeitigt, obwohl und weil sie als solche nicht angestrebt wurden.“ RAIMUND OTTOW: Modelle der unsichtbaren Hand von Adam Smith. In: Leviathan, Jg. 19, H. 4/1991, S. 558 - 574, hier 558.

¹⁴⁹ Vgl. weiterführend KLAUS HURRELMANN, DIETER ULICH (Hg.): Handbuch der Sozialisationsforschung. Weinheim u.a. 1980. Darin DIETER GEULEN: Die historische Entwicklung sozialisationstheoretischer Paradigmen. S. 15 - 49, speziell 31; sowie DIETER ULICH: Lern- und Verhaltenstheorien in der Sozialisationsforschung. S. 71 - 99, speziell 91.

sellschaft für relativ geringfügige Vergehen. Der Ehrenkodex in Europa¹⁵⁰ um 1750 war von einer Strenge und somit auch Funktion, die alle gediegenen Fürsprecher aggressiver Selbstverwirklichung heute gerne vergessen. Ein Mann von Ehre bestieg lieber das Schafott, als daß er sich öffentlich an den Pranger stellen ließ. Und vermochte er diesen letzten Gang nicht erhobenen Hauptes antreten, sondern vergoß über sein Schicksal eine Träne, dann war ihm die Verachtung der Gesellschaft über seinen (belanglosen) Tod hinaus gewiß¹⁵¹. Man lese SMITH, um sich die Härte der sozialen Kontrolle und Enge der sozialen Räume bewußtzumachen, die wirkungsvoller als alles geschriebene Recht nach gesittetem Handeln verlangt oder das Individuum aus der Mitte der Gesellschaft ausstieß und dem gesellschaftlichen Tod vor dem körperlichen preisgab.

Ein anderes Beispiel von SMITH ist die Berechtigung, einen Wachposten zu erschließen, wenn dieser ein ruhendes Heer in Gefahr bringt, weil er eingeschlafen ist. SMITH schreibt darüber: „Wenn die Erhaltung eines Individuums unvereinbar ist mit der Sicherheit einer großen Menge, dann kann nichts gerechter sein, als daß die Vielen dem Einen vorgezogen werden.“¹⁵² Solch ein Urteil geht zwar auch SMITH nicht leicht von der Hand, aber es ist ihm letztlich unumgänglich.

Es sei hier daran erinnert, daß die Strenge jener Zeit *gegeben* war und SMITH unter dieser Randbedingung argumentiert, wenn er dem wirtschaftenden Menschen größere Freiheiten zubilligt als bis dahin üblich. An eine Aufhebung der Ehrenbindungen, durch die das Individuum an den »Common sense« der Gesellschaft gekettet war, dachte SMITH vermutlich nicht in seinen kühnsten Vorstellungen. Seine Zeit war eben die der gebundenen ständischen Gesellschaft, die als Kontrapunkt in Europa lediglich ein unzivilisiertes Rußland kannte, in dem man es wahrlich fertig brachte, Edelmänner mit Stockhieben zu bedenken - nach damaliger Vorstellung die entehrendste aller Strafen, derer man eine schwere Verletzung durch Schwert oder Kugel jederzeit vorgezogen hätte¹⁵³.

Wechselt man in jene Zeit, dann muß man sich fragen, wie SMITH wohl geurteilt hätte, wenn ihm die Frage nach dem einen und den vielen (siehe oben) in anderer Form vorgelegt worden wäre. Angenommen, eine Person besäße alles Korn eines Landes, (oder alles Land eines Landes), und Hunger würde die vielen mit dem Tod bedrohen, weil der eine sich entschlossen hat, auf der Not der Masse seinen Reichtum zu begründen. War solch ein Fall für SMITH überhaupt denkbar?

Geschrieben hat SMITH darüber, und zwar im Kontext einer der zwei Stellen, an denen er die »unsichtbare Hand« als Metapher verwendet. Diese Stelle ist deswegen besonders interessant, weil SMITH hier mit Vorstellungen argumentiert, die den uns bekannten Tatsachen kraß entgegenstehen, während eine auf den Tatsachen aufbauende Argumentation bei SMITH nicht die »unsichtbare Hand«, sondern alle gesellschaftseigenen Mechanismen einer Strafaktion auf den Plan gerufen hätten.

¹⁵⁰ ADAM SMITH: Theorie der ethischen Gefühle, a.a.O., S. 84.

¹⁵¹ ADAM SMITH: Theorie der ethischen Gefühle, a.a.O., S. 70.

¹⁵² ADAM SMITH: Theorie der ethischen Gefühle, a.a.O., S. 136.

¹⁵³ ADAM SMITH: Theorie der ethischen Gefühle, a.a.O., S. 85.

Es trifft sich gut, die Textstelle des moralphilosophischen Werkes in der moralphilosophischen Abteilung behandeln zu können, während die zweite Textstelle des nationalökonomischen Werkes sich in das folgende nationalökonomische Kapitel einfügt (↑ 84).

Auf S. 315 schildert SMITH erneut die Freuden der Reichen, ihr Wohlergehen und ihre Bequemlichkeiten, die die Masse der Menschen so entzückt und denen im nüchtern philosophischem Lichte betrachtet doch nur Verächtliches anhaftet. Reichtum ist für SMITH keine Quelle der Zufriedenheit, kein Lebenssinn, sondern *eine Täuschung der Eitelkeit*, die den Strebsamen eigentlich unglücklich Dingen hinterherjagen läßt, die ihm bei Erreichung bestenfalls jenen Seelenfrieden bescheren, den eine bescheidenere Natur bereits bei normaler Anstrengung erreicht. „Was ist der Endzweck von Habsucht und Ehrgeiz und der Jagd nach Reichtum, Macht und Vorrang? Ist es der, den natürlichen Bedürfnissen Genüge zu tun? Der Lohn des geringsten Arbeiters reicht aus, um diese zu befriedigen. (...) Es ist die Eitelkeit, nicht das Wohlbefinden oder das Vergnügen, was uns daran anzieht. Eitelkeit aber beruht immer auf der Überzeugung, daß wir der Gegenstand der Aufmerksamkeit und Billigung sind.“¹⁵⁴ Dagegen:

„Die Glückseligkeit besteht in der Ruhe und im Genuß. (...) Die Hauptquelle des Elends und der Zerrüttungen des menschlichen Lebens scheint aus einer Überschätzung zwischen *einer* dauernden Lebenslage und einer *anderen* zu entspringen. Habgier überschätzt den Unterschied zwischen Armut und Reichtum; Ehrgeiz den Unterschied zwischen Privatleben und öffentlicher Stellung; Ruhmsucht den Unterschied zwischen Unbekanntheit und ausgebreitetem Ansehen. Ein Mensch, der unter dem Einflusse eines jener maßlosen Affekte steht, ist nicht nur in seiner gegenwärtigen Lebenslage elend, sondern er wird oft auch geneigt sein, den Frieden der Gesellschaft zu stören, um jene andere Lage zu erreichen, die er so töricht bewundert. (...) Was der Günstling des Königs von Epirus zu seinem Herrn sagte, kann auf alle Menschen in den gewöhnlichen Lebenslagen angewendet werden. Als der König ihm alle Eroberungen, die er zu machen gedachte, in ihrer richtigen Ordnung aufgezählt hatte und bereits bei der letzten von ihnen angelangt war, fragte der Günstling: »Und was gedenkt Euere Majestät dann zu tun?« »Ich gedenke,« sagte der König, »mich dann mit meinen Freunden zu unterhalten und bei einer Flasche Weins mit ihnen fröhlich zu sein.« »Und was hindert Euere Majestät«, erwiderte der Günstling, »dies gleich jetzt zu tun?« (...) Die Inschrift auf dem Grabstein jenes Mannes, der sich bemüht hatte, seine leidlich gute Gesundheit durch das Einnehmen von Medikamenten zu verbessern: »Ich befand mich wohl, ich wünschte mich besser zu befinden - hier bin ich!« kann im allgemeinen mit vollem Recht auf das Elend enttäuschter Habgier und gekränkter Ehrgeizes angewendet werden.“¹⁵⁵

Mit dieser Weisheit bezüglich der Narrheiten des Menschen ausgestattet, schreibt SMITH nun:

„Und es ist gut, daß die Natur uns in dieser Weise betrügt. Denn diese Täuschung ist es, was den Fleiß der Menschen erweckt und in beständiger Bewegung erhält. Sie ist es, was sie zuerst antreibt, den Boden zu bearbeiten, Häuser zu bauen, Städte und staatliche

¹⁵⁴ ADAM SMITH: Theorie der ethischen Gefühle, a.a.O., S. 71.

¹⁵⁵ ADAM SMITH: Theorie der ethischen Gefühle, a.a.O., S. 222 ff.

Gemeinwesen zu gründen (...). Durch diese Mühen und Arbeiten der Menschen ist die Erde gezwungen worden, ihre natürliche Fruchtbarkeit zu verdoppeln und eine größere Menge von Einwohnern zu erhalten. Es ist vergebens, daß der stolze und gefühllose Grundherr seinen Blick über seine Felder schweifen läßt und ohne einen Gedanken an die Bedürfnisse seiner Brüder in seiner Phantasie die ganze Ernte, die auf diesen Feldern wächst, selbst verzehrt. Das ungezierte und vulgäre Sprichwort, daß das Auge mehr fasse als der Bauch, hat sich nie vollständiger bewahrheitet als in bezug auf ihn. Das Fassungsvermögen seines Magens steht in keinem Verhältnis zu der maßlosen Größe seiner Begierden, ja, sein Magen wird nicht mehr aufnehmen können als der des geringsten Bauern. Den Rest muß er unter diejenigen verteilen, die auf das sorgsamste das Wenige zubereiten, das er braucht, unter diejenigen, die den Palast einrichten und instandhalten, in welchem dieses Wenige verzehrt werden soll, unter diejenigen, die all den verschiedenen Kram und Tand besorgen und in Ordnung halten, der in der Haushaltung der Vornehmen gebraucht wird; sie alle beziehen so von seinem Luxus und seiner Launenhaftigkeit ihren Teil an lebensnotwendigen Gütern, den sie sonst vergebens von seiner Menschlichkeit oder von seiner Gerechtigkeit erwartet hätten. Der Ertrag des Bodens erhält zu allen Zeiten ungefähr jene Anzahl von Bewohnern, die er zu erhalten fähig ist. Nur daß die Reichen aus dem ganzen Haufen dasjenige auswählen, was das Kostbarste und ihnen Angenehmste ist. Sie verzehren wenig mehr als die Armen; trotz ihrer natürlichen Selbstsucht und Raubgier und obwohl sie nur ihre eigene Bequemlichkeit im Auge haben, obwohl der einzige Zweck, welchen sie durch die Arbeit all der Tausende, die sie beschäftigen, erreichen wollen, die Befriedigung ihrer eitlen und unersättlichen Begierden ist, trotzdem teilen sie doch mit den Armen den Ertrag aller Verbesserungen, die sie in ihrer Landwirtschaft einführen. Von *einer unsichtbaren Hand* [Hervorhebung W.K.] werden sie dahin geführt, beinahe die gleiche Verteilung der zum Leben notwendigen Güter zu verwirklichen, die zustandegekommen wäre, wenn die Erde zu gleichen Teilen unter alle ihre Bewohner verteilt worden wäre; und so fördern sie, ohne es zu beabsichtigen, ja ohne es zu wissen, das Interesse der Gesellschaft und gewährleisten die Mittel zur Vermehrung der Gattung. Als die Vorsehung die Erde unter eine geringe Zahl von Herren und Besitzern verteilte, da hat sie diejenigen, die sie scheinbar bei ihrer Teilung übergangen hat, doch nicht vergessen und nicht ganz verlassen. Auch diese letzten genießen ihren Teil von allem, was die Erde hervorbringt. In all dem, was das wirkliche Glück des menschlichen Lebens ausmacht, bleiben sie in keiner Beziehung hinter jenen zurück, die scheinbar so weit über ihnen stehen. In dem Wohlbefinden des Körpers und in dem Frieden der Seele stehen alle Lebensumstände einander nahezu gleich und der Bettler, der sich neben der Landstraße sonnt, besitzt jene Sicherheit und Sorglosigkeit, für welche Könige kämpfen.“¹⁵⁶

Mit anderen Worten:

1. SMITH argumentiert von einem Standpunkt des *wahren Glückes* und von keinem »modernen« Standpunkt der Ökonomie, die nach dem Mini-Max-Prinzip rein materialistische Ziele verfolgt, also maximale Erträge, zumeist alle Gedanken sogar reduziert auf Gelderträge. Von dieser Motivation bei SMITH kein Wort, außer wenn er die geistigen Verirrungen der Reichen schildert.
2. SMITH argumentiert vom Standpunkt einer Nationalökonomie ohne Außenhandel mit landwirtschaftlichen Massenprodukten. Der in hölzernen Segel-

¹⁵⁶ ADAM SMITH: Theorie der ethischen Gefühle, a.a.O., S. 315 ff.

schiffen mögliche Getreidehandel wurde sowohl begrenzt durch die Ladekapazitäten als auch durch das Risiko, daß das Getreide umgehend verfaulte. Das heißt, die Landherren tauschten ihr Getreide gegen die Dienste der Besitzlosen schlicht deswegen, weil die anderweitige Verwendungsmöglichkeit fehlte.

Die Situation änderte sich radikal, als man auf die Idee kam, Ackerflächen in Weideflächen zu verwandeln und die Werte in der Form von Nutzvieh überregional gegen »Kram und Tand« zu tauschen (wie SMITH sich ausdrückt). Sofort entstand das England eines THOMAS MORUS († 203), »in dem die Schafe die Menschen fraßen«, »die Bauern in die See getrieben wurden«, und SMITH ewig und überall geltendes »Der Ertrag des Bodens erhält zu allen Zeiten ungefähr jene Anzahl von Bewohnern, die er zu erhalten fähig ist« wandelt sich in sein Gegenteil. Klingt es doch so zahm, wenn SMITH von der »Vorsehung« spricht, die den Boden in die Hände weniger gegeben habe. In dem Augenblick, wenn der entwickelte Markt aus dem Boden ein ausbeutbares Kapitalstück werden läßt, straft die »unsichtbare Hand« alle Sünden der Vergangenheit¹⁵⁷, und aus der »Vorsehung« wird »Schicksal«, Ruin und Tod für Teile einer Gesellschaft, die zuvor jedem hinreichende Existenzchancen bot.

Läßt sich glauben, daß eine »moderne Nationalökonomie« aus solch schwachen Argumenten ihre Legitimation und Geburtsstunde ableitet? Oder kann man mit der Weisheit eines ADAM SMITH nur leben, indem drei Sätze aus seinem Werk herausgelöst werden und man diese dann wie eine Leerstelle ausdeutet? Wir erinnern uns, daß SMITH das Ganze der Gesellschaft stets als den einzigen und höchsten Wert auffaßte, dem das Individuum sich selbst mit seinem Leben hinzugeben habe, wenn es das Überleben des Ganzen erfordere. Und wie steht es nun in dieser kritischen Frage, wenn das Ganze in Gefahr gerät, weil die Reichen, die SMITH persönlich überhaupt nicht schätzt, ihre Macht gegen das Volk wenden? Hierzu eine letzte Passage:

„So wurde der Mensch, der nur in Gesellschaft bestehen kann, von der Natur jener Situation angepaßt, für die er geschaffen war. Alle Mitglieder der menschlichen Gesellschaft bedürfen des gegenseitigen Beistandes und andererseits ist auch jedes von ihnen den Beleidigungen des anderen ausgesetzt. Wo jener notwendige Beistand aus wechselseitiger Liebe, aus Dankbarkeit, aus Freundschaft und Achtung von einem Mitglied dem anderen gewährt wird, da blüht die Gesellschaft und da ist sie glücklich. Alle ihre Mitglieder sind da durch die schönen Bande der Liebe und Zuneigung verbunden und gravitieren gleichsam zu einem gemeinschaftlichen Zentrum gegenseitiger guter Dienste.

Mag aber auch der notwendige Beistand nicht aus solchen edlen und selbstlosen Beweggründen gewährt werden, mag auch zwischen den verschiedenen Gliedern der Gesellschaft keine wechselseitige Liebe und Zuneigung herrschen, so wird die Gesellschaft zwar weniger glücklich und harmonisch sein, wird sich aber deshalb doch nicht auflösen müssen. Die Gesellschaft kann zwischen einer Anzahl von Menschen - wie eine Gesellschaft unter mehreren Kaufleuten - auch aus einem Gefühl ihrer Nützlichkeit

¹⁵⁷ Vgl. FRANZ OPPENHEIMER: Der Staat und die Sünde. In: Deutsche Zeitung für Spanien, Barcelona, 1926, Heft 231, S. 1 - 2; Heft 232, S. 1 - 3; Heft 233, S. 1 - 2.

heraus, ohne gegenseitige Liebe und Zuneigung bestehen bleiben; und mag auch kein Mensch in dieser Gesellschaft einem anderen verpflichtet oder in Dankbarkeit verbunden sein, so kann die Gesellschaft doch noch durch eine Art kaufmännischen Austausch guter Dienste, die gleichsam nach einer vereinbarten Wertbestimmung geschätzt werden, aufrechterhalten werden.

Indessen kann eine Gesellschaft zwischen solchen Menschen nicht bestehen, die jederzeit bereit sind, einander wechselseitig zu verletzen und zu beleidigen. In dem Augenblick, in dem gegenseitige Schädigung beginnt, in dem Augenblick, in dem wechselseitiger Groll und Gehässigkeit platzgreifen, werden alle Bande der Gesellschaft zerbrochen und all die verschiedenen Glieder, aus denen sie bestand, werden gleichsam durch die Gewalt und den Widerstreit ihrer disharmonisierenden Gefühle zerstreut und in alle Richtungen auseinander getrieben. Wenn es eine Gesellschaft zwischen Räubern und Mördern gibt, dann müssen sie, einem ganz alltäglichen Gemeinplatz zufolge, sich wenigstens des Raubens und Mordens untereinander enthalten. Wohlwollen und Wohltätigkeit ist darum für das Bestehen der Gesellschaft weniger wesentlich als Gerechtigkeit. Eine Gesellschaft kann ohne Wohltätigkeit weiter bestehen, wenn auch freilich nicht in einem besonders guten und erfreulichen Zustande, das Überhandnehmen der Ungerechtigkeit dagegen müßte sie ganz und gar zerstören.

(...) Darum hat die Natur, um die Beobachtung der Regeln der Gerechtigkeit zu erzwingen, der menschlichen Brust jenes Schuldgefühl eingepflanzt, jene Schrecken des Bewußtseins, Strafe zu verdienen, die der Verletzung der Gerechtigkeit folgen, damit sie die Schutzwächter der Gemeinschaft der Menschen seien - die Schwachen zu schützen, die Ungestümen zu zähmen und die Schuldigen zu züchtigen.¹⁵⁸

Die Zerstörung der Regeln sozialer Gemeinschaft war für SMITH weder notwendig noch hinnehmbar. Es ist grober Unfug, wenn die Asozialität mancher Gesellschaften unter Hinweis auf SMITH damit entschuldigt wird, daß der Kampf »jeder gegen jeden« die Leistungsbereitschaft steigere und somit ein höheres Gesamtprodukt entstände, wodurch das Prinzip des Kampfes seine ethische, weil konsumierbare oder allokativ optimierende Berechtigung habe. Die ganze Argumentation von SMITH läuft vielmehr darauf hinaus, daß immer dort, wo ein funktionierendes Gemeinwesen anzutreffen ist, der herrschaftliche Staatsapparat mit seinen Züchtigungs- und Reglementierungsinstrumentarien zurücktreten kann, weil das Gemeinwesen in sich eine Moral trägt, die in nahezu allen Fällen Ausdruck einer höheren Kultur sein dürfte, als jeder Mechanismus in sich zu bergen vermag. Aber selbst dann, wenn aufgrund der Anonymität kein Gemeinwesen der sozialen Art entstehen kann, gibt es noch die Möglichkeit eines Gemeinwesens nach den Regeln wechselseitiger Vereinbarung und Nützlichkeit. Und auch hier kann der Staat, sofern die Übereinkünfte von einer Qualität sind, die die Gerechtigkeit nicht verletzen, zurücktreten hinter das verwirklichte Eigeninteresse der Akteure. Wo das Individualinteresse das Gemeinwesen zu zerstören trachtet und die soziale Kontrolle versagt, nur da muß die ungesellige Macht eines Staates die »Schwachen schützen, die Ungestümen zähmen und die Schuldigen züchtigen«.

„Wie jedermann tut, so soll ihm wieder getan werden und die Wiedervergeltung des Gleichen mit Gleichem scheint das große Gesetz zu sein, das uns von der Natur selbst

¹⁵⁸ ADAM SMITH: Theorie der ethischen Gefühle, a.a.O., S. 217 ff.

vorgeschrieben worden ist. Wohltätigkeit und Edelmut meinen wir, sollen dem Wohltätigen und Edelmütigen wieder erwiesen werden. Diejenigen, deren Herzen sich niemals den Gefühlen der Menschlichkeit erschließen, die sollten - meinen wir - in gleicher Weise von der Zuneigung aller ihrer Mitgeschöpfe ausgeschlossen sein und man sollte sie inmitten der Gesellschaft wie in einer großen Wüste leben lassen, wo es niemanden gibt, der für sie sorgen oder nach ihnen fragen würde. Wer die Gesetze der Gerechtigkeit bricht, den sollte man selbst jenes Übel fühlen machen, das er einem anderen angetan hat; und da keine Rücksicht auf die Leiden seiner Brüder imstande war, ihn zurückzuhalten, sollte er nun durch die Angst vor eigenem Leiden in Furcht und Schrecken versetzt werden. Der Mann, der bloß schuldlos ist, der in bezug auf die anderen nur die Regeln der Gerechtigkeit beobachtet und sich enthält, anderen Schaden zuzufügen, der verdient nur, daß seine Nächsten ihrerseits seine Schuldlosigkeit achten, und daß die gleichen Gesetze auch in bezug auf ihn strenge eingehalten werden.

Es kann keinen anderen schicklichen Beweggrund dazu geben, unseren Nächsten Schaden zuzufügen, es kann keinen anderen Anreiz geben, unserem Nächsten Böses anzutun, welchen die Menschen nachzuempfinden vermöchten, als allein die gerechte Entrüstung über das Böse, das dieser Nächste uns angetan hat. Das Glück eines anderen zerstören, nur weil es unserem eigenen im Wege steht, ihm zu nehmen, was ihm wirklich nützlich ist, nur weil es für uns ebenso nützlich oder noch nützlicher sein kann, das wird kein unparteiischer Zuschauer gutheißen können, - er wird es so wenig gutheißen können, wie jede andere Handlung, bei der sich der Mensch jenem natürlichen Hange hingibt, sein eigenes Glück dem Glück aller anderen vorzuziehen und auf deren Kosten zu befriedigen.¹⁵⁹

„Kurz: SMITHS Gesellschafts- und Staatsideal ist mithin in keiner Weise ein atomistisches, sondern dasjenige einer fundamental menschlichen Gemeinschaft, die sowohl gegenseitigen Rechtsschutz gewährt, aber auch in Kooperation auf Sicherheit, Respekt und Glück eines jeden ihrer Glieder zielt.“¹⁶⁰

Hätte die »unsichtbare Hand«, statt den Bodenertrag eines Landes zu maximieren und unter die Bevölkerung eines Landes zu verteilen, Hunger und Tod der einen, gepaart mit Raffsucht und Zynismus der anderen hervorgebracht, dann hätte SMITH m. E. nach der strafenden Hand des Staates und nach Gerechtigkeit verlangt.

Bleibt also zu klären, ob bzw. warum SMITH in den Bewegungsgesetzen der Ökonomie keine Gefahren gesehen hat. Wenn SMITH lediglich vorzuwerfen wäre, daß er die »Bewegungsgesetze der Ökonomie« nicht hinreichend in ihrer Beziehung zu den »Bewegungsgesetzen der Macht« gesehen hat, weil der Faktor »Macht« in jedem funktionierenden Gemeinwesen moralisch gebändigt und gemäß gelebter Gerechtigkeitsvorstellungen kanalisiert ist, dann wäre die Abweichung seiner theoretischen Erwartungen von den realen Ereignissen heilbar und SMITH für die Abweichung nicht haftbar. Denn die moralische Wende und Zerspaltung der Gesellschaft in seine selbstinteressierten Atome ist ein Produkt der Nach-SMITHschen-Ära; vielleicht eine unvermeidliche Folge der zersprengten Feudalordnung und des dadurch entstandenen Vakuums.

¹⁵⁹ ADAM SMITH: Theorie der ethischen Gefühle, a.a.O., S. 121 f.

¹⁶⁰ DANIEL BRÜHLMEIER: Adam Smith. Herausgegeben von der Friedrich-Naumann-Stiftung in der Reihe »Denker der Freiheit«, Sankt Augustin 1992, S. 28.

1.2.2. Die nationalökonomische Grundlage der Lehre

Wir behandeln in dem vorliegenden Teil über ADAM SMITH speziell dessen Idee der selbststeuernden Gesellschaftswirtschaft und betrachten dazu die beiden Textstellen im Kontext, in dem SMITHS berühmte Redewendung der »unsichtbaren Hand« Verwendung findet. In der nationalökonomischen Abteilung gäbe es über SMITH natürlich weit mehr und evtl. Wichtigeres vorzutragen; man denke an die wohlstandssteigernde Wirkung der nationalen wie internationalen Arbeitsteilung, die lohndrückende Wirkung der Arbeitgeberkartelle (Buch I, Kapitel VIII, Von den Arbeitslöhnen), die geldtheoretischen Grundlegungen über Metall- und Kreditgeld, die Darlegungen über Zölle und Handelsfreiheit etc. Indessen macht es Sinn, die Betrachtung nicht über das Maß hinweg auszudehnen, als für eine Korrektur der fälschlich verbreiteten Ansichten über SMITH notwendig ist, während die unbestrittenen Komponenten entweder Allgemeingut jedes Lehrbuches sind oder weiter unten in der Übernahme durch FRANZ OPPENHEIMER aufgegriffen werden.

Die zweite Textstelle, in der SMITH die Formulierung der »unsichtbaren Hand« gebraucht, steht im »Wealth of Nation«¹⁶¹, Buch IV: Über Systeme der Politischen Ökonomie, Kapitel II: Von Beschränkungen des Imports aus fremden Ländern für solche Waren, die zu Hause produziert werden können. Auch hier müssen wiederum mehrere Textauschnitte wiedergegeben werden, damit der Gesamtzusammenhang erhalten bleibt.

„Wird der Import solcher Waren aus fremden Ländern, die zu Hause produziert werden können, entweder durch hohe Zölle oder durch absolute Einfuhrverbote beschränkt, so wird dem mit ihrer Produktion beschäftigten einheimischen Gewerbetreibenden das Monopol des Inlandsmarkts mehr oder weniger gesichert. Das Verbot des Imports von lebendem Vieh oder Pökelfleisch aus fremden Ländern sichert auf diese Weise den Viehzüchtern Großbritanniens das Monopol auf dem inländischen Fleischmarkt. Die hohen Zölle auf den Getreideimport, die in Zeiten mäßiger Ernten einem Einfuhrverbot gleichkommen, gewähren dem Getreideproduzenten einen ähnlichen Vorteil. Das Verbot der Einfuhr ausländischer Wollwaren ist für die Wollfabrikanten gleich vorteilhaft. (...) Viele andere Manufakturunternehmen haben auf die gleiche Weise in Großbritannien entweder vollständig oder nahezu ein Monopol gegenüber ihren Landsleuten erlangt.“¹⁶²

SMITH bezweifelt nicht, daß den Produzenten ihre Monopolstellung angenehm ist und damit die Lage des jeweiligen Zweiges begünstigt wird, allein stellt sich die Frage, ob dies nicht auf Kosten der Allgemeinheit geschieht.

„Dem Produkt des heimischen Gewerbetreibenden in irgendeinem Handwerk oder einer Manufaktur das Monopol auf dem Binnenmarkt zu verleihen bedeutet gewissermaßen, Privatleute darauf zu lenken, in welcher Weise sie ihre Kapitale zu verwenden haben, und muß in fast allen Fällen entweder eine nutzlose oder eine schädliche Maßnahme sein. Wenn das Produkt des heimischen ebenso billig ist wie das des ausländischen

¹⁶¹ ADAM SMITH: Eine Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Reichtums der Nationen. Übersetzt und herausgegeben von Peter Thal. Band 2, Berlin 1975.

¹⁶² ADAM SMITH: Eine Untersuchung über das Wesen ..., a.a.O., Band 2, S. 212.

Gewerbetreibendes herangeschafft werden kann, ist die Maßnahme offenbar nutzlos. Ist dies nicht möglich, muß sie im allgemeinen schädlich sein. Es ist die Maxime jedes klugen Hausherrn einer Familie, niemals zu versuchen, etwas zu Hause zu erzeugen, dessen Herstellung ihn mehr als der Kauf kostet. Der Schneider versucht nicht, seine eigenen Schuhe zu erzeugen, sondern kauft sie vom Schuhmacher. Der Schuhmacher versucht nicht, seine eigene Kleidung zu erzeugen, sondern beschäftigt einen Schneider.“¹⁶³

„Die in einem Land gegenüber anderen bei der Produktion bestimmter Waren existierenden natürlichen Vorteile sind zuweilen so groß, daß von aller Welt die Vergeblichkeit anerkannt wird, dagegen anzukämpfen. Mit Hilfe von Gewächshäusern, Mistbeeten und Heizanlagen können in Schottland sehr gut Trauben gezogen werden, und es ließe sich auch sehr gut Wein daraus herstellen, allerdings etwa zu den dreißigfachen Kosten, zu denen man zumindest gleichguten Wein aus dem Ausland heranzubringen kann. Wäre es ein vernünftiges Gesetz, den Import allen ausländischen Weins zu verbieten, nur um die Herstellung von Claret und Burgunder in Schottland zu ermutigen? Doch wenn es eine augenscheinliche Absurdität ist, das Dreißigfache an Kapital und Gewerbetreibenden des Landes auf eine Beschäftigung hinzulenken, als notwendig ist, um von fremden Ländern eine gleichgroße Menge der gefragten Waren zu kaufen, so muß es eine Absurdität von genau der gleichen Art sein, wengleich nicht ganz so ins Auge springend, den dreißigsten oder auch nur den dreihundertsten Teil mehr davon auf irgendeine derartige Beschäftigung hinzulenken. Ob die Vorteile, die ein Land gegenüber einem anderen besitzt, natürliche oder erworbene sind, ist in dieser Beziehung ohne Belang. Solange das eine Land diese Vorteile besitzt und das andere sie entbehrt, wird es für letztere immer vorteilhafter sein, vom Ersteren zu kaufen als zu produzieren.“¹⁶⁴

Die SMITHSche Argumentation ist unmittelbar einleuchtend, solange sich Schuster und Schneider wechselseitig *beschäftigen*. Wie aber steht es, wenn *Nationen* sich wechselseitig beschäftigen? Und was sagen die Schuster einer Nation dazu, wenn die Schuster der anderen Nation aufgrund irgendwelcher Gegebenheiten günstiger produzieren können?

Die Frage läßt sich von dem individuellen Standpunkt aus nicht aufrollen, denn was sie aus Gründen ihres verletzten Interesses sagen werden ist klar, selbst wenn es allen Regeln der umfassenderen Vernunft widerspricht. Es gilt somit den Standpunkt zu wechseln und zu fragen, wieviel Schusterleistung eines anderen Landes kann eine Nation überhaupt nachfragen? Doch nur soviel, wie sie zu bezahlen vermag. Was heißt aber »bezahlen« zwischen Nationen? Doch nichts anderes als »Gegenleistung durch Export«. Mit anderen Worten: Nur auf die Ausgeglichenheit der Handelsbilanz kommt es zwischen den Nationen an. Ist diese gegeben, dann haben dem Werte nach ebensoviel Güter das Land verlassen, wie dem Werte nach Güter hereingenommen wurden. Nur hat der Handel die jeweiligen *Mengen* erhöht, die nunmehr zum Konsum bereitstehen. Beispiel: A kann entweder 100 Schuhe oder 40 Anzüge pro Jahr herstellen. B kann entweder 60 Schuhe oder 60 Anzüge pro Jahr herstellen. Ohne Handel verwenden beide die Hälfte ihrer Produktivität auf eines der Güter. A hat so 50 Schuhe und 20 Anzüge, B 30 Schuhe und 30 Anzüge.

¹⁶³ ADAM SMITH: Eine Untersuchung über das Wesen ..., a.a.O., Band 2, S. 217.

¹⁶⁴ ADAM SMITH: Eine Untersuchung über das Wesen ..., a.a.O., Band 2, S. 219.

Zusammen produzieren A und B 80 Schuhe und 50 Anzüge. Würden sie einen Handel betreiben, dann würde A die 100 Anzüge herstellen und B die 60 Schuhe. Jeder käme so auf 50 Anzüge und 30 Schuhe. Für A ein Zugewinn von 10 Schuhen und für B ein Zugewinn von 20 Anzügen. Keiner hat seine Arbeit verloren, alle haben gewonnen.

Wenn die Viehzüchter oder Fabrikanten nach Monopolstellungen verlangen, dann haben sie dabei nicht das Wohl des Landes, sondern nur das ihres eigenen Berufsstandes im Sinn. Ausgestattet mit politischer Macht, werden sie ihre Interessen durchsetzen. Aber es muß streng hervorgehoben werden: Dieses »verwirklichte Eigeninteresse« meinte SMITH *nicht*, als er den Egoismus des Einzelnen¹⁶⁵ zum Wohle der Allgemeinheit wirken sah! Man zitiert SMITH gerne, wenn dieser schreibt: „Indem er [der nach Profit strebende Mensch, W.K.] sein Interesse verfolgt, fördert er häufig jenes der Gesellschaft wirksamer, als wenn er dessen Förderung wirklich beabsichtigt.“¹⁶⁶ Aber man unterschlägt dabei, daß dieses Zitat im Kontext der von SMITH diskutierten Monopolproblematik steht und daß die »unsichtbare Hand« nur dann das Kapital in die Branchen des höchsten nationalen Gewerbefleißes leitet, wenn es keine außerökonomischen Interventionen gibt, die das Kapital in weniger produktive Gewerbezweige lenken. Nur unter dieser Voraussetzung darf SMITHS Beispiel der »unsichtbaren Hand« überhaupt bemüht werden. Und es ist leicht einzusehen, daß es diese Freiheit des Wettbewerbes zu Lebzeiten von SMITH nicht gab und bis heute nicht gibt. Alle Ökonomien bewegen sich folglich auf einem suboptimalen Niveau, sind Mischungen aus althergebrachter »politischer Ökonomie« und Wettbewerb dort, wo sich kein beherrschendes Interesse zu formieren vermag.

Betrachten wir zur Vertiefung die nationale Kohle-, Stahl- oder Agrarsubventionspolitik. Gründe für eine allgemeine Besteuerung aller Bürger und Bezuschussung bestimmter Branchen können sein, daß die Ungewißheit zukünftiger Kriege oder Handelshemmnisse es angeraten scheinen lassen, sich dem Welthandel nicht völlig auszuliefern und die nationalstaatliche Autonomie zu pflegen. Dieses Argument wollen wir hier nicht abwägen, welcher Stellenwert ihm auch zukommen mag. Aus volkswirtschaftlicher Sicht gilt, die Zuverlässigkeit der Handelsbeziehungen vorausgesetzt, daß ein Land nur soviel verkaufen kann, wie es kauft (und umgekehrt). Einzig das Interesse des Kapitalisten richtet sich darauf, einen Überschuß an Gütern zu exportieren und dafür in fremden Ländern zinstragende Kapitalstücke (Boden und Gebäude) zu kaufen bzw. Güter gegen Kredit zu liefern, die das Empfängerland in eine Zinsknechtschaft treibt¹⁶⁷. Der freundlich gesonnene

¹⁶⁵ In dieser Arbeit wird für den Begriff »der einzelne« folgende Rechtschreibregelung gewählt. Wo »der einzelne« für das unbestimmte »man« steht, wird die Duden-Empfehlung auf Kleinschreibung beibehalten. Wo »der Einzelne« ersatzweise für »der einzelne Mensch« steht, also der substantivische Gebrauch überwiegt und die Gegenfigur von »Gruppe« gemeint wird, erfolgt Großschreibung.

¹⁶⁶ ADAM SMITH: Eine Untersuchung über das Wesen ..., a.a.O., Band 2, S. 216.

¹⁶⁷ Vgl. ELMAR ALTVATER, KURT HÜBNER: Ursachen und Verlauf der internationalen Schuldenkrise. In: Elmar Altvater u. a. (Hg.), Die Armut der Nationen, Handbuch zur Schuldenkrise von Argentinien bis Zaire, Berlin 1987, S. 14 - 28, speziell 23.

Ökonom, der seinem Nachbarn nichts Böses will, wird nur Güter gegen Güter tauschen, bis Exporte und Importe dem Nominalwert nach auf gleicher Höhe stehen¹⁶⁸. Natürliches Regulativ ist dabei der Wechselkurs, der die Bewertung der nationalen Produkte und deren Kaufkraft auf den internationalen Märkten so zueinander einstellt, daß nur jene Menge an Leistungen international getauscht werden kann, wie sich in dem Schuster-Schneider-Beispiel oben »Nationen gegenseitig beschäftigen können«¹⁶⁹.

¹⁶⁸ Es ist Teil der staatlichen Interventionspolitik kapitalistischer Länder, daß sie auf Krisenerscheinungen des Kapitalverwertungsprozesses mit Stützungsmaßnahmen der einflußreichen nationalen Unternehmen reagieren. Eine Maßnahme ist die direkte Subvention und Staatsverschuldung, die letztlich per Steuerhoheit von dem inländischen Bürger zu bezahlen ist. Die andere Methode ist die Gewährung von Auslandskrediten zur Absatzfinanzierung, mit der in letzter Linie der ausländische Bürger belastet wird. Das Thema wird im Zuge der OPPENHEIMERSCHEN Kapitalismus- und Krisentheorie weiter vertieft. Hier sei nur angemerkt, daß die herrschenden Klassen in Entwicklungs- und Industrieländern ein gleichgelagertes kurzfristiges Interesse bei der Kreditvergabe befolgen, das auf lange Sicht genau Gegenteiliges bewirkt. Die »Entwicklungsländer« erhalten kurzfristige Güter, die sich die Politiker als »Leistung« oder »Fortschritt« anrechnen lassen. Langfristig werden sie zu Nettokapitalexporturen (vgl. ERICH PREISER: Kapitalexport und Vollbeschäftigung. In: derselbe, Bildung und Verteilung des Volkseinkommens, 4. Aufl. Göttingen 1970, S. 82 - 98, speziell 82) und verschlechtern durch den Rückzahlungszwang ihre Handelsposition und Handlungsfähigkeit. Die Industrieländer können eine einbrechende Wirtschaftskrise mit diesem Trick vielleicht über eine Legislaturperiode verschleiern, werden aber langfristig zum Kapitalimporte, was zwischen Nationen, die sich immer nur in der Form von Waren bezahlen können, dazu führt, daß der Inlandsüberschuß mit dem Angebotsdruck des Rückzahlungsgutes in Konkurrenz tritt. So gesehen geht der nationale Agrarmarkt evtl. zugrunde, weil die agrarischen Auslandsschuldner einer Industrialisation nur mit Agrarprodukten bezahlen können. Vorhandene Probleme werden um neue vermehrt. Um einer möglichen Verwirrung vorzubeugen, als Anmerkung: Gegeben wird zwischen Nationen niemals »Kredit« in der Form von Geld; D-Mark haben in Mexiko keinen Wert. Gegeben werden Leistungen (Güter, Dienste), die auch mit Leistungen »zurückbezahlt« werden müssen. Daß der ganze Vorgang in Werteinheiten des Geldes vertraglich geregelt wird und der Zahlungsverpflichtete seine Güter um des Geldes wegen anbietet, legt über die Dinge einen gewissen Nebel.

¹⁶⁹ Die Eliminierung freier Wechselkurse ist eine Voraussetzung für unausgeglichene Zahlungsbilanzen und Kapitalflucht. Im Falle der Zahlungsbilanz ist der Zusammenhang rasch erklärt. Japan hat einen Exportüberschuß, der sich nur realisieren läßt, weil der Yen unterbewertet ist. Würde der Wechselkurs des Yen steigen, würden japanische Produkte entsprechend im Ausland teurer und ließen sich nur noch vermindert absetzen. Ein freier Wechselkurs stellt sich im Mittel so ein, daß die Exporte und Importe eines Landes wertmäßig ausgeglichen sind. Das Thema »Kapitalflucht« ist dagegen schwieriger. Denn was ist »Kapital«? Bei starren Wechselkursen können *Geldbesitzer* in eine andere Währung flüchten, wenn sie ahnen, daß die eigene Währung überbewertet ist und eine Abwertung bevorsteht. An die Stelle des alten Geldbesitzers tritt übergangslos ein neuer Geldbesitzer, möglicherweise ein Ausländer oder eine nationale Notenbank, die dem Geldflüchtling vertragsgemäß zu festgesetzten Kursen das Geld abnehmen und eintauschen muß. Die Zeche zahlen die Staaten, die eine überbewertete Währung akzeptieren. Wären die Wechselkurse frei, dann würde der Tauschwunsch des Geldflüchtlings eine Anpassungsbewegung der Wechselkurse nach sich ziehen, falls es sich dabei um eine einseitige Massenbewegung handelt. »Kapital« kann in beiden Fällen *nicht* flüchten, denn worauf es ankommt, das Geld selber, bleibt jeweils in dem Land, wo es Gültigkeit besitzt. »Kapitalflucht« meint also eigentlich »Geldflucht« und funktioniert nur im Falle feststehender Wechselkurse zu Lasten des Ausländers. Verläßt jemand seine angestammte Währung, obwohl diese unterbewertet ist, dann verliert er im Falle einer Kursanpassung. Die Tendenz bei einer unter-

Unter dieser Randbedingung betrachtet gilt, daß Länder auf geringerem technologischen Entwicklungsstand insgesamt ein geringeres nationales Produkt in Kauf nehmen müssen und somit auch die Bewertung der von ihnen geleisteten Arbeit, ausgedrückt durch die Stellung der Wechselkurse, geringer ausfällt. Umgangssprachlich heißt es, daß die »Lohnkosten« oder »Löhne« in den weniger entwickelten Ländern geringer seien. Tatsächlich variiert die Kaufkraft einer Währung mit der Leistungskraft ihres Ursprungslandes (= erzielbare Preise der Exportgüter). Wenn die Produkte von Land A auf dem Weltmarkt nicht gefragt sind, Land A aber Güter vom Weltmarkt beziehen will, dann kann es diese Güter nur »kaufen«, indem es sein eigenes Angebot niedrig bewertet, also den Kurswert der eigenen Währung senkt. Es kann dadurch sein, daß sich auf dem Weltmarkt 5 Arbeitsstunden aus Land A gegen eine Arbeitsstunde aus Land B tauschen. Doch das liegt nicht an den unterschiedlichen Preisen für Arbeit, sondern an der unterschiedlichen Nachfrage, die das Arbeitsprodukt erfährt. Wenn auf dem Weltmarkt etwa eine Tonne Bananen gegen einen Staubsauger getauscht wird, dann resultiert der Tauschwert des Staubsaugers auch aus dem Fertigungs-Know-how der arbeitsteilig organisierten Gesellschaftswirtschaft. Was diese an entwickelten Möglichkeiten in jedem ihrer einzelnen Glieder beinhaltet und eine andere Gesellschaftswirtschaft nicht zu organisieren vermag, ist Teil des Preises, den ein Produkt des Landes aufgrund seiner besonderen Eigenschaften erzielen kann. Das heißt, die Arbeit erhält nicht nur ihre Zeit ersetzt, sondern auch ihre Qualifikation.

Wenn ein Land mit hochqualifizierten Produzenten politisch dazu verleitet wird, Kohle, Stahl und andere Grundstoffe herzustellen, die ebenso gering qualifizierte Produzenten anbieten können, dann sind die Betreiber dieser Unternehmen allerdings einem scharfen internationalen Wettbewerb ausgesetzt. Sie erhalten das Preissignal, in dem »teuren« (= hochqualifizierten) Land B entweder die Löhne auf das Niveau von dem »billigen« (= gering qualifizierten) Land A zu senken oder die Produktionsstätte von Land B in Land A zu verlagern. Doch wäre letzteres nicht gar wünschenswert, während die zwanghafte Beibehaltung gering qualifizierter Produktionen in Land B nur das Gesamtniveau des Landes absenkt?

bewerteten Währung ist, daß Ausländer diese in Erwartung der Kursanpassung kaufen wollen, die nationale Notenbank folglich mit einem Überangebot ausländischer Währungen konfrontiert wird, die sie annehmen muß. In diesem Falle zahlt sie die Differenz zum realen Wert und verliert, was sie mehr gezahlt hat, als bei Realbewertung nötig gewesen wäre. Doch nochmal: Trotz allem hektischen Treiben um die Währungen und Geldpolitik geht es hier eigentlich nicht um »Kapitalflucht« im gesellschaftswirtschaftlich relevanten Sinne. Geld kann nicht flüchten, nur Geldbesitzer können von einer in die andere Währung wechseln, sofern sie jemanden finden, der mit ihnen tauscht. Ob die Milliarden jedoch Herrn Müller oder Señor Molinero gehören, verschlechtert oder verbessert die Lage um nichts. Echte Werteflucht wäre, wenn die Werküter transferiert werden könnten, also Maschinen, Patente und Personen ins Ausland umverpflanzt würden. Kauft ein deutscher Kapitalist dagegen mit seinen Produktionsüberschüssen, die er auf ausländischen Märkten absetzen kann, ausländische Kapitalien, sprich Gebäude, Grundstücke etc., die einen dauerhaften Zins (Profit) abwerfen, dann wird er, wie eine Fußnote höher beschrieben, zum Nettokapitalimporteur, selbst wenn es im ersten Augenblick den Anschein hat, als fände ein Export statt. Der Rückfluß beträgt hingegen den Wert des Exportierten plus die beizubringende Zinslast des Ausländers.

Nehmen wir an, das gering qualifizierte Land A könnte Stahl in gleicher Qualität, aber zu geringerem Preis anbieten, als bislang in Land B produziert wurde. Da jedes industrialisierte Land auf seinem Weg irgendwann eine Stahlproduktion aufbaut, ist die Existenz einer Stahlproduktion in Land B ziemlich gewiß (es sei denn, es ist so klein, daß der Rohstahl schon immer gekauft wurde). Die Frage ist, auf welcher Stufe seiner Entwicklung dieser Produktionszweig besser abgegeben würde. Würde es in der beschriebenen Konstellation auf die Produktion hochtechnologischer Güter setzen und dafür das Einfachprodukt eintauschen (erwerben), dann hätte das folgende Effekte:

- 1) Die Kaufkraft von Land A würde gestärkt, und die Zahlungen aus Land B (Kaufpreis für Stahl) flössen als Nachfrage in andere Gewerbebezüge von Land B zurück.
- 2) Der Wechselkurs würde sich ein kleines Stück dahingehend nähern, daß die Währung »B-Land« etwa gleiche Mengen gleich qualifizierter Arbeitskraft in Land A wie Land B kaufen kann.
- 3) Langfristig, nach erfolgter Angleichung der Entlohnung gleich qualifizierter Arbeitskraft, würden sich die Preisunterschiede für Stahl auf die natürlichen Standortvorteile reduzieren¹⁷⁰. Der Standort A müßte um soviel günstiger sein, daß er zuzüglich der Transportkosten billiger anbieten kann. Fällt der Vorteil nach Angleichung der Löhne geringer aus, würde der Standort B auch für geringer qualifizierte Produktionen wieder interessant.
- 4) Das zunächst billiger bezogene Vorprodukt aus Land A würde während der Angleichungsphase den Preis der Fertig- oder Veredelungsprodukte von Land B senken und somit den Technologiestandort einer Branche im international arbeitsteilig organisierten Produktionsprozeß sichern. Beispielsweise hat man einst in Dänemark, als die Europäische Gemeinschaft sich mit Schutzzöllen gegen das billig angebotene amerikanische Getreide verschloß, das Getreide importiert und seinerseits Hühnerfarmen eingerichtet, die mit dem billigen Getreide entsprechend günstiger betrieben werden konnten. Gleiches gilt natürlich für die stahlverarbeitende Industrie und deren Folgeprodukte.

Insgesamt ist, wie bei dem oben angebrachten Schneider-Schuster-Beispiel († 85), eine Hebung des Wohlstandes beider Nationen erwartbar. Probleme resultieren eher aus dem Vollzug der Umstellung, besonders wenn abrupte Kursänderungen stattfinden. Das von ADAM SMITH beklagte - weil unvernünftig und völlig nutzlos - Verhalten der »Politik« läuft seit Jahrhunderten stets darauf hinaus, daß die politische Klasse ihrem Klientel mit steigendem Aufwand einen unhaltbaren Status sichert, der dann irgendwann in eine Legitimationskrise mündet und zusammenbricht. Eine sukzessive Reaktion auf tendenzielle Preissignale würde dagegen weit

¹⁷⁰ Hierzu zählen z. B. unterschiedlich ergiebige Fundstellen, geringere Energie- und Transportkosten aufgrund geographischer Gegebenheiten.

weniger soziale Härten nach sich ziehen als das übliche Stop-and-go des protektionistischen Interventionismus.

Befassen wir uns noch einen Moment mit der »Freiheit des Kapitals«, nach der SMITH verlangt. Es ist ganz offensichtlich nicht die »Freiheit des Kapitalisten«, die SMITH damit meinte, denn es geht ihm um den Gewerbefleiß einer Nation und dessen Produkt. „Das Produkt des Gewerbefleißes besteht daraus, was dieser den zu bearbeitenden Gegenständen oder Rohstoffen hinzufügt.“¹⁷¹ Das heißt, die Wertschöpfung aus Arbeitsvermögen und Produktionsmitteleinsatz ergeben das Einkommen einer Gesellschaft. Er schreibt: „Das Einkommen einer jeden Gesellschaft stimmt immer genau mit dem Tauschwert des gesamten jährlichen Produkts ihrer Gewerbetätigkeit überein oder ist vielmehr genau dieselbe Sache wie dieser Tauschwert.“¹⁷² Und dieses Einkommen soll maximiert werden. Wie?

„Da also jeder einzelne Mensch, so gut er kann, versucht, sowohl sein Kapital zur Unterstützung des heimischen Gewerbefleißes zu beschäftigen als auch diesen Gewerbefleiß so zu lenken, daß sein Produkt den größten Wert einnimmt, arbeitet er notwendigerweise darauf hin, das jährliche Einkommen der Gesellschaft so groß zu machen, wie er es vermag. Indem er die Unterstützung der heimischen gegenüber der auswärtigen Gewerbetätigkeit bevorzugt, verfolgt er lediglich seine eigene Sicherheit. Indem er diese Gewerbetätigkeit in solch einer Weise lenkt, daß ihr Produkt den höchsten Wert erlangen kann, hat er lediglich seinen eigenen Gewinn im Auge. Er wird hierbei wie in vielen anderen Fällen durch eine unsichtbare Hand geleitet, einen Endzweck zu fördern, der keinen Teil seiner Zielstellung ausgemacht hatte.“¹⁷³

Der *einzelne Mensch* und die Gesellschaft. Indem dieser einzelne Mensch sein Kapital und seine Gewerbetätigkeit optimiert, optimiert er das Gesamtprodukt der Gesellschaft. Wie ist dies zu verstehen? Um was für eine Wirtschaftsgesellschaft handelt es sich, in der der einzelne Mensch eine optimale Verwertung seiner Talente anstreben kann und zu diesem Zwecke sein Kapital disponiert? Ist das nicht die zur Lebzeit von SMITH noch existente Gesellschaft der selbständigen Handwerker und Kleingewerbetreibenden? In welcher Form disponieren nach Gewerbefleiß strebende Menschen in der Masse heute ihr Kapital?

Es ist bekannt, daß SMITH „gegen alle Tätigkeiten von Kollektivunternehmen, wie etwa Aktiengesellschaften, den Verdacht einer möglichen Bedrohung der ungehinderten Initiative des Individuums“ hegte, wenngleich er sie in bestimmten Wirtschaftszweigen billigte, „selbstverständlich ohne irgendwelche ausschließlichen Privilegien“¹⁷⁴. Und: „Vor seinen Studenten in Glasgow rühmte er [SMITH] die Vorzüge dieser Stadt, wo im Gegensatz zu Paris oder Edinburgh kaum jemand mehr als einen Bediensteten habe und deshalb fast keine schwere Kriminalität herrsche:

»Nichts trägt so sehr zur Korruption der Menschen bei wie Abhängigkeit, während Unabhängigkeit die Ehrlichkeit der Menschen noch vergrößert.«¹⁷⁵

Wenn SMITH also die automatische Maximierung des Einkommens einer Gesellschaft bei Freiheit der Eigeninitiative prognostizierte, dann bezog er diese Aussage mit einiger Sicherheit nicht auf die kapitalistische Ökonomie, in der die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen oberstes Gebot ist und aus diesem Grunde überall Unterordnung, Hierarchisierung und Erstickung der Eigeninitiative zum Zwecke der Fremdsteuerung erfolgen. So wie HEIMANN, war SMITH völlig klar: „Ökonomische Freiheit kann selbstverständlich ohne Eigentum nicht bestehen, würde doch alsbald wieder in Schuldknechtschaft zurückschlagen; um frei leben zu können, muß man über die zum Erwerb des Unterhalts notwendigen Mittel verfügen.“¹⁷⁶

Die Einordnung des Menschen als »betriebswirtschaftlichen Elementarfaktor« oder »Betriebsmittel« einer kapitalistischen Megaunternehmung hätte seinem Menschenbild ebenso wie den erkannten Voraussetzungen einer optimal selbstorganisierten Wirtschaftsgesellschaft widersprochen. Nicht indem das Kapital einiger Monopolisten sich frei zum Schaden der Gesellschaft bewegt, sondern indem jeder Mensch einen optimalen Einsatz seiner Arbeitskraft anstrebt und zu diesem Zwecke mit den erforderlichen Werkstoffen verbindet, nur dadurch ergibt sich aus den Millionen Individualoptima ein gesellschaftliches Gesamtoptimum. In dem Maße, wie es der Einzelne nicht mehr versteht oder es ihm nicht mehr möglich ist, mit seiner Disposition ein Maximum des Gewerbefleißes zu fördern, reduziert sich auch das gesellschaftliche Gesamtprodukt¹⁷⁷. Denn daß in einer Gesellschaft der eine für den anderen optimal sorgen würde, der Unternehmer für seine Arbeiter und der Staat für beide zusammen, das hat SMITH nicht gesagt. Vielmehr lautet die Forderung: Jedes Individuum strebe primär nach seiner Freiheit und werde selbstverantwortlich, wohl verbunden mit dem Kreis jener, die seine Gesellschaft ausmachen und natürlich von vielen Vorbedingungen abhängig, ohne die Selbstverantwortlichkeit nicht praktiziert werden kann, aber doch bestrebt und berechtigt, diesem Drang folgend ein individualistisches Ideal zu verwirklichen, das der Gesellschaft nicht schadet, sondern nutzt. Denn nicht, daß jeder Einzelne seine Freiheit findet, sondern daß die Masse sie nicht findet, ist der Kern des ökonomischen Problems. Aus ihm folgt die Konzentration von Macht und Entscheidungsfreiheit in den Händen von Minderheiten, die den Staat und die Gesellschaft ihren Interessen folgen lassen können, Monopole erlangen und den Wohlstand der Nation reduzieren. Aus der Nichtverwirklichung der SMITHschen Ideale folgt aber auch die Bedrohung der Menschengemeinschaft selbst, wie OPPENHEIMER eindringlich warnte: „Die radikale, politische Emanzipation der Massen ohne ihre gleichzeitige wirtschaftliche

¹⁷¹ ADAM SMITH: Eine Untersuchung über das Wesen ..., a.a.O., Band 2, S. 215.

¹⁷² ADAM SMITH: Eine Untersuchung über das Wesen ..., a.a.O., Band 2, S. 216.

¹⁷³ ADAM SMITH: Eine Untersuchung über das Wesen ..., a.a.O., Band 2, S. 216.

¹⁷⁴ FRITZ KARL MANN: Adam Smith. In: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. 9, Stuttgart u. a. 1956, S. 288 - 294, hier 292.

¹⁷⁵ DANIEL BRÜHLMEIER: Adam Smith, a.a.O., S.25. Quellenangabe bei BRÜHLMEIER: Glasgow Edition of the Works and Correspondence of Adam Smith; darin siehe Lectures on Jurisprudence, Report von 1766, S.204, hrsg. von R. Meek, D.D. Raphael, P. Stein, Oxford 1978.

¹⁷⁶ EDUARD HEIMANN: Soziale Theorie des Kapitalismus. Frankfurt a. M. 1980, S. 30.

¹⁷⁷ Vgl. WERNER KRUCK: »Marktwirtschaftliche Selbststeuerung« ..., a.a.O., S. 242 - 263.

Emanzipation kann nur zur Zertrümmerung der großen Menschengemeinschaften führen. Uneingeschränkte politische Rechte in der Hand wirtschaftlich und darum geistig unfreier Menschen sind Brandfackeln in den Händen der »ewig Blinden«.¹⁷⁸

Ziehen wir eine kleine Zwischenbilanz: Es gibt keine Stelle, an der »der Staatsmann«¹⁷⁹ das *Prinzip des Wirtschaftens*, die stete Wahl des kleinsten Mittels, verbessern könnte. Das bedeutet allerdings nicht, daß eine Gesellschaft die Begründung und Pflege ihres Gemeinwesens ungestraft vernachlässigen dürfte oder daß es für »den Staatsmann« nicht eine Reihe von Aufgaben gäbe, die sehr wohl sinnhaft-zweckbestimmtes *Handeln* erfordern. Die Sinn-Dimension des wirtschaftlichen Einzel- und Kollektivhandelns liegt jedoch nicht auf der Ebene eines zu diskutierenden Wirtschaftlichkeitsprinzips, sondern wurzelt in den Individual- und Kollektivbedürfnissen, deren Sättigung man lediglich mit dem geringst möglichen (gesellschaftlich zulässigen) Aufwand und bestmöglichen Ergebnis betreibt. Was sind nun Individual- und Kollektivbedürfnisse? Erstere sind vor allem jene des unmittelbaren Konsums. Ob Personen Roggen- oder Weizenbrot bevorzugen, ihr Vergnügen in Reisen, Büchern oder Kursen finden, ihre Angelegenheiten unter Wahrung der Gerechtigkeit in dieser oder jener Form regeln, das tangiert in unzähligen Fällen überhaupt nicht das »öffentliche Interesse« oder die Wirtschaft selbst, weil in ihr hunderte verschiedene Formen schadlos möglich sind. Das »öffentliche Interesse« wird dagegen immer berührt, wenn das Handeln des Einzelnen Wirkungen bei Dritten zeitigt. Eine Kokerei verunreinigt etwa die hochreine Luft, die ein Glaswerk für seine wertvolleren Produkte benötigt. Über die Bewertung von Umwelt- und Gesundheitsschäden sei die Diskussion hier erst gar nicht eröffnet¹⁸⁰. Solche Interessengegensätze müssen, über welche an den Wertmaßstäben von Menschen anknüpfende Verfahren auch immer, *entschieden* werden.

Noch schwieriger ist die Herausforderung der dauerhaften Bestandssicherung eines *Gemeinwesens*. Eine Reihe von Generationenverträgen zwischen alt und jung ist so einzurichten, daß sich ein natürlicher Zusammenhalt¹⁸¹ des Ganzen auf der Basis breit vorhandener Akzeptanz einstellt. Hierzu gehört die unabdingbare Aufgabe der Ausbildung nachwachsender Kräfte, die die Lücken der altersbedingt auscheidenden Menschen ausfüllen können. Auch darf kein alt gewordener Mensch mit Rücksicht oder Liebe rechnen, wenn er zum Zeitpunkt seiner größten Stärke ohne Rücksicht und Liebe das bedürftige Kind vernachlässigt oder geschunden hat. Generationenverträge gelten, wie vieles andere, nach dem Prinzip der Vergeltung im

¹⁷⁸ FRANZ OPPENHEIMER: Die *Siedlungsgenossenschaft*, S. 627 f.

¹⁷⁹ Ich übernehme hier die SMITHsche Figur des »weisen Staatsmannes« stellvertretend für die personifizierte Interessenorganisation einer Gesellschaft. Gemeint sind alle Formen, die den ihnen gesetzten Zweck erfüllen, von Einzelpersonen bis Gremien und Volksscheiden in selbstverständlich männlicher wie weiblicher Besetzung der Positionen.

¹⁸⁰ Vgl. HANS G. NUTZINGER: Zum Verhältnis von Ökonomie und Ethik am Beispiel der Umweltproblematik. In: derselbe (Hg.), *Wirtschaft und Ethik*, Wiesbaden 1991, S. 227 - 243.

¹⁸¹ Vgl. grundlegend FRANZ-XAVER KAUFMANN: Solidarität als Steuerungsform - Erklärungsansätze bei Adam Smith. In: derselbe u.a. (Hg.), *Markt, Staat und Solidarität bei Adam Smith*, Frankfurt a. M. 1984, S. 158 - 184.

Guten wie im Bösen¹⁸² (↑ 82, 252), wobei die Rollen des aktiv tätigen und passiv empfangenden Partes im Leben eines jeden Menschen zweifach wechseln. Die Spitze dieser Leistungskraft muß ein Gemeinwesen normativ oder steuerrechtlich etc. kanalisieren, weil bei weitem nicht jedes Individuum seine momentane Stellung innerhalb eines sich reproduzierenden Ganzen bei Zeiten selbstständig erkennt. Das Wissen um ein gesellschaftliches Ganzes muß also in einem bereits bestehenden Ganzen der Gesellschaft (ihren Trägern, Repräsentanten, Institutionen) verankert sein und sich von dort ausgehend generationenübergreifend mitteilen, erklären und diskursiv aktualisieren¹⁸³. Dabei beziehen die Werte ihre Gültigkeit, es sei nochmals betont, aus der gemachten Erfahrung des bedürftigen Nachwuchses, bei dem mit der in ihm geweckten Dankbarkeit ein frei gebildetes Bedürfnis auf zukünftige Rückleistung wächst¹⁸⁴. Verdient sich ein Gemeinwesen diesen Dank nicht, hat es keinen nach subjektiven Gerechtigkeitsempfindungen gültigen Ansatzpunkt für den Anspruch auf Solidarität zu einem späteren Zeitpunkt. Der Durchsetzung einer individual-atomistischen Wertebasis folgt somit der Zerfall des Ganzen auf der Zeitachse sowie zwischen den Vermögensklassen in einem Zeitpunkt. Denn wenn das Gemeinwesen nicht auf der Zeitachse zusammenhält, entbehrt es der natürlichen Erfahrung eines Zusammenhaltes schlechthin und kann auch zu keinem *Zeitpunkt* an Werte des freiwilligen Zusammenhaltes appellieren.

1.3. Der Laissez-faire-Kapitalismus

Als Schwert gegen den Feudalismus war das SMITHsche Werk eine scharfe Waffe und fand bei den neu aufkommenden Kräften großen Zuspruch. Bezogen auf den industriellen Kapitalismus und die sich dort zuspitzenden sozialen Mißstände, war das SMITHsche Werk hingegen relativ stumpf. Seine Wahrheiten, auf die man hätte bauen können, gingen alsbald unter in dem Strudel der Interessen, die sich in legitimatorischer Absicht auf SMITH beriefen und fortan meinten, „unter dem Namen

¹⁸² Vgl. ROBERT AXELROD: *Die Evolution der Kooperation*. München 1991.

¹⁸³ Man beachte die logische Volte, wonach die *Existenz* eines gesellschaftlichen Ganzen *Voraussetzung* ist, um die *Bildung* des zukünftigen Ganzen *hervorzubringen*. Die Lösung liegt auf der Ebene menscheitsgeschichtlicher Entwicklung, in der am Anfang der Hordenverband steht sowie das zu Scham und Mitgefühl fähige Sonderwesen »Mensch« (siehe Fußnote 139 auf Seite 7). Wären wir anders konstruiert, also die Sozialität kein wesensimmanenter Faktor unserer Existenz und Intelligenz, dann hätte das logische »Problem« keine Lösung (siehe auch S. 7 dieser Arbeit).

¹⁸⁴ Ich kehre hier eine Feststellung LUHMANNs um, dem die Dankbarkeit aus Sicht des Empfängers eine eher lästige Folge angenommener Hilfeleistung ist. Seine Aussage bestätigt das angenommene Prinzip, sieht in der »Dehnbarkeit der Dankbarkeit« allerdings ein Last-Problem des Hilfe-Empfängers. „Wer Hilfe annimmt, muß sich einer unvorhersehbaren Gegenerwartung aussetzen.“ (NIKLAS LUHMANN: *Formen des Helfens im Wandel gesellschaftlicher Bedingungen*. In: derselbe, *Soziologische Aufklärung 2, Aufsätze zur Theorie der Gesellschaft*, Opladen 1975, S. 134 - 149, hier 138) So gewendet würde die Modernitäts-Vorstellung einer entkoppelten Hilfe-Organisation bei LUHMANN die Asozialität der Akteure normativ implizieren; ein Standpunkt, den nach Sozialität strebende Menschen nicht unbedingt teilen.

und mit dem Dogma der Freiheit die Freiheit selbst unterdrücken zu können¹⁸⁵“, wie LUDWIG ERHARD einmal gegenüber den Unternehmern formulierte, die es als eine unbillige Einmischung ansehen, wenn der Staat die von ihnen betriebene Monopolisierung der Märkte unterbindet. Ganz im Gegenteil ist für die Politik des industrieseitlichen Überganges kennzeichnend, daß die Unternehmermonopole (und damit deren Machtstellungen) als »fortschrittlich« galten, während die Vereinigungen der Lohnarbeiter mit aller Macht des Staates verboten und strafrechtlich verfolgt wurden. Man hatte sich darauf verständigt, die Arbeitskraft als notwendiges Betriebsmittel zu verstehen, dessen »natürlicher Preis«, wie der Preis jeder anderen Ware (z. B. Arbeitspferde oder Sklaven¹⁸⁶), durch den Beschaffungsaufwand (Herstellungskosten, Reproduktionskosten) gegeben sei¹⁸⁷, während man selber als Besitzer des Betriebes (oder des »arbeitenden« Kapitals) seine »Rechte« auf den Ertrag der Betriebswirtschaft geltend machte. Da man das gesellschaftliche Gesamtprodukt aus dem Einsatz von Kapital und Arbeit zustande gekommen sah, war die Scheu, den Kostenfaktor Arbeit möglichst gering anzusetzen und die Akkumulation des Kapitals zu maximieren, gar vom »theoretischen« Standpunkt aus betrachtet gering. Der Kapitalist spielte nicht nur seine Macht voll aus, sondern wählte sich dabei auch noch besonders nützlich. Es läßt sich hier nur wiederholen:

„Die Besitzenden sogen, wie v. THÜNEN bemerkt, gewissermaßen mit der Muttermilch die Ansicht ein, als sei der Arbeiter von der Natur selbst zum Lastträger bestimmt, als käme ihm für seine Anstrengung nur die Fristung des Daseins zu. Die Unternehmer und Brotherrn betrachteten das Ringen und Streben der Arbeiter- und Dienst-

¹⁸⁵ LUDWIG ERHARD: Wohlstand für alle. Düsseldorf 1957, S. 139 f.

¹⁸⁶ Vgl. ROBERT MOHL: Die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der politischen Ökonomie, Deutsche Vierteljahrschrift, Heft 3/1840, S. 26 - 70 (anonym), Neuabdruck in Carl Jantke, Dietrich Hilger, Die Eigentumslosen, Freiburg 1965, S. 319 - 337. MOHL schreibt: „Wir glauben ..., daß zwei Vorwürfe nicht abgewälzt werden können: der eine dahingehend, daß das Industriesystem zur Zersetzung der Organisation der bürgerlichen Gesellschaft in ihren Elementen wesentlich beiträgt; zweitens, daß sie rücksichtslos, fast unmenschlich in vielen Beziehungen ist, indem sie ganz außer acht läßt, daß der Mensch kein fühlloses totes Werkzeug zur Reichtumgewinnung, sondern ein mit Gefühl für Schmerz und Lust, für Hoffnung und Verzweiflung begabtes Geschöpf ist.“ (S. 319) Und: „Man hat die Negersklaverei aufgehoben, ungeheure Opfer hierfür gebracht, unermeßliche Interessen dabei auf das Spiel gesetzt. Und man hat sicher nicht mehr getan, als der Mensch und der Christ schuldig war. Aber der Folgewidrigkeit! In derselben Zeit, in denselben Ländern, läßt man, entweder ganz ruhig oder leicht zufrieden gestellt durch bloße Scheinmaßregeln, unzählige Kinder durch freudenlose, schmerzenreiche, Körper und Seele verkrüppelnde Jugendzeit hindurchmartern. Ist es doch wohlfeiler und sind die kleinen Finger geschickter zum Anknüpfen zerrissener Baumwollfäden! Wahrlich, diese Verwendung der Kinder ist ein Schandmal für unsere Zeit, und zwar um so scheußlicher, als die Mißhandlung noch dazu eine Feigheit ist, da sie Wehrlose trifft. Was aber hat die politische Ökonomie getan, um diesen Greuel zu verhindern? So gut wie nichts. Wenn nicht gar vorgerechnet wird, daß die Zinsen aus den Maschinen sich allzu hoch belaufen würden, wenn sie nicht möglichst lange Stunden jeden Tag arbeiten könnten oder daß ein Wechsel der arbeitenden Kinder immer mit dem Zeitverlust von einigen Minuten verbunden wäre, so ist doch ein scheues Achselzucken die einzige Mißbilligung, der stets bei der Hand liegende Trost aber die Hinweisung auf die Vorteile der freien Konkurrenz, welche dergleichen nötig machen.“ (S. 323 f)

¹⁸⁷ Diese Vorstellung findet ihren »wissenschaftlichen« Ausdruck in dem »ehernen Lohngesetz« von DAVID RICARDO.

botenkreise nach einem besseren Lose als eine ungerechte Anmaßung, die auf jede Weise und aus allen Kräften bekämpft werden müsse. »Niemals aber ist der Mensch entschiedener und beharrlicher im Unrechthandeln, als wenn er durch einen Verstandesirrtum das Unrechte für das Rechte ansieht, und es dann für Pflicht hält, dasselbe mit allen Kräften aufrecht zu erhalten und durchzuführen.«¹⁸⁸

Die Ideologie des Laissez-faire hat es denn auch nie dabei belassen, dem Kapitalisten freie Hand zu gewähren. Das Schwert des Staates war selbst unter dem Dogma der »Nichteinmischung« nur nach oben hin stumpf, während es nach unten gegenüber den ausgebeuteten Lohnarbeitern für »Recht und Ordnung« sorgte¹⁸⁹. Die Ausbeutbarkeit der unterworfenen Klasse zu sichern, ist nach OPPENHEIMER die erste Funktion des *Klassenstaates*, der einer freiheitlich-liberalsozialistischen Gesellschaftsordnung diametral entgegensteht. Ich möchte diese *Periode*, die entwicklungs geschichtlich zwischen dem primitiven Eroberungsstaat und dem modernen Verfassungsstaat anzusiedeln ist und unter einem bestimmten ideologischen Dogma stand, in Anlehnung an den Vorschlag von ERICH PREISER als »Laissez-faire-Kapitalismus« bezeichnen¹⁹⁰.

Unter »Kapitalismus« wird in dieser Arbeit eine geschichtliche Epoche verstanden, deren gesellschaftswirtschaftliche Ordnung durch die Interessen einer nach Mehrwertaneignung strebenden Klasse exklusiver Kapitalbesitzer gekennzeichnet ist. (↑ 39, 184)

Diese Definition umreißt knapp das Begriffsverständnis der OPPENHEIMERSchen Theorie. Ihre einzelnen Elemente sind:

- *Der Kapitalismus ist eine geschichtliche Epoche*¹⁹¹:

OPPENHEIMER zufolge geht der Kapitalismus auf eine außerökonomische, »politische« Störung der klassenlosen Gemeinschaften während der Zeit kriegerischer Eroberung zurück (↑ 151, 158 f), die in der Hülle des Staates ihre auf Dauer angelegte »Rechtsform« gefunden hat. Alles soziale und wirtschaftliche Streben zielt seitdem auf eine Aussöhnung der tradierten Klassengegensätze. Ihre wirtschaftliche Vervollkommnung entspricht der Vorstellung einer »reinen Ökonomie«, die von den Wesensmerkmalen des Kapitalismus befreit ist (↑ 183 ff).

- *Die Klasse exklusiver Kapitalbesitzer:*

¹⁸⁸ Siehe Fußnote 29 auf Seite 7 dieser Arbeit.

¹⁸⁹ Vgl. CLAUS-DIETER STORM: Verfolgt und geächtet. Handwerker zwischen Liberalismus und Kommunismus. In: Ergebnisse, Hefte für historische Öffentlichkeit, Nr. 12/1980, S. 17 - 100. Ebenso LUDWIG-UHLAND-INSTITUT FÜR EMPIRISCHE KULTURWISSENSCHAFT (Hg.): Als die Deutschen demonstrieren lernten. Das Kulturmuster »friedliche Straßendemonstration« im preußischen Wahlrechtskampf 1908 - 1910. Begleitband zur Ausstellung im Haspelturm des Tübinger Schlosses vom 24. 1. bis 9. 3. 1986, Universität Tübingen 1986.

¹⁹⁰ Vgl. ERICH PREISER: Die Zukunft unserer Wirtschaftsordnung. Eine Betrachtung über Kapitalismus und Soziale Marktwirtschaft. 5. Aufl., Göttingen 1968, S. 16 ff und 26 ff.

¹⁹¹ Vgl. FRANZ OPPENHEIMER: Kapitalismus. In: Leipziger Lehrerzeitung, wissenschaftliche Beilage, Nr. 60, Jan. 1931, S. 469 - 478, hier S. 469.

In einer Gesellschaft mit gleichmäßig gestreutem Besitz an den gesellschaftlichen Beschaffungs- und Werksgütern (↑ 103), in der jedes Gesellschaftsmitglied gleichermaßen Einkommen aus Arbeit wie Einkommen aus Sachvermögen bezieht¹⁹², hat der Kapitalismus seiner Wirkung nach aufgehört zu existieren. Soziales Wesensmerkmal des Kapitalismus ist die *einseitig* gerichtete wirtschaftliche Ausbeutung des Menschen durch den Menschen (bzw. einer Unterklasse durch eine Oberklasse). Gibt es in einer Gesellschaft weder die bezeichneten Klassen noch eine ausbeutbare Abhängigkeitsbeziehung, in der diese zueinander stehen, dann gibt es in dieser Gesellschaft auch keine sozialen Auswirkungen, wie sie mit dem Begriff des »Kapitalismus« identifiziert werden.

- *Die Aneignung des Mehrwertes:*

Anders als KARL MARX versteht OPPENHEIMER unter »Mehrwert« denjenigen Wert, den ein Kontrahent im Tauschakt aufgrund seiner Machtposition als Aufpreis erzielen kann (↑ 40). Ihm steht begrifflich der »Minderwert« desjenigen gegenüber, der bei diesem Tauschakt auf der Verliererseite steht und den Tribut an die Machtposition des anderen zahlen muß. Fehlen in einer Gesellschaft alle Möglichkeiten, über Machtpositionen Mehrwert zu erzielen, kommt es zu einem Ausgleich aller Einkommen auf das natürliche Maß unterschiedlicher Qualifikation. „Was ist der Kapitalismus? Politisch-sozial gesehen: ein *Klassenstaat*, wirtschaftlich gesehen: eine *Mehrwertpresse* größten Stils!“¹⁹³ Wo hingegen weder Klassenstaat noch Mehrwertpresse anzutreffen sind, herrscht der Zustand des *Sozialismus*.

„Er ist nach meiner Definition »DER GLAUBEN AN UND DAS STREBEN AUF EINE VON ALLEM MEHRWERT, D.H. ALLEM ARBEITLOSEN EINKOMMEN, ERLÖSTE, DARUM KLASSENLOSE UND DARUM BRÜDERLICH GEEINTE GESELLSCHAFT DER FREIEN UND GLEICHEN.«¹⁹⁴

Im Gegensatz etwa zu KARL KAUTSKY und anderen Kommunisten, die den Begriff des Sozialismus mit ihrer Vorstellung einer *marktlosen* Gesellschaft gleichsetzen, strebt OPPENHEIMER sein Ziel durch *Vervollkommnung* der Marktwirtschaft an. Die sensiblen Begriffe »frei« und »gleich« sind hier eng auf ökonomische Sachverhalte bezogen: also das Recht des Individuums, seine Dienste und Produkte *frei zu Markte tragen* zu dürfen und dafür den vollen Gegenwert als Ertrag (ausgedrückt in gleichwertigen Diensten und Produkten anderer Marktteilnehmer) *vom Markte nehmen* zu können (↑ 179, 196, 201, 219, 373).

¹⁹² In dieser Gesellschaft wird es freilich kaum ein »Einkommen aus Sachvermögen oder Werksgütern« geben, denn »vermieten« oder »verrenten« läßt sich nur etwas in einer Mangelage. Der Begriff der »Exklusivität« und der Begriff des »Kapitals« fallen in dem Punkt der Ertragsfähigkeit zusammen. Vermögen, das keine Profite bringt, zählt dagegen nicht als Kapital, wenngleich dieses Vermögen allen Erfordernissen der Produktion genügt, wenn nicht gar besser (siehe S. 7 und 7 dieser Arbeit).

¹⁹³ FRANZ OPPENHEIMER: *Kapitalismus - Kommunismus - Wissenschaftlicher Sozialismus*. Berlin 1919, S. 3.

¹⁹⁴ FRANZ OPPENHEIMER: *Kapitalismus - Kommunismus ...*, a.a.O., S. 7 f. Siehe auch FRANZ OPPENHEIMER: *Der Ausweg. Notfragen der Zeit*. Berlin 1919, S. 9 f.

1.3.1. »Kapital« und »Profit«

Als Übersetzung des Begriffes »Kapital« hat sich irreführenderweise die des »produzierten Produktionsmittels« eingebürgert. Irreführend deswegen, weil dadurch die Phase des Kapitalismus suggestiv mit der Phase neuzeitlicher Hochtechnik verknüpft wird. Tatsächlich finden wir die Vermögensscheidung der gesellschaftlichen Klassen jedoch bereits in dem der Industrialisierung vorangegangenen Agrarkapitalismus angelegt, als die profittragenden Kapitalstücke vor allem aus Eigentum an unproduzierten Produktionsmitteln (Grund und Boden) bestanden. Irreführend aber auch, weil es ebenso eine Reihe profittragender Rechtstitel gibt, die »Kapital« im privatwirtschaftlichen Sinne darstellen, ohne Produktionsmittel zu sein (Patentrechte, Schuldverhältnisse), so wie es »Kapital« (Werkgut) im volkswirtschaftlichen Sinne gibt, das keinen Profit trägt, weil etwa der ausbeutbare Arbeiter oder die günstige Stellung zum Markt fehlt.

„Die unerläßliche Voraussetzung für das Verständnis des Kapitalismus als einer geschichtlichen Erscheinung ist eine ausreichende Theorie des Kapitalprofits. Wie kommt das Kapital bzw. der Kapitalist zu seinem Einkommen aus Profit? Welche Bedingungen müssen dazu gegeben sein? Ehe das nicht feststeht, sind die Fragen nach seinem Ursprung und seinem Wachstum usw. nicht lösbar.“¹⁹⁵

Diese »Generalfrage« gibt uns den weiteren Verlauf der Untersuchung vor. Die Definition des Begriffes »Kapital« sollte weit genug sein, damit alle »Mehrwert heckenden« Erscheinungen erfaßt werden. Sie sollte andererseits eng genug sein, damit zufällig zeitgleich auftretende Erscheinungen, die die Höhe des Kapitalprofits nicht beeinflussen, auch nicht mit einbezogen werden.

„Das Wort Kapital entstand aus dem Ausdruck »Summa capitalis«, der »Hauptsumme« eines Darlehens, im Gegensatz zu den dafür geschuldeten Zinsen oder Interessen.“¹⁹⁶ In diesem eigentlichen Sinne als Geldvermögen, von dem ein Profit oder Zins erwartet wird, ist »Kapital« universell einsetzbar und kann seinen Maximalprofit über den Ankauf der verschiedensten Rechtstitel suchen. Geld kann verliehen werden an Personen, die es dringend zu ihrer Existenzsicherung benötigen. Es kann spekulativ verausgabt werden in der Hoffnung auf Preissteigerungen knapper Güter. Man kann es natürlich auch einsetzen, um sich Grund, Gebäude, Maschinen und Arbeiter zu mieten und dadurch Produkte oder Dienste auf den Gütermarkt zu bringen. Unter bestimmten wirtschaftlichen Randbedingungen ist es naheliegend, die Masse des verfügbaren Kapitals in den produzierenden Sektor einzulegen, weil das in Werksgütern umgesetzte Kapital dort seinen Maximalprofit findet. Daß die Schuldverhältnisse und Zinsbegehren volkswirtschaftlich unterscheidbarer Vermögensklassen keineswegs automatisch produktives Verhalten hervorbringen, ergibt sich unmittelbar aus der Klärung des Kapital-Begriffes¹⁹⁷. Denn nach ADAM

¹⁹⁵ FRANZ OPPENHEIMER: *System IV, Geschichte*, S. 1033.

¹⁹⁶ FRANZ OPPENHEIMER: *System IV, Geschichte*, S. 1027.

¹⁹⁷ Vgl. WERNER KRUCK: »Marktwirtschaftliche Selbststeuerung« ..., a.a.O., S. 252 ff.

SMITH gilt es, *Werkgüter* und Arbeit produktiv zu kombinieren, nicht *Schuldverhältnisse* oder *Besitzansprüche* und Arbeit.

Wir SETZEN als Erkenntnisziel der Kapitalismus-Analyse den Zusammenhang von Wirtschaftsordnung und sozialer Ungleichheit, sofern durch die Wirtschaftsordnung das natürliche Maß menschlicher Ungleichheit durch benennbare Wirkungsmechanismen deutlich überschritten wird.

Die Definition von »Kapital« und »Kapitalismus« muß geeignet sein, die durch das Interesse des Kapitals in die Gesellschaft induzierten »Ausbeutungsmechanismen« zu beschreiben bzw. die gesellschaftsrechtlich geschützten *Machtpositionen*, die der »Ausbeutung« in jedweder Form zugrundeliegen. Durch die Verquickung von sozialer, politischer und ökonomischer Ebene ergibt sich ein etwas komplizierter Sachverhalt, der sich am besten an einem Beispiel entwickeln läßt:

Mit gegenwärtiger Technologie wäre es möglich und profitabel, einen tödlichen Virus erst heimlich freizusetzen und wenig später ein patentrechtlich geschütztes Gegenmittel anzubieten. Warum könnte ein Unternehmen die Idee verfolgen, jeden Weltbürger mit sagen wir 100 DM zu »besteuern«? Der Gedanke liegt nahe, weil sich über das Patent ein rechtlich geschütztes Monopol installieren läßt, das dem Kapital eine von Herstellungskosten abgekoppelte, konkurrenzlose Ausbeutung der Gesellschaft garantiert. Und weil Monopolgüter in ihrem »Marktpreis« einzig durch verfügbare Substitutionsmittel begrenzt werden - also der Energieträger Gas z. B. durch Öl, Kohle, Windkraft etc. - entzieht sich ein nicht substituierbares Gut selbst dieser ökonomischen Preisgrenze. Eine Krankheit, die nur mit einem Heilmittel oder Impfstoff behandelt werden kann, ist somit ein optimales »politisches« Ausbeutungsgut in einer Gesellschaft, die durch Patentrechte Monopolpositionen zuläßt und schützt. Wenn wir die Bewegungen des Kapitals in ihrer ganzen Bandbreite erfassen wollen, müssen wir uns von dem historisch dominanten Fall der Ausbeutung des besitzlosen Arbeiters lösen und annehmen, daß der von MARX beschriebene Fall des gesellschaftlichen »Kapitalverhältnisses« „*ein charakteristischer Sonderfall des Monopolverhältnisses ist*“¹⁹⁸.

Die Ausbeutung des Arbeiters ist *eine* von vielen möglichen Formen der Ausbeutung, *die in einer bestimmten historischen Phase als die dominierende Form hervortritt*. Das Kapitalinteresse selbst kennt hingegen mehr als nur diesen einen Weg, und deswegen finden wir in der Geschichte nicht nur Versuche der *abhängig Beschäftigten*, sich aus ihrer Abhängigkeit zu befreien (Produktiv- und Produktionsgenossenschaften), sondern ebenso kann es zu einer systematischen Ausbeutung des Konsumenten, des Bankkunden, des Versicherten, des Mieters etc. kommen. In allen diesen Bereichen finden wir Genossenschaftsgründungen, und es wird ein Gegenstand dieser Arbeit sein, den Zusammenhang von Genossenschaftsgründung und wirkender Monopolstellung der exklusiven gesellschaftlichen Vermögensklasse aufzuzeigen.

¹⁹⁸ FRANZ OPPENHEIMER: *Soziale Frage*, S. 12.

Folgende Klärung durch MARX greift OPPENHEIMER auf: „Er erkannte, daß das Kapital keine *Sache* ist, sondern ein »*gesellschaftliches Verhältnis zwischen Personen*«. Er sagt: »Ein Neger ist ein Neger; unter bestimmten gesellschaftlichen Verhältnissen wird er zum Sklaven. Eine Baumwollmaschine ist zunächst nichts anderes als eine Maschine zum Baumwollspinnen; unter bestimmten gesellschaftlichen Verhältnissen wird sie zu Kapital.« Er beschreibt das gesellschaftliche »Kapitalverhältnis«, das gegeben sein muß, damit Werkgut Kapital sei (d. h. damit das *Eigentum* an Werkgut Profit abwerfe), folgendermaßen: Wo alles Werkgut in den Händen einer Minderheit ist, während die Mehrheit aus »freien Arbeitern« besteht, da ist Kapitalismus.“¹⁹⁹ Das »Kapitalverhältnis« und die daraus folgende Höhe des Profits wird somit in der Produktionssphäre beeinflußt durch die Mengenrelation von Werkgutbesitzern und nichtbesitzender Klasse zueinander sowie einer unterschiedlich gelagerten *Dringlichkeit des Austauschbedürfnisses* in diesem Verhältnis, das den »freien Arbeiter« bei Strafe des Unterganges zu einem Angebot seines Dienstes zwingt, während der Werkgutbesitzer im schlimmsten Falle selber arbeiten muß (und kann!), um seine Existenz zu sichern.

Das bis hierhin Gesagte steht mit den Auffassungen anderer Autoren keineswegs im Widerspruch, sondern bereitet lediglich einen bestimmten Lösungsweg vor. Um den Vergleich zu ermöglichen, gebe ich hier eine Zusammenstellung anderer Auffassungen wieder:

„K. MARX sieht das Wesen der »kapitalistischen Produktionsweise« darin, daß »das Kapital und seine Selbstverwertung als Ausgangspunkt und Endpunkt, als Motiv und Zweck der Produktion erscheint«, wobei »der Besitzer von Produktions- und Lebensmitteln den freien Arbeiter als Verkäufer seiner Arbeitskraft auf dem Markt vorfindet«, diesem nur den Gebrauchswert der Ware Arbeitskraft bezahlt, aber ihren Tauschwert erhält und die Differenz der beiden als den Mehrwert bezieht.

»*Quadragesimo anno*« (1931) hat unter »kapitalistischer Wirtschaftsweise« »jene Wirtschaftsweise im Auge, bei der es im allgemeinen andere sind, die die Produktionsmittel, und andere, die die Arbeit zum gemeinsamen Wirtschaftsvollzuge bereitstellen«.

Lehren und Weisungen der österreichischen Bischöfe (1925): »Dieser wirtschaftliche Liberalismus ist zum Kapitalismus im schlimmsten Sinne, zur Gewaltherrschaft des Besitzes geworden. Das hat zuallererst Unordnung und Zerrüttung in den Gesellschaftsbau gebracht.«

Kölner Richtlinien (1927): »Kapitalismus ist die auf Kapitalverwendung beruhende und auf Kapitalvermehrung ausgerichtete Wirtschaft.«

H. PESCH definiert den »individualistischen« Kapitalismus als »die Beherrschung der Volkswirtschaft durch das Geldinteresse des Kapitalbesitzes«.

G. BRIEFS sieht »das Wesen des Kapitalismus darin, daß das Kapital den gesellschaftlichen Wirtschaftsprozeß individualistisch unter marktmäßigem Wettbewerbe der benötigten Arbeit organisiert und leitet unter dem zentralen Motiv der Mehrwertschaffung«.²⁰⁰

¹⁹⁹ FRANZ OPPENHEIMER: *System IV, Geschichte*, S. 1034.

²⁰⁰ JOHANNES MESSNER: *Die soziale Frage im Blickfeld der Irrwege von gestern, der Sozialkämpfe von heute, der Weltentscheidungen von morgen*. 6. neubearb. Aufl., Innsbruck 1956, S. 29 f.

Als Definition für den Begriff »Kapital« wird hiermit ein Verständnis zugrundegelegt im „ursprünglichen und eigentlichen Sinne für ein Geldvermögen, von dem ein Profit oder Zins erwartet wird.“²⁰¹

Da dieser Profit oder Zins nicht aus dem reinen Geldbesitz erwachsen kann, sondern nur auf dem Wege der Einwechslung in zinstragende Kapitalstücke (Rechtstitel), treten in dem Begriff »Kapital« zwei Sachverhalte dicht nebeneinander auf: nämlich das Kapitalstück einerseits, welches den Zins abwirft, und die Grundlage des Anspruchs auf diesen Zins, der sich letztlich aus dem Geldvermögen herleitet.

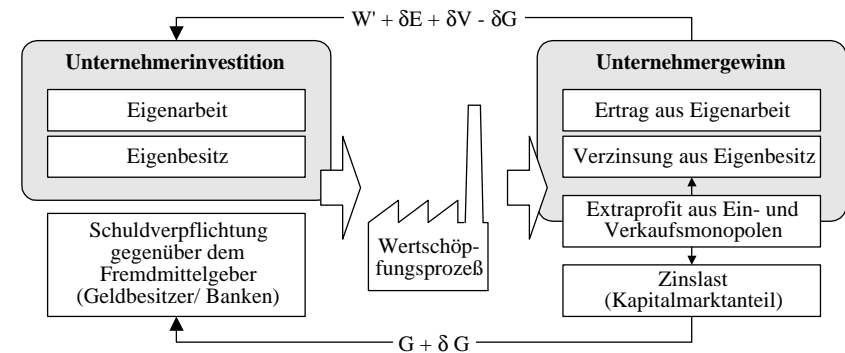
Damit lassen sich zumindest begrifflich zwei Idealtypen unterschiedlich gelagerter Interessen gegeneinander abgrenzen, die unter der Rubrik »Kapitalist« gemeinhin zusammengefaßt werden und in der Praxis auch kaum in Reinform vorkommen.

Der »Geldbesitzer« ist der eigentliche Eigentümer des universellsten Wertgutes (Generalgläubiger), dessen alle anderen gesellschaftliche Akteure bedürfen, um ihre Belange regeln zu können. Aus der Universalität des Geldbesitzes erwächst der höchste Freiheitsgrad innerhalb des ökonomischen Systems wechselseitiger Abhängigkeiten. Der Freiheitsgrad des einen Akteurs und die Mangellage des anderen begründet den Anspruch auf Zins oder Profit. Das »Kapitalstück«, in das hinein der Geldbesitzer sein universelles Wertgut abgibt, wählt er nach dem Kriterium optimierter Aussicht auf Steigerung des Geldbesitzes. Endprodukt des Kreditzyklus $G \rightarrow ? \rightarrow G'$ ist die erneute Verfügung über das gegebene Geldvermögen plus einen erzielten Zinsertrag. Welcher Art die Mangellage des Kreditnehmers ist, die diesen dazu veranlaßt, den Kredit aufzunehmen und einen Zins zu leisten, ist durch das Kapitalinteresse des Geldbesitzers inhaltlich nicht weiter bestimmt. Die Differenz von G zu $G' = \delta G$ kann als Tribut von kreditnachsuchenden Unternehmen geleistet werden, von vorfinanzierenden Konsumenten oder von dem Staat selber, der per Steuerhoheit und Staatsverschuldung alle Einkommensbezieher belastet und δG an die Kreditgeber leistet. Gemeinsam ist allen Leistungsverpflichteten ihre Bindung über rechtsgültige Kreditmittel (K), so daß der Kreditzyklus in vollständiger Darstellung $G \rightarrow K \rightarrow G'$ lautet.

Der »Unternehmer« ist im ursprünglichen Sinne eine wirtschaftlich selbständige tätige Person, die zum Zweck der Einkommenserzielung Güter oder Dienste zu Märkte trägt. Wesentlicher Bestandteil seiner Motivation ist die eigene Existenzsicherung. Als Güter verbrauchende Person, die mit ihrer privaten Nachfrage an den Markt herantritt, muß er durch Hinzufügung eigener Arbeitsleistung Güter gleichen Wertes in der Höhe seiner Nachfrage schaffen. In dieser Funktion ist der Unternehmer Produzent. Er kann tributpflichtiger Produzent sein, wenn ihm eine Produktion nur durch Abhängigkeit von dem Geldbesitzer möglich ist. Er kann tributfordernder Produzent sein, wenn die Tatsache seiner Tätigkeit so selten ist, daß Vorproduzenten oder Konsumenten genötigt sind, höhere Werte zu geben als sie erhalten. Als Produzent benötigt er Werkgüter (W) und erstellt ein Mehr an Werkgütern (W') oder Waren (oder Diensten) durch Hinzufügung von Arbeit. Die Er-

tragsformel des selbständigen Einzelproduzenten lautet unter Hinzufügung von Eigenarbeit (A) $W + A = W'$, wenn sich die Werkgüter in Eigenbesitz befinden. Ist er zu 100 % fremdfinanzierter, tributpflichtiger Darlehensnehmer, setzt er dem Werte nach einen Kredit $K = W$ ein und gewinnt $W' - \delta G$ als Ertrag. Kann er in seiner Eigenschaft als Großproduzent seine Vorproduzenten, abhängig Beschäftigte oder Kunden unter Druck setzen, erhöht er seinen Ertrag um δE (Mehrwert aus Einkaufsmonopolen) und δV (Mehrwert aus Verkaufsmonopolen). Die Ertragsformel des Unternehmers lautet somit $(W + K + A) \rightarrow (W' - \delta G + \delta E + \delta V)$, sofern er über Einkaufs- oder Verkaufsmonopole verfügt. Die Tributpflicht gegenüber dem Geldbesitzer wird in dem Produktionsprozeß letztlich weitergereicht an den Kontrahenten größter Abhängigkeit, wobei bekanntlich auch zwischen den Unternehmen (Großkonzern bis Kleinstunternehmen) eine Hierarchie der Abhängigkeiten besteht.

AUFTEILUNG DER WERTSCHÖPFUNG UND MONOPOLGEWINNE



Ohne die Scheidung von Geldbesitz und Unternehmertätigkeit verschwimmen zwei gesellschaftsbewegende Interessenkonstellationen ineinander, durch die die kapitalabhängige Unternehmung in einem unausweichlichen Profitzwang steht, wogegen dieser Zwang in der Genossenschaft (wiederum idealtypisch gedacht) neutralisiert werden kann. In ihr besteht die Möglichkeit, den Ertrag aus Eigenarbeit (A) zu optimieren und somit natürlich Überschüsse und Erträge zu erwirtschaften ($W + A = W'$). Dieser Ertrag aus Eigenarbeit kann hingegen völlig profit- oder »ausbeutungsfrei« sein, weil die Genossenschaft auf die Gleichheit der Rechte ihrer Mitglieder hin konstruiert ist. Sie verwirklicht anstelle des Singularinteresses eines Unternehmers, der die Betriebswirtschaft als Erwerbseinheit seines Privathaushaltes auffaßt und sich zu diesem Zwecke andere Haushalte unterordnet, eine besondere Form des gemeinschaftlichen Erwerbes, bei dem die wechselseitige Bindung zwischen Gruppe und Individuum einen ethisch begründeten Standpunkt herausbilden muß, der zumindest nach innen dem Gerechtigkeitsideal der Genossen entspricht. Die breit gestreute Herkunft der selbstfinanzierten Kapitaleinlage gibt

²⁰¹ FRANZ OPPENHEIMER: System IV, Geschichte, S. 1031.

der Genossenschaft neben der *Möglichkeit*, einen Gruppenwillen zu formulieren, auch die *Chance*, ihn über eine Gruppenstrategie zu verwirklichen. Sofern die Genossenschaft in diesem Punkt besondere Freiheitsgrade aufweist, wollen wir uns deren Wahrnehmung nicht mit den gewählten Begriffen bereits verbauen.

Profit oder Zins fällt dem reinen Kapitalisten (früher sprach man von der »genießenden Klasse«) nicht zu, indem er Geld *besitzt* oder werterzeugend *arbeitet*, sondern indem das Geld gegen gesellschaftlich garantierte *Rechtstitel* eingetauscht wird, die Profit oder Zins abwerfen, und zwar der Höhe nach bestimmt durch die *Dringlichkeit* der Vertragsparteien, sich um ihrer Existenzsicherung willen auf solch einen Vertrag einlassen zu *müssen*. Damit können wir alle Formen der natürlichen Knappheit, der Konkurrenzbeschränkung, Monopolbildung und klassenpolitisch erstrittenen Vorzugsstellungen *preisbestimmend* in die ökonomische Rechnung eingehen lassen, wenngleich sie als »Gefahr« im Sinne des gewählten Analyseziels von unterschiedlicher Bedeutung sind.

Das »Kapitalverhältnis« wird beschrieben durch die in einem Wirtschaftsgebiet unterschiedlich gestreuten Mangellagen einerseits und durch die im Rahmen einer Rechtsordnung geschützten Chancen ihrer wirtschaftlichen Nutzung andererseits.

Indem der Kapitalist DIE MANGELLAGE in Richtung STEIGENDER KNAPPHEIT beeinflusst, beeinflusst er die Höhe seiner Profite. Indem er sich dabei auf seine »guten Rechte« berufen kann, realisiert er die Profite auf dem Fundament der Rechts- oder Wirtschaftsordnung, die als »kapitalistische« bezeichnet werden muß, sofern die Erwirtschaftung von Kapitalprofit ein höheres Rechtsgut darstellt als die Ausgleichung der preisbestimmenden Mangellagen durch einen frei wirkenden Marktmechanismus (↑ 95, 182, 212, 245).

Für den Arbeitsmarkt bedeutet dies, daß nur dort die Profite aus Produktionskapital hoch stehen, wo eine hohe Zahl von Arbeitslosen mit den Beschäftigten um Arbeit konkurriert und so die kapitallosen Arbeitnehmer gezwungen sind, insgesamt Abstriche an dem eigenen Lohn hinzunehmen, sich mit einem Minderwert zu begnügen und dem Kapital Mehrwert zu überlassen. Ziel des Kapitalisten ist, eine möglichst große Zahl von Arbeitnehmern auszuschließen oder die Reservearmee durch »Import« rechtsschwacher Arbeitskräfte aus dem Ausland herzustellen.

Für den Wohnungsmarkt bedeutet dies, daß nur dort die Profite aus Mieteinnahmen hoch stehen, wo ein Mangel an Wohnraum den Wohnungssuchenden dazu zwingt, auf weniger dringliche Konsumgüter zu verzichten, um das hochstehende Bedürfnis einer Bleibe mit seiner Ertragskraft abdecken zu können.

In dem obigen Beispiel des Medikamentes bedeutet dies, daß die Gewährung eines patentrechtlichen Verwertungsmonopols bei nicht substituierbaren Gütern die idealste Form eines erworbenen Rechtsgutes zugunsten des Kapitals darstellt. Sein Preis kann von dem Beschaffungsaufwand der Gegenleistung entkoppelt sein und sich einzig an der »Not der Nachfrage« und »Ausbeutbarkeit der Gesellschaft« orientieren.

Wir werden die Beispiele an anderer Stelle fortführen und näher aufschlüsseln. Hier sei nur die kurze Formel beschrieben: ohne einseitige Dringlichkeit kein Profit, ohne Profit keine sozial-wirtschaftliche Auswirkung des Kapitals. Immer wird es eine Vermögensbildung in der Form von Wohnraum, Produktionsstätten oder Forschungsanlagen geben. Ebenso werden tätige Personen unterschiedlicher Qualifikation für ihre geleistete Arbeit bei Freiheit des Wettbewerbes immer unterschiedliche Preise erzielen. Aber das Vermögen wird keinen sozial relevanten Profit abwerfen, wenn es gleichmäßig gestreut ist und keine einseitige Dringlichkeit irgend jemanden dazu zwingt, einen Tribut an den Eigentümer monopolisierter Befriedigungschancen zu zahlen.

Um Verwechslungen vorzubeugen, werden die produzierten Produktionsmittel fortan »gesellschaftliches Beschaffungsgut« oder »Werkgut« genannt²⁰².

„Weil der Begriff »Kapitalismus« von »Kapital« abgeleitet ist, haftet ihm die gleiche verhängnisvolle Doppeldeutigkeit an. Das eine Mal wird er »volkswirtschaftlich« verstanden als eine Wirtschaftsgesellschaft, in der hochtechnisch ausgebildetes Werkgut in Gestalt von Fabriken, Transportanstalten usw. eine Hauptrolle spielt - und das andere Mal »privatwirtschaftlich« als eine Gesellschaft, in der das Geldvermögen, das »Kapital« im eigentlichen, in unserem Sinne, zuerst neben das Handwerk tritt, um es dann anzugreifen und mehr und mehr zurückzudrängen, vielfach gänzlich zu verdrängen. Und auch hier herrscht die Meinung vor, daß es die eine und gleiche Sache sei, nur angeschaut von verschiedenen Standpunkten her, das eine Mal von dem der Privat, das andere Mal von dem der Volkswirtschaft. Diese Auffassung ist gerade so unhaltbar wie gegenüber dem Kapital selbst. Auch hier tut eine reinliche begriffliche Scheidung bitter not. Wir werden im folgenden die mit entwickeltem Werkgut ausgestattete Gesellschaft als »Hochtechnik« bezeichnen und den Ausdruck »Kapitalismus« ausschließlich in seiner Bedeutung als eine Gesellschaft gebrauchen, in der das Einkommen aus Kapital in unserem Sinne, der Profit, der »Mehrwert«, eine sozial wichtige Rolle spielt. Hochtechnik und Kapitalismus sind nicht eines und das gleiche, sind nicht Kopf und Schrift der gleichen Münze: sondern sind nur in einer einzigen geschichtlichen Epoche, der unseren, derart miteinander gekuppelt, daß sie den Schein der Einheit vortäuschen.“²⁰³

Eine Lösung des Mehrwert-Problems hätte demnach nicht den Verzicht auf die Erwirtschaftung von Zugewinnen oder Erträgen anzustreben, sondern die Auflösung einseitiger Dringlichkeiten, aus denen das für kapitalistische Ordnung-entypische Ausbeutungspotential erwächst.

Die Schaffung von Vermögenswerten in breiter Streuung ist dabei z. B. Voraussetzung für Ansprüche auf eine gerechte Aufteilung des Arbeitsertrages. Gleiches gilt für alle anderen Genossenschaftszweige, in denen durch erarbeitete Teilhaberschaft besondere Anrechte entstehen. Wir werden weiter unten feststellen (↑ 227), daß die Genossenschaft besondere Methoden bereithält, den ursprünglichen Mangel an Kapital durch Arbeit zu substituieren. Sie führt im günstigen Falle ihres Gelingens einen Ausgleich der einseitigen Dringlichkeiten durch wirtschaftliche Betätigung herbei, greift das kapitalistische Mißverhältnis also an, indem sie ebenso

²⁰² Vgl. FRANZ OPPENHEIMER: *System IV, Geschichte*, S. 1031.

²⁰³ FRANZ OPPENHEIMER: *System IV, Geschichte*, S. 1031 f.

rationell wenn nicht gar rationeller wirtschaftet, aber den Ertrag »brüderlich« und nicht »herrschaftlich« nach Leistungsbeiträgen und nicht nach Verfügungsrechten verteilt. Damit kennt sie nach innen im Idealfalle keine Mehr- und Minderwerte, also keine Profite, obwohl sie nach Zugewinn und Einkommen ihrer Mitglieder nach dem Prinzip des kleinsten zulässigen Mittels strebt wie andere Unternehmungen auch. Ihre Wertbasis des »kleinsten zulässigen Mittels« ist dabei allerdings durch den zu erzielenden Gruppenkonsens breiter und somit tiefer im gesellschaftlichen Gefüge verankert, als dies bei den durch private Entscheidungen und geschützte Verfügungsrechte operierenden Unternehmensbesitzern der Fall ist.

1.3.2. Sozialpsychologischer Determinismus

Wenn wir das menschliche Handeln betrachten, dann erscheint uns dieses niemals allein auf der Ebene irgendeiner reinen Sachlogik, sondern ist stets auch verknüpft mit »Überzeugungen«. Kein Mensch kann sein Schnitzel genießen, ohne davon überzeugt zu sein, daß die gerechte Stellung eines Schweines zum Menschen die des Schnitzels ist. Kein Südstaatler zog voll Vaterlandsliebe und Opferbereitschaft in den Krieg gegen die Nordstaaten, ohne aufrichtig davon überzeugt zu sein, daß die natürliche Stellung eines Schwarzen gegenüber einem Weißen die des Sklaven sei. Kein Weißer Südafrikas kämpfte einst für die Apartheid, kein Spanier oder sonstiger Kolonialist ermordete die Ureinwohner des eroberten Landes ohne aufrichtige Überzeugung, mit seinem Handeln Gutes und Richtiges zu tun (»Gottes Gebote« zu vollziehen, jenen »Primitiven« die »Kultur« zu bringen, das »Schicksal« zu erfüllen etc.). So gut wie jede Tat, die irgendwann von einer Menschengruppe der anderen angetan wurde und *später*, von einem unabhängigen Standpunkt und unter dem Primat der Gleichheit, verurteilt wurde, geschah unter irgendeinem Vorwand, ohne leiseste Regung des »Gewissens«. »Gewissen« ist, so wurde oben (↑ 73, 77) bereits angeführt, das Produkt einer *geeinten* sozialen Gruppe, deren Mitglieder ihre Zugehörigkeit und Rechte wechselseitig anerkennen.

Dahinter stehen drei Vorgänge, wie sie in den wissenssoziologischen Grundlegungen bei FRANZ OPPENHEIMER aufgearbeitet wurden²⁰⁴:

²⁰⁴ KARL MANNHEIM: Ideologie und Utopie, 5. Aufl., Frankfurt a. M. 1969, zählt OPPENHEIMER noch zu den Vorläufern einer Wissenssoziologie (S. 266 und 289), dessen Standardwerk allgemein so bekannt sei, daß es nicht extra aufgeführt werden müsse (S. 57). KURT H. WOLFF: Versuch zu einer Wissenssoziologie, Berlin 1968 widmet OPPENHEIMER zumindest noch einige Zeilen (S. 126, 175, 179 f), während jüngere Arbeiten OPPENHEIMER nicht mehr anführen (vgl. KURT LENK: Ideologiekritik und Wissenssoziologie, Frankfurt a. M. 1984. VOLKER MEJA, NICO STEHR: Der Streit um die Wissenssoziologie, 2 Bde., Frankfurt a. M. 1982). Für die Kontinuität der OPPENHEIMERSchen Wissenssoziologie steht allerdings, daß der Lehrstuhl OPPENHEIMERS, der 1929 an KARL MANNHEIM überging, anschließend wiederum an den OPPENHEIMER-Schüler GOTTFRIED SALOMON wechselte. Siehe auch GOTTFRIED SALOMON: Geschichte als Ideologie. In: Wirtschaft und Gesellschaft. Festschrift für Franz Oppenheimer, Frankfurt a. M. 1924, S. 427 - 484. Die wissenssoziologischen Grundlegungen OPPENHEIMERS findet man in FRANZ OPPENHEIMER: System der Soziologie, Band 1: Allgemeine Soziologie, original 1922/23, 2. Aufl. Stuttgart 1964. Fortan zitiert als „FRANZ OPPENHEIMER: *System I, Soziologie*, S. 605 ff, Abschnitt „Die statische Gesellschaft der Konstruktion“ sowie anderenorts im *System I*.

1. Es gibt für jede Handlung ein reales oder nachträglich konstruiertes *Motiv*. Das heißt, der Mensch neigt dazu, grundsätzlich alle seine Handlungen rational zu erklären, selbst wenn zum Zeitpunkt der Handlung unreflektierte Impulse handlungsauslösend sind. Wir sprechen in solchen Fällen von einem *nachträglichen Rationalisieren* irrationalen Verhaltens (↑ 277).
2. Der Mensch ist suggestibel. Er folgt in der Masse den Handlungen seiner Bezugsgruppe und »denkt«, was *man* an üblicher Haltung innerhalb der Gruppe einnimmt. Das Individuum ist dabei regelmäßig von seiner Spontanität überzeugt und davon, einen eigenen Entschluß gefaßt zu haben, während es ebenso regelmäßig lediglich Meinungen des Kollektivs übernimmt. Die *Suggestibilität* ist neben der *Rationalität* wichtigster Erklärungsansatz für soziologisch relevante Erscheinungen in Gruppen und Gesellschaften.
3. Die *übliche Haltung* einer Gruppe zu einem Gegenstand oder zu einer anderen Gruppe ergibt sich aus ihrem bedrohten oder geförderten *Interesse*. Handelt es sich um einen Konkurrenten, ist die Haltung feindlich; handelt es sich um ein Ausbeutungsobjekt, werden dessen Rechte minderwertig geachtet; handelt es sich um einen Streitgefährten (Genossen), steht dieser auf gleicher Stufe wie man selber etc. Auch »Theorien« der Gesellschaftswissenschaft sind demnach oft nichts weiter als »Ideologien« bestimmter Personen mit bestimmten Bezugsgruppen und Interessen. Keine ernstzunehmende Gesellschaftswissenschaft wird möglich sein, bevor sich die Wissenschaftler nicht ihrer »persönlichen Gleichung« bewußt werden, die sie im Einklang mit ihrer Bezugsgruppe bestimmte Sichtweisen einnehmen und *Phänomene rationalisieren* läßt.

RÜSTOW schreibt: „Ich habe in einer besonderen Arbeit nachgewiesen, daß dies erstaunliche Versagen des bis dahin so erfolgreichen Wirtschaftsliberalismus nur religionsgeschichtlich zu verstehen ist²⁰⁵. Der stoische Deismus, der den Wirtschaftsliberalismus aus der Taufe hob, war von dem religiösen Glauben durchdrungen, daß die Marktgesetze Ausflüsse der göttlichen Weltvernunft seien, in die mit menschlichen Maßnahmen einzugreifen Anmaßung und Sünde wäre.“²⁰⁶ Bei OPPENHEIMER liest sich die Parallele (gemachter) »Realität« und Ideologie gerade entgegengesetzt:

„Die *bürgerliche* Theorie ist, wie die ganze Aufklärung, der sie entstammt, unhistorisch, ja, antihistorisch eingestellt; und das hat diesem Problem [der Erklärung des Kapitalprofites, W.K.] gegenüber besonders schwere Folgen gehabt. Denn hier kam ein anderes hinzu, um die Augen zu blenden: die »Bourgeois-Ökonomik« ist schon seit RICARDO und MALTHUS ausgesprochen apologetisch, ist »Legitimationslehre«: sie will

gart 1964. Fortan zitiert als „FRANZ OPPENHEIMER: *System I, Soziologie*, S. 605 ff, Abschnitt „Die statische Gesellschaft der Konstruktion“ sowie anderenorts im *System I*.

²⁰⁵ Fußnote im Zitat: „ALEXANDER RÜSTOW: Das Versagen des Wirtschaftsliberalismus als religionsgeschichtliches Problem, Istanbul 1945, (Titel-)Auflage, Verlag Helmut Küpper 1950.“

²⁰⁶ ALEXANDER RÜSTOW: Ortsbestimmung der Gegenwart, Bd. 3, Herrschaft oder Freiheit? Erlenbach-Zürich 1957, S.159 f.

gegenüber den Anklagen des Sozialismus den Kapitalprofit nicht nur *erklären*, sondern durch eben diese Erklärung gleichzeitig *rechtfertigen*. Aus dieser Einstellung heraus wird der Kapitalismus nicht als das betrachtet, was er in Wirklichkeit ist: als eine »historische«, sondern als eine »ewige Kategorie«. Schon die »Urgesellschaft« der Gleichen und Freien, die diese Theorie antihistorisch als den Ausgangspunkt der gesellschaftlichen Entwicklung annimmt, wird als kapitalistisch angesehen. Die Steinaxt des Urbauern, das Netz des Urfischers sind »Kapital« und werfen ihren Besitzern Profit ab! Die Theorien, mit der der Profit unter dieser Voraussetzung deduziert wird, sind von erbarmungswürdiger Schwäche. Hier argumentiert das »inhärente Gruppeninteresse«²⁰⁷ der Kapitalistenklasse, kraft des »sozialpsychologischen Determinismus«²⁰⁸ in der gewöhnlichsten Art und Weise mit Scheinargumenten unter Mißachtung der elementarsten logischen Gesetze. Das gilt sogar von den zeitlich ersten und sicherlich geistesmächtigsten Vertretern der bürgerlichen Klassentheorie, von WILLIAM LOCKE²⁰⁹ und RICARDO, dessen Lehre vom Profit wir schlechthin als kindisch bezeichnen mußten²¹⁰, und noch mehr von seinen zahlreichen Nachfolgern, unter denen BASTIATS berühmte-berühmte Erzählung von Jacobs Hobel²¹¹ den Rekord der Albernheit hält.²¹²

Es ergeben sich nach OPPENHEIMER folgende Gesetzmäßigkeiten:

Die sozialen Imperative schreiben den Mitgliedern einer Menschengruppe immer genau dasjenige Verhalten vor, das den Bestand der Gruppe bei dem kleinsten Aufwande an Kraft und Mitteln gewährleistet. ²¹³

Zweitens aber:

„Nur dem Genossen gegenüber besteht die Pflicht, seine persönliche Würde zu achten, nur der Genosse hat daher gegen den Genossen Rechte. Aber gegenüber dem »Ungenossen« gibt es weder Recht noch Pflicht. Wer nicht zu »Uns« gehört, wird vom Wir-Interesse nicht ergriffen: im Gegenteil, IHM STELLT SICH DAS GRUPPEN-WIR ALS »GRUPPEN-ICH« AUSSCHLIEßEND ENTGEGEN; und was für die Gesamtheit gilt, das gilt auch für die einzelnen.“ ²¹⁴

Diese oftmals unbewußt geltenden Imperative wirken nun gesellschaftsgestaltend, wie sich *selbsterfüllende Prophezeiungen*²¹⁵, weil dasjenige, was den Akteuren als Erkanntes gilt, Teil ihres handlungsleitenden Motivs ist. Man nehme an, daß die soziale Ungleichheit einer bessergestellten Gruppe Motiv ist, da unmittelbar mit Hochachtung und Genuß verbunden. Ihre Handlungen werden dergestalt sein, daß sie ihrer sozialen Bezugsgruppe, sich selber und in wechselseitiger Unterstützung ihres Standes, mit dem kleinsten Aufwand an Kraft und Mitteln den Bestand

²⁰⁷ Querverweis im Zitat: FRANZ OPPENHEIMER: *System I, Soziologie*, S. 891 ff.

²⁰⁸ Querverweis im Zitat: FRANZ OPPENHEIMER: *System I, Soziologie*, S. 505 ff.

²⁰⁹ Querverweis im Zitat: FRANZ OPPENHEIMER: *System II, Der Staat*, S. 58 ff.

²¹⁰ Querverweis im Zitat: FRANZ OPPENHEIMER: *System III, Theorie*, S. 571 ff.

²¹¹ Querverweis im Zitat: FRANZ OPPENHEIMER: *System III, Theorie*, S. 687 ff.

²¹² FRANZ OPPENHEIMER: *System IV, Geschichte*, S. 1033 f.

²¹³ Vgl. FRANZ OPPENHEIMER: *System I, Soziologie*, S. 605, indirektes Teilzitat.

²¹⁴ FRANZ OPPENHEIMER: *System I, Soziologie*, S. 362.

²¹⁵ Vgl. die Darstellung des Realitäten hervorbringenden Prinzips, sowie zum Thema »Suggestibilität«, PAUL WATZLAWICK: *Selbsterfüllende Prophezeiungen*. In: derselbe (Hg.), *Die erfundene Wirklichkeit*, München 1981, S. 91 - 110.

sichern. Der kleinste Aufwand ist nur in einer Recht und Gerechtigkeit realisierenden Gesellschaft die Arbeit (↑ 171 ff), ansonsten aber z. B. der Raub, der Machtmißbrauch, die Privilegienbeschaffung etc. Also wird man diese anwenden, Erfolge erzielen und die angewendeten Mittel nicht einmal für Unrecht erkennen, da sie der selbstdefinierten Stellung, die eine gehobene gegenüber den anderen sein soll, entsprechen. Und schon stehen wir vor dem letzten Schritt, der statt einer Theorie die Legitimationslehre erfordert, damit sich der wahre Ursprung der Ungleichheit veruschen läßt.

Mit der Lehre von der »ursprünglichen Akkumulation« werden wir weiter unten (↑ 165) eine Rechtfertigungsstrategie der Vermögensunterschiede kennenlernen. Die gleiche Funktion erfüllt eine Doktrin des Laissez-faire, die bei genauerer Betrachtung wohl dem Kapitalisten freie Hand gewährt, aber diesen sehr wohl mit Staatsmacht gegen die Empörung des Pöbels schützt, der einen verletzten Konsens reklamiert. Der Laissez-faire verfolgt als Ideologie nichts anderes, als daß die rechtsetzende Institution des Staates, die im Falle eines legitimen Verfassungsstaates an die Stelle der subjektiven Gerechtigkeit ein positives Recht setzt (welches dem Subjektiven nicht gänzlich widersprechen darf, sondern im günstigsten Falle dessen Objektivierung darstellt), *ohne Maßstab und Rechtsnorm* hinnimmt, was eine zur Handlung befähigte Klasse an Rechtem und Unrechtem veranstaltet. Verfolgen wir die zwei Ebenen der Realität und ihrer ideologischen Rationalisierung.

Als *objektive ökonomische Gesetzmäßigkeit* läßt sich mit OPPENHEIMER, hier in den Worten ERICH PREISERS, feststellen: „Neben der Leistungskonkurrenz ist (...) noch die Gewaltkonkurrenz möglich, die nur ein anderer Ausdruck dafür ist, daß man Gewinne nicht durch bessere Leistung macht, sondern auf Grund von sozialen Machtpositionen aller Art. Suchen wir nach einer möglichst allgemeinen Formulierung, so können wir sagen: *Leistungskonkurrenz wird überall da herrschen, wo es erstens keine Klassenmonopole gibt und wo zweitens der Einzelne schwächer ist als der Markt*, wo er also keinen oder nur unerheblichen Einfluß auf die Preisgestaltung hat, wo er sich daher anpassen, wo er »dienen« muß.“²¹⁶

Mit dieser Formulierung gibt PREISER, soweit ich sehen kann, eine Grunderkenntnis wieder, die im Kreise der ORDO-Liberalen allseitig geteilt wird²¹⁷. Die logische Konsequenz ist, daß es *zwei* realweltliche Ausprägungen der Marktwirtschaft geben kann: die auf Gewaltkonkurrenz beruhende und die auf Leistungskonkurrenz beruhende. Welche der beiden Formen hat der Laissez-faire realisiert, als er für sich das Wort »Freiheit« beanspruchte? RÜSTOW schreibt:

„... nur solange die unnachsichtliche Marktpolizei eines starken und unabhängigen Staates jede private Monopolbildung und jede Behinderungskonkurrenz ausschließt, dient die Marktwirtschaft der automatischen Gleichschaltung von Eigennutz und Gemeinnutz, da nur in der vollständigen Konkurrenz sich niemand auf andere Weise als

²¹⁶ ERICH PREISER: *Wirtschaftswissenschaft im Wandel. Gesammelte Schriften zur Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik*. Hildesheim 1975, S. 103.

²¹⁷ Diskutieren müßte man lediglich, ob es »der Einzelne« oder besser »der einzelne Produzent« heißen sollte, denn nur dieser, und nicht etwa auch der Konsument, hat zu »dienen«.

durch bessere oder/und billigere Belieferung der Abnehmer einen Vorteil vor konkurrierenden Anbietern verschaffen kann. Das gerade Gegenteil von alledem geschah. Das Monopol wurde perverser Weise das selbstverständliche Ideal des Unternehmertums, dem nationale und internationale Kartelle, Konzerne, Trusts mit allen Mitteln nachjagten. Der Staat, je pluralistisch zersetzter, desto bereitwilliger, leistete dabei durch Schutzzölle, Außenhandelsregelungen, diplomatische Interventionen, Subventionen aller Art, verkehrs- und steuerpolitische Begünstigungen, jede erdenkbare Hilfe, ja schließlich versteckte oder - durch Zwangskartellierung - offene Zutreiberdienste, und selbst staatliche Monopolkontrolle diente letzten Endes nur als cache-sexe. Gerichtshöfe und Banken waren mit von der Partie. Ein großenwahnsinniges Wettrennen nach dem Maximum von Betriebs- und Unternehmensgröße, von Marktumfang und Produktionsziffern, begann und wurde von der megalomanen Öffentlichkeit mit rasendem Beifall begleitet und stimuliert.²¹⁸

Hauptinhalt der politischen Unternehmertätigkeit war die *Ausschaltung des Marktes*, der *Aufbau von Machtpositionen*, die *Schaffung von Abhängigkeiten* und die *Vernichtung selbständiger Existenzen*. Es passierte somit gerade das Gegenteil von dem, was SMITH den Nationen anempfohlen hatte. Statt einer Befreiung ihrer individuellen Initiativkräfte erlebten die Menschen einen Wechsel vom agrarischen zum industriellen Kapitalismus, einen Austausch der herrschenden politischen Klassen also, statt einen Wechsel der wirtschaftenden Mittel. Nach wie vor war das außerökonomische Mittel (OPPENHEIMER) bzw. die Gewaltkonkurrenz (PREISER) statthaft, und es fehlte den gesellschaftlichen Institutionen jeder Begriff, um das eine von dem anderen zu unterscheiden.

„Der absolute Staat, selbst ein Geschöpf des Rationalismus, findet, solange er noch mit den feudalen Mächten um seine Existenz zu ringen hat, in den »merchant adventures«, in denen noch immer die zwei Seelen des Piraten und des Kaufmanns in einer Brust beieinander wohnen, seine natürliche Verbündeten. Die beiden Verbündeten nützen ihre Macht ungescheut auf Kosten aller anderen Teile des dritten Standes aus; der Kommerz, auf den die Staaten angewiesen sind, um die damals noch unerhörten Geldmittel aufzubringen, die der Luxus der Höfe und die eben erst entstandenen Heere erfordern, setzt eine Wirtschafts- und Handelspolitik durch, die die Landwirtschaft zermalmt und demjenigen, damals noch sehr kleinen und schwachen Teile der Industrie, der für den Binnenmarkt tätig ist, die Kundschaft des platten Landes ruiniert. (...) Gegen diese einseitig im Interesse eines Standes betriebene Politik setzen sich in Frankreich die Vertreter der Landwirtschaft, in England die der heimischen, hauptsächlich für den Binnenmarkt arbeitenden, also weniger Luxus- als gröbere Gebrauchsgüter produzierenden Industrien zur Wehr. So entstehen die ersten wissenschaftlichen Systeme der Ökonomik, in Frankreich die von QUESNAY begründete »Physiokratie«, in Großbritannien das »Industriesystem« des ADAM SMITH. (...) Das also: die segensreiche Wirkung der sich selbst überlassenen wirtschaftlichen Freiheit und die verhängnisvolle Wirkung des mit seinen plumpen Händen in den wunderfeinen Mechanismus eingreifenden Staates, ist das Thema probandum der sogenannten klassischen Schule; hier und in der Methode bleibt sie bis zu ihrem Verfall einheitlich, während sie in wichtigen anderen Beziehungen sich sehr bedeutend wandelt. Wir haben zu unterscheiden den optimistischen Sozialliberalismus der Begründer, QUESNAYS und SMITHS, die sich noch als die Vor-

²¹⁸ ALEXANDER RÜSTOW: Ortsbestimmung der Gegenwart, Bd. 3, a.a.O., S. 160.

kämpfer der ganzen Nation fühlen, von der schwer pessimistischen »Bourgeoisökonomik« der nächsten Generation, die mit ihrer trüben Wissenschaft (CARLYLES »dismal science«) bereits die Vertreterin der inzwischen zur Alleinherrschaft oder wenigstens Mitherrschaft aufgestiegenen kapitalistischen Bürgerschaft gegen den jetzt erstehenden Sozialismus ist; und der darauf folgenden dritten Generation der Schule, der sogenannten »Vulgärökonomik«, wie MARX sie nennt, die ihr Geschäft der Klassenadvokatie mit wenig Witz und viel Behagen unschöpferisch und rabulistelnd fortsetzt, als besoldeter Klopffechter der herrschenden Klasse gegen den an Zahl, Macht und Ideenreichtum immer mehr erstarkenden Sozialismus.²¹⁹

War die Idee bei SMITH noch die des gemehrten Volksreichtums, so wendet sich das Blatt bei MALTHUS und RICARDO. Der verletzte gesellschaftliche Konsens, den die gebundene Wirtschaft der Stände, auf welchem unhaltbaren Niveau auch immer, noch kannte, sowie die Entstehung einer der dauerhaften Lohnknechtschaft zugeordneten Klasse, die der nach Kapitalistenmacht strebende Laissez-faire-Kapitalismus *nicht befreite*, führte die Abspaltung einer *für sich* nach Liberalismus strebenden (sozialistischen) Arbeiterbewegung herbei. Die Vertreter der Klasse, die *ihre Macht* mit Hilfe der liberalen Argumentation durchgesetzt hatten, machten der Arbeiterklasse recht unmißverständlich klar, daß diese sich nicht auf gleiche Ziele berufen durfte²²⁰.

„Der alte Liberalismus mußte um so mehr Erbitterung hervorrufen, als zwar in der Theorie das Laissez-faire-Prinzip für alle gelten sollte, in der Praxis aber die starken Gruppen sich ohnehin immer zu helfen gewußt haben, während gerade die Schwachen nur allzu oft auf der Strecke blieben. Diese Schwachen, die sich hilflos einem von ihnen nicht zu meisternden Unglück gegenüber sahen und sich begreiflicherweise an ihre Position klammerten, mußten sich außerdem noch gefallen lassen, als reaktionäre Ignoranten und Egoisten gebrandmarkt zu werden. So ist es immer wieder den Handwerkern, den Weinbauern, den Kleingewerbetreibenden, den Arbeitslosen und ähnlichen Gruppen ergangen, und vielen ergeht es heute noch so. Wir wollen nicht alle verzweifelten Bestrebungen jener Gruppen verteidigen, aber wenn der Liberalismus nur die Wahl ließ zwischen Laissez-faire und der reaktionären Erhaltungsintervention (in der Tat, dem Prinzip des Naturschutzparks im Wirtschaftsleben), war es da ein Wunder, daß die Betroffenen sich für den letzten Weg entschieden und den Liberalismus mit einem unkonstruktiven und grausamen Dogmatismus gleichsetzten, noch dazu mit einem Dogmatismus, der in der Praxis nicht einmal mit gleichem Maß zu messen wußte?“²²¹

²¹⁹ FRANZ OPPENHEIMER: *System III, Theorie*, S. 162 und 164.

²²⁰ „Der erste geniale Führer dieser neuen Klasse, FERDINAND LASSALLE, selbst vom Ursprung aus Liberaler vom reinsten Wasser, klopfte an die Tore der Fortschrittspartei. Wäre sie liberal, und keine einseitige Vertretung der Meisterklasse gegen die Gesellenklasse gewesen, so hätte man ihm die Arme weit geöffnet. Aber man stieß ihn mit Zorn und Hohn zurück. Man ächtete und verfolgte ihn, man sprengte seine Veranstaltungen und überzeugte derart die Arbeiter praktisch, daß sie gegen den Liberalismus sich emporarbeiten müßten, da es mit dem Liberalismus nicht anging.“ FRANZ OPPENHEIMER: Die Niederlage des deutschen Liberalismus. In: Freistatt, Kritische Wochenschrift für Politik, Literatur und Kunst, München, 5. Jg., H. 31 vom 1. 8. 1903, S. 603 - 604.

²²¹ WILHELM RÖPKE: Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart. 4. Aufl., Erlenbach-Zürich 1942, S. 301 f.

Der Kampf der Klassen ist nicht von MARX oder ENGELS »erfunden« worden, sondern war schon lange Realität eines duldsamen Obrigkeitsstaates, den die herrschende Klasse mit »göttlichen Weihen« ausgestattet auf Ewigkeiten hin in seiner Klassenscheidung zu erhalten und verteidigen dachte. „Den Bourgeois galt ihre Gesellschaft des Kapitalismus grundsätzlich als die Gesellschaft, als das letzte Wort der Entwicklung, als *ordre naturel*. Sie waren bestrebt, diese Gesellschaft einerseits auf Kosten der noch nicht ganz ohnmächtigen Reste der Feudalverfassung auszuweiten, andererseits gegen die immer wuchtiger werdenden Angriffe der Arbeiterklasse zu verteidigen. Dieser aber galt die bürgerliche Gesellschaft als eine todeswürdige Form des Staates, als eine neue Ausgabe des alten Klassenstaates. Sie beanspruchten schon durch ihren Namen, »Sozialismus«, die wahre Gesellschaft gegen den Staat zu vertreten.“²²²

„Bei THOMAS MALTHUS (1766 - 1834) und EDMUND BURKE (1729 - 1797) wird der Ansatz der liberalen Gesellschaftslehre ins Konservative gewendet. Beide fühlen sich noch durchaus ihren großen liberalen Vorgängern verpflichtet, gehen aber in entscheidenden Punkten über deren Lehren hinaus. (...) Während des ganzen 18. Jahrhunderts war es die herrschende Meinung gewesen, daß die Bevölkerung sich langsam vermindere. (...) Noch CHATHAM und SHELburne äußern gegen Ende des 18. Jahrhunderts die typisch merkantilistische Befürchtung, daß die Macht Englands wegen des Bevölkerungsschwundes rückläufig sei. Die Theorie von MALTHUS, nach der alle menschlichen Gesellschaften von einem beständigen Bevölkerungsüberschuß bedroht seien, weil sich die Bevölkerung in geometrischer Reihe, die Nahrungsmittel aber nur in arithmetischer Reihe vermehrten, mußte daher Aufsehen erregen. Mit ihrer Hilfe konnten zudem die sozialen Probleme erklärt werden, die in England immer drückender spürbar wurden, und sie bot sich somit zur Verteidigung der bestehenden Institutionen an. Entgegen der Kritik, die jetzt gegenüber den gesellschaftlichen Institutionen laut wird, äußerte MALTHUS die Ansicht, daß die sozialen Probleme nicht auf die Institutionen, sondern auf das generative Verhalten der Menschen zurückzuführen seien. Alle radikalen Forderungen nach einer Egalisierung der Besitzverhältnisse würden diese Sozialprobleme nicht ändern, sondern im Gegenteil nur verschärfen. Die Ungleichheit des Besitzstandes und das Elend der niederen Volkskreise erhalten hier, entgegen den Ansichten von ADAM SMITH, eine natürliche bzw. moraltheologische Rechtfertigung. Die ungehemmte Vermehrung der Bevölkerung zwingt dazu, das Eigentum als Schutzwall gegen die Begehrlichkeit zu errichten, damit diejenigen, die fleißig und enthaltsam sind, nicht immer wieder durch die andrängenden Bevölkerungsmassen um die Früchte ihrer Arbeit gebracht werden.“²²³

„Unter seinen [RICARDOS] Händen wird die Nationalökonomie eine Klassenwaffe der Kapitalisten, die politische Ökonomie eine Anweisung zum »make money«, zum reich werden. Die Gesellschaft zerbröckelt und wird in eine Summe von Atomen zerstoßen, die nur durch ein gleichgeartetes Interesse zu festeren Gruppen zusammengebunden werden. In diesem Auflösungsprozeß kristallisieren sich als neues soziales Gebilde die Klassen der Landlords, der Kapitalisten und der Lohnarbeiter. Die politische

²²² FRANZ OPPENHEIMER: *System I, Soziologie*, S. 48.

²²³ FRIEDRICH JONAS: *Geschichte der Soziologie* 1, 2. Aufl., Opladen 1980, S. 119 f.

Ökonomie wird fortan - um mit MARX zu reden - zur Vulgärökonomie, zur Klassenwissenschaft.“²²⁴

Wen wundert es angesichts dieser offensichtlich einseitig gerichteten Interessenslage, daß der »Liberalismus« gleichermaßen bei der Arbeiterschaft in Verruf geriet, wie der »Sozialismus« bei der entgegengesetzten Klasse? Von den Idealen her gesehen, waren der Liberalismus und der Sozialismus einst wie Zwillingbrüder, beschrieben Weg und Ziel der gleichen Sache. Aber *Laissez-faire*-Kapitalismus hier und Bolschewismus dort, die von den Idealen nicht mehr übrig ließen als eine auf Klasseninteressen verkürzte Ideologie, haben die ursprünglich humanistisch-visionären Begriffe verbogen. Damit ist die Idee dahin oder braucht einen anderen Namen.

„Der Liberalismus, so schrieb JOSEF EDMUND JÖRG 1877, »hat seine Seele aus Manchester und hier allein ist er sterblich. Man versteht den herrschenden Liberalismus nicht, wenn man ihn auch heute noch als volkstümliche Freiheitsliebe auffassen will, wie vor Zeiten. Dieser Liberalismus ist vielmehr nichts anderes als die politische Dogmatik derjenigen sozialen Klasse, welche von der modernen Nationalökonomie geschaffen worden ist.«²²⁵ Mit Aussagen wie dieser trug JÖRG, ein bekannter katholischer Publizist der Reichsgründungsära, zur Verfestigung eines antiliberalen Klischees bei, das in dem Maße an Beliebtheit gewann, in dem die politischen Feinde des Liberalismus sich mehrten. Den Kern dieses Klischees bildete die Gleichsetzung des Liberalismus mit der kapitalistischen Bourgeoisie und dem »Manchestertum«, eine Gleichsetzung, in der sich Katholiken wie JÖRG mit Konservativen wie RUDOLF MEYER und Sozialisten wie MARX und LASSALLE einig wußten. Alle diese Männer sahen im Liberalismus lediglich eine ideologische Fassade, hinter der sich eigensüchtige Bereicherungsinteressen verbargen. Indem man den Liberalismus so charakterisierte, konnte man ihm all jene ungunstigen sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungen in die Schuhe schieben, von denen viele Deutsche sich in ihrer Existenz bedroht sahen.“²²⁶

1.3.3. Das Problem einer Lösung

Ziehen wir eine kleine Zwischenbilanz unseres Weges bis hierhin. Punkt 1.1. sollte deutlich gemacht haben, daß »Kapitalismus« nicht mit kapitalintensiven oder besonderen technischen Produktionsformen zu tun hat. Er ist keine ausschließliche Erscheinung des industriellen Zeitalters, sondern in allen Gesellschaften finden wir vor dem industriellen Kapitalismus einen agrarischen Kapitalismus. Voraussetzung, um in diesen Zusammenhängen überhaupt etwas zu erkennen, ist natürlich, daß die soziale Frage als solche zugelassen wird, das Problem der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen also nicht einfach gelehnet oder als Problem abgestritten wird. Punkt 1.2. zeigte daraufhin, daß die Idee des Liberalismus keineswegs ein Postulat der asozialen Gesellschaft oder asozialer Individuen darstellt.

²²⁴ GEORG MAYER: *Die Freihandelslehre in Deutschland*. Jena 1927, S. 17 f.

²²⁵ Fußnote im Zitat: „JOSEF EDMUND JÖRG: *Geschichte der sozialpolitischen Parteien in Deutschland*, Freiburg 1867, bes. S. 20 ff.“

²²⁶ JAMES J. SHEEHAN: *Der deutsche Liberalismus. Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg*. München 1983, S. 190.

Wenn von HAYEK meint, was »sozial« heiße, wisse niemand, dann konnte ihm durch Heranziehung von ADAM SMITH geholfen werden. Es ist die Geltung des urmenschlichen Prinzips der wechselseitigen Gebundenheit und Orientierung mit all ihren natürlich daraus erwachsenden Normen gemäß des von KANT formulierten »kategorischen Imperatives«. Wer diese Voraussetzung gelten läßt, bewegt sich in einem Geflecht sozialer Bezogenheiten; wer sie auflöst oder atomisiert, atomisiert den Zusammenhalt der Gesellschaft als solchen und macht aus einer Kultur wieder rivalisierende Horden auf dem untersten Niveau primitiver Leib- und Magenverbundenheit. SMITH hat all dies gewußt, die Grundlage moderner Sozialwissenschaft gekannt. Daß diese Grundlage von interessierten Kreisen der Laissez-faire-Ideologie gelegnet wurde, liegt daran, daß diese den Konsens der Gesellschaft *verletzen wollten*. Damit beginnt die Geschichte des Klassenkampfes in neuzeitlichem Gewand, wnneleich in Kontinuität der Traditionen zum feudalen Vorläufer.

Wir haben uns die Aufgabe gestellt, das Werk OPPENHEIMERS nachzuvollziehen. Er fragte nach den Ursachen des Mehrwertes, den Ursachen der ökonomischen Krisen, den Ursachen der Vlkerkrisen überhaupt. Seine Methode ist die des Arztes, der Normalität und Abweichung benennt und nach Ursachen forscht. Diesen Standpunkt zu teilen, kann man niemanden zwingen, wie uns die Einnahme des Standpunktes nicht verboten werden kann. Der Lehrmeister des »organisierten Liberalismus«, LUDWIG VON MISES, schreibt: „Eine Gesellschaft, in der die liberalen Grundsätze durchgeführt sind, pflegen wir die kapitalistische Gesellschaft zu nennen und den Gesellschaftszustand als Kapitalismus zu bezeichnen. (...) Nur dem, was von liberalen Ideen in unserer Gesellschaft lebendig ist, was unsere Gesellschaft an Kapitalismus enthält, danken wir es, daß die große Masse unserer Zeitgenossen eine Lebenshaltung führen kann, die hoch über der steht, die noch vor wenigen Menschenaltern dem Reichen und besonders Begünstigten möglich war.“²²⁷ Würden wir diesem Standpunkt folgen, wäre die Fragestellung unserer Arbeit wegdefiniert. MISES schreibt in den nächsten Zeilen seines Textes von den Demagogen, die die Dinge anders sehen als er, und definiert Kapitalismus als *Hochtechnik*. Wir folgen ihm darin nicht, weil Hochtechnik in einer genossenschaftlichen wie herrschaftlichen Wirtschaftsorganisation gleichermaßen zum Einsatz kommen kann und bei einer derartigen Beliebigkeit des Begriffes eine Gleichsetzung von Hochtechnik und Kapitalismus keinerlei Erkenntniswert beinhaltet. Die Gleichsetzung ist zudem ahistorisch, weil Kapital „im ursprünglichen und eigentlichen Sinne für ein Geldvermögen, von dem ein Profit oder Zins erwartet wird“ steht († 100), während der andere Begriff für Hochtechnik der des Produktionsmittels ist. Steht das Produktionsmittel aber im Eigenbesitz und ist frei von jeglicher Schuldbeziehung, dann funktioniert es nicht weniger gut, sondern besser im Sinne der selbststeuernden Gesellschaftswirtschaft eines ADAM SMITH. Daß Kapitalismus und Ausbeutung herrschen, ist wahrlich keine Voraussetzung für den Vlkerwohlstand, sondern Ursache leidvoller Vlkerkrisen. So weise ich denn auch DETMAR DOERING zurück, was er

²²⁷ LUDWIG VON MISES: Liberalismus - Eine Erfolgsbilanz. In: Friedrich-Naumann-Stiftung (Hg.): Kleines Lesebuch über den Liberalismus. Ausgewählt, eingeleitet und kommentiert von DETMAR DOERING. Sankt Augustin 1992, S. 15 - 23, hier S. 21.

schreibt: „Die Ursache der immensen Steigerung des Wohlstandes aller Menschen, die der Liberalismus bewirkt hat, ist der Kapitalismus. (...) Nicht die Arbeit schafft Kapital (so wie die Feinde des Liberalismus im Gefolge von MARX), sondern das Kapital schafft die Arbeit. Der Kapitalismus verschafft damit dem Menschen die realen ökonomischen Möglichkeiten, seine Freiheiten zu erweitern.“²²⁸

Die Ausgangsposition der Wissenschaft im Zusammenhang mit den jungen Phänomenen des industriellen Kapitalismus läßt sich in vielerlei Hinsicht vergleichen mit dem Auftreten eines neuen Virus in der Medizin. Wenn der Virus sich anders verhält als alles bis dahin Bekannte, dann wird man ihn anzugreifen versuchen an jedem Punkt, der irgendwie besonders auffllt. Man wird versuchen, ihn auszuhungern, seine Vermehrung zu stoppen, ihn zu verbrennen, vergiften, zu irritieren, fixieren, neutralisieren etc. Motiv und Ziel sind klar, während es an der Theorie noch mangelt und die Vorgehensweise entsprechend dem geringen Durchdringungsgrad mit Unmittelbarkeiten ansetzt.

Wir haben bis hierhin bereits vieles genannt, womit der industrielle Kapitalismus auffällig einhergegangen ist. Neue Maschinen, Aufhebung des alten gesellschaftlichen Gefüges, Verrohung der Sitten in den Fabriken und Armenvierteln, überregionale Märkte, Anhäufung von produktivem Eigentum in den Händen einer besitzenden Klasse, Konkurrenz und Vernichtungskmpfe unter den Unternehmen, mörderische Konkurrenz unter den abhängig Beschäftigten, Spaltung der Gesellschaft in eine genießende und befehlende sowie eine leidende und abhängige Klasse, eine entfaltete Geldwirtschaft mit ungleicher Verteilung des Geldbesitzes, Wirtschaftskrisen überregional und weltweit etc.

Alle diese Phänomene sind Begleiterscheinungen *eines einzigen Verursachers*, dem mit »Kapitalismus« schnell ein *Namen* zugeordnet wurde, aber dessen *Funktionsweise* mit der Benennung noch lange nicht erkannt sein muß. Gewiß, dem Zeitgenossen mußte es plausibel erscheinen, gegen die genannten Phänomene anzukämpfen; immerhin besteht eine gewisse Kausalität. Somit war er mal gegen die neuen Maschinen, gegen die Aufhebung des alten gesellschaftlichen Gefüges, gegen die Verrohung der Sitten, gegen die überregionalen Märkte, gegen die Anhäufung des produktiven Eigentums in den Händen einer besitzenden Klasse, gegen Konkurrenz und Vernichtungskmpfe unter den Unternehmern, gegen die Konkurrenz der abhängig Beschäftigten untereinander, gegen die Abhängigkeiten und Armut, gegen die Geldwirtschaft oder den Geldbesitz, gegen alles, was sich als mögliche Ursache der Wirtschaftskrisen ansehen läßt. Völlig konsequent, wenn aus den Haltungen auch gegen irgend etwas gerichtete Aktionen erwachsen, die als Entlastungshandlungen subjektiv immer noch erträglicher sind als ohnmächtiges Erdulden. Doch in dieser Konstellation ist die Gefahr sehr groß, in einem Spiel von Kraft und Gegenkraft gefangen zu werden, sich also der Logik erster Ordnung²²⁹ folgend

²²⁸ DETMAR DOERING: Liberalismus - Ein Versuch über die Freiheit. Zum Programmwurf »Bürger zur Freiheit«. In: Liberal, Heft 1/1993 S. 90 - 102, hier S. 95.

²²⁹ Eine grundsätzliche Aufarbeitung dieses Denkproblems geben PAUL WATZLAWICK u. a.: Lösungen. Zur Theorie und Praxis menschlichen Wandels. 3. Aufl., Bern u.a. 1984.

unmittelbar gegen etwas zu wenden, ohne allerdings dessen Generierungsprinzip erkannt zu haben und damit den Mißstand zu beeinflussen.

Die naheliegenden Gedanken einer »imitation par opposition«²³⁰, wie GABRIEL TARDE das Prinzip nannte, ist eine Konstruktion einfacher Art, deren Reiz darin besteht, daß sie A und -A gegenüberstellt und somit logisch Null ergibt. Daran läßt sich zumindest hoffnungsfroh glauben, bis Experimente und Erfahrung das Gegenteil lehren. Der Haken einer an Phänomenen orientierten Suchstrategie bezüglich der Sozialen Frage ist nur, daß die Phänomene letztlich auch durch *soziale Konstellationen* entstehen. Sie müßten als Proportion von A zu A' ausgedrückt werden, also z. B. von Macht zu Ohnmacht. Ihre Lösung erfordert keine Aufhebung (Null Macht), sondern einen Ausgleich ($A : A' = 1; \Rightarrow A = A'$). Dieser Ausgleich beschreibt einen Zustand der Ruhe aller Kräfte, der von den nach Macht strebenden Wirtschaftspersonen absichtsvoll in ein Ungleichgewicht gebracht wird, weil dieses »Ungleichgewicht für sie wirtschaftlich maximal rentabel ist. Da dieses »Ungleichgewicht« einen *Ruhepunkt* darstellt, auf den hin eine Ökonomie in Abhängigkeit von ihrer sozial (un)gleichgewichtigen Klassenkonstellation strebt, kann das politisch festgeschriebene Ungleichgewicht auch als »bedingtes Gleichgewicht« aufgefaßt werden (↑ 195).

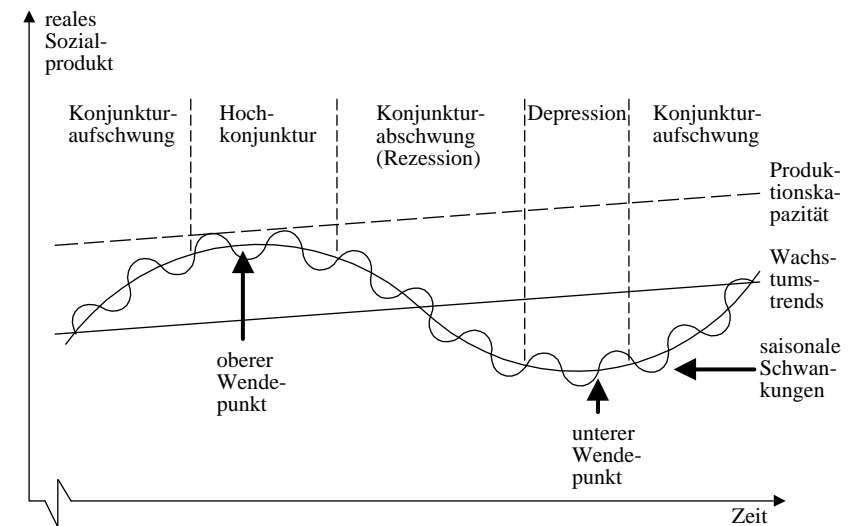
Macht zu haben und Macht auszuüben *kostet*. Wer Macht ausübt, also andere Personen zu Gehorsam veranlaßt, um seinen Willen durchzusetzen, muß einen Aufwand betreiben. Bezahlen, bedrohen, bestechen etc. stehen für Kosten. In der kapitalistischen Wirtschaft stehen diesen Kosten Erträge gegenüber, die *die Kosten überschreiten*. Macht gebiert Mehr-Macht. Das ist das Prinzip des Verstärkers mit Rückkopplung²³¹. Weil die Macht des einen mit der Ohnmacht des anderen einhergeht und für uns nur das Auseinanderfallen gesellschaftlicher Klassen relevant ist, entsteht bei diesem Gedanken eine Aussage über das gesellschaftliche Klassen-Macht-Verhältnis, das ausgeglichen und unbedeutend oder unausgeglichen und bedeutend sein kann.

In der Konjunkturtheorie wird das Auf und Ab der kapitalistischen Wirtschaft als ein Zyklus aufgefaßt, der gleich einer Sinuskurve um eine fiktive Nullachse *schwingt*.

²³⁰ „Es kostet kaum mehr geistige Anstrengung, immer gerade das Gegenteil des Vorgetanen oder Vorgedachten zu tun oder zu denken, als es einfach nachzuahmen. Sie ist das photographische Negativ der Aufklärung, etwa wie der Kommunismus das Negativ der Bourgeoisökonomik, oder der Zionismus das Negativ des Antisemitismus ist.“ FRANZ OPPENHEIMER: *System I, Soziologie*, S. 5. Ausführlichere Darstellung TARDES siehe *System I*, S. 478 f. Original: GABRIEL TARDE, *Lois de l'imitation*, Paris 1911.

²³¹ Um die Denkfigur zu gewinnen, erinnere man sich an eine Rundfunksendung mit Telefoninterview, bei dem der Gesprächspartner das Radio im Hintergrund laufen läßt. Durch die Rückkopplung wächst das Signal »gegen Unendlich« an, und es entsteht ein schriller Pfeifton. Dieser Figur entspricht das Prinzip »Macht gebiert Mehr-Macht«, in dem ebenfalls etwas aus sich heraus zu einer Potentialanhebung führt.

SCHEMATISCHE DARSTELLUNG DES KONJUNKTURZYKLUS

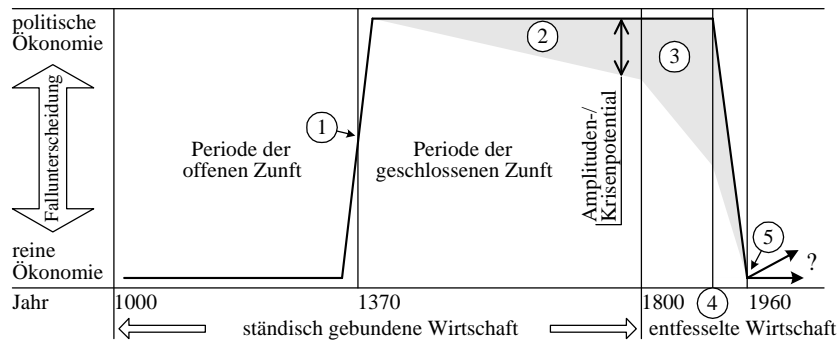


Vgl. HENRICHSMEYER u. a.: Einführung in die Volkswirtschaftslehre, Stuttgart 1983, S. 28.

Die Wechsel der Konjunkturlagen mögen einer Sinusschwingung ähnlich sehen. Nur erklärt die gefundene Analogie noch nicht, wodurch der Amplitudenausschlag zustandekommt. Die Sinuskurve ist eine sich selbst generierende Figur, deren Amplitude durch die Winkelfunktion des Einheitsvektors *definitiv* gegeben ist. Mit der Figur transportiert man daher unter Umständen die Vorannahme der *Unabänderlichkeit zyklisch eintretender Krisen*, so wie sich früher Mißernten zyklisch einstellten.

Hingegen beschreibt OPPENHEIMER die Konjunkturverläufe als eine Abfolge von Potentialanhebungen und Zusammenbrüchen. Er verwendet also das Bild einer rückgekoppelten Verstärkerschaltung mit Vernichtungskrise am Ende jeder Periode. Und in dieses Bild setzt er als intervenierende Variable den Faktor der kumulierten wirtschaftlichen Macht (was nicht bedeutet, daß die politische Ökonomie keine weiteren Krisen zusammenbrauen könnte). Mit OPPENHEIMER betrachten wir wohlgemerkt ausschließlich die der *kapitalistischen Wirtschaftsordnung* immanente Hauptstörung, während hier die selbstgemachten Störungen der politischen Institutionen nicht mit eingehen.

FRANZ OPPENHEIMERS WIRTSCHAFTSMODELL



-) = Errichtung der Bodensperre samt ihrer rechtlichen Hülle, dem Klassenstaat.
- (= Phase wachsender Armut ohne Klassenbewußtsein (Pauperismus).
-) = Phase der Wanderung und Sammlung des Paupers in den industriellen Zentren. Entstehung eines neuen Klassenbewußtseins als Proletariat.
- (= Weltwirtschaftskrisen und Weltkriege.
-) = Errichtung einer Wirtschaftsordnung; Soziale Marktwirtschaft.

Es wird im weiteren Verlauf der Arbeit nicht möglich sein, das überaus komplizierte Feld der Konjunkturtheorien aufzuarbeiten²³². Dennoch wird die Grundidee OPPENHEIMERS zur Darstellung kommen und der Zusammenhang zwischen »Krise der Gesellschaftswirtschaft«, »Machtakkumulation«, »Wettbewerb«, »Politik« und »Genossenschaft« vertieft werden. Die Genossenschaft erscheint unter diesem Blickwinkel als Vereinigung der unter einer künstlich geschaffenen Mangelsituation Leidenden, die aufgrund ihres entgegengerichteten Interesses wiederum ausgleichende Kräfte mobilisieren und organisieren. Ihr normatives Prinzip des gerechten Ausgleiches zwischen den Genossen sowie die gestärkte Eigenverantwortlichkeit und Handlungsfähigkeit im freiwilligen Kooperationsverbund wirken in Richtung eines primären gesellschaftlichen Gleichgewichtes, das einen anderen Ruhepunkt des Wirtschaftssystems (bedingtes Gleichgewicht) nach sich zieht, mit dauerhaften Amplitudenausschlag Null auf der Krisenkurve (gleich Krisenfreiheit der Gesellschaftswirtschaft). Diese Ernte stellt OPPENHEIMER in Aussicht († 219).

²³² Siehe weiterführend ERICH PREISER: Grundzüge der Konjunkturtheorie. Tübingen 1933.

II. Der theoretische Ansatz Franz Oppenheimers

Wir wechseln nunmehr in dieser Arbeit die Perspektive. Die Probleme, über die es mit den Mitteln der Gesellschaftswissenschaften nachzudenken gilt, dürften zwischenzeitlich deutlich geworden sein. Der zweite Schritt müßte vieles zu ihrer Lösung leisten und kann doch nur manches davon. Immerhin ist FRANZ OPPENHEIMER in der Gegenwart ein nur wenig bekannter Wissenschaftler. Das heißt, mit der Vorstellung seines Werkes muß von einem Nullpunkt an begonnen werden, so wie die Person OPPENHEIMERS einer Vorstellung bedarf.

Ab S. 139 werden die wichtigsten Texte und Aussagen OPPENHEIMERS für unseren Zusammenhang dargestellt. In diesen Passagen halte ich mich mit eigenen Ausführungen zurück und gebe Originaltexten Raum. Ein konzeptionell neuer Abschnitt folgt S. 183, ab wo der Beitrag der OPPENHEIMERSchen Grundlegungen zur Theorie der Sozialen Marktwirtschaft thematisiert wird.

2.1. Daten zur Person

FRANZ OPPENHEIMER wurde am 30. März 1864 als drittes Kind von ANTONIE OPPENHEIMER, geb. DAVIDSON, und Dr. JULIUS OPPENHEIMER in einer Mietskammer, Berlin, Krausnickstr. 5, geboren. Die Familienverhältnisse sind besonders mütterlicherseits als intellektuell zu bezeichnen. Die Großmutter, geborene BENDA, stammte aus einer in Berlin alteingesessenen Familie, deren Mitglieder vorrangig Juristen, Gelehrte und Professoren waren. Als »Mitgift« konnten die Eltern ihrer Tochter ANTONIE und zwei Schwestern jedoch »nur« die beste für Frauen damals mögliche Ausbildung als Lehrerinnen mitgeben, da der Vater Dr. med. JOHANNES DAVIDSON bei einem winterlichen Einsatz arbeitsunfähig erkrankt war und die Familie sich fortan, auf den unermüdlichen Arbeitseinsatz der Mutter gestützt, nur ihren intellektuellen Stand erhalten konnte. ANTONIE OPPENHEIMER war dadurch geprägt von einer Kindheit, in der das Materielle nichts und die Kraft des Geistes alles galt. Sie gab ihre Haltung und erworbenen Kenntnisse an alle ihre Kinder und teils noch Enkelkinder weiter, lehrte sie von jung an mehrere Sprachen, bildete ihren Geist und ihre Herzen im Sinne der Ideale KANTS. Von ihr empfangen FRANZ OPPENHEIMER und seine nicht minder begabten Geschwister²³³ die tragenden Impulse ihres Lebens:

²³³ Seine ältere Schwester PAULA wurde die Frau von RICHARD DEHMEL, einem damals bekannten Dichter und Jugendfreund FRANZ OPPENHEIMERS. Die jüngere Schwester ELISE heiratete den Leipziger Ägyptologen Prof. Dr. GEORG STEINDORFF. Sein Bruder Prof. Dr. med. CARL OPPENHEIMER wurde ein bekannter Schüler des späteren Nobelpreisträgers PAUL EHRLICH und verfaßte ein unter Medizinern seiner Zeit bekanntes Standardwerk der Biochemie.

„Sie »dressierte uns in Freiheit«, das war ihr Wort. Vertrauen war die Grundlage unseres Verhältnisses; eine Lüge ihr ins Antlitz wäre unmöglich gewesen und würde als das schwerste aller Verbrechen angesehen worden sein. Sie ließ uns scheinbar gehen, wie wir wollten, im Innersten sicher, uns dennoch fest am Bande zu haben; ein flehender Blick von ihr brach meinen Trotz, den Strenge oder Strafe nur gestärkt hätten. Nur Wahrheit forderte sie und lohnte unser Vertrauen durch die vollkommenste Gerechtigkeit. Ich habe in meiner »Soziologie« die Vermutung ausgesprochen, daß alle Gerechtigkeit, und das heißt alle Sittlichkeit, aus der tierischen »Kinderstube« stammt, weil die natürliche Mutter alle ihre Jungen mit gleicher Liebe behandelt; diese Weisheit danke ich ihr, und danke es ihr vor allem, wenn die Gerechtigkeit der Leitstern meines Lebens geworden ist.

Das ganze Haus stand durchaus im Zeichen KANTS: Selbstvertrauen der Vernunft auf der einen, Glauben an den kategorischen Imperativ auf der anderen Seite; vor diesem inneren Reichtum galt der äußere nichts; aller Mammonismus war nicht etwa nur verpönt, sondern lag geradezu unter der Schwelle des Bewußtseins. Es ist diese Einstellung gewesen, die mich viel später zu dem festen Bunde mit meinem unvergeßlichen Freunde LEONARD NELSON geführt hat, der mir, wie ich ihm, regelmäßig seine besten Schüler überwies. Wir wußten beide, daß wir in den vor aller Erfahrung gewissen Aprioris unseres Geistes, in der Logik und der Ethik, das unverrückbare Koordinatenkreuz besaßen, um die Erscheinungen zu ordnen *und zu bewerten*, und damit Ziel und Kompaß allen Lebens und Strebens.

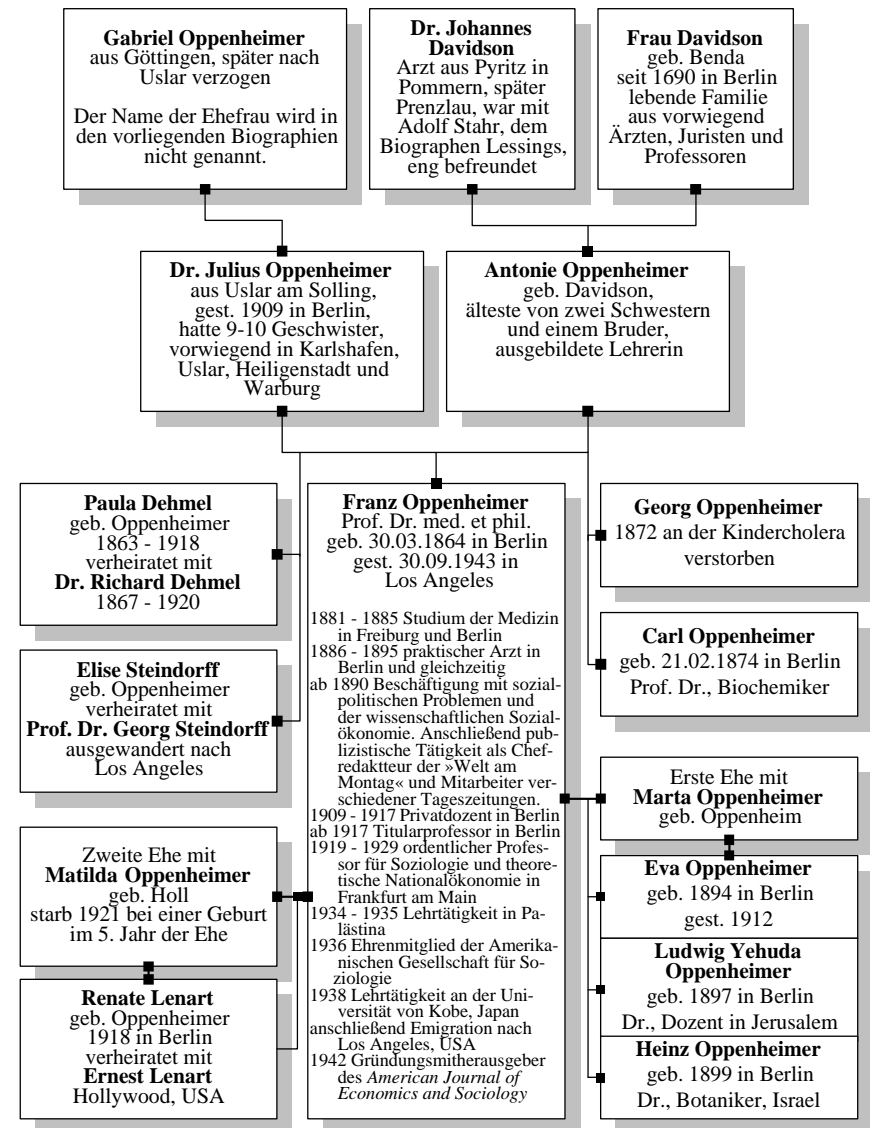
Es war unser Ideal als akademische Lehrer, unseren Schülern die gleiche beglückende Sicherheit zu geben und sie dadurch vor dem gräßlichen Relativismus dieser kranken Zeit zu retten, der fast alle steuerlos im uferlosen Ozean treiben läßt. Wir Menschen besitzen die eingeborene Fähigkeit, die Wahrheit und das Recht zu erkennen, und haben die Pflicht, sie auszubilden und gegen alle Versuchung zu kräftigen.²³⁴

Von dem Vater, der durch seine Erwerbstätigkeit eher zu den außerhäuslichen Dingen eine Stellung beziehen mußte, übernahm FRANZ OPPENHEIMER eine gewisse Lebenshaltung. Als erstes Denkwort lehrte ihn der Vater: »Ich bin ein deutscher Mann, treu und wahr und ohne Lüge.« „Und wahrlich: aus seinem Munde ist nie ein unwahres Wort gekommen! So götig er war, so trotzig stand er doch auf seinem Recht und hat manches Leid und manche schwere Kränkung dafür zu ertragen gehabt. Er war ein Weiser, ein Kluger war er nie; er folgte dem Gott in seiner Brust, ohne je zu zaudern.

(...) Nach einigen Wanderjahren als Religions- und Sprachlehrer wurde er als Prediger an die jüdische Reformgemeinde in Berlin berufen, eine Gemeinde, die mit der Orthodoxie des Ghetto radikal gebrochen hatte und nichts bewahren wollte, als den ethischen Grundgehalt der jüdischen Religion. (...) Mein Vater hatte mit der Annahme dieser Stellung die Schiffe hinter sich verbrannt; die Rückkehr zur Orthodoxie war ihm abgeschnitten; da es damals nur die eine Gemeinde ihrer Art in der Welt, zum wenigsten in Europa, gab, war er sozusagen an die Scholle gefesselt. Und die Gemeinde war klein und konnte ihren Geistlichen nur geringe Gehälter zahlen. Aber mein Vater gab frohen Herzens alle Möglichkeiten dahin, um mit seinem Gewissen nicht in Widerstreit zu geraten, nahm an und heiratete - auf ein Gehalt von ganzen 500 Thalern jährlich.

²³⁴ FRANZ OPPENHEIMER: *Lebenserinnerungen*, S. 43 f.

BIOGRAPHISCHE ÜBERSICHT UND DIE FAMILIE FRANZ OPPENHEIMERS



Und damit war seinen künftigen Söhnen der Rahmen ein für allemal gesteckt: die ehrenvolle Dürftigkeit eines akademischen Kleinbürgerhauses.²³⁵

FRANZ OPPENHEIMERS geliebter älterer Bruder GEORG verstarb 1872 an der Kindercholera, was dem achtjährigen FRANZ zunächst den Impuls gab, den Arztberuf des Großvaters mütterlicherseits anzustreben. Mit 21 Jahren promovierte OPPENHEIMER unter der Leitung von PAUL EHRLICH in Medizin²³⁶ und praktizierte daraufhin gut 10 Jahre. Was er während dieser Zeit an ländlichem und städtischem Elend sah, wegen schlechter Wohnverhältnisse wegsterbende Kinder, Armutsprostitution, Geschlechtskrankheiten, Tuberkulose, verpfuschte illegale Abtreibungen etc., führte bei ihm zu der unangenehmen Gewißheit, als Arzt der sozialen Frage stets hinterherzulaufen, ohne deren Wurzel zu berühren. „Mich haben die Erfahrungen jener Jahre zum gläubigen Sozialisten gemacht, und ich habe, da ich den Kommunismus aller Spielarten aus guten wissenschaftlichen Gründen verwerfen mußte, rastlos einen anderen Weg gesucht, und bin überzeugt, ihn gefunden zu haben.“²³⁷ War der Weg über die Medizin für den im gleichen Jahr wie MAX WEBER geborenen ein Umweg? OPPENHEIMER verneint:

„Ich habe immer das Gefühl gehabt, »geführt« zu werden: und, im Lichte meiner späteren Laufbahn gesehen, war der Weg über die Medizin der einzige zu meinem Ziele. Ich kam auf diese Weise als reifer Mensch mit den klarsten Vorstellungen über das Wesen und Sinn der Wissenschaft zu meinen neuen Studien, und diese Vorstellungen waren sehr viel präziser und - anspruchsvoller als die in der Nationalökonomie und Soziologie damals und leider noch heute herrschenden. Die strenge Methode der Naturwissenschaften saß mir im Blute, die ich, ein Gymnasiast, nie kennengelernt hätte, wenn ich von vornherein mich einer Geisteswissenschaft zugewendet hätte, und ich konnte meinem verehrten Freunde KURT BREYSIG nur recht geben, wenn er mir einmal von der »Zuchtlosigkeit« des geisteswissenschaftlichen Denkens sprach. Ich brachte weiterhin mit die genaue Vertrautheit mit dem Wesen und dem Funktionszusammenhang eines Organismus, ein Begriff, von dem die meisten meiner jetzigen Fachgenossen reden wie der Blinde von der Farbe; und die Gesellschaft *ist* eine Art Organismus²³⁸: und so ist es kein Wunder, wenn nicht nur der erste Begründer der theoretischen Nationalökonomie, FRANÇOIS QUESNAY, sondern außer ihm noch eine ganze Reihe genialer Ärzte in die Wirtschafts- und Sozialwissenschaft entscheidende Fortschritte gebracht haben: WILLIAM PETTY, BERNARD DE MANDEVILLE, CHARLES HALL, WILLIAM THOMPSON, AIMÉ HUBER. Ihnen allen war der Leitgedanke der ärztliche: hier ist ein *kranker* Organismus: wo steckt die »causa morbi« und die »sedes mali«, die Ur-

²³⁵ FRANZ OPPENHEIMER. In: Die Volkswirtschaftslehre der Gegenwart in Selbstdarstellung. Herausgegeben von FELIX MEINER. Leipzig 1929, S. 68 - 116, hier S. 72 f.

²³⁶ Vgl. FRANZ OPPENHEIMER: *Lebenserinnerungen*, S. 87.

²³⁷ FRANZ OPPENHEIMER: *Lebenserinnerungen*, S. 102 f.

²³⁸ FRANZ OPPENHEIMER war ein scharfer Gegner des sogenannten *Organizismus*, dessen Vertreter seiner Meinung nach „wie die Blinden von der Farbe“ redeten. Dessen ungeachtet vertrat er eine, dem mechanistischen Weltbild entgegengerichtete Position des lebendigen Gesellschaftsorganismus, in dem alles wechselseitig aufeinander wirkt und Gleichgewichte benennbar sind, die als »Gesundheit« oder »Wohlbefinden« des Ganzen aufzufassen seien. Siehe auch Fußnote 17 auf Seite 7 dieser Arbeit und FRANZ OPPENHEIMER, *System I, Soziologie*, S. 60 ff, 200 und 456 f.

sache und der Sitz des Übels? Dann mußte sich aus der Diagnose der *Heilplan* ergeben.²³⁹

Die rastlose Suche nach einer Lösung blieb nicht ohne Resultat. Auf eine denkwürdige Nacht Ende 1893 datiert OPPENHEIMER seine »Gnadenwahl«. „Wie man in dunkler Nacht im Gebirge in einem Wetterleuchten eine ganze Kette von Gipfeln und Gletschern vor sich sieht, so sah ich damals in einem einzigen Augenblick die ganze Arbeit meines Lebens scharf vorgezeichnet vor mir.“²⁴⁰ Am Anfang stand zunächst der Gedanke, den Ursprung der Reservearmee (und damit der »sozialen Frage«) im nachfeudalen Großgrundeigentum zu sehen und auf dem Wege über die Siedlungsgenossenschaft friedlich auflösen zu können, weil der Großgrundbesitz mit jeder gelungenen Siedlungsgenossenschaft an ausbeutbaren Arbeitern und damit an Wert verlieren würde, sich quasi von selber auflöse und mit ihm der Ursprung der Reservearmee verschwände. Doch wie gesagt: Das war der *Ausgangspunkt* einer 50jährigen Theoriearbeit, nicht ihr Endpunkt.

1895 erschien die Schrift »Freiland in Deutschland«, mit der OPPENHEIMER die Anhängerschaft THEODOR HERTZKAS in zwei Lager teilte. 1896 folgte die bekannt gewordene »Siedlungsgenossenschaft«, eine in hitziger Arbeit binnen drei Monaten niedergelegte und in 70 Tagen nochmals völlig überarbeitete 638 Druckseiten starke Schrift²⁴¹. Während dieser Frühphase war OPPENHEIMER Mitglied in dem Kreis der »Freiländer«. Aus ihm heraus gründete HERMAN KRECKE 1894 unter dem Einfluß von BUSCH den Konsumverein »Hülfe« († 283). GUSTAV LILIENTHAL, ein weiteres Mitglied der Gruppe, gründete 1894 die Baugenossenschaft »Freie Scholle«. Mit Rat und Tat beteiligt war OPPENHEIMER an der Hamburger Konsum-, Produktiv- und Baugenossenschaft »Produktion«. Und mit dem eigenem Geld machte er sich an die Gründungen der Obstbaukolonie Eden bei Oranienburg (1893), Siedlungskolonie Eisenach (1905, mußte 1907 nach Sommerdürre und Kahlfröste aufgelöst werden), Siedlungsgenossenschaft Bärenklau (1920), unterstützte eine Gründung in Merchawjah im nördlichen Palästina in der Nähe von Haifa (1911) und stellte als Theoretiker maßgeblich die Weichen für einen Besiedlungsplan Palästinas via Kibuz/Siedlungsgenossenschaft (6. Zionistenkongreß in Basel, 1903) († 319).

Doch bevor OPPENHEIMER im Jahre 1897 seine Praxis vollends aufgab, lebte er etwa zwei Jahre eine Dreifachrolle als Arzt, Schriftsteller und Autodidakt der Nationalökonomie. Der junge OPPENHEIMER schrieb Wanderbriefe, Liebesgedichte und verfaßte ein Theaterstück. Sein Talent im schriftlichen Ausdruck und Geschick, knapp entlang der Grenze der Legalität gegen den preußischen Obrigkeitsstaat opponieren zu können, trug ihm schließlich den Posten eines Chefredakteurs der »Welt am Montag« ein, die übrigens im selben Haus wie die Redaktion FRIEDRICH NAUMANNs residierte, den er aus dieser Zeit gut kannte. Verschiedene mit der Zeit erschienene Bücher und gehaltene Vorträge führten zu einem Bekanntheitsgrad OPPENHEIMERS, der ihm wider Erwarten eine ordentliche akademische Laufbahn

²³⁹ FRANZ OPPENHEIMER: *Lebenserinnerungen*, S. 69 f.

²⁴⁰ FRANZ OPPENHEIMER: *Lebenserinnerungen*, S. 142.

²⁴¹ Vgl. FRANZ OPPENHEIMER. In: Die Volkswirtschaftslehre der Gegenwart ..., a.a.O., S. 89 f.

als Gesellschaftstheoretiker eröffnete. GUSTAV SCHMOLLER (mit dem er praktisch keine Ansicht teilte) und ADOLPH WAGNER boten ihm 1909 über einen Mittelsmann die Habilitation an. Voraussetzung war eine geisteswissenschaftliche Promotion, die im selben Jahr in Kiel mit einer Arbeit über DAVID RICARDO zum Dr. phil. erfolgte. Ab 1909 hielt OPPENHEIMER abwechselnd Vorlesungen über theoretische und praktische Ökonomik sowie Geschichte des Sozialismus. „Schon 1912 im Wintersemester zählte ich in meiner vierstündigen Privatvorlesung über praktische Ökonomik mehr als zweihundertsechzig eingeschriebene Hörer, und meine öffentliche Vorlesung über KARL MARX' ökonomische Lehren war von mehr als tausend Studenten besucht, die das riesige Auditorium maximum nicht aufzunehmen imstande war. Sie saßen auf dem Podium, auf den Fensterbrettern und füllten stehend alle Gänge. Im Dozentenzimmer, wo sich die Sache herumgesprochen hatte, wurde der ergraute Privatdozent mit merkwürdigen Blicken beehrt: »Interessant, aber nicht ungefährlich!«“²⁴²

1919 wurde OPPENHEIMER auf den neu eingerichteten Lehrstuhl für Soziologie und theoretische Nationalökonomie nach Frankfurt a. M. berufen. Damit begründete OPPENHEIMER neben der Heidelberger Schule (MAX WEBER) die für ihren kritischen Ansatz bekannt gewordene Frankfurter Schule und war Inhaber des ersten ausdrücklich bezeichneten Soziologie-Ordinariates in Deutschland²⁴³. 1929 folgte die Emeritierung und Übergabe des Lehrstuhls an KARL MANNHEIM, im Dezember (!) 1938 die Emigration über Palästina und Japan nach Los Angeles, wo OPPENHEIMER am 30. September 1943 unter schwierigen Begleitumständen in voller Kenntnis der heimatlichen Lage verstarb.

Wengleich die letzten Lebensmonate bislang im Dunkeln liegen, ist nicht unwahrscheinlich, daß OPPENHEIMER noch von Amerika aus Einfluß auf das weitere Geschick Deutschlands genommen hat. Er war befreundet mit ALBERT EINSTEIN, der sich mit einem Memorandum während des Krieges direkt an den amerikanischen Präsidenten gewandt hatte, war Ehrenmitglied der amerikanischen Gesellschaft für Soziologie und Gründungsmitherausgeber des »American Journal of Economics and Sociology«. Daß die Amerikaner LUDWIG ERHARD bei ihrem Einmarsch als »Demokrat« auf der Liste führten und ihn als Wirtschaftsminister »entdeckten«, hat möglicherweise den bis heute unerforschten Hintergrund, daß sich OPPENHEIMER bei den üblichen Emigrantenbefragungen gegenüber den Amerikanern mit Stimme von Rang für ERHARD verwendet hat, der zu den wenigen gehörte, die sich von dem zuletzt sehr isoliert lebenden OPPENHEIMER persönlich verabschiedet haben²⁴⁴.

²⁴² FRANZ OPPENHEIMER: *Lebenserinnerungen*, S. 209.

²⁴³ Vgl. DIRK KÄSLER: *Die frühe deutsche Soziologie 1909 bis 1934 und ihre Entstehungsmilieus*. Opladen 1984, S. 26.

²⁴⁴ Dafür, daß OPPENHEIMER an ERHARD positiv gedacht haben dürfte, steht auch ein ganz persönlicher Umstand. OPPENHEIMER durchlebte seine letzten Jahre in Deutschland überaus zurückgezogen. EARL EDWARD EUBANK gegenüber äußerte er bei dessen Besuch im Jahre 1934: „Es ist seit drei Jahren die erste Gelegenheit, daß ich mich mit jemandem unterhalten kann, der sich für meine Arbeit interessiert.“ OPPENHEIMERS Bezüge als Emeritus waren gerade ein Jahr zuvor auf etwa ein Drittel gekürzt worden, ausschließlich seiner

2.1.1. Ludwig Erhard über Franz Oppenheimer

„Mein Weg war nicht klar vorgezeichnet. Nach dem ersten Weltkrieg habe ich - schwer verwundet -, wie damals üblich war, ein akademisches Studium angefangen. »Diplomkaufmann« zu werden war gar nicht meine Absicht, und das Studium hat mir auch in den Anfängen nicht sehr viel bedeutet. Ich kann das bei allem schuldigen Respekt vor dieser edlen Zunft nicht leugnen, um so mehr ich ja schon sehr frühzeitig zum volkswirtschaftlichen Denken hingelenkt wurde. Die Fortsetzung des Studiums in Frankfurt lag mal durchaus im Fahrplan der Diplomkaufleute.

Aber dort ereignete sich etwas Merkwürdiges. Dort herrschte bereits der Massenbetrieb unserer heutigen Universitäten. Gerade in meiner Disziplin gab es einige sehr gesuchte Professoren - über die ich gewiß kein nachträgliches Urteil fällen möchte. Das war eben so, daß, wer sein Examen leicht und schnell hinter sich bringen mochte, zu dem und jenem Lehrer ging; also habe auch ich mir Vorlesungen angehört - und war todunglücklich. Denn ich suchte wirklich Brot und fand meist nur Steine. Als es mir zuviel wurde, ging ich ins Dekanat, faßte mir ein Herz und fragte, ob und wo man denn hier Wissenschaft geboten bekäme. Man sagte mir etwa: »Ja, da ist schon einer da; er heißt FRANZ OPPENHEIMER, aber ich muß Ihnen gleich dazu sagen, daß Sie bei ihm nicht promovieren können. Das ist ein Außenseiter an unserer Universität; er hat auch eine ganz spezifische Lehre entwickelt, aber damit können Sie im Examen überhaupt nichts anfangen.«

Ha, das war immerhin eine Empfehlung und Trost für meine dürstende Seele. So also begegnete ich FRANZ OPPENHEIMER und war vom ersten Augenblick an fasziniert. Ich besuchte seine Seminare dazu, ohne auch nur einmal zu fragen, wie es um eine spätere Promotion bestellt wäre. Das war mir in diesem Augenblick völlig uninteressant. Es ist wohl ein guter Zufall gewesen, daß mir in der ersten Seminar-Diskussion etwas Brauchbares eingefallen ist. So lebte ich mich schnell ein und gehörte schon bald zu einem engen Kreis, ja man kann sagen Freundeskreis dieses wahrhaft großen Gelehrten.

Ich erinnere mich auch noch des kürzlich verstorbenen »FRITZ STERNBERG«, einen Feuerkopf, mit dem man stundenlang eifrig diskutieren und auch streiten konnte. OPPENHEIMER konnte das mit FRITZ STERNBERG auch - um es gleich zu sagen. Da war Leben! Praktisch hatte ich den ganzen übrigen Universitätsbetrieb abgeschrieben; das andere war lediglich eine lästige Pflicht. Seinerzeit mußte man auch noch nicht soundso viele Scheine und Klausuren nachweisen, wie das heute noch mit Wehmut und Trauer an den rechten Stunde »fit« sein, um zu bestehen. Aber dieser ganze meist nur techni-

jüdischen Abstammung wegen. Seine Tochter RENATE hatte es aufgegeben, die öffentliche Schule zu besuchen und erhielt vom Vater Privatunterricht. Sie äußerte: „Meine ehemaligen Schulfreunde sind alle derart höflich zu mir geworden, daß ich es nicht mehr länger aushalte.“ (siehe DIRK KÄSLER, *Die frühe deutsche Soziologie*, a.a.O., S. 62). Außerdem bestand ab 1934 ein Veröffentlichungsverbot für nichtarische Schriften, so daß OPPENHEIMERS Werk in Deutschland praktisch nicht mehr existierte. In dieser Situation der äußeren Bedrängung und Demütigung gehörte LUDWIG ERHARD zu den wenigen, die ihrem verehrten Lehrer weiter die Treue hielten. Sowohl weigerte sich ERHARD irgendeiner Organisation der NSDAP beizutreten und büßte dadurch seine Stellung als Institutsleiter in Nürnberg ein. Er gehörte aber auch zu den wenigen, die sich von OPPENHEIMER vor dessen Emigration persönlich verabschiedeten. „Ich denke noch mit Wehmut und Trauer an den Abschied. Er hatte Tränen in den Augen, als er sagte: »Nun muß ich mein Vaterland verlassen.«“ (LUDWIG ERHARD: *Rede zu Oppenheimers 100. Geburtstag in der FU Berlin*. In: derselbe, *Gedanken aus fünf Jahrzehnten*. Düsseldorf 1988, S. 858 - 864, hier S. 864).

sche Ballast hat mich leichtsinnig sein lassen, weil ich mir dachte, daß man das ja wohl irgendwann einmal nachlesen könnte - aber studieren, das wollte ich bei FRANZ OPPENHEIMER.

Ein früherer Lehrer, WILHELM RIEGER - übrigens auch ein Verehrer von FRANZ OPPENHEIMER -, hat mich zur Wissenschaft hingeführt, aber wissenschaftlich denken gelehrt in straffer innerer Zucht hat mich FRANZ OPPENHEIMER, und das danke ich ihm noch heute! Ich erinnere noch, als er mir nach einem langen Gespräch sagte: »Sie sind ein theoretischer Kopf.« Ich kann dazu heute nur sagen: Alle nachfolgenden Ehrendoktoren, die ich erhalten habe, und sämtliche Orden bedeuteten mir keine so hohe Auszeichnung als von OPPENHEIMER zu hören, ich wäre ein »theoretischer Kopf«. (...)

Schließlich ging ich also dann doch zum Examen. OPPENHEIMER, der seinerzeit wegen einer Bronchitis einen Winter in Cellerina verlebte, sagte mit: »Wenn Sie Zeit haben, kommen Sie doch zu mir nach Cellerina.« Und so geschah es dann auch. Vorher waren wir uns schon oft außerhalb der Universität begegnet, auch in Sommeraufenthalten auf seinem Wohnsitz im Gute Rützendorf in Wrietzen. Dort lernte ich unmittelbar, von ihm selbst demonstriert, auch das Siedlungswesen in der Praxis kennen.

Zum eigentlichen Examen fragte er mich: »Ja, was soll ich Sie eigentlich prüfen; ich kenne Sie so gut und wir haben so viel diskutiert, daß alles klar ist.« Dann sind wir auf Bergfahrt gegangen. Es war, so glaube ich, in etwa 3000 Meter Höhe, als er mir sagte: »Jetzt verleihe ich Ihnen den 'höchsten' akademischen Grad - nämlich in 3000 Meter Höhe!«²⁴⁵

„Er [OPPENHEIMER] lehrte mich klassische Nationalökonomie, er machte mich mit dem Wesen des wissenschaftlichem Sozialismus vertraut und führte mich über die Soziologie bis in die Bereiche der Philosophie. In seinem Haus und Freundeskreis erlebte ich Tage und Nächte hindurch die anregendsten Stunden, in denen nichts anderes zur Diskussion stand als das Suchen nach Erkenntnis und Wahrheit.“²⁴⁶

„Im Frühjahr 1945 war es endlich soweit, daß das Tausendjährige Reich, diese »Spottgeburt aus Dreck und Feuer«, wie nach einem göttlichen Gesetz in Rauch und Trümmern zusammenstürzte. (...) Von diesem ersten neuen Tage an verband mich mit den Amerikanern ein Vertrauensverhältnis, das sehr bald auch menschliche Züge annahm und mich erfahren ließ, daß man dort über meine politische Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus sehr wohl Bescheid wußte. Das war denn auch bis dahin meine einzige politische Betätigung, und so kann ich wohl sagen, daß, was meinen späteren politischen Werdegang anlangt, ich eigentlich eine »amerikanische Entdeckung« bin. Sie haben mich sozusagen vom »Vogelherd« weggeholt und zum Bayerischen Wirtschaftsminister erkoren.“²⁴⁷

2.1.2. Erich Preiser über Franz Oppenheimer

„Es war nicht irgendeiner, den die Universität Frankfurt im Jahre 1919 auf den Lehrstuhl für Soziologie und ökonomische Theorie geholt hat. OPPENHEIMERS Lebenswerk war in den Grundzügen abgeschlossen. Aber es war umstritten, und man mußte wissen,

²⁴⁵ LUDWIG ERHARD: Rede zu Oppenheimers 100. Geburtstag ..., a.a.O., S. 858 - 860.

²⁴⁶ LUDWIG ERHARD: Gestern - Heute - Morgen. Schallplattenaufnahme vom 9. Juni 1961 im Gespräch mit HANS OTTO WESEMANN. Abgedruckt in LUDWIG ERHARD: Gedanken aus fünf Jahrzehnten. Düsseldorf 1988, S. 684 - 716, hier S. 689.

²⁴⁷ LUDWIG ERHARD: Gestern - Heute - Morgen, a.a.O., S. 694.

daß hier nicht nur ein Soziologe - damals sozusagen als Verzierung - kam, sondern ein scharfsinniger und kämpferischer Nationalökonom, der die Luft seiner Heimatstadt Berlin mit sich brachte und über die Grenzen Deutschlands hinaus bekannt war.

In der Nationalökonomie fehlte es damals an der Einigkeit schon über die Grundlagen. Der Methodenstreit war freilich eingeschlafen, die Vorherrschaft der Historischen Schule, die sich in belanglosen empirischen Untersuchungen erschöpfte, zu Ende gegangen, aber es konnte immer noch vorkommen, daß ein in seinem Fach angesehener Kollege zu einem, der es erst werden wollte, mit herablassendem Schulterklopfen sagte: »Junger Mann, schreiben Sie erst einmal eine solide wirtschaftshistorische oder wirtschaftspolitische Arbeit - Theorie können Sie später noch genug treiben.« In dieser Theorie aber wiederum waren die platten Allerweltsweisheiten der Vorlesungen fast noch erträglicher als der Eklektizismus der Lehrbücher - ganz abgesehen von der apologetischen Haltung, in der die Nationalökonomie betrieben wurde. Die Marxisten andererseits, am Rande der Universität angesiedelt, blickten mit Verachtung auf die bürgerliche Ökonomik, obwohl sie ihrerseits zu Marxphilologen und argen Doktrinären geworden waren.

So ging, wer kritisch war, zu OPPENHEIMER. Hier gab es eine saubere Methode, eine an den Klassikern und an MARX geschulte Theorie, ein geschlossenes und widerspruchsfreies System, das mit der Erfahrung im Einklang zu stehen schien. Man mochte Vorbehalte machen; manches schien einseitig und überspitzt. Aber man hatte Boden unter den Füßen, und wer sich OPPENHEIMER anvertraute, wurde in strenge Zucht genommen. Seine Seminare galten als schwer, er ließ nichts durchgehen. Freilich, OPPENHEIMER stand zwischen den Fronten, und wer sich zu ihm bekannte, hatte es nicht leicht. Man war auf sich gestellt; denn auch der Kreis, der sich um OPPENHEIMER scharte, in Frankfurt und vorher schon in Berlin, war alles andere als homogen. Allzu verschieden war die Herkunft und waren die Interessen derer, die zu ihm stießen: Philosophen, besonders aus der Schule LEONARD NELSONS, Soziologen und Nationalökonomien. Allen bot er etwas, aber jeden ließ er gewähren, und wie sie kamen, so gingen sie auch wieder, jeder seinen Lebensweg: auf Lehrstühle, in die Verwaltung und in die Praxis, ohne daß man viel von der Gemeinsamkeit einer Schule spüren konnte. Wie verschieden sie waren, bezeugen schon die Namen derer, die ich wegen ihrer besonderen Beziehung zu Frankfurt als einzige nenne: ADOLF LÖWE, JULIUS KRAFT und GOTTFRIED SALOMON-DELATOUR, der uns schon als junger Privatdozent durch seine geistvollen Anregungen wie durch seine menschliche Wärme in den Bann gezogen hat. Es gab keine OPPENHEIMERSCHULE, aber es gab die Schulung des Denkens bei ihm und durch ihn, und sie war es, die Frankfurt in den zwanziger Jahren neben Kiel und Heidelberg zu einem Zentrum der sozialwissenschaftlichen Ausbildung machte.“²⁴⁸

„Von Glück konnte sagen, wer als Lehrer eine Persönlichkeit fand, die als solche einen Halt bot. Ich glaube, es waren - für den jedenfalls, dem es um Theorie zu tun war - nur zwei in Deutschland: JOSEPH SCHUMPETER und FRANZ OPPENHEIMER.“²⁴⁹

²⁴⁸ ERICH PREISER: Franz Oppenheimer. Gedenkrede zur hundertsten Wiederkehr seines Geburtstages. In: derselbe, Politische Ökonomie im 20. Jahrhundert. München 1970, S. 179 - 193, hier 180 f.

²⁴⁹ ERICH PREISER: Antrittsrede vor der Heidelberger Akademie der Wissenschaften. In: derselbe, Politische Ökonomie ..., a.a.O., S. 219 - 223, hier 220 f.

2.1.3. Franz Oppenheimer über Franz Oppenheimer

„Mit großer Freude erfülle ich den Wunsch meines lieben Schülers und Freundes JOACHIM TIBURTIUS, seiner Schrift einige Geleitworte mit auf den Weg zu geben. Ist es doch meine eigene Sache, meines Lebens und Strebens Sache, die hier geführt wird! Und noch aus einem anderen Grunde: die Männer, gegen die hier mit ritterlichsten Waffen gestritten wird, meine verehrten Freunde WICHARD VON MÖLLENDORFF und WALTHER RATHENAU, sind des Schwertes würdig wie Wenige, Männer der lautersten Gesinnung, zähe und unermüdete Wahrheitssucher, die mir noch ganz zu gewinnen der schönste aller Siege sein wird.

Ich kann das Wort nicht oft und laut genug sprechen: *Nichts ist so praktisch wie die Theorie!* Wenn ich seit fast einem Menschenalter, anfangs verspottet und verachtet, dann immer achtungsvoller angehört, unermüdet meine These wiederholt habe, daß wahrer Liberalismus und wahrer Sozialismus nicht Gegensätze sind, sondern eines und dasselbe; daß nichts anderes als die freie, *die endlich wirklich freie*, d. h. von allen Monopolen befreite Konkurrenz zum Ziele des Sozialismus führen kann, zur mehrwertfreien und darum klassenlosen und darum brüderlich geeinten Gesellschaft der Freien und der Gleichen - wenn ich diesen wichtigsten aller Funde, diese froheste aller frohen Botschaften unermüdet hinausrief, so war es wahrscheinlich kein unbefriedigter Literatenehrgeiz, der mich trieb, sondern mir ist die Kassandragabe in die Wiege gelegt worden, eine schwere Mitgift, und ich sah kommen, was gekommen ist, was kommen mußte, den Zusammenbruch unserer Welt im Kriege und im Bolschewismus. Ich wußte, daß die Kapitalismen und Imperialismen der verschiedenen Länder in ihrem Wettkampf um die Weltmärkte zusammenstoßen müßten, und wußte und sah schauernd, daß die sozialistische Volksmasse die Macht an sich reißen und nicht wissen würde, was damit anzufangen. Sah das heilige Ilion in Trümmer und Asche! Und versuchte zu warnen, zu bremsen, den dahinrasenden Wagen noch vor dem Abgrunde herumzureißen. Vergebens! Jetzt herrscht im weiten Rußland das Chaos, die Anarchie und die Diktatur der Fanatiker und Verbrecher, Hunger, Elend und Bürgerkrieg; alle apokalyptische Reiter sind zugleich losgelassen! Und unser Deutschland an der Schwelle gleichen Elends! Und das alles ist nur die praktische Konsequenz einer falschen Theorie, des in all seinen Grundlagen unanfechtbaren, aber in all seinen praktischen Folgerungen irrigen MARXschen Sozialismus! Nur er gibt den TROTZKY und LENIN, den LIEBKNECHT und LUXEMBURG den *Glauben*, der Berge versetzen will, und sich nicht darum kümmert, wenn dabei alles Leben vernichtet wird.

Versteht man jetzt, warum ich alle Kraft anwendete, um rechtzeitig an die Stelle der falschen die richtige Theorie zu setzen und sie zur Anerkennung zu bringen? Mich hat während eines Vierteljahrhunderts die Angst gehetzt, zu spät zu kommen, und die Hoffnung gespornt, vielleicht doch noch zur Zeit zu kommen. Wenn ich zuweilen keuchte und manchem als aufdringlicher Mahner und lästiger Ehrgeizling erscheinen mochte: das war der Grund!

Noch ist uns vielleicht die Zeit vergönnt, um unserem Lande das Allerschlimmste zu ersparen; und jedenfalls, auch schlimmstenfalls, müssen wir eine falsche Theorie der Wirtschaft abtun und uns der richtigen zuwenden, wenn wir Land und Volk aus tiefstem Sturz zu neuen Höhen sollen führen können, die ich - und zum ersten Male freute mich die Kassandragabe - von hellem Sonnenschein beleuchtet in naher Zukunft vor mir erblickte. Und darum, wahrlich nicht aus Literateneitelkeit, kämpfe ich heute noch

verzweifelter als je gegen den alten Irrtum und für die neue Wahrheit und stachele meine Schüler zu gleichem Kampfe an.

Und am liebsten und unerbittlichsten dort, wo ich den guten Willen zur Sache, den unbestochenen Drang nach Wahrheit finde.“²⁵⁰

2.2. Reichweite und Grenzen des Ansatzes

FRANZ OPPENHEIMER hat den Glauben an seine Vernunft nicht verloren. Immer wieder prüfte er die Beweise und stellte sich seinen kritischen Schülern, ohne daß er einen gravierenden Fehler finden konnte. Wer derart mit strenger Methode zu Erkenntnissen gelangt, der *darf* nicht nur, sondern *muß* das Erkannte öffentlich vertreten, um so mehr wie das weitere Wohlergehen der Nationen von diesen theoretischen Klärungen abhängt und wie es *unbequem* ist, das Erkannte zu äußern, weil es den gewohnten Ansichten entgegensteht. Dieser *Last* hat OPPENHEIMER standgehalten, der sich als begabter Arzt sicherlich auch ein bequemeres Leben hätte einrichten können. Doch ließ ihm die *Verantwortung des Sehenden* keine Wahl und diktierte seinen Weg.

Die ausgestrahlte Gewißheit und innere Konsistenz seines Werkes zog die ebenfalls fragenden Studenten magisch an. ERICH PREISER beschrieb oben († 125) den OPPENHEIMER-Effekt: „Man mochte Vorbehalte machen; manches schien einseitig und überspitzt. Aber man hatte Boden unter den Füßen ...“ Seinen Schülern war durch die Theorie ein fester Punkt gegeben, von dem aus sich die Gesellschaftswirtschaft ohne Schwindelgefühle betrachten ließ. Dagegen äußerte sich ein Dozent der Volkswirtschaftslehre mir gegenüber erst kürzlich folgendermaßen: „Ich komme mir vor wie jemand, der auf einem Floß steht, das in einem reißenden Fluß treibt. Alles dreht sich und ist voller Strudel. Und jetzt verlangen Sie von mir, daß ich mich auch noch bewege.“ Das in etwa beschreibt die Volkswirtschaftslehre hinter den scheinbar sicheren Modellen der Gegenwart. Und so in etwa stand es auch schon um die Dinge, als Deutschland das letzte Mal in eine aussichtslose ökonomische Sackgasse geriet und die radikalisierte Rechte einen Raubzug nach innen und außen organisierte. 1938 schrieb OPPENHEIMER:

„Soeben hat einer der bekanntesten Fachmänner Englands, JOHN MAYNARD KEYNES, über die »tiefen Meinungsverschiedenheiten« geklagt, »die zur Zeit den praktischen Einfluß der Theorie fast völlig zerstört haben«²⁵¹. In der Tat: es gibt keinen Fußbreit gemeinsamen Bodens. Die Definitionen, die Grundvoraussetzungen, die Methode sind strittig, und für jedes Einzelproblem gibt es fast so viele »Lösungen« wie Theoretiker. So herrscht denn auch der schwärzeste Pessimismus in bezug auf den Stand der Disziplin, eine Stimmung, die immer trüber geworden ist. Vor hundert Jahren war man ihrer und seiner selbst so sicher, daß J. B. SAY sagen konnte, nichts weiter sei mehr zu tun als die alten Irrtümer zu vergessen.

²⁵⁰ FRANZ OPPENHEIMER, Vorwort zu JOACHIM TIBURTIUS: *Gemeinwirtschaftliche Gegensätze*. Leipzig 1919, S. 5 f.

²⁵¹ Fußnote im Zitat: „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, S. V.“

Aber schon JOHN STUART MILL wurde in seiner Spätzeit zum Zweifler und Ketzer, und NASSAU SENIOR klagt betrüblich²⁵²: »Wir sind noch weit von der Grenze dessen entfernt, was wir wissen müßten und sollten, und noch weiter entfernt von irgendeinem Einverständnis über das, was wir wissen«. Wenn die Wissenschaft sich vielleicht nicht mehr in ihrer Kindheit befinde, so sei sie doch lange nicht zur Reife gelangt. Es gebe nichts als Streit, nichts Gemeinsames (41). Die Terminologie sei so schlecht, daß »ungesundes Denken unentdeckt durchgehen, und gesundes ohne Überzeugungskraft bleiben kann« (55).

Eine Generation später geht ALFRED MARSHALL noch weiter. Die Disziplin sei noch »in ihrem Säuglingszustande« (infancy)²⁵³; sie »rangiere mit den am wenigsten entwickelten Naturwissenschaften« (S. 26), sie »könne niemals eine einfache Wissenschaft werden«. Und wieder eine Generation später sieht sein Schüler JOHN MAYNARD KEYNES sich gezwungen, eines der beiden grundlegenden Postulate aufzugeben, aus denen MARSHALL seine Lehre vom Lohn, und damit von der Distribution überhaupt, deduziert hat, und verbittert zu erklären, die heutigen Theorien seien »ein Gebräu, so ungenau wie die anfänglichen Voraussetzungen, auf denen sie beruhen, und welche dem Verfasser erlauben, die Verwicklungen und gegenseitigen Abhängigkeiten der wirklichen Welt in einem Wust anmaßender und nutzloser Symbole aus dem Gesicht zu verlieren« (S. 252). Das geht namentlich gegen gewisse mathematisierende Köpfe und den »Dunst ihrer sophistischen Erörterungen, in welchem nichts klar und alles möglich ist« (247).²⁵⁴

Die Nationalökonomie steckte zu Lebzeiten OPPENHEIMERS in einer tiefen Krise. Als psychologistische Kapitalverwertungslehre bezog sie keinen gesamtgesellschaftlich verantwortlichen Standpunkt. Statt Theorie bot sie den Herrschenden, Starken und Monopolisten die Legitimation für ihr Verhalten und beschwor als herrschende Auffassung bzw. Auffassung der Herrschenden die größte Wirtschaftskrise auf deutschem Boden mit all ihren schrecklichen Folgen im politischen und gesellschaftlichen Leben herauf. Wo sieht man nun zwischen Wirtschaftskrise, faschistischer Machtübernahme und Kriegsende den großen theoretischen Fortschritt angelegt? Leisteten die verbliebenen Widerständler bei ihren geheimen Treffen etwa in den Wohnzimmern, was zuvor an den Universitäten nicht gelang? Oder hatte es schon lange vorher eine theoretische Nebenströmung gegeben, die anderen Vorstellungen folgte als üblich war? Hätten ERHARD, EUCKEN, PREISER und OPPENHEIMER die desolatte deutsche Wirtschaft zehn Jahre vorher in ein »Wirtschaftswunder« überführen können? Und nehmen wir an, vom Standpunkt ihrer theoretischen Kenntnis wären sie bereits »reif« dazu gewesen, warum hat ihnen vor dem Krieg niemand eine Chance eingeräumt?

Wenn man dem Gedanken folgt, dann fällt auf, daß kein *akademisches* Auswahlverfahren, sondern ein *politisch-ethisches* die konzeptionellen Weichen der »Stunde Null« in Westdeutschland gestellt hat. Es wird wahrscheinlich, daß die *Wissenschaft* als Institution nach 1945 keineswegs ihren alten Anschauungen abgeschworen hatte, die den vorangegangenen Totalausfall aller kulturellen Standards mitverursacht hatte. Die Neuordnung der Wirtschaft vollzog sich nicht nach *revidierten*

²⁵² Fußnote im Zitat: „NASSAU W. SENIOR: Industrial Efficiency and Social Economy, London 1928, S. 27.“

²⁵³ Fußnote im Zitat: „Principles, 8.Aufl., S. 4.“

²⁵⁴ FRANZ OPPENHEIMER: *Das Kapital*, (1938), S. VI-VII.

Ansichten, sondern eine von den Besitzern vorgenommene ethische Begutachtung hatte bestimmte *Personen* mit schon immer anderer Grundhaltung über alle anderen Köpfe hinweg an die Spitze des Staates gesetzt. Daraus folgt, daß die praktische Erklärung der jungen deutschen Wirtschaftsgeschichte möglicherweise nicht in ihrem theoretischen Hauptstrom gesucht und gefunden werden kann, sondern in einem *Nebenzweig*.

Ich will hier der Versuchung widerstehen, der Frage nachzugehen, was den Ansatz OPPENHEIMERS verdrängt hat. Nur stichwortartig sei angeführt:

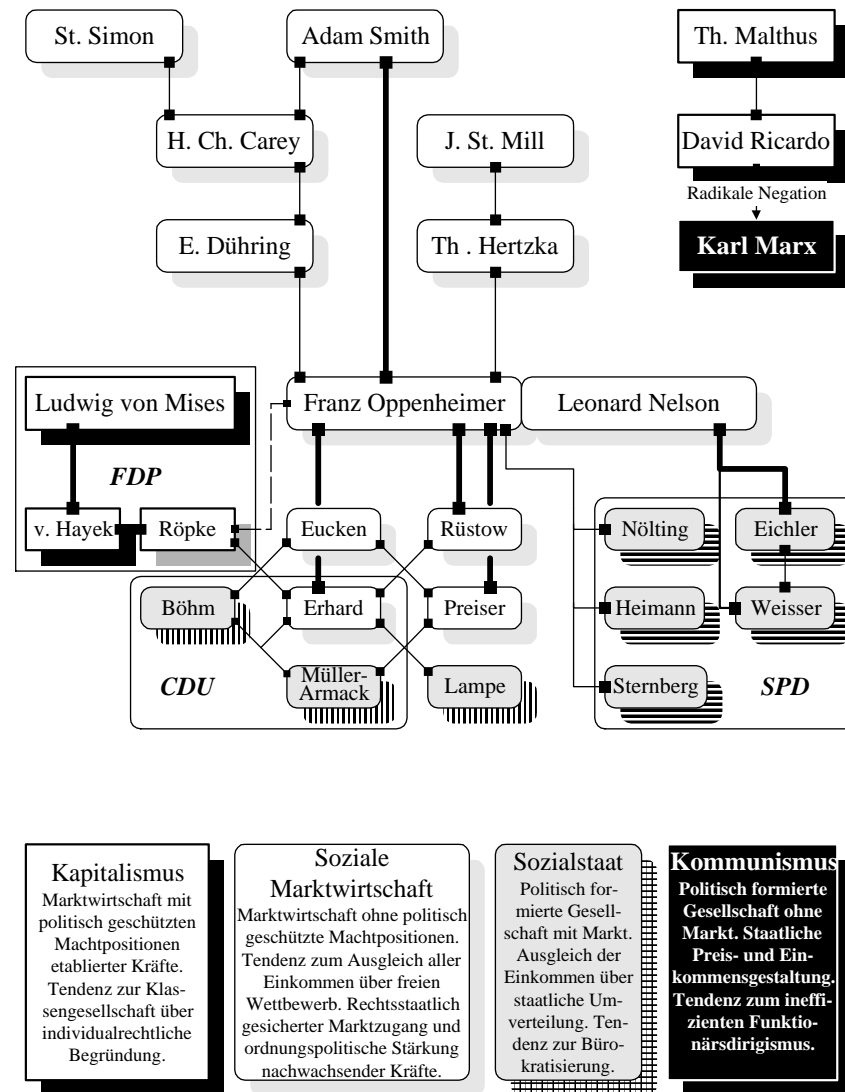
- OPPENHEIMER baute in der Gesellschaftswissenschaft²⁵⁵, aber vor allem *in der Nationalökonomie* auf einem signifikant anderen Paradigma. Die unmittelbare Begleiterscheinung paradigmatischer Unvereinbarkeiten ist, daß Wissenschaftler sich nicht über den Gegenstand *in einer Sprache* austauschen können²⁵⁶. Wissenschaftliche Revolutionen finden deswegen in der Regel nicht *innerhalb* einer Generation durch Überzeugung statt, sondern durch die erworbene Gefolgschaft *kommender* Generationen²⁵⁷. Es stört die Kontinuität der Verbreitung eines Ansatzes empfindlich, wenn durch äußere Einwirkung, Verbrennung von Büchern, Vertreibung und Verleumdung auf eine Entwicklung Einfluß genommen wird.
- OPPENHEIMER schrieb († 189), daß nach dem Zusammenbruch der »historischen Schule« GUSTAV SCHMOLLERS (1917) an deren Stelle die Wiener subjektivistische »Grenznutzenschule« mit fast gleicher *monopolistischer Ausschließlichkeit* die Lehrstühle der Theorie besetzt hat. Nun reproduziert sich eine herrschende Schule in der Wissenschaft unter Umständen aber völlig unabhängig von ihrer Leistungskraft, wenn es dazu kommt, daß ihre Vertreter die Lehrpläne und Prüfungsinhalte diktieren, und somit das Zeitbudget der Studierenden mit bestimmten Inhalten *besetzen*. Liegt obendrein ein Paradigmenkonflikt dergestalt vor, daß die Anerkennung des einen das andere völlig unmöglich macht, das mühsam angelehrte Wissen des Hochschullehrers also entwertet würde, dann ist es eine Frage von Interessen und Herrschaft, wer in dem Wissenschaftsbereich die Definitionsmacht über »Wirklichkeit« behält.

²⁵⁵ Vgl. VOLKER KRUSE: Von der historischen Nationalökonomie zur historischen Soziologie. Ein Paradigmenwechsel in den deutschen Sozialwissenschaften um 1900. In: Zeitschrift für Soziologie, 19. Jg., Heft 3/1990, S. 149 - 165.

²⁵⁶ „Deshalb muß zur Zeit einer Revolution, da sich die normal-wissenschaftliche Tradition verändert, die Wahrnehmung des Wissenschaftlers von seiner Umgebung neu gebildet werden - in manchen vertrauten Situationen muß er eine neue Gestalt sehen lernen. Wenn er das getan hat, wird die Welt seiner Forschung hier und da mit der vorher von ihm bewohnten nicht vergleichbar erscheinen. Das ist ein weiterer Grund, warum von verschiedenen Paradigmata geleitete Schulen immer etwas aneinander vorbeireden.“ THOMAS S. KUHN: Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen, a.a.O., S. 124.

²⁵⁷ „Ich habe es längst aufgegeben, von Reden und Veröffentlichungen die Bekehrung eines Gegners zu erhoffen; oder zu glauben, daß man Legenden durch noch so schlüssige Beweise ein Ende bereiten könne, namentlich, wenn es im Interesse bestimmter sozialer Gruppen liegt, daß sie weiter verbreitet werden. Ich erhoffe den Sieg meiner Gedanken von der Generation, die nach der unseren kommt, und vor allem von der lebendigen Tat.“ FRANZ OPPENHEIMER: *Siedlungsgenossenschaft*, 3. Aufl., 1922, S. XXI.

DIE STELLUNG FRANZ OPPENHEIMERS IN WISSENSCHAFT UND POLITIK



- Schlußendlich ist zu nennen, daß bestimmte Folgerungen aus der Theorie mehr als unbequem sein können. „Wie NASSAU SENIOR erzählt, hat der Erzbischof WHATELY ausgesprochen, »daß selbst die Theoreme des Euklid angefochten werden würden, wenn einmal finanzielle und politische Interessen mit ihnen in Widerstreit geraten würden«. IRVING FISHER hält den Ausdruck für »kaum übertrieben.«²⁵⁸ FRANCISCO GOMEZJARA folgend, kann man auch in Deutschland fragen, inwiefern unsere Wissenschaft tatsächlich dem Erkenntnisfortschritt dient oder »an den Mastträgen unkritischer Forschung überwintert«²⁵⁹.

Mit der vorstehenden Grafik wird in erster Linie der Versuch unternommen, einen groben Überblick zu vermitteln. Weitere Angaben können mit Hilfe des Personenregisters dieser Arbeit recherchiert werden. Es ließ sich nicht vermeiden, daß eine Reihe von Personen, die Einfluß genommen haben oder Schüler waren, ungenannt blieben. Beispielsweise standen die OPPENHEIMER-Schüler ADOLF LÖWE und GOTTFRIED SALOMON auch in engem Kontakt zu NORBERT ELIAS während dessen Assistentenzeit bei KARL MANNHEIM, mit welchem Effekt auch immer. OPPENHEIMER-Promovend HANS ACHINGER berichtet von den mit Geist und Witz geführten Auseinandersetzungen, in denen THEODOR W. ADORNO und WALTER BENJAMIN GOTTFRIED SALOMON herausforderten etc.²⁶⁰

Namentlich bekannt sind auch zwei der Assistenten OPPENHEIMERS: JULIUS KRAFT und FRITZ STERN. Die Festschrift für FRANZ OPPENHEIMER zu seinem 60. Geburtstag enthält weitere Namen von Freunden und Schülern²⁶¹. In Amerika fanden im *American Journal of Economics and Sociology* neben OPPENHEIMER folgende Schüler zusammen: GOTTFRIED SALOMON, OSCAR JÁSZI, CONSTANTINE PANUNZIO, EDUARD HEIMANN, ADOLF LÖWE und FRIEDA WUNDERLICH²⁶².

²⁵⁸ FRANZ OPPENHEIMER: *Das Kapital*, S. IX.

²⁵⁹ GOMEZJARA ist einer der bekanntesten Soziologen Lateinamerikas. Er schreibt (in eigener Übersetzung): „Die Sozialforschung Mexikos überwintert an den Mastträgen unkritischer Forschung, indem sie auf den Problemchen des Alltags und Trivialitäten herumreitet. Sie ist eine schickliche Sozialwissenschaft, zurückhaltend und voller Umsicht. Sie hat sich etabliert, aber zugleich jeden Sinn für Humor verloren: ihr Theoriegebäude ist so schwächlich, daß es an einer Lachsalve zerbrechen würde. Während sie einen mit ihren ständigen Wiederholungen belästigt, bleibt ihr nichts anderes übrig als sich einer unpersönlichen Sprache zu bedienen, unkritisch und politisch hohl, weil sie sich im Grunde mit der bestehenden Ordnung identifiziert hat. (...) Trotzdem, das gütige System hat diese Sozialwissenschaftler zu angesehenen öffentlichen Funktionären erhoben, zu Wirtschaftsberatern und gewichtigen Hochschulgelehrten, die stets darauf bedacht sind, das zu rechtfertigen, zu verändern oder zu verurteilen, was der Staat ihnen als ihre Aufgabe zuweist.“ FRANCISCO GOMEZJARA in derselbe u. a.: *Sociologia de la prostitucion*. México 1982, S. 7 f.

²⁶⁰ Vgl. HANS ACHINGER in BERTRAM SCHEFOLD (Hg.): *Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler in Frankfurt a. M., Marburg 1989*, S. 21 ff.

²⁶¹ WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT, Festschrift für FRANZ OPPENHEIMER zu seinem 60. Geburtstag. Mit Beiträgen zur Ökonomik und Soziologie der Gegenwart von ROBERT WILBRANDT, LEONARD NELSON, CARL BRINKMANN, ROBERT MICHELS, BRUNO SCHULTZ, FRIEDA WUNDERLICH, ADOLF LÖWE, FRITZ STERNBERG, ERICH PREISER, A. SPANJER, JOSEF MACEK, FRITZ EDINGER, SIEGFRIED BUDGE, WILHELM VERSHOFEN, CHARLES GIDE, MIROSLAW HLAVKA, ERIK NÖLTING, KURT BLOCH, FEDOR SCHNEIDER, GUSTAV MAYER, GOTTFRIED SALOMON. Frankfurt a. M. 1924.

²⁶² Vgl. *The American Journal of Economics and Sociology*, No. 3, 1944, S. 292.

2.2.1. Kritische Gesellschaftstheorie²⁶³

Bei weitem nicht alles, was OPPENHEIMER im Laufe seines Lebens als Entdecker angefangen hat, ist von ihm auch vollendet worden. OPPENHEIMER sah seine erste Aufgabe in der *Überwindung tief verwurzelter Irrtümer*, an denen die Wissenschaft irre ging, weil die Überlegungen der vorangegangenen Generationen nie anhand eines geschlossenen Systems geprüft wurden. Seine Äußerung gegen die »Zuchtlosigkeit in den Geisteswissenschaften« ist ein vor allem gegen die geisteswissenschaftlichen Methoden der sprachvermittelten Analytik, Logik und Beweisführung gerichteter Anwurf. OPPENHEIMER hat die Theorien, mit denen er sich befaßte, immer erst aus ihrem tiefsten Grunde und in ihrer Substanz *nachvollzogen*, um sie dann *aus sich heraus*, aus ihren *eigenen* Prämissen, zu widerlegen, zu relativieren oder anzuerkennen. Man kann OPPENHEIMERS methodischen Anspruch nur auf Umwegen *beschreiben*, da es meines Wissens keinen verdichteten Qualitätsbegriff für diese Geisteshaltung gibt, außer vielleicht jenen des »kritisch-konstruktiven Theoretikers«, der einerseits nichts unbesehen glaubt und andererseits die Dinge von Wert trotz kritischer Haltung erkennt, um ihnen einen Ehrenplatz im eigenen Werk zuzuweisen. OPPENHEIMER berichtet:

„Seit Jahren und Jahren stand sozusagen das Gespenst RICARDOS an meinem Bette, das Gefühl der Verpflichtung, mich mit der entscheidenden Leistung dieses größten Theoretikers unserer Wissenschaft neben dem Deutschen JOHANN HEINRICH VON THÜNEN, mit seiner Theorie von der Grundrente, auseinanderzusetzen. Hatte ich immer Widerstände zu überwinden, ehe ich an eine neue Aufgabe herantrat, so waren sie hier besonders groß. Ich wußte, daß ich es mit dem gewaltigsten Gegner zu tun haben würde, daß es gelte, jedes von dem scharfsinnigen Manne gespaltene Haar noch einmal zu spalten. Jetzt war der psychologische Moment zum entscheidenden Sprung gekommen [angesichts des Willens zur Erlangung des philosophischen Doktorgrades mittels einer neu verfaßten Arbeit, W.K.], und ich vollendete in wenigen Monaten den ziemlich starken Band. Hier geht es, um ein Gleichnis zu gebrauchen, über das ADOLF WAGNER sich köstlich amüsierte, just so wie in dem berühmten Ritterstück, wo zuletzt alle handelnden Personen tot auf der Bühne liegen. ROBERTUS hatte vor mehr als einem halben Jahrhundert RICARDOS Theorie mit seinem »Problem von der isolierten Insel« angegriffen, durch das er ihn endgültig widerlegt zu haben behauptete. RICARDO hatte in zwei der besten Männer der deutschen Theorie, in LEXIS und DIEHL Verteidiger gefunden. Ich konnte nun nachweisen: erstens, daß diese beiden Männer den ROBERTUSschen Angriff nicht hatten abweisen können; zweitens konnte ich eben diesen ROBERTUSschen Angriff selbst mit den Mitteln der RICARDOSchen Theorie völlig widerlegen, indem ich als erster jenes Problem löste; und drittens und schließlich konnte ich dann zeigen, daß die RICARDOSche Theorie auch falsch ist, und zwar aus dem Grunde, weil sie nur einen Teil der aufgegebenen Erscheinungen erklärt, also nur eine Teiltheorie ist, sich aber selbst für eine volle Erklärung, für eine Volltheorie hält. Ich werde nie die komische Verzweiflung vergessen, in die ADOLF WAGNER geriet, als ich auf seine Frage,

²⁶³ Vgl. SUSANNE MILLER: Kritische Philosophie als Herausforderung zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus. In: Dialektik Nr. 7, 1983, S. 53 - 67. (MILLER bezieht sich auf LEONARD NELSON, der bekanntlich im engen Bund mit OPPENHEIMER stand.)

wie ich denn zu RICARDO stünde, die Antwort gab: »Die Theorie wird sich nicht halten lassen.« Er schlug buchstäblich die Hände über dem Kopf zusammen und Schrie: »Die auch nicht? Die auch nicht? Ja, um Gottes willen, was bleibt dann noch übrig?«²⁶⁴

Es ist für OPPENHEIMER kein Widerspruch, an RICARDOS streng deduktiver Methode der Theorieentwicklung (bei OPPENHEIMER aus zuvor induktiv gewonnenen Prämissen) anzuknüpfen und ihn dennoch zu revidieren. Er konnte EUGEN DÜHRING auf der Sachebene die größte Anerkennung als Theoretiker aussprechen, wissend, daß dieser ein geradezu fanatischer Antisemit war, was er niemandem auf persönlicher Ebene durchgehen ließ²⁶⁵. Über MARX schrieb er, daß er dessen Folgerungen hinsichtlich der Notwendigkeit eines kommunistischen Staates mit der heiligen Abscheu des liberal-bürgerlich Sozialisierten ablehnte, und er empfahl ihn dennoch als einen »Meister«, mit dem es sich zu ringen lohnt, weil er an Scharfsinnigkeit alles Gewesene seiner Zeit überstrahlt und es bei ihm natürlich, selbst wenn man nicht in allem übereinstimmt, viel zu lernen gibt. ALEX BEIN schrieb, OPPENHEIMER habe den Eindruck vermittelt,

„daß er es liebte, Widerspruch zu erregen, und daß es auf jeden Fall unmöglich war, ihm einfach zuzuhören, wie man einem andern Vortrag zuhört. Er zwang seine Hörer, Stellung zu nehmen, sich mit seinen Argumenten auseinanderzusetzen, ja oder nein zu sagen, oder sich zu entschließen, die Frage eingehender zu studieren. Mir scheint, darauf beruhte auch sein großer Einfluß auf seine Schüler an der Universität und ebenso auf alle, die seine Schüler durch die Lektüre seiner Bücher wurden. Er lehrte sie, nichts kritiklos zu übernehmen, keine Autorität anzuerkennen, ohne ihre Lehren und deren Grundlagen selbst geprüft zu haben - auch nicht seine eigene Autorität; sich des Lehrers würdig zu erweisen durch eine fruchtbare Kritik, so wie er selbst es als eine Pflicht ansah, sich seinen Vorgängern gegenüber zu verhalten: von ihnen lernen und seine Treue zu ihnen dadurch zu beweisen, daß er selbständig forschte und prüfte, daß er dankbar anerkannte, was er wahr an ihnen empfand, und daß er alles, was ihm nicht begründet genug erschien, kritisierte, negierte und ablehnte.“²⁶⁶

Seinem System der Soziologie stellte OPPENHEIMER 1922 als Vorwort voran:

„Dieses Buch läßt sich der Karte Afrikas vergleichen, wie sie die Atlanten meiner Jugendzeit darstellten: ein verlässlicher Umriß, einige gut bekannte und kartographisch völlig ausgeführte Gebiete, viele zweifelhafte Einzelheiten - *und eine Menge weißer Flecken!* Ich weiß, daß ich die Aufgabe nicht lösen konnte: kein Einzelner kann sie lösen. Man müßte Fachmann auf allen den unzähligen Gebieten der so weit verzweigten, so sehr spezialisierten Sozialwissenschaften und darüber hinaus der Psychologie und der Philosophie sein, und außerdem sehr gründliche Kenntnisse der Mathematik und Biologie besitzen. Unter diesen Umständen wird man mir die Frage vorlegen dürfen, ob

²⁶⁴ FRANZ OPPENHEIMER: *Lebenserinnerungen*, S. 204 f.

²⁶⁵ EDUARD HEIMANN berichtet: „... als während seiner Studienzeit die Welle des STÖCKERschen Antisemitismus über die Universitäten ging, da stand FRANZ OPPENHEIMER vor den Hörsälen und bot seine Visitenkarte zur Annahme aus, an alle Diejenigen, die es wagen wollten, sich mit ihm, dem Juden, zu messen; er war ein gefürchteter Fechter, und diente stets der gerechten Sache.“ In: FRANZ OPPENHEIMER, *Lebenserinnerungen*, 2. erweiterte Aufl. von 1964, S. 332 - 333, hier 333.

²⁶⁶ ALEX BEIN: Franz Oppenheimer als Mensch und Zionist. In: Bulletin des Leo Beack Instituts. 7. Jg., 1964, S. 1 - 20, hier S. 3.

es nicht ein Fürwitz war, daß ich mir die unlösbare Aufgabe dieser ersten »Zusammen-schau« des ungeheuren Materials überhaupt stellte, und ich bin verpflichtet, darauf Rede und Antwort zu stehen. *Ich hoffe, in diesem Buche die Grundlage zu schaffen, auf der eine große Zahl von Fachmännern der verschiedenen Gebiete in vereinter Arbeit ein vollkommeneres System der Soziologie errichten werden, sei es in Gestalt eines Handbuchs oder eines Handwörterbuchs. Dieser Heerschar der Zukunft wünsche ich das Baugelände reinlich zu bereiten; indem ich es von dem Gestrüpp falscher Auffassungen säubere.*²⁶⁷

Weil FRANZ OPPENHEIMER diesen Anspruch m. E. erfüllen konnte, gelang es bedeutenden Persönlichkeiten, in Folge ihr Werk zu errichten.

2.2.2. Die Lehre vom Bodenmonopol

Kommen wir nun zu jenem Teil der OPPENHEIMERSchen Lehre, mit dem er sich wohl die meisten Sympathien verschert hat und auf den wenig geneigte Fachkollegen stets zuerst (und oft alleinig) verweisen, wenn es gilt, OPPENHEIMERS Theorie als Unfug abzustempeln. Die schärfste Zuspitzung des Streitpunktes mündet in dem Satz, daß der Kapitalismus überwunden sei, wenn das große Grundeigentum beseitigt wäre. Alle seine Schüler - und OPPENHEIMER selbst - waren stets geplagt von Zweifeln, ob der mittels der Logik gewonnene Satz seine Richtigkeit haben würde.

Wie scharf begründet der Beweis von OPPENHEIMER auch gewesen ist und unwiderlegt im Raume stehen blieb, ihn mochte niemand hören, weil die These von der Aufhebung des Kapitalismus durch Beseitigung der Bodensperre einfach zu fantastisch klang. Meines Erachtens hat die Kämpfernatur OPPENHEIMER in dieser Angelegenheit eine Falle gestellt. Wenn jemand einen Gedanken tausendfach durchdacht hat, bildet sich im Gehirn quasi eine »neuronalen Schnellstraße«, auf der die Gedankenkette entlanggleitet, aber mit zunehmender Geschwindigkeit das widersprechende Detail nicht mehr sieht. OPPENHEIMER hat eine *historische* Kategorie, aus der er sehr viel gelernt hat und eine allgemeine Theorie entwickeln konnte, nicht in ihrer Eigenschaft als *Spezialfall* erkannt. Nach der Induktion über die historische Kategorie und Bildung des Systems hätte er sich von dem Quellpunkt seiner Erkenntnis ablösen, das Problem der Eigentums- und Verfügungsrechte allgemein formulieren und das Grundeigentum als historisch dominanten *Spezialfall einordnen* müssen. Dieser Sprung ist ihm nicht mehr gelungen, so daß man sich unweigerlich erinnert sieht an OPPENHEIMERS Bemerkung gegenüber RICARDO, der seine Teiltheorie als Volltheorie ansah, und MARX, dem das Klassenmonopolverhältnis zwischen Arbeiter und Kapitalist als *Spezialfall* einer allgemeineren wirtschaftlichen Monopoltheorie verborgen blieb. Es ist eben wirklich so, wie KUHN es ausdrückte: Wohin man seinen Blick wendet, das sieht man²⁶⁸. Und es scheint sich der Blick in typischer Weise verengt zu haben, wie dies gerade bei Anwendung der

deduktiven Methode ungestraft möglich ist, da ihr eine Aussage solange als »wahr« gilt, bis sich eine Tatsache findet, die mit ihr im Widerspruch steht. Eine solche Tatsache ist OPPENHEIMER nie bekanntgeworden, so daß er an die Richtigkeit per logischem Schluß *glauben mußte* und nicht etwa nur durfte.

Der »Fehler« ist denn auch außerhalb des strengen Beweises, nämlich im angenommenen *Gültigkeitsbereich* zu suchen. OPPENHEIMER hat einen anhand historischer Tatsachen gewonnenen Zusammenhang nicht hinreichend auf seine historische Gültigkeit hin abgegrenzt und vermutlich nie den Gedanken konsequent durchgespielt, welchen Einfluß eine Verschiebung von der früher vorwiegend agrarischen Produktion zur industriellen Produktion auf das Klassenmonopolverhältnis im agrarischen Sektor haben würde. Es wäre somit kein schwerwiegender Fehler in der OPPENHEIMERSchen Rechnung, sondern eine unvorsichtige Fortschreibung der historischen Konstellation in eine neue Epoche hinein, in der der industrielle Sektor dem agrarischen Sektor die Relevanz ablauft, wenn man so will *als Faktor* einer allgemeineren Rechnung von 5 % auf 80 % anschwillt.

Kann man daraus ableiten, daß OPPENHEIMERS Annahme der Überwindbarkeit des Kapitalismus falsch ist? Wohl kaum, denn die *Ausgleichung aller Einkommen durch monopolfreien Wettbewerb* bildet den Kern seiner allgemeinen Theorie, während die Forderung nach Aufhebung des großen Grundbesitzes den Kern seiner zeitgebundenen *sozialpolitischen* Forderungen bildet. Und ob diese im Jahre 1894 *falsch* gewesen ist, muß erst einmal gesondert festgestellt werden.

In der *Entwicklung von Industriegesellschaften* gibt es eine typische Abfolge, in der das durch Eroberung gewonnene große Grundeigentum eine mächtige Rolle spielt. 1913 schrieb OPPENHEIMER relativierend über seine eigene Anschauung:

„Ich glaubte vor siebzehn Jahren, wie fast die ganze Wissenschaft noch, an die »absolute Verelendung« der Arbeiterklasse; ich habe der »organischen« Gesellschaftslehre mehr zugebilligt, als ich heute tun dürfte; ich glaubte vor allem noch an keine andere Möglichkeit, die große Frage zu lösen, als auf dem Wege über die landwirtschaftliche Arbeiterproduktivgenossenschaft. Ich war also damals, um marxisch zu sprechen, noch ein ganz klein wenig »Utopist«. Denn zwar dachte ich nicht daran, die neue Ordnung »aus dem Kopfe zu erfinden«, aber ich hielt doch das menschliche bewußte Eingreifen für unentbehrlich, um den Heilungsvorgang *einzuleiten*. Zwei Jahre später, in meinem »Großgrundeigentum und soziale Frage«, hatte ich diese letzte Eierschale des Utopismus bereits abgestreift und mich zum »wissenschaftlichen Sozialismus« durchgerungen, der »mittels des Kopfes die künftige Ordnung in den Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Gesellschaft selbst zu entdecken versucht«. Ich schrieb (S. 477): »Das Großgrundeigentum ist unrettbar krank; keine Maßregel privater oder staatlicher Fürsorge kann es erhalten«, und (S. 490): »Nötig ist die landwirtschaftliche Arbeiterproduktivgenossenschaft nicht. Es brauchte kein glücklicher Entdecker zu kommen, um die »soziale Frage zu lösen«. Sie ist kein Problem für einen »Heros« des Witzes, sondern die Krankheit eines gewaltigen Körpers. Der heilt sich selbst, ohne Arzt, ohne Heros.« Nun, wer die neuere agrarpolitische Literatur auch nur oberflächlich kennt, weiß, daß diese Prognose, die damals noch in den meisten Ohren als Unglaublichkeit erklang, heute von den meisten geglaubt wird. MAX SERING fragte kürzlich, in einem Vortrage

²⁶⁷ FRANZ OPPENHEIMER: *System I*, Soziologie, S. XIV. Im Original ohne Hervorhebungen.

²⁶⁸ THOMAS S. KUHN: Die Struktur wissenschaftlicher Revolution, a.a.O., S. 98 und 124 f.

im Landes-Ökonomie-Kollegium, als er von der inneren Kolonisation und der Landflucht sprach, ganz entsetzt: »Wie denkt man sich die weitere Entwicklung?!« Kurz, der Endzweck, die Sprengung des »Klassenmonopols der Bodensperre«, dessen Rechtsform das Großgrundeigentum ist, wird erreicht werden, weil die Entwicklung selber unwiderstehlich dazu drängt;²⁶⁹

Wenn OPPENHEIMER dennoch kämpferisch auf einem bodenreformerischen Standpunkt beharrte, dann deswegen, weil er die politischen Katastrophen und Kriege fürchtete, die den »natürlichen« Ausstoßungsprozeß der postfeudalen Herrenklasse begleiten würden. Es wäre für ihn heute vergleichsweise grausam mit anzusehen, wie die Tropenwälder gerodet und Kinder in Brasilien auf Müllkippen hausen oder gar wie rüdische Hunde erschossen werden, weltweit 10 Millionen Frauen im Kindesalter von ihren Eltern aus Armut verschachert werden, obwohl die Länder überaus reich und fruchtbar sind, also jedem Nahrung und Arbeit böten, die Masse aber ausgeschlossen ist von dem Boden, auf dem sie steht.

Könnte man die Luft in Tüten packen, dann würde sie mit gleicher Leichtigkeit besitzbar sein, und es wäre von gleicher »Gerechtigkeit«, wenn ein Eroberer fortan eine »Atemsteuer« verlangen würde. So kann der Mensch nicht essen, ohne der Erde Frucht abzugewinnen, kann nicht arbeiten, ohne ein Fleckchen, auf dem sich rechtmäßig stehen läßt, kann seiner Familie keine Hütte bauen, wenn nur die Vögel sich frei auf den Bäumen niederlassen dürfen, es ihm durch den Nebenmenschen hingegen versagt ist, selbst wenn dessen Besitz größer ist als das *Auge* fassen kann.

Je länger OPPENHEIMER die Soziologie als Wissenschaft betrieb, desto klarer sah er, daß die Menschheit ihr Schicksal nicht mit dem Verstand bestimmen oder ihre Mittel abwägen würde. Vielleicht wird ein Geschichtsbuch des Jahres 3000 für unser Jahrhundert notieren: »Wirtschaftskrisen und Wechsel von der Agrar- zur Industriegesellschaft, begleitet von zwei Weltkriegen und Verdrängung des Landadels aus Staat, Wirtschaft und Gesellschaft«. Gewesenes Leid nimmt sich leichter als das unmittelbar erfahrene oder vorhergesehene. Nur wenn die Köpfe bereits gespalten sind, läßt sich rückblickend sagen: »Was regst Du Dich auf? Es hat sich doch alles von selber geregelt«. Die Selbstregelung der Natur ist grausam; sie besteht aus Fressen und Kampf. Kultur dagegen wäre, den unvermeidlich anstehenden Entwicklungen mit sanfter Geburtshilfe und minimierten Opfern zuvorzukommen.

Aus OPPENHEIMERS Sicht war das europäische Massenschlachten vermeidbar, und das sollte ihn nicht aufregen? Insofern findet sich bei ihm schon ein kleiner Widerspruch, wenn er in der reinen Theorie die Entwicklungsgesetze beschreibt, nach denen die Völker ihre Bahnen ziehen und dann in der Sozialpolitik nicht einsehen möchte, weswegen die Überwindung unhaltbarer Zustände stets nur auf der Ebene niederer Instinkte und konfligierender Interessen erfolgen sollte. Muß die Menschheitsgeschichte unbedingt mit Blut und Tränen geschrieben werden?

Wenn eine rückblickende Forschung nach sorgfältiger Prüfung ergeben würde, daß nach OPPENHEIMERS Plan viel Leid unseres Jahrhunderts vermeidbar gewesen

wäre, dann müßte eigentlich alle Freude darüber, daß die Welt sich auch ohne den Plan gewandelt hat, in Scham angesichts der Opfer ersticken. Indes, selbst wenn man die Gretchenfrage eines »Was-wäre-gewesen-Wenn« scheidet, ist OPPENHEIMERS Gedankengang vom Standpunkt einer *Entwicklungssoziologie* aus betrachtet der Prüfung wert. Unter der Kapitelüberschrift »Was bleibt?« schreibt GYSIN:

„Mir scheint, daß zunächst jedenfalls die wichtige, von OPPENHEIMER mit Leidenschaft vertretene Erkenntnis bleibt, wonach die Klassenschichtung der Hochkulturen *ohne* Einwirkung des politischen Mittels, insbesondere der kriegerischen Gewalt, für welche die »Überlagerungstheoretiker« erdrückendes Material beigebracht haben, gar nicht in den *geschichtlich* festzustellenden Extremformen möglich gewesen wären. Die Klassenstruktur ist daher kein unüberwindbares, mit der Arbeitsteilung feststehendes Schicksal. Sie kann und wird überwunden werden ohne die weitgehend illusionäre Aufhebung der Arbeitsteilung. Und dies sollte im Sinne OPPENHEIMERS nicht in Derivaten des orientalischen Despotismus, sondern mit freiheitlichen Mitteln geschehen.

Viel zu wenig ist in der Kritik an OPPENHEIMER sodann auch die Rolle der Sklaven in der Entstehung der Klassenstrukturen beachtet worden, insbesondere auch nicht an den Exempeln der alten Stromstaaten, in denen es neben Frondiensten an sich freier Bauern auch die Massenausbeutung fremder Arbeitssklaven gab. Daß Schuldknechtschaft, Verbrechen und ähnliche Tatbestände nicht zu stammesieger Sklaverei als Massen- und Dauererscheinung führen, ist auch heute noch anerkannt. Große Sklavenschichten sind immer als Kriegsbeute, Importware und anderen Varianten des politischen Mittels von *außen* her in den eigenen Volkskörper eingeführt worden. Deshalb bedeutet schon das Wort Sklave (Slave) vielfach den Fremden, den Erbeuteten. Daß das römische Reich ein Eroberungsstaat größten Stils war (und wesentliche Spuren davon in christlichen Kirchen hinterlassen hat), wird niemand bestreiten. Er ging seit DIOKLETIAN zu Elementen orientalischer Despotie über. Die Sklaven seiner Latifundien, die bis in die Tausende an Zahl gingen, waren laufend importiert. Und da sich die Indianer der neuen Welt nicht so leicht unterwerfen ließen, importierte man über 3 Jahrhunderte für die im privaten Großeigentum stehenden Plantagen der Südstaaten sowie Lateinamerikas Neger, die durch Araber oder Neger anderer Stämme gejagt waren und auf »christlichen« Schiffen eng gedrängt über den Ozean transportiert wurden. An den Folgen dieser »Unterschichtung« leidet noch heute die Welt.

Auch OPPENHEIMERS Ansicht, daß die prähistorische »Urstruktur« der menschlichen Gruppen eine eher gleichheitliche, jedenfalls keine in *Klassen* gegliederte sei, darf im Prinzip als erwiesen gelten. Der Mensch *muß* zunächst (bevor sich im Spätpaläolithikum höhere Jäger bildeten) als primitiver Sammler und Jäger gelebt haben, in Kleingruppen, in denen es zu wirtschaftlicher Dauerungleichheit wenig Anlaß gab. Und die spezifisch menschlichen Anforderungen der Aufzucht (der Mensch kommt im Gegensatz zum Tier als ein auf die Mithilfe seiner Gruppe *langfristig* angewiesenes Mangelwesen zur Welt) *müssen* auch sozial spezifisch humane Auswirkungen gehabt haben. (...) Gleichheit und Reziprozität ist bei vielen Naturvölkern eine eingefleischte Vorstellung. Sie wird erhärtet durch die Befunde anglo-amerikanischer Forscher über akephale (häuptlingslose) Gesellschaften selbst auf Viehzüchterstufe.

bleibt schließlich noch darauf hinzuweisen, welch überragende Bedeutung die Weiterexistenz massenhaften Großgrundeigentums noch heute hat. Das gilt für Süditalien und Spanien und für die Fernwirkung auf benachbarte Industriestaaten in Form des Fremdarbeiterproblems. Vor allem aber gilt es für den nahen, mittleren und fernen Os-

²⁶⁹ FRANZ OPPENHEIMER: *Siedlungsgenossenschaft*, 2. Aufl., S. III-IV (Vorwort).

ten, für Afrika und Südamerika. Dort ringen u. a. fortschrittliche Priester um die Überwindung der schicksalgläubigen überkommenen Apathie der Landarbeiter selbst. Dort findet, seitdem räumliche Entfernung keine Rolle mehr spielt, die Massenabwanderung von den Regionen des Großgrundbesitzes in die Elendsgürtel der Städte statt. (...) Auch in Südamerika steht allerdings der Eroberungsursprung des Großgrundeigentums außer Frage. Und hier stellen sich die Probleme der Landreform in Menge. Und nicht nur dabei, sondern auch in der Mitbestimmung in Industriebetrieben dürften sich die *genossenschaftlichen* Vorstellungen OPPENHEIMERS als zukunftsfruchtig erweisen ...²⁷⁰

²⁷⁰ ARNOLD GYSIN: Franz Oppenheimer ..., a.a.O., S. 46 ff. Abschrift ohne Fußnoten.

2.3. Theoretische Voraussetzungen

Die Lehre eines ADAM SMITH wurde niemals völlig aufgegeben oder ausschließlich in ihrem Sinngehalt verkehrt, sondern fand auch Schüler, die das kritische Potential aufgriffen. Bei WALTER EUCKEN, ALEXANDER RÜSTOW, FRANZ BÖHM, LUDWIG ERHARD, LEONARD NELSON, JOACHIM TIBURTIUS, ERIK NÖLTING, ERICH PREISER, ADOLF LÖWE, FRIEDA WUNDERLICH, EDUARD HEIMANN (um nur einige der Bekannteren zu nennen) ist der Gedanke erhalten geblieben, daß es eine Gewalt der Herrschenden gegen das Volk gibt, die sich in ökonomischer Hinsicht als eine Verzerrung des feinen Regulativs der Marktwirtschaft auswirkt und diese überschattet. Statt also die freie Marktwirtschaft selber für die negativen Erscheinungen des Kapitalismus verantwortlich zu machen, wird in dieser Schule von der theoretisch denkbaren »reinen Wirtschaft« eine zweite Art der Reichtumserwerbung abgegrenzt: die »politische Ökonomie«. In dieser kommen, grob klassifiziert, all jene Mittel zum Einsatz, die geeignet sind, den »gerechten Tausch« von Leistung und Gegenleistung auf die Dauer zwischen abgrenzbaren Klassen von Wirtschaftspersonen einseitig zugunsten oder zuungunsten einer der Parteien zu verletzen.

Nachfolgend werden jene Bausteine des OPPENHEIMERSchen Systems behandelt, aus denen Hoffnung und Analyse bezüglich der Möglichkeiten einer Sozialen Marktwirtschaft folgern. Ist eine leistungsfähige Wirtschaftsordnung denkbar, in der die »Ausbeutung des Menschen durch den Menschen« marktwirtschaftlich aufgehoben werden kann und sich ein größtmögliches Maß der »Harmonie aller Interessen« einstellt? OPPENHEIMER gibt auf diese Frage eine Antwort, indem er die verschiedenen möglichen Verhaltensweisen des wirtschaftenden Menschen auf die verschiedenen möglichen Systemstrukturen zurückzuführen sucht.

2.3.1. Interessengegensatz und -harmonie als Objekt der Soziologie

Es steht die Behauptung im Raume, daß der Mensch seiner »Natur« gemäß stets nach dem größtmöglichen Vorteil strebt, selbst wenn die Allgemeinheit oder der Nebenmensch zum Opfer dieser Bestrebung wird. Wenn der Mensch so ist, dann ist die aus menschlichem Tun erwachsende Ordnung die »natürliche« und somit auch moralisch hinzunehmende, will man nicht den Menschen in seinem Wesen verbiegen und das höchste Glück der Freiheit den beschränkenden Systemen opfern. Wenn aber die (kapitalistische) Ordnung eine »natürliche« wäre, dann liefen alle Tendenzen auf diese Ordnung zu, und jeglicher Versuch irgendwelcher Philanthropen, sich dem mit verändernden Entwürfen entgegenzustellen, wäre a priori zum Scheitern verurteilt.

Allein *Erziehung* - also Hemmung des Wildwuchses nach bestimmten Mustern - kann nach konservativer Auffassung disziplinierend wirken. Doch bewirkt sie oft nichts anderes, als daß sie den Menschen an bestimmter Stelle verbiegt und seine Welten teilt in eine des gepflegten Scheins und eine der verlogenen Wirklichkeit. So

erschien das Problem der »sozialen Frage« „allen Gesellschaftsreformern, außer MARX, der der modernen soziologischen Auffassung sehr nahe steht, als ein Problem der Erziehung der Vorstellungen und dadurch erst, sekundär, des Willens und stellte sich in folgender Form: »Ist es zu erwarten, daß der empirische Mensch jemals weit genug kommen wird, um ein Gemeinwesen der Freiheit und Gleichheit zu begründen und zu erhalten?« Diese Frage zu bejahen, werden wenige den Mut haben²⁷¹. Von unserem Standpunkt aus stellt die Frage sich aber ganz anders, und zwar wie folgt: »Kann man eine Gesellschaft auf solche Grundlagen stellen, daß jeder Einzelne durch sein Eigeninteresse überall zu einer Handlungsweise getrieben wird, die mit dem Gesellschaftsinteresse solidarisch ist?« Wenn ja, dann brauchen wir uns um Vorstellungen und Wertungen nicht mehr zu sorgen: dann ist der kapitalistische Geist von selbst verschwunden, und der genossenschaftliche Geist der Freiheit und der Gleichheit ist gegeben.“²⁷²

„Offenbar muß das Problem, in dieser Form gestellt, das Grundmotiv aller angewandten Soziologie, aller *soziologischen Kunstlehre*, darstellen, die demgemäß der Hauptsache nach als *Kunst der sozialen Organisation* erscheint.“²⁷³ Ein Instrumentarium als Kunstlehre könnte sie entwickeln, wenn sich bei näherer Untersuchung herausstellen würde, daß »der Mensch als sittliches Wesen ein Produkt der ihm umgebenden Verhältnisse ist«²⁷⁴ und die Verhältnisse ihrerseits gestaltbar sind.

Um dies nochmals zu betonen: Wir befinden uns hier auf dem Gebiet der Gesellschaftstheorie und behandeln Fragen des Wirtschaftssystems. Indem manche Kritiker in gesellschaftstheoretischen Fragen von einer individualistischen Fragestellung ausgehen und etwa »die Moralität des Menschen« erst anhand der Abtreibungsfrage oder der Scheidungsquoten etc. entwickeln, gelangen sie durch *Wertung* zu negativ vorgefärbten Wesens-Annahmen bezüglich wirtschaftlicher Handlungsweisen. Der Fehler der individualistischen Perspektive in der Ökonomie oder Soziologie besteht jedoch darin, daß ein bestehendes ökonomisches System völlig unabhängig von den Willensäußerungen der in ihm lebenden Personen wirkt, die Personen also ständig durch Erfolgs- oder Mißerfolgserfahrung zu einer Verhaltensanpassung verlockt werden. Das Individuum hat gegenüber der übergeordneten Systemkonstruktion und deren impliziter Logik nicht die Freiheitsgrade wie bei einer Verhaltensentscheidung zwischen Individuen gleichen Rechtes oder zwischen Individuen überhaupt. In der Masse der veranlaßten Handlungen, und nur dafür interessiert sich die Soziologie, wird eine bestimmte Systemkonstruktion mit bestimmten Verhaltensausrägungen einhergehen, die einen *Reflex* auf die *Systemkonstruktion* darstellen und als Phänomen nicht dem reflektierenden *Medium* (Mensch) ursächlich zugeordnet werden können²⁷⁵. Selbst wenn es aber einzelne Individuen gibt (und die gibt es immer), die sich entgegen sämtlichen Zwängen und Anreizen

²⁷¹ Querverweis im Zitat: FRANZ OPPENHEIMER: *Siedlungsgenossenschaft*, Vorwort zur 2. Auflage, Jena 1913, S. XIV ff.

²⁷² FRANZ OPPENHEIMER: *System I, Soziologie*, S. 676.

²⁷³ FRANZ OPPENHEIMER: *System I, Soziologie*, S. 676.

²⁷⁴ Vgl. FRANZ OPPENHEIMER: *Siedlungsgenossenschaft*, S. 624.

²⁷⁵ Vgl. Fußnote 534 auf Seite 7 dieser Arbeit und Punkt 1.3.2. ab Seite 7.

verhalten, um unter Opfern eine systemkonträre Position zu behaupten, dann sind die »Widerständler« doch ungeeignet, den individualistischen Standpunkt zu verteidigen. Denn ihre Kraft ist *innerhalb* des Systems gering und berührt dieses ebensowenig wie Späne im Getriebe. Ob Automatik-, Hydraulik- oder Schaltgetriebe, das entscheidet die *Konstruktion* und nicht der Span. Hätte der Span ein »Bewußtsein seiner selbst«, würde er darüber vielleicht anders denken und seine Individualität zu verteidigen suchen. Aber das sind die Größenphantasien des selbstreflexiven Individuums, dem sich die Dimensionen zwischen Ich und Äußerem verschieben, weil das Ich für das Ich einzig real und gewichtig ist, während es in dem Strom der Millionen doch allenfalls zu einem Kieselstein unter Sandkörner anschwillt.

Wir können zum Zwecke der Ausarbeitung einer »Soziologie als Kunstlehre« zwei idealisierte Grundtypen körperschaftlicher Organisation unterscheiden, die mit Zwangsläufigkeit unterschiedliches »sittliches« Verhalten hervorbringen.

- a) Eine zwangsläufig »Unsittlichkeit« herausfordernde Organisation wäre jene, in der das Individuum sich nur behaupten kann, indem es dem Nebenmenschen oder der Allgemeinheit schadet bzw. sich nur nützlich erweisen kann, indem es sich selber schadet. In solch einer Konstellation wird die moralische Qualität des Menschen arg gefordert und in der Masse wohl überfordert, wenn man ihm »Anstand« gegenüber dem Nebenmenschen und der Allgemeinheit abverlangt, weil mit jeder moralischen Handlung das Eigeninteresse verleugnet werden mußte.
- b) Die idealtypisch denkbare Konstruktion mit zwangsläufig sittlicher Verhaltensnormalität wäre entsprechend jene, in der sich eine Schädigung des Nebenmenschen oder der Allgemeinheit nicht auszahlt bzw. nützlich Verhalten gegenüber dem anderen sogar mit Anreizen einhergeht. Auf dieser Ebene ist nicht nur zu erwarten, daß das rational entscheidende Individuum sich in den Dienst der Gemeinschaft stellen wird, sofern die Gemeinschaft dies »entlohnt«, sondern es ist ferner wahrscheinlich, daß alle unsittlichen Handlungen, die sich nicht lohnen, um der sozialen Hochachtung willen ebenfalls unterbleiben.

„»Genossenschaftlicher Geist« und allgemeine »Sittlichkeit« sind identisch. Sie sind abhängig von der Organisation der Körperschaft.“²⁷⁶ Denn das Verhältnis der »Genossenschaft« besteht innerhalb von Menschengruppen stets dort, „wo das Wir-Interesse imstande ist, das Ich-Interesse in seinen Schranken zu halten“²⁷⁷. Und zwischen wirtschaftenden Menschengruppen, die sich als »Gruppen-Ich« mal feindlich und mal friedlich zueinander verhalten, ergibt sich deren Lagerung wiederum unmittelbar aus der Konkurrenzsituation.

Die von OPPENHEIMER an den Zünften und dem Genossenschaftswesen vorgenommenen Untersuchungen haben ihn einen Wirkungszusammenhang erkennen lassen, der möglicherweise den Ausgangspunkt einer »soziologischen Kunstlehre« darstellt und auf dem sich eine »Kunst der sozialen Organisation« entfalten könnte.

²⁷⁶ FRANZ OPPENHEIMER: *Siedlungsgenossenschaft*, S. 624.

²⁷⁷ FRANZ OPPENHEIMER: *System I, Soziologie*, S. 362.

„Soweit ich sehen kann, *ist es hier zum ersten Male gelungen, die Handlungsweise von Menschen als mathematisch streng durch ihre gesamte Umwelt determiniert zu verstehen*, und das erschließt die Aussicht, daß dasselbe auch in anderen Fällen, und vielleicht nicht nur auf dem Gebiete der menschlichen Wirtschaft, gelingen könnte.“²⁷⁸

Das aber hieße, Theorie betreiben, um praktisch handeln und über Systemkonstruktionen befinden zu können (womit ich nicht meine, daß die Marktwirtschaft zur Disposition stünde, sondern das Zusammenspiel von Anreizen und Belastungen untersucht und gegebenenfalls eingerichtet werden sollte).

2.3.1.1. Die Zunft

Bereits unter Punkt 1.1. der Arbeit (↑ 42) wurde darauf hingewiesen, daß die Zunft während der Periode von etwa 1000 bis 1370 alle charakteristischen Kennzeichen eines genossenschaftlichen Zusammenschlusses trug und für OPPENHEIMER somit ein historisches Indiz dafür darstellt, daß *der Mensch* sich den Verhältnissen entsprechend unterschiedlich sozial verhält.

„Warum taucht plötzlich aus dem Chaos des verfallenden Karolingerreichs die mit den freien Marktgenossenschaften zerstampfte Idee der Assoziation wieder auf? Warum beherrscht sie vier Jahrhunderte lang das staatliche, gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben? Warum erstarrt sie auf einmal und wird ein Zerrbild ihrer selbst? Die Wissenschaft hat bisher keine Antwort auf diese Fragen gehabt. Sie hat die Bildung aller dieser Genossenschaften der Fronhöfe, der Ministerialen, der Vasallen, dann des Adels, ferner der Gilden, Fraternitäten, Zünfte und Innungen, schließlich der Städtebünde und Hansen »erklärt« aus dem Vorhandensein eines »genossenschaftlichen Geistes«²⁷⁹; sie hat den Umschwung vom Ende des 14. Jahrhunderts an »erklärt« mit einer »Erstarrung« der alt gewordenen Kultur²⁸⁰. Sie hat in der Freude, daß sich ein Wort zur rechten Zeit eingestellt hat, wo die Begriffe fehlten, gar nicht bemerkt, daß diese Erklärungen Tautologien sind, die gar nichts beweisen; daß sie, um in der Sprache der Logik zu reden, nichts anderes als eine »qualitas occulta« setzen. Vom Standpunkt der richtigen Theorie sind die Dinge sehr leicht zu verstehen: Es gibt keine Bodensperre, und darum keine »freien«, d.h. vermögenslose Arbeiter²⁸¹. Wir haben gesehen, daß in der Landwirtschaft keine, oder doch fast keine freien Arbeiter vorhanden waren, und daß die Löhne der wenigen verfügbaren bis zum Ende unserer Periode andauernd stiegen. Dasselbe läßt sich mit aller Sicherheit von den Städten nachweisen. Auch hier gab es keine oder fast keine freien Arbeiter, und daher keine Möglichkeit, Mehrwert zu beziehen, daher keinen Interessengegensatz zwischen dem einzelnen Meister und seinen Fachgenossen, keinen »feindlichen Wettkampf«, und daher den genossenschaftlichen Geist, der die Zunft groß und blühend gemacht hat, der sich im »friedlichen Wettbewerb« auswirkt.“²⁸²

²⁷⁸ FRANZ OPPENHEIMER: *Das Kapital*, S. 416.

²⁷⁹ Fußnote im Zitat: „z. B. OTTO GIERKE: *Rechtsgeschichte der deutschen Genossenschaft*, Bd. 1, S. 406.“

²⁸⁰ Fußnote im Zitat: „GUSTAV SCHMOLLER: *Tucher und Weber*, S. 471.“

²⁸¹ Querverweis im Zitat: FRANZ OPPENHEIMER: *System III, Theorie*, S. 356.

²⁸² FRANZ OPPENHEIMER: *System IV, Geschichte*, S. 1050.

Die veränderten Marktbedingungen ließen die Harmonie der frühen Epoche umschlagen in eine Disharmonie. Und mit ihr veränderte sich das Verhalten der Menschen. War die Zunft erst offen und versuchte, möglichst jeden Handwerker als Mitglied zu gewinnen, schloß sie sich nun ab. Gewährte sie erst jedem Gesellen ohne vorgeschriebene Lehrzeit und kostspielige Aufnahmezeremonien ein Niederlassungsrecht, sperrte sie sich nach der Wende faktisch durch allerlei Hürden. Wie OPPENHEIMER unter Berufung auf das verfügbare Datenmaterial der Geschichtswissenschaften zeigt²⁸³, fällt der Wendepunkt sozialer Verhaltensnorm dabei genau mit dem Eintritt in die erste kapitalistische Phase zusammen. „Die Datierung ist von hoher Wichtigkeit. Wir haben immer wieder gefunden, daß der absolute rationale Staat und der Kapitalismus Zwillingenbrüder sind. Genau um die gleiche Zeit, um etwa 1360, entsteht in Deutschland der Kapitalismus mit der Sperrung des Bodens gegen die Bauernschaft, der proletarischen Masseneinwanderung in die Städte und der damit zusammenhängenden Degeneration der Zunft aus einer »harmonischen« in eine »disharmonische« Genossenschaft.“²⁸⁴

„Andere Forscher haben hier ein eigenes Problem gesehen. WERNER SOMBART fragt, welche Art von Geistesbeschaffenheit die ersten Menschen gehabt haben müssen, die auf den Gedanken kamen, einen Stamm von Produktionsmitteln »zu verwerten«, wie er sich marxistisch ausdrückt. Mit diesem Gedanken entstand der »kapitalistische Geist«, den er nicht für die Folge, sondern für die Ursache des Kapitalismus hält. Wir haben diese Ansicht in unserer allgemeinen Soziologie²⁸⁵ erörtert und als irrig erwiesen. Wir werden später noch einmal auf den Gegenstand zurückkommen und den Beweis antreten, daß der kapitalistische Geist und sein Antipode, der »genossenschaftliche Geist«, nicht letzte Ursache, sondern die *Folgen* sind einer ganz genau bestimmten Lagerung der beobachteten Gruppen. Diese Lagerung ist uns schon jetzt bekannt: wo infolge von Bodensperre freie Arbeiter als Klasse existieren, besteht der kapitalistische, wo das nicht der Fall ist, der genossenschaftliche Geist.“²⁸⁶

2.3.1.2. Die psychologische Motivation des Wirtes

In seinem wissenschaftlichen »Erstlingswerk« von 1896 entwickelte OPPENHEIMER erstmals anhand einer umfassenden Untersuchung des Genossenschaftswesens den Gedanken betreffend der industriellen Produktivgenossenschaft²⁸⁷. Weil sie sich in der kapitalistischen Ökonomie abschließen muß und in sich den Interessenkonflikt einer Verkäufergenossenschaft trägt, geschieht mit ihr regelmäßig das, was die Theoretiker als »Entartung« beklagten. Und zwar nicht, wie allgemein unscharf angenommen wurde, weil die Genossen schuldhaft unfähig seien, dem »kapitalisti-

²⁸³ Siehe FRANZ OPPENHEIMER: *System IV, Geschichte*, S. 1050 ff.

²⁸⁴ FRANZ OPPENHEIMER: *System II, Der Staat*, S. 582. Ebenso FRANZ OPPENHEIMER: *System III, Theorie*, S. 957 ff.

²⁸⁵ FRANZ OPPENHEIMER: *System I, Soziologie*, S. 676 und S. 778 ff.

²⁸⁶ FRANZ OPPENHEIMER: *Das Kapital*, S. 182 f.

²⁸⁷ FRANZ OPPENHEIMER: *Die Siedlungsgenossenschaft. Versuch einer positiven Überwindung des Kommunismus durch Lösung des Genossenschaftsproblems und der Agrarfrage*. Leipzig 1896.

schen Geist« zu widerstehen, sondern weil die objektiven Bedingungen eine dem genossenschaftlichen Ideal folgende Organisation nicht zulassen. Gesteht man ihr jedoch zu, daß sie sich unter kapitalistischen Bedingungen entfaltet, ohne den Idealen nahezukommen, dann muß man auch konsequenterweise die hohen Erwartungen aufgeben, die, mit dieser Idee verbunden, an die Möglichkeit einer willentlichen Umgestaltung des Kapitalismus geknüpft wurden. Auf dieser Grundlage formulierte OPPENHEIMER sein »Transformationsgesetz« († 300) und zeigt, daß nur die landwirtschaftliche Produktivgenossenschaft eine willentliche Umgestaltung zu seiner Zeit hätte herbeiführen können. Sollte allerdings jemals der Tag kommen, an dem die kapitalistische Ökonomie in eine »reine Ökonomie« verwandelt wird, dann stünden der inneren Harmonie der industriellen Arbeiterproduktivgenossenschaft die *äußeren Verhältnisse* nicht mehr *entgegen*. In der reinen Ökonomie können die großen Betriebe „unter irgendeiner rechtlichen Form faktisch nur Produktivgenossenschaften sein.“²⁸⁸

Die Problematik der Verkäufergenossenschaften in der kapitalistisch-politischen Ökonomie war bei OPPENHEIMER Ausgangspunkt einer Kette von Erkenntnissen. Leitfrage der nachfolgenden Abhandlung ist: Wie kommt man zu einem »friedlichen Wettbewerb« anstelle des »feindlichen Wettkampfes«. Mit dieser Leitfrage denkt OPPENHEIMER von Anbeginn seiner wissenschaftlichen Tätigkeit *zwei* in ihrer sozialen Wirkungsweise entgegengesetzte *Marktwirtschaften*, und nicht nur eine - nämlich die kapitalistische -, wie uns andere Markttheoretiker Glauben machen wollen oder als Lehre weiterreichen. Knackpunkt der denkbaren Alternative und Lösung der Sozialen Frage *mit marktwirtschaftlichen* (statt planwirtschaftlichen) Mitteln *ist die Fallunterscheidung*. Wenn die von OPPENHEIMER eingebrachte Fallunterscheidung zweier Marktwirtschaften mit unterschiedlicher sozialwirtschaftlicher Realität schlüssig ist, dann muß diese in eine allgemeine ökonomische Theorie eingehen. Heutige Theorie der Marktwirtschaft (singular) wäre dann falsch, weil sie nur eine Teiltheorie ist. Sie müßte einer Volltheorie der Marktwirtschaften (plural) weichen, wobei wir bis heute erst zwei Hauptzustände der Marktwirtschaften und verschiedene Varianten staatlich-politischer Interventions- oder Planwirtschaft kennen.

OPPENHEIMERS Gedankengang war folgender:

„Alle Marktwirtschaft ist Konkurrenz. Darum muß sich die grundverschiedene psychologische Motivation des Wirtes in der kapitalistischen gegenüber der reinen Ökonomie am klarsten an der Art der Konkurrenz hier und dort enthüllen. In der Tat waltet hier ein überaus starker Gegensatz: in der reinen Ökonomie *besteht der friedliche Wettbewerb, in der politischen der feindliche Wettkampf*. Ich habe diesen Gegensatz zuerst entdeckt, und zwar bei Gelegenheit einer Untersuchung des Genossenschaftswesens. (...)“

Die althergebrachte Einteilung der theoretischen Nationalökonomie in die Lehren von der Produktion und der Distribution erfüllt die Bedingungen einer guten Spezifikation, eine vollständige Disjunktion darzustellen; sie ist erschöpfend.

²⁸⁸ Vgl. FRANZ OPPENHEIMER: *Das Kapital*, S. 393.

Aus diesem Grunde erscheint die bis auf meine Arbeiten unbestritten geltende, davon abgeleitete, Einteilung der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften in die zwei Gruppen der distributiven und produktiven von vornherein als wohl legitimiert: als Anwendung des beherrschenden Principium divisionis auf einen Spezialfall. Man rechnete von den existierenden sieben Hauptformen der städtischen Genossenschaften nicht weniger als sechs zu der ersten Gruppe, nämlich die Konsum-, Kredit- und Baugenossenschaft und die sozialwirtschaftlich wenig bedeutsamen drei Arten der sogenannten Handwerker-genossenschaft: die Werk-, Rohstoff- und Magazingenossenschaft. Zu der produktiven Gruppe rechnete man nur die eine Form, die Produktivgenossenschaft. Jene beschäftigen sich distributiv, teilen an ihre Mitglieder Lebensmittel, Geld, Wohnungen usw. aus, die letzte ist produktiv tätig. Hier scheint alles klar.

Dennoch ist die Einteilung nicht haltbar. Bei genauerer Betrachtung ordnen sich die Genossenschaften ohne Zwang in zwei ganz anders zusammengesetzte Gruppen, die sich voneinander durch ihren buchstäblich polar entgegengesetzten Entwicklungsgang unterscheiden. Die Glieder der ersten Gruppe weisen in der Mehrzahl der Fälle ein überaus leichtes und schnelles Gedeihen auf, während die der zweiten Gruppe nur in sehr seltenen Fällen zu einem gewissen, immer beschränkten Gedeihen gelangen. - Jene zeigen überall das Bestreben, durch Erleichterung des Beitritts den Mitgliederbestand ad maximum zu vermehren, - diese zeigen in dem Maße, wie sie sich entwickeln, das entgegengesetzte Bestreben, den Beitritt nach Möglichkeit zu erschweren, indem sie sich formell oder doch praktisch sperren, - jene bewahren die der Genossenschaft adäquate sogenannte demokratische Verfassung, - die diese wieder schnell durch eine autokratische ersetzen.

Zu der ersten Gruppe, nennen wir sie vorläufig die »offene«, gehören von den *städtischen* Genossenschaften fünf, nämlich die sämtlichen Glieder der »distributiven« Gruppe mit einziger Ausnahme der Magazingenossenschaft. Diese bildet mit der industriellen Produktivgenossenschaft die zweite, nennen wir sie vorläufig »gesperrte« Gruppe. Merkwürdigerweise aber muß die *landwirtschaftliche* Produktivgenossenschaft von ihrer industriellen Schwester getrennt und der »offenen« Gruppe zugeteilt werden. Und noch merkwürdiger ist, daß eine historische Form der Gewerbenossenschaft, die Zunft, in ihrer ersten Periode, die in Deutschland bis etwa zum Jahre 1400 reicht, der offenen, und in ihrer zweiten Periode, bis zum Beginn der Gewerbefreiheit, der gesperrten Gruppe angehört.

Ein »natürliches System« der Genossenschaften muß diesem vitalen, sozusagen biologischen Gegensatz entsprechen. Darum muß das geltende System, das Zusammengehöriges auseinanderreißt und Fremdartiges zusammenreißt, falsch sein. (...) Man hat mit dem Begriff der »Distribution« eine logische Volte geschlagen. Das Wort als Gegensatz zur Produktion bedeutet die Summe der Gesetze, nach denen sich die *Verteilung* des Gesamtgütevorrats auf die drei sozialen Klassen der vorwiegend von Kapitalgewinn, vorwiegend von Grundrente, vorwiegend von Arbeitslohn lebenden Menschen vollzieht: hier aber ist es in einem ganz anderen Sinne gebraucht. Hier bedeutet es den Akt der *Austeilung* der durch jene Gesetze bestimmten Anteile an die einzelnen. Dieser Akt aber, das ist die übereinstimmende Lehre aller Schulen, ist der letzte Akt der *Produktion*²⁸⁹: Der Schlächter, der ein Stück Fleisch, der Kleinhändler, der Lebensmittel, der Bankier, der Geld an seine Kunden aushändigt, sind sämtlich in dieser Tätigkeit nicht Distribuenten, sondern Produzenten. In dieser Bedeutung sind also Produktion und

²⁸⁹ Fußnote im Zitat: „Das konnte nur verkannt werden, weil man den *ökonomischen* Begriff »Produktion« (»Zu-Markte-Bringen«) mit dem *technischen*: »Erzeugung« verwirrte.“

Distribution nicht Gegensätze, sondern identisch, und es ist nicht angängig, sie als principium divisionis zu verwenden.“²⁹⁰

Der weitere Verlauf der Untersuchung ergibt sich bei OPPENHEIMER aus der unterschiedlichen Interessenlagerung von Verkäufer- und Käufergruppen. Denn die Vereinigungen wirtschaftender Personen lassen sich in ihrer Gruppenpsychologie zwanglos danach einteilen, ob sie »durch gemeinsamen Kauf Waren vom Markte nehmen« oder »im inneren Kreise Waren herstellen, um sie dann zum gemeinsamen Verkauf auf den Markt zu bringen«²⁹¹.

„Der Käufer - wir sprechen hier lediglich vom »letzten« Verzehrter, nicht etwa vom Wiederverkäufer, der eben Verkäufer ist - ist am Preise sehr vieler Waren interessiert, und zwar nicht nur aller derer, die er gewohnheitsmäßig zu seinem Lebensstandard braucht, sondern auch aller derer, die er als Ersatzmittel brauchen kann, wenn eines seiner Bedürfnisse zu hoch im Preise gestiegen ist. Darum ist er, mit Ausnahme des einen extremen Falles einer Hungersnot, durch die Preissteigerung einer dieser vielen Waren niemals in seiner Existenz, sondern immer nur in seinem Komfort bedroht.“²⁹²

Im schärfsten Gegensatz dazu ist das Interesse des Verkäufers - wir sprechen hier lediglich von dem städtischen Verkäufer der kapitalistischen Gesellschaft - mit dem Preise nur weniger, meist einer einzigen Ware und deshalb unlösbar verknüpft: derjenigen, die er herstellt und zum Zwecke des Wiederverkaufes gekauft hat.

Dieses verschiedene Interesse an der einzelnen Ware zeigt sich nun als fernerer Unterschied zwischen Käufer und Verkäufer beim Preiskampf um den Profit.

Der Käufer ist nur an derjenigen Profitsumme interessiert, die auf das Warenquantum fällt, das er selbst verwenden wird; das ist eine individuelle und sehr enge Begrenzung. Der Verkäufer aber ist am Gesamtprofit, d. h. an derjenigen Profitsumme interessiert, die auf das gesamte, von ihm zu Markte gebrachte Warenquantum entfällt. Das ist eine gesellschaftliche und sehr weite Begrenzung, ist für den einzelnen fast unbegrenzt.

Und daraus ergeben sich nun die bedeutsamsten Gegensätze zwischen dem Verhältnis des einzelnen Käufers zu der Gesamtheit der Käufer einerseits - und des einzelnen Verkäufers zu der Gesamtheit der Verkäufer andererseits: Gegensätze, von denen die ältere Doktrin nichts bemerkt hat, die aber für unser Problem von der polar verschiedenen Haltung der Käufer- und Verkäuferverbände entscheidend sind.

Wir werden die Frage an den charakteristischen Grenzfällen studieren, die das Interesse der beiden Kategorien am stärksten anregen: die Psychologie der Käufer bei steigendem, die der Verkäufer bei fallendem Preise.

Bei steigendem Preise hat die gesamte Käuferschaft ein Interesse daran, das Angebot vermehrt oder die Nachfrage vermindert zu sehen. Auf die Mehrung des Angebots hat kein Mitglied der Käuferschaft als solches unmittelbaren Einfluß. Die Gesamtheit kann also von ihren Mitgliedern nicht mehr erwarten, als daß jeder einzelne dasjenige tue, was er allein vermag, nämlich durch Einschränkung seines eigenen Konsums die Gesamtnachfrage so viel wie möglich zu vermindern.

²⁹⁰ FRANZ OPPENHEIMER: *Das Kapital*, S. 410 - 412.

²⁹¹ FRANZ OPPENHEIMER: *Das Kapital*, S. 412 f.

²⁹² Der ab hier folgende Text ist ähnlich in FRANZ OPPENHEIMER: *Das Kapital*, S. 412 ff enthalten. Hier wird ein gekürzter Auszug übernommen, den OPPENHEIMER in seinem *System I, Soziologie*, S. 670 ff zusammengestellt hat. Der gesamte folgende Block ist bis zur Endmarke ein geschlossenes Selbstzitat.

Genau zu dieser Handlung treibt nun den einzelnen Käufer sein privates Interesse, ja, in der Regel ein unwiderstehlicher Zwang. Soll sein Gesamtbudget nicht in Verwirrung geraten, so muß er bei steigendem Preise einer der ihn interessierenden Waren seinen Verbrauch einschränken, indem er entweder weniger davon ankauft oder sich mit Ersatzmitteln behilft.

Gesamtheit der Käufer und Einzelkäufer sind also durchaus solidarisch.

Betrachten wir nun die Verkäuferschaft:

Als Gesamtheit hat sie das Interesse, daß bei sinkendem Preise das Angebot falle oder die Nachfrage wachse. Auf die letztere hat kein Mitglied der Verkäuferschaft als solches unmittelbaren Einfluß. Die Gesamtheit kann also von ihren Mitgliedern nicht mehr erwarten, als daß jeder einzelne dasjenige tut, was er allein vermag, nämlich durch Einschränkung seiner eigenen Produktion das Gesamtangebot so viel wie möglich zu vermindern.

Genau zu einer *entgegengesetzten* Handlung treibt aber den einzelnen Verkäufer sein privates Interesse, ja, in der Regel ein unwiderstehlicher Zwang, nämlich: seine eigene Produktion und dadurch das Gesamtangebot so viel wie möglich zu *vermehrten*. Und zwar aus folgendem Grunde:

Das Einkommen des kapitalistischen Verkäufers (Unternehmers) ist, abgesehen von seinem Unternehmerlohn, das arithmetische Produkt aus zwei Faktoren: der an der Wareneinheit realisierte Profit, multipliziert mit der Zahl der verkauften Wareneinheiten. Er kann diesen seinen »Gesamtprofit« auf zwei verschiedene Weisen vermehren: durch Erhöhung des Preises der Einheit - oder durch Vermehrung der verkauften Einheiten.

Wozu wird er sich bei sinkendem Preise entschließen? Soll er lieber weniger Einheiten zu höherem Preise oder mehr Einheiten zu niedrigerem Preise verkaufen? Welche Handlungsweise gebietet ihm sein Interesse?

Wo der Verkäufer seinen Markt monopolistisch beherrscht, oder wo die Verkäufer sich vertragsmäßig zu einer einheitlichen Produktions- und Preispolitik verbunden haben, wie in Kartellen, Syndikaten und Trusts, wird der Verkäufer den Weg wählen können, die Produktion einzuschränken und den Preis zu halten. Wo aber weder Monopole noch Abrede bestehen, wird er den anderen Weg einschlagen *müssen*. Denn er hat keinerlei Gewähr dafür, daß seine Konkurrenten ihm auf dem ersten Wege folgen werden. Im Gegenteil, er kann fast mit Sicherheit annehmen, daß sie, wenn er seine Produktion einschränkt, ihre eigene um so stärker anspannen werden, um ihren eigenen Gesamtprofit so hoch wie möglich zu halten: dann aber wird er selber weniger Wareneinheiten zu dem geringeren Preise verkaufen, und sein Gesamtprofit wird von beiden Seiten her gemindert. Beschreitet er aber den zweiten, ihm offenen Weg, sein Angebot ad maximum zu vermehren, so hat er die Möglichkeit, seinen Gesamtprofit hochzuhalten, indem er entsprechend mehr Wareneinheiten zu dem gesunkenen Preise anbringt; und hat darüber hinaus die Chance, seine Konkurrenten aus dem Markte zu werfen und das Monopol zu erringen, das ihn allein für alle Zukunft vor der Wiederholung so gefährlicher Komplikationen schützen kann und ihm gestatten wird, die Kriegsentschädigung von dem ihm dann ohne Widerstand ausgelieferten Zehrer einzuziehen. Er wird also in der Regel gezwungen sein, genau das Gegenteil dessen zu tun, was die Gesamtheit der Verkäufer wünschen muß. *Hier sind Gesamtheit und Einzelner nicht solidarisch, sondern ihre Interessen laufen sich schnurstracks entgegen.*

Für die Lehre von der Marktwirtschaft ergibt sich ein Resultat, das weit über die Aufklärung des speziellen Problems hinausgeht, das wir lösen konnten.

Der von uns erschlossene Gegensatz zwischen Käufern und Verkäufern gilt nämlich nicht bloß für die organisierten Verbände, die Genossenschaften, sondern für jedes zufällige Aggregat. Und so fällt von hier aus ein ganz neues Licht auf das Wesen der Konkurrenz im allgemeinen.

Wir beginnen zu verstehen, warum ganz im allgemeinen die Konkurrenz der Käufer einen anderen, ungleich friedlicheren Charakter hat, als die der Verkäufer. Käufer z. B. teilen sich willig günstige Bezugsquellen mit, während Verkäufer alle Vorteile der Produktion und des Absatzes ängstlich geheim zu halten pflegen. Das liegt daran, daß die Verkäufer sich schon unter den gewöhnlichen Verhältnissen der kapitalistischen Gesellschaft in der Lage befinden, in der sich die Käufer nur in dem einen äußeren Falle einer Hungersnot befinden: daß von dem Preise der einen Ware, mit der ihr Interesse unlösbar verknüpft ist, nicht bloß ihr Komfort, sondern ihre Existenz abhängt. Der Unterschied der Motivation und der daraus sich ergebenden Massenhandlung ist so groß, daß man gut tun wird, beides terminologisch zu scheiden, statt es unter dem einen Ausdruck »Konkurrenz« zusammenzufassen und dadurch die charakteristischen Unterschiede zu verwischen und die Verständigung zu erschweren. Ich habe vorgeschlagen, die Konkurrenz, wie sie unter den Käufern herrscht, als den »friedlichen Wettbewerb«, von der anderen Art, dem »feindlichen Wettkampf« zu trennen.«²⁹³

2.3.1.3. Die Bedeutung des Fundes für die Theorie

1898 ging der oben beschriebene Widerspruch unter den Verkäufern ein in die Beschreibung des Mechanismus kapitalistischer Krisen²⁹⁴. Die Erklärung wurde in den folgenden 40 Jahren um weitere Elemente ergänzt und wird unter Punkt 2.4.4. (↑ 219) näher behandelt werden.

Wie bereits angeführt (↑ 139 f), gab der Gedanke zu der Hoffnung Anlaß, daß ein Zustand des gesellschaftlichen Konsens mit Hilfe soziologischer Erkenntnis herstellbar sei und die leidliche Frage nach dem »Guten« oder »Bösen« des menschlichen Wesens ersetzt werden könnte durch die Frage nach den Verhältnissen, die einen und denselben Menschen sich mal »gut« und mal »böse« verhalten lassen.

Mehr noch! Die Hoffnung geht so weit, daß statt einer Erkenntnis *aller* Verhältnisse und deren Wirkung die Erkenntnis lediglich der *ökonomischen* Verhältnisse auszureichen scheint, weil diesen viele andere Bereiche nachfolgen. Die Frage nach der Möglichkeit einer »reinen Ökonomie«, die OPPENHEIMER als Überwindung der »kapitalistischen Ökonomie« gilt, wird für ihn deswegen geradezu eine Schlüsselfrage. Man müßte die Fundamente verstehen, auf denen die beiden Formen der Marktwirtschaft ruhen und die Verfahren zur Überführung von dieser in jene finden. So lautet die Aufgabe. Ihr Lohn wäre die Wiedergewinnung des gesellschaftlichen Konsens, der in der kapitalistischen Ökonomie systemimmanent fehlt. OPPENHEIMER beschreibt die Bedeutung seines Fundes:

„Die praktische ist, daß hier die Bedingungen exakt aufgezeigt waren, unter denen der »Consensus« einer menschlichen Gruppe besteht, und ebenso diejenigen, unter de-

²⁹³ FRANZ OPPENHEIMER: *System I, Soziologie*, S. 670 - 673.

²⁹⁴ FRANZ OPPENHEIMER: *Großgrundeigentum*, S. 153 ff.

nen er unmöglich ist. Denn der »genossenschaftliche Geist«, der beim friedlichen Wettbewerb herrscht, ist mit dem Consensus eines und dasselbe. Und da die Bedingungen des friedlichen Wettbewerbes durch die Beseitigung der Monopole ohne weiteres hergestellt werden können, so scheint sich hier der Anfang des Weges zu eröffnen, der aus der furchtbaren Zwietracht unserer Zeit heraus zu einer neuen Eintracht führen könnte. Damit wäre die eine, praktische Aufgabe gelöst, die die Begründer der Soziologie, ST. SIMON und COMTE, ihr stellten: aus dem Dissensus dieser kritischen Periode des Kapitalismus den Weg zu finden, der vorwärts, nicht etwa rückwärts, zu einem Consensus führt, wie ihn das hohe Mittelalter, und gerade die Zunfzeit in ihrer Blüte, besessen hat.«²⁹⁵

„Aber nicht minder scheint hier der erste entscheidende Schritt zur Lösung der von diesen Männern gestellten theoretischen Aufgabe der Soziologie getan zu sein: die Gesetze der geschichtlichen Handlungen zu finden. Denn hier war es zum erst Male gelungen, die historische Handlung unzähliger Menschen, moderner Genossenschaftler und mittelalterlicher Zunfmeister, mit mathematischer Genauigkeit aus ihrer sozialen und ökonomischen Lagerung abzuleiten.«²⁹⁶

2.3.2. Ursprung und Entwicklung der Klassen

Die »kapitalistische Ökonomie« der industriellen Ära gilt OPPENHEIMER in sozialer Hinsicht als Fortsetzung eines uralten innergesellschaftlichen Grundkonfliktes mit neuen Mitteln. Der Übergang vom Feudalkapitalismus zum Industriekapitalismus betont aus seiner Sicht eher die unglückseligen Kontinuitäten denn das Ausmaß eines tatsächlich »revolutionären« Wandels. Viel zu voreilig haben sich die liberalen Neuerer auf die Schultern geklopft und ihr Werk als vollendet betrachtet, nämlich unmittelbar nachdem ihnen die wirtschaftliche Macht in der Gesellschaft zugefallen war und sie fortan alle Vorteile, die aus der alten Gesellschaftsordnung resultierten, für sich vereinnahmt hatten. Daß der Mensch nunmehr als »frei« betrachtet werden konnte, galt den liberalen Idealisten als höchster Wert. *Aber »Freiheit« bedarf des Eigentums (und der Bildung), damit das Individuum unabhängig (oder nur in freiwilligem Zusammenschluß mit anderen) seine physische Reproduktion bewerkstelligen kann.* (↑ 38)

Die Scheidung der Gesellschaft in Besitzende und Besitzlose, in wirtschaftlich Freie und Abhängige blieb von der liberalen Wende unangetastet. Die im feudalen Raum (und Vorzeit) herausgebildete Chancenverteilung und Schichtung der Stände ging ohne irgendwelche »revolutionären« Brüche in das »neue Zeitalter« über. Kein Großgrundbesitzer wurde in Deutschland peinlichen Fragen nach der Herkunft seines Besitzes ausgesetzt; es fanden noch lange keine öffentlichen Diskussionen über die Sozialschädlichkeit dieses Teiles der alten Feudalordnung statt; unter preußischer Rechtshehoheit wurde weder die überkommene Vermögensordnung berührt, noch veränderte sich bei der Besetzung leitender Positionen in der Staats-

²⁹⁵ FRANZ OPPENHEIMER: *System I, Soziologie*, S. XIX.

²⁹⁶ FRANZ OPPENHEIMER: *System I, Soziologie*, S. XX.

verwaltung und dem Militär schlagartig etwas an der bevorzugt »adeligen« Herkunft der staatstragenden Diener²⁹⁷.

Zwar war in Sachen »persönlicher Freiheit« ein großer Schritt getan worden, und ferner wechselte eine Reihe großer Vermögen ihren Besitzer. Der aufgestiegene Bildungsbürger, »Revolutionär« seiner Zeit, konnte dem konservativen Landadel, der sich auf die neuen Techniken des Vermögenserwerbs meist weniger gut verstand, den Rang ablaufen. Die aufstrebenden Bürger hatten per Kreditvergabe schon seit Aufhebung des kanonischen Zinsverbotes zunehmend Anteil an den »Rechten« der alten Grundherren und konnten mit zunehmender industrieller Produktion den Überhang dienstbarer Arbeitskräfte bald selber verwerten. So trägt die »Revolution« vom sozialökonomischen Standpunkt aus betrachtet alle Kennzeichen einer *Umwälzung* gegebener (Un-)Ordnung, nicht hingegen einer Revision der ihr innewohnenden Beuterechte. Treiber und Jäger tauschen die Plätze, während man weiterhin ein Wild jagt und den unterschichtigen Menschen als solches versteht.

Wir haben es hier wohlgemerkt stets mit *Prozessen* zu tun, innerhalb derer jede Interessengruppe während eines historischen Momentes in einem bestimmten Licht erscheint. Den »Proletarier«, »Bürger«, »Kapitalisten« etc. des Jahres 1840 gibt es heute nicht mehr, so wie es die Verhältnisse, aus denen er hervorging, nicht mehr gibt. Wohl aber gibt es eine Geschichte und Tradition, in der die eine Person in fünfter Generation als Erbe auf eine proletarische Abstammung zurückblickt und die andere Person Erbe von Feudalgütern, elterlichen Bildungsvorsprungen, gesellschaftlichen Einflusses oder sonstiger Vorzüge ist. Zwischen den fünf Generationen vom Anbeginn des industriellen Frühkapitalismus bis zur Gegenwart liegen *Welten und Kontinuitäten zugleich*. Und dies gilt natürlich auch bezüglich der unmittelbar vorangegangenen Perioden des Industriekapitalismus. Sowohl unterliegen die Verhältnisse und Menschen ständigen Veränderungen (wodurch sie gegenüber ihren Vorfahren ungleich werden) als auch sind diese Veränderungen *Abfolgen*, die in ihrem Inneren auf generationenübergreifend Wirkendes zurückgehen. Es widerspricht dem Aspekt der Kontinuität bei soziologisch relevanten Größenordnungen der Masse nicht, wenn sich bei Individuen biographische Diskontinuitäten erheblichen Ausmaßes einstellen. Jede Gesellschaft mit großen inneren Spannungsfeldern ist geeignet, einzelne Atome in ihrer Polarität extrem umschlagen zu lassen. Nur bedeutet die Loslösung eines Einzelnen von seinem angestammten Sitz, der für das Individuum revolutionär ist, keine Negation des Spannungsfeldes, sondern allenfalls einen winzigen Schritt zu dessen Entkräftung.

²⁹⁷ „Der Feudaladel, ausserordentlich zahlreich und zum Teil sehr reich, wurde offiziell als der »erste Stand« betrachtet. Er lieferte die höchsten Regierungsbeamten und war fast ausschließlich im Besitz der Offiziersstellen in der Armee.“ Angabe von MAX QUARCK für die Zeit um 1850 in: ders., Die erste deutsche Arbeiterverbrüderung, Leipzig 1924, S. 7. Siehe auch ECKART KEHR: Zur Genesis der preußischen Bürokratie und des Rechtsstaates. Ein Beitrag zum Diktaturproblem. In: Hans-Ulrich Wehler (Hg.): Moderne deutsche Sozialgeschichte. Köln 1974, S. 37 - 54 (original 1932).

Für die Erben bestimmter Vorfahren gilt, daß sie weder bezüglich der übertragenen Vorzüge noch deren moralische Lasten persönliche »Schuld« tragen. Während man die Vermögensübertragung in Erbfolge jedoch gerne sichert und annimmt, steht es um die Lasten nur selten günstig bzw. wird gerade in traditionalistischen Kreisen versucht, Geschichte durch wohlklingende Mythen zu schönen. Das ist psychologisch verständlich und verdirbt zugleich die gute Theorie, der es weniger darauf ankommt, daß die einzelnen Individuen mit Stolz auf ihre Ahnenreihe zurückblicken können, als vielmehr darauf, den Entwicklungsprozeß der Gesellschaft zu verstehen. Dieser Entwicklungsprozeß erscheint jedoch unter entgegengesetzten Vorzeichen, wenn nicht der postulierte Mythos einer auf Freiheit und Gleichheit beruhenden Urgesellschaft zugrundegelegt wird, die sich durch Fleiß und Einsatz bürgerlicher Tugenden in heutige Verhältnisse ausdifferenziert hat, sondern wenn man von dem ausgeht, was tatsächlich am Anfang jeder Staatsgeschichte steht: Eroberung und Unterwerfung. Keine extremere Klassenscheidung ist denkbar als die Scheidung zweier Volksgruppen auf gleichem Territorium nach Siegern und Besiegten. Keine krassere Scheidung wirtschaftlicher Ausgangslagen ist denkbar als diejenige der nach Eroberungsrecht Bevorrechtigten und der nach Eroberungsrecht Vorverpflichteten. GYSIN hat oben († 137) auf die *Unterschichtung* durch die Sklavennahme hingewiesen, die als *Überlagerungstheorie* bei der Erklärung der Klassenentstehung ihren Platz gefunden hat. Stets finden wir *Gewalt* als maßgeblichen Bestandteil der Menschheitsgeschichte, so daß es einem seltsam anmutet, mit welcher Anstrengung manche Leute gerade davor ihre Augen verschließen. Aus diesen Anfängen sind die Staaten als gesplante Gesellschaften bzw. Klassenstaaten mit Klassenrecht entstanden. OPPENHEIMER gab den Vorgängen des Anfangs die Bezeichnung »Erbsünde«²⁹⁸. Seitdem dreht sich alles Ringen freiheitlicher Denker und sozialer Bewegungen darum, die Verletzung der Gerechtigkeit durch die ursprüngliche Gewalt der Anfänge wieder auszuheilen.

Dies ist der Kerngedanke der »soziologischen Staatsidee«, wie sie von dem Grazer Staatsrechtslehrer LUDWIG GUMLOWICZ in den Mittelpunkt seines Systems gestellt wurde²⁹⁹ und den OPPENHEIMER aufgegriffen und um die staatswirtschaftlichen Aspekte ergänzt hat. Wenn man so will, dann ließe sich diese Theorie als eine »optimistische« kennzeichnen, denn alle Grobheiten liegen darin am Anfang der Staatsentstehung, während jedes Jahrhundert fortschreitender Demokratisierung und Emanzipation der Unterworfenen zur Aussöhnung der ursprünglich durch Gewalt gesplante Gesellschaft führt. Demgegenüber sind die von einem Urkommunismus oder der durch »Leistung« ausdifferenzierten Ungleichheit ausgehenden Ansätze entgegengesetzter Tendenz. Ihr Ausgangspunkt ist wohl ein harmonischer, doch muß ihnen jedes gegenwärtige Zwischenstadium der Entwicklung negativer erscheinen, sei es als »unvermeidliches kleinstes Übel« oder als Vorstufe totalen Zusammenbruchs. Obgleich es hier um Plausibilität geht und nicht um die

²⁹⁸ Vgl. FRANZ OPPENHEIMER: Der Staat und die Sünde. In: Deutsche Zeitung für Spanien, Barcelona 1926, Heft 231, S. 1 - 2, Heft 232, S. 1 - 3, Heft 233, S. 1 - 2.

²⁹⁹ Vgl. LUDWIG GUMLOWICZ: Ausgewählte Werke, Bd. 1: Geschichte der Staatstheorien. Innsbruck 1926.

mehr oder weniger wohlgefälligen Implikationen eines Ansatzes, so muß man doch anmerken, daß eine harmonistische Verfälschung historischer Gegebenheiten Stagnation oder gar Depression verursacht, während ein dissonanter Startpunkt letztlich eine fortschrittsfähige Perspektive eröffnet.

2.3.2.1. Herrschaft und Genossenschaft

Bei dem Gegensatzpaar »Herrschaft« und »Genossenschaft« handelt es sich „nicht im mindesten um einen bildlichen Ausdruck, sondern um die allerwirklichste Wirklichkeit, die sich denken läßt. Denn die Genossenschaft und die Herrschaft sind Organisationen des Wir-Interesses dort und des Ich-Interesses hier, der Gleichheit dort und der Ungleichheit hier, der friedlichen Kooperation dort und der Ausbeutung hier: und diese Organisationen bestehen aus lebendigen Menschen mit Herzen, die ihre Rechte wissen und leidenschaftlich begehren, mit Hirnen planen, und mit Fäusten - und oft mit Waffen in den Fäusten -, die zugreifen, um sich zu nehmen oder zu verteidigen, was sie für ihr Recht halten. Und diese Menschen, in ihren Gruppen oder Parteien organisiert, schlagen die friedlichen und blutigen Schlachten der Geschichte. Nichts wirklicheres ist zu denken.“³⁰⁰

„Nur dem Genossen gegenüber besteht die Pflicht, seine persönliche Würde zu achten, nur der Genosse hat daher gegen den Genossen Rechte. Aber gegenüber den »Ungenossen« gibt es weder Recht noch Pflicht. Wer nicht zu »Uns« gehört, wird vom Wir-Interesse nicht ergriffen: im Gegenteil, *ihm stellt sich das Gruppen-Wir als »Gruppen-Ich« ausschließend entgegen*; und was für die Gesamtheit gilt, das gilt auch für die einzelnen.“³⁰¹

„Die Gruppe als Ganzes, und infolgedessen jeder einzelne aus der Gruppe, zieht im Konflikt die eigenen Interessen denen des oder der Fremden unbedingt und ohne Abwägung vor. Er erkennt ihnen gegenüber keine Pflicht an und räumt ihnen daher keine Rechte ein. Sie sind ihm in keiner Hinsicht »Rechtssubjekte«. Er nimmt bedenkenlos und mit dem besten Gewissen ihr Leben und ebenso bedenkenlos ihr Gut, ihre eigene Arbeitskraft eingerechnet, letztere wenigstens von dem Augenblicke an, wo er sie »ausbeuten« kann, weil ein Vermögensstamm besteht, der ohne die Verfügung über fremde Arbeitskraft nicht über eine gewisse Größe wachsen kann. Das aber ist erst auf der Stufe der Hirten und höheren Fischer der Fall: hier erst finden wir das Wesen der Sklaverei und bald auch des ausbeutenden Wuchers an den eigenen Stammesgenossen, der regelmäßig aus der Gewöhnung an die Ausbeutung Fremder folgt.“³⁰²

„Was das Verständnis dieser Dinge so überaus erschwert, sind zwei Umstände, ein psychologischer und ein sachlicher. Der psychologische Umstand beruht in der »persönlichen Gleichung« der meisten Schriftsteller. Alle »bürgerliche Soziologie«,

³⁰⁰ FRANZ OPPENHEIMER: *System I, Soziologie*, S. 367.

³⁰¹ FRANZ OPPENHEIMER: *System I, Soziologie*, S. 362.

³⁰² FRANZ OPPENHEIMER: *System I, Soziologie*, S. 365.

Ökonomik und Historik, beruht auf der Annahme, daß Führerschaft ohne weiteres in Herrschaft übergeht, und mehr noch: daß Herrschaft normalerweise immer aus Führerschaft entsteht: das ist das »Gesetz der ursprünglichen Akkumulation«, (...), die These, daß alle Klassenverschiedenheit sich ohne Einwirkungen äußerer Gewalt aus Verschiedenheiten der wirtschaftlichen Begabung entwickelt haben. Die bürgerliche Wissenschaft kann dieses ihr Grundaxiom nicht aufgeben, ohne sich selbst aufzugeben. (...) *Sachlich* sind zweitens, die Dinge so schwierig zu durchschauen, weil fast immer *eine* »Genossenschaft« die Herrschaft über eine *andere* Genossenschaft ausübt. Ein wanderndes Volk oder eine auf Raub und Eroberung ausziehende Kriegertruppe, beides unter Führerschaft stehende »Genossenschaften«, unterwirft ein anderes Volk, setzt sich als Adel darüber, und richtet seine Herrschaft über ihm auf, als ein auf die Dauer berechnetes Verhältnis. Es geschieht mit Notwendigkeit, daß die gleiche Person oder der gleiche »Stab«, der die siegreiche Genossenschaft »führt«, in ihrer Vertretung, zunächst als ihr Beamter, die besiegte Genossenschaft »beherrscht.“³⁰³

„Herrschaft soll heißen eine Beziehung SOZIALER KLASSEN, d. h. eine auf Dauer gemeinte Beziehung zwischen RECHTSUNGLEICHEN, einer Herrenklasse oben und einer Unterklasse unten. Sie ist eine »legitime Ordnung«, die »Geltung« besitzt. Diese Ordnung ist im positiven Recht und der Verfassung gesetzt und durch die Machtmittel der Herrenklasse (weltliche und bald sehr mächtige geistliche) »garantiert.“³⁰⁴

Damit wendet sich OPPENHEIMER in diesem Punkt gegen MAX WEBER und die von ihm geprägte Definition. Er wirft WEBER vor, die Begriffe »Führung« und »Herrschaft« miteinander verwirrt zu haben³⁰⁵. Hinzu kommt meines Erachtens, daß WEBER die Begriffe »Macht« und »Herrschaft« von vornherein nicht als *gesellschaftliche* Kategorien erfaßt, sondern vom Standpunkt des Individuums und dessen Durchsetzungsfähigkeit aus betrachtet. Er schreibt:

„Macht bedeutet jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht.“

Und er führt weiter unten aus:

„Der Begriff »Macht« ist soziologisch amorph [gestaltlos; ohne ausgeprägte Eigenschaften oder Merkmale; W.K.]. Alle denkbaren Qualitäten eines Menschen und alle denkbaren Konstellationen können jemanden in die Lage versetzen, seinen Willen in einer gegebenen Situation durchzusetzen.“

Von hier aus begründet WEBER die von ihm gewählte Definition des Herrschafts-Begriffes *mit der Notwendigkeit einer Präzisierung* gegenüber dem inhaltlich unbestimmten Macht-Begriff.

„Der soziologische Begriff der »Herrschaft« muß daher präziser sein und kann nur die Chance bedeuten: für einen Befehl Fügsamkeit zu finden.“

³⁰³ FRANZ OPPENHEIMER: *System I, Soziologie*, S. 373.

³⁰⁴ FRANZ OPPENHEIMER: *System I, Soziologie*, S. 374.

³⁰⁵ Vgl. FRANZ OPPENHEIMER: *System I, Soziologie*, S. 369.

Also in Definitionsform:

„Herrschaft soll heißen die Chance, für einen Befehl bestimmten Inhaltes bei angebbaren Personen Gehorsam zu finden; ...“³⁰⁶

Nach meinem Verständnis erscheint die von WEBER gesetzte Definition als Variation eines a priori als Herrschaft gedachten Verhältnisses, dem der Gegenbegriff fehlt. Dagegen könnte man bei einer soziologischen Grundfigur zunächst eine vollständige Disjunktion der Begriffe erwarten, sprich: eine Differenzierung der Erscheinungen nach Herrschaft und nicht-herrschaftlicher (An-) Ordnung sowie in einem zweiten Schritt die Angabe, welche *gesellschaftlichen* Verhältnisse das eine von dem anderen scheiden. Diesen Weg hat OPPENHEIMER beschritten, indem hier das Verhältnis unter Rechtsungleichen, dort das Verhältnis einer geeinten sozialen Gruppe festgestellt wurde, in der hier das Prinzip der Herrschaft, dort das der Führerschaft gilt.

„Wo wir von Gewalt ohne weitere Zufügung sprechen, meinen wir im zwischen-gesellschaftlichen Leben den rücksichtslosen Kampf vor allem der Waffen, aber auch der List, und die Handelspolitik, und im innergesellschaftlichen Leben das *Verbrechen* im Sinne nicht des Strafgesetzbuchs, sondern der wahren Gerechtigkeit.

In diesem Sinne ist »Gewalt« wohl eine der wichtigsten, *Gesellschaft bildenden*, aber noch keine *gesellschaftliche* Beziehung. Um dazu zu werden, muß Gewalt sich »mit einem Tropfen demokratischen Öls salben«, muß aus dem Verhältnis der Gleichheit und der Anerkennung die unerlässlichsten Elemente in sich aufnehmen. Und dadurch wird Gewalt zu *Macht*.“³⁰⁷

„Sie muß Recht im positiven Sinne werden, daß heißt, soziologisch gesehen, muß es dahin bringen, daß die »subjektive Reziprozität³⁰⁸« zustande kommt: und das ist nur möglich durch gesetzliche Beschränkung der Gewalt und Übernahme gewisser Pflichten als Gegenleistung für die beanspruchten Rechte. So wird Gewalt zur Macht, und es entsteht ein »Übermachtverhältnis«, das nicht nur von den Unteren für den Ausdruck gerechter Reziprozität gehalten wird.“³⁰⁹

Der WEBERschen Macht-Definition stimmt OPPENHEIMER unter dem Vorbehalt zu, daß „von einer »sozialen Beziehung« bei reiner Gewaltanwendung noch keine Rede sein kann.“³¹⁰ Genau an dieser Stelle trennen sich aber auch die Wege von WEBER und OPPENHEIMER, denn von einem »gleichviel, worauf diese Chance beruht« kann bei OPPENHEIMER keine Rede sein. Es macht bei ihm einen empfindlichen Unterschied aus, ob Befehle Gehorsam finden aufgrund vorgesellschaftlicher

³⁰⁶ MAX WEBER: Soziologische Grundbegriffe. Tübingen (1921) 1981, S.89 (§ 16).

³⁰⁷ FRANZ OPPENHEIMER: *System I, Soziologie*, S. 376.

³⁰⁸ Der Begriff steht bei OPPENHEIMER für die vom Individuum so gesehene subjektive Gerechtigkeit. „Wir treten bescheidenlich ins rein Theoretisch-Soziologische zurück, wenn wir fortan nicht mehr von objektiver Gerechtigkeit, sondern von der *subjektiven Überzeugung* der Gesellschaftsglieder sprechen werden, daß in ihren Wechselbeziehungen Gerechtigkeit bestehe oder nicht bestehe. Wir wollen diese Gerechtigkeit mit einem möglichst farblosen Ausdruck »*Reziprozität*« nennen.“ FRANZ OPPENHEIMER: *System I, Soziologie*, S. 396.

³⁰⁹ FRANZ OPPENHEIMER: *System II, Der Staat*, S. 322.

³¹⁰ FRANZ OPPENHEIMER: *System I, Soziologie*, S. 377.

Gewaltanwendung, ob aufgrund eines gesellschaftlich implementierten und auf Dauer angelegten Übermachtverhältnisses zwischen Herrschern und Beherrschten oder aufgrund freiwilliger Gefolgschaft und Führerschaft innerhalb eines genossenschaftlichen Personenverbandes. Man mag einwenden, WEBER habe diese Differenzierung bei der Unterscheidung seiner Autoritätstypen berücksichtigt. Dem ließe sich zustimmen, und dennoch bleibt, daß er die Chancen individuellen Handelns nicht auf die unterschiedlich gegebenen *gesellschaftlichen* Verhältnisse zurückführt und somit von WEBER eine personenbezogene Sichtweise geprägt wurde, von der aus sich eine strukturbezogene, *gesellschaftstheoretische* Klärung der Herrschaftsverhältnisse nicht diskutieren läßt.

Es erscheint mir übrigens typisch, daß gerade *Genossenschaftstheoretiker* in diesen Dingen besonders sensibel sind. OTTO GIERKE hat die vollständige Disjunktion der Begriffe vor Lebzeiten WEBERS und OPPENHEIMERS in seinem Werk erfaßt³¹¹. Und jüngst hat ROBERT HETTLAGE das Thema erneut aufgegriffen. Er schreibt über MAX WEBER:

„Das Werk MAX WEBERS kreist um das Grundthema Rationalität und Herrschaft. Er fragt nach den Entstehungsbedingungen des abendländischen Rationalismus und dessen Ausprägungen in der modernen Gesellschaft.

Er zeigt auf, daß der Zwang zur rationalen Lebensführung sich »absolut unentrinnbar« in einem spezifischen Herrschaftstypus, der anstaltsmäßigen Verwaltungsstruktur, niederschlägt. Dadurch entfallen persönliche Herrschaftsverhältnisse (...), aber nicht zugunsten von Herrschaftsfreiheit, sondern nur zugunsten einer anderen Art von Herrschaftsbeziehung, der unpersönlichen:

Rationale Organisation hat Herrschaft nicht aufgehoben, sondern nur verschoben. Zwischenmenschliche Herrschaftsverhältnisse sind es allemal, handele es sich nun um einen Verein, eine Sekte, eine Partei, einen Betrieb oder um den Staat. Überdies - so seine feste Überzeugung - sind die großen gesellschaftlichen Leistungen immer das Werk von Minderheiten oder gar Einzelner, die sich zur Durchsetzung ihrer Ziele die notwendige Gefolgschaft verschaffen. Mag formal und offiziell auch Majoritätsherrschaft bestehen, »in Wirklichkeit (ist) die Herrschaft stets eine Minoritätsherrschaft ... Eines oder einiger irgendwie im Wege der Auslese oder der Angepaßtheit an die Aufgaben der Leitung dazu befähigter Personen ...« *Trotz* satzungsgemäßer, legaler, rationaler Verwaltung von Parteien, Betrieben usw. hat doch jedes Leitungsgremium »Befehlsgewalt«; und obgleich jedes Organisationsmitglied nur der unpersönlichen (Rechts-)Ordnung zu gehorchen hat, steht doch der Gehorsam im Vordergrund.

Deshalb hat WEBER sich auch für die heutigen Fragen der Wirtschaftsdemokratie nicht nur nicht sonderlich interessiert, er hat die Bestrebungen der Herrschaftsminimierung, Machtverteilung, Machtkontrolle und »Demokratisierung« sogar mit Spott bedacht.“³¹²

³¹¹ OTTO GIERKE: Das deutsche Genossenschaftsrecht. Bd. I: Rechtsgeschichte der deutschen Genossenschaft. Berlin 1868.

³¹² ROBERT HETTLAGE: Genossenschaftssoziologie. Ein verdrängter Ansatz wirtschaftssoziologischer Forschung. In: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Bd. 31, 1981, S. 279 - 295, hier S. 281. Abschrift ohne Fußnoten und weiterführende Quellenangaben.

Hier scheint doch wohl eine gewisse Voreinstellung hinter der unvollständigen Disjunktion der Begriffe bei MAX WEBER zu stehen. Wenn man aber von einem Gegensatzpaar wie etwa Schwarz und Weiß eine Seite eliminiert, Weiß also als »Unschwarz« definiert, dann ist eben alles Weiße ein graduell unterschiedlich vollkommenes Schwarz, das 100 %ige Weiß ein 0 %iges Schwarz. „Nicht zuletzt WEBERS dominierendem Einfluß auf die moderne Soziologie dürfte es deswegen zuzuschreiben sein, daß das Denken in Herrschaftskategorien so überwertig wurde und den ursprünglich als soziologischen Kontrast-Terminus verstandenen Begriff der »Genossenschaft« von der Bildfläche verdrängte.“³¹³ Interessanterweise hat sein Bruder ALFRED WEBER die problematische Seite der Medaille entpersönlicher Herrschaftsbeziehungen nachdrücklich thematisiert³¹⁴, in der Bürokratie auch einen „Feind breitgelagerter Eigeninitiative und Selbstgestaltung des menschlichen Lebens“ (S. 48) erkannt und den „praktischen Nihilismus“ (S. 84) als gefährliche Massenlagerung des Abendlandes bezeichnet. Der von ALFRED WEBER promovierte FRANZ KAFKA malte gar in düsteren Schilderungen die ganze Problematik eines faschistisch-totalitären Staatswesens aus³¹⁵. Und auch OPPENHEIMERS Voreinstellung steht den preußischen Realitäten bekanntlich scharf entgegen. „Der Mensch ist nicht gut und nicht böse, er folgt dem Gesetz des geringsten Widerstandes. Je nachdem die Verhältnisse sind, benimmt er sich anständig oder unanständig; Macht wird immer mißbraucht: Darum soll man nicht versuchen, die Menschen zu bessern, sondern soll die Verhältnisse ändern, soll Macht ausrotten.“³¹⁶ Dazu bedarf es jedoch einer anderen Organisation mit anderem Ordnungsprinzip: die Genossenschaft, hier verstanden als Verband der freiwillig Assoziierten und in ihrer historischen Bedeutung als Gegenbegriff:

»Genossenschaft« bezeichnet eine horizontale Sozialbeziehung zwischen Menschen. „Sie beruht auf einem Verhältnis grundsätzlicher Parität, wie Herrschaft auf Über- und Unterordnung.“³¹⁷

2.3.2.2. Die Entstehung der Staaten

Einen weiteren Schritt in der OPPENHEIMERSchen Theorieentwicklung stellt dessen Auseinandersetzung mit dem Wesen und Inhalt des Staates dar. Wir hatten auf

³¹³ ROBERT HETTLAGE: Genossenschaftssoziologie, a.a.O., S. 282.

³¹⁴ Vgl. ALFRED WEBER: Der dritte oder der vierte Mensch. Vom Sinn des geschichtlichen Daseins. München 1963

³¹⁵ Vgl. ASTRID LANGE-KIRCHHEIM: Franz Kafka »In der Strafkolonie« und Alfred Weber »Der Beamte«. In: Germanisch-Romanische Monatsschrift, N.F. 27, 1977, S. 202 - 221. ASTRID LANGE-KIRCHHEIM: Alfred Weber und Franz Kafka. In: Eberhard Demm (Hg.), Alfred Weber als Politiker und Gelehrter, Stuttgart 1986, S. 113 - 149. VOLKER KRUSE: Soziologie und »Gegenwartskrise«. Die Zeitdiagnosen Franz Oppenheimers und Alfred Webers. Wiesbaden 1990, speziell S. 374 f.

³¹⁶ FRANZ OPPENHEIMER: *Lebenserinnerungen*, S. 106.

³¹⁷ Vgl. und Zitat GERHARD DILCHER: Die genossenschaftliche Struktur von Gilden und Zünften. In: Berent Schwineköper (Hg.), Gilden und Zünfte, Sigmaringen 1985, S. 71 - 111, hier S. 74.

S. 69 dieser Arbeit bereits das Problem des MÜNCHHAUSENS formuliert, wonach der scheinbare Gegensatz von Staat und Markt aus Sicht politischer Verhältnisse und wirkender Interessenlagen gar keiner ist; die wechselseitige Disziplinierung also daran erinnert, wie MÜNCHHAUSEN sich am eigenen Schopf aus dem Sumpf zieht. An dieser Stelle nähern wir uns der Figur von einer anderen Seite. Sie wird zeigen, daß der Staat als Instrument des organisierten Klassennutzens tendenziell Feind des Bürgers und einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaftsordnung ist und nur dann den von Philosophen formulierten Idealen entsprechen kann, wenn er ganz und gar Mittel einer politisch formierten Gesellschaft wird. In diesen Sätzen liegen Mahnung und Aufruf eng nebeneinander, so daß OPPENHEIMERS Ausführungen einerseits der naiven Leichtgläubigkeit ins Wort fallen, andererseits dem Desillusionierten realistische Wege weisen.

Das von OPPENHEIMER 1908 herausgegebene Büchlein »Der Staat«³¹⁸ ist in viele Sprachen übersetzt worden und in einer Endfassung von 860 Seiten in das »System der Soziologie« eingegangen. Es ist in der Kurzfassung von 1908 eine der lesenswertesten Veröffentlichungen OPPENHEIMERS. Ich entnehme ihr und der Endfassung einige Passagen zur Darstellung der Grundidee.

„Diese Abhandlung spricht von dem geschichtlichen Staat. (...) [Sie spricht] nicht von »den« Staaten: die sind der Gegenstand der Historik, sondern von »dem« Staate: sie will ihn als *allgemeine* gesellschaftliche Erscheinung in seiner Entstehung und seiner Entfaltung bis zum neuzeitlichen Verfassungsstaat verfolgen; (...) Das heißt: sie betrachtet den Staat vom Standpunkt des *Soziologen*. Nicht von dem des Philosophen: denn der interessiert sich nur für den Staat, wie er sein soll. Aber der Staat, wie er war und ist, der geschichtliche Staat, sagt z. B. FICHTE, »geht den Erleuchteten gar nichts an«. Auch nicht vom Standpunkt des Juristen: denn ihn interessiert nur die äußere *Form*, während der Soziologe den *Inhalt* der Staatsgesellschaft verstehen will.

Aus diesem Grunde scheiden alle Staatsrechtslehren aus unserer Betrachtung von vornherein aus. Aber nicht minder zeigt eine schnelle Übersicht der eigentlichen Staatstheorien, daß wir von ihnen über Entstehung, Wesen und Zweck des Staates keine Aufklärung erwarten dürfen. Sie stellen alle Schattierungen dar zwischen den äußersten denkbaren Extremen. Wenn ROUSSEAU den Staat aus einem Gesellschaftsvertrage, CAREY aber aus einer Räuberbande entstehen läßt; wenn PLATON und die Marxisten dem Staate die Omnipotenz zuschreiben, ihn zum absoluten Herrn des Bürgers in allen politischen und wirtschaftlichen, PLATON sogar in den geschlechtlichen Beziehungen erheben will, während der Liberalismus ihn zur Impotenz des »Nachtwächterstaates« verdammt, und der Anarchismus ihn gar gänzlich ausrotten will - dann ist ein Versuch, auf der mittleren Linie zwischen solchen sich ausschließenden Lehren zu einer zureichenden Auffassung des Staates zu gelangen, aussichtslos.

Dieser unversöhnliche Zwiespalt der Theorien vom Staate erklärt sich daraus, daß keine von ihnen vom soziologischen Gesichtspunkte aus entstanden ist. (...) Wir müssen fragen, welche Eigenschaften zu dem Begriff des Staates als solchem wesentlich gehören, und können die Antwort auf diese Frage nur finden, wenn wir womöglich alle

³¹⁸ FRANZ OPPENHEIMER: Der Staat. Eine soziologische Studie. 1. Aufl. 1908, Neuauflage Berlin 1990. Es war nach OPPENHEIMERS Kenntnis bis 1928 in englisch, französisch, serbisch, ungarisch, japanisch, russisch, hebräisch und yiddisch erschienen, wobei es unautorisierte Übersetzungen gab, von denen OPPENHEIMER mehr zufällig erfahren hat.

Staaten der Vergangenheit und Gegenwart daraufhin betrachten, welche Eigenschaften sie sämtlich besitzen. (...)

Ältere staatsphilosophische Systeme haben den Versuch einer solchen umfassenden Abstraktion gemacht und sind zu dem noch heute vielfach gelehrten Ergebnis gelangt, daß das Wesen des Staates das einer Schutzanstalt sei: der Grenzschutz nach außen, der Rechtsschutz nach innen sei seine *ratio fiendi et essendi*. So sagt GROTIUS: »Der Staat ist eine vollkommene Verbindung freier Menschen, welche sich des Rechtsschutzes und des Nutzens wegen zusammengetan haben.« Und in der Tat hat die Anschauung einen richtigen Kern: aber sie ist nicht vollständig. Sie hat einen wichtigen, allen Staaten gemeinsamen Charakterzug übersehen: jeder Staat der Vergangenheit und Geschichte, dem dieser Name unbestritten zukommt, jeder Staat vor allem, der in seiner Entwicklung zu höheren Stufen der Macht, der Größe und des Rechtmäßigkeit weltgeschichtlich bedeutsam geworden ist, war oder ist ein *Klassenstaat*, d. h. eine Hierarchie von einander über- und untergeordneten Schichten oder Klassen mit verschiedenem Recht und verschiedenem Einkommen.

Unsere Erörterung wird zeigen, daß dieser Zug der wichtigste, der entscheidende, der *primäre* Charakter des Staates ist, aus dem allein seine Entstehung und sein Wesen erkannt werden kann; sie wird es nämlich klar machen, daß die Schutzfunktion des Staates nach innen und außen verstanden werden muß als *sekundäre*, von der Oberklasse im Interesse ihrer Herrschafts- und Einkunftsrechte übernommene Pflicht. Der Staat entsteht nicht im Interesse der Schutzfunktion, sondern es entsteht umgekehrt die Schutzfunktion im Interesse des schon bestehenden Staates.

Damit haben wir bereits die Erklärung für die auffällige Tatsache erhalten, daß die bisherigen Staatstheorien so sehr von einander verschieden sind. Sie sind sämtlich *Klassentheorien*! Eine solche aber ist nicht Ergebnis des forschenden Verstandes, sondern des begehrenden Willens; sie braucht Argumente nicht zur Ergründung der Wahrheit, sondern als Waffen im Kampfe um materielle Interessen; sie ist nicht Wissenschaft, sondern Mimicry der Wissenschaft. Und darum können wir wohl aus dem Verständnis des Staates das Wesen der Staatstheorien, aber nimmermehr aus dem Verständnis der Staatstheorien das Wesen des Staates erkennen.³¹⁹

Das Wesen des Staates, seine Entstehung und Ursprung stehen nun zu der Figur der von OPPENHEIMER beschriebenen »politischen« Ökonomie wie ein siamesischer Zwilling. Wie aber die Klassentheorien einen Nebel über das Wesen des Staates legen, so legt das gleiche Interesse einen Nebel über den Ursprung der wirtschaftenden Klassen. Als bestätigender Zwischenrufer sei hier ALFRED VIERKANDT angebracht:

„Es muß heute als sicher gelten, daß der Staat im engeren Sinne überall durch Eroberung und Gewalt entstanden ist. Auf friedlicherem Wege ist die Menschheit nie über die Idylle des demokratischen Gemeinwesens hinausgekommen, das höchstens ein paar tausend Seelen umfaßt, eine Staatsgewalt kaum kennt, die gesellschaftliche Ordnung vielmehr dem Druck der öffentlichen Meinung und der Selbsthilfe überläßt. Nur Gewalt und Eroberung haben an ihrer Stelle größere Gebilde, zugleich aber auch den Gegensatz von Eroberern und Unterworfenen innerhalb desselben Staates und Volkes ge-

schaffen. In dem Gegensatz der Klassen wird gewissermaßen die Rücksichtslosigkeit des Eroberertums verewigt.“³²⁰

Der Staat beruht demnach auf keiner Verbindung ausschließlich freier Menschen, sondern umhüllt freie und unfreie Menschen eines Hoheitsgebietes. OPPENHEIMER:

„Im primitiven Eroberungsstaat besitzt eine kleine kriegsfrohe, enggeschlossene und -versippte Minderheit die Herrschaft über ein bestimmtes Gebiet und seine Bewohner. Sie ist Anwendung der Ursprungsnorm und der schon aus ihr entsprungene sekundären Normen, eines durch Gewohnheit gewordenen *Rechts*, das die Vorrechte und Ansprüche der Herren und die Gehorsams- und Ehrenpflichten der Untertanen derart regelt, daß die Prästationsfähigkeit möglichst nicht leide. Also durch Gewohnheitsrecht festgelegtes »Imkertum«. Der Leistungspflicht der Bauern entspricht die Schutzpflicht der Herren, die sich auf verbotene Handlungen der eigenen Klassengenossen ebenso erstreckt wie auf Angriffe der äußeren Feinde.

Der Inhalt der Herrschaft ist außer den erwähnten, nicht sehr bedeutungsvollen Ehrenrechten der oberen und den entsprechenden Pflichten der unteren Klasse die *Verteilung* in jenem dreifachen Sinne. Von allem Anfang an wird das *Eigentum* - und hier gibt es in der Regel kein anderes als Grundeigentum mit seinem Zubehör an Menschen, Gebäuden, Vieh usw. - entweder ganz den Herrn vorbehalten, oder sie nehmen sich Großeigenen, wo den Unteren nur Kleineigenen gestattet ist. Die *Arbeit* in der gesellschaftlichen Kooperation wird derart verteilt, daß alle angenehme und leichte Arbeit (hier Jagd, Krieg, politische Tätigkeit im Rate, als Gesandte, als Beamte) den Herren vorbehalten bleibt, während alle schwere, lästige, schmutzige, gesundheitsschädliche Arbeit der Unterklasse zufällt. Und der *Ertrag* der gesellschaftlichen Kooperation wird derart verteilt, daß die Unterklasse womöglich auf die Dauer nur den Notanteil der Bienen, den ganzen Rest aber der Bienenvater erhält. Das aber heißt auf dieser Stufe: der Bauer, ob formell frei oder unfrei, Höriger oder Sklave, gibt einen Teil seiner Arbeit oder seines Arbeitserzeugnisses unentgeltlich hin, unter irgendeiner Rechtsform, sei sie das Eigentum des Sklavenbesitzers am Produkt seines Sklaven, sei sie die Rechtspflicht der Fronarbeit und die Abgabe, die der Hörige von seinem Grundstück zu zinsen hat, sei sie ein Pachtvertrag, den der landlose Landbedürftige mit einem der Herren des ganzen *gesperrten* Gebietes abzuschließen gezwungen war: unter dem Monopolverhältnis.“³²¹

Der Staat und das Klassenmonopolverhältnis entstehen *in einem Zuge*. Sein erstes ökonomisches Monopol ist die Aufteilung des eroberten Bodens unter den Eroberern. Deswegen entsteht mit dem Staat auch die politische Ökonomie der Eroberer, in der Besitzrechte und Abgabepflichten so geregelt sind, daß die Untertanen dem Herren zur Hebung von dessen Lebenskomfort dienen.

„Der Staat entsteht im Zeitalter der Wanderung und Eroberung« (WILHELM WUNDT) im Gegensatz zu der genossenschaftlichen Gesellschaft der Frühzeit als »Politische Gesellschaft«, als Organisation der Bewirtschaftung des Menschen durch den Menschen, kraft des Rechtes des Schwertes und der Gewalt. Dieses Verfahren gilt damals nicht nur den Siegern, sondern auch den Unterworfenen als »Recht«: es traf die Besiegten kein Unrecht, sondern nach ihrem Gefühl nur ein »Unglück«, weil sie die Schwächeren wa-

³¹⁹ FRANZ OPPENHEIMER: Der Staat. Eine soziologische Studie. Berlin 1990, S. 11 - 13.

³²⁰ ALFRED VIERKANDT: Machtverhältnis und Machtmoral, Berlin 1916, S. 5.

³²¹ FRANZ OPPENHEIMER: *System II, Der Staat*, S. 325.

ren. Es hat lange gedauert, bis im Altertum sogar die Sklaven selbst die Sklaverei als eine Verletzung des Sittengesetzes anzuschauen lernten! Und noch bis über die Mitte des 19. Jahrhunderts hinaus haben die christlichen und meist aufrichtig frommen Sklavenhalter der nordamerikanischen Südstaaten die Sklaverei als eine unzweifelhaft gerechte und mit den göttlichen Geboten übereinstimmende Institution angesehen und mit der ehrlichsten sittlichsten Empörung gegen die als Rechtsbrecher gehäßten Abolitionisten verteidigt.

Wir müssen den allergrößten Wert auf die Feststellung legen, daß die Errichtung des Staates und der Klassenherrschaft und Ausbeutung in ihrem Ursprung durchaus »unschuldig« waren. Denn nur dadurch kann das alte Problem, ob der Mensch von Natur aus »gut« ist, wie die Stoa und die neuere Moralphilosophie seit SHAFESBURY lehren - oder »schlecht«, wie EPIKUR und das Christentum lehren, zur Entscheidung gebracht werden. Ist das letztere der Fall, dann kann nur eine starke Autorität, die ihr Amt unmittelbar aus göttlicher Verleihung ableitet, durch Zwang den »Consensus« herbeiführen und aufrechterhalten: eine Theokratie, wie sie PLATON in seiner Politeia konstruierte, und wie sie der Katholizismus zu verwirklichen trachtete. Ist aber das erste der Fall, so kann man die Gesellschaft ruhig der eigenen Entwicklung überlassen.

In dem durch Gewalt begründeten Staate leben nun die beiden Gruppen nebeneinander, und ein neues Wirbewußtsein bildet sich aus, aber nur innerhalb der Grenzen des durch die Verfassung und das in ihr rechtlich festgelegte Klassenverhältnis gespannten Rahmens. Mit anderen Worten: der Ausbeutung werden gewisse rechtliche und sittliche Schranken gesetzt, aber sie wird nicht an sich als Unrecht empfunden, und niemand denkt daran, sie abzuschaffen. Die Menschen der Unterklasse werden zwar nicht mehr ganz und gar als bloße Sachen angesehen, aber sie werden auch nicht als Vollpersonen anerkannt: sie sind minderen Rechtes und daher minderer Würde.

Das heißt: es gilt in jeder politischen Gesellschaft die Bewirtschaftung der Menschen der Unterklasse durch die Vollbürger der Oberklasse in den vom Gesetz und der geltenden Sitte gezogenen Grenzen als *erlaubtes* Mittel der Bedürfnisbefriedigung. Und darum ist das politische Mittel ein Inbegriff wirtschaftlicher Handlungen und als solcher der Gegenstand der theoretischen Ökonomik. Und zwar desjenigen Teiles dieser Wissenschaft, die wir als die »politische Ökonomik« von der »reinen« Ökonomik zu unterscheiden vorschlagen.³²²

2.3.2.3. Die »Krankheit« der Gesellschaft

Was OPPENHEIMER wünscht, ist die Aufhebung der »Ausbeutung des Menschen durch den Menschen« und die Lösung der »sozialen Frage«. Seine Vorgehensweise bleibt die des Arztes: „hier ist ein kranker Organismus: wo steckt die »causa morbi« und die »sedes mali«, die Ursache und der Sitz des Übels?“ († 120)

OPPENHEIMERS Vorstellung einer »Krankheit« der Gesellschaft muß in einem übertragenen Sinne als »Störung« von etwas verstanden werden, dessen unbeeinträchtigt Zustand als Norm im Raume steht. Doch auch dem Mediziner fällt es schwer, einen Begriff der »Gesundheit« zu definieren. Behelfsmäßig geht er deswegen über die doppelte Negation und faßt als »gesund« jenen auf, bei dem sub-

jektiv empfundene und objektiv feststellbare Krankheitsbilder fehlen³²³. Ähnlich verfährt OPPENHEIMER, wenn er die »Gesundheit« einer Gesellschaft an dem Grad ihres verwirklichten »Consensus« bzw. dessen Störung mißt. Wenn ein Konsens vorliegt, gibt es wohl noch immer Personen, die um ihres Vorteils willen klagen werden, aber man wird die Klagen aufgrund einer subjektiv breit verankerten Gerechtigkeitvorstellung zurückweisen können und unbeschadet dürfen, weil der Kläger im Grunde selber weiß, daß die Forderung der Vorteilmahme willen gestellt wurde.

OPPENHEIMER hat den Zustand eines erfüllten Konsens über die »subjektive Reziprozität« der Urteilenden definiert³²⁴, wodurch er dem Streit um eine abstrakt niemals feststellbare »objektive Gerechtigkeit« ausweicht. Von diesem Standpunkt aus ist die »soziale Frage« in ihren verschiedenen Fassungen an näher bestimmte Erscheinungen geknüpft und Ausdruck einer »als nicht gegeben angenommenen subjektiven Reziprozität«, also eine Beschwerde über die »Nichtübereinstimmung von sozialer Idee und vorgefundener Wirklichkeit« († 36). Die Reklamation wird dadurch »Krankheitsäußerung«; die empirischen Erscheinungen werden *Symptom*. Ob die Krankheitsursache erkannt wird oder die Krankheit heilbar bzw. hinzunehmen ist, steht auf einem anderen Blatt. Erst einmal kommen wir in den Gesellschaftswissenschaften angesichts tiefsitzender Vorbehalte gegenüber »Werturteilen« gar nicht umhin, uns das Recht auf normative Aussagen zu erstreiten.

Der »soziale Kesseldruck«, den OPPENHEIMER wissenschaftlich »sozialer Gradient« nannte († 196), ist mit geeignetem Instrument quantifizierbar wie jede Situation gegeneinanderstrebender Kräfte. Einem gewissen Druck und Zug hält jede Materie und jedes Gemüt stand, das sind die Belastungs- und Toleranzwerte. Jenseits der Bruchgrenze kommen die Dinge dann allerdings explosionsartig in Bewegung und streben nach einem neuen/anderen Ruhezustand. Der geplatze Kessel ist Ausdruck eines überlasteten Kessels in neuem Zustand.

Für die »Krankheit« der Gesellschaft steht nun folgendes:

„Mit der Einordnung von Ungenossen in die eigene Gruppe haben wir bereits die Grenze überschritten, die die Vorgeschichte von der Geschichte trennt. Die »politische Gesellschaft« oder der »Staat« im soziologischen Sinne sind entstanden, und damit sahen wir bereits eine neue Form der gesellschaftlichen Beziehung, eine *Mischform*, entstehen: den Wucher. Die Noxe ist in den bisher gesunden Körper der Gemeinschaft eingedrungen; wie - nach MAETERLINCK - Arbeitsbienen, die ein einziges Mal einen schlecht behüteten Stock der Nachbarschaft ausgeplündert haben, für immer zu Raubbienen geworden sind, die die friedliche Arbeit verschmähen, so sind hier Menschen durch die Gewohnheit der Ausbeutung von Ungenossen dazu gelangt, auch Genossen gegenüber die Gerechtigkeit zu verletzen. Und dieses Verhältnis nimmt auf viel höherer Stufe den Charakter der einzigen Art der Konkurrenz an, die, wie so viele andere, TOENNIES kennt: des feindlichen Wettkampfes, sei er durch eine Ordnung geregelt oder

³²³ Vgl. FRANZ OPPENHEIMER: Wissen und Werten. In: derselbe, Wege zur Gemeinschaft, München 1924, S. 1 - 9. Ebenso: FRANZ OPPENHEIMER: Praktische Ökonomik und Volkswirtschaftspolitik. In: Annalen der Naturphilosophie, 1913, S. 307 - 351.

³²⁴ FRANZ OPPENHEIMER: *System I, Soziologie*, S. 396. Siehe auch Fußnote 308 auf Seite 7 dieser Arbeit.

³²² FRANZ OPPENHEIMER: *System III, Theorie*, S. 198.

nicht. Das ist aber nur möglich, weil sich durch die Unterwerfung von Menschen durch Menschen und namentlich von Gruppe durch Gruppe eine ganz neue Art der Gesellschaft gebildet hat: die *Klassengesellschaft*. Zum ersten Male tritt das große Phänomen der *Herrschaft* in die Geschichte ein. Und fortan ist die Geschichte der Kampf zwischen ihr und der Genossenschaft oder, anders ausgedrückt, zwischen dem Wir- und dem Ich-Bewußtsein.“³²⁵

In dieser Phase der Staatenentstehung haben die Akteure keinen Begriff einer »Schuld«, weil sie sich als Ungenossen gegenüberstehen und einander als Rechtspersonen nicht anerkennen. Es gibt somit keine moralische *Alternative* zu dem geschilderten Entwicklungsprozeß; der Sklave ist dem Hirtenkrieger mehr Tier als Mensch, eben »Wirtschaftsgut«. Und die Klage des Versklavten lautet zunächst nicht auf Unrecht, sondern auf Unglück.

Auf den ersten Schritt der unmittelbaren Gewaltanwendung folgt für die Herrenklasse als kleineres Mittel ihrer Bedürfnisbefriedigung die Errichtung einer auf Dauer gemeinten Ordnung. Aus Gewohnheiten werden »Rechte«, aus Gewalt wird Herrschaft. Zu diesem Zwecke wird der Unterworfenen erstmals Rechtssubjekt, wenn auch in völlig unterlegener Position. Schutz nach außen und vor Übergriffen der Herrenklasse selber folgen, und es vermischen sich die Stände unter anderem, weil die Männer der Herrenklasse besitzergreifend gegenüber den besonders gesunden oder schönen Frauen der Unterklasse auftreten, während ansonsten strikte Klassengrenzen gelten. An dieser Stelle kommt jener Prozeß einer Bewußtwerdung in Gang, an dessen Ende der Anspruch auf Gleichheit der Menschenwürde und Aufhebung verzerrender Standesunterschiede steht. Erst durch die Vermischung von Herr und Unterworfenem, durch Einsetzen erster wechselseitiger Achtung als Mensch, durch Errichtung erster Genossenschaften zwischen zuvor Rechtsungleichen entsteht der Begriff eines »Unrechtes« oder einer »Schuld«, mit dem die Unterklasse nun die Herrschaft der Oberklasse und ihre Vorrechte angreift. Es folgen die Konflikte zwischen Konservatismus und Progression in dem Heilungsprozeß sowie die Umkämpfungen der Stände, von denen mal dieser, mal jener die Oberhand gewinnt und die im Staate und seiner Verfassung angelegten Herrschaftsinstrumente zum eigenen Vorteil ausnutzt.

„(...): der historische Staat ist eben nicht »Gemeinschaft«, nicht die Urform der Wir-Beziehung, sondern eine *Mischform* aus Gewalt und Recht, aus Wir- und Ich-Interesse, eine »Spottgeburt aus Dreck und Feuer«. HEGEL, wie nach ihm TOENNIES und SPANN und so viele andere, ist dem Irrtum zum Opfer gefallen, der den historischen Staat ohne fremde Einwirkung aus der Liebesgemeinschaft der Familie durch bloße Erweiterung hervorgehen läßt. Hier müssen wir wenigstens für uns terminologische Klarheit schaffen. Wir nennen »*Staat*« nicht das Sein-Sollende, sondern das Seiende, nicht das Ideal, sondern das historische Gebilde, jene Mischform, die, aus Gewalt entstanden, sich mit der Vernunft in Gestalt des Rechtes, der »Machtregelung«, vermählt hat. Wir nennen »*Gesellschaft*« die gegen den Druck der Herrschaft ankämpfende, handelnde Gemeinschaft, d. h. die Genossenschaft, aber unterscheiden auf das Klarste die noch vom Staate beherrschte, ihrer »Noxe« noch nicht ledige, seiende, *krank*e Gesellschaft, die Gesell-

schaft schlechthin im Sinne von STEIN und TOENNIES; - und die von der Vernunft geforderte, sein-sollende, *gesunde* Gesellschaft, QUESNAYS »ordre naturel«, DÜHRINGS »Normalität«, NELSONS »gesellschaftlichen Rechtszustand«, unsere »Freibürgerschaft«. Wo wir von Gesellschaft schlechthin sprechen, haben wir die Massenkräfte im Sinne, die vom Rahmen des Staates eingezwängt sind, sich in ihm entwickeln, und ihn in unendlichen Kämpfen umzuformen bestrebt sind. Wo wir aber diesen - logischen wie historischen - Gegensatz zum Staate nicht im Auge haben, werden wir von der »bürgerlichen Gesellschaft« oder der »Gesellschaft im Sinne von TOENNIES« hier - und von der reinen oder gesunden Gesellschaft oder der Gesellschaft im Sinne von TOENNIES' Gemeinschaft oder der Freibürgerschaft sprechen.“³²⁶

2.3.3. Die Mittel wirtschaftender Bedürfnisbefriedigung

Wir wechseln erneut die Ebene und kommen zurück zur eigentlichen Ökonomie. In dieser geht es nun darum, daß der Mensch unter Einsatz des kleinsten (zulässigen) Mittels zum Zwecke der Befriedigung seiner Bedürfnisse tätig wird.

Man hat unter dem Begriff der »wirtschaftlichen Bedürfnisbefriedigung« lange Zeit stillschweigend verstanden „eine Befriedigung wirtschaftlicher Bedürfnisse durch wirtschaftliche Mittel, d. h. durch Tausch oder Arbeit; jetzt zeigte sich, daß die Befriedigung wirtschaftlicher Bedürfnisse auch durch nicht-wirtschaftliche Mittel, durch Gewalt und Unterwerfung, nicht nur vorkommt, sondern historisch eine außerordentlich große Rolle spielt.“³²⁷

Wir haben oben (↑ 158) die Perspektive einer Geschichtsschreibung der Staaten eröffnet, die sich ergibt, wenn man statt von »Rassengegensätzen«, »Herrschertrieb« und »Heroensagen« auszugehen, die *wirtschaftliche Bereicherung des Siegers* als treibende Kraft der Gewaltanwendung in und durch Staaten denkt. Würde man die jüngere deutsche Geschichte einmal unter der Perspektive eines durch Not und Systemversagen begünstigten organisierten Raubmordes nach innen und außen betrachten, ergäbe sich in vielerlei Hinsicht ein schlüssigeres Bild, als mit Ansätzen eines »Hitlerismus« oder sonstigen Fanatisierungs»theorien« gemeinhin geboten wird. Unter dieser Perspektive erscheint die Verwilderung eines Volkes zuallererst als abhängige Variable einer funktionierenden oder gestörten Erwerbsorganisation.

Was in Kriegszeiten als Motiv in Reinform hervortritt und sein Mittel in der rohen Gewalt findet, ist in Friedenszeiten *als Motiv* nicht minder vorhanden: die Suche nach dem kleinsten zulässigen Mittel. In dieser Formel variiert nicht »das kleinste Mittel« *als Motiv*, sondern das als »zulässig« empfundene. Hat sich eine Mehrheit etwa darauf eingeschworen, dem Juden sein Hab und Gut zu rauben, dann ist es fortan aus der Sicht jedes einzelnen Akteurs »zulässig«, mit Mitteln gegen den Juden vorzugehen, die unter Rechtsgleichen als Verbrechen oder zumindest unfair gelten würden. Effekt ist, daß ein gering talentierter »Deutscher«, der im freien Wettbewerb gegen einen intelligenten Deutschen jüdischer Religions-

³²⁶ FRANZ OPPENHEIMER: *System I, Soziologie*, S. 393.

³²⁷ FRANZ OPPENHEIMER: *System I, Soziologie*, S. XVIII.

³²⁵ FRANZ OPPENHEIMER: *System I, Soziologie*, S. 366.

zugehörigkeit nicht konkurrieren konnte, nunmehr durch Umgehung des Leistungswettbewerbes, Denunziation oder Gewalt an dessen Posten kommt.

Das Motiv der fleißlosen, gewalttätigen Bereicherung erscheint so als die ewig treibende Kraft aller Unkultur, während die arbeitsame, gewaltlose Gütererzeugung als eine tugendhafte Qualität menschlicher Hochleistung abgegrenzt werden müßte. Damit hätten wir den von OPPENHEIMER gesehenen Dualismus entwickelt, wie er die Völker-, Staaten-, Gesellschafts- und Wirtschaftsgeschichte durchzieht. In der einen Form stehen sich Genossenschaften *gegenüber*, die des Ungenossen Rechte nicht anerkennen, schwirren die Pfeile und donnern die Kanonen. In der anderen, in der sich die wirtschaftlichen Beziehungen so weit entwickelt haben, daß die Personen in Rechtsbeziehungen zueinander stehen und jeglicher physische Kampf als unzulässig gilt, da sind Pfeil und Kanone entsprechend auch keine zulässigen Mittel des Kampfes mehr. Wenn wir aber Frieden und Krieg als Verhaltensform auf dem Gebiet der Wirtschaft weiterhin gegeben sehen, Pfeil und Kanone aber nicht mehr Inbegriff der Gewaltmittel sind, dann fragt sich, welches die friedlichen und welches die kriegerischen *wirtschaftlichen* Mittel sind, die wir auf dem Kriegsschauplatz der Wirtschaft voneinander zu unterscheiden haben.

Die Antwort auf diese Frage ist als Idee in die bundesdeutsche Fassung einer Sozialen Marktwirtschaft eingegangen. Antikartellgesetze, Kartellamt und Monopolkommissionen treten immer wieder in Erscheinung, wenn über Unternehmensfusionen und »marktbeherrschende Stellungen« öffentlich und gutachterlich gestritten wird. Die Tatsache eines Problembewußtseins in diese Richtung geht, wie LUDWIG ERHARD von sich bekundet, nicht unerheblich auf das theoretische Wirken FRANZ OPPENHEIMERS zurück. ERHARD schrieb:

„Als mir im Jahre 1948 der Auftrag zuteil wurde, das deutsche wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Leben aus dem völligen Zusammenbruch heraus neu zu ordnen, war ich mir über eines klar: Die praktischen Bilder und Modelle der Vergangenheit reichen zu einer Lösung nicht aus. Das erste, was ich aufgegriffen habe, war der leidenschaftliche Kampf gegen Monopole und gegen die mannigfachen wettbewerbshemmenden und verfälschenden Bindungen, die menschliche Abhängigkeiten und Unfreiheiten schaffen. Aus dieser Haltung heraus wurde das deutsche Kartellgesetz oder besser gesagt Antikartellgesetz geprägt. Auch meine Einstellung zur »Macht« hat ihre Wurzel in der geistigen Haltung von FRANZ OPPENHEIMER. Ich meine damit nicht nur die wirtschaftliche Macht, ich meine auch die politische Macht. Nicht, daß ich an die Verbrechen einer tragischen Vergangenheit erinnern möchte, - nein hier handelt es sich darüber hinaus um ein modernes gesellschaftspolitisches Problem überhaupt.“³²⁸

Dennoch weichen die gesellschaftlich gewordenen Realitäten von der ursprünglichen theoretischen Grundlage erheblich ab, besonders weil zwischen Idee und Umsetzung in der Politik stets noch die konkreten Machtverhältnisse und Interessenlagen stehen. Eine tiefergehende Gegenüberstellung des im Kartellrecht manifestierten Problembewußtseins mit der OPPENHEIMERSchen Theorie läßt sich hier

³²⁸ LUDWIG ERHARD: Geleitwort zu FRANZ OPPENHEIMER, *Lebenserinnerungen*, S. 5. Leicht überarbeiteter Auszug der Rede zu OPPENHEIMERS 100. Geburtstag, vgl. LUDWIG ERHARD: Gedanken aus fünf Jahrzehnten. Düsseldorf 1988, S. 858 - 864, hier S. 862.

aus Gründen der thematischen Abgrenzung nicht entwickeln. Die Gelegenheit sei somit lediglich genutzt, um auf die tiefere Bedeutung des Themas hinzuweisen. Hier werden wir nur die eine Seite, OPPENHEIMERS Theorie, darstellen können.

2.3.3.1. Exkurs: Die Lehre von der »ursprünglichen Akkumulation«

Die Lehre von der »ursprünglichen Akkumulation« erfüllt als Ideologie in den Wirtschaftstheorien etwa dieselbe Funktion wie die oben (↑ 158) behandelte Legitimationslehre des Staates. Deswegen hat OPPENHEIMER ihr große Aufmerksamkeit gewidmet, und es versteht sich fast von selbst, daß wir die Kontroverse um dieses Bollwerk bürgerlichen Selbstverständnisses kurz betrachten. Von einer Klärung dieses Punktes hängt die Berechtigung des Glaubens an eine entwicklungsfähige Organisation der Wirtschaftsgesellschaft ab. OPPENHEIMER schreibt:

„Das ist die Lehre von der »previous accumulation«, der ursprünglichen Akkumulation, die z. B. TURGOT und ADAM SMITH ausführlich vortragen (SMITH gab ihr den Namen), die dann einem MALTHUS die Argumente lieferte, um alle sozialistischen Pläne als Utopie zu brandmarken, und die bis auf den heutigen Tag Schild und Schwert aller Antisozialisten der Bürgerklasse ist. MARX nannte sie mit berechtigtem Spott eine »Kinderfibel«.

Die Lehre ist uralte. Sie stammt spätestens aus der nachplatonischen griechischen Philosophie und ist gemeinsamer Erbesitz der beiden sonst grundsätzlich verschiedenen Schulen der Stoa und des Epikuräismus. Beide nehmen eine Urgesellschaft von nur freien gleichberechtigten Bürgern an, die nach der stoischen Lehre durch den angeborenen Trieb der Soziabilität, nach der epikuräischen durch Vertrag entstanden ist.

Von hier hat die bürgerliche Soziologie in allen ihren Teilen ihren Ausgang genommen, um das *Klassenverhältnis* abzuleiten, das eines der charakteristischen Kennzeichen jedes eigentlichen *Staates* aller Weltgeschichte ist, ja, das sich bei genauerer Betrachtung als das Wesen des Staates enthüllt; der moderne Staat ist, nach SOMBARTS glücklichem Ausdruck, nichts als das »Gehäuse des Kapitalismus«: und der ist eben ein Klassenverhältnis.

Die Deduktion ist die folgende: solange noch jedermann Land zu freier Verfügung steht, können Klassen sich nicht bilden. Darin stimmen alle Schulen ohne Ausnahme überein, nicht nur die sämtlichen bürgerlichen Theoretiker, an der Spitze TURGOT und ADAM SMITH, sondern auch die führenden Sozialisten, vor allem MARX. Sobald aber einmal aller Grund und Boden durch das Wachstum der Bevölkerung, und zwar natürlich, *durch Nebeneinandersiedlung von lauter selbständigen, selbstarbeitenden Klein- und Mittelbauern besetzt war*, entwickelten sich, ausschließlich durch das ökonomische Mittel, Vermögensunterschiede; Großeigentum entsteht, und zwar hauptsächlich durch die Verschiedenheit der wirtschaftlichen Begabung: der sparsamere, fleißigere, stärkere, klügere Wirt wird reich, der verschwenderische, träge, schwache, geistig unbegabte Wirt wird oder bleibt arm. Das Glück wirkt mit: der erfolgreichere Hirt oder der Bauer auf fruchtbarerem Acker kommt weiter als wenig Begünstigte; bei großer Kinderzahl zersplittert das Erbe in viele kleine Teile, während es bei kleiner Kinderzahl zusammengehalten und durch Heirat zwischen Erbkindern vermehrt wird; glückliche Handelsunternehmungen konzentrieren großen Besitz in einer Hand, usw. Allmählich ent-

wickeln sich aus diesen Unterschieden der *wirtschaftlichen* solche der *sozialen* Rangstufe: die sozialen Klassen haben sich differenziert.

In dieser Gestalt liegt die uralte Auffassung der Staats-, Rechts-, und vor allem der Wirtschaftsphilosophie zugrunde, die sich nach dem Wiederaufleben der antiken Weltanschauung von der Renaissancezeit an entwickelte. Sie ist das Fundament der Staatslehre eines GASSENDI und HOBBS, die den Epikuräismus neu belebten, und nicht minder eines GROTIUS und PUFENDORF, die auf stoischer Grundlage weiterbauten. Sie wird dann im 18. Jahrhundert als Theorie der »ursprünglichen Akkumulation« die Grundlage der jungen Ökonomik. QUESNAY und TURGOT bauen auf diesem Fundament die physiokratische, SMITH die altliberale Wirtschaftstheorie auf. Aus allen diesen Quellen fließt die Anschauung in die Soziologie im allgemeinen und die moderne Historik im besonderen über, die auf ihr als einer unerschütterlichen Grundlage aufbaut. Abgesehen von den Sozialisten, namentlich PROUDHON, ROBERTUS, DÜHRING, MARX usw., die aber sämtlich das eigentliche Problem noch nicht kennen, scheint nirgends auch nur ein Zweifel an der Wahrheit dieser grundlegenden Prämisse aufgetaucht zu sein³²⁹.³³⁰

Das Gesetz der ursprünglichen Akkumulation lautet in seiner schärfsten Fassung:

„Aus der Verschiedenheit rein wirtschaftlicher Tugenden, d. h. Fleiß, Sparsamkeit, Nüchternheit, Pünktlichkeit, Voraussicht usw. entsteht in rein wirtschaftlichen Beziehungen von Mensch zu Mensch, d. h. ohne den Eingriff außerökonomischer Gewalt, zuerst Verschiedenheit der Einkommen und - durch Ersparnisse - der Vermögen; und aus Vermögensverschiedenheit entsteht allmählich Klassenverschiedenheit, d. h. Verschiedenheit politischer Rechte.“³³¹

„Diese Formel scheint eine gewisse Wahrheit zu besitzen. Sie stimmt mit einer Anzahl sicherer Tatsachen gut überein. Wenn eine Familie aus den unteren Schichten des Volkes sich zu Reichtum erhebt, so steigt sie auch in der Klasse, bis sie zuletzt die volle Ebenbürtigkeit mit der Oberklasse erhält. Ausgezeichnete Beispiele bietet das fürstliche Haus der FUGGER, dessen Ahnherr ein einfacher Webergeselle war, fast der gesamte englische Hochadel, der sehr junger kapitalistischer Herkunft ist, die PARISH, KRUPP, ROTHSCHILD, STUMM, MENDELSON, die amerikanischen Dollarmillionäre und die Erben der »Millionenbauern« aus der Nachbarschaft aller Großstädte. Auf der anderen Seite verliert eine vornehme Familie mit dem Wohlstand leicht ihre Klasse. »Deklassiert« ist der treffende Ausdruck dafür.

Die These ist also nicht an sich falsch: sie wird es aber in dem Augenblicke, wo sie versucht, sich als allgemeingültig auszugeben und namentlich die *erste Entstehung* der Klassen abzuleiten. Ich habe dazu geschrieben:

»Nichts ist gewisser, als daß diese Erscheinung, die nach der »Kinderfibel« den Kapitalismus mit seiner Klassenscheidung *erzeugen* soll, ihn vielmehr *voraussetzt*. Ein genialer und besonders glücklicher Handwerker kann in einer Gesellschaft, in der es keine Klasse »freier Arbeiter« gibt, gewiß eines Wohlstandes genießen, der ihn merklich über seine Fachgenossen hebt; aber zu klassenbildendem großen Reichtum kann er

³²⁹ Fußnote im Zitat: „Der einzige uns bekannte Bürgerliche, der die Lehre für falsch erkennt, ist der ABBÉ SIEYÈS (vgl. FRANZ OPPENHEIMER: David Ricardos Grundrententheorie. Berlin 1909, S.159 Anm.). Etwa zur gleichen Zeit brach ST. SIMON, der mindestens als Halbsozialist zu bezeichnen ist, zum ersten Male grundsätzlich mit der »Kinderfibel« und gab damit der jungen Soziologie, deren Schöpfer er war, das Stichwort.“

³³⁰ FRANZ OPPENHEIMER: *System I, Soziologie*, S. 987 ff.

³³¹ FRANZ OPPENHEIMER: *System I, Soziologie*, S. 995.

hier unmöglich kommen. Wenn aber die KRUPP und STUMM, die HECKMANN usw. in zwei Generationen zu fürstlichem Reichtum aufsteigen konnten, so war das nur möglich, weil sie bereits in der voll entfalteten kapitalistischen Periode begannen. Sie fanden die »freien Arbeiter« schon vor; jeder ihrer Gehilfen steuerte ihnen Mehrwert; diesen Mehrwert konnten sie zum großen Teil akkumulieren und an diesem »Kapital« neue Arbeiter beschäftigen, von denen sie wieder Mehrwert bezogen. So wuchs ihr Kapital und ihr Einkommen durch Potenzierung bis auf die erstaunliche Höhe, die unser Problem ist. Die »Kinderfibel« serviert als »Genielohn«³³², was offenbar zum allergrößten Teil nichts anderes als Mehrwert ist. Und sie erklärt daher im Kreisschluß: sie leitet den Kapitalismus und seine Klassenscheidung aus Erscheinungen ab, die nur im voll entfalteten Kapitalismus auftreten können«³³³.³³⁴

Aus dem Umstand, daß OPPENHEIMER die Soziologie als eine Gesetzeswissenschaft betreibt, folgt, daß jedem der ca. 20 Bausteine ein eigenes Beweisverfahren zugehört, so wie die Mathematik alle ihre Sätze zu beweisen pflegt. Die *Anwendung*, wie sie hier im Zusammenhang mit praktischen Fragen der Theorie der Sozialen Marktwirtschaft und des Genossenschaftswesens erfolgt, müßte sich eigentlich bereits auf alle verwendeten Bausteine stützen können. Ihr Beweis und ihre Akzeptanz durch die Wissenschaft müßte eigentlich vorangegangen sein. Doch die Wissenschaft befindet sich bis heute gegenüber OPPENHEIMER in einer Position, die nicht einmal den *möglichen* Wert seiner Lehre erkannt hat, geschweige denn über die Annahme auch nur *eines* Bausteines aus OPPENHEIMERS Werk *verhandeln* oder *beschließen* würde.

Es ist vom Verfahren der Darstellung her gesehen daher etwas schwierig, einerseits über *Grundlagen* und andererseits über *praktische Schlußfolgerungen* zu schreiben. Letztere sind nur glaubhaft, wenn ersteres erörtert wurde. Ersteres abzuarbeiten, kostet jedoch soviel Zeit und Raum, daß letzteres in weite Ferne rückt. Der gewählte Kompromiß bedeutet nun selektives Weglassen bestimmter Zweige des Komplexes. Diese wären nachfolgend:

- die Auseinandersetzung mit der idealistischen Philosophie HEGELS,
- durch deren Staatsverständnis LORENZ VON STEIN, der sich in ungelöste Widersprüche verding, und FRIEDRICH ENGELS, der LORENZ VON STEIN und HEGEL studiert hatte, dem bürgerlichen Axiom von der »ursprünglichen Akkumulation« ebenfalls offenstand,
- es wird weggelassen die Auseinandersetzung mit RICARDO, ADAM SMITH und MALTHUS, um nur die Bekannteren des »bürgerlichen« Lagers zu nennen,
- ebenso unterbleibt die Auseinandersetzung mit KARL KAUTSKY und Weggefährten, die allesamt OPPENHEIMER schroff ablehnend gegenüberstanden,
- und schlußendlich selbst die induktive und deduktive Widerlegung des Gesetzes der ursprünglichen Akkumulation durch OPPENHEIMER, dessen An-

³³² Fußnote im Zitat: „Vgl. oben über den »Heroismus« der neueren bürgerlich-apologetischen Ökonomik (*System I, Soziologie*, S. 760).“

³³³ Selbstzitat mit inhaltlich unbedeutenden Abweichungen aus: FRANZ OPPENHEIMER: Kapitalismus - Kommunismus - wissenschaftlicher Sozialismus, Berlin 1919, S. 37 f. Wegen vermuteter Fehler bei der Abschrift wurde hier die Originaltextquelle eingesetzt.

³³⁴ Gesamtzitat aus: FRANZ OPPENHEIMER: *System I, Soziologie*, S. 996.

sichten bis hierhin deutlich geworden sein müßten. Die Beweisführung gegen das Gesetz der ursprünglichen Akkumulation ist Teil nahezu jedes OPPENHEIMER-Buches, so daß eine weitergehende Darlegung am ehesten Gefahr läuft, bereits hinreichend bekannt zu sein.

Statt dessen wird wiedergegeben:

- ein letzter Rettungsversuch durch GUSTAV SCHMOLLER, dessen »historische Schule« Anfang des 20. Jahrhunderts die Gesellschaftswissenschaft dominierte,
- eine Passage von FRIEDRICH ENGELS, die erkennen läßt, daß auch im MARX-schen Lager die bekämpfte »Kinderfibel« noch virulent ist.

2.3.3.1.1. Gustav Schmollers letzte Verteidigung

„SCHMOLLER sah sehr deutlich, wo der Schlüssel der strategischen Stellung seiner Partei war; und so hat er noch aus dem Grabe heraus, in einer von seiner Frau herausgegebenen Schrift³³⁵, die alte bürgerliche Lehre in einem Abschnitt von ungefähr 200 Seiten neu zu fundieren versucht *und hat sie bei diesem Versuch endgültig zerstört!*³³⁶

„Er bleibt dabei, daß nichts als überlegene Begabung die Ahnen der heutigen Oberklasse emporgebracht habe. Überraschende persönliche Qualifikation ist die *causa causans*; freilich haben, das wird nicht verschwiegen, auch Gewalt, List und Rechtsbruch dabei mitgewirkt, aber sie erscheinen doch nur als Nebenursachen; und vor allem: auch sie werden aufgefaßt als Kräfte, die in der Hauptsache dem geschichtlichen und sozialen Fortschritt gedient haben, der ohne sie nicht hätte entstehen können. Wir bringen eine der entscheidenden Stellen im Wortlaut:

»Die drei Gruppen der Gesellschaft, Priester, Krieger, Händler, bleiben die Grundtypen aller Aristokratie. Die betreffenden Individuen und Gesellschaftsgruppen *steigen durch eigentümliche Kräfte und Vorzüge empor*, erringen durch sie die größere Ehre, die größere Macht, das größere Einkommen und Vermögen. Sie steigen in harten Daseinskämpfen auf, denen Gewalt, Betrug, Mißbrauch so wenig fehlen können, wie allem Menschlichen. Die Priester haben Dokumente gefälscht, um ihren Besitz zu mehren, die Ritter haben widerrechtlich Bauern von ihren Hufen getrieben, die Händler haben mit List und Betrug, mit Wucher und oft auch mit Gewalt ihren Besitz vergrößert. Sie alle haben stets gesucht, ihre Stellung um jeden Preis zu befestigen, sie haben die übrige Volksmasse herabgedrückt, sie ihrer Leitung und Gewalt unterstellt. *Diese Unterstellung war aber ein unabweisbares Bedürfnis der gesellschaftlichen Organisation. Größere politische und wirtschaftliche Körper konnten nur entstehen, indem die führenden und gehorchenden Kreise sich schieden.* Auch die künftige Emporhebung und Erziehung der Massen konnte nur so vorbereitet werden, obwohl zunächst damit Härten und Mißbildungen aller Art eintraten« (S. 28 f. Im Original nichts gesperrt).

³³⁵ Querverweis im Zitat: GUSTAV SCHMOLLER: Die soziale Frage. Klassenbildung, Arbeiterfrage, Klassenkampf. München 1918.

³³⁶ Bis zur Endmarke zusammenhängendes Zitat.

(...) Mag SCHMOLLER recht haben, mag der Weg der geschichtlichen Notwendigkeit auch der der immanenten Notwendigkeit gewesen sein; mag alles, was ist, in diesem Sinne auch »vernünftig« sein: SCHMOLLER hat mit seiner Rechtfertigung der bürgerlichen Theorie dennoch den Bändendienst erwiesen; er hat sie umgebracht. Was er verteidigt, ist nicht mehr, wie er annimmt, das Gesetz der ursprünglichen Akkumulation, sondern das Gegenteil: indem er seine Gegner zu bekämpfen glaubt, gibt er ihnen alles zu, was sie für ihre Beweisführung brauchen.

Denn jenes Gesetz behauptet nicht, daß *irgendwelche* Eigenschaften, (...), sondern es behauptet klar und bestimmt, daß sie die Folge *ganz bestimmter* Eigenschaften gewesen ist, ganz bestimmter *Tugenden*, und zwar *wirtschaftlicher* Tugenden. Was hier sprach, war im frühkapitalistischen England die Moral des CALVINismus, der alle Gewalt, List, Betrug, usw. als Laster unbedingt verwarf und nichts gelten ließ, als die bürgerlichen Tugenden *des Fleißes, der Pünktlichkeit und der Sparsamkeit*. Nur aus dieser Voraussetzung lassen sich die Konsequenzen ziehen, die die bürgerliche Soziologie gezogen hat: aus der SCHMOLLERSchen Variante folgt genau das Gegenteil.³³⁷

2.3.3.1.2. Die Verteidigung durch Friedrich Engels

„Was aber noch merkwürdiger ist: nicht nur die bürgerliche, sondern die einflußreichste sozialistische Schule, die MARXsche, baut ohne es zu wissen, noch immer auf dieser ex professo von ihr bekämpften Theorie auf. Niemand hat das Gesetz der ursprünglichen Akkumulation mit größerem Grimm, mit zünderndem Spott und mit besseren geschichtlichen Argumenten widerlegt als MARX selbst in dem berühmten, von echtem Prophetenzorn durchwehten 24. Kapitel des ersten Bandes des »Kapital«: *und dennoch war und blieb es die Basis seiner gesamten Auffassung.*«³³⁸ MARX schrieb dort:

„Diese ursprüngliche Akkumulation spielt in der politischen Ökonomie ungefähr dieselbe Rolle wie der Sündenfall in der Theologie. Adam biß in den Apfel und damit kam über das Menschengeschlecht die Sünde. Ihr Ursprung wird erklärt, indem er als Anekdote der Vergangenheit erzählt wird. In einer längst verfloßenen Zeit gab es auf der einen Seite eine fleißige Elite³³⁹, und auf der andren faulenzende Lumpen³⁴⁰. So kam es, daß die ersten Reichtum akkumulierten und die letzteren schließlich nichts zu verkaufen hatten als ihre eigene Haut. Und von diesem Sündenfall datiert die Armut der großen Masse, die immer noch, aller Arbeit zum Trotz, nichts zu verkaufen hat als sich selbst, und der Reichtum der wenigen, der fortwährend wächst, obgleich sie längst aufgehört haben zu arbeiten. Solche fade Kinderei kaut Herr THIERS z. B. noch mit staatsfeierlichem Ernst, zur Verteidigung der propriété, den einst so geistreichen Franzosen vor. Aber sobald die Eigentumsfrage ins Spiel kommt, wird es heilige Pflicht, den Standpunkt der Kinderfibel als den allen Altersklassen und Entwicklungsstufen allein gerechten festzuhalten. In der wirklichen Geschichte spielen bekanntlich Eroberung, Unterjochung, Raubmord, kurz Gewalt die große Rolle. In der sanften politischen Ökonomie herrschte von jeher die Idylle. Recht und »Arbeit« waren von jeher die einzigen Bereicherungsmittel, natürlich mit

³³⁷ FRANZ OPPENHEIMER: *Das Kapital*, S. 92 f.

³³⁸ FRANZ OPPENHEIMER: *System I, Soziologie*, S. 990.

³³⁹ Fußnote im Zitat: 3. und 4. Aufl.: fleißige, intelligente und vor allem sparsame Elite.

³⁴⁰ Fußnote im Zitat: 3. und 4. Aufl.: faulenzende, ihr alles und mehr, verjubilende Lumpen. (...)

jedesmaliger Ausnahme von »diesem Jahr«. In der Tat sind die Methoden der ursprünglichen Akkumulation alles andre, nur nicht idyllisch.“³⁴¹

„Die ökonomische Struktur der kapitalistischen Gesellschaft ist hervorgegangen aus der ökonomischen Struktur der feudalen Gesellschaft. Die Auflösung dieser hat die Elemente jener freigesetzt. (...) Somit erscheint die geschichtliche Bewegung, die die Produzenten in Lohnarbeiter verwandelt, einerseits als ihre Befreiung von Dienstbarkeit und Zunftzwang; und diese Seite allein existiert für unsre bürgerlichen Geschichtsschreiber. Andererseits aber werden diese Neubefreiten erst Verkäufer ihrer selbst, nachdem ihnen alle ihre Produktionsmittel und alle durch die alten feudalen Einrichtungen gebotenen Garantien ihrer Existenz geraubt sind. Und die Geschichte dieser ihrer Expropriation ist in die Annalen der Menschheit eingeschrieben mit Zügen von Blut und Feuer.“³⁴²

Dazu OPPENHEIMER:

„MARX war Kommunist, ehe er begann, über ökonomische Fragen nachzudenken; seine ganze ungeheure Lebensarbeit hat nur dem einen Ziele gedient, den Kommunismus »von der Utopie zur Wissenschaft« zu erheben. Und so hat er nie bemerkt, daß der Kommunismus durchaus kein anderes logisches Fundament hat als just jenes Gesetz, jene »Kinderfibel«³⁴³. Nur die Verzweiflung daran, daß rationale Gleichheit der Vermögen und Einkommen bei freier Konkurrenz des Marktes bestehen könne: nichts anderes ist die logische Grundlage dieser Lehre, die nur darum auf eine Wirtschaftsgesellschaft ohne Konkurrenz und Markt hinaus will. Jene Verzweiflung aber ist wieder nichts anderes als die Folgerung aus der Kinderfibel³⁴⁴. Wenn sie so falsch und töricht ist, wie MARX sie dargestellt hat - und sie ist es -, dann besteht nicht der geringste Grund mehr, die Konkurrenz als den bösen Dämon der Menschheit anzuklagen und auszurotten.“³⁴⁵

Wie tief diese Dinge wurzelten, kann man sehr deutlich aus der Polemik des obersten aller Marxisten, FRIEDRICH ENGELS, gegen den bedeutenden Denker erkennen, der als erster in Deutschland, auf den Spuren ST. SIMONS, mit der Ausrottung der Kinderfibel aus den Grundlagen der soziologischen Wissenschaft Ernst gemacht hat: EUGEN DÜHRING. ENGELS schreibt in seiner bössartigen Streitschrift »Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft«³⁴⁶ so frisch und fröhlich, als wenn niemals MARX selbst dieses »bürgerliche Idyll« zerfetzt hätte, folgendes:

»Selbst wenn wir die Möglichkeit alles Raubs, aller Gewalttat und aller Prellerei abschließen, wenn wir annehmen, daß alles Privateigentum ursprünglich auf eigener Ar-

³⁴¹ KARL MARX: Das Kapital, Bd. 1, 24. Kapitel: »Die sogenannte ursprüngliche Akkumulation«, nach der 2. Aufl. von 1872, Frankfurt a. M. 1969, S. 659 f (MEW, Bd. 23, S. 741).

³⁴² KARL MARX: Das Kapital, Bd. 1, a.a.O., S. 661. Im Original erst ab der 3. Aufl. enthalten.

³⁴³ Vgl. FRANZ OPPENHEIMER: Die logische Abkunft des Kommunismus. In: Soziologische Streifzüge, München 1927, S. 80 - 88.

³⁴⁴ Querverweis im Zitat: Vgl. FRANZ OPPENHEIMER: Kapitalismus - Kommunismus -..., a.a.O., S. 69 und 73 ff. Ferner FRANZ OPPENHEIMER: *System III, Theorie*, S. 195 und 223.

³⁴⁵ Bis zur Endmarke zusammenhängendes Zitat aus OPPENHEIMER: *System I, Soziologie*, S. 990 ff.

³⁴⁶ Fußnote im Zitat: „2. Aufl., Zürich 1886, S. 130.“

beit des Besitzers beruhe, und daß im ganzen fernen Verlauf nur gleiche Werte gegen gleiche Werte ausgetauscht werden, so kommen wir dennoch bei der Fortentwicklung der Produktion mit Notwendigkeit auf die gegenwärtige kapitalistische Produktionsweise, auf die Monopolisierung der Produktions- und Lebensmittel in den Händen der einen, wenig zahlreichen Klasse, auf die Herabdrückung der anderen, die ungeheure Mehrzahl bildenden Klasse zu besitzlosen Proletariern. ... Der ganze Hergang ist aus rein ökonomischen Ursachen erklärt, ohne daß auch nur ein einziges Mal der Raub, die Gewalt, der Staat oder irgendwelche politische Einmischung nötig gewesen wäre.«

Daß das nichts weniger als marx-orthodox, sondern im Gegenteil bourgeois-orthodox ist, bedarf keines langen Beweises. MARX hat in nicht mißzuverstehender Deutlichkeit erklärt, daß das gesellschaftliche Klassenverhältnis durch außerökonomische Gewalt »produziert« worden ist. Dann freilich »reproduziert« es sich immer aufs neue, ohne neue Eingriffe außerökonomischer Gewalt (Kapital I, S.703). Wenn aber der liberale Sozialismus, den DÜHRING vertrat, dagegen behauptet, daß auch die »Reproduktion« nur möglich sei, weil das durch jene außerökonomische Gewalt geschaffene Eigentum noch fortbestehe und durch den gleichfalls aus jener außerökonomischen Gewalt entstandenen Staat geschützt werde - dann wird es dem Marxisten ENGELS eine »heilige Pflicht«, die grundlegenden Sätze seines Meisters zu vergessen und die »Kinderfibel« in ihrer naivsten Gestalt aufzusagen, wie der erste beste Vulgarökonomist.“³⁴⁷

Warum ist ENGELS gegen DÜHRING trotz nahezu identischer Erkenntnis MARXscher Geschichtsforschung in Polemik verfallen? Hat darin eine Anfechtung des industriezentrierten Paradigmas gelegen, wonach die kapitalistische Produktivkraftentwicklung, Arbeitsteilung und Anfechtung des Arbeiterstandes durch Markt und Konkurrenz die gesellschaftlichen Umwälzungen bestimmen? Denn wenn man den Gedanken einer außerökonomischen Marktstörung zuläßt, dann müßte man fortan erstens unterscheiden, welche sozialen Probleme aus der Marktstörung und welche aus der Produktivkraftentwicklung erwachsen; zweitens müßte man die heilenden und zerstörenden Mechanismen des Marktes unterscheiden, wenn auch überwindbare Übelstände des Marktes nach ihrer Beseitigung eine sozialistische Tendenz fördern. Damit aber trüge das kommunistische Bekenntnis einen liberalen Funken in sich, über den die Arbeiterbewegung endlos streiten könnte, weil das »Rezept« zwei unvereinbare Patente enthielte.

2.3.3.2. Differenzierung: »ökonomische« und »politische« Mittel

Die Richtung der ökonomischen Handlungen zielt auf die Beschaffung von Wertdingen; die Verfahrensweise folgt dem Prinzip des kleinsten Mittels.

„Dieses Mittel kann unter Umständen die Arbeit sein, muß es aber nicht sein. Wo er der Stärkere war, hat der Mensch in seiner gesamten historischen Vergangenheit sich niemals besonnen, als des »kleinsten Mittels«, kraft des Rechtes des

³⁴⁷ FRANZ OPPENHEIMER: *System I, Soziologie*, S. 990 ff.

Stärkeren, sich des *Raubes* zu bedienen, um sich die Wertdinge, nämlich die fremde Arbeitskraft selbst und ihre Erzeugnisse, die Güter, gewaltsam anzueignen. Raub! Gewaltsame Aneignung! Uns Zeitgenossen einer entwickelten, gerade auf der Unverletzlichkeit des Eigentums aufbauenden Kultur klingen beide Worte nach Verbrechen und Zuchthaus; und wir werden diese Klangfarbe auch dann nicht los, wenn wir uns davon überzeugen, daß Land- und Seeraub unter primitiven Lebensverhältnissen gerade so wie das Kriegshandwerk - das ja sehr lange auch nur organisierter Massenraub ist - die weitaus angesehensten Gewerbe darstellen. Ich habe aus diesem Grunde und auch deshalb, um für die weitere Untersuchung kurze, scharf gegeneinander klingende Termini für diese sehr wichtigen Gegensätze zu haben, vorgeschlagen, die eigene Arbeit und den Tausch eigener gegen fremde Arbeitserzeugnisse das »ökonomische Mittel« und die unentgeltene Aneignung fremder Arbeit das »politische Mittel« der Bedürfnisbefriedigung zu nennen.³⁴⁸

1a) Das unentfaltete politische Mittel:

„Der Raub ist keine Erfindung des Menschen. Scharf gesehen »arbeitet« nur die Pflanze, von den Parasiten und fleischfressenden Arten abgesehen: sie allein zieht aus der toten Natur die Nahrung. Aber schon die Weidegänger »rauben« die Arbeit der Pflanze. Sie eignen sich die von ihr in ihrer Substanz aufgehäuften Energie an. Und die Raubtiere eignen sich wieder die energiehaltige Substanz der Pflanzenfresser an. Und auch die gewaltsame Aneignung fremder »Güter« kommt im Tierreich überall da vor, wo schon eine »Verwaltung« von Gütern existiert. Der Fuchs stänkert den Dachs aus seinem Bau, der Sperling raubt das Nest des Staren, und selbst die in allen Fabeln gepriesenen Musterbilder »emsiger« Arbeit, die »Emsen«, d. h. die Ameisen, ebenso die Termiten und die Honigbienen, ziehen überall da, wo das als das kleinste Mittel erscheint, den Raub der Arbeit vor. (...)

Nicht anders handelt der Mensch dem Menschen gegenüber. Homo homini lupus! (...) Wo aber bereits durch Arbeit ein Gütervorrat angehäuft ist, da greift der Mensch ohne Bedenken nach ihm, eignet ihn sich ohne Entgelt an, und nicht nur die Güter, sondern auch ihre Quelle, die Arbeitskraft selbst, überall da, wo sie ihm als Mittel zu seinem Zwecke dienen kann.

Beides ist in der alten Welt, d. h. bei allen für den großen Gang der Weltgeschichte in Betracht kommenden Völkern, erst auf der Hirtenstufe der Fall. Hier greift der Nomade, der wie RATZEL hervorhebt, sich überall mit Stolz als Räuber bezeichnet, zunächst nach den Herden der Nachbarstämme und nach ihren Mitgliedern, um sie als Weideknechte zu bewirtschaften. Hier kann die Sklaverei entstehen: der Jäger, der den gefangenen Feind nicht wirtschaftlich ausnutzen kann, adoptiert ihn als Blutsbruder in den Stamm oder tötet ihn.

Aber noch viel lieber greift der Nomade nach den »kostenden Dingen«, die jenseits der Grenzen seiner Steppen und Wüsten in den Niederungen der großen Ströme durch die Arbeit von Bauernschaften und Stadtbürgern aufgehäuft sind: nach der Arbeitskraft selbst, indem er die Nachbarn zu Sklaven und Hörigen macht, und nach den von ihnen beschafften und verwalteten Gütern.³⁴⁹

³⁴⁸ FRANZ OPPENHEIMER: *System III, Theorie*, S. 147.

³⁴⁹ FRANZ OPPENHEIMER: *System III, Theorie*, S. 148 f.

1b) Das entfaltete politische Mittel

Unter Punkt 2.3.2.2. wurde bereits der Inbegriff des entfalteteten politischen Mittels behandelt: der Staat. „Er ist eine von einer erobernden Menschengruppe einer unterworfenen Menschengruppe gewaltsam aufgezwungene Rechtseinrichtung, mit dem Inhalt, die Unterworfenen zugunsten der Sieger derart zu besteuern, daß die Bedürfnisse der Herrenklasse mit möglichst geringem Aufwande ihrer eigenen Arbeit möglichst vollkommen befriedigt werden. (...) Das Steuerrecht der Herrenklasse objektiviert sich in zwei Formen des Eigentums, d. h. in zwei gesellschaftlichen Institutionen: erstens im Eigentum am Menschen selbst, an dem Träger der Arbeitskraft, der *Quelle* aller Güter; und zweitens in der Institution des großen Eigentums an dem Grund und Boden, der die *Bedingung* aller Arbeit in Freiheit und wirtschaftlicher Selbständigkeit ist.“³⁵⁰

2a) Das unentfaltete ökonomische Mittel

„Nur dort, wo das unentfaltete oder entfaltete politische Mittel nicht anwendbar ist, bedient sich der Mensch zur Beschaffung derjenigen Güter, die ihm zur Befriedigung seiner Bedürfnisse dienen sollen, des ökonomischen Mittels.“³⁵¹

Das ist in den vorstaatlichen Wirtschaftsstufen der Sammler, Jäger und Fischer und Hackbauern die Regel. Hier existiert weder ein Vorrat eigener Güter, bei deren Verwaltung fremde Arbeitskräfte gebraucht werden könnten, noch ein Vorrat von solchen fremden Gütern, die zur Anwendung des politischen Mittels reizen könnten. Was kann der Bauer dem Bauern nehmen? Abgesehen von einzelnen Raubzügen, die aus Anlaß von Grenzstreitigkeiten usw. vorkommen mögen, ist hier also die eigene Arbeit das kleinste Mittel. (...)

Aber als Mittel der *mittelbaren* Beschaffung von Gütern hat der Mensch ein zweites, friedliches, d. h. in unserem Ausdruck ökonomisches Mittel: den Tausch. Nicht als ob nur solche Güter vertauscht würden, die durch die Arbeit beschafft sind: davon kann gar keine Rede sein. Im Gegenteil! Ein Hauptgegenstand des ursprünglichen Handels bilden solche Güter, die durch das politische Mittel beschafft wurden: schon die Nomaden treiben einen außerordentlich schwungvollen Handel namentlich mit den erbeuteten Sklaven und den übrigen Beutestücken ihrer Raubzüge, um dafür im Tausch andere Dinge zu beschaffen, die ihnen höher gelten. Aber der Tauschakt selbst, gleichgültig, wie die von beiden Seiten angebotenen Güter beschafft sein mögen, ist friedliches, ist ökonomisches Mittel.³⁵²

2b) Das entfaltete ökonomische Mittel

„Zum Zwecke des höchsten Erfolges des kleinsten Aufwandes treten die wirtschaftenden Individuen immer mehr in Kooperation, d. h. in Arbeitsteilung und -vereinigung. Sie bilden immer größere, d. h. immer mehr integrierte und gleichzeitig immer mehr differenzierte Wirtschaftsgesellschaften zum Zwecke der Gesellschaftswirtschaft als des kleinsten Mittels der individuellen Bedürfnisbefriedigung.

Solche Wirtschaftsgesellschaften finden sich in naturwüchsiger Gestalt bei einer Anzahl von Tieren, die miteinander kooperieren. Auch die Menschen leben von allem An-

³⁵⁰ FRANZ OPPENHEIMER: *System III, Theorie*, S. 149.

³⁵¹ Bis zur Endmarke zusammenhängendes Zitat.

³⁵² FRANZ OPPENHEIMER: *System III, Theorie*, S. 150 f.

fang an zunächst in ganz ähnlichen naturwüchsigen Wirtschaftsgesellschaften. Allmählich aber entwickelt sich aus diesem Anfangsstadium die *entfaltete* Wirtschaftsgesellschaft, die um einen *Markt*, als Inbegriff aller Tauschbeziehungen in Raum und Zeit, zentriert ist.

*Diese um einen Markt zentrierte Gesellschaftswirtschaft der entfalteten menschlichen Wirtschaftsgesellschaft ist der eigentliche Gegenstand unserer wissenschaftlichen Betrachtung.*³⁵³

2.3.3.3. Folgerung: Die Wettbewerb und seine Beschränkungen

Ziel und Sinn des Wettbewerbes ist nach liberaler Ordnungsvorstellung, daß stets die lohnendsten Gewerbe neue Produzenten anziehen, während die Produzenten ungünstig werdende Gewerbe verlassen. Da sich Gunst und Mißgunst eines Gewerbes einerseits aus der Dienstbarkeit des Produzenten am Kunden ergeben, andererseits aus den technologischen Entwicklungen, die einer Gesellschaft die Sättigung immer höherstehenderer Bedürfnisse gestattet, folgt die ständig notwendige Umstellung der Leistungsersteller den vom Konsumentenurteil ausgehenden *Preis-signalen* nach. Damit regelt eine Wirtschaftsgesellschaft im günstigsten Falle alle ihre Waren- und Dienstleistungsströme selbst, ohne daß irgendein Individuum oder (staatlicher) Verwaltungsapparat im Detail weiß oder wissen müßte, auf welche Weise der erstellende und verbrauchende Teil gesellschaftlicher Existenz zusammengeführt wird.

Das »Problem« aus der Sicht des einzelnen Akteurs produktionsseitig ist natürlich, daß die Planung und der Aufbau einer Produktions- oder Dienstleistung unter erheblicher Unsicherheit erfolgt, also neben aller Fachkompetenz immer einen spekulativen Teil enthält. Die Anbieter unterliegen dem Risiko einer Fehleinschätzung und damit Fehlinvestition, weswegen *die Angst der Anbieter* ein natürlicher und unvermeidlicher Bestandteil des Systems ist. Sie ist für den Gesamtmechanismus ausgesprochen »gesund«, weil sie die Anbieter gegenüber dem Verbraucher sensibilisiert. Für den einzelnen Menschen stellt die Unsicherheit hingegen eine *Belastung* dar, auf die Menschen wiederum natürlicherweise mit *Ausweichhandlungen* reagieren. Dabei müssen nun zwei verschiedene Zielrichtungen der Ausweichhandlung unterschieden werden: Die erwünschte Ausweichhandlung ist jene, die das Angebot optimal an die Kundenwünsche anpaßt, also stets auf qualitative Verbesserungen bedacht ist und aufmerksam nach Problemen forscht, deren Lösungen dem Kunden als Produkt angeboten werden können. Die der Idee völlig entgegenstehende Ausweichhandlung ist hingegen jene, die den Markt und seine Nachfrage »in den Griff« zu bekommen trachtet, indem man die als unangenehm empfundene Konkurrenz durch Absprachen und »Zusammenfassung zu größeren Einheiten« aufhebt, dem Nachfrager also die Angebotspalette schmälert.

³⁵³ FRANZ OPPENHEIMER: *System III, Theorie*, S. 151 f.

Das Spektrum der »Erzwingungsstrategien« dürfte jedem Manager instinktiv oder lehrbuchmäßig *bekannt* sein. Gleichwohl haben klein- und mittelständische Unternehmen kaum eine Chance, solche Strategien gegen ihre Kunden oder »den Markt« einzusetzen. Von einer »vollständigen Konkurrenz« der Anbieter kann man trotz entgegengerichtetem Interesse aller Produzenten sprechen, wenn es dem einzelnen Anbieter nicht möglich ist, mit seinem Verhalten *Einfluß auf den Preisbildungsprozeß* des Marktes zu nehmen. Er muß sich unter vollständiger Konkurrenz darauf beschränken, das für ihn günstigste der von ihm produzierbaren Güter oder Dienste auf den Markt zu bringen, unterliegt in der Preisbildung aber dem Urteil des Marktes *im Vergleich zu seinen Mitbewerbern*.

Für Großunternehmen stehen die Chancen einer Marktbeschränkung dagegen ungleich günstiger. Für ihre Größe kann einerseits ein *Leistungsvorsprung* verantwortlich sein. Bestimmte hochintegrierte Produkte, an denen viele arbeitsteilig spezialisierte Einzelproduzenten beteiligt sind, erfordern eine Mindestgröße des zentralen, koordinierenden Unternehmens. Ein Automobil ist etwa ein hochintegriertes Produkt. Insofern können aus Größe *Möglichkeiten* erwachsen. Der andere Hintergrund ist dagegen das politisch-strategisch herbeigeführte Größenwachstum mit Zielrichtung »Erhöhung der Marktmacht«.

Die Bestrebung beruht auf der für alle menschlichen Aggregate geltende Regelmäßigkeit, den Zustand des geringsten notwendigen Energieaufwandes und größter Trägheit anzustreben. Man argumentiert einerseits objektiv richtig mit Synergieeffekten, der Vermeidung von Mehrfachanstregungen im größeren Zusammenschluß, meint damit aber ebenso Erhöhung von »*Trägheit*«. Die Folge ist häufig eine mittelfristige Erlahmung ganzer Branchen Zweige, die durch ständiges *Ausweichen* vor den Leistungsanforderungen des Marktes letztendlich in diesem selber nicht mehr bestehen können. Ursprünglich standen bei ERHARD und OPPENHEIMER hinter dem Antikartellgedanken nicht nur Erwägungen, ausbeuterische Marktstärke zu verhindern, sondern ebenso ein Wissen um langfristig eintretende Unternehmens- und Staatskrisen im Falle einer Ausschaltung des Marktes durch die Unternehmen oder eine sich andienende Politik.

Sind Unternehmen erst einmal zu einer Größe angewachsen, daß sie politisches Gewicht erhalten, die nationale Zollpolitik beeinflussen können, ihnen die Handhabung bestimmter Monopolgüter obliegt (z. B. einmalige Leitungs- und Streckennetze bei Energie und Bahn, Patente im Chemiebereich etc.) oder sie gar aus dem Steueraufkommen des Staates (= Zwangsabgaben aller Bürger) mit einem gesicherten Volumen an Staatsaufträgen rechnen können (besonders Rüstung und Großtechnologie), dann kann von einem »freien Wettbewerb« keine Rede mehr sein³⁵⁴.

³⁵⁴ Die Industrie ist heute in hohem Maße direkt von Staatsaufträgen abhängig, bzw. besser gesagt: von der Auftragserteilung staatlich Bediensteter. Daß da persönliche Kontakte gepflegt werden und manch eine Idee zum wechselseitigen Nutzen von Unternehmen und Staatsdiener heranreift, liegt geradezu in der Natur der Sache. Staatsanwalt SCHAUPENSTEINER: „Doch handelt es sich bei den die Gemüter erregenden Vorgängen selten nur um ein vereinzelt, individuelles Versagen. Vielmehr ist in unserer gesellschaftlichen Wirklichkeit Korruption seit Jahrzehnten anzutreffen und wird mit zunehmender Tendenz in

Daß Unternehmen, die bei weiteren Zusammenschlüssen immer auf den »drückenden Wettbewerb« verweisen, einem immanenten Zwang zur Marktaufhebung unterliegen, ergibt sich bereits aus der Argumentation zum Zeitpunkt des Zusammenschlusses. Diese Argumentation zeigt nämlich in aller Regel deutlich, daß sie als Unternehmen der erreichten Größe bereits *unbeherrschbar* geworden sind und es nicht mehr schaffen, der oben geschilderten Kundenorientierung zu folgen. Sie versuchen, ihre Sicherheit demnach ganz gezielt über die Errichtung von Machtpositionen zurückzugewinnen und werden dabei von der Politik und dem Staat, die selber nichts anderes als eine Anhäufung personeller Machtpositionen in herrschaftlich geordneten Strukturen darstellen, meist verständnisvoll unterstützt. In dem Maße, wie die Großunternehmen zu Machtfaktoren in der Gesellschaftswirtschaft werden, beeinträchtigen sie nicht nur diese in ihrem Anpassungsmechanismus, sondern vor allem auch sich selber. Die Sensibilität gegenüber dem Markt geht verloren, zumal für »Angst« oder »Unsicherheit« in der arbeitsteiligen Großorganisation niemand mehr zuständig ist.

Für die Entwicklung einer »Psychopathologie der Großunternehmung« ist hier nicht der Ort, aber man muß sich einmal von der spekulativen Lücke jeder unternehmerischen Initiative ausgehend fragen, wer diese aufgrund welcher Qualifikation und welcher Informationen in einem Großunternehmen überhaupt noch handhaben und verantworten kann oder soll. Kommt man dabei zu dem Ergebnis, daß eine ständige Selbstanpassung an das Unternehmensumfeld aus betriebsinternen Gründen schwierig oder kaum möglich ist, dann ergibt sich die Erzwingungsstrategie gegenüber dem Umfeld als einzige, wenn auch dauerhaft nie funktionierende Handlungsalternative.

Teilen der Wirtschaft Gegenstand der Unternehmenspolitik.“ (S. 250) Der Präsident des Hessischen Rechnungshofes MÜLLER gibt an, daß derzeit „nach Angaben des Justizministeriums alleine die Staatsanwaltschaft im Bezirk des Landgerichts Frankfurt am Main Verfahren gegen ca. 1300 Personen“ bearbeitet. (S. 509) „An der Nahtstelle zwischen vergebender Verwaltung und ausführender Privatwirtschaft wuchert ein Geschwür, das Mechanismen des Marktes zunehmend zersetzt. Ein freier Wettbewerb findet streckenweise überhaupt nicht mehr statt, die Preisbildung scheint eher von Absprachen, Kosten der Bestechung, gegenseitigen Abfindungen und künstlich eingeschränktem Anbieterkreis bestimmt zu werden. Immer noch vorhandene Illusionen oder Fehlvorstellungen über das Ausmaß der Entwicklung verstellen dabei den Blick bei Analyse und Therapie. Es kommt jetzt auf eine geschärfte Sensibilität und die Bereitschaft an, Sachverhalte in das Kalkül zu ziehen, deren Existenz noch vor einigen Jahren für undenkbar gehalten worden wäre.“ (S. 510) WOLFGANG SCHAUPENSTEINER: Submissionsabsprachen und Korruption im öffentlichen Bauwesen. In: Zeitschrift für Rechtspolitik, Nr. 7/1993, S. 250-252. UDO MÜLLER: Korruption in der öffentlichen Verwaltung. Kriminalistik, Heft 8-9/1993, S. 509 - 516. OPPENHEIMER würde dazu wohl sagen: »Meine Herren, die Dinge standen noch nie viel anders. Nur ist die Klasse der Herrschenden heute nicht mehr so geschlossen, so daß vieles an die Öffentlichkeit dringt. Aber grundsätzlich ist das Wesen des Staates das organisierte Imkertum, was soviel heißt wie, daß die den Staat bildende Personengruppe der ihr unterworfenen Personengruppe Werte entzieht, um darüber zu verfügen. Wo sich aber Macht konzentriert, da wird sie auch mißbraucht.« Man wird an die Stelle der idealistischen Staatsillusion der Philosophen eine systemtheoretisch fundierte Staatskonstruktion der Soziologie setzen müssen, um zu dem zu kommen, was der Philosoph sich wünscht.

Vor den Monopolisierungsbestrebungen der Wirtschaftssubjekte sollte nicht nur die *Gesellschaftswirtschaft* geschützt werden (weil sie Schaden leidet), sondern auch die Unternehmen selber. Die Umwandlung eines Unternehmens vom primär wirtschaftenden zum »politischen« Unternehmen ist nur ein Aufschub der negativen Marktsignale, die bei kleinerer Größe bereits nicht konstruktiv verarbeitet werden konnten.

Weil aber dieser Typ des marktumgehenden Monopol-Unternehmens langfristig immer schwächer ist als der Markt, kann und muß er nachfolgend von den Klassenmonopolen unterschieden werden, die als politische Monopole den Marktkräften kaum unterliegen, wohl aber auf den Markt einwirken. Beide Monopolarten verursachen gesellschaftliches Leiden und sind vom Standpunkt der Gesellschaftswirtschaft aus betrachtet völlig verzichtbar, weil die Gesellschaftswirtschaft auf einem höheren Niveau viel feiner in sich abgestimmt wäre, wenn die akkumulierten Machtpositionen nicht einspielen würden und »unternehmerische Nützlichkeit« die einzige Größe wäre, die eine hohe Entlohnung (= Anerkennung) findet.

Das Monopol beeinflusst aber nicht nur die Gesamteffizienz und Krisentendenz von Unternehmen und Gesellschaftswirtschaft, sondern führt auch zu Einkommens- und Vermögensunterschieden, die sich aus diesen *Machtpositionen* ergeben. Deswegen gilt es, in einem zweiten Zugriff nach *Einkommensunterschieden aus Qualifikation* und *Einkommensunterschieden aus Machtpositionen* zu unterscheiden³⁵⁵. Gegen beide Formen stellt der Wettbewerb keine Kraft des Ausgleiches dar, wobei der Einkommensunterschied aus Qualifikation auch keine Störung der Gesellschaftswirtschaft darstellt.

Qualifikationsunterschiede können angeboren oder erworben sein. Besondere Befähigungen, die in einen Beruf eingebracht werden, etwa der besonders fein ausgeprägte Geschmackssinn eines Küchenmeisters, sind harmlose Singularitäten, die man selbst dann nicht kritisch sehen muß, wenn daraus große Vermögen erwachsen (die weniger talentierten Erben werden es schon wieder verprassen). Aber auch die erworbene Qualifikation ist, solange ihr Erwerb keinem Klassenmonopol unterliegt, kein Problem. Dem höheren Verdienst während der Erwerbszeit stehen meist auch hohe Ausbildungskosten gegenüber, die mit dem Lohn abgegolten werden müssen, um mit unqualifizierter Arbeit auf einer Stufe zu stehen. Hinzu kommt das Erfolgsrisiko mancher Berufe, die zwar viele Menschen mit großem Aufwand ergreifen wollen, aber nur wenige bekommen ihren Aufwand auch tatsächlich ersetzt. Hier erhält der Sieger quasi den Lohn all jener mit, die im Wettbewerb unterlegen sind.

Wenn wir die Abgrenzung von »Qualifikation« und »Machtstellung« (Monopol) weiterverfolgen, dann treffen wir auf eine von den bürgerlichen Theoretikern vertretene Begriffsverwirrung, mittels derer die Monopolprofite auf den Begriff der

³⁵⁵ Vgl. ERICH PREISER: Erkenntniswert und Grenzen der Grenzproduktivitätstheorie. In: derselbe, Bildung und Verteilung des Volkseinkommens, Göttingen 1970, S. 265 - 289, hier S. 285.

Qualifikation zurückgeführt werden, weil sie dadurch harm- und schuldlos erscheinen.

Auch die objektive Wertlehre marxistischer Ausrichtung vernachlässigt den Wert der *angeborenen* Talente. Nachdem in ihr die *anerzogene* Qualifikation durch Verrechnung mit den Ausbildungskosten auf den gleichen Generalnenner wie die ausbildungslose Arbeit gebracht wurde, setzt sie als ihren Wertmaßstab fortan die *Arbeitszeit*, statt, wie es richtig wäre, weiterhin von unterschiedlichen *Arbeitswerten* auszugehen³⁵⁶. In einer Marktwirtschaft zumindest, die eine Rückkoppelung an Kundenwünsche mit verschiedenen Erfolgen lohnt und weniger mit Planstellen und politischen Karriereplänen arbeitet, klafft zwischen der auf den Generalnenner umgerechneten *Arbeitszeit* (oder *Arbeitsmenge*) und dem *Arbeitswert* gerade jene Lücke, die den Mechanismus der Selbststeuerung ausmacht. Denn nicht, daß *irgendein* Aufwand betrieben wurde, lohnt der Kunde durch Kauf, sondern daß ein *ihm günstiger* Aufwand betrieben wurde. Wer etwas herstellt, aber diesen Aufwand nicht für den Käufer betreibt, mag sich durch seine Handlungen beschäftigen und dabei selber hoch zufrieden sein. Ein Anrecht auf Leistungen anderer erwirbt er hingegen nur, indem er anderen leistet. Hinwendung wird mit Zuwendung entlohnt.

„Qualifikation ist ein relativer Begriff. Er bedeutet die Fähigkeit einer ökonomischen Person, Produkte (Güter oder Dienste) zu Märkten zu bringen, die im Verhältnis zu den Produkten anderer Personen ein höheres Einkommen erbringen. In einem weiteren Sinne bedeutet das Wort jede, sowohl die positive wie auch die negative Abweichung von der als Durchschnitt ins Auge gefaßten Einkommensgruppe; im letzteren Falle setzt man aber wohl immer ein erklärendes Wort hinzu: unterdurchschnittlich, minder usw., während der Begriff ohne Zusatz die überdurchschnittliche, höhere Qualifikation bedeutet.“³⁵⁷

2.3.3.3.1. Wirtschaftsmonopole

Die zweite durch Konkurrenz unüberwindbare Hemmung der Tendenz zur vollen Ausgleichung aller Einkommen ist das Monopol.

„Als Monopol bezeichnen wir also die gesellschaftswirtschaftliche Machtposition des Inhalts, daß ihr Inhaber, der »Monopolist«, im Marktverkehr infolge des Ausschlusses oder der Beschränkung der freien Konkurrenz einen »Monopolgewinn« erhält; d. h. daß sein Einkommen um einen gewissen Betrag höher ist als das Einkommen anderer Wirtschaftspersonen, die sich nicht der Verfügung über eine solche Machtposition erfreuen, unter sonst gleichen Umständen, nämlich bei gleicher Anspannung GLEICH QUALIFIZIERTER Arbeitskraft in gleicher Zeit.“³⁵⁸

³⁵⁶ Vgl. LUDWIG ERHARD: Wesen und Inhalt der Werteinheit. Frankfurt a. M. 1925, S. 158.

³⁵⁷ FRANZ OPPENHEIMER: *System III, Theorie*, S. 468.

³⁵⁸ FRANZ OPPENHEIMER: *System III, Theorie*, S. 480.

„»Monopol« heißt ursprünglich »Alleinverkauf« und bezeichnet die wirtschaftliche Machtposition eines Warenbesitzers, der allein über ein dringend begehrtes Produkt verfügt und daher einen Preis realisieren kann, der ihm einen höheren als den durchschnittlichen Gewinn abwirft. Diese alte Wortbedeutung spukt noch immer in der Literatur, obgleich sie ökonomisch längst nicht mehr relevant ist. Seit allem Anfang des ökonomischen Denkens erscheint das Monopol im Ursinn des Wortes nur noch als der *äußerste Grenzfall* einer ganzen Klasse wirtschaftlicher Machtpositionen, die ihren Inhabern gestatten, im Preise seiner Produkte mehr als den durchschnittlichen Gewinn zu erlangen.“³⁵⁹

Es zeigt sich, „daß die Höhe des Monopolaufschlages auf den statischen Preis der Güter in ziemlich engen Grenzen bestimmt ist durch die *Möglichkeit der Konkurrenz*. Diese Feststellung klingt einigermaßen paradox. Sind denn Monopol und Konkurrenz nicht einander ausschließende Wechselbegriffe? Durchaus nicht. *Freie Konkurrenz* und *Monopol* schließen sich aus; aber *beschränkte Konkurrenz* und *Monopol* sind miteinander verträglich. Unsere *Definition* lautet: **»Ein Monopol ist eine Vorzugsposition im Preiskampf, beruhend darauf, daß die Konkurrenz NICHT VÖLLIG FREI spielen kann oder darf.«**³⁶⁰

ADOLF WAGNER prägte die Formel: »freie Konkurrenz besteht dort, wo jeder, der sich an einer Produktion beteiligen will, es auch kann und darf³⁶¹«. „Um diesen monumentalen Satz näher zu erläutern: Wirtschaftspersonen *wollen* sich an jeder Produktion beteiligen, die in der Kinetik höhere als die durchschnittlichen Gewinne abwirft; *können* und *dürfen* sie es, so werden die Preise und Gewinne in der Statik auf den *natürlichen* Satz gedrängt; *können* sie es nicht, weil ein Naturmonopol sie hindert, - oder *dürfen* sie es nicht, weil ein Rechtsmonopol sie hindert, - so steht der Preis auch in der Statik über dem natürlichen: das Produkt ist ein Monopolprodukt.“³⁶²

„Woher stammt der Monopolgewinn? Die ältere Theoretik hat sich diese Frage m. W. niemals vorgelegt. Dafür sind zwei Gründe maßgebend gewesen. Erstens hatte die bürgerliche Theoretik gute Gründe, den Monopolbegriff als eine *quantité négligeable* zu behandeln. Denn ihre sozialistischen Angreifer bezeichneten das bürgerliche Eigentum regelmäßig als Monopol und die daraus fließenden Einkommen, Grundrente und Kapitalprofit, als Monopolisteneinkommen. Daher lag es im bürgerlichen Klasseninteresse, den Begriff des Monopols *ex professo* auf einige harmlose Ausnahmen zu beschränken und, wie namentlich RICARDO es tat, bei der theoretischen Erörterung im übrigen darüber fortzugleiten. Zweitens aber läßt sich die Frage nach der Herkunft des Monopolgewinns gar nicht beantworten, so lange man im Bannkreis der relativen Wertvorstellungen, namentlich der Geldpreise bleibt. Wenn ich erfahre, daß jemand ein paar Stiefel für zwanzig Mark verkauft, um für den Erlös ein Monopolgut, z.B. einen Patentartikel zu kaufen, der zwanzig Mark »wert ist«, so scheint alles durchaus gerecht

³⁵⁹ FRANZ OPPENHEIMER: *System III, Theorie*, S. 476.

³⁶⁰ FRANZ OPPENHEIMER: *System III, Theorie*, S. 504. Vom Original abweichende Hervorhebung.

³⁶¹ Fußnote im Zitat: „ADOLF WAGNER: *Grundlegung der politischen Ökonomie*, Bd. 1, Leipzig 1892, S. 174.“

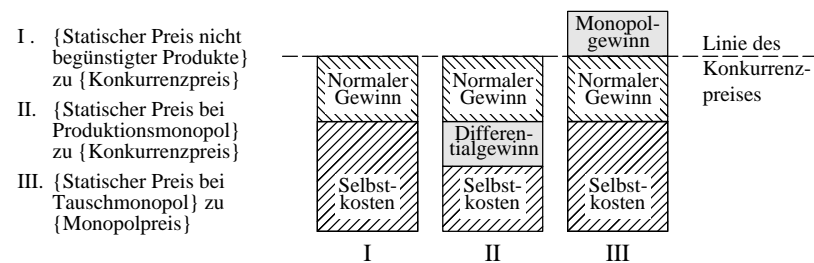
³⁶² FRANZ OPPENHEIMER: *System III, Theorie*, S. 478 f.

und äquivalent. Der Monopolverginn scheint dann nichts anderes zu sein, als ein harmloser Aufschlag auf den Konkurrenzpreis. Wenn man fragen wollte, woher dieser Aufschlag kommt, d.h. wer in letzter Instanz bezahlt, oder: wo das Minus steckt, das doch schließlich irgendwo das Plus kompensieren muß, dann würde man sich hilflos im Kreise drehen: es tauschen sich immer gleiche »Werte«. Dieser täuschende Schein der Äquivalenz kann nur weichen, wenn man mit der Kategorie des absoluten Wertes an die Erscheinungen herantritt, wie ihn uns unsere Lehre von der objektiven Äquivalenz enthüllt hat. Dann zeigt sich z.B., daß das Paar Stiefel und daher die zwanzig Mark den Arbeitswert von je zwanzig Stunden durchschnittlicher Qualifikation, der Patentartikel aber nur von fünf hat, und es tritt klar zutage, daß sich unter der scheinbaren Äquivalenz eine krasse Inäquivalenz verbirgt. Und dann stellt sich die Frage sehr dringend: wer bezahlt den Aufschlag?³⁶³

Die bei wirkenden Monopolen dem Monopolisten zufallenden Extragewinne sind, sofern es sich um keine mit wirtschaftlichen Mitteln erreichbare, natürliche Vorzugsstellungen handelt, Anreiz für die anderen Wirtschaftspersonen, in dem Marktsektor mit Extragewinnen ebenso tätig zu werden und damit das Monopol aufzulösen. Ein dauerhaftes Monopol kann es folglich nur geben, wo es dem Monopolisten gelingt, die freie Konkurrenz einzuschränken bzw. auf einem Sektor mit natürlich eingeschränkter Konkurrenz die Vorherrschaft zu erringen.

Wir können hier grob nach Tausch- und Produktionsmonopolen unterscheiden. „Beim Tauschmonopol kommt der Surplusgewinn zustande durch einen Aufschlag auf den statischen Konkurrenzpreis zu Lasten des Kontrahenten. Beim Produktionsmonopol kommt er zustande durch einen Mehrgewinn am statischen Konkurrenzpreise gegenüber den Konkurrenten.“³⁶⁴

Dazu gibt OPPENHEIMER an selber Stelle folgende Graphik an:



Für die United Fruit Company dürfte exemplarisch der Fall eines Produktions- oder Einkaufsmonopols gelten. Sie verkauft ihre Waren zu Weltmarktpreisen und setzt durch ihre Machtstellung gegenüber den Erzeugern einen Differentialgewinn durch. Die energieproduzierenden Konzerne verfügen dagegen idealtypisch über Tausch- oder Verkaufsmonopole. Da es nur einen Lieferanten gibt für ein benötigtes, nicht ohne weiteres substituierbares Gut, können sie am Markt Monopolver-

³⁶³ FRANZ OPPENHEIMER: *Das Kapital*, S. 69 f. Zitat bis auf einige verbesserte Formulierungen ebenso FRANZ OPPENHEIMER: *System III, Theorie*, S. 505 f.

³⁶⁴ FRANZ OPPENHEIMER: *System III, Theorie*, S. 483.

winne durchsetzen. (Darüber, ob sie diese Möglichkeit real ausnutzen, will ich mich hier nicht streiten.)

„Bei dem Verkaufsmonopol wird, wie wir sahen, der Kontrahent nur als *Konsument* besteuert; was er als Produzent an Monopolverginnen zu zahlen hat, wälzt er auf den letzten Käufer ab. Bei dem Einkaufsmonopol wird umgekehrt der Kontrahent als *Produzent* besteuert und hat keine Möglichkeit der Abwälzung auf andere. (...) Wir haben krasse Beispiele solcher Lage in der Heimindustrie: Die »Weber« HAUPTMANNs standen unter dem Einkaufsmonopol des Verlegers Dreißiger. In noch großartigerem Stile wird das Einkaufsmonopol von den nordamerikanischen Lebensmittel-Trusts im Bunde mit den Eisenbahn-Gesellschaften gegen die Korn- und Viehproduzenten des Landes ausgebeutet.“³⁶⁵

Alle »Personalmonopole«, wie OPPENHEIMER die bis hierhin angesprochenen Monopole nennt, sind relativ harmlos gegenüber den »Klassenmonopolen«, in denen eine organisierte Ausbeutung von Gruppen durch Gruppen erfolgt. Die schlesischen Weber mögen einem Einkaufsmonopol zum Opfer gefallen sein und darunter schrecklich gelitten haben. Die nachfolgende Generation wird anderen Gewerben zufließen, und das Einkaufsmonopol für Weberwaren verliert an Bedeutung. Nur die auf Dauer angelegten Klassenmonopole reproduzieren die Verhältnisse einer Klassengesellschaft beständig und sind deswegen von höchster sozialökonomischen Bedenklichkeit, was nicht bedeutet, daß die Personalmonopole gebilligt werden sollten. Aber, so OPPENHEIMERS Auffassung, wenn die Klassenmonopole beseitigt sind, dann zerfallen die Personalmonopole rasch von alleine, weil sich jede Wirtschaftsperson den Personalmonopolen einfach durch Ausweichhandlungen entziehen kann.

2.3.3.3.2. Wirtschaftlich wirksame Klassenmonopole

„Die Herrenklasse ist gegen die Unterklasse, also nach außen »geschlossen«, insofern sie die »Zulassung ausschließt oder beschränkt oder an Bedingungen knüpft«³⁶⁶. jene verwehrt dieser den Zutritt zu den »monopolisierten Chancen«, die ihr das positive Recht zugesteht, »Chancen der Befriedigung innerer oder äußerer Interessen«. Diese Chancen heißen, wenn sie appropriiert sind, »Rechte«, und wenn sie *erblich* appropriiert sind, »Eigentum«. Mit anderen Worten: zum Begriffe der Herrschaft gehören nicht nur die Rechtsungleichheit, sondern auch die *wirtschaftliche Ausbeutung auf Grund der »monopolisierten« Eigentumsrechte*.

Diese Eigentumsrechte können in dem unmittelbaren Eigentum an den Personen der Unterklasse bestehen: dann haben wir die verfassungsmäßigen Formen der *Sklaverei* oder der *Hörigkeit*, die durch unmerkliche Übergänge verbunden sind; (...) Oder diese Eigentumsrechte können bestehen in den »appropriierten erblichen Chancen«, die mit der Verfügung über die Existenzmittel, vor allem die Arbeitsmittel, und hier wieder vor allem über den Grund und Boden, verbunden sind, während die *Personen* der Unterklasse rechtlich »frei« sind. Dann haben wir, wie schon vordeutend bemerkt, den zum

³⁶⁵ FRANZ OPPENHEIMER: *System III, Theorie*, S. 509 f.

³⁶⁶ Fußnote im Zitat: „MAX WEBER: *Wirtschaft und Gesellschaft*, S. 23.“

feindlichen Wettkampf verzerrten Wettbewerb, die »Konkurrenz«; und die Ausbeutung geschieht unter der Form des *Kapitalismus*, auch er eine charakteristische »Mischform«, ein Bastard von Knechtschaft und Freiheit³⁶⁷.

Bis hierher ist die Beziehung nichts als eine solche zwischen zwei Ich-Interessen, zwei Gruppen-Ichs, von denen das eine seinen Vorteil den Nichtgenossen gegenüber rücksichtslos durchsetzt, weil sie nicht ins Wir-Bewußtsein der Gruppe aufgenommen sind, während sich das zweite Gruppen-Ich notgedrungen fügt, um noch schlimmerem zu entgehen.³⁶⁸

„Hier erschließt sich uns eine Möglichkeit, den Mehrwert abzuleiten, die sich KARL MARX noch verschloß. Er untersucht dort, wo es sich um diese Ableitung handelt, nur den einen möglichen Fall, daß alle Kapitalisten den gleichen Aufschlag auf den Selbstkostenpreis fordern und erhalten, und kann dann allerdings leicht zeigen, daß dabei per Saldo kein Gewinn für einen von ihnen herauskommen kann, weil sie als Käufer verlieren, was sie als Verkäufer gewonnen haben. Er hat den anderen entscheidenden Fall nicht bedacht, daß ein Teil der Wirtschaftspersonen als Monopolisten mit Aufschlag verkaufen oder mit Abschlag einkaufen kann und darf, der andere Teil, die »freien Arbeiter«, aber nicht³⁶⁹. Die von ihm selbst gebrachte Erklärung ist unbestreitbar falsch. Sie beruht auf einer Äquivokation mit dem Begriffe »Arbeitskraft«³⁷⁰. Von dem Standpunkt aus, den wir jetzt gewonnen haben, sieht das Problem hoffnungsvoller aus. Wenn es uns gelingt, nachzuweisen, daß die freien Arbeiter mit dem Angebot ihrer Dienste in der Tat immer einem Einkaufsmonopol gegenüberstehen, werden wir das erste Hauptproblem der Distribution völlig gelöst haben, das von der *Ursache* des Kapitalprofits. Die nächste Frage wird dann die nach seiner *Höhe* sein. (...) Wir werden zeigen, daß die sämtlichen Kapitalisten die Nutznießer von *Klassenmonopolen* sind. Die freien Arbeiter müssen ihnen ihre Dienste anbieten. Die Folge ist der Mehrwert, der »normale Kapitalprofit«.³⁷¹

Uns wird das spezielle Problem des Arbeiters weiter unten Punkt 2.4.3. (↑ 209) und Punkt 3.5. (↑ 288) erneut beschäftigen. Das unmittelbar nachfolgende Kapitel 2.4. soll der Darstellung einer Wirtschaft in Positiv-Formulierungen dienen.

³⁶⁷ Querverweis im Zitat: FRANZ OPPENHEIMER: *Soziale Frage*, S. 74.

³⁶⁸ FRANZ OPPENHEIMER: *System I, Soziologie*, S. 375.

³⁶⁹ Fußnote im Zitat: „Auch dieses geschmälerte Nominaleinkommen kann, was vielleicht nicht überflüssig ist zu bemerken, sich als noch stärker verringertes Realeinkommen in Verwendungsgütern verwirklichen, wenn die ökonomische Person nicht ausschließlich beliebig reproduzierbare Produkte zu ihrem Konkurrenzpreise einkauft. Kauft sie nämlich außerdem noch als Konsument Monopolprodukte, so sinkt ihr Realeinkommen um den Minderwert in absoluten Wertseinheiten unter ihr so bestimmtes Nominaleinkommen, und zwar nach der oben aufgestellten Formel. Auf diese Weise wird das Realeinkommen des Kontrahenten in der Tat sehr oft und empfindlich noch einmal verkürzt, namentlich durch das städtische Bodenmonopol, das ihm seine Wohnung zu einem Monopolpreise vermietet, durch Verteuerung seiner Unterhaltungsmittel, durch Zölle und Trusts, und früher durch das jetzt fast überall verbotene System des Truck, das ist der Verkauf von Lebensmitteln, Spirituosen usw. in Läden des Unternehmers an seine Arbeiter.“

³⁷⁰ Querverweis im Zitat: FRANZ OPPENHEIMER: *Weder Kapitalismus noch Kommunismus*. Unter diesem Titel erstmals 1931 erschienen, 3. Aufl. Stuttgart 1962, S. 116 ff.

³⁷¹ FRANZ OPPENHEIMER: *Das Kapital*, S. 75.

2.4. Zielgrößen einer »reinen Ökonomie« und »Sozialen Marktwirtschaft«

In den Worten OPPENHEIMERS möchte ich diesem Kapitel voranstellen, welchen Anforderungen eine »reine Ökonomie«³⁷², die nach dem Kriege konkret als »Soziale Marktwirtschaft« bezeichnet wurde, zu genügen hätte.

„Die erste Aufgabe der Marktwirtschaft besteht darin, das Kollektivbedürfnis der Wirtschaftsgesellschaft dadurch möglichst vollkommen zu befriedigen, daß sie den »Kollektivbedarf« mit möglichst geringen Kosten beschafft und so verwaltet, daß er zum möglichst großen Erfolge der Bedürfnisbefriedigung verwendet werden kann. (...): die Lehre von der Produktion zeigt uns, woher und nach welchen Gesetzen der Markt sich *füllt*, die Lehre von der Distribution, wohin und nach welchen Gesetzen er sich wieder *entleert*. Wird eine dieser Aufgaben nicht vollkommen erfüllt, so leidet die Gesellschaft.“³⁷³

Die *marktwirtschaftliche* Funktion der »reinen Ökonomie« besteht darin,

- den Bedürfnissen der Nachfrage zu folgen, statt der Gesellschaft Unerwünschtes oder Mangelhaftes aufzuzwingen: *Nachfrageorientierung*,
- die Mengenerwartungen auf dem optimal möglichen Niveau zu erfüllen, welches nur durch die in einer Gesellschaft bereitstehende Arbeitskraft und die produktiv eingesetzten Sachwerte begrenzt wird: *Mengenregulierung*,
- dabei keine Energie zu verschwenden, insbesondere nicht kostbare menschliche Lebenszeit: *Effizienzgebot*
- und zu *funktionieren* (!): *Funktionsgebot*.

Hätten die Marktwirtschaften der Nationen diesen Kriterien stets genügen können, dann wäre die Kritik an dem Regelungsprinzip »Markt« kaum so laut geworden, wie dies geschehen ist und zuweilen selbst gegenwärtig noch geschieht. Die Idee des Kommunismus, als Ausdruck einer marktlosen Gesellschaft und Negation des nichtfunktionierenden Kapitalismus, hätte keinen Nährboden gehabt. Indessen gibt uns die Wirtschaftsgeschichte einige zusätzliche Fragen zu lösen und müssen wir einer naturalistischen Marktvorstellung entgegensetzen, daß die Erfüllung marktwirtschaftlicher Funktionen auf *gesellschaftlichen Voraussetzungen* beruht. Nur wenn diese gegeben sind, erreicht Marktwirtschaft die *soziale Qualität* eines »liberalen Sozialismus«, den Ausgleich aller Einkommen auf dem Niveau unterschiedlich eingebrachter Leistungen, und funktioniert nach den Bewegungsgesetzen einer »reinen Ökonomie«.

In den vorstehenden Texten wurde vielfach von Macht, Monopolen und Klasesengesellschaft gesprochen. Sie sind Ausdruck einer *beschränkten* Entscheidungs-

³⁷² Der Begriff »reine Ökonomie« hat bei OPPENHEIMER eine ganz bestimmte Bedeutung, die nicht identisch ist mit dem Begriff CARL MENGERS, SCHUMPETERS oder anderer! Alles außer OPPENHEIMER findet man erklärt bei JOSEF BACK: *Die Entwicklung der reinen Ökonomie zur nationalökonomischen Wissenschaft*. Jena 1929.

³⁷³ FRANZ OPPENHEIMER: *Das Kapital*. Zitat vor der Auslassung S. 2, nach der Auslassung S. 4 f.

freiheit und wirtschaftlichen Autonomie bei der *Masse* der Bevölkerung. OPPENHEIMER schreibt: „Die reine Ökonomie ist eine fortschreitende Gesellschaftswirtschaft mit *allseitig* sinkendem Druck. Die kapitalistische Ökonomie ist eine fortschreitende Gesellschaftswirtschaft mit *einseitig* sinkendem Druck.“³⁷⁴ Damit meint er, daß die »reine Ökonomie« ihre Segnungen in der Breite zeitigt und den Existenzdruck aller Wirtschaftspersonen mit ihrer fortschreitenden Entwicklung gleichermaßen senkt, während die kapitalistische Ökonomie einer Minderheit besondere Entlastung beschert, aber dabei insgesamt in ihrer Entwicklung nicht so fortschreitet wie sie es könnte und stets für die Masse mit unbilligen (weil zum Betrieb einer Marktwirtschaft unnötigen) Belastungen einhergeht.

Betrachten wir die oben angeführten Funktionskriterien einer »reinen Ökonomie« oder »Sozialen Marktwirtschaft« näher:

Die *Nachfrageorientierung* der Marktwirtschaft ist geknüpft an die Wahlfreiheit des Konsumenten. Sie wird heute weitgehend als gegeben angesehen, wenngleich der Konsument zahlreichen Manipulationsversuchen ausgesetzt ist, über keine vollständigen Informationen verfügt und laufende Konzentrationsprozesse im Handel manchen Anlaß zu Befürchtungen geben. Angebotsseitig wird die Konsumentensouveränität unterhöhlt durch Monopole und Kartelle. Bundespost und Bundesbahn sind/waren öffentlich-rechtliche Monopole. Die Energieversorgung und Militärgüterproduktion erfolgt meist durch private Monopolisten.

Aber der Begriff der Nachfrageorientierung führt weiter, bis hin zu der Frage, ob Produkte nachfrageorientiert entwickelt und angeboten werden oder nicht. Man sollte meinen, daß dies aus Eigeninteresse des Unternehmens immer geschieht. Bei der Frage des FCKW-freien Kühlschranks waren sich die drei westdeutschen Kühlschrankproduzenten dagegen einig, ihre vorhandenen Produktionsanlagen weiter zu nutzen, ohne ihr Angebot umzustellen. Erst der Ost-Konkurrent brachte, nachdem er sich nicht ausschalten ließ, Bewegung in die Westunternehmen. Das Beispiel läßt sich auf viele andere Produktarten übertragen: Windkraftwerke, die erst niemand entwickeln wollte und nun, da die dänische Industrie mit ihren Entwicklungen den Markt abdeckt, soll mit öffentlichen Geldern der Entwicklungsrückstand eingeholt werden. Hochgeschwindigkeitszüge, um die sich im Autoland BRD niemand kümmern wollte und die dann, nachdem Frankreich und Japan ihre Züge entwickelt hatten, in einem Kraftakt (und natürlich wiederum aus öffentlichen Mitteln) nachentwickelt wurden. Doch eine durch Monopolisierung verminderte Sensibilität der Unternehmen verhindert allenfalls die Strukturanpassung einer Industrie und führt mangels Sensibilität im Vorfeld zu einer aufgeschaukelten Branchenstrukturkrise. Davon betroffen sind meistens nur Konzerne und politisch gut organisierte Verbände, denen es gelingt, über lange Zeit hinweg an dem Kunden vorbeizuproduzieren.

Von grundlegender Bedeutung für die eingangs aufgestellten Zielgrößen ist die Frage der anpassungsfähigen *Mengenregulierung*. Welche Gütermengen eine Ge-

sellschaft bedarf, wird nach einem alles zerstörenden Krieg anders beantwortet werden als nach einer längeren Friedensperiode. Das Maß notwendiger Arbeit ergibt sich im Prinzip automatisch durch den Entschluß einer Person, zum Zwecke des Gütererwerbes Lebenszeit der Arbeit (Gütererstellung) zu widmen. Daß manche Menschen der Erwerbstätigkeit auch noch nachgehen, wenn alle Bedürfnisse durch vorangegangene Erwerbstätigkeit gesättigt sind, liegt mehr an der Konstruktion unserer Gesellschaftsordnung und der daraus folgenden Verhaltensnormalität. Daß die Menschen ihren natürlichen Sättigungspunkt nicht zum Anlaß einer Umorientierung, weg von der Erwerbstätigkeit hin zur Lebensgestaltung, nehmen können, hängt wiederum an dem kapitalverwertungsorientierten Aufbau der Wirtschaft. In ihr sind Mensch und Kapital derart voneinander getrennt, daß die Flexibilität der Wirtschaft gegenüber dem arbeitenden Menschen ebenso gering ist wie das Verfügungsrecht und die Verantwortlichkeit des Einzelnen gegenüber dem Gesamtprozeß selbst. Menschen tragen ihr Geld zu Banken gegen Zins. Banken geben Kredite an Unternehmen gegen noch höheren Zins. Menschen müssen in Unternehmen eine Produktivität entfalten, die wiederum alles eingesetzte Kapital noch höher verzinst. Alles dreht sich, alles bewegt sich um ein Mehr des Geldes. Die Flexibilität der Wirtschaft reduziert sich auf eine Schicksalsfrage des Menschen: mitmachen (können) oder nicht. Das Rentabilitätsgebot des Geldeinsatzes stört somit die quantitativ unbestimmte Funktion einer angepaßten Mengenregulierung, aber nicht, weil das *Geld* so ist, sondern weil der Mensch des wirtschaftenden Einsatzes seines monetären Wertdepots entfremdet ist. Arbeit und Kapital bilden auf der Ebene des Individuums keine Einheit, Arbeitsvermögen und Betriebsmittel werden nicht mehr so kombiniert, daß der einzelne Mensch individuell-lebensgestaltende Optimierungsentscheide fällen könnte. Man will von Managern und Kapitalisten behütet werden, und die Gewerkschaften tragen zur Abwälzung der Selbstverantwortlichkeit mit ihrer Fixierung auf *abhängige* Beschäftigung nach Kräften bei. Verantwortlich sein will niemand, der nicht auch Einfluß nehmen kann. Doch Einfluß auf sein Schicksal kann auch niemand nehmen, der nicht verantwortlich sein will. Darin dreht man sich im Kreise. Die Genossenschaft weist hier vom Modell her einen Ausweg.

Die Einhaltung des *Effizienzgebotes* ist unmittelbar gebunden an den Zusammenhang von Kosten und Nutzen. Nutzen ist primär eine menschliche *Genuß*-Kategorie, keine monetäre. Kosten sind primär Aufwendungen in Zeit und Energie des Menschen, nicht deren Entsagungsäquivalent in Geld. Was für den Menschen genuß-optimal wäre, ist für das Kapital nicht automatisch profit-maximal. Und da das Kapital die Ereignisse dominiert, gilt hier die Umkehrung des Satzes. Nur eben, daß dieses Kapital in letzter Instanz wiederum Menschen gehört, also der Mensch seiner Art alles bereitet, worüber eine Klage geführt werden könnte. Die Problemlage ist gekennzeichnet durch (A) eine Entfremdung des produzierenden Menschen vom Geldverwendungs- und Produktionsplanungsprozeß, und (B) stellt sich die Frage der Kapitalstreuung. Ist sie ungleichmäßig, beherrschen die einen die anderen. Ist sie gleichmäßig, beherrscht jeder sich selbst. In letzterem Falle wäre jeder

³⁷⁴ FRANZ OPPENHEIMER: *Das Kapital*, S. 365.

selbst der Dumme, und Einsicht läge nahe. Im ersteren Fall könnte ein unausweichlicher Zwang der einen durch die anderen vermutet werden (↑ 193).

Das *Funktionsgebot* ist ebenfalls abhängig von der Vermögensverteilung, wie die unter Punkt 2.4.4. (↑ 219) dargestellte Krisentheorie zeigen wird. Ihres Umfanges wegen, verzichte ich hier auf eine vorwegnehmende Darstellung.

Die sozialökonomischen Voraussetzungen der reinen Ökonomie lassen sich auf ein *objektives* und ein *subjektives* Realisierungsproblem reduzieren. Das objektive Realisierungsproblem besteht in den *Möglichkeiten*: Ausbildung, Vermögen, verfügbarer Boden bzw. Gebäude für Gewerbetätigkeit, das Recht, ein Gewerbe auszuüben etc. Das subjektive Realisierungsproblem besteht in den kulturellen Normalität beschreibenden *Gewohnheiten*: dem Willen und der Fähigkeit zur (Selbst-)Organisation, fehlendes Selbstbewußtsein, erworbene oder nicht abgeschüttelte »Angst vor der Freiheit« (ERICH FROMM), Abhängigkeitsverhältnisse von Kindesbeinen an, durch Autoritäten eingeflößte Selbsttäuschung bezüglich der Risiken und Möglichkeiten einer »selbständigen Lebensführung«, fehlende Vertrautheit mit nicht-abhängigen Verhältnissen etc.

Die Problematik der Pädagogik, Ausbildung und Erziehung möchte ich hier aussparen, obwohl natürlich jede Gesellschaft ihren freiheitlich-genossenschaftlichen oder autoritär-herrschaftlichen Charakter in dem Umgang mit ihrer Jugend anlegt³⁷⁵. Ob unsere Gesellschaft bei den Individuen Wagemut oder Unterwürfigkeit hervorbringt, Selbständigkeit oder Abhängigkeit einübt, kooperatives Problemlösungsverhalten oder Isolation und Ohnmacht, das kann jeder selber beurteilen und die logischen Konsequenzen bezüglich unserer Gegenwartsprobleme ziehen.

Das zentrale und primär ökonomische Problem, nämlich das der *Einkommens- und Vermögensverteilung*, sei dagegen um so ernster genommen. Denn um diesen Kern herum dreht sich, was *Marktwirtschaft* an sozialem Resultat leistet (oder nicht). Das Ideal auf dieser Ebene lautet »gleichzeitige Wirtschaftlichkeit und Gerechtigkeit: nämlich allen Kräften gleicher Qualifikation das gleiche Einkommen zu gewähren, ungleiche Kräfte aber nach nichts anderem als der verschiedenen Qualifikation zu entlohnen«³⁷⁶. Ist die Einkommens- und Vermögensverteilung so gelagert, daß auf der Grundlage historisch-politischer Systemkomponenten wenige viel und viele wenig verdienen, dann wirkt dies auf alle oben genannten Funktionen der Marktwirtschaft ungünstig zurück (↑ 208 f).

³⁷⁵ Eine interessante Vertiefung ergäbe ein Exkurs in die Reformpädagogik der FRIES'schen Schule, wie sie von LEONARD NELSON, MINNA SPECHT und anderen vertreten wurde. Für Pädagogen vertraute Projekt-Begriffe dürften in diesem Zusammenhang die »Odenwaldschule« und »Walkemühle in Dänemark« darstellen. Vgl. WIE VERNUNFT PRAKTISCH WERDEN KANN. Zur Aktualität des philosophischen Werkes von Leonard Nelson. Frankfurt a. M. 1987. BIRGIT S. NIELSEN: Erziehung zum Selbstvertrauen. Ein sozialistischer Schulversuch im dänischen Exil 1933 - 1938. Wuppertal 1985.

³⁷⁶ FRANZ OPPENHEIMER: *System IV, Geschichte*, S. 1048.

Als Thesen möchte ich den folgenden Unterabschnitten voranstellen:

- Die sozial und ökonomisch funktionierende Marktwirtschaft ist eine labile Konstruktion. Sie trägt in sich die Tendenz zu zerfallen, wenn nicht eine errichtete Wirtschaftsordnung dafür Sorge trägt, daß sich Zustände wie vor ihrer erstmaligen Einführung nicht erneut einstellen.
- Die bis heute ungeklärte Frage eines normativen Referenzmodelles der Sozialen Marktwirtschaft gefährdet den dauerhaften Bestand der deutschen Gesellschaftsordnung. *Schleichend* werden fortlaufend Gesetze in Richtung alter kapitalistischer Unordnung revidiert, weil das *Interesse* der politisch aktiven Klasse darin eine *für sich* günstige Anordnung erkennt. *Erruptiv* brechen in Phasen historischer Diskontinuitäten, wie etwa der deutsch-deutschen Vereinigung, Weltwirtschaftskrisen und möglicherweise auch der EG-Strukturveränderung, ganze Bereiche der ehemaligen Wohlstandskonzeption weg, weil die politischen Akteure über kein theoretisch reflektiertes Krisenmanagement verfügen, somit nicht stabilisierend wirken können, sondern aktionistisch Artefakte produzieren, die ihrerseits wiederum Ursache weiterer Krisen und Krisenverschärfungen sind.

2.4.1. Begriffliche Abgrenzung von »Sozialstaat« und »Neoliberalismus«

In dem bereits oben (↑ 68) wiedergegebenen Ausspruch von HAYEK: »Was eigentlich sozial heißt, weiß niemand. Klar ist nur, daß eine Soziale Marktwirtschaft keine Marktwirtschaft ist«³⁷⁷, läßt sich deutlich das Abgrenzungsproblem erkennen, einerseits »Soziale Marktwirtschaft« und »Sozialstaat« voneinander zu unterscheiden und andererseits den von ERHARD bewußt gesetzten Begriff der »Sozialen Marktwirtschaft« gegen alle Versuche einer Verkürzung auf den neoliberalen Begriff der (kapitalistischen) »Marktwirtschaft« zu sichern. Es kann in diesem Zusammenhang nicht oft genug betont werden, daß ERHARD sich selber *nicht* dem Neoliberalismus zugerechnet hat, sondern lediglich in reichlicher Zahl von Neoliberalen *umgeben* war. Ferner steht zu befürchten, daß seitens des Umfeldes eine nicht unerhebliche Vereinnahmung der ERHARDSchen Erfolge stattgefunden hat, wonach diese angeblich den sogenannten »Kräften des Marktes« nach neoliberal »reiner« Lehre zuzuschreiben wären und alles, was ERHARD abweichend davon verwirklichte, sozusagen die »verbliebenen Schwächen« ausmachen würde. HORST FRIEDRICH WÜNSCHE, der letzte von ERHARD persönlich berufene Referent der Ludwig-Erhard-Stiftung, schreibt dazu treffend:

„Das Ungewöhnliche seinerzeit war, daß am Ausgangspunkt der politischen Karriere ERHARDS sein überzeugungskräftiges wirtschaftspolitisches Konzept stand, das andere Gestaltungsabsichten verdrängte und im Laufe der Zeit Parteiprogramm wurde.

³⁷⁷ Sekundär zitiert nach D. Grosser et al.: Soziale Marktwirtschaft. Geschichte - Konzeption - Deutung, Stuttgart 1988, S.3.

ERHARD nicht von einer Partei mit feststehender Programmatik gekürt; ERHARD hat sich vielmehr die politische Unterstützung zur Durchführung seiner Vorstellungen beschafft.³⁷⁸

„Wenn ERHARDS Konzeption weder mit allgemein-wirtschaftlichen noch mit speziell marktwirtschaftlichen Kategorien vollständig beschrieben werden kann, weil ERHARD über den engeren wirtschaftlichen Bereich hinausgehende eigene Gestaltungsideen vertreten hat, kann nicht akzeptiert werden, was man heute von marktwirtschaftlicher Seite oft bedauernd hört: »Die 'Soziale Marktwirtschaft' hatte von Anfang an eine große Schwäche: ihr Adjektiv«, ERHARD sei von einem marktwirtschaftlichen Konzept »abgewichen«, er habe sich einer »Politik der Mittelwege« gefährlich genähert, habe mit der sozialen Beifügung das Einfallstor für den Interventionismus in die marktwirtschaftliche Bastion zumindest einen Spalt weit geöffnet. Vor dem Urteil, ERHARD habe die marktwirtschaftliche Konzeption in der Praxis nicht in vollständiger Strenge realisiert oder realisieren können, muß zuerst die Frage stehen, ob ERHARD wirklich nur daran gelegen war, eine bestimmte marktwirtschaftliche Modellvorstellung zu verwirklichen. Es darf nicht vergessen werden: »Es ist immer wieder derselbe geschichtsphilosophische Grundfehler, in den unsere Moral-, Rechts-, Kunst- und Wirtschaftsgeschichte so ungemein leicht verfällt: die geschichtlichen Tatsachen bereits auf unsere kapitalistische Geistesstruktur, ihre Maßstäbe und Ideale zu beziehen, und ein 'Nicht-können' da zu sehen, wo ein anderes Wollen, eine andere Gesinnung, ein anderes Ethos vorlag.«³⁷⁹ Die Fragen, die gestellt werden müssen, lauten: Was wollte ERHARD mit der Sozialen Marktwirtschaft? Worin bestand die eigentliche ERHARDSche Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft?³⁸⁰

Damit weist WÜNSCHE die Position von HAYEK und anderen recht deutlich zurück, wenngleich sein berechtigt eingelegerter Widerspruch den um ERHARD gelegten Schleier nicht völlig hebt. Es ist nicht genug damit, festzustellen, daß ERHARD die vorliegende Marktwirtschaft als politische Ökonomie verstanden und ihre Umwandlung zu einer »reinen Ökonomie« oder »Sozialen Marktwirtschaft« betrieben hat, nicht genug, zu wissen, daß ERHARD in umfangreichem Maße soziologisch und wirtschaftstheoretisch ausgebildet war. In diesem Text zumindest fehlt noch der Name OPPENHEIMER³⁸¹. Erst wenn die von OPPENHEIMER bezogene Position *bekannt* ist, weiß man überhaupt, auf welchem theoretischen Fundament ERHARD stehen *könnte*. Denn bis dahin gibt es neben Sozialstaat, kapitalistischer Marktwirtschaft und Kommunismus gar keine Erkenntnisfigur, nach der der Wirtschaftshistoriker *wissentlich* suchen könnte. OPPENHEIMER war ein »Exot« oder Begrün-

³⁷⁸ HORST FRIEDRICH WÜNSCHE: Welcher Marktwirtschaft gebührt das Beiwort »sozial«? In: Karl Hohmann u. a. (Hg.): Grundtexte zur Sozialen Marktwirtschaft, Bd. 2, Das Soziale in der Sozialen Marktwirtschaft, Stuttgart 1988, S. 21 - 31, hier S. 22.

³⁷⁹ Fußnote im Zitat: „MAX SCHELER: Die Zukunft des Kapitalismus. In: MAX SCHELER, Vom Umsturz der Werte. Abhandlungen und Aufsätze, Bern 1972, S. 351 f.“

³⁸⁰ HORST FRIEDRICH WÜNSCHE: Welcher Marktwirtschaft ..., a.a.O., S. 22 f.

³⁸¹ In der Arbeit von 1986 über LUDWIG ERHARD ist wohl ein Kapitel über OPPENHEIMER enthalten. Der gute Ansatz scheiterte m. E. allerdings daran, daß es zu diesem Zeitpunkt buchstäblich niemanden in Deutschland gab, der WÜNSCHES ERHARD-Kenntnisse mit OPPENHEIMERS Theorie hätte konfrontieren können. So blieb der Alleingang WÜNSCHES recht offensichtlich auf halbem Wege stecken. Immerhin! Vgl. HORST FRIEDRICH WÜNSCHE: Ludwig Erhards Gesellschafts- und Wirtschaftskonzeption. Stuttgart 1986.

der einer eigenen Denkrichtung, die - wie alle geistigen Dinge - erst nach Kenntnisnahme sichtbar wird. Er beschrieb seine Stellung in der Wissenschaft wie folgt:

„Die historische Schule, die vollkommen abgewirtschaftet hatte, stürzte nach GUSTAV SCHMOLLERS Tod plötzlich in sich zusammen, und ihre Stelle nahm die Wiener subjektivistische »Grenznutzenschule« ein, die seitdem mit fast gleicher monopolistischer Ausschließlichkeit die Lehrstühle der Theorie besetzt hat. Ich versuchte, die führenden Theoretiker dieser Schule zur Diskussion zu bringen: 1916 erschien meine Studie »Wert und Kapitalprofit, Neubegründung der objektiven Wertlehre«. Ich hatte die Genugtuung, daß sich kein geringerer als SCHUMPETER auf die Mensur stellte: er griff meine Lehre vom Bodenmonopol an. Die Debatte ist in dem »Archiv für Sozialwissenschaft« geführt worden; SCHUMPETER hatte mich angegriffen, ich replizierte, er duplizierte, ich kam noch einmal zum Wort, und dann hat SCHUMPETER geschwiegen. Ganz neuerdings ist ALFRED AMONN, gleichfalls einer der bedeutenderen Köpfe der Schule, mit mir in eine Diskussion eingetreten, die er in der österreichischen Zeitschrift für Volkswirtschaft und Sozialpolitik eröffnete. Meine Replik und seine Duplik sind im 5. Bande (neue Folge, Heft 1 - 3) erschienen. Die im Geiste der höchsten gegenseitigen Achtung geführte Diskussion hat bereits zu einer erfreulichen Klärung geführt; sie wird hoffentlich fortgesetzt werden. Vorläufig ist ihr Ertrag in der dritten Auflage von »Wert und Kapitalprofit« (1926) aufgenommen worden.

Inzwischen habe ich in der fünften Auflage meiner Theorie den Subjektivisten in allerschärfster Weise den Krieg angesagt. Ein großer Verehrer GOSSENS, erkenne ich die Lehre vom Grenznutzen als vollkommen richtig und unentbehrlich für die *psychologische Grundlegung* der Ökonomik an, bestreite aber mit aller Entschiedenheit, daß sie im *inneren Betrieb* der Ökonomik irgend etwas zu tun habe; ich behaupte, daß der Begriff, wie ihn namentlich BÖHM-BAWERK ausgearbeitet hat, ein Unbegriff ist, und daß die Ableitung des Preises aus dem subjektiven Wert nur durch eine Kette der allergrößten, von mir im einzelnen aufgewiesenen Trugschlüsse möglich gewesen ist. Demgegenüber habe ich selbst eine überaus einfache und, wie ich glaube, keinem ernsthaften Einwand mehr ausgesetzte Theorie des objektiven Wertes, oder besser des statischen Preises, entwickelt und zwar, indem ich zum ersten Male von der nie bestrittenen Tendenz der Konkurrenz ausging, die Einkommen sämtlicher Produzenten soweit auszugleichen, wie das gegen die beiden einzigen bestehenden Hemmnisse: die Qualifikation und das Monopol, erreichbar ist.³⁸²

Der Neoliberalismus, der m. E. fälschlich von sich behauptet, die theoretische Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft geliefert zu haben, fußt auf dem Grund eines von BÖHM-BAWERK, AMONN und SCHUMPETER ausgehenden »erweiterten Psychologismus«, dem OPPENHEIMER die makroökonomische Qualität vom gewählten Ansatz her abspricht. OPPENHEIMERS Ökonomie-Vorstellung ist dagegen eine der Stromgrößen und Kreisläufe. Die »mikroökonomische Fundierung« des Psychologismus ist für ihn notwendige *Testgröße*, die ihn die Stabilität der makroökonomischen *Konstruktion* erkennen läßt. Die Gesellschaftswirtschaft neigt immer dann zur Instabilität, wenn die von dem System gesetzten Erfolgchancen und Aufwände (Verhaltensparameter) bei den Wirtschaftssubjekten Handlungen hervorrufen, die den »Durchfluß« stören und per Akkumulation gegen einen »End-

³⁸² FRANZ OPPENHEIMER: In: Die Volkswirtschaftslehre der Gegenwart ..., a.a.O., S. 109 f.

punkt« laufen, der nur »Krise« bedeuten kann. Wieviel ein Subjekt für angebotene Güter oder Dienste konkret bezahlt, das muß den anbietenden *Betriebswirt* interessieren. Den Volkswirt interessiert hingegen, *ob die tauschenden Parteien ihre Aufwände auf einem gemittelten Konkurrenzpreisniveau ersetzt bekommen, und ob das Prinzip der anreizgebundenen Strukturanpassung funktioniert*, wenn es einmal aus irgendwelchen Gründen gefordert wird. Um diese Fragen beantworten zu können, muß der unter freier Konkurrenz zustandekommende Preis von dem durch (Klassen-)Monopol bewirkten Preis unterschieden werden, müssen also die *Machtverhältnisse* in der Wirtschaft analysiert werden, muß die *Soziologie der Gesellschaftswirtschaft* bewältigt sein, bevor man die Tatsache stets vorhandener Preise *interpretiert*. Den Preismechanismus als Regelungsmechanismus a priori *funktionierend zu definieren*, ist kapitalistische Wegseh-Ideologie, ist systematisches Abwenden von den durch die Kapitalistenklasse verursachten Marktstörungen, ist »systematischer Fehler« einer Theorie, die über »Schlaraffia« spricht und in »Raffia« lebt, ist institutionalisierte Bewußtseinspaltung von Soll und Sein. *Machtverhältnisse* in der Gesellschaftswirtschaft können aber nur als Verhältnisse von *Gruppen* mit gegeneinanderstehenden Merkmalen verstanden werden, Vermieter zu Mieter, Käufer zu Verkäufer etc. Das individualistische Preis-Entstehungskalkül definiert mit dem gewählten Ansatz normativ den soziologischen Erkenntnisstandpunkt aus der Ökonomie heraus! Es ist bezeichnend, daß sich die von SCHUMPETER und OPPENHEIMER geführte Kontroverse³⁸³ genau um diesen Punkt dreht und SCHUMPETER mit seiner Position *eine Norm durchsetzt*, die Augen zu verschließen vor diesem und jenem Machtverhältnis, das es wohl geben mag, aber das den Ökonom nicht zu interessieren habe.³⁸⁴

Bereits oben (↑ 130) wurde eine knapp gefaßte Abgrenzung der hier diskutierten Begrifflichkeiten versucht. Mit etwas mehr Worten dargestellt erscheint der

- »Sozialstaat« als Versuch, mit Hilfe des Zwangs- und Herrschaftsinstrumentariums des Staates soziale Ungleichheit auszugleichen. Das Problem der Sozialstaats-Konzeption besteht dabei darin, (1) »gerechte Maßstäbe« zu finden, die höhere Gültigkeit besitzen als lediglich dem Interesse politisch organisierter Gruppen nachzugeben, (2) kann die Steuerpolitik unter Umständen unproduktives Verhalten anreizen, und (3) verbraucht die Verwaltungs-

³⁸³ Die Kontroverse SCHUMPETER-OPPENHEIMER wurde im »Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik« geführt. SCHUMPETER greift in seinem Aufsatz „Das Grundprinzip der Verteilungstheorie“ [Bd. 42 1916/17, 1. Heft, S. 1 - 88; ebenso in SCHUMPETER, Aufsätze zur ökonomischen Theorie, S. 320 - 407] auf der Seite 24/25 OPPENHEIMERS Einbeziehung der »Machtverhältnisse« an, die für eine ökonomische Theorie weder Erklärungskraft besäßen noch dort hineingehörten. Die weitere Diskussion entwickelt sich in Bd. 44 und 47 der Zeitschrift und ist abgedruckt in FRANZ OPPENHEIMER: Wege zur Gemeinschaft, Gesammelte Reden und Aufsätze, Bd. 1, S. 411 - 441 (Das Bodenmonopol). OPPENHEIMER (*Das Kapital*, 1938, S. 121) notierte, daß der Abdruck seiner Duplik auf SCHUMPETERS Replik jahrelang verzögert wurde, weil die Redaktion auf SCHUMPETERS Antwort vergeblich wartete.

³⁸⁴ Vgl. die erschöpfende Dissertation von WILFRIED SCHULTZ: Die Entwicklung der Diskussion um das Machtproblem innerhalb der Verteilungslehre in Deutschland seit Franz Oppenheimer. Köln 1966.

Umverteilungsmechanismen des Staates mit jeder übernommenen Aufgabe einen Anteil an der gesamtgesellschaftlich möglichen Produktivität. Hinzu kommt, daß die Sozialstaats-Konzeption die ökonomische Grundlage der Klassengesellschaft nicht angreift, sondern stabilisiert. Es kommt zu keiner Verbesserung der Erwerbs- und Existenzgrundlage der abhängigen Bevölkerung, sondern die unangetasteten Abhängigkeiten werden eine Zeitlang durch »Schmerzensgeldzahlungen« (Umverteilung) gemildert. Je weiter der Akkumulationsprozeß an Macht und Mitteln zugunsten der herrschenden Klasse fortschreitet und somit die Verhältnisse der sozialen Klassen auseinanderdriften, desto »kostenintensiver« und »lästiger« wird den Besteuerten der Umverteilungsmechanismus. Da ihnen die öffentliche Meinung, Medien, Politik etc. unterliegen, steht am Ende die Problematisierung des Sozialstaates selbst sowie dessen Abschaffung aus »ökonomischen Gründen«. Hintergrund der Bewegung ist die Parallelität kapitalistischer Ökonomie und falsch ansetzenden ethischen Bewußtseins nach einer totalen Krise, die »Mildtätigkeit« gewährt statt Taten zu organisieren. Letztendlich droht die Mildtätigkeit jedoch von den Strukturen überrannt zu werden, weil immer breitere Schichten von der Krise erfaßt werden und, erst einmal selber in Existenznot geraten, kein Verständnis mehr für die Not anderer aufbringen.

- »Soziale Marktwirtschaft« ist dagegen der Versuch, die Ungleichheit der Einkommen auf das *natürliche Maß verschiedener Qualifikation* (↑ 199) zu reduzieren, indem die Freiheit des Wettbewerbes gesichert wird. Das Konzept enthält *nicht* den Gedanken, die wirklich sozial Schwachen und Bedürftigen ihrem Schicksal zu überlassen, sich nicht mehr um die Ausbildung der nachwachsenden Generationen zu kümmern etc., aber es möchte aus einem breit fundierten Wohlstand heraus helfen und fragt in erster Linie danach, welche Systemkomponenten der Wohlstandserzeugung³⁸⁵ dienen oder entgegenstehen. Es greift dabei konzeptionell die Spitzenverdiener verschiedener Berufsstände und die exklusiven Kapitaleigner an, indem es zuläßt, daß jeder in die Berufe und Gewerbe drängt, die die höchsten Einkommen in Aussicht stellen.

Indem das Konzept der »Sozialen Marktwirtschaft« die Chancengleichheit bei den Startpositionen anstrebt, die einzelne wirtschaftliche Entscheidung dann aber der Verantwortung des Einzelnen anheimstellt, kann sie den Menschen nicht alle

³⁸⁵ Niemand wird der Konzeption hoffentlich die Naivität eines auf Produktions*quantität* ausgerichteten Verständnisses unterstellen. »Wohlstand« wurde von ADAM SMITH, OPPENHEIMER und ERHARD nie nach Produktions- und Konsum*mengen* bemessen, wenngleich ein absoluter Mangel in bestimmten Zeiten wenig Raum für qualitative Fragen läßt. Doch muß unter »Wohlstand« in erster Linie die erarbeitete *Möglichkeit einer wunschgemäßen Lebensgestaltung* verstanden werden, was auch immer dies in bestimmten Zeiten bedeutet. Selbstverständlich ist auf diesem Wege auch die Realisierung ökologisch vollkommen neutraler Wirtschaftskreisläufe möglich, an die man erst in unserer Zeit denkt. Immer, auch unter diesem Leitbild, wird es dabei Arbeit zu organisieren gelten, und zwar bei ökologischer Rücksichtnahme *mehr* Arbeit als bei einem hingegenommenen Raubbau an der Natur.

Sorgen abnehmen, pocht aber doch auf die *Existenz von Chancen*. Mit dieser Mischung aus Schutz und Forderung soll einerseits der Fortbestand und die Leistungsfähigkeit der Gesellschaft gesichert werden. Andererseits wird aber auch niemandem die Bürde der Eigenverantwortlichkeit abgenommen. Wer schlechte Entscheidungen fällt und unter den Konsequenzen leidet, muß nach besseren Wegen suchen und darf nicht bereits im Vorfeld einer Anstrengung wieder entlastet werden.

Die drei oben angeführten kritischen Punkte der Sozialstaats-Konzeption sind in dem Begriff der Sozialen Marktwirtschaft idealtypisch gesehen nicht enthalten. Sie ist Marktwirtschaft mit sozialem Resultat aufgrund einer frei-marktwirtschaftlichen Überwindung der Klassengesellschaft bzw. deren politischer Ökonomie. Darin steckt das überaus schwer »objektiv« zu handhabende Problem, daß die Freiheit der größten Zahl entgegen den Interessen einer exklusiven Minderheit und deren gehobenen Freiheiten errungen und verteidigt werden müßte. Um die politische Ökonomie der Klassengesellschaft überwinden zu können, muß man sie kennen und als politischer Ökonom mit entgegengerichteten Zielsetzungen handeln. Vielleicht liegt darin die Schwäche des Ansatzes ERHARDS, der das Ziel lediglich über den politischen Apparat zu erreichen versuchte und nicht, wie OPPENHEIMER es angestrebt hat, mit der Komponente einer organisierten Gegenmacht sicherte: der dem ausschließenden Klasseninteresse entgegengerichteten Genossenschaft.

2.4.2. Die Streuung der Einkommen und Vermögen

Der in diesem Abschnitt behandelte Punkt ist mehr als schwierig; er ist politisch hochsensibel. Drei Dimensionen treffen in ihm zusammen, (1) objektive Daten einer Klassen- oder Nicht-Klassen-Gesellschaft, (2) die Frage des inneren politischen Zusammenhaltes einer Gesellschaft und (3) die Frage der inneren Stabilität der gewählten Wirtschaftsstruktur.

Punkt (1) läßt sich in dieser Arbeit nicht klären. Die benötigten Daten mögen vielleicht Sonderforschungsbereichen und hochspezialisierten Forschern zugänglich sein. Einkommens- und Vermögensdaten werden aber in Deutschland staatlicherseits sehr verschwiegen gehandhabt. GRANADOS und GURGSDIEN geben an, daß es eine aussagekräftige Vermögensstatistik in der Bundesrepublik bislang *nicht gibt*, sondern nur vergleichsweise grobe Schätzungen³⁸⁶.

„Über die Verteilung des Privateigentums an Produktionsmitteln auf die einzelnen Haushalte (*personelle Vermögensverteilung*) liegen dementsprechend nur wenige und teilweise recht unsichere Angaben vor. Die wichtigsten Ergebnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen:

³⁸⁶ Siehe etwa die Zusammenfassung verschiedener Schätzungen bei Bernd KEIL und Peter STAHLCKER: Fortschritte in der personellen Vermögensverteilung? Über eine Revolution, die nicht stattfand. In: Ökonomie und Gesellschaft, Jahrbuch 2: Wohlfahrt und Gerechtigkeit, Frankfurt a. M. 1984, S. 200 - 214, hier S. 212 f.

Für die Verteilung des Produktivvermögens bei den inländischen Haushalten kamen KRELLE/ SCHUNCK/ SIEBKE für das Jahr 1960 zu dem Ergebnis, daß 1,7 Prozent aller Haushalte über 70 Prozent des Produktivvermögens verfügten. Für das Jahr 1966 errechnete SIEBKE, daß sich 74 Prozent des Produktivvermögens bei 1,7 Prozent der Haushalte konzentrierten (Frankfurter Rundschau 6.8.1971). Für das Jahr 1973 schätzten MIERHEIM/ WICKE³⁸⁷ zwar einen geringeren Konzentrationswert als KRELLE und SIEBKE, sie stellten aber gleichzeitig fest, daß von allen Vermögensarten »die Vermögensart Produktivvermögen am stärksten konzentriert (ist)«³⁸⁸

Es läßt sich nur zur Kenntnis nehmen - nicht aber ändern - wenn Robert K. von Weizsäcker schreibt:

„Das Sozialprodukt scheint seine vorläufige Endgröße erreicht zu haben, und immer häufiger wird nun die Forderung erhoben, sich zunehmend Gedanken über seine Aufteilung zu machen. So drängend sich die Fragen der personellen Einkommensverteilung aus der Sicht der Wirtschaftspolitik auch stellen mögen, so unterentwickelt ist hierzu der Beitrag der Wirtschaftstheorie.“³⁸⁹

Es gibt Doktorarbeiten und angesehene Lehrbücher³⁹⁰, die in dieser Hinsicht kein aussagekräftiges Datenmaterial beinhalten, sondern nur die vom Statistischen

³⁸⁷ HORST MIERHEIM, LUTZ WICKE: Die personelle Vermögensverteilung. Tübingen 1978, S. 100.

³⁸⁸ GILBERTO GRANADOS, ERIK GURGSDIEN: Lern- und Arbeitsbuch Ökonomie. Eine Einführung in die Probleme der westdeutschen Wirtschaftsentwicklung. 3. Aufl. Bonn 1985, S. 322. Die Angaben von KRELLE und SIEBKE sind tief in die Literatur eingegangen und gelten als Nachweis für eine *mißlungene* Politik der Sozialen Marktwirtschaft. Dem hielten ERHARD und MÜLLER-ARMACK entgegen: „... nach dem gleichen Gutachten KRELLES und SIEBKES besaßen die 1,7 v. H. reichsten Haushalte 1960 am Gesamtvermögen, d. h. an den Sparkonten, an Lebensversicherungsansprüchen, Wertpapieren, am Eigenkapital der Unternehmen und am Grundvermögen zusammengekommen einen Anteil von lediglich 35 v. H., der bis 1966 auf 31 v. H. gesunken war. (...) Wie ist nun der scheinbare Widerspruch zwischen der zunehmenden Konzentration des »Produktivvermögens« und der deutlich gleichmäßiger werdenden Verteilung des Gesamtvermögens zu erklären? Unter »Eigentum an gewerblichen Unternehmen« oder »Produktivvermögen« verstehen KRELLE und SIEBKE nur die Eigenkapitalanteile an gewerblichen Unternehmen. Dagegen rechnen sie das gesamte Grundvermögen, alle Sparkonten und festverzinslichen Wertpapiere nicht zum Produktivvermögen - alles Vermögensarten, die überwiegend den Arbeitnehmern gehören. Diese Begriffsbildung ist unüblich und irreführend. Als »Produktivvermögen« bezeichnet man in der Wirtschaftsstatistik im allgemeinen alles Sachvermögen der Unternehmen, gleich ob es durch Eigenkapital oder durch Kredite, also Fremdkapital, finanziert worden ist. An den Ansprüchen gegen dieses Produktivvermögen aber sind die Arbeitnehmer mit von Jahr zu Jahr wachsenden Anteilen beteiligt. Denn sie bilden Vermögen vornehmlich in Form von Sparkonten, Lebensversicherungsansprüchen usw. gegenüber Banken und Versicherungen, die die Ersparnisse der Arbeitnehmer als Kredite an die Unternehmen weitergeben. (...) d. h. *mehr als die Hälfte des Produktivvermögens liegt heute wahrscheinlich schon in den Händen der Arbeitnehmer.*“ LUDWIG ERHARD, ALFRED MÜLLER-ARMACK: Soziale Marktwirtschaft, Ordnung der Zukunft, Manifest '72, Frankfurt a. M. 1972, S. 93 f.

³⁸⁹ ROBERT K. VON WEIZSÄCKER: Demographischer Wandel, Staatshaushalt und Einkommensverteilung. In: Bernhard Felderer (Hg.): Einkommensverteilung und Bevölkerungsentwicklung. Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 187, Berlin 1989, S. 31 - 84, hier S. 31.

³⁹⁰ Z. B. OTMAR N. SCHMITT: Staatsverschuldung, Einkommensverteilung und private Vermögensverteilung. Frankfurt a. M. 1984; Dissertation ohne empirisches Material. FRANZ

Bundesamt eröffneten Kategorien weiterreichen. Das Statistische Bundesamt gruppiert sein Datenmaterial jedoch so, daß der Verdacht auf ein Auseinanderfallen sozialer Klassen weder bestätigt noch widerlegt werden kann. Der ärmliche Zeitungsverkäufer an der Ecke wird dem Unternehmerstand ebenso zugeschlagen wie FLICK und KRUPP. Der Manager in Spitzenposition mit Jahresgagen von 800.000 DM läuft als »abhängig Beschäftigter«. Jahreseinkommen über 150.000 DM werden erst gar nicht ausgewiesen. Mehrfacheinkommen aus Kapitalvermögen und Arbeit werden nicht nach Haushalten zusammengefaßt, wengleich sie in der Einkommenssteuererklärung zusammen veranlagt wurden.

In einer Nachrichtensendung wurde am 03.05.93 bekanntgegeben, daß es in der Bundesrepublik mittlerweile 1,2 Mio. überschuldete Haushalte gibt (steigende Tendenz). Auch wissen wir von über 4 Mio. Arbeitslosen in Deutschland (08.02.94). Dennoch gibt es keine zuverlässige Quantifizierung des »Sozial-Gradienten«, wie OPPENHEIMER den wichtigsten Parameter seines Theorieansatzes nannte, mittels dem sich eine Erfolgsaussage über das Konstrukt »Soziale Marktwirtschaft« objektivieren ließe.

Die Frage des inneren politischen Zusammenhaltes einer Gesellschaft (Punkt 2) wurde unter dem Stichwort gesellschaftlicher »Consensus« (↑ 149 ff) bereits angeschnitten. Ich möchte ihn hier nicht weiter ausführen. OPPENHEIMER hat sich mit großem Engagement gegen den Zerfall der Gesellschaft in ihre extremen Positionen verwandt, zunächst gegen »Kapitalismus und Kommunismus« (1919) optiert, dann gegen »Faschismus und Kommunismus« einen »dritten Weg« aufgewiesen³⁹¹ (1933). Seine Vision lautet, daß die „brüderlich geeinte Gesellschaft der Freien und Gleichen“ durch Befreiung der Ökonomie von allen Monopolen und klassengebundenen Vormachtstellungen möglich sei (↑ 125).

Punkt 3, die innere Stabilität der gewählten Wirtschaftsstruktur, liegt nun außerhalb der subjektiven Stellung zu Fragen des Einkommens, die dieser als »zu hoch«, jener als »gerechtfertigt« oder »zu niedrig« *bewertet*. Uns interessiert hier nicht ein möglicher »Sozialneid« oder ein »alle Menschen sind gleich«-Dogma, sondern es geht um das Thema »Systemfunktion« auf einer nüchtern logisch-analytischen Ebene. Jeder Mensch, der ein Computerprogramm oder einen Steuerungsmechanismus für eine automatisierte Maschine entwirft, stellt sich dieser Frage ganz selbstverständlich. Jeder Techniker ist vielleicht den Ökonomen einen weiten Schritt voraus, weil er (ähnlich wie der Arzt) seine Gedanken und Kenntnisse danach ordnet, daß etwas in sich geschlossen *funktioniert*. Baut der Programmierer eine »endlose Schleife« in sein Programm ein, dann »hängt der Computer sich an dieser Stelle auf«. Baut der Mechaniker einen Automaten und vergißt an einer Stelle die ausreichende Schmierung, dann »frißt das Material«. Bei jeder Konstruktion besteht die Möglichkeit und Gefahr, daß ein logischer Fehler, eine übersehene In-

HASLINGER: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung. München 1990; Grundlagentext auf der Basis üblicher Einteilungen. ARTHUR WOLL: Allgemeine Volkswirtschaftslehre, 10. Aufl., München 1992; Problem wie HASLINGER.

³⁹¹ FRANZ OPPENHEIMER: Weder so - noch so. Der dritte Weg! Potsdam 1933.

stabilität das Gesamtsystem zusammenbrechen läßt. Es sind schon komplexe Systeme wie Flugzeuge abgestützt, weil ein unterdimensionierter Haltebolzen nach bestimmter Zeit die Triebwerke hat abfallen lassen. Man kann ein Flugzeug nicht »ceteris paribus«³⁹² konstruieren, sondern versteht es entweder als Ganzes oder versteht es eben nicht. So ist es mit *jedem* naturwissenschaftlich begründeten System; wer es nicht in seiner Einheit erfaßt, erfaßt es auch nicht in seinen Teilen (=> deduktive Methode der Klassik!). Der Sozial-Gradient ist aber nun der Maßstab einer geeinten Wirtschaftsgesellschaft. In diesem Punkte laufen alle Fäden des Systems zusammen, was es nachfolgend von einem funktionsanalytischen Standpunkt aus in mehreren Schritten näher zu erklären gilt.

Selbst auf die Gefahr gewisser Wiederholungen hin wird bis S. 226 dieser Arbeit nur ein Thema variiert: die soziale Dimension in der Marktwirtschaft. Dabei wird nachfolgend der »Sozial-Gradient« als Parameter der Sozialen Marktwirtschaft definiert sowie dem Problem der systemischen Selbstanpassung des Marktgeschehens nachgegangen (↑ 202), bis hin zu dem Problem der Arbeitslosigkeit (↑ 209) und den Wirtschaftskrisen (↑ 219). Nach Abschluß dieser Punkte erscheinen mir die Eckwerte der Theorie einer »Sozialen Marktwirtschaft« hinreichend erläutert, und es folgt nur noch eine kurze verhaltensaxiomatische und theoriegeschichtliche Ergänzung (↑ 225). Sofern die Genossenschaft auf den Sozial-Gradienten Einfluß nimmt, wird sie im dritten Hauptteil der Arbeit (↑ 227 ff) mit OPPENHEIMER als Strukturelement der Sozialen Marktwirtschaft anerkannt, und zwar als ein *innerökonomisches* und *außerstaatliches* Element, das der Forderung nach einer Umverteilungspolitik zuvorzukommen und das »politische Mittel Staat« mit seinen problematischen Zugriffsmöglichkeiten politischer Klassen unnötig machen könnte, wenn es denn als Instrument einer Bürgerbewegung organisierbar wäre.

2.4.2.1. Der Sozial-Gradient

Das Auseinanderfallen der Einkommens- und Vermögensstruktur ist *das* zentrale Datum der *kapitalistischen* Wirtschaftsgesellschaft. Nicht irgendwelche »Gleichgewichte«³⁹³, die sich in einer Gesellschaftswirtschaft auf jedem x-beliebigen Punkt

³⁹² »Der Rest bleibt gleich«; die mathematisch notwendige Standard-Illusion in den Wirtschaftswissenschaften. Interessanterweise wird sie aufrechterhalten, obwohl die seit 20 Jahren verfügbare Computertechnik eine Entwicklung realistischer Strömungsmodelle ermöglicht und die vorherstehenden Partialbetrachtungen längst ersetzen könnte. Siehe dazu auch Fußnote 17 auf Seite 7 dieser Arbeit.

³⁹³ Mit dem Begriff des »Gleichgewichtes« wird im streng mathematischen Sinne ein *Ruhepunkt* bezeichnet, auf den sich ein System verschiedener einwirkender Kräfte einstellt und damit nach außen statisch erscheint. Wenn man sich etwa auf eine Personenwaage stellt und das wirkende Eigengewicht der Federkraft der Waage entgegenwirkt, dann ist der Punkt der Ruhe, ab dem man die Veränderung des Federweges an einer Skala abliest, der Gleichgewichtspunkt dieses Meßvorganges. Jeder Mensch hätte bei einer Messung seinen persönlichen Gleichgewichtspunkt oder, da die Skala in der Maßeinheit »Kilo« genormt ist, »sein Gewicht«. Die Tatsache, daß sich x-beliebig viele Gleichgewichtspunkte in Kraftsystemen einstellen, ist also ohne jeden Aussagewert, außer zum Zwecke einer mathematischen Gleichung, durch die sich eine unbekannte Kraft bei Kenntnis der restlichen

einstellen können (z. B. bei 0,2 bis 70 % Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Armutsprostitution, Analphabetentum, Kinderhandel und Hungertod), sondern die *Ausgeglichenheit* von Leistung und Gegenleistung, von Warenströmen und Einkommensstruktur sind der Schlüssel zur Konstruktion einer dauerhaft funktionierenden Gesellschaftswirtschaft. Von diesem normativen Eckpunkt der *Ausgeglichenheit* ausgehend, folgen alle sozialen Merkmale einer Marktwirtschaft zwingend nach. Faßt man die *Ausgeglichenheit* als Punkt nicht ins Auge oder sieht diese durch die Existenz von »Gleichgewichten« definitorisch gegeben, dann beraubt man sich des einzigen Punktes in einem ansonsten verwirrend komplizierten System, an dem die Summe aller angreifenden Kräfte Null ergibt (empirischer Ruhepunkt) *und dennoch das Gesamtsystem innerlich ausgeglichen oder zum Zerbersten angespannt sein kann*. Man sollte sich die Weltwirtschaftskrise und die Wirtschaftskrise der Weimarer Republik ruhig einmal als ein kapitalistisches Gleichgewicht vorstellen, dessen Systemkomponenten die wirkenden Kräfte nicht mehr aufnehmen konnten, so daß das an sich ruhende System zerbarst wie ein Getriebe unter zu großer Last. »Ausgeglichenheit« ist nach dieser Vorstellung der Gegenbegriff von »innerer Spannung« oder »Anspannung«. Und diese Anspannung wächst in dem Maße an, wie Klassen einer Wirtschaftsgesellschaft auseinanderdriften.

OPPENHEIMER gab dem zu definierenden Parameter die Namen »sozialer Gradient«, »soziologischer Gradient«, »wirtschaftlicher Gradient« und manchmal einfach »Gradient«. Ich möchte ihn gerne als »Sozial-Gradient« weiterführen, weil dies sprachlich und inhaltlich gut zu dem erst später gefundenen Begriff der »Sozialen Marktwirtschaft« paßt und sich, wenn die Figur allgemein akzeptiert würde, leicht in »Sozialgradient« als Eigenname verwandeln läßt. OPPENHEIMER erklärt den Parameter am Beispiel der frühen Zünfte:

Größen herausrechnen läßt. Der Ökonom verwendet den Begriff des Gleichgewichtes hingegen weit seltener mathematisch als ideologisch. Er interpretiert in den Begriff hinein, was eigentlich gesucht wird, aber in dem Begriff nicht enthalten ist: die *Ausgeglichenheit* z. B. von Angebot und Nachfrage an einem konkret unbekanntem Punkt, den es logisch irgendwo geben muß, den er deswegen auch als gegeben annehmen darf, dessen Gegebenheit letztlich aber auch trivial ist, weil es auf die qualitativen Begleitumstände des Zustandekommens ankommt und nicht auf die Tatsache der Existenz. So wie es für den Menschen einen großen Unterschied ausmacht, ob eine Waage 50 oder 100 Kg anzeigt, weil es eine *Norm* gibt, macht es für eine Gesellschaftswirtschaft einen großen Unterschied, ob sie eine kapitalistische Realität hervorbringt oder eine liberal-sozialistische. Daß es in diesem Punkte eine essentielle Unterscheidung marktwirtschaftlicher Systemeinstellungen zu treffen gilt, ist der bürgerlichen und marxistischen ökonomischen Lehre allerdings traditionell völlig fremd. Beide halten „eine Marktökonomie und eine kapitalistische Ökonomie grundsätzlich für ein und dasselbe“ (WINFRIED VOGT: Theorie der kapitalistischen und einer laboristischen Ökonomie, Frankfurt a. M. 1986, S.19), weswegen es ihnen m. E. auch völlig einerlei ist, was ein Skalenausschlag konkret aussagt. Weil es ein »dick« oder »dünn«, »zu viel« oder »zu wenig« als gesellschaftspolitisch reliable Norm in diesem Denken nicht gibt bzw. die Einstellbarkeit des marktwirtschaftlichen Systems unerkannt bleibt, wird auch nur registriert, wie sich Kreuzpunkte von Skalen nach allen Seiten hin verschieben. Heraus kommt eine unpolitische Wissenschaft einer politischen Ökonomie, die der politischen Praxis mit nichts begründet raten kann. Vgl. FRANZ OPPENHEIMER: Wissen und Werten. In: derselbe, Wege zur Gemeinschaft, München 1924, S. 1 - 9.

„Die Ober- und Untergrenze der Einkommen entfernte sich in einem für unsere Begriffe winzigen Maße von dem Mittelwert: der »wirtschaftliche Gradient« war äußerst klein. Ich habe diesen Ausdruck aus der Meteorologie in die Soziologie übernommen. Darunter versteht jene die Entfernung der Isobaren voneinander. Je geringer die Differenz zwischen Maximum und Minimum des barometrischen Drucks ist, und je weiter die Linien gleichen barometrischen Drucks voneinander gelagert sind, um so flacher ist das Lufttal, und um so sanfter die Bewegung der von der Höhe herabfließenden Luft. Bei der umgekehrten Lage haben wir einen überaus steilwandigen Trichter und Sturm bis zum Taifun. Ins Ökonomische umgedeutet, heißt das, daß die Gesellschaft um so sicherer ruht, je zahlreicher und breiter die Mittelstände sind, und um so gefährlicheren Katastrophen entgegengelt, je mehr diese verschwunden sind.“³⁹⁴

Auch in seinem Frühwerk »Der Staat« hatte OPPENHEIMER den Untergang des römischen Reiches, einer kapitalistischen Sklavenwirtschaft, bereits mit der Denkfigur des »soziologischen Gradienten« erklärt³⁹⁵. Sie ist somit keine spezielle Figur der industriell-kapitalistischen Ära, sondern eine allgemeine soziologische Figur, die in dem speziellen Fall des industriellen Kapitalismus eine gesellschaftsrechtlich abstrakte Form annimmt. Ist das »Eigentum« am Sklaven noch gekennzeichnet durch Unmittelbarkeit, so ist das System moderner Kapitalstücke und Verfügungsrechte meist entpersonalisiert, obwohl damit unverändert menschliches Handeln bewegt wird.

Qualitativ ausgedrückt, ergeben sich nach modernem Einkommensbegriff vier idealtypische Verteilungsprofile, denen sich bestimmte Wirtschaftskonstruktionen namentlich zuordnen lassen.

Im »liberalen Sozialismus« oder der »reinen Ökonomie« (die ich mit der Idee der Sozialen Marktwirtschaft auf einer theoretischen Ebene sehe) wird die Verteilung des Einkommens bestimmt durch die natürliche Verteilung der Qualifikation. Der Stärkste mag dem Schwächsten vielleicht dreifach überlegen sein, der Klügste dem Dümmlen vielleicht zehnfach, der Geschickteste dem Ungeschicktesten vielleicht fünffach. Wenn zwei Personen unterschiedlicher Qualifikation dasselbe Produkt herstellen, wird der höher qualifizierte natürlich auch ein an Qualität oder Menge höherwertiges Resultat erzielen und entsprechend höheres Einkommen.

„Die Differenz der Löhne wird auch in der »reinen« Ökonomie der Zukunft bestehen bleiben - zum Glück! Denn nicht das ist das soziale Problem, daß einer mehr hat als der andere, sondern daß einer den anderen *ausbeutet*. Diese Ausbeutung hieße es verewigen, wenn alle Arbeitslöhne gleichgestellt würden: dann würde der Minderqualifizierte den Höherqualifizierten ausbeuten!

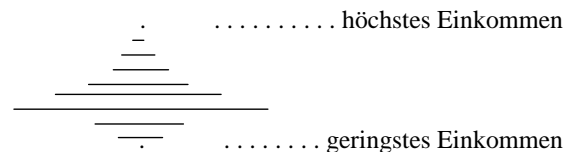
In allen *kommunistischen* Siedlungen, die wir kennen, wo der Gesamtertrag nicht nach der Leistung, sondern nach den Bedürfnissen oder mechanisch gleich verteilt wurde, war das der Fall; überall gilt, was ein Mitglied einer verkrachten kommunistischen Kolonie in Nordamerika berichtete: »Wir hatten eine Masse Philosophen, aber fast keinen, der Kartoffeln graben wollte.«

³⁹⁴ FRANZ OPPENHEIMER: *System IV, Geschichte*, S. 1065.

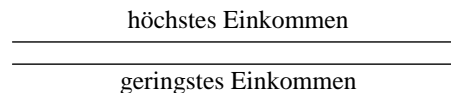
³⁹⁵ FRANZ OPPENHEIMER: *System II, Der Staat*, S. 449 - 460.

Vor allem aber würde unter solchen Umständen die höhere Qualifikation bald aufhören, Produkte höherer Qualität hervorzubringen: fehlte doch der Sporn des *berechtigten Selbstinteresses* ganz, der den Menschen zur höchsten Leistung anfeuert. Die Anhänger des kollektivistischen »Zukunftsstaates« sind schlechte Psychologen, wenn sie glauben, daß dieser Sporn jemals durch den Bürgerehrgeiz ersetzt werden könnte: in einer Gesellschaft, wo höher qualifizierte Arbeit weder größeren Lebensgenuß noch höhere soziale Geltung bringt, wissen die Ehrgeizigen ein bequemeres Mittel zum Ziele, als die harte Arbeit an sich und den Dingen, nämlich die Rednertribüne. Eine kollektivistische Gesellschaft würde die Kleons züchten, sie würde die großen Mäuler, die »schwülen Köpfe mit den kalten Herzen« NIETZSCHES, an die Spitze bringen, während in der reinen Ökonomie »the brains to the top« kommen müssen, wie in den *genossenschaftlichen* Kolonien überall.³⁹⁶

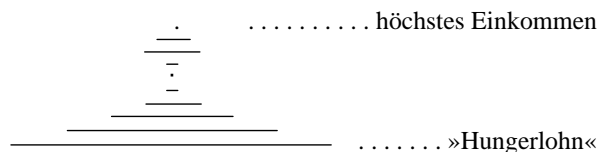
Für die Soziale Marktwirtschaft ergibt sich somit folgende Verteilung der Einkommen³⁹⁷:



Dagegen verdichtet ein ideal vollzogener Kommunismus, in dem sich die Parteilächlichen keine Sonderrechte verschaffen, alle Einkommen in einem engen Bereich:



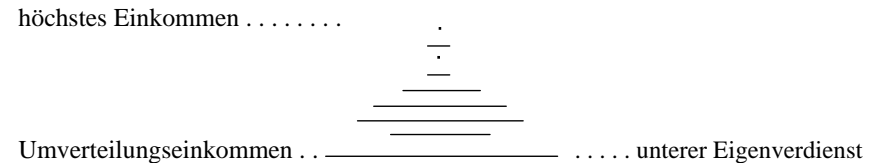
Die vom Sozialstaatsgedanken unabgefederte kapitalistische Ökonomie zerfällt in die Klassen der Erwerbslosen, der unter Hungerkonkurrenz Erwerbstätigen und den Profiteuren.



Durch den Umverteilungsmechanismus des Sozialstaates verschwindet die einkommenslose Gruppe und verjüngt sich die Gruppe der höheren Einkommen durch Steuerlasten. In einer kapitalistischen Ökonomie mit sozialstaatlicher Abfederung

³⁹⁶ FRANZ OPPENHEIMER: *Das Kapital*, S. 227.
³⁹⁷ Vgl. FRANZ OPPENHEIMER: *Das Kapital*, S. 226.

müßten die zwei Klassen der Einkommensbezieher erneut erscheinen sowie eine darunter angesiedelte Klasse von Beziehern eines Umverteilungseinkommens.



Da es in kapitalistischen Ökonomien eine Gruppe von Spitzenverdienern gibt, die das 100 bis 1000-fache des Durchschnittsverdienstes in einer Wirtschaftsgesellschaft beziehen, müßten die Figuren eigentlich den Proportionen entsprechend bis in weit höhere Bereiche hineingezogen werden. Doch zum Zwecke der Verständigung dürften die Figuren hinreichen.

Es ließe sich der »Sozial-Gradient« ohne Weiteres in die Form einer Kennzahl bringen, indem man etwa eine Vollerhebung von Einkommen und Vermögen bei allen 55jährigen einer Gesellschaft durchführt und die Verteilung an diesem biographischen Punkt mit Hilfe in der Statistik üblicher Formeln quantifiziert³⁹⁸. Wenngleich die so gewonnene Zahl eine Aussagekraft hätte, würde hinter ihr der eigentlich entscheidende theoretische Zusammenhang bereits wieder verschwinden. Denn es geht hier in erster Linie um eine *Fallunterscheidung*.

Für den Typus »Soziale Marktwirtschaft« bzw. »reine Ökonomie« wird behauptet, daß hier ausschließlich *Qualifikationsunterschiede* Ursache von Einkommensunterschieden sein können. Die Qualifikationen sind aber statistisch normalverteilt. Entsprechend muß die Einkommensverteilung einer Normalverteilung gleichen. In der »reinen Ökonomie« gilt das Gesetz des natürlichen Einkommensausgleiches von ADAM SMITH, „... weil nach dem ökonomischen Prinzip die Menschen immer von weniger begünstigten Zweigen der Erzeugung sich den mehr begünstigten zuwenden, »bis alle Vorteile wieder in einer Linie sind«, wie ADAM SMITH sagt, d. h. bis die Unterschiede des Druckes durch Gleichheit der Einkommen ausgeglichen sind“.³⁹⁹

Dieses Gesetz gilt jedoch unter kommunistischen wie kapitalistischen Verhältnissen *nicht*, denn beide sind *politische* Ökonomien. In ersterer gibt es überhaupt

³⁹⁸ Interessant wäre für uns nicht die Einkommens- und Vermögensverteilung der Gesamtbevölkerung, denn diese schwankt im Verlaufe eines Lebens so stark, daß alleine schon zwischen Lehrling (oder Student) und Abteilungsleiter bei einer Person »kapitalistische Klassenunterschiede« angezeigt würden (vgl. von WEIZÄCKER: *Demographischer Wandel* ..., a.a.O., S. 32). Wichtig wäre vielmehr die Gewinnung einer Zahl, die die Klassengesellschaft oder Nicht-Klassengesellschaft zuverlässig anzeigt. Und dazu scheint mir eine Erhebung etwa unter den 55 bis 60jährigen als Schätzwert besonders geeignet zu sein, weil das Einkommen aus Erwerbstätigkeit in diesem Alter relativ zuverlässig für den Berufserfolg steht und der ererbte Vermögensbesitz einerseits von den Eltern bereits erlangt, aber an die Kinder noch nicht weitergegeben sein dürfte.

³⁹⁹ FRANZ OPPENHEIMER: *System II, Der Staat*, S. 682.

keinen Markt, und alle Preise sind a priori politische Preise. In der kapitalistischen Ökonomie hingegen gibt es nur einen eingeschränkten Markt, der zwar genügend funktioniert, um Preise zu beeinflussen, aber nur mit enormen Aufschlägen oder Abzügen entsprechend den formierten Interessen der politisch herrschenden Klassen.

Aus der mittels dem Gradienten vorgenommenen *Fallunterscheidung* gilt es, die beiden marktwirtschaftlichen Extreme idealtypisch darzulegen. Erst wenn man die Dinge sauber trennt und unterscheidet, kann man ihre Anteile anschließend auch noch in ihrer graduellen Vermischung erkennen. »Grau« ist eben kein eigenständiger Zustand, sondern eine Abstufung zwischen weiß und schwarz. Nur letzteres sind Elementarbegriffe, und Hunderte von Grauwerten lassen sich auf eine Maßzahl zwischen diesen beiden Polen reduzieren.

Nicht anders steht es um die möglichen Zustände einer Marktwirtschaft. Soweit ich heute sehen kann, gibt es *zwei* Elementarzustände der Marktwirtschaft. In dem einen gilt das ökonomische Prinzip von ADAM SMITH, wonach »der Mensch sich stets von den weniger begünstigten Zweigen der Erzeugung abwendet und sich den mehr begünstigten Zweigen zuwendet«, und in dem anderen gilt es nicht.

Dort, wo dieses Gesetz gilt, findet automatisch eine Nivellierung aller Einkommen auf das Maß unterschiedlicher Qualifikation statt. Es stellt sich, ohne daß es der staatlichen Umverteilung bedarf, eine Normalverteilung der Einkommen ein. Doch zieht es die Menschen nicht nur in die für sie günstigsten Gewerbe, sondern vollzieht die Gesellschaftswirtschaft darüber auch ihre *strukturelle Selbstanpassung*.

Diskutieren wir die Problematik exemplarisch anhand der nationalen Kohle-Politik. Dieser Energieträger war gegen 1850 wohl wichtigster Faktor bei dem Aufbau der Schwerindustrie des Rheinlandes, und von daher bedurfte es der Männer, die sie unter Lebensgefahr aus der Erde gruben. Also mußte der Bergmann höher entlohnt werden als in allen anderen Gewerben, was dem Risiko und der Härte der Arbeit angemessen war. Doch heute haben sich die Strukturen gewandelt. Erstens liegt die Zukunft der Energietechnik in der direkten Nutzung der Sonnenkraft (Wind, Wasser und Licht). Zweitens liegt die Zukunft der deutschen Industrie in der Anwendung jener Techniken, die nur von industrialisierten Ländern angeboten werden können. Es ist ein industriepolitisches Kuriosum, als *Land der Hochtechnik* traditionalistisch an Stammprodukten der Jahre 1850 bis 1960 festzuhalten, wo zahlreiche Länder, die unserer Entwicklung um einige Generationen nachstehen, diese Grundstoffe ebenso anbieten können und mit uns gegen Hochtechnik liebend gerne *tauschen* würden. Bereits oben (↑ 85) wurde vorgerechnet, daß durch Spezialisierung und Handel ein *höherer* Wohlstand entstehen würde. Und auch die Arbeit geht nur in bestimmten Branchen verloren, während andere parallel dazu eine erhöhte Nachfrage in vermutlich gleichem Umfang erfahren. Dieses Kuriosum läßt sich unter Hinweis auf den Schock der »Ölkrise«, als der Preis für Rohöl mehr als zehnfach höher stand als gegenwärtig, mit dem Argument sogenannter »nationaler Notreserven« *legitimieren*. Aber es bleibt ein Denkmal politischer Ökonomie und

verhinderter Strukturanpassung, wenn die Steinkohle heute mit etwa 10 Milliarden DM jährlich subventioniert wird und ebenfalls schwer arbeitende Altenpfleger, Bäcker, Friseurinnen etc. jährlich etwa 300 DM an eine politisch gut organisierte Berufsgruppe abtreten müssen.

Als Leitmaxime sollte dagegen gelten: Weltmarktpreise und technologische Möglichkeiten bestimmen die gewonnenen Erträge. Erträge geteilt durch Personen, die zu ihrer Erwirtschaftung notwendig sind, ergeben die mögliche Höhe des Lohns. Die Höhe des Lohns ergibt die Attraktivität eines Gewerbes. Strebt der Mensch stets dem für ihn günstigsten Gewerbe zu, dann werden aus dem Bergbau solange Personen abwandern, bis nur noch die Gruben betrieben werden, die mit ihrem lokalen Vorteil (entfallende Transportkosten gegenüber Weltmärkten), Ergiebigkeit und anwendbarer Technologie attraktiv sind. Die Kohle-Subventionen können ebenso gut an anderer Stelle verausgabt (oder gar in den besteuerten Haushalten belassen) werden und damit Arbeit an anderer Stelle bewegen, mit etwas mehr politischem Geschick sogar durch die technisch bestens ausgebildeten Bergleute in anderen Produktionszweigen.

„Um zusammenzufassen, so würden in einer Gesellschaft, in der kein anderes Hemmnis der Konkurrenz bestände, als die Qualifikation, alle Einkommen aller Produzenten nur im Maße der Qualifikationsdifferenz verschieden sein. Wir wollen diesen Gleichgewichtszustand als den *Zustand der rationellen Gleichheit* bezeichnen. Rationell, weil er offenbar derjenige Zustand ist, den die praktische Vernunft als den besten und gerechtesten anerkennen muß. Sehr groß können die hier vorkommenden Unterschiede des Einkommens nach dem, was wir oben über die Verschiedenheiten der Begabung feststellen konnten, nicht sein, zumal, wenn man beherzigt, daß in einer Gesellschaft, wie wir sie hier voraussetzen, die Möglichkeit, zu anerzogener Qualifikation zu kommen und angebotene auszubilden und zur Geltung zu bringen, allen, und nicht mehr bloß den Kindern der Oberklasse gegeben wäre. Die relative Seltenheit und der Preis solcher Qualifikationen wäre also hier viel geringer als in der kapitalistischen Ordnung.

Dieser Zustand der rationellen Gleichheit wäre erstens *gerecht*: denn, wie die bürgerliche Theorie ja selbst mit so großer Emphase erklärt, es ist nur gerecht, daß jedermann so viel Wert aus dem Markte nehme, wie er an Gütern oder Leistungen hineingeht. Und in der Tat hat bisher wohl kaum jemand einem genialen Arzte oder Künstler sein höheres Einkommen mißgönnt.

Dieser Zustand wäre zweitens ebenso offenbar *der der Gesellschaft nützlichste*. Denn es folgt aus unserem Prinzip, und wird durch die Geschichte aller kommunistischen Versuche bestätigt, daß der durchschnittliche Mensch nur dann mit voller Kraft arbeitet, wenn ihm ein entsprechendes Entgelt in Aussicht steht. Eine solche Gesellschaft würde also den höchsten, in ihr nach Lage der Technik überhaupt erreichbaren Reichtum und zugleich die gerechteste Verteilung besitzen.

Da unsere Gesellschaft von diesem schönen Ideal so weit wie möglich entfernt ist, muß das an dem *zweiten Hemmnis der Konkurrenz* liegen. Dieses Hemmnis ist das *Monopol*.

Wenn wir mit den Klassikern die bewegende Kraft der Gesellschaft, in der nichts anderes als die Qualifikation die Tendenz zur vollen Gleichheit der Einkommen hindert, als die »freie Konkurrenz« bezeichnen, so sind diese und das Monopol disjunktive, einander ausschließende Begriffe. Wo freie Konkurrenz besteht, gibt es per definitionem

kein Monopol, und wo ein Monopol besteht, gibt es per definitionem keine freie Konkurrenz. Diese ist, nach ADOLF WAGNERS glücklicher Formel, überall dort gegeben, wo jeder, der sich an einer Produktion beteiligen will, es auch kann und darf. Wenn er es nicht kann, ist ein natürliches, wenn er es nicht darf, ein rechtliches Monopol die hemmende Ursache.“⁴⁰⁰

Mobilitätshindernisse sind aber nicht nur die von Unternehmen und berufsständischen Vereinigungen beherrschten Märkte. Lenkt man erst einmal seine Aufmerksamkeit auf diese Dinge, fallen eine Reihe etablierter Bestandssicherungsmaßnahmen auf, mit denen sich gerade die begünstigten Berufsstände und Produktionszweige gegen unliebsame Mitbewerber »schützen« (oder besser: abschotten). Die Geheimhaltung erzielbarer Preise für Arbeitsleistungen, also die Außerkraftsetzung des marktbelebenden Informationsmechanismus, ist ein wesentlicher Teil der Strategie. Jeder auf Abschottung bedachte, begünstigte Berufsstand darf des Schutzes staatlicher Politik gewiß sein, die kräftig mitmischte bei der Nicht-einrichtung notwendiger Markttransparenz. Wenn ein Schüler heute an der Schwelle zum Berufseintritt bei der staatlichen Beratungseinrichtung »Arbeitsamt« vorspricht und die einfache Frage stellt: Wo kann ich mit dieser oder jener persönlichen Qualifikation *das meiste Geld verdienen*, dann bleibt ihm diese Information verwehrt, weil das Amt selber keine Informationen über Verdienstaussichten nach Berufen und Gewerbebezügen bereithält. Gleiches gilt von Vermögens- und Einkommensstatistiken. Sie geben keine Auskunft über die Märkte großer oder geringer Konkurrenz.

Es läßt sich eine ganze Reihe von Maßnahmen aufspüren, die der Staat zur Verteidigung der Freiheit des Marktes ergreifen könnte, wo er aber statt dessen Sonderstellungen schützt und den Markt zugunsten der Interessen politisch starker Sondergruppen behindert. Aus Rücksichtnahme gegenüber den Starken, die ihre Interessen durchsetzen können, werden manche Informationen behütet wie Staatsgeheimnisse. Unternehmen durften einst Angaben über die Zusammensetzung der in den Rhein eingeleiteten Abwässer geheim halten, da diese angeblich Rückschlüsse auf Produktionsverfahren zuließen. Indem der Staat bzw. die ihn repräsentierende politische Klasse bestimmte Empfindlichkeiten schützt, verhindert er den Ausgleichungsprozeß und beeinflußt den Gradienten auf ökonomischer Seite, oftmals auch nur durch Unterlassung, ungünstig.

2.4.2.2. Einkommensstruktur und Systemfunktion

„An der prunkvollen Markuskirche in Venedig steht in goldenen Lettern geschrieben: »Omnis dives aut iniquus aut iniqui heres«, d. h.: Jeder Reiche ist entweder selber ungerecht oder der Erbe eines Ungerechten. Anders ausgedrückt: Jedes Vermögen oder Einkommen, das die Normalgrenze wesentlich überschreitet, kann nur

⁴⁰⁰ FRANZ OPPENHEIMER: *System II, Der Staat*, S. 685.

durch Ungerechtigkeit, kann nur auf unmoralische Weise zustande gekommen sein.“⁴⁰¹

Die Reichen und Mächtigen aller Länder haben die Frage, woher ihr Reichtum stammt, nie gerne öffentlich diskutiert gesehen. Daß an den meisten Groß-Eigen fremder Schweiß und manchmal auch Blut klebt, ist eine hinreichend dokumentierte Tatsache⁴⁰², mit der die bürgerliche Theorie offenbar gut leben kann. Ihr ist es traditionell unerheblich, ob ein Vermögen aus Raub oder Fleiß stammt, solange es nur den Mitgliedern der eigenen sozialen Klasse zufällt und »Kapital« bildet; jenes mythisch besetzte Etwas, auf dem angeblich aller Reichtum der Allgemeinheit beruht. Nicht, daß uns ein Wehklagen überkommen müßte, wenn man die Kleinen hängt⁴⁰³ und die Großen für Gleiches oder Schlimmeres ehrt. Nein, unser Problem ist *die Täuschung der Anschauung*, die von den Klassengenossen der »Räuber« in die Theorie hineingetragen wird.

Die ideologische Schwächung der guten Theorie ist das Ärgernis, das dem Theoretiker die tägliche Arbeit sauer werden läßt. Wie soll man der Gesellschaft einen Krebschaden behandeln, wenn die Dinge nicht ihren Namen behalten dürfen? Wie soll man einen »Liberalismus« als gesellschaftlich *mehrheitsfähigen* (weil konsensfähigen) Ansatz darlegen, wenn sich ausgerechnet die Feinde einer *allgemeinen* Freiheit einer liberalistisch anmutenden Phraseologie bedienen und damit *ihre* Freiheit der Nutzung standeseigener Sonderpositionen meinen und sonst nichts? Es gibt Gründe, warum in unserem Land, das wie kein zweites in Theorie und Praxis unter den Auswirkungen eines Klassenkampfes gelitten hat, die Moralität des kapitalistischen Erwerbes unter das individuelle Freiheitsrecht fällt und nicht unter ein allgemeines (Sitten-) Gesetz des wertäquivalenten Tausches, wie er sich auf machtfreien Märkten bei Ausschluß des politischen Mittels einstellt.

Die bürgerliche Ökonomik behauptet, rein wirtschaftliche Tugenden, d. h. Fleiß, Sparsamkeit, Nüchternheit, Pünktlichkeit, Voraussicht usw. wären der Ursprung erster Einkommensverschiedenheiten. Wie aber selbst LUHMANN als nicht-sozial-

⁴⁰¹ ALEXANDER RÜSTOW: *Wirtschaftspolitik und Moral*. In: ders., *Rede und Antwort*, Ludwigsburg 1963, S. 9 - 29, hier: S. 9.

⁴⁰² Vgl. GUSTAVUS MYERS: *Geschichte der großen amerikanischen Vermögen*. Berlin 1916. Sowie MORUS: *Wie sie groß und reich wurden*. Berlin 1927.

⁴⁰³ „THOMAS MORUS: »Damit also ein einziger Prasser, unersättlich und wie ein wahrer Fluch seines Landes, ein paar tausend Morgen zusammenhängenden Ackerlandes mit einem einzigen Zaun umgeben kann, werden Pächter von Haus und Hof vertrieben; durch listige Ränke oder gewaltsame Unterdrückung macht man sie wehrlos oder bringt sie durch ermüdende Plackereien zum Verkauf. So oder so müssen die Unglücklichen auswandern. ... Ist das bißchen Erlös (der fahrenden Habe) auf der Wanderschaft verbraucht: was bleibt ihnen schließlich anderes übrig, als zu stehlen und sich hängen zu lassen (versteht sich von Rechts wegen), oder aber Landstreicher und Bettler zu werden, nur daß sie freilich auch dann als Vagabunden, die müßig umherstreichen, ins Gefängnis geworfen werden; und doch will kein Mensch ihre Dienste haben, sie mögen sich noch so eifrig anbieten.« (...) MARX berichtet im Anschluß an diese Sätze des MORUS, nach HOLLINGSHEAD, denn auch, daß allein unter der Regierung HEINRICHS VIII, nicht weniger als 72000 große und kleine Diebe hingerichtet wurden.“ FRANZ OPPENHEIMER: *System II, Der Staat*, S. 694. Im Original mit Quellenangaben.

stisch vorgestimmter Soziologe heute schreibt, ist ihr dies eine *notwendige* Ausgangsbehauptung⁴⁰⁴, ohne die sich die Verschiedenheit des Vermögens zum Zeitpunkt des Eintritts in die gesellschaftliche Reflektion solcher Dinge nicht *rechtfertigen* ließe. Behauptet wird, Einkommensunterschiede wüchsen durch Ersparnis zu Vermögen an und aus den Vermögensunterschieden entstünden die Klassen mit ihrer Verschiedenheit politischer Rechte. „Die richtige Formel, die allen Wissenschaften von der Gesellschaft zugrunde gelegt werden muß, muß im Gegenteil lauten: Aus politischer Tätigkeit, d. h. durch den Gebrauch des politischen Mittels, der bewaffneten oder der geistlichen Gewalt, entsteht Verschiedenheit politischer Rechte, Klassenverschiedenheit; aus Klassenverschiedenheit entsteht Verschiedenheit des Vermögens; aus ihr Verschiedenheit des Einkommens.“⁴⁰⁵

Die Aufzählung ließe sich in einem Zirkel fortschreiben. »Die erste Million ist die schwierigste«, sagt der Volksmund. Warum? Weil dem Fleiß (Produktion) der Verbrauch (Konsum) gegenübersteht. Erst wenn das Individuum in die Position gelangt, von dem Fleiß Dritter einen (rechtmäßigen) Anteil zu beziehen, wächst das Einkommen und Vermögen mit überdurchschnittlicher Dynamik.

Ein weiteres Beispiel kapitalistischer Zugewinnsystematik finden wir auf der Ebene des Geldbesitzes. Als Definition für den Begriff »Kapital« wurde oben (↑ 100) ein Verständnis zugrundegelegt im „ursprünglichen und eigentlichen Sinne für ein Geldvermögen, von dem ein Profit oder Zins erwartet wird“.

Die Kirchenväter lehnten den Zins (= das Geheckte) als »unnatürlich« ab, weil »Geld keine Jungen werfen könne«. Die Begründung wirkt heute belustigend und wurde, nachdem die kapitalistische Ökonomie als neue Rationalität Einzug gehalten hatte, aufgegeben. Doch warum »wirft Geld Junge« bzw. vermehrt sich scheinbar aus sich selbst heraus und »arbeitet«, wie man heute nicht minder verkürzt behauptet?

Geld ist keine tote Materie, ist nicht einfach Metall oder heute Papier, das diesem »Wert« verleiht, sondern der Generalnenner aller modernen und vormodernen Gelderscheinungen ist der *Beschaffungsaufwand* des Geldes. In der Zeit des Metallgeldes stand der *Beschaffungsaufwand der Metallsuche* hinter seinem Wert. In der Zeit des Papiergeldes steht eine *Schuldbeziehung* hinter dem Zettel, früher die von einer Bank in Noten umgezettelte Schuldbeziehung zwischen Wechsellasteller und Empfänger, heute (im günstigsten Falle) ein ähnlicher Vorgang von einer zentralen Notenbank kontrolliert. Das heißt, der Wechsellasteller oder Kreditnehmer steht unter einem *Rückleistungsdruck*, während den Kreditgeber nichts auf der Welt zwingt, jemals eine bestimmte materielle Rückleistung anzunehmen. Gläubiger und Schuldner sind ungleiche »Tauschpartner«, wenn es darum geht, einen gegebenen Kredit wieder *abzulösen*. In der kapitalistischen Ökonomie, in der eine Oberklasse mehr Ansprüche besitzt als ihr eigenes Konsumbedürfnis je fassen kann, institutionalisiert sich die *Unauflöslichkeit der Schuld*. Die Konsumtionslü-

⁴⁰⁴ Vgl. NIKLAS LUHMANN: Gesellschaftsstruktur und Semantik. Studien zur Wissenssoziologie der modernen Gesellschaft, Bd. 3, Frankfurt a. M. 1989, S. 13 ff.

⁴⁰⁵ FRANZ OPPENHEIMER: *System I, Soziologie*, S. 996 f.

cke der Kreditgeber muß mit einem gesellschaftlichen Dauerkredit gefüllt werden, solange das System der Verträge Gültigkeit behält und durchsetzbar ist. Die Höhe des notwendigen Dauerkredites beschreibt denn aber auch im Mittel den einzig wirklichen Knappheitsfaktor für Kredit und somit die Höhe des Zinses. Mit anderen Worten: Geld wirft Junge, weil es zu einem bestimmten Anteil einer exklusiven Klasse gehört, die sich aus dem allgemeinen Produktions- und Konsumtionszyklus zurückziehen kann. Es wird Klassen-Monopol-Gut und fordert so, wohlgemerkt nur mit einem der Zins-Bestandteile, den bei allen Monopulgütern üblichen Monopoltribut⁴⁰⁶.

Jede strukturell verankerte Knappheit heckt dauerhaft Zins!

Man muß nur einmal davon abkommen, Zins als einen »Leistungslohn« für irgend etwas zu betrachten, sondern mit der *unterschiedlichen Dringlichkeit des Austauschbedürfnisses* in Verbindung bringen, dann entlarvt sich einem jede Zinsknechtschaft als fortgeschriebene Klassen-Struktur-Beziehung. Dies wird nicht offensichtlich anhand des Sparbuches des Rentnerhepaares! Diesem Sparer würde es genügen, im Alter dem Werte gleiche Leistungen gegen Geld beziehen zu können, wie an Leistungen dem Werte nach in jungen Jahren auf die hohe Kante gelegt wurden. Hier stehen Aspekte der Alterssicherung im Vordergrund und nicht solche des Zugewinns. Und selbst mit dieser Hoffnung wird der auf Alterssicherung bedachte Sparer noch enttäuscht. Nein, *Sparen* findet selbst unter gegenwärtigen Bedingungen statt, wo der einfache Anleger netto Wert verliert. Vielmehr liegt das speziell kapitalistische Element bei der Frage, aufgrund welcher Mechanismen die Banken ihre Bedingungen gegenüber den *Kreditnehmern* durchsetzen können, warum aus »Geld« also »Kapital« wird in der *Schuldbeziehung*.

Es sind im Grunde genommen *Rechte*, auf denen die unterschiedlichen Dringlichkeiten der Austauschbedürfnisse beruhen und die *als unterschiedliche Dringlichkeiten* institutionell und strukturell verankert sind. Das bedeutet nicht unbedingt, daß über diese Dinge jemand nachgedacht und einen großen Ausbeutungsplan entworfen hätte. Wir sprechen hier nicht von Schuld, sondern den Metamorphosen zu Recht gewordener Ungleichbeziehungen im Gefolge des primitiven Eroberungsstaates, der mit der Erfindung des exklusiven Eigentums-Begriffes die Ausbeutungsgewohnheiten seiner Herrenklasse in rationalisierte Formen goß. Auch geht es nicht darum, den Lohn der Arbeit in einen Topf mit der arbeitslosen Beute zu werfen, sondern gerade um den Versuch einer analytischen Trennung beider Einkommensformen muß es gehen, will man Kultur und Unkultur nicht ständig wie Zwillinge oder Gleiche verwechseln.

„Nichts ist gewisser, als daß die Erscheinung, die den Kapitalismus mit seiner Klassenscheidung *erzeugen* soll, ihn vielmehr *voraussetzt*. Ein genialer oder besonders glücklicher Handwerker kann in einer Gesellschaft, in der es keine Klasse »freier Ar-

⁴⁰⁶ Andere Bestandteile sind Risikoprämie und Inflationssteuer. Da Liquidität bei langfristiger Planung und nie 100 % sicherem Geldmittel auch ein Problem sein kann, müßte man die »Liquiditätsaufgabe« gesondert diskutieren. Ebenso wird es situationsabhängig sein, auf welche Partei, Gläubiger oder Schuldner die Inflationssteuer abgewälzt werden kann.

beiter« gibt, gewiß eines Wohlstandes genießen, der ihn merklich über seine Klassen-genossen hebt: aber zu klassenbildendem großem Reichtum kann er hier unmöglich kommen. Wenn aber die KRUPP und STUMM, die HECKMANN usw. in zwei Generationen zu fürstlichem Reichtum aufsteigen konnten, so war das nur möglich, weil sie bereits in der voll entfalteten kapitalistischen Periode begannen. Sie fanden die »freien Arbeiter« schon vor; jeder ihrer Gehilfen steuerte ihnen Mehrwert; diesen Mehrwert konnten sie zum großen Teil akkumulieren und an diesem »Kapital« neue Arbeiter beschäftigen, von denen sie wieder Mehrwert bezogen. So wuchs ihr Kapital und ihr Einkommen durch Potenzierung bis auf die erstaunliche Höhe, die unser Problem ist. Die »Kinderfibel« serviert als »Genielohn«⁴⁰⁷, was offenbar zum allergrößten Teile nichts anderes als Mehrwert ist. Und sie erklärt daher im Kreisschluß: sie leitet den Kapitalismus und seine Klassenscheidung aus Erscheinungen ab, die nur im voll entfalteten Kapitalismus auftreten können⁴⁰⁸.

Aus Vermögen wird Einkommen, und aus Einkommen wird Vermögen. Sind die Vermögen im Ursprung einer zu betrachtenden Periode durch irgendwelche Umstände zwischen zwei Klassen ungleich verteilt, dann begründet dies einen dauerhaft zinsträchtigen Verteilungsmechanismus, der der vermögenden Klasse per Kredit oder einseitiger Abhängigkeitsbeziehung weiteres Einkommen und Vermögen steuert. Sind Kredite in einem Wirtschaftssystem nicht im Mittel der individuellen Lebensverläufe in etwa ausgeglichen - z. B. dadurch, daß die Gruppe der 50jährigen aus Vorsorgemotiven Vermögen anspart, den 30jährigen Existenzgründern leiht und im Rentenalter wieder verbraucht -, sondern handelt es sich um eine systematische Abhängigkeitsbeziehung zwischen zwei dauerhaft vermögenden respektive unvermögenden *gesellschaftlichen* Klassen, dann ergibt sich daraus die Einstellung des gesamten ökonomischen Systems auf irgendeinem Niveau des *kapitalistischen* Gleichgewichtes, welches vom sozialwirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet um so problematischer wird, je länger und einträglicher der Mechanismus die zinsträchtigen Vermögensteile (Kapitalstücke) einer Wirtschaftsgesellschaft in den Händen weniger Eigentümer konzentriert.

Nicht daß Reichtum *existiert*, sondern der Weg, auf dem ein bestimmter Typus des Reichtums entsteht, der seinerseits als wirtschaftliche Macht eingesetzt wird, um sich zu vermehren, ist der Untersuchungsgegenstand. Denn die im Entstehungsmechanismus enthaltene »kapitalistische Spirale«, die das ökonomische Gesamtsystem mit jeder durchlaufenden Periode weiter schwächt, muß analytisch unterschieden werden von der unschädlichen »außerordentlichen Leistung« mit »außerordentlichem Genuß«, die das ökonomische Gesamtsystem stärkt. Auf letztere hat sich ADAM SMITH berufen, der zu seiner Zeit den Mechanismus der kapitalistischen Ökonomie noch nicht voll erkennen konnte, weil es in der ständisch-gebundenen Gesellschaft die heute bekannten »Veredelungsformen« *wirtschaftlicher* Ungleichbeziehungen zwischen gesellschaftlichen Klassen noch nicht gab. Mit SMITH tritt die Epoche gerade aus dem gebundenen, politischen Feudalsystem her-

⁴⁰⁷ Querverweis im Text auf den »Heroismus« der neueren bürgerlich-apologetischen Ökonomie, FRANZ OPPENHEIMER: *System I, Soziologie*, S. 760.

⁴⁰⁸ FRANZ OPPENHEIMER: *System I, Soziologie*, S. 996. Selbstzitat aus FRANZ OPPENHEIMER: *Kapitalismus, Kommunismus, wissenschaftlicher Sozialismus*, S. 37 f.

aus, in dem es wohl die klassenmäßige Vermögensscheidung gab, aber nur in der Form des profitlosen, kostenden Besitzstandes. Der reiche Adel verlor seinen Glanz, weil die (eroberten) Güter täglich an Unterhalt *kosteten* und, nachdem er von der Quelle seines Unterhaltes, dem Staat und seiner Steuerhoheit, abgeschnitten wurde, ökonomisch dahinschmolz. Erst in dieser Zeit verstand sich eine neue Klasse geschäftstüchtiger Personen darauf, Vermögen vermögensmehrend *wirtschaften* zu lassen. Zuvor war aller Reichtum Produkt der »Politik«. Gleichwohl baute die neue Klasse ganz auf dem, was ihr die alte Klasse in die Arme trieb, und der neue »Krankheitsherd« war lange vorher angelegt.

Es gibt einen sozialwirtschaftlich wirksamen Zustand der Wirtschaftsgesellschaft, bei dem nahezu jede Person früher oder später in ihrem Leben die wirtschaftliche Selbständigkeit erringt, über eigenen Wohnraum verfügt und über wertgleiche Tauschbeziehungen von dem Produktivitätszuwachs durch Arbeitsteilung profitieren kann. Und es gibt einen sozialwirtschaftlich wirksamen Zustand der Wirtschaftsgesellschaft, bei dem die abhängige Arbeitsbeziehung vorherrscht, ja selbst ein abstrakter Besitz und Verfügungsrecht an Arbeitsstätten (per Aktie oder Genossenschaftsanteil) nicht üblich ist, Besitz an Wohnraum als profittragendes Kapitalstück nicht breit gestreut ist und die gesellschaftliche Arbeitsteilung selber durch die Verschiedenartigkeit der Schlüsselpositionen *ausbeutbar* wird bzw. zu wertungleichen Tauschbeziehungen führt. Diese beiden Zustände sind möglich unter ein und demselben ökonomischen Gesetz, wonach »Angebot und Nachfrage den Preis« bestimmen. Die »Politik« der verschiedenen möglichen Zustände besteht in der nachfeudalen, »freien« Epoche darin, daß die Marktstrukturen variieren und je nach politischen Verhältnissen und Interessenlagen absichtsvoll mal ein Zuviel und mal ein Zuwenig herbeigeführt wird. Weil aber niemals ein natürlicher Ausgleich der Verhältnisse *von herrschendem Interesse* ist - denn dann stünden die Preise für die ohne Macht ausgestattete Partei auf dem optimalen Punkt, und es gäbe keinen Mehrwert, dessen Aneignung ja gerade das Interesse der wirtschaftlich Stärkeren ausmacht - deswegen tendieren unaufgeklärte politische Systeme automatisch in die Richtung einer Ökonomie mit kapitalistischen Gleichgewichten. Die Unwissenheit, zu deren »Herstellung« es bekanntlich des geringsten Aufwandes bedarf und die dadurch quasi »natürlich« gegeben ist, ist die politische Grundlage des stabilsten Zustandes menschlicher Wirtschaft: der kapitalistischen Ökonomie. Dagegen gibt es die »reine Ökonomie« nur in der Form des historischen Zufallsproduktes und als kulturell hochstehende Erkenntnisleistung. Sie ist eine labile Konstruktion, die ihrem Wesen nach durch Überwindung der herrschenden Interessen auf eine rationelle Gleichheit und maximal schadlos mögliche Freiheit für alle Gesellschaftsmitglieder hinausläuft; eine Vorstellung, die in zahlreichen Ländern mit Waffengewalt und Todesstrafe (z. B. Algerien) bekämpft wird, vielfach von Leuten unter dem Schlagwort eines »Antikommunismus«, die unfähig sind, »freie Marktwirtschaft« in Abgrenzung von »Kapitalismus« und »Kommunismus« auch nur zu denken, geschweige denn, diese einzurichten.

Ich möchte den Zirkel nochmals schließen:

„Die erste Aufgabe der Marktwirtschaft besteht darin, das Kollektivbedürfnis der Wirtschaftsgesellschaft dadurch möglichst vollkommen zu befriedigen, daß sie den »Kollektivbedarf« mit möglichst geringen Kosten beschafft und so verwaltet, daß er zum möglichst großen Erfolge der Bedürfnisbefriedigung verwendet werden kann. (...): die Lehre von der Produktion zeigt uns, woher und nach welchen Gesetzen der Markt sich *füllt*, die Lehre von der Distribution, wohin und nach welchen Gesetzen er sich wieder *entleert*. Wird eine dieser Aufgaben nicht vollkommen erfüllt, so leidet die Gesellschaft.“⁴⁰⁹

Diese Aussage enthält den Schlüssel zu allem weiteren Verständnis, denn eine auf kapitalistischem Gleichgewicht eingestellte Ökonomie KANN (wirtschaftlich) und WILL (politisch) das Kollektivbedürfnis der Wirtschaftsgesellschaft im obigen Sinne nicht befriedigen. Sie kann und will weder national noch international einen Ausgleich zwischen den marktfüllenden und entleerenden Strömen herstellen. Und: keine Wirtschaft hat aus sich heraus die Kraft, diese außerwirtschaftlichen Kräfte abzuschütteln. Nur in der »reinen Ökonomie« gelten die ökonomischen Gesetze eines ADAM SMITH. In der politischen Ökonomie gelten sie nicht.

„In der reinen Ökonomie gibt es nur noch die eine Grenze der Gütervermehrung, die im Stande der Technik gegeben ist. Aber es gibt nicht mehr die »politisch-ökonomische Grenze der Produktion«, die heute die Gütererzeugung nicht überschreiten kann: eine Grenze, die weit vor jener technischen Grenze liegt. Wir haben diese Zusammenhänge ausführlich dargestellt⁴¹⁰. Hier können wir nur die großen Linien andeuten: Zwischen Erzeugung und Verteilung besteht, wie zwischen allen Funktionen eines Organismus, eine Beziehung der Reziprozität. Man hat bisher immer nur die eine Seite gesehen: es kann nicht mehr verteilt werden, als vorher erzeugt worden ist. Aber noch wichtiger ist die verborgene Rückbeziehung: *es kann nicht mehr erzeugt werden, als nachher verteilt werden kann.*“⁴¹¹

„Nun kann aber die große Masse der kapitalistischen Völker nicht mehr Waren aufnehmen, als sie mit ihrem Lohne bezahlen kann. Das aber bedeutet, daß hiermit der maschinellen Produktion jene enge unüberschreitbare Grenze gesteckt ist. Denn der Bedarf der Oberklasse an maschinellen Produkten ist klein, schon ihrer geringen Zahl wegen. Sie wären, selbst wenn sie es wollten, gar nicht imstande, den gewaltigen Mehrwert zu konsumieren, falls er ihnen in Gestalt maschineller Produkte zuflösse. Sie müssen also den größten Teil ihres Einkommens für unproduktive Dienste oder für solche Erzeugnisse ausgeben, die von Erzeugern hoher Qualifikation aber geringer Produktivität hergestellt werden, also von Künstlern und Kunsthandwerkern aller Art, vom Porträtmaler und Elfenbeinschnitzer abwärts bis zur Spitzenklöpplerin. Somit wird das Maximum der Aufnahmefähigkeit einer kapitalistischen Gesellschaft für großindustriell erzeugte Produkte durch das Lohnsystem verhältnismäßig tief gehalten. Daraus entspringt nicht nur die Unmöglichkeit, die schon vorhandene Maschinerie voll auszunutzen, sondern vor allem die

⁴⁰⁹ FRANZ OPPENHEIMER: *Das Kapital*. Zitat vor der Auslassung S.2, nach der Auslassung S.4 f.

⁴¹⁰ Vgl. FRANZ OPPENHEIMER: *System III, Theorie*, S. 1021 ff.

⁴¹¹ FRANZ OPPENHEIMER: *System II, Der Staat*, S. 747.

entscheidendere Unmöglichkeit, auch nur diejenige Maschinerie aufzustellen, die heute schon technisch möglich ist. Wir besitzen sie »potentiell«, aber nicht »aktuell«.

Diese Grenze ist in der reinen Ökonomie verschwunden. Hier entscheidet über das Ausmaß der Gütererzeugung lediglich der Stand der Technik; Potentialität und Aktualität fallen zusammen. Nun würde uns schon der heutige Stand der Technik gestatten, in viel kürzerer durchschnittlicher Arbeitszeit eine viel größere Menge von Genußgütern zu erzeugen: und diese technische Grenze ist fast ins Grenzenlose elastisch, weicht immer weiter vor uns zurück. Wir sind heute technisch-potentiell bereits soweit vorge-schritten, daß fast jede Maschinerie von noch so ungeheurer Leistungsfähigkeit ge-schaffen werden könnte, wenn ihre *Rentabilität* gesichert wäre. Und wir stehen doch offenbar erst am Anfang! Wenn für jedes verbesserte und verbilligte Produkt ohne wei-teres der Markt gesichert ist, dann werden unsere Erfinder die neu sich stellenden Auf-gaben mit immer neuen Mitteln zu lösen imstande sein. Was heute FORD für den, unter europäischen Gesichtspunkten, enorm kaufkräftigen amerikanischen Markt geleistet hat, wird dann die Regel sein. Man kann die Dinge auch von einer anderen Seite her verständlich machen: Eine Maschine ist, volkswirtschaftlich gesehen, ein Ding, das Ar-beit spart, ist aber, vom privatwirtschaftlichen Standpunkt des Unternehmers aus gese-hen, ein Ding, das Löhne spart. Folglich sind um so gewaltigere Maschinen rentabel, je höher die Löhne stehen. Dennoch wird das Produkt billiger. Nur aus diesem Grunde kann z. B. FORD, der das Vielfache der europäischen Löhne zahlt, seine Automobile und Traktoren zu Preisen nach Europa liefern, bei denen die europäischen Werke nicht konkurrieren können.“⁴¹²

„In der politischen Ökonomie aber besteht die objektive Äquivalenz zwischen Lei-stung und Gegenleistung, wenn kein Monopolverhältnis einspielt, nur bei den Tausch-akten, *die von Mitgliedern derselben sozialen Klasse abgeschlossen werden. Zwischen den Mitgliedern verschiedener sozialer Klassen aber besteht keine Äquivalenz der Lei-stungen: sie sind »non competing groups.*“⁴¹³

2.4.3. Wegfall des »freien« Arbeiters

„Kapitalismus ist nur dort möglich, wo regelmäßig auf dem Markte der Arbeit ein Überangebot stattfindet; oder, um die berühmte MARXSche Formel zu brauchen, wo eine »Reservearmee unbeschäftigter Arbeiter« vorhanden ist, die den Lohn der Beschäftigten in ungünstigen Zeiten niederzieht und in günstigen niederhält.“⁴¹⁴

Mit diesem Eingangsstatement stoßen wir auf ein weiteres brisantes Thema vor. Laut Prognos AG wird in Deutschland auf Dauer mit der Erwerbslosigkeit von rund 6 Millionen potentiell Erwerbstätiger gerechnet. Gleichzeitig muß die Ver-richtung gesellschaftlich wünschenswerter Arbeiten unterbleiben, weil das System diese »nicht bezahlen« kann. Bezüglich dieses Widerspruches bleiben die Politik und die herrschende Wirtschaftswissenschaft sowohl eine Erklärung als auch die Lösung schuldig. Schlimmer noch: Die Arbeitslosigkeit wird als ein unabänderlicher Bestandteil des Systems *akzeptiert* und der zwangsläufig daraus folgende Pro-

⁴¹² FRANZ OPPENHEIMER: *System II, Der Staat*, S. 748.

⁴¹³ FRANZ OPPENHEIMER: *Das Kapital*, S. 241.

⁴¹⁴ FRANZ OPPENHEIMER: *System II, Der Staat*, S. 680.

duktivitätsverlust des Gesamtsystems naiv *kritisiert*. Den letzteren merken die Beschäftigten und Unternehmen als Umverteilungslast, die ihnen per Steuer, Versicherungsbeitrag und Lohnnebenkosten aufgebürdet wird. Warum erkaufen sich die Beschäftigten per Umverteilung die Untätigkeit von 10 % ihrer potentiellen Kolleginnen und Kollegen, statt selber öfter Freizeit zu genießen? *Einkommensseitig* ginge keinem abhängig Beschäftigten etwas verloren, wenn neben der sowieso stattfindenden finanziellen Umverteilung auch die dazugehörige Arbeitszeit umverteilt würde. Den auf Grenznutzenbetrachtung so erpichten Ökonomen muß es doch geradezu entsetzen, daß hier in einem Bereich systematisch bezahlt wird, ohne daß ein wertäquivalenter Tausch stattfindet. Oder setzt man die Ausbildungskosten in der Rechnung so hoch an, daß partielle Beschäftigungslosigkeit volkswirtschaftlich »billiger« ist als gleichverteilte Vollbeschäftigung?

Unter dem Primat einer »Ausgleichsökonomie« betrachtet, variieren die Bedürfnisse der Wirtschaftspersonen je nach erreichtem Sättigungsgrad einer Gesellschaft. Nach dem Krieg galt es, möglichst schnell viele Produkte zu erstellen. Je höher das erreichte Niveau einer Sättigung ist, desto stärker wechselt die Bedarfs- und Erstellungsstruktur in den Bereich höherwertiger Dienstleistungen. Eine Wirtschaftsgesellschaft kann in sich ausgeglichen funktionieren, wenn sich 90 % aller Erwerbspersonen wechselseitig Dienste leisten. Der Lehrer dem Arzt, dem Sänger, dem Maler, dem Masseur, dem Hotelpersonal, dem Sekretär etc. Alle »leisten« und »genießen« in dem Maße ihrer Leistung und ihres Genusses. Genaugenommen sind Dienste schon immer dasjenige gewesen, was sich Menschen zu allen Zeiten gegenseitig geleistet haben. Die Erstellung von Produkten und deren Tausch kann verstanden werden als ein besonderer Dienst. »Dienste« ist der Oberbegriff einer Ökonomie, »Produkte« ein Teilbegriff der Dienste mit besonderer Manifestation im Dinglich-Dauerhaften oder Dinglich-Vorübergehenden. Während die reinen Dienste an lokale Preise gebunden sind (der Zahnarzt in Bangladesch leistet keine Dienste nach Hamburg), unterliegen die Güter dem Außenhandel und damit anderen Bewertungsmechanismen. Unterstellen wir eine ausgeglichene Handels- und Zahlungsbilanz, also den wertmäßigen Gleichstand von Export und Import, dann läßt sich die weitere Betrachtung auf die Vorgänge der Binnenwirtschaft verkürzen.

In dieser gibt es zwei zentrale Parameter, die elastisch bzw. anpassungsfähig sein müssen. Es ist a) der Parameter des Gesamtbedarfes und b) der Parameter der Bedarfsstruktur.

Ersterer ist eine *quantitative* Größe. Sie gibt an, in welchem Umfang die Wirtschaftspersonen privatökonomisch bzw. marktökonomisch ihre Bedürfnisse sättigen (wollen). Denn natürlich ist die Arbeitsteilung der Marktgesellschaft nur dann und dort von Vorteil, wo der aus der Arbeitsteilung resultierende Produktivitätsgewinn des Marktproduktes die Eigenfertigung innerhalb einer Hauswirtschaft unwirtschaftlich erscheinen läßt. Wenn der einzelne Mensch merkt, daß er sich ein komplexes Produkt⁴¹⁵ leichter beschaffen kann als

⁴¹⁵ Komplexes Produkt ist z. B. ein Pkw. HENRY FORD hatte seine Fabrik bereits so organisiert, daß umgerechnet ein Arbeiter binnen 14 Tagen ein Auto herstellte. Dies kann ein In-

durch Eigenfertigung, wird er auf dem Markt eigene Dienste anbieten, um diese gegen das komplexe Produkt einzutauschen. Wo sein Bedarf an Marktprodukten und Produkten seiner Hauswirtschaft gesättigt ist, da ruht der Mensch oder lebt sein gesellschaftlich-geselliges Leben. Dem *Menschen* dient ein ökonomisches System dann optimal, wenn sich alle individuellen *Bedarfsentscheidungen* in ihm optimal realisieren lassen. Wer in seinem Leben große Reichtümer erwerben will, wird dafür logisch mit großen Leistungen an den Markt herantreten müssen. Wer schon alles Notwendige besitzt und wenig Neues erwartet, wird seine Leistungen auch entsprechend reduzieren.

Zweitens: Wenn ein Marktsystem *offen* ist für die individuellen *Bedarfskalküle* und jedem gestattet, in den Markt an Leistung einzubringen, was an Gegenleistung aus dem Markt zu nehmen beabsichtigt wird, dann *kann* es keine Überproduktion geben, sondern allenfalls mehr oder weniger günstige Märkte. Wenn das Marktsystem jedem die Freiheit läßt, den günstigsten Markt für seine Dienste anzustreben, dann *kann* es keinen auf Dauer ungünstigen Markt geben. Auch die Bedarfsstruktur findet unter der Bedingung des freien Marktes automatisch ihr Abbild und Sättigung seitens der sensibel nachfolgenden Angebotsstruktur.

Aber: In der kapitalistischen Ökonomie ist alles anders, denn in ihr geht es nicht um den Ausgleich und den Bedarf. Sie ist nicht elastisch, sondern ganz und gar darauf ausgerichtet, den Kapitalstücken eine Verzinsung zu steuern. Um Kapitalverzinsung dreht sich alles Denken und alle Organisation. Arbeit und Arbeitslosigkeit sind in ihr drittrangige Nebenerscheinungen, *kein Motiv*.

Von diesem Standpunkt aus möchte ich die von WINFRIED VOGT aufgeworfene Frage einer »kapitalistischen und einer laboristischen Ökonomie« nach OPPENHEIMERschen und eigenen Prämissen reformulieren. VOGT sieht die Möglichkeit, daß es neben der bekannten kapitalistischen Marktökonomie eine weitere *Marktökonomie* geben könnte, die in ihrer inneren Logik nicht der Dominanz des Kapitalinteresses folgt. Er nennt diese zweite Ausprägung *laboristische* Ökonomie, weil in ihr die *Arbeit* eine optimale Organisation finden soll. Die Frage wäre nur, durch welchen inneren Mechanismus sich die beiden Marktwirtschaften zu unterscheiden hätten. Und an diesem Punkt wählt VOGT den analytischen Rahmen der neoklassischen Gleichgewichtstheorie und versucht, in ihr den Begriff der *Produktionsweise* zu integrieren. Er schreibt folgendes:

„Was kann man sich unter einer optimalen Produktionsweise vorstellen? Jedenfalls muß man davon ausgehen, daß die Optimalität durch den Nutzen der Beschäftigten definiert ist. Es handelt sich um jene Produktionsweise, welche die Beschäftigten zumindest bei gegebenem Ertrag, aber darüber hinaus im laboristischen Gleichgewicht auch unter Berücksichtigung der Ertragsmöglichkeiten, allen anderen Produktionsweisen vorziehen. Daraus kann man schliessen, daß bei dieser Produktionsweise die Art und

dividuum mit den Mitteln seiner Hauswirtschaft nicht leisten, sondern ist nur als Resultat eines arbeitsteiligen, komplex-integrierten Fertigungsprozesses denkbar.

Weise der Tätigkeit besonders befriedigend sein muß. Dies wiederum dürfte damit zusammenhängen, daß die Beschäftigten diese Art und Weise ihrer Aktivitäten soweit wie möglich selbst bestimmen. Man wird sich also Unternehmungen, in denen die optimale Produktionsweise verwirklicht ist, als »selbstverwaltete Unternehmungen« vorstellen können, mit allen Assoziationen, die sich damit verbinden lassen. Insbesondere wird man an eine möglichst große Selbständigkeit der Arbeit denken, an eine gewisse Vielseitigkeit, an Abwechslungsreichtum, Gestaltungsspielräume etc., einerseits im Hinblick auf den Charakter der Arbeit selbst, andererseits auch im Hinblick auf den Charakter der Produkte.⁴¹⁶

Die von VOGT angesetzte Unterscheidung wurde auf S. 12 wie folgt verdichtet: „Die möglichen Produktionsweisen werden danach unterschieden, ob sie in erster Linie am Ertrag oder an den Arbeitsbedingungen orientiert sind. Es wird gezeigt, daß es zwei qualitativ sehr verschiedene Ökonomien geben kann: Eine kapitalistische Ökonomie, deren Gleichgewicht im Bereich ertragsorientierter Produktionsweisen liegt, und eine »laboristische« Ökonomie, deren Gleichgewicht auf einer arbeitsorientierten Produktionsweise beruhen würde.“

Doch leider verbaut dieser Ansatz m. E. den Weg zu einer Lösung. Nicht Ertrag und Arbeitsbedingungen scheiden die kapitalistische von der laboristischen Ökonomie, sondern der Gegensatz von Ertragsmaximierung und Profitmaximierung. Der bürgerlichen Ökonomie erscheinen sie als ein und dasselbe, sind aber zwei völlig verschiedene Dinge, weil sie aus zwei verschieden gearteten Quellen stammen.

Der englische Arzt W. KING hat in seiner Monatszeitschrift »The Co-operator« 1828/29 treffend geschrieben: „Die Grundlage, das Geheimnis um das Genossenschaftswesen ist die *Arbeit*. Man nehme von dem Produkt der Arbeit weg, was für den Lebensunterhalt der Arbeiter notwendig ist; was dann übrig bleibt, ist Überschuß, der gespart wird und der, wenn angesammelt, zu Kapital wird, mit dessen Hilfe die Arbeiter sich selber beschäftigen und für sich selbst Nahrung und andere Artikel erzeugen könnten, gerade so, wie sie es gegenwärtig mit dem Kapital der Unternehmer machen.“⁴¹⁷

Erträge sind privatökonomisch in realisierten Tauschwerten ausgedrückte Arbeitsleistungen, wohingegen Kapitalprofite eine Verzinsung von Rechtstiteln darstellen. Das Recht des Unternehmers, aus der gekauften Arbeitszeit seiner Beschäftigten einen maximalen Profit zu ziehen, stellt für dessen Privatökonomie einen Ertrag dar, beruhend auf eigener und fremder Arbeitsleistung. Der Ertrag des abhängig Beschäftigten reduziert sich entsprechend des Anteiles, den er freiwillig oder notgedrungen dem Unternehmer für dessen unternehmerische Dienstleistung der Arbeitsplatzbereitstellung abtritt. Man muß ja einmal sehen, daß in einem Wirtschaftssystem, in dem Arbeitsplätze »Mangelware« sind, auch diese Ware ihren Preis hat. Sie wird erstellt von dem Unternehmer, der nicht nur die Dienstleistung der Koordinierung von Produktionsprozessen erbringt, sondern ein interner Dienst-

⁴¹⁶ WINFRIED VOGT: Theorie der kapitalistischen und einer laboristischen Ökonomie, Frankfurt a. M. 1986, S.43.

⁴¹⁷ Zitiert nach HENRY FAUCHERRE: Die Genossenschaft. Ursprung, Wesen, Ideologie des Genossenschaftswesens, Basel 1947, S. 9.

leister gegenüber den Beschäftigten bezüglich des Produktes »Arbeitsplatz« ist. Je mehr Personen um ein knappes Gut konkurrieren, desto höher steht sein Preis. Bezahlt wird indirekt und ohne offenen Vertrag in der Form des Lohnabzuges von dem eigentlichen Arbeitsprodukt. Mehr oder weniger ist dem Beschäftigten jedoch bewußt, welches Einkommen er bei Selbständigkeit erwirtschaften könnte. Auf der negativen Selbsteinschätzung und Höhererschätzung des Unternehmerangebotes beruht dann der *freie* Entschluß, in der Form einer abhängigen Beschäftigung zu den angebotenen Konditionen in ein Unternehmen einzutreten. Eine durch und durch auch ideologisch kapitalistische Ökonomie sorgt allerdings *politisch* dafür, daß es in diesem Punkte *keinen freien Entschluß gibt*, und die lohnabhängige Existenz für eine bestimmte gesellschaftliche Klasse die einzig eingeübte und materiell (oder im Falle extrem-kapitalistischer Ökonomien gar rechtlich⁴¹⁸) mögliche ist.

Aus dem bis hierhin Gesagten ergibt sich ein anderer Lösungsansatz als der von VOGT gewählte. Der Unternehmer ist »Produzent« zweier Produkte, a) dem seines offiziellen Unternehmensgegenstandes, z. B. Autos und b) des Arbeitsplatzangebotes an seine Beschäftigten. Bei Produkt A konkurriert er mit allen Anbietern gleichen Typs und ist zu niedrigen Preisen gezwungen. Bei Produkt B kooperiert er mit allen Anbietern des gleichen Typs in entsprechenden Unternehmerverbänden. Ziel des Unternehmervverbandes ist, den Preis für das Produkt Arbeitsplatz in die Höhe zu treiben⁴¹⁹. Bezahlt wird dieser, wie gesagt, durch Abschlag vom erstellten Wert beim Lohn. Es ist in der kapitalistischen Ökonomie eine durch nichts sanktionierte Strategie, durch Rationalisierungsinvestitionen und Verhinderung von Arbeitszeitverkürzungen bzw. gar Arbeitszeitverlängerung trotz hoher Arbeitslosigkeit die Relation von Arbeitsplatzangebot und Arbeitsplatznachfrage dauerhaft ungünstig gegen die Interessen der abhängig Beschäftigten zu stellen. Dieses Verhältnis wird als »Fortschritt« sogar von den meisten politischen Sprechern begrüßt, weil es die Kapitalprofite der unternehmerischen Individualwirtschaft in die Höhe treibt.

⁴¹⁸ Es gibt in Rechtssystemen auch immer wieder die Möglichkeit, Personen die Rechts- und Geschäftsfähigkeit abzuspochen. Dies ist beispielsweise gegenüber den Ureinwohnern Amerikas und anderen Kolonialisierungsgebieten regelmäßig geschehen sowie historisch in Europa gegenüber den verheirateten Frauen. Beide Fälle gehen einher mit Formen polit-ökonomischer Ausbeutung.

⁴¹⁹ Vgl. ADAM SMITH: Eine Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Reichtums der Nationen, a. a. O., Band I, Kapitel VIII, »Von den Arbeitslöhnen«: „Welches die üblichen Arbeitslöhne sind, hängt überall von dem Vertrag ab, welcher zwischen jenen beiden Parteien geschlossen wird, deren Interessen unter keinen Umständen dieselben sind. Die Arbeiter wollen soviel wie möglich nehmen, die Unternehmer sowenig wie möglich geben. Die ersteren sind geneigt, sich zu vereinigen, um die Arbeitslöhne zu steigern, die letzteren, um sie zu senken. Es ist indes nicht schwer vorauszusehen, welche der beiden Parteien unter normalen Verhältnissen bei dieser Kontroverse das Übergewicht besitzen muß und die andere zur Erfüllung ihrer Bedingungen zwingt. Da die Unternehmer nicht so zahlreich sind, können sie sich viel leichter zusammenschließen, und außerdem werden ihre Vereinigungen gesetzlich gebilligt oder zumindest nicht verboten, wie die der Arbeiter. Wir haben keine Parlamentsakte gegen Bündnisse zur Herabsetzung des Preises der Arbeit, aber viele, die gegen Bündnisse zu dessen Erhöhung gerichtet sind.“ S. 86 f. Eine auch im weiteren Verlauf überaus aufschlußreiche Textstelle.

Für die Klasse der Unternehmer gilt, daß sie ihre Profite im Erstellungsprozeß erhöhen können, je knapper die Zahl verfügbarer Arbeitsplätze ist. Dafür brauchen sie nichts weiter zu tun, als in arbeitssparende Techniken zu investieren, *wo immer dies irgend möglich ist*. Ist ein gewisser Überhang an Arbeitsplatznachsuchenden erst einmal geschaffen, die Vollbeschäftigung auf hohem Lohnniveau durchbrochen, wird die Strategie zu einem Selbstläufer. Denn jeder erzielte Kapitalprofit kann weitere gleichgelagerte Aktionen nach sich ziehen und den Arbeitsmarkt weiter unter Druck setzen. Die im nächsten Abschnitt folgende Krisentheorie erläutert, warum der Mechanismus zyklischen Zusammenbrüchen und Wirtschaftskrisen entgegenstrebt.

Doch bleiben wir bei den Individualkalkülen und dem von VOGT gestellten Problem. VOGT spricht von »Produktionsweise«, »Arbeitsbedingungen« und »Nutzenmaximierung«. Damit stolpert er m. E. an einer für »Alternativökonomien« typischen Stelle. Der eigene »Nutzen« ist ein privatökonomischer, kein marktökonomischer Begriff. Wer in seinem Alternativbetrieb die Seele pflegt, der erstellt mit den Mitteln seines Haushaltes die Dienstleistung »Seelenpflege« und konsumiert sie zugleich. Alles, was kein erstelltes Tauschprodukt ist, ist *Eigenverzehr*. Nur was mit Zielrichtung Markt hervorgebracht wird, fällt unter den Begriff »Produktion«, der im ursprünglichen Sinne nichts anderes bedeutet als »zu Märkte tragen«. Und dieses Produkt erhält seinen Tauschwert ausschließlich durch den Nutzen, den es seinem potentiellen Käufer in Aussicht stellt. Das ist das Geheimnis des vermittelnden Marktes: Es wird für den *fremden* Nutzen produziert. Und nur wenn das gelingt, erhält der Produzent Gegenwerte zum eigenen Nutzen.

Das »Glück am Arbeitsplatz« oder die »Arbeitsbedingung« ist für die Privatökonomie des Individuums ein wichtiger Faktor. Es ist sein »Aufwand«, den es zu ersetzen gilt, wenn eine Beeinträchtigung hingenommen werden soll⁴²⁰. Es kann Teil der Bezahlung sein, neben der Erstellung von Tauschwerten und Arbeitsplätzen auch noch ein höheres »Glück« in einem Unternehmen mit anzubieten als der freie Mensch außerhalb des Unternehmens kennt. Aber: Marktökonomisch interessiert alleine, was nach innerbetrieblicher Verrechnung von Aufwand und Eigenverzehr als Tauschwert auf den Markt gelangt. Der Rest ist Privatökonomie des Unternehmers, wenn er durch derlei Strategien seine Kosten senken kann, oder es ist Privatökonomie jeder einzelnen Person eines Alternativbetriebes, wenn man mit einer anderen Arbeitsweltvorstellung produziert, was nicht heißen soll, daß eine andere Arbeitsweltvorstellung nicht zugleich produktiver pro eingesetzter Arbeitsstunde sein kann.

⁴²⁰ Natürlich gibt es in Arbeitsverträgen keine Maßzahl »Glück«, und die verursachten Beeinträchtigungen werden in vielen Unternehmen nicht ordentlich entlohnt, sondern unordentlich abgepreßt. Je ungünstiger die Situation auf dem Arbeitsmarkt für den abhängig Beschäftigten ist, desto härter werden meist die Bedingungen in den Betrieben. Aber: kein Arbeitnehmer ist so naiv und würde seine eigene Rolle als »frei zustandegekommen« auffassen, wie dies die Wissenschaft annimmt. Es gibt in unserer Gesellschaftswirtschaft keine Alternative, auf die sich so einfach ausweichen ließe.

Gewiß, in der kapitalistisch bzw. laboristisch orientierten Unternehmung liegen die angestrebten Optima verschieden. Aber ich will zunächst eine Unterscheidung versuchen, bevor wir die andere Gewichtung suchen:

- a) Die wirtschaftenden Personen produzieren ihre Arbeitsplätze selber, statt diese als Dienstleistung von einem Unternehmer zu beziehen. Sie reduzieren damit die Knappheit des Angebotes »Arbeitsplatz« und verdienen sich neben dem Tauschwert ihres Produktes auch noch den Abschlag, der sonst an den Unternehmer gezahlt werden müßte. Ist die Fähigkeit zur Selbstorganisation höherwertiger als die Unternehmerleistung unter Knappheitsbedingung, dann steigt das Einkommen der selbstorganisierten Personen. Ist sie geringerwertig, dann sinkt es.
- b) Die wirtschaftenden Personen produzieren neben den an einen Markt gerichteten Produkten zusätzlich Leistungen für den Eigenverzehr. Was früher in einer Haus- oder Hofwirtschaft für den Eigenverbrauch hergestellt wurde und den Markt nie erreichte, wird hier von und für den Eigenverbrauch des wirtschaftenden Personenkreises erstellt. »Produkt« (hier in Anführungszeichen, weil nicht zu Märkte getragen) kann jede Form des Dienstes sein, die man an sich selber oder gegenseitig leistet. Diese Dienste bleiben natürlich in Marktpreisen unbewertet, sind aber Teil des subjektiven Nutzen, den eine Person aus der Alternativunternehmung bezieht. Er ist ferner verbunden mit »Alternativkosten«, will meinen, daß während der Zeit der Erstellung von Diensten zum Eigenverzehr in aller Regel die Herstellung von Marktprodukten ausfällt. Da diese in Preisen bewertet sind, hat auch die Unterlassung einen Preis. Das Kunststück des Alternativ-Seins besteht nun nicht darin, diese Zusammenhänge zu ignorieren, sondern sich wissentlich zu entscheiden. Wer für sich die Quantität erwünschter Tauschwerterstellung und den Wert nicht tauschwertorientierter Tätigkeiten festgelegt hat, der *kann* z. B. einen Alternativbetrieb der Form konstruieren, daß Zeit und Energien 50 zu 50 % der einen und der anderen Aktivität zukommen. Dies ist der Faktor der *Elastizität* eines Alternativbetriebes. Welche Einstellung in ihm zum Tragen kommt, hängt von den Bedürfnissen und Fähigkeiten der versammelten Personen ab. Auch ein 100 %ig auf Tauschwertproduktion hin orientierter Betrieb kann selbstorganisiert sein und in irgendeiner Weise »alternativ« der herrschenden Normalität entgegenstehen. Man denke sich eine Personengruppe, die alle drei Jahre für ein Jahr Urlaub machen will, um die Welt zu bereisen und dies im Wechsel organisiert. Oder eine Gruppe, die mit 40 die »Rente durch« haben will, also bis dahin genügend Tauschwerte für das ganze restliche Leben ansammeln will, um für den Rest frei von Erwerbstätigkeit zu sein. Und so weiter.
- c) Bei der Entscheidung über die Arbeitsweise stellt sich ein laboristisches Gleichgewicht nach anderen Kriterien ein als das kapitalistische. Wie in obigem Zitat von KING angedeutet, basiert der Reproduktionszyklus des Menschen auf Leistungserstellung durch Arbeit und anschließendem Verzehr. Die *Arbeit* ist ihm Quelle aller Werte, was nicht bedeutet, daß diese heilig wäre

und nicht reduziert werden dürfte. Aber: *das Investitionsmotiv der Arbeit ist die Faulheit*, und das Investitionsvolumen des Arbeitenden wird begrenzt durch die Anstrengung, welche nötig ist, die Faulheit als Zustand zu erreichen. Das Optimum der arbeitsorientierten Investition ist ein Aufwands-Ertrags-Optimum gemessen in Arbeit. Dagegen verhält es sich mit der kapitalorientierten Investition gänzlich anders. Sie sucht das Einsatz-Profit-Optimum und findet dieses stets dort, wo sich Abhängigkeiten profitträchtig einrichten oder ausnutzen lassen. Die laboristische Ökonomie benötigt keine Abhängigkeiten. In ihr werden die Menschen von der Notwendigkeit getrieben, das, was sie verzehren wollen, in gleichem Werte auch erstellen zu müssen.

Kommen wir also zu einer ersten Zusammenfassung und stellen fest: Eine laboristische Ökonomie steht und fällt mit der Verbreitung produktiv-organisatorischer Fähigkeiten in einer Wirtschaftsgesellschaft. Stellen wir fest, daß die soziale Klasse der Unternehmer auf Märkten Schlüsselpositionen besetzt, die von klassenmonopolistischer Struktur sind bzw. ein natürliches Motiv zur kollektiven Verknappung beinhalten. Der hier wirkende Mechanismus wird unter Punkt 3.1. (↑ 232) anlässlich einer anderen Form des »Marktversagens« in der Wohnungswirtschaft vertieft diskutiert. Er wirkt ähnlich auf dem Arbeitsmarkt. Der Grundmechanismus der Ausbeutbarkeit und damit Attraktivität für den Kapitalisten zur Tätigung einer »Investition« ruht auf der Existenzunsicherheit des »freien Arbeiters«.

„Wenn er nämlich gar nichts absetzt, so hat er, der nur die eine Ware zu Markt gebracht hat, überhaupt kein Mittel, seine eigenen Bedürfnisse zu beschaffen; er muß also auch die dringlichsten Bedürfnisse, diejenigen, die in seiner Dignitätsskala oben stehen, unbefriedigt lassen, und das wird oft unmöglich und fast immer bedenklich sein. Wenn es sich um Existenzbedürfnisse handelt, die er als Käufer gebraucht, dann muß er als Verkäufer wenigstens einen Teil seiner Produktion um jeden Preis »losschlagen«, der ihm überhaupt geboten wird, um nicht zugrunde zu gehen: in dieser Lage befinden sich der Regel nach z. B. die »freien Arbeiter«, die nur Dienste anzubieten haben. (Und OPPENHEIMER setzt in einer Fußnote fort:) Hierzu gehört auch die sog. »Panik des Angebots«, z. B. von Effekten in Krisenzeiten. Hier hängt oft die wirtschaftliche Existenz der Schuldner davon ab, daß sie genügend Zahlungsmittel erlangen; darum »werfen sie ihre Werte auf den Markt«.“⁴²¹

Es bedarf wohl keiner weiteren Erläuterung, daß die unterschiedlichen »Dringlichkeiten des Austauschbedürfnisses«, verbunden mit Knappheit hier und »Panik des Angebotes« dort, *preisbestimmend* wirken. VOLKER KRUSE hat diesen Gedankengang OPPENHEIMERS treffend ausgearbeitet⁴²². Doch möchte ich OPPENHEIMERS Grundauffassung an dieser Stelle mit etwas anderen Worten belegen. Nicht das von ihm herausgestellte Einkaufsmonopol des Kapitals in Sachen »Arbeit« in Verbindung mit einem denkbaren Überangebot an Arbeitskraft nennt Roß und Reiter, son-

⁴²¹ FRANZ OPPENHEIMER: *Das Kapital*, S. 22.

⁴²² VOLKER KRUSE: Zwischen »Kapitalismus« und »liberalem Sozialismus«. Die westliche Nachkriegsgesellschaft im Lichte der Kategorien Franz Oppenheimers. Ein theoretisches Experiment. In: *Geschichte und Gegenwart*, 11. Jg., Heft 1/1992, S. 19 - 43.

dern erst das Verkaufsmonopol bezüglich der nachgefragten Dienstleistung »Arbeitsplatz«⁴²³ bezeichnet, was wirklich knapp ist, samt Quelle des monopolistischen Knappheitspreises, auf den die Klasse der Arbeitsplatzanbieter bekanntermaßen geschlossen Einfluß nimmt.

Eines wird wohl kaum jemand bestreiten: Eine Wirtschaft funktioniert mit 1000 Personen nach ähnlichen Regeln wie mit 100 Milliarden. Es gibt aus der höheren Bevölkerungsdichte resultierend sogar den Vorteil der kürzeren Wege und vertieft organisierbaren Arbeitsteilung. Lediglich der Nahrungsmittelspielraum und die Zerstörung der Umwelt durch nicht geschlossene Wirtschaftskreisläufe, in denen die Kosten der Verschmutzung externalisiert werden, statt daß die Beseitigung in die Preise mit hineingezwungen wird, alleine dies bestimmt die »natürlichen« Grenzen der Weltbevölkerung und somit auch Arbeitsbevölkerung. Auch heute noch würde die gesamte Weltbevölkerung stehend auf der doppelten Fläche des Bodensees Platz finden⁴²⁴, so groß ist der Planet im Vergleich zur menschlichen Zahl. Ein »Zuviel« an Arbeitskräften ist ein logisch unzulässiger Gedanke. Nur ein »Zuwenig« an Arbeitsplätzen macht in der kapitalistischen Ökonomie Sinn, ist geradezu ihr »Wesen« oder das Prinzip des Ausbeutungsmechanismus.

Warum aber, wenn die Dinge doch so klar sind, wird über sie nur ohne Ende geklagt?

Erstens wird bei uns sehr viel weniger *studiert* als vielmehr *gelernt* und *gelehrt*.

Die banalsten Irrtümer der Wissenschaft können problemlos über lange Zeit hinweg unerkant bleiben oder sogar von einzelnen erkannt werden, ohne daß dies die Tradition des Irrtums antastet. Es gibt also ein beängstigendes Leistungsdefizit der Wissenschaft, das sich diese selber nur selten offen eingesteht.

Zweitens waren die Dinge bereits klar und wurde an ihnen gerüttelt, als die Arbeiter auf produktivgenossenschaftlichem Wege das Monopol ihrer Klassengegner durchbrechen wollten. Bei diesen frühen Versuchen, als den Menschen instinktiv ihre Lage noch sehr viel klarer war, fehlten ihnen nur die

⁴²³ NUTZINGER weist treffend darauf hin, daß der Genossenschaftskomplex von Mondragón in der Praxis den kapitalistischen „Kauf und Verkauf der Ware Arbeitskraft« durch einen - nach festgesetzten Regeln verlaufenden - »Kauf und Verkauf der Ware Arbeitsplatz« ersetzt“ hat. Es wird uns aus der Perspektive »Ware Arbeitsplatz« nicht nur ein gänzlich anderes Marktgeschehen offensichtlich, sondern erscheint endlich wieder als Objekt was Objekt ist und als handelndes Subjekt, was Subjekt (nach Aufhebung der Sklaverei) sein sollte. HANS G. NUTZINGER: Die Überlebensfähigkeit von Produktivgenossenschaften und selbstverwalteten Betrieben. In: Achim von Loesch, *Selbstverwaltete Betriebe. Neue genossenschaftliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen?* Überblick und Beurteilung. Beiheft 10 der Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen, 1988, S. 35 - 58, hier S. 56.

⁴²⁴ Der Bodensee hat nach Bertelsmann-Lexikon eine Fläche von 539.000.000 qm und die Weltbevölkerung umfaßte 5.300.000.000 Menschen im Jahr 1990. Rechnet man mit ca. ¼ Kindern und legt nicht die überdurchschnittliche Größe des Europäers zugrunde, könnte evtl. auch noch die gesamte Menschheit auf die einfache Fläche des Bodensees passen.

Mittel, die Kenntnisse und das Recht (»Erlaubnis des Klassegegners«). Wir werden unter Punkt 3.5. (↑ 288) darauf zurückkommen.

Drittens waren die Dinge nach dem Kriege einigen Leuten weitgehend klar und steht die Vollbeschäftigung als Ziel nicht zufällig im Stabilitätsgesetz. ERHARD, EUCKEN, PREISER und RÜSTOW wußten, was sie aus welchem Grunde anstrebten. Daß man bis heute erhaben darüber hinwegsieht, liegt in der Eigenart der Wiederherstellung kapitalistischer Gleichgewichte und ihrer begleitenden Ideologie.

Viertens hat sich nicht nur das Kapital als Klasse formiert, sondern ebenso die Arbeit. „Je hemmungsloser der pluralistische Staat das monopollüsterne Unternehmertum begünstigte, desto mehr sah sich die Arbeiterschaft auf Selbsthilfe in der gleichen Richtung angewiesen. Die Gewerkschaftsbewegung wuchs und trat in das Wettrennen nach Machtpositionen gleichfalls ein, indem sie nach Monopolstellungen auf dem Arbeitsmarkt strebte und dafür schließlich gleichfalls die Hilfe des Staates in Anspruch nahm (denn was dem einen recht ist, ist dem anderen billig).“⁴²⁵ Seitdem sich die Gewerkschaften darauf eingerichtet haben, den Preismechanismus des Arbeitsplatzmarktes mit einer entgegengerichteten Monopolisierungsstrategie zu beeinflussen, stehen sich im Grunde zwei Institutionen gegenüber, die beide an dem Fortbestand der gegebenen Verhältnisse interessiert sind. Die Arbeitgeber kaufen abhängig Beschäftigte zu faireren Preisen, und die Gewerkschaften vertreten diese bei den Preisverhandlungen. Der Unternehmensgegenstand der Gewerkschaften und ihrer Bediensteten ist die *Abhängigenvertretung*, so daß aus diesen Reihen aus wohlverstandenen Berufsinteresse heraus keine institutionell getragenen Impulse einer Umorientierung erwartbar sind. Die Forderung der Gewerkschaften gegenüber ihrem Verhandlungspartner, daß dieser irgend etwas machen solle, ist die offene Anerkennung der eigenen, klassenspezifischen Inaktivität. Wer den Unternehmern die Angebotsseite eines Produktes monopolistisch überläßt, handelt nicht klassenbewußt und sinnt auf Veränderung, sondern richtet sich ein. So wie Automobilkonzerne keinen Wert auf gute Schlösser in ihren Produkten legen, weil jeder Diebstahl den Umsatz steigert, Versicherungskonzerne keinen Druck auf die Automobilindustrie ausüben, weil jeder Diebstahl die Notwendigkeit der eigenen Dienstleistung dokumentiert, so viel oder wenig interessiert die Gewerkschaften eine unternehmerische Selbstorganisation ihres Klientel. (Ich hoffe, diese Sätze schmerzen. Denn natürlich kann man eine moderne Gewerkschaft auch mit einem anderen Organisationsziel aufbauen, als ausgerechnet der dauerhaften *Abhängigenvertretung*.)

⁴²⁵ ALEXANDER RÜSTOW: Ortsbestimmung der Gegenwart, a.a.O., S.160. Folgende Nebenbemerkung an dieser Stelle: RÜSTOW war derjenige, der ERHARD dem Ordoliberalismus zuführte, indem er ERHARD noch während des Krieges in einen kleinen Kreis Gelehrter aufnahm, die nach dem Kriege als Ordoliberele auftraten. Das Eintrittsbillet ERHARDS war bei dem überaus kritischen RÜSTOW der Umstand, daß ERHARD von OPPENHEIMER kam, den RÜSTOW sehr verehrte. Nachzulesen in LUDWIG ERHARD: Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung, Faksimiledruck der Denkschrift von 1943/44, Frankfurt a. M. 1977. Dort die Vorbemerkung von THEODOR ESCHENBURG, S. XVI.

Denkt man sich

- die »Elastizität« des Alternativbetriebes,
- das unternehmerische Können als gesellschaftliches Lernziel,
- die materiellen Möglichkeiten alleine schon auf der Grundlage gegenwärtiger Einkommensverteilung in Deutschland
- sowie eine juristisch und staatspolitisch aufgeklärte Handhabung des Genossenschaftswesens,

dann erscheint der Wegfall des ausbeutbaren Arbeiters als eine reproduzierbare historische Realität (vgl. die junge Zunft ↑ 42). Daß die »reine Ökonomie« OPPENHEIMERS, der »liberale Sozialismus«, eine »laboristische Ökonomie« im Sinne VOGTS ist, wird bis hierhin sicherlich aufgefallen sein, wenngleich der von VOGT beschrittene Lösungsweg mit dem OPPENHEIMERS vom Standpunkt der Theorie aus nicht deckungsgleich ist. Wir werden das Thema unter Punkt 3.5. (Produktivgenossenschaften ↑ 288) fortführen.

2.4.4. Wegfall der kapitalistischen Krisenzyklen

„Folgendes ist der Hexenkreis: die kapitalistische Verteilung läuft, wie wir zeigten, darauf hinaus, daß sämtliche an der Gütererzeugung beteiligten Arbeitenden: Leiter, Angestellte und Arbeiter insgesamt, mit ihren Löhnen ihr Produkt nicht zurückkaufen können. Ein gewaltiger, stets wachsender Teil bleibt zur Verfügung der Inhaber der Produktionsmittel in Stadt und Land, der Kapitalisten. Diese sind nicht nur nicht imstande, den ungeheuren gesellschaftlichen Mehrwert in Gestalt von Gütern oder Luxusdiensten zu verbrauchen, sondern sie dürfen es nicht einmal wollen können. Die Not des feindlichen Wettkampfes zwingt sie kategorisch, einen beträchtlichen Teil des ihren Konsum überschreitenden Einkommens zu kapitalisieren, d. h. in immer wirksameren, immer produktiveren Werkütern anzulegen, dadurch die disponible Gütermasse immer mehr zu steigern; und den anderen Teil, der aus dem soeben dargelegten Grunde immer mehr anschwillt, auf fremde Märkte zu *exportieren*.

Aber sie können nicht Waren exportieren, um dafür fremde Waren zu importieren. Würden sie das tun, so stände dasselbe Problem wieder vor ihnen, von dem wir ausgegangen sind: die Unmöglichkeit, diese eingeführten Güter selbst zu verbrauchen, und ebenso die Unmöglichkeit, sie zur Gänze an die Lohnempfänger abzusetzen. Wir haben geschrieben⁴²⁶: Dem ungeschulten und leider auch manchem geschulten Auge stellt sich der Welthandel so dar, daß die Völker Güter und Dienste tauschen: ägyptische oder amerikanische Baumwolle gegen norwegische Fische oder britische Frachterdienste, italienische Orangen und spanischen Wein gegen französische Luxuswaren oder deutsche Chemikalien gegen russischen Weizen: segensreiche internationale Arbeitsteilung und Vereinigung! Und man versteht nicht recht, wie es darüber zu Konflikten und Kriegen kommen kann, weil ja doch bei steigendem Angebot die Nachfrage entsprechend wächst,

⁴²⁶ Querverweis im Zitat: FRANZ OPPENHEIMER: *System III, Theorie*, S. 1120.

und auf die Dauer alle Völker nur Vorteil davon haben können. Aber man sieht kaum jemals, daß ein Teil, und zwar ein gewaltiger und ständig wachsender Teil der von hochkapitalistischen Nationen ausgeführten Güter gar nicht die Bestimmung hat und *haben kann*, andere Güter zu kaufen, sondern daß er ausgeführt wird, um *Machtpositionen* dafür einzutauschen: *Rechtstitel*, »Kapitalstücke«, *deren Zinsen und Dividenden gleichfalls Mehrwert sind, aber gesteuert von den Proletariern fremder Länder*. Diese Exporte von Gütern und diese Gegenimporte von »Kapital im privatwirtschaftlichen Sinne« sind für eine kapitalistische Volkswirtschaft auf höherer Entwicklungsstufe eine *vitale* Notwendigkeit, und zwar aus dem soeben dargelegten Grunde:

Sollte irgendeine nationale Bourgeoisie gezwungen sein, alle Produkte, die im Inlande hergestellt, oder gegen inländische Produkte aus dem Auslande eingeführt werden, auch im Inlande selbst zum Verbrauch zu bringen, *so wäre der Kapitalismus tot*. Denn entweder müßte sie den ganzen Mehrwert selbst konsumieren: dann aber wäre sie gezwungen, ihn zum allergrößten Teile in Gestalt von hochwertiger Handwerks- und Künstlerarbeit oder von Luxusdiensten zu verzehren. Zu dem Zwecke aber müßte sie die Produktivität der Gesamtwirtschaft nicht bloß stabilisieren, sondern gewaltig zurückschrauben, Maschinerien von weit geringerer Wirksamkeit an die Stelle der heutigen setzen, kurz, nach der Art antiker Oikenbesitzer oder mittelalterlicher Feudalherren leben. Diesen Ausweg aber versperrt die Notwendigkeit des feindlichen Wettkampfes jedem einzelnen bei Strafe des wirtschaftlichen Untergangs, und so kann ihn die Klasse als Ganzes nicht betreten. Es bliebe also nur die zweite Möglichkeit, diese ganze ungeheure Warenmasse den Produzenten selbst als Lohn zu überlassen. Damit aber wäre das Kapitalverhältnis aufgehoben.

Das ist der Hexenkreis, von dem wir sprachen. *Der Kampf um die Weltmärkte ist vitale Notwendigkeit der kapitalistischen Bourgeoisie*. Wir erleben ja heute täglich die tragikomische Tatsache, daß die Sieger im Weltkriege, trotz aller Finanznot und Verschuldung, sich weigern *müssen*, den größten Teil der Kriegsschädigung anzunehmen, die die Besiegten bereit sind, in der einzigen Valuta zu zahlen, die möglich ist: in Gütern und Diensten. Man stelle sich vor, welches Geschrei in Frankreich über deutsche Intrigen entstanden wäre, wenn Deutschland sich erboten hätte, sämtlichen französischen Familien der Unterklasse ein fertiges Haus mit vollem Mobiliar und Inventar und angelegtem Garten als Kriegsschädigung zu erbauen. Das hätte die französische Bourgeoisie durch Verlust großer Teile ihres Binnenmarktes und Hebung der Unterklasse und der Löhne sofort ruiniert: man sieht hier erstens, wie die angebliche Solidarität der Klassen in Wahrheit beschaffen ist, und zweitens, *eine wie unmögliche Gesellschaftsordnung* der Kapitalismus ist.⁴²⁷

Die Krise der kapitalistischen Ökonomie beruht danach also, wie bereits unter Punkt 1.3.3. dieser Arbeit († 114) bemerkt wurde, auf einer Art Rückkoppelungseffekt. Ist die gleichmäßige Verteilung der Kapitalstücke erst einmal aus dem Lot,

⁴²⁷ FRANZ OPPENHEIMER: *System II, Der Staat*, S. 789.

dann erreicht die außerordentlich besitzende Personengruppe den Punkt, mit den *ihn gehörenden*, in den Markt gebrachten Konsumgütern keine gleichen Werte mehr aus dem Markt nehmen zu können, weil die Verzehrbarkeit jedes Menschen natürliche Grenzen hat. Diese Personen können nur entweder Luxusgegenstände oder Rechtstitel erwerben, die im letzteren Falle nochmals einkommenssteigernd wirken. Man könnte nun einwenden, daß eine Wirtschaft Produktionsmittel benötigt und diese Klasse der »Investoren« existentiell wichtig wäre. Der erste Teil der Aussage ist richtig. Er steht mit dem zweiten Teil jedoch in keiner logischen Verbindung, denn die Streuung der Produktionsmittel kann gleichmäßig sein und aus jedem Haushalt mit einem ähnlichen Anteil erfolgen. Außerdem liegt das Problem nicht auf der Ebene der *Existenz* von Werksgütern (Produktionsmitteln), sondern auf der Ebene der durch einseitigen Besitz an ihnen *zwanghaft* eingeleiteten Bewegung.

„Denn der Kapitalist, namentlich der industrielle Unternehmer der Neuzeit, steht, im Gegensatz zu jenen Vorgängern, im »feindlichen Wettkampf«⁴²⁸ mit den anderen Unternehmern, der ihn zwingt, fortlaufend einen sehr bedeutenden Teil seines Einkommens auszugeben, zu »investieren«. Aus diesem Grunde wächst das industrielle Massenprodukt zu immer gewaltigeren Mengen an, wird das Mißverhältnis zwischen Produktivkräften und Kaufkraft der gesamten Gesellschaft immer größer. So ergeben sich notwendigerweise die *Absatzkrisen* als Ausdruck dieses Mißverhältnisses mit ihren verheerenden Folgen für die schwächeren Kapitalisten, die in Bankrotten zusammenbrechen, und die Angestellten und Arbeiter, die ihre Beschäftigung und ihren Lohn einbüßen. Um ein drastisches Bild zu gebrauchen, so gleicht der Markt einem starren Gefäß, sagen wir: einem eisernen Kessel, in den oben ein Zuflußrohr hinein-, aus dem unten ein Abflußrohr hinausführt. Solange der Querschnitt beider Rohre gleich groß ist - und das ist der Fall in der »reinen«, monopolfreien Ökonomie -, kann man beliebig viel Flüssigkeit (Warenwerte) hindurchjagen, hindurchpressen: im Kapitalismus aber wird das Zuflußrohr fortwährend um vieles mehr vergrößert, als das Abflußrohr (durch die Zunahme der Bevölkerung und ihrer Kaufkraft) wachsen kann; und daher muß jeder Versuch, mehr Flüssigkeit (Warenwerte) hindurchzujagen, dazu führen, daß sie zurückstrudelt - oder der Kessel platzt.“⁴²⁹

⁴²⁸ Querverweis im Zitat: FRANZ OPPENHEIMER: *System III, Theorie*, S. 948 ff.

⁴²⁹ FRANZ OPPENHEIMER: *System IV, Geschichte*, S. 1042. „Wenn die Preise ihres Produktes sinken, schränken die Unternehmer der reinen Ökonomie ihre Produktion sofort ein, die der kapitalistischen aber dehnen sie aus! Das ist nämlich für den kapitalistischen Unternehmer die einzige Möglichkeit, seinen »Gesamtprofit« auf der Höhe zu halten; sinkt der Einzelprofit an der Wareinheit, so strebt er danach, *mehr* zu verkaufen, auf die Gefahr hin, seinen Markt noch mehr zu verschlechtern. Er *kann* unter freier Konkurrenz nicht anders handeln, denn er weiß seine Konkurrenten ebenso motiviert, und muß, wenn er seine Produktion einschränkt, gegenwärtigen, daß er *weniger* Waren-Einheiten zu geringerem Preise absetzt, daß also sein Gesamtprofit sehr empfindlich, vielleicht verderblich einschrumpft. Es bleibt ihm also nichts anderes übrig; es steht psychologisch geradezu unter dem *Zwang*, auch bei sinkenden Preisen seine Produktion auszudehnen; es ist das sein »kleinstes Mittel«. Der Unsinn wird unter solchen Umständen Sinn: eine »Antinomie« des Kapitalismus, die deutlich zeigt, daß diese ganze »Ordnung« *Unordnung, Normwidrigkeit* ist. Denn natürlich kann sich die auf die Länge unbedingt notwendige Konkordanz zwi-

Gegen diese Grundauffassung OPPENHEIMERS könnte man den Einwand erheben, sie sei »zu einfach«, als daß sie wahr sein könne. Immerhin pflegt man gewöhnlich in verwirrender Weise dicke Bücher mit dem Thema zu füllen und dennoch keine Einigung über den Gegenstand zu erzielen. Ist »Einfachheit« also ein Makel? Und wie »einfach« ist die Anschauung wirklich?

Vergleicht man sie etwa mit den Ausführungen SCHUMPETERS, dann konzentriert sich OPPENHEIMER auf wenige Punkte. Ohne Frage gibt es Krisen, die durch Fehleinschätzungen ganzer Branchen ausgelöst werden. Etwa glaubte die Automobilindustrie noch 1991 an ungebrochen ansteigende Absatzzahlen und plante entsprechend ihre Produktion. Zwei Jahre später mußte sie sich korrigieren und erlitt erhebliche Verluste aus Fehlplanung. Auch ist es heute ein Fehler, das Produkt weiter unökonomisch und kraftstrotzend auf Geschwindigkeiten jenseits der 200 km/h-Grenze hin zu entwickeln, wenn nach Erhebungen des ADAC 40 % aller Autobahnstrecken eine Tempobegrenzung aufweisen und der ungehemmte Verbrauch von Primärenergie zunehmend als unverantwortlich erkannt wird, also absehbar in steigende Steuern und Preise für Energie mündet. Objektiv gegenläufige Signale werden von diesen Branchen nur mangelhaft realisiert und werden wahrscheinlich in einer Branchenstrukturkrise erheblichen Ausmaßes enden. Auch solche Krisen sind ganz typische Ausläufer kapitalistisch-zentralisierter Herrschaftsstrukturen, die nicht mehr auf die Signale des Marktes reagieren, sondern den Markt ihrerseits monopolistisch manipulieren, bis das Kartenhaus der Suggestionen von den gegenläufigen Realitäten eingeholt wird. Dann hört man allseitig Klagen und eine Panik erfaßt die Jongleure. Gewiß, wer eine Pyramide auf der Spitze aufbaut, muß damit rechnen, daß sie umfällt. Von solchen Effekten schreibt SCHUMPETER einiges mehr als OPPENHEIMER und hat damit recht⁴³⁰. Er faßt diese Art der Erscheinungen aber gleichsam unter die Kategorie der »Unglücksfälle« (S. 285) und ist bemüht, die vielerlei kleinen Störungen von dem »mächtigen Wellenschlag der wirtschaftlichen Entwicklung« (S. 295) zu unterscheiden.

„Die Krisen sind Wendepunkte der wirtschaftlichen Entwicklung. Und nur soweit sie es sind, wollen wir uns mit ihnen beschäftigen. Auf diese Fälle wollen wir auch den Ausdruck »Krisen« beschränken, alle anderen sollen nur prinzipiell uninteressante Unglücksfälle sein.“ (S. 294)

Auch bei SCHUMPETER bleibt also letztlich nur die Betrachtung *einer* Bewegung, für die er *eine* Erklärung anbietet. Damit legt er seinen Untersuchungsgegenstand weitläufiger frei und erläutert durchaus interessante, *randständige* Momente unter der Rubrik »Krisentheorie« *ausführlicher* als OPPENHEIMER. Doch was bietet er uns im Kern?

schen Produktion und Preisstand nicht anders als unter krampfhaften »kritischen« Zuckungen durchsetzen.“ FRANZ OPPENHEIMER: Normalität und Krise. In: Archiv für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie, Bd. 5, Berlin 1911/12, S. 144 - 161, hier S. 152. Siehe auch zur Psychologie der Verkäufer auf S. 7 dieser Arbeit.

⁴³⁰ JOSEF SCHUMPETER: Über das Wesen der Wirtschaftskrisen. In: Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung, Bd. 19, 1910, S. 271 - 325.

Gegeben ist SCHUMPETER die *Wellenbewegung*. Gesucht wird daraufhin eine Erklärung für das, was offensichtlich ist. Die Gefahr des Ansatzes liegt auf der Ebene der nachträglichen Rationalisierung von Offensichtlichem, die letztlich tautologisch »argumentiert«, weil das geschaffene »Theorem« sich kaum anhand der Realitäten überprüfen läßt, wenn die »Erklärung« nichts anderes als eine *Beschreibung* mit anderen Worten wäre. Methodisch gehaltvoller wäre ein Ansatz, der zunächst das Gesamtgeschehen im System erfaßt und dann aus dem Gesamtzusammenhang den Sonderfall »Krise« deduziert. Das ist die Vorgehensweise OPPENHEIMERS⁴³¹. Die Erklärung der »Krise« fällt nicht einfach aus, weil OPPENHEIMER plötzlich einen oberflächlichen Streich führt, sondern weil es nach der Vorarbeit, wenn sie denn stimmt, nur noch einer einfachen Ableitung bedarf. Sie steht in Übereinstimmung mit allem, was bis hierhin gesagt wurde. Und sie ließe sich *zusätzlich* anhand der empirischen Tatsachen prüfen, wenn man in diesem Lande nur leichter an Daten über Einkommen und Vermögen herankäme. Die Bedingung der Falsifikation lautet einfach: Sollte es bei gleich verteiltem Produktivvermögen (oder besser: Zins und Profit tragenden Kapitalstücken⁴³²) zu ökonomischen Krisen kommen, dann ist OPPENHEIMERS Theorie falsch. Man könnte auch noch die Umkehrung akzeptieren: Sollte es bei ungleich verteiltem Produktiv- bzw. Kapitalvermögen zu keinen Krisen kommen, dann ist OPPENHEIMERS Theorie falsch. Mit anderen Worten: ökonomische Krise und kapitalistische Wirtschaft sind eins. Sie sind Schulden-, Akkumulations- bzw. Harmoniekrisen in einem Bewegungsmodell, so etwa wie die Thrombose in der Medizin oder der Hurrikan in der Meteorologie⁴³³.

⁴³¹ „Tatsachen sind immer nur der Ausgangspunkt wissenschaftlicher Betrachtung. Wissenschaft besteht darin, sie zu erklären, das heißt unter ihr Gesetz zu ordnen. Und ein richtig deduziertes, und das will sagen: aus wahren Prämissen in logisch richtigen Schlüssen abgeleitetes Gesetz *muß* mit den Tatsachen übereinstimmen.“ FRANZ OPPENHEIMER: Das Goltz'sche Gesetz. In: Schmollers Jahrbücher für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, Bd. 56, 1932, S. 535 - 554, hier 535.

⁴³² Die Schwierigkeit liegt in der Definition. Der die Werküter befehlende Unternehmer ist heutzutage nicht unbedingt der größte Profiteur. Vielmehr unterliegt die »Beuteteilung« weiteren Faktoren (siehe Seite 7 dieser Arbeit), so daß eine umfassendere Abhängigkeitsanalyse einsetzen müßte.

⁴³³ Es ist bezeichnend, daß immer wieder Ärzte unter den Ökonomen in Kreislauf- und Ausgleichskategorien dachten. Die Idee des Wirtschaftskreislaufes geht zurück auf den Leibarzt von LUDWIG XV, FRANCIOS QUESNAY. Im Prinzip wurde seine Idee aufgegriffen und findet sich in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wieder. Die dort eröffneten Kategorien bzw. gesetzten Definitionen, mit denen »Gesellschaftswirtschaft« abzubilden versucht wird, mochten mir allerdings noch nie einleuchten. Die Trennung von Haushalten und Unternehmen als Grundeinheit etwa ist ein ideologiegeprägtes Spiegelbild der kapitalistischen Ökonomie, während real jeder *Mensch* ein Güter verzehrender Marktteilnehmer ist und zum Zwecke des Erwerbes seines Bedarfs Tauschwerte in den Markt zu bringen (= produzieren) wünscht. Ein taugliches Kreislaufmodell muß die Bedingungen erfassen, unter denen die tatsächlichen Elementareinheiten des Systems, nämlich die Menschen, ihre Erstellungs- und Verbrauchswünsche über den Markt abwickeln können. Die Existenz von Unternehmen hat dagegen keinen anderen Informationsgehalt als eben jene Kooperationsform anzuzeigen, über die sich die Herstellung bestimmter Güter idealerweise organisieren läßt. Einfache Güter können vom Einzelproduzenten erstellt werden, und komplexe Güter (siehe S. 7 dieser Arbeit) erfordern den arbeitsteiligen Prozeß: die Großunternehmung. Betrachtet man die Ideologie hinter den herrschenden Modellen, dann steht dort

SCHUMPETER geht in diesen Dingen einen gänzlich anderen Weg. Erst verweigert er die Fallunterscheidung von kapitalistischer und reiner Ökonomie, indem er beide als eines und dasselbe *setzt*. Sein Enthusiasmus in diesen Dingen ist hier gleich dem bereits zum Thema »Machtverhältnis« oben († 190) beschriebenen. Statt dessen gelten ihm »führende Persönlichkeiten«, die die wirtschaftlichen Gegebenheiten »in neue Bahnen hinübergeleiten«, indem sie die »zur Durchführung neuer Kombinationen nötigen Produktivmittel durch Entfaltung einer Nachfrage« ihrer »Herrschaft« unterwerfen (S. 284), als Ideal und geistiges Leitbild. Was liegt näher als die »Natürlichkeit« der Konjunkturverläufe in ihrer gewaltigen Kraft dem Unternehmerhandeln zuzuordnen? Das Kommen und Gehen der Genies, die mit jedem Auftritt ihren Aufstieg einleiten und das ganze System dabei erschüttern, das ist, vereinfacht gesagt, SCHUMPETERS »Theorie«. Gewiß, es bedurfte einiger Seiten mehr des Textes, um den Gedanken halbwegs glaubhaft auszubreiten. Wir bräuchten noch mehr, um den genannten Weg zu kritisieren. Die Stufen volkswirtschaftlicher Relevanz werden erstiegen, indem Unternehmerhandeln ganze »Wertesysteme« zusammenbrechen läßt, die dann wahrlich als mächtiger Wellenschlag von Prosperität und Depression erscheinen, wenn erst einmal bewiesen wurde, daß der mächtige Wandel allen Unternehmen gleichermaßen die Randbedingung für Erfolg und Mißerfolg stellt. Was könnte SCHUMPETERS »Theorie« widerlegen? Nichts! Keine Wellenbewegung ist denkbar, ohne daß irgendwelche Individuen »auf der Welle reiten« und andere vielleicht ertrinken. Der Glücksritter und die Verlierer sind unabänderlicher Bestandteil jedes turbulenten Spieles irgendwelcher Kräfte. Da sie stets gemeinsam mit den zu erklärenden Phänomenen auftreten, ist die Behauptung eines ursächlichen Zusammenhanges einfach in den Raum gestellt, aber kaum zu widerlegen. Erst wenn die krisenfreie, reine Ökonomie OPPENHEIMERS realisiert wäre und dennoch viele tatkräftige Produzenten eine wirtschaftliche Entwicklung realisieren, dann wird man den *Glauben* an die kapitalistische Führerpersönlichkeit ersetzen durch die Anschauung leistungsfähiger Gruppen und Volkswirtschaften. Daß SCHUMPETER in diese Richtung einen Weg weist, darf man wohl berechtigt verneinen. Insofern ist seine »Krisentheorie« auch ohne irgendwelche praktische Relevanz, denn ob man sie kennt oder nicht, ändert nichts an den Gegebenheiten. Seine »Vision« bleibt vergleichsweise »weich«. Er schreibt (S. 323 f):

„Eine gute Organisation des Marktes, intellektuelles und moralisches Hochstehen der Unternehmer wird die Krise verhindern oder in engen Grenzen halten. Mit zuneh-

nicht viel mehr als der krampfhafteste Versuch, die Existenz und Wirkung kriseninduzierender Akkumulationsprozesse wegzudefinieren. So erscheinen die Schuldner und Gläubiger, Arbeitnehmer und Arbeitgeber nach dem ideologischen Kunstgriff einträchtig als »Haushalte«, die den »Unternehmen« die Elementarfaktoren »Arbeit« und »Kapital« zur Verfügung stellen und von den Unternehmen »Leistungen« als Lohn empfangen. Tatsächlich ist die Unternehmung ein Ort der Kooperation, der mal herrschaftlich und mal genossenschaftlich konstruiert ist. Sie steht mal für die Klassenscheidung und den Ansatzpunkt zur Kapitalakkumulation oder im Falle der Genossenschaft für einen angestrebten inneren Ausgleich. Nur insofern ist die Unternehmung kreislauftheoretisch interessant, wie sie mal Instrument klassenspezifischer Akkumulation und mal Instrument einer Deakkumulation ist, indem sie (speziell als Genossenschaft) Marktzugänge sichert und Erträge klassenspezifisch teilt.

mender wirtschaftlicher Kultur und mit zunehmender Erfahrung und Kenntnis der Tatsachen der Entwicklung verlieren die Krisen nach und nach ihre Heftigkeit, wie das ja die Erfahrung lehrt: Das eigentliche Krisenphänomen scheint mehr und mehr zurücktreten zu wollen. Die Entwicklung selbst bildet nach und nach eine bestimmte Technik des Verhaltens in Krisen aus und immer mehr tritt einerseits die blinde Flucht aus den eingenommenen Stellungen und andererseits jene brutale Art des Eingreifens seitens des Staates, der öffentlichen Meinung usw., die die Sache nur noch schlimmer machte, zurück. Die führenden Persönlichkeiten verlieren nicht gleich jede Gefolgschaft (...). Deswegen brauchen sie aber ihrer Führerrolle nicht ohne weiteres zu entsagen, sondern können auf wohlorganisierten Märkten im Einvernehmen mit der Bankwelt eine bewußte Aktion zur Vermeidung von Abnormalitäten des Liquidationsprozesses einleiten. So kann auch das wichtigste Problem gelöst werden, das sich in diesem Zusammenhange ergibt - nämlich zu verhindern, daß die notwendigen Zusammenbrüche verfehlter Unternehmungen auch lebensfähig gefährlich werden. (...)

2.4.5. Wettbewerb statt Wettkampf

Die Idee der marktlosen Gesellschaft (Planwirtschaft) beruht nicht unwesentlich auf der Erfahrung, daß der Markt (unter kapitalistischen Bedingungen) seine Vermittlungsfunktion nicht auf dem produktivitätstechnisch höchstmöglichen Niveau erfüllt und zudem die Mitglieder der unteren Gesellschaftsklasse in eine existenzbedrohende Konkurrenz gegeneinander hetzt. Die Begriffe »Konkurrenz« und »freier Markt« sind seitdem besonders in den arbeitnehmerorientierten Theorien und Parteien mit bitterem Beigeschmack belastet. Nicht ohne Grund, aber doch zu Unrecht, wenn man die beiden möglichen Ökonomien differenziert. Eine herrschafts- und monopolfreie Marktwirtschaft hat es noch nie gegeben, allenfalls eine mißbräuchliche Verwendung des Begriffes »Freiheit«. es (ist) eine falsch verstandene Freiheit (...), wenn man meint, unter dem Namen und mit dem Dogma der Freiheit die Freiheit selbst unterdrücken zu können.“⁴³⁴ Wer also von »Freiheit« und »freier Marktwirtschaft« spricht, kann damit alles und sein Gegenteil meinen, je nachdem *wessen* Freiheit er meint. Nicht minder schwammig ist der Begriff »Konkurrenz«, denn vom freundschaftlich ausgetragenen Leistungswettbewerb bis zum Totschlag ist die Bandbreite menschlichen Gegeneinanders sehr groß. Weil wir aber wissen, daß der Ansporn zur Höchstleistung in dem Bestreben des Menschen nach *Hochgeltung* unter seinen Mitmenschen wurzelt, brauchen wir das Leistungsstreben selber nicht unbedingt zu problematisieren, sondern müssen danach fragen, welche Höchstleistungen ein Gesellschaftssystem mit »Auszeichnungen« quittiert.

In den außerökonomischen Bereichen ist es relativ einfach, durch Anerkennung und Tadel gegenüber bestimmten Höchstleistungen zu bewirken, daß der Mensch sich normenkonform gegenüber seiner sozialen Bezugsgruppe verhält. Gutes ist hier also möglich, sofern man es erkennt und als Gemeinschaft pflegt. In Angelegenheiten des individuellen Überlebens hat die moralische Kategorie allerdings ihre Wirkungsgrenze dort, wo der Druck der Existenz den Druck nach sozialer An-

⁴³⁴ LUDWIG ERHARD: Wohlstand für alle, Düsseldorf 1957, 138 ff.

erkennung überschreitet. Die »Magenfrage« ist der Moral vorgelagert. Darum ist »soziales Verhalten« in Fragen der Existenz weit eher ein Resultat immanenter Systemlogik denn höherer ethischer Erwägungen.

„SPENCER sagt in seiner Ethik, man könne in einer unvollkommenen Gesellschaft keinen vollkommenen Menschen erwarten: ein Wort von tiefer Weisheit. Daraus ergibt sich, und SPENCER selbst zieht den Schluß, daß wir um so vollkommener und um so mehr vollkommener Persönlichkeiten erwarten dürfen, je mehr sich die Gesellschaft selbst vervollkommnet, d. h. je mehr sie die Schöpfung jener urtümlichen Gewalt aus sich ausstößt, die einst - gleich den Milchzähnen des Kindes - für ihre »Erziehung« unentbehrlich war, aber jetzt zu Hindernissen ihrer Weiterentfaltung geworden ist. Je mehr sie, durch Ausscheidung aller Privilegien und Monopole, wie *das der alte Liberalismus forderte*, sich von dem Zustande des »ordre positif« entfernt und dem des »ordre naturel« nähert, je mehr der »Staat« aufhört, Organisation des Klassennutzens zu sein, Organisation des gemeinen Nutzens wird - um so mehr kann der endlich wieder frei gewordene Mensch emporsteigen: weil kein »feindlicher Wettkampf« ihn mehr gegen den Nebenbuhler hetzt, sondern nur der »friedliche Wettbewerb« ihn zur höchsten Leistung spornt, und weil in den regelmäßigen Verhältnissen der Gesellschaft keine Versuchungen mehr gegeben sind, denen die normalen Regulationen nicht standhalten können; weil in der »Harmonie aller wirtschaftlicher Interessen« nicht mehr fast durchaus zwischen dem Eigeninteresse und dem Gesamtwohl gewählt werden muß; weil Niemand mehr reich genug ist, um Menschen kaufen zu können, und Niemand mehr arm genug, um sich verkaufen zu müssen. Das sind Hoffnungen, die von ZENON bis GOTTHOLD EPHRAIM LESSING und PROUDHON die Gläubigen des »Anarchismus«, der Herrschaftlosigkeit, der Genossenschaftsgesellschaft hegten, sind Träume der Edelsten, die auf viel tieferer Stufe doch schon einmal Wahrheit waren: in der »anarchistischen« Jägerhorde, in der freien Gesellschaft der Gleichen, wie sie uns die fünf Nationen der Irokesen, wie sie uns alle freien genossenschaftlichen Siedlungen zeigen.“⁴³⁵

⁴³⁵ FRANZ OPPENHEIMER: *System I, Soziologie*, S. 1113.

III. Die Genossenschaft als Einrichtung privater Volkswirtschaftspolitik

Kurzdarstellung der Genossenschaftsarten im einzelnen

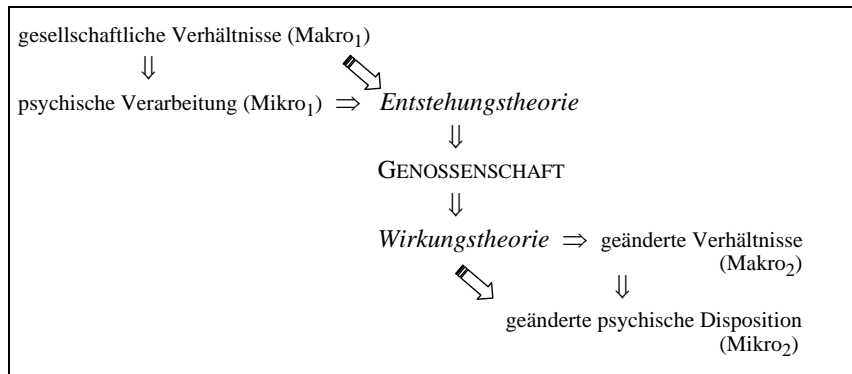
Die Genossenschaft gründet als wirtschaftender Verband auf der Bestrebung, durch die Organisation des zur »Herden-« oder Gruppenbildung fähigen Menschen einen neuen Typus der Bedrohung zu bewältigen: die Gefahr des Verlustes bzw. Nicht-Erreichens einer gesicherten Existenzgrundlage innerhalb der kapitalistischen Ökonomie.

Das Problem einer gegenwartsbezogenen Genossenschaftsbeurteilung berührt somit

- 1) die Ebene der »kapitalistischen Ökonomie«. Diese Ebene benennt den *Angreifer* bzw. die Quelle der Bedrohungen: Klassengegensätze, Machtasymmetrie, Klassenjustiz, Wirtschaftsmonopole oder einfach *dauerhaft bestehende*, sich nicht selbsttätig beseitigende *Mangellagen*. Hiermit kommt einher
- 2) der *Personenkreis*, bei dem sich ein *objektiv-ökonomischer Handlungsdruck* feststellen läßt. Ihre gleiche *soziale Stellung* innerhalb der Gesellschaft und die gleiche *Problemlage* lassen Menschen ähnliche Einstellungen herausbilden (sozialpsychologischer Determinismus), die sich als »politische« Einstellung oder »Gruppeninteresse« formieren. Das Gruppeninteresse formiert sich zu einer gesellschaftlich relevanten Kraft in dem Maße, wie sich das Set der Existenzbedrohungen gleicht. Ein Wohnungssuchender ist mit einem Arbeitssuchenden oder Kreditsuchenden nicht unbedingt solidarisch; sind alle Personen einer Klasse gleichermaßen in der Sicherheit ihrer Wohnung, Arbeits- und Kreditmöglichkeit bedroht, ist Solidarität wahrscheinlicher. In dem Maße, wie die scharfen Klassengegensätze durch Umverteilungsmaßnahmen des Staates oder Teilerfolge einer Sozialen Marktwirtschaft gemildert werden, entsolidarisieren sich die Gesellschaftsmitglieder entsprechend ihrer heterogen auseinanderdriftenden *Problemlagen*, die nicht mehr als typische Klassenlagen auftreten. Es schwindet die politisch-solidarisierende Dimension des *Sozialmechanismus*, während die ökonomischen Problemstellungen (Machtasymmetrie, Wirtschaftsmonopole) durchaus verdeckt fortbestehen können. Wir müssen deswegen bei unserer Untersuchung des Genossenschaftswesens unterscheiden nach
 - a) der objektiv-ökonomischen Struktur und
 - b) der subjektiv-solidarischen Aktionsfähigkeit.

Die Genossenschaft ließe sich nun von der Seite ihrer Entstehung und ihrer Wirkung aus theoretisch vertieft betrachten, wobei die Makrostruktur der gesellschaft-

lichen Verhältnisse und die Mikrostruktur ihrer psychischen Verarbeitung durch den Menschen zu einer *Entstehungstheorie* führen würde, während die *Wirkungstheorie* von der zustande gekommenen Genossenschaft ausgehend die Veränderung der Verhältnisse und der psychischen Dispositionen aufzuzeigen hätte.



Der dabei zum Tragen kommende Funktions-Begriff wäre Ausdruck der wechselseitigen Beeinflussung in einem *Bewegungs-Modell*. In diesem Modell bezeichnen die Verhältnisse das Zwischenstadium menschlicher Entwicklungsgeschichte, der Mensch mit seinen feineren Empfindungen ist Motor der Bewegung, und die Genossenschaft ist ihm Methode bzw. Ort des organisierten Eingriffs vom Kleinen ins Große.

In den vorangegangenen Teilen I und II der Arbeit wurde die Ebene der »kapitalistischen Ökonomie« thematisiert. Von dieser Seite her müßte somit geklärt sein, aus welchen Makrostrukturen heraus dauerhaft bestehende, sich nicht selbsttätig beseitigende Mangellagen entstehen. Hier gehen wir nun ins Detail und betrachten spezielle Gütergruppen und ihre Teilmärkte. Arbeitsplätze, Verbrauchsgüter, Wohnraum, Geld und Versicherung sind für den Gegenwartsmenschen liebgewordene Kulturstandards. Wenn ihre Beschaffung und Qualität nicht gewährleistet ist bzw. mit angemessenem Aufwand besorgt werden kann, wird dies von den meisten Menschen als Mangel empfunden. Wenn sich innerhalb einer Gesellschaft gleich größere Gruppen unterversorgt sehen, beginnen wir die Frage nach »systematischen Fehlern« oder »Systemfehlern« zu stellen. Dieser Fehlertypus muß von den persönlich zurechenbaren Fehlern betroffener Menschen abgegrenzt werden, wenn ein bestimmter Prozentsatz der Unterversorgung (Grad des Mangels) theoretisch einwandfrei durch makroökonomische Argumente erklärt werden kann, der Mangelgrad also als konstant und unabhängig von Eigenschaften konkret betroffener Menschen anzusehen ist⁴³⁶.

⁴³⁶ Natürlich hat die konkret betroffene Personengruppe stets auch bestimmte persönliche Eigenschaften, etwa einen geringen Bildungsgrad etc. Diese Eigenschaften führen dazu, daß die eine Person diesseits, die andere Person jenseits der gezogenen Wohlstandslinie auftaucht. Die Existenz der Scheidemarke auf einem gesellschaftlich-prozentualen Punkt

Unter »Kapitalismus« wird in dieser Arbeit eine geschichtliche Epoche verstanden, deren gesellschaftswirtschaftliche Ordnung durch die Interessen einer nach Mehrwertaneignung strebenden Klasse exklusiver Kapitalbesitzer gekennzeichnet ist († 95). Gleichzeitig ist diese Klasse exklusiver Kapitalbesitzer nicht nur in den staatlichen Organen mit ihren offiziell bekannten Interessenvertretern präsent, sondern der Ursprung des Staates beruht, gemäß der soziologischen Staatsidee von GUMPLOWICZ und OPPENHEIMER, selber auf einer auf Dauer angelegten Regelung der Ausbeutung zwischen Eroberern und Unterworfenen. Davon mag man heute nur noch wenig spüren, und dennoch sind die Ausbeutungsregeln als Sittengesetze oder gar positives Recht Teil unserer »modernen« Ordnung geworden⁴³⁷. Etwa würden wir den im Arbeits- und Vertragsrecht verankerten Pflichtenkatalog abhängig Beschäftigter heute gar nicht kennen, wenn es im Anschluß an die Scheidung Freier und Unterworfener nicht das Problem der geregelten Leistungserzwingung der Herren gegeben hätte. Ein Vertrag zwischen Freien, so sollte man meinen, regelt die bestellte Leistung und deren Preis. Dagegen muß der Sklavenherr sein Besitz- und Verfügungsrecht absichern, denn nur so kann er den Sklaven bewirtschaften wie eine Kuh oder andere Gegenstände, die ihm seinen Lebensstandard verfeinern. Man verfolge nur einmal exemplarisch die Wurzel und Entwicklung einer tragenden Rechtskonstruktion unserer Zeit (Grundeigentum, Arbeitsordnung, Hoheitsrechte des Staates) und wird dabei überrascht feststellen, daß die gefundenen Regelungen ursprünglich der Absicherung herrschaftlicher Interessen dienen, denen wir mit unserer modernen Verfassung eigentlich keinen Vorschub leisten wollen. Doch der Mensch gewöhnt sich schnell an vieles und baut sich aus aktuellen Erfahrungen ein Bild von der »Normalität« zusammen, das ihm als »ewig gültiges« gilt. Jede gedachte Alternative würde dagegen eine theoretische Abstraktionsleistung erfordern, die sich weniger aufdrängt als die »Realität« des Alltags. Daß in einer Demokratie Mehrheiten eines Volkes, eines Staatsapparates oder auch nur eines Parlamentes solche Abstraktionen gleichermaßen vornehmen, ist unwahrscheinlich. Das aber hieße, die Makrostruktur von Staat und Gesellschaft ist in zentralen Fragen unbeweglich, weil sich Mehrheiten (Massen) mit ihrer Vorstellung nicht von Gegenwärtigem lösen können. (Die Aussage OPPENHEIMERS, wonach der Kommunismus eine *einfache* Negation des Kapitalismus darstelle, bestätigt die behauptete Regel.)

Doch wäre es ein trauriges Ergebnis, wenn wir von diesem Strukturproblem auf eine irreparable Leistungsschwäche der Demokratie schließen müßten. Ganz so ist es zum Glück nicht, wenngleich es festzustellen gilt, daß sich die großen *Einheiten* nicht am eigenen Schopfe aus dem Sumpf ziehen können († 69). Das Innovationspo-

läßt sich daraus allerdings nicht erklären. Selbst wenn es der eine schafft, jenseits der Marke zu wandern, wird ein anderer im gleichen Augenblick diesseits fallen, weil der Mangel eben ein absoluter ist. So kann er auch nur mittels Strategien gemildert werden, die die *Marktposition* der unterlegenen Akteure verbessern, nicht dagegen durch besonders gelungene Anpassung an die Bedingungen der Unterlegenheit.

⁴³⁷ Vgl. HANS G. NUTZINGER: The economics of property rights - a new paradigm in social science? Diskussionschrift Nr. 4 des Fachbereiches Wirtschaftswissenschaften der Gesamthochschule Kassel, Juni 1981.

tential jeder Großstruktur liegt nicht in ihrer *Einheit*, sondern in dem Wettbewerb ihrer »*Vielheit*«⁴³⁸. Auf dieser Skala zwischen Einheit und Vielheit muß das Optimum nötiger Bewegung und gebotener Sparsamkeit des Mitteleinsatzes gefunden werden. Statt des einen Weges wäre auch eine Vielfalt von 1000 Wegen zumindest in größeren Organisationszusammenhängen lähmend. Aber zwei oder drei Hauptströmungen verträgt jede Fragestellung oder Organisationsanforderung allemal. Mit anderen Worten: der auf Reformen bedachte Demokrat müßte nicht unbedingt mit den Herrschaftsmitteln des Staates die Herrschaft abschaffen, sondern nur dafür sorgen, daß sich zwei oder drei Modellansätze mit gegenläufigen Implikationen durchführen lassen. Die Erneuerung der Gesellschaft würde dann nicht eigentlich durch das Gesetz erfolgen, sondern durch die verändernde Wirkung der gegenläufigen Modelle⁴³⁹.

Das ist zugegebenermaßen in der Darstellung recht abstrakt gehalten. Doch bietet die Genossenschaft bezüglich der Großstruktur »Gesellschaftswirtschaft« und »Staat« eine konkrete Anwendung, wenn man sich nur dazu durchringen kann, *die Genossenschaft nicht bis zur Unkenntlichkeit an nichtgenossenschaftliche Unternehmensformen anzupassen*, also *die Kraft der Verschiedenheit* betont. Dann allerdings besteht die Chance, daß sich die Genossenschaft als bessere Form erweisen könnte. Es mit Gewißheit zu behaupten, wäre verwegen und wenig hilfreich. Aber es gibt gute Gründe, warum eine Gruppe von Menschen diese Möglichkeit sieht. Aus bestimmter Sicht hängt an der Genossenschaftsfrage *die Gestaltungsfähigkeit von Gesellschaft* und damit unserer Zukunft, nicht weil die entwickelten Alternativen unbedingt »Genossenschaft« heißen müßten, sondern ihrem Wesen nach Genossenschaften wären⁴⁴⁰. Aber selbst wenn sich im praktischen Experiment nicht alle Hoffnungen bestätigen und nur einige nützliche Teilaspekte dabei entdeckt werden, warum darauf verzichten?

Billigen wir uns als Zwischenergebnis zu, daß es Mangellagen gibt, unter denen Mehrheiten leiden und von denen Minderheiten profitieren. Denken wir uns zweitens, daß die profitierenden Minderheiten in Staat und Wirtschaft von größerem

⁴³⁸ Idealtypisch gedacht birgt jeder allgemeine Realitätszustand auch eine Idee von dem »Anderen« in sich, denn daß etwas »so sei«, können wir nur vor dem Hintergrund der Ausschließung anderer Zustandsansichten behaupten. Unsere Ausschließungen wird aber nicht jeder teilen, und somit gibt es neben der konservativen Realitätseinheit stets eine wilde Streuung punktueller Abweichungen. Vieles davon ist natürlich einfach nur Auswuchs von Irrtümern und Kurzsichtigkeit, aber wenn eine Massenmeinung einmal irrig ist, dann gibt es auch dazu immer Personen, die den Widerspruch denken. Sie können in diesem Falle Kristallisationskerne von Gegenbewegungen bilden, weil der Widerspruch von Realität und ihrer Anschauung in dieser selber wurzelt, der »erste Sprecher« also nur eine neue Interpretationslösung anbietet, während die Suche nach des Rätsels Lösung bereits mehrere Personen umtreibt.

⁴³⁹ Die Gegenläufigkeit des herrschaftlichen und liberalen Interesses liegt gerade in diesem Punkt. Herrschaft verträgt keine Alternativen, weil sie die *Möglichkeit der Überwindung von Bestehendem* enthalten. Herrschaft geht es auch nicht darum, daß eine Gesellschaft ihre besten Lösungen realisiert, sondern es geht ihr um die Sicherung von Privilegien.

⁴⁴⁰ Hier verstanden als Gegenbegriff zur herrschaftlichen Sozialbeziehung und Organisationsform, wie unter Punkt 2.3.2.1. der Arbeit (S. 7) ausgeführt wurde und in Teil IV der Arbeit ab S. 7 vertieft werden wird.

Einfluß sind als der leidende Teil. Die Konsequenz wäre, daß nur eine dezentral ansetzende Bürgerbewegung als Alternative übrig bliebe, eine Organisationsform also, die weder Staat noch ausschließendes (exklusives) Kapital verkörpert. Diese Bewegung muß aber nicht erst erfunden werden; es gab sie einst in der Form der nicht-bürgerlichen oder liberal-sozialistischen Genossenschaftsbewegung. Wenn heutige Genossenschaften besonders große Probleme damit haben, mit sozialistischem Gedankengut in Verbindung gebracht zu werden, dann kann man dafür angesichts der verunglückten Geschichte des Begriffes im »realen Sozialismus« Verständnis aufbringen. Doch verbarg sich hinter dem Begriff einst nichts anderes als »*der Glaube an und das Streben auf eine von allem Mehrwert, d.h. allem arbeitslosen Einkommen erlöste, darum klassenlose und darum brüderlich geeinte Gesellschaft der Freien und Gleichen*« (↑ 96). Wenn die Genossenschaft aber geeignet ist, das gesellschaftliche Ganze diesem Ziel ein Stück näher zu rücken, dann müssen sich ihre Mitglieder dessen wahrlich nicht schämen. Nur darum geht und ging es den Sozialreformern schon immer: die Frage, ob und wie die Konstruktion »Genossenschaft« bessere Realitäten erzeugen kann als die gegenwärtig vorherrschenden.

„Um nun zu den Mitteln der *privaten* Volkswirtschaftspolitik zu kommen, so werden hier in der Regel die *Individuen*, wenn sie nicht ungeheuer reich sind, - Bourneville, Sunlight-City, ihren Bewohnern geschenkt, sind solche Beispiele - nur im kleinen Kreise eine bescheidene Wirksamkeit ausüben können. Hier kann zumeist nur die *Assoziation* vieler im gemeinen Nutzen Kraftzentren schaffen, die im großen Kreise und im großen Stile wirken können. Auch hier können wir unmittelbare und mittelbare Maßnahmen unterscheiden.

Unmittelbar wirken zumeist die Organisationen der *Selbsthilfe*. Soweit sie lediglich für ihre Mitglieder tätig sind, wie die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und die Versicherungsgesellschaften auf Gegenseitigkeit, stehen sie noch mit einem Fuß im Lager der Privatwirtschaft; soweit sie aber ohne harte Bedingungen jedem offen stehen, der dem Kreise angehört, soweit sie dadurch die wirtschaftliche Lage ganzer Gruppen und Klassen zu heben imstande sind, sind sie Organe der privaten Volkswirtschaftspolitik. Das aber gilt für die meisten Genossenschaften und für die Gewerkschaften der Arbeiter.

Ganz und gar Organe der privaten Volkswirtschaftspolitik sind die Anstalten der *Fremdhilfe*. AIMÉ HUBERS »aristokratische Hilfe« bildet den Übergang, die schon einmal erwähnte Unterstützung der Selbsthilfe durch Rat, Mitarbeit und eventuell Darlehen; gleichfalls einen Übergang bilden die Versuche der französischen Produktivassoziationen, ein capital social inaliénable, ein Gesellschaftskapital für die Verbreitung ihrer Genossenschaften aufzubringen. Reine Fremdhilfe stellen die zahlreichen Organisationen für die gemeinnützig-wirtschaftlichen Zwecke der Arbeitsnachweise, der Armenversorgung, der Wohnungsfürsorge, z. B. Gartenstädte und Gartenvorstädte, dar; ferner z. B. die Vereine zur Beschäftigung Blinder mit lohnender Arbeit. All das ist unmittelbare private Volkswirtschaftspolitik.“⁴⁴¹

⁴⁴¹ FRANZ OPPENHEIMER: Praktische Ökonomik und Volkswirtschaftspolitik. In: Annalen der Naturphilosophie, 1913, S. 307 - 351, hier S. 345.

In dem vorliegenden Teil III der Arbeit wird nun weiter nach dem auf der mikroökonomischen Ebene theoretisch Möglichen und Machbaren geforscht. Es ist dabei nicht mein Ziel, die mannigfach vorhandenen Geschichtsschreibungen des Genossenschaftswesens um einen weiteren Text zu ergänzen, sondern das empirisch nicht Vorhandene (aber Mögliche) zu sehen. Wir denken uns im Sinne OPPENHEIMERS, daß es neben dem, was ist, ein aus der theoretischen Ökonomik und Ethik ableitbares »Sollen« gibt, das sich den Realitäten anregend gegenüberstellen läßt⁴⁴².

3.1. Die Wohnungsbau- und Wohnraumverwaltungsgenossenschaften⁴⁴³

Ohne Wohnung ist eine bürgerlich geordnete Existenz heute ebensowenig realisierbar wie eine körperliche Existenz ohne Nahrung, eine intellektuelle Existenz ohne Bildung oder eine seelisch-emotionale Existenz ohne menschliche Bindungen. Es wird daher immer wieder diskutiert, ein »Recht auf Wohnen« vom Gesetzgeber her zu garantieren, zumal dieses Elementarbedürfnis nur abgedeckt werden kann, wenn das überindividuelle Räderwerk der Gesellschaftswirtschaft funktioniert. Mit etwa dem gleichen Argument wird aber auch die Verankerung eines Grundrechtes auf Wohnen abgelehnt, weil die Wirkung des marktvermittelten Selbstregulierungsmechanismus durch Intervention des Gesetzgebers beeinträchtigt würde. Es läßt sich feststellen, daß das Ziel einer hinreichenden Wohnungsversorgung normativ zumindest in der öffentlichen Diskussion außer Frage steht, die Methode der Herbeiführung dagegen schon⁴⁴⁴.

Ich möchte in diesem Abschnitt noch einmal kurz die historische Dimension des Problems anschneiden, obwohl es hierzu an anschaulichen Arbeiten nicht mangelt⁴⁴⁵. Der Rückblick wird zeigen, daß der subjektive Leidensdruck der betroffenen Menschen in der Periode 1890 - 1930 ungleich höher stand als gegenwärtig, so daß sich hinter dem Begriff der »Wohnungsnot« einerseits ein breites Qualitätsspektrum der Mangellagen verbirgt, angefangen von seuchenmedizinisch bedenklichen Zuständen bis hin zu einem Mangel bei allgemein gehobenem Wohnniveau.

⁴⁴² Vgl. FRANZ OPPENHEIMER: Praktische Ökonomik ..., a.a.O., S. 328. Ebenso FRANZ OPPENHEIMER: Die »Utopie als Tatsache«. In: derselbe, Wege zur Gemeinschaft, München 1924, S. 493 - 513.

⁴⁴³ „Ende 1991 bestanden im vereinten Deutschland 1.926 Wohnungsgenossenschaften mit 2,9 Millionen Mitgliedern. Diese Genossenschaften verwalten 2,1 Millionen Wohnungen, was einem Wohnungsbestand in Deutschland von gut 6 % entspricht.“ DG BANK: Die Genossenschaften in der Bundesrepublik Deutschland 1992, Neuwied 1992, S. 61.

⁴⁴⁴ Vgl. HELMUT WESTPHAL: Die Filtering-Theorie des Wohnungsmarktes und aktuelle Probleme der Wohnungspolitik. In: Leviathan, Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Heft 4/1978, S. 536 - 557.

⁴⁴⁵ Vgl. zusammenfassend BETTINA WEGNER: Gesundheit als wohnungspolitisches Problem - Zum Zusammenhang von Wohnen und Krankheit aus sozialpolitischer und gemeinnütziger Sicht. In: Jürgen Zerche, Genossenschaften und genossenschaftswissenschaftliche Forschung. Regensburg 1989, S. 169 - 179.

So verschieden die Verhältnisse auch erscheinen, läßt sich »Wohnungsnot« darin allerdings dennoch auf einen gemeinsamen Nenner bringen:

- Es findet ein »drop-out« der einkommensschwachen Bevölkerung statt⁴⁴⁶, die bei einem allgemeinen Mangel aufgrund der eintretenden Abwärtsverdrängung mit überproportionalen Mietpreissteigerungen ihrer schichtspezifischen Wohnsubstanz »büßt« (sie bewegt sich auf einem »Markt des letzten Kampfes«, weil es darunter nur noch »die Straße« gibt).
- Der Mechanismus des Wohnungsmarktes zeigt sich unter kapitalistischer Randbedingung von einer anderen Seite als bei kurzlebigen Konsumgütern und freiem Wettbewerb; es werden nicht »alle Menschen als Produzenten« und »alle Menschen als Konsumenten« über die Preissignale »wie von unsichtbarer Hand« zusammengeführt. Mieter und Wohnraumbesitzer bilden statt dessen ebenso wie abhängig Beschäftigte und Arbeitsplatzbesitzer (= Unternehmer⁴⁴⁷), Kreditnehmer und Geldbesitzer etc. *gesellschaftliche Klassen* unterschiedlicher Interessenlagen. Wo aber nicht die Marktvermittlung unter Gleichberechtigten das Thema bestimmt, sondern die Interessen zweier unterschiedlich mit Besitzvermögen und somit Handlungsmöglichkeiten ausgestatteter Klassen aufeinandertreffen, da wird dauerhafte *Knappheit* zum (preistreibenden) Motiv.

Der historischen Betrachtung wird eine theoretische folgen, die das Phänomen der »Wohnungsnot« bzw. des »Marktversagens«⁴⁴⁸ auf ein Denkmodell konzentriert. Parallel und abschließend wird die praktische Einsatzfähigkeit der Genossenschaft im Wohnungssektor behandelt.

3.1.1. Wohnungsnot und Selbsthilfe in der Geschichte

Wir haben unter Punkt 1.1.1. der Arbeit (↑ 56) bereits Schilderungen der Wohnsituation Wuppertals kennengelernt. Nicht viel anders standen die Verhältnisse andernorts über Generationen hinweg. Eine Studie von BRUNO SCHWAN bekundet nach über 30jähriger Tätigkeit des Deutschen Vereins für Wohnungsreform eine Mangelsituation, die im Jahre 1927 ca. 5 Mio. Menschen in Deutschland praktisch »Wohnungslosigkeit« bescheinigt, selbst wenn die Menschen in baufälligen Unter-

⁴⁴⁶ In der Literatur wird von einem »erschweren Zugang zum Wohnungsmarkt« gesprochen, der bestimmte soziale Gruppen treffe. Vgl. JÜRGEN BÄRSCH; CORNELIA CREMER; KLAUS NOVY: Neue Wohnprojekte, alte Genossenschaften. Darmstadt 1989, S. 58.

⁴⁴⁷ ..., denn diese *besitzen* den Arbeitsplatz, haben rechtlich die volle Verfügung und *besetzen* ihn lediglich mit ihnen gefälligen Kräften,

⁴⁴⁸ Es gibt kein »Marktversagen«, sondern nur objektiv wirkende Mechanismen, die zu subjektiv ungünstig beurteilten Ereignissen führen. Von einem »Marktversagen« kann nur sprechen, wer die Behauptung akzeptiert, daß jeder Gleichgewichtspunkt eines ökonomischen Kräftefeldes automatisch mit einem Genußmaximum der Gesellschaft übereinstimmt. Wer diese zwei Komplexe hingegen nicht zwanghaft (und weil unbewiesen: normativ) miteinander verknüpft sieht, spricht von freien oder gebundenen Marktmechanismen, die positiv oder negativ beurteilte Ereignisse herbeiführen.

künften ein Behelfslager fanden⁴⁴⁹. »Wohnungselend« hieß damals: Fehlen eines privaten Raumes, fremde Personen in gemeinsamen Betten, Verbreitung tödlicher Krankheiten und massenhafter sexueller Mißbrauch der in diesen Verhältnissen aufwachsenden Kinder⁴⁵⁰. Die Studie enthält ferner viele vor Ort erhobene Fälle. Daraus hier zwei nicht-großstädtische.

Niederhermsdorf: „Landgemeinde von rund 12.000 Einwohnern, 90 - 100 Wohnungslose. In der Mittelstraße 12 hausen 7 Personen in einer Stube. Das Ehepaar schläft mit dem 13jährigen Sohn zusammen in einem Bett. Im zweiten Bett schlafen 2 Mädchen von 19 und 9 Jahren. Auf der Chaiselongue schläft ein 14jähriger Junge. Der 23jährige Sohn schlägt sein Nachtlager auf der Erde auf. Die Wohnung liegt über dem Schlachthaus und den Aborten. Die Ausdünstungen ziehen durch die Dielen. 24 Familien - Menschen aller Altersstufen - kampieren in diesem stark verfallenen Hause, gequält von Nässe, Modergeruch, Finsternis und von Ratten, Mäusen und anderem Ungeziefer.“⁴⁵¹

Weißstein: „Landgemeinde von 17.000 Einwohnern. Hauptstraße 186. Ein völlig verfallenes Haus. Von 7 Familien bewohnt. Die Gemeinde bemüht sich, das Haus zu räumen; vermochte bis jetzt aber nur 2 Familien andernorts unterzubringen. Das Haus droht zusammenzustürzen. Die Dachbalken sind durch Trockenfäule völlig zermürbt, das Holz läßt sich zwischen den Fingern zu Mehl zerreiben. Die Stubendecken hängen bauchig und sacken in der Mitte tief herunter. Bei einem Schritt in den Bodenraum brach der Fuß ein. In einer erst vor 6 Wochen geräumten Stube völlig verfallene Dielen. Die Menschen hatten zuletzt auf dem Sandboden gehaust - das Haus ist nicht unterkellert. Die Mauern zerbröckeln, die Holzteile zerfallen in Mehl. Noch »wohnen« hier 5 Familien! Da Keller nicht vorhanden sind, lagern auch die Winterkartoffeln in den dichtbelegten, nassen Räumen. Die Bewohner sind Bergleute, zum Teil noch junge Ehepaare mit kleinen Kindern. So haust in der oberen Stube ein Bergmann mit seiner Frau, die hochschwanger ist, und 2 Kinder von 13 und 8 Jahren. Im Erdgeschoß wohnen in 2 völlig verfallenen Räumen ohne Dielen 13 Menschen.“⁴⁵²

⁴⁴⁹ BRUNO SCHWAN: Die Wohnungsnot und das Wohnungselend in Deutschland. Deutscher Verein für Wohnungsreform, Heft 7, Berlin 1929, S.10.

⁴⁵⁰ Vgl. BRUNO SCHWAN, S.35: „Der preußische Wohlfahrtsminister berichtete 1924 über Bettennot in vielen Städten. Überall wurden Kinder angetroffen, die zu dritt und noch mehreren, teils mit Erwachsenen zusammen in einem Bett schlafen mußten. Teilweise müssen Kinder mit acht, neun, zehn, elf und selbst zwölf Personen in einem Raum hausen. (...) Es sei hier noch verwiesen auf eine von der Gesellschaft für Sexualreform 1925 im Verlage von Fritz Kater, Berlin O 34, herausgegebenen Schrift »Kulturschande«, worin die Ergebnisse wissenschaftlicher Untersuchungen über die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten unter Kindern infolge des Wohnungselends veröffentlicht sind. Im Rudolf Virchow-Krankenhaus wurden 1921 133, 1924 250 geschlechtskranke Kinder behandelt (...) Auf der Keuchhustenabteilung des Eppendorfer Krankenhauses wurde bei 20 von insgesamt 28 Mädchen Gonorrhöe festgestellt. Von den im April 1925 auf der Gonorrhöestation der Kinderheilstation in Buch befindlichen 56 Kindern mit Gonorrhöe waren 21 innerhalb der Familie angesteckt. Von den 21 haben 11 allein geschlafen, 10 das Bett mit anderen Familienmitgliedern geteilt.“ Eine Repräsentativbefragung ergab: „Jeder 25. Jugendliche schläft mit Fremden in einem Schlafzimmer, und jeder 219. mit Fremden in einem Bett“ (S.36).

⁴⁵¹ BRUNO SCHWAN, dito, S. 57.

⁴⁵² BRUNO SCHWAN, dito, S. 57 f.

Als wesentliches Kennzeichen des 19. Jahrhunderts benennt die Studie den absoluten Bevölkerungszuwachs und den überproportionalen der Städte. Dazu werden zwei erläuternde Tabellen angeführt:

Bevölkerungsdichte pro Quadratkilometer:

	1820	1840	1860	1880	1890	1900
Deutschland	49	61	70	84	91	104
Frankreich	57	63	68	71	71	72
Italien	65	81	91	95	105	113
England	80	105	133	171	192	215

Einwohner in Tausend⁴⁵³:

London	1801 = 595	1851 = 2362	1875 = 3445	1891 = 4252	1901 = 4557
Paris	1800 = 548	1861 = 1696	1881 = 2240	1891 = 2448	1906 = 2732
Berlin	1801 = 173	1849 = 454	1871 = 826	1890 = 1578	1900 = 1880

Während sich die Bevölkerung Deutschlands binnen eines Jahrhunderts in etwa verdoppelte, verzehnfachte sich die Zahl der Wohnungssuchenden in Berlin. Neben allen notwendigen Bautätigkeiten aus Gründen der Substanzerhaltung, hätte es eigentlich einer beständigen Neubautätigkeit bedurft, um die Neubürger mit qualitativ akzeptablem Wohnraum auszustatten. Das Volumen der Bautätigkeit orientierte sich statt dessen nicht an der wachsenden Zahl Wohnungssuchender, und die wachsende Zahl der Neubürger orientierte sich nicht an dem verfügbaren Wohnraum. Vielmehr teilten sich die Menschen den Mangel bis über jedes Verständnis einer menschenwürdigen Wohnsituation hinaus und ordneten sich mit ihrer eigenen Lage entsprechend den Verhältnissen ein, die sie sich leisten (spricht: bezahlen) konnten.

„Besonders in den Großstädten, wo sich die industriellen Werke zusammendrängten, wurden die Wohnungen knapper. Der Mangel an kleinen und mittleren Wohnungen ließ die Mieten in unsinniger Weise in die Höhe klettern. Ja, die Wohnungspreise stiegen immer schneller als die Einkommen, so daß schließlich die Ausgabe für Wohnungen einen unentwegt wachsenden Prozentsatz des gesamten Konsums ausmachte. Dabei wurden die Wohnungen schlechter. Selbst für erbärmliche Gelasse mußten Arbeiter, die von dem Wohnungselend am härtesten betroffen waren, einen beträchtlichen Teil ihres Lohnes hergeben. Ganz allgemein war der Arbeiter gezwungen, etwa ein Viertel, oft noch mehr seiner Gesamteinnahmen für seine Wohnräume zu opfern. (...) In den 40er Jahren, so hat uns HEINRICH HERKNER⁴⁵⁴ berichtet, wurde in Mülhausen i. E. die Hälfte eines Bettes, »eine Stelle in einem Bette«, in einer Zeitungsanzeige öffentlich angeboten.“⁴⁵⁵

In etwa zeitlich parallel traten die Wohnungsbaugenossenschaften auf. Wenn gleich die *Idee* schon 1845 geboren und 1846 erstmals verwirklicht worden war, ihren *Aufschwung* erlebten sie erst ab 1889 bis zu einer Anzahl von 4054 Unternehmen im Jahre 1933⁴⁵⁶. Mit dem Genossenschaftsgesetz vom 1. Mai 1889 wurde

⁴⁵³ Beide Tabellen BRUNO SCHWAN, dito, S. 43.

⁴⁵⁴ Fußnote im Zitat: „HEINRICH HERKNER: Die Arbeiterfrage, Bd. 1, Berlin 1922, S. 50.“

⁴⁵⁵ HELMUT FAUST: Geschichte der Genossenschaftsbewegung, Frankfurt a. M. 1977, S. 504 f.

⁴⁵⁶ HELMUT FAUST: dito, S. 519 ff und S. 508.

erstmalig die beschränkte Haftpflicht bei der Genossenschaft zugelassen und damit das Risiko der Genossen überschaubar und begrenzt. Durch die Bismarckschen Sozialversicherungsgesetze verfügten die Invaliden- und Rentenversicherungsanstalten über Gelder, die zweckmäßig als Präventivmaßnahme gegen Krankheit und Invalidität bei den Wohnungsbaugenossenschaften eingelegt wurden. Und nach Aufhebung der Sozialistengesetze mehrte sich auch die Zahl öffentlicher Würdenträger, die mit Sachkenntnis und sozialpolitischem Engagement als Kristallisationskerne für Genossenschaftsgründungen fungierten.

KARTHAUS u. a. vertreten in ihrem Beitrag die Ansicht, daß die reine Selbsthilfe im Wohnungsbau ohne Förderung und Beratung von außen ein Mythos sei⁴⁵⁷:

„Während die Konsumgenossenschaft mit kleinen Kapitalien beginnen kann und sich für die Genossen recht unmittelbar wirtschaftliche Vorteile einstellen, bedarf die Baugenossenschaft erheblicher eigener und fremder Mittel und kann den Genossen nur nach Baufortschritt Wohnungen bereitstellen. Dies liegt vor allem an den besonderen Eigenschaften der Wohnung. Die Wohnung ist verglichen mit anderen »Gebrauchsgütern« extrem teuer, langlebig und immobil. Für die Erstellung sind verschiedene spezielle Fachkenntnisse erforderlich. Die Grundstücksbeschaffung, die Gebäude- und Grundrißplanung sowie Baurechts- und Finanzierungsfragen sind vorab zu klären und ohne Beratung kaum zu bewältigen. Für die Bauausführung sind Bauhandwerker auszuwählen, die Bauarbeiten sind zu koordinieren und die technische Ausführung zu überprüfen. Die Baukosten einer Wohnung betragen ein Vielfaches eines durchschnittlichen Jahreslohnes. Die Aufnahme langfristiger Kredite ist daher unumgänglich. Hierfür muß die Genossenschaft Sicherheiten bieten. Die organisatorischen Anforderungen an genossenschaftliche Bauselbsthelfer sind nicht zu unterschätzen.“

Entsprechend folgern sie, daß eine gemeinsame Bauselbsthilfe nur erfolgreich sei, wenn sie

- „auf eine Organisationsform zurückgreifen kann, die leicht handhabbar ist, Rechtssicherheit bietet und das finanzielle Risiko begrenzt;
- die schwierige Geldbeschaffung durch finanzielle Förderung von privater und öffentlicher Seite lösen kann;
- an vorhandene organisatorische Erfahrungen oder Strukturen anknüpfen kann oder Organisationshilfe von außen bekommt.“⁴⁵⁸

Diesen hohen Anforderungen können in erster Linie Gesellschaften genügen, die nicht auf die Möglichkeiten der reinen Arbeiterselbsthilfe beschränkt sind. Die großen Mengen erstellten Wohnraumes gehen zumindest auf (genossenschaftliche) Organisationsformen zurück, hinter denen betuchte Honoratioren, Personen mit gehobenem Einkommen (Beamte), kommerzielle Unternehmen, Verbände (Gewerkschaften) und öffentliche Träger stehen. Dennoch haftet diesen Initiativkräften bei aller Leistungsfähigkeit ein systematischer Mangel an. Eine genossenschaftliche

⁴⁵⁷ FRANK KARTHAUS, ULRICH BIMBERG, ARNO MERSMANN, JOHANNES MOTZ, KLAUS NOVY, GÜNTHER UHLIG: Baugenossenschaften - die schwierige Selbstorganisation des Häuserbaus. In: KLAUS NOVY u. a. (Hg.): Anders Leben. Berlin 1985, S. 61 - 101, hier S. 61.

⁴⁵⁸ FRANK KARTHAUS, ..., ebenda, S. 62.

Bauaktivität wird vor dem hier diskutierten Hintergrund OPPENHEIMERScher Monopoltheorie erst richtig interessant, wenn sie

- das Abhängigkeits- oder Mietzinsverhältnis Mieter-Vermieter aufhebt, also rechtmäßig erworbene (Verfügungs-)Ansprüche und nicht nur (Miet-) Räume unter entschärfter Besitzlosigkeit schafft,
- die Autonomiebestrebungen von gesellschaftlich unterprivilegierten Wohnbedürftigen realisiert werden können und
- dabei Methoden zum Einsatz kommen, die außerhalb der Rationalität kapitalistischer Unternehmerwirtschaften liegen.

Die »andere Methode« kann jedoch nur das genossenschaftseigene Prinzip der *Substitution von Kapital durch Arbeit* sein, sowie möglicherweise eine stärker bedarfsorientierte und kostenbewußte Architektur⁴⁵⁹. In Pilotprojekten treten engagierte Architekten europaweit immer wieder den Nachweis an, daß hochwertige Bausubstanz weit günstiger hergestellt werden kann als heute üblich⁴⁶⁰. Und so könnte das Interesse der Genossen an ihrem eigenen Projekt bereits andere Bauformen begünstigen⁴⁶¹. Was allerdings bleibt, ist das Problem der üblichen Kapitalmarktzinsen, die aufgebracht werden müssen, um notwendige Materialien vorzufinanzieren und das Besitzverhältnis des Kapitalstückes »Grund und Boden« abzulösen. Auf dieser Ebene hängt jede Bauselbsthilfe »am Fliegenfänger des Kapitalismus« und muß entweder beim Staat um marktunübliche Zinsen betteln gehen oder als Teil eines umfangreicheren Genossenschaftswesens fungieren, in dem Vermögen ohne Profitabsicht einfach nur wertstabil gehalten wird (↑ 262).

Der Aufschwung der ersten Wohnungsbaubewegung hatte ein Standbein in der Kooperation mit der Renten- und Invalidenversicherung. Ursprünglich waren die Renten- und Invalidenversicherung nach einem »Anwartschaftsdeckungsverfahren« organisiert. Die Höhe der Beiträge wurde so bemessen, „daß der Wert aller künftigen Beiträge samt Vermögen, den Reichsmitteln und den Zahlungen für Arbeitslose den Betrag deckt, der nach der Wahrscheinlichkeitsrechnung mit Zins und Zin-

⁴⁵⁹ „Für Arbeitslose erwies sich die genossenschaftliche Selbsthilfesiadlung als beste Arbeitsbeschaffung. Die Muskelhypothek ersetzte das Eigenkapital. Garten und Werkstätten sorgten trotz Erwerbslosigkeit für sinnvolle Arbeit.“ „Durch persönliche Kontakte des damaligen Remscheider Oberbürgermeisters HARTMANN zur Pastoren-Familie VON BODELSCHWINGH, die sich bereits seit Jahrzehnten für den Arbeiter-Wohnungsbau einsetzte, entstanden ab 1930 Arbeitslosensiedlungen in einer Lehmhausweise, die sich für den Selbsthilfebau besonders eignete (...) [und] heute unter ökologischen Gesichtspunkten wieder angewandt wird.“ KLAUS NOVY u. a., Anders Leben, a.a.O., S. 99.

⁴⁶⁰ In der Sendung »In Sachen Natur« vom 19.01.94 (West 3) wurde ein überaus wohnlich aussehendes Massivhaus mit 60 m² Wohnfläche vorgestellt, das KARL-HEINZ HEILIG in Eigenarbeit binnen zwei Jahren für DM 2.000 (!) aus Abbruchmaterialien gebaut hat. Dies nur als Anmerkung, um auf die Relativität von Baukosten und Bauverfahren hinzuweisen.

⁴⁶¹ Ich möchte das Thema hier nicht ausweiten. In den VDI-Nachrichten erscheinen regelmäßig sehr anregende Berichte darüber, was bautechnisch möglich wäre. Da Bauen im Grunde nichts anderes ist als »Fertigung« eines besonderen Gutes, lassen sich fertigungstechnisch nahezu alle Grundlagen industrieller Produktion übertragen, ohne daß deswegen Uniformität oder »Plattenbauweise« Einzug halten müßte. Exemplarisch siehe VDI-Nachrichten, Nr. 5 vom 4. 2. 1994, S. 24: Im Fachwerkhaus läuft die Heizung zum Schottentarif.

seszins erforderlich ist, um alle zukünftigen Aufwendungen zu bestreiten.⁴⁶² Das heißt, die Versicherungen verfügten über *Einlagen*, die sie *anlegen* mußten. Mit der Geldentwertung nach dem ersten Weltkrieg gingen diese Nominalwerte auf breiter Front verloren, so daß die Rentenversicherung von dem Anwartschaftsdeckungsverfahren auf den sogenannten »Generationenvertrag« umgestellt wurden.

„Während nach dem ersten Deckungsverfahren Versicherungskapitalien angesammelt werden, um alle zukünftigen Verpflichtungen der Versicherung zu decken - vereinfacht ausgesprochen, jeder für seine »eigene« zukünftige Rente aufkommt -, basiert das Umlageverfahren auf einem »Generationenvertrag« (so das populäre Bild seit den 1950er Jahren), wonach die Generation der noch Arbeitenden weitgehend für die laufenden Bezüge der Rentenempfänger aufkommen muß. Was bedeutet das konkret? Allein in den Rentenversicherungen war mit der Inflation ein Vermögen in der Höhe von ca. vier Milliarden Mark und damit die Kapitaldeckung der Renten vernichtet worden.“⁴⁶³

Das Anwartschaftsdeckungsprinzip wurde per Gesetz vom 23. Juli 1921 (RGBl, S. 984) ausgesetzt⁴⁶⁴. Wenn man so will, ist die heute diskutierte Rentenproblematik eine Spätfolge des ersten Weltkrieges und dessen Finanzierung durch Manipulationen am Geldsystem (Inflationssteuer statt Direktbesteuerung⁴⁶⁵). „Durch die Inflation wurden die Hypothekenschulden abgewertet, die Sachwerte blieben erhalten. Diese Inflationsgewinne wurden durch Abgaben (sogenannte 'Hauszinssteuern') abgeschöpft. Aus diesen Hauszinssteuereinkommen wurden die öffentlichen Wohnungsbaumittel gewährt. Die bereits vorhandenen Wohnungsbaugenossenschaften und gemeinnützigen Wohnungsunternehmen wurden systematisch als Träger des öffentlich geförderten Wohnungsbaus eingesetzt und zusätzliche Neugründungen durch die öffentlichen Hände initiiert.“⁴⁶⁶ Der Staat hatte damit das Geschehen weitgehend im Griff.

Die unter dem Titel »Wohnungsbaugenossenschaften« eingetragenen Genossenschaften müssen heute genau genommen danach unterschieden werden, ob sie tatsächlich Wohnungen bauen, bauen lassen oder vorwiegend Wohnraum verwalten⁴⁶⁷. Eine weitere Unterscheidung ist hinsichtlich der gemeinnützigen Woh-

⁴⁶² MICHAEL NITSCHKE: Die Geschichte des Leistungs- und Beitragsrechts der gesetzlichen Rentenversicherung von 1889 bis zum Beginn der Rentenreform. Frankfurt a. M. 1986, S. 272.

⁴⁶³ MARTIN H. GEYER: Soziale Rechte im Sozialstaat: Wiederaufbau, Krise und konservative Stabilisierung der deutschen Rentenversicherung 1924 - 1937. In: Klaus Tenfelde (Hg.): Arbeiter im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1991, S. 406 - 434, hier S. 411.

⁴⁶⁴ Vgl. MICHAEL NITSCHKE: Die Geschichte ..., a.a.O., S.163.

⁴⁶⁵ Siehe zur Methode und grundsätzlich LUDWIG ERHARD: Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung. Denkschrift von 1943/44, Faksimiledruck Frankfurt a. M. 1977.

⁴⁶⁶ HELMUT W. JENKIS: Die Genossenschaften in der Wohnungswirtschaft. In: Juhani Laurinkari. Genossenschaftswesen, München 1990, S. 634 - 653, hier S. 643 f.

⁴⁶⁷ „Wohnungsbaugenossenschaften sind Haushaltsgenossenschaften mit Aufgaben im Bereich der Wohnungswirtschaft. Vielfach wurden diese Gebilde früher »Baugenossenschaften« genannt. Diese Bezeichnung führt zu der irrtümlichen Meinung, daß sie sich in der Bauwirtschaft betätigen, wie dies auf bauwirtschaftliche Produktions- und Produktivgenossenschaften zutrifft. Tatsächlich aber spielt bei den gemeinten Unternehmen bauwirtschaftliche Produktion nur als Nebenaufgabe, und zwar in sehr kleinem Umfang, eine Rol-

lungsbauunternehmen angebracht, die wohl als Mitgliederunternehmen berechtigt in der Rechtsform der Genossenschaft auftreten, aber im wesentlichen dem Subsidiaritätsprinzip⁴⁶⁸ folgend, freiwillig einen staatlich vorformulierten Auftrag im Wohnungsbau übernommen haben⁴⁶⁹, ohne daß sie den Charakter einer genossenschaftlichen Bauseilbsthilfe aufweisen⁴⁷⁰.

Die *Wohnraumverwaltungsgenossenschaft* (oder nach neuerer Terminologie »Vermietungsgenossenschaft«) verfügt über gesicherte Bestände mit laufenden Mieteinnahmen, kann auf bezahltes Verwaltungspersonal zurückgreifen, das per Gemeinkostenumlage von den Bewohnern getragen wird. Es gibt keine Finanzierungsprobleme mehr, kaum noch Planungsaufgaben, allenfalls eine zu organisierende Bestandspflege. Die Einrichtung ruht in sich selbst und müßte schon erheblichen Veruntreuungen und aktivem Mißmanagement anheimfallen, um in ihrer Existenz noch gefährdet werden zu können.

le; höchstens insoweit, als schließlich jeder Haushalt und demgemäß jede Haushaltsgenossenschaft gewisse Erzeugerfunktionen bei Reparatur u. dgl. ausübt. Bei den gemeinnützigen Wohnungsgenossenschaften stehen der Einbeziehung bauwirtschaftlicher Produktion auch rechtliche Hindernisse im Wege. Die Haushaltsfunktion, die die unter den Begriff fallenden Genossenschaften wahrnehmen, bestehen in der *Bereitstellung und Verwaltung des Gebrauchsgutes Wohnung*.“ GERHARD WEISSER: Genossenschaften. Hannover 1968, S. 145. Die eigentliche Bautätigkeit wird von beauftragten Unternehmen besorgt (siehe weiter unten im Text), seitdem das Wohngemeinnützigkeitsrecht (WGG) 1940 auf ein Verbot der Eigenbautätigkeit hin umgeschrieben wurde. „Die Beziehungen zu den *Bauhütten* mußten aufgelöst werden; Regiebetriebe durften nur für die Instandsetzung, nicht aber für den Neubau eingesetzt werden. Die Selbstfinanzierungsbemühungen der Gemeinnützigen über den Aufbau eigener Sparabteilungen wurde aufgrund der scharfen Bestimmungen des *Kreditwesengesetzes (KWG)* zunichte gemacht. Es verblieben wirtschafts- und sozialreformerisch entkleidete - gleichsam nackte - Unternehmen, die durch Konzentration zu starken Trägern der staatlichen Wiederaufbaupolitik »nach dem Sieg« werden sollten.“ KLAUS NOVÝ und MICHAEL PRINZ: Illustrierte Geschichte der Gemeinwirtschaft. Berlin 1985, S. 223. Siehe auch WOHN BUND: Forderungen zur Reform des Wohngemeinnützigkeitsrechts (WGG). In: Rolf Schwendter (Hg.), Die Mühen der Ebenen, München 1986, S. 194 - 201.

⁴⁶⁸ Vgl. BETTINA WEGNER: Zu den ideologischen Grundlagen des Subsidiaritätsprinzips und zur Anwendung des Prinzips auf die Wohnungswirtschaft. In: Gesellschaft, Wirtschaft, Wohnungswirtschaft. Festschrift für Helmut Jenkis. Berlin 1987, S. 169 - 197.

⁴⁶⁹ „Obwohl die Wohnungsgemeinnützigkeit im Rechtssinne nicht zum Begriff der Wohnungsgenossenschaft gehört, ist doch der Aufgabenbereich der Mehrzahl bestehender Genossenschaften durch ihren gemeinnützigen Status mitbedingt. Von 1199 den Prüfungsverbänden angeschlossenen Genossenschaften waren Ende 1984 1129 als gemeinnützig anerkannt. (...) Bis heute werden über 90 % der im Mietwohnungsbau erstellten Genossenschaftswohnungen öffentlich gefördert. Hierdurch bedingt, überschneiden sich der von Genossenschaften versorgte Personenkreis mit den von der staatlichen Wohnungspolitik geförderten Bevölkerungsschichten.“ MICHAEL DRUPP: Zur sozialpolitischen Instrumentalfunktion von Genossenschaften im Rahmen zielgruppenbezogener Wohnversorgung. In: Gesellschaft, Wirtschaft, Wohnungswirtschaft. Festschrift für Helmut Jenkis. Berlin 1987, S. 113 - 124, hier S. 115 f.

⁴⁷⁰ ERICH BOETTCHER und MANFRED NEUMANN haben die Frage kontrovers diskutiert, ob sich die Gemeinnützigkeitsprinzipien mit dem Wesen der Genossenschaft vereinbaren lassen. Vgl. zusammenfassend HELMUT W. JENKIS: Die Genossenschaften in der Wohnungswirtschaft, a.a.O., S. 645.

Eine *Wohnungsbaugenossenschaft* muß dagegen ihre verfügbaren Mittel erkennen, kombinieren, organisieren. Sie kann ungleich viel mehr Fehler machen, arbeitet unter Risiko, muß Finanzmittel auftreiben, Sicherheiten bieten, um Vertrauen erwerben etc. Dies alles ist mit psychischen Anstrengungen großen Umfanges verbunden, die ein Mensch unentgeltlich nur auf sich nimmt, wenn ihm dadurch die Lösung eines akut drückenden Problems in Aussicht steht. Mitglieder einer genossenschaftlichen Bauselbsthilfe haben ein Wohnungsproblem und sind der Auffassung, daß sie dieses Problem unter eigener Regie besser handhaben können als durch passives Erdulden und Abwarten der Aktivität Dritter. Ist das Wohnproblem durch Wohnungsbau gelöst, haben diese Mitglieder keinen Grund mehr, sich besonders anzustrengen und kommen natürlich zur Ruhe. Praktisch konstitutiv ist für die Bauselbsthilfe, daß sich (wie auch in anderen Genossenschaftsbereichen) Kapital durch Arbeit ersetzen läßt. Neben allen »höheren« Dienstleistungen, die sich genossenschaftlich - aber auch von anderen Dienstleistungsanbietern - organisieren lassen, ist die »Substitution von Kapital durch Arbeit« unter der Randbedingung kapitalistischer Knappheitsverteilung ihre originär einzigartige Basis wirksamer *Selbsthilfe*. Mit der Benennung dieses originären Selbsthilfe-Momentes treffen wir aber auf einen neuralgischen Punkt.

Heutige Wohnungsbaugenossenschaften organisieren in der Regel keine *Bauleistungen* ihrer Mitglieder, sind also nicht Bauunternehmen besonderer Art, sondern die Genossenschaft tritt als Bauherr auf und beauftragt andere Unternehmen⁴⁷¹. Das aber bringt zwangsläufig den Verlust möglicher Kostenvorteile mit sich, deren Realisierung für potentielle Selbsthilfegruppen interessant wäre. Eine Ausnahme von der Regel bildet die von KLAUS NOVY im WOHNBUND zusammengeschlossene »neue« Genossenschaftsbewegung. Sie knüpft an die Leit motive jener »oppositionellen« Genossenschaften an⁴⁷², an deren Gründung OPPENHEIMER lebhaft Anteil nahm († 283) und die aus kapitalismuskritischer Sicht vorrangig interessant sind.

Betrachten wir das zuweilen kritisch angemerkte »Problem« einer erlahmenden Bautätigkeit und »closed-shop Politik«⁴⁷³ näher und stellen einleitend fest, *daß für die versorgten Mitglieder die Unterversorgung außenstehender Personen kein Problem ist*. Eine genossenschaftliche Bauselbsthilfe ist keine Einrichtung, die irgendeinem abstrakten »Auftrag« folgt, sondern eine Einrichtung, die als Baugesellschaft ein Problem meistert und anschließend tendenziell in einen Genußverein überwechselt. Wenn die nicht von den Aufträgen des staatlichen sozialen Wohnungsbaus gelenkte *freie Wohnungsbaugenossenschaft* als *soziale Bewegung* dauerhaft motiviert bestehen will, muß sie den Aufbau einer »Durchgangseinrichtung« or-

ganisieren, in die wechselnde Personen mit typischen Problemen eintreten, diese lösen, wieder austreten (bzw. in eine andere Form überwechseln) und die gewonnene Erfahrung nach hinten weiterreichen⁴⁷⁴.

Die *Wohnungsbaugenossenschaft* mit aktiv tätigem Mitgliederbestand ist eine lebenslagenspezifische Durchgangsgenossenschaft. Dagegen kann die Wohnraumverwaltungs-genossenschaft als ein ruhendes Sammelbecken am Ende des Durchganges angesehen werden. Wem als Person der Aufenthalt in dem Durchgangsbereich besondere Freude bereitet (Betätigungsinteresse oder Erwerbsinteresse), wird sich dort entsprechend länger aufhalten. Wer hingegen nur ein Wohnproblem lösen will - ein Problem, das an wechselnden Orten lebenslang besteht - wird den Durchgangsbereich zügig durchschreiten und seinen Aufwand in einem Ruheraum minimieren wollen. Die Motive fallen von Mensch zu Mensch verschieden aus, *und das ist auch kein Hindernis*, sondern muß nur als dynamische Komponente in die Institutionenlehre integriert werden.

Während des zweiten Weltkrieges ging die Kontinuität der Organisation verloren, was für eine Durchgangsgenossenschaft, die davon lebt, daß Personen ihre Erfahrungen nach hinten weitergeben, besonders einschneidend ist. Außerdem setzte nach 1945 staatlicherseits eine großzügige Subventionspolitik des Wohnungsbaus ein, natürlich mit der berechtigten Vorgabe, die durch Kriegseinwirkung zerstörten und durch Flüchtlingsströme verstärkten Fehlbestände auszugleichen⁴⁷⁵. Aber in dieser Situation wurden die Wohnungsbaugenossenschaften in der Form vollfinanzierter Dienstleistungsunternehmen reaktiviert, die ein gesellschaftliches Problem zu beseitigen hatten und deswegen lediglich an der Elle der Gemeinnützigkeit gemessen wurden. Und drittens ist die Organisation freier Arbeitskraft seitdem kaum Thema geworden, sei es, weil in einer Phase der Vollbeschäftigung keine freie Arbeitskraft vorhanden war, oder sei es, weil nach dem Recht der Arbeitslosen- und Sozialversicherung freie Arbeitskraft nicht gewinnbringend an anderer Stelle eingesetzt werden darf. Zu nennen wären hier die Unternehmer, die eine Unterwanderung ihres Marktes nachhaltig verhindern; aber auch die Vorstellung, daß sich jemand mit Hilfe eines aus Versicherungsbeiträgen gesicherten Lebensunterhaltes Wohnraum aneignen könnte, dürfte konfliktträchtig sein.

Die heute noch bestehenden Wohnungsbaugenossenschaften verwalten vorwiegend ihre Bestände, während eine erneute Wohnungsnot, man spricht von 2,5 Millionen fehlenden Wohnungen⁴⁷⁶, den Wohnungsmarkt prägt. Ohne günstige Finan-

⁴⁷⁴ Wir kennen solche »Durchgangseinrichtungen« aus dem studentischen Leben. Jedes Erstsemester steht vor dem Problem mangelnder Information und Orientierung. Deswegen organisieren die Altsemester Einführungsseminare, die von den Erstsemestern als Leistung meist dankbar aufgenommen werden. Gut 5 % der einstmaligen Genießenden reichen später freiwillig dieselbe Leistung an Neuankömmlinge weiter. Die ganze Aktion erfolgt unentgeltlich und lebt über Generationen hinweg fort. »Lohn« der Dienenden ist der Spaß, der durch Kennenlernen, Gruppenerlebnis und Wissensweitergabe (incl. Selbstbesinnung) an die »Aktiven« zurückfließt.

⁴⁷⁵ Vgl. HELMUT WESTPHAL, Die Filtering-Theorie ..., a.a.O., S. 536.

⁴⁷⁶ Plusminus, Sendung vom 3. August 1993.

zierungsquelle⁴⁷⁷ können die Wohnungsbaugenossenschaften nur Vorteile erwirtschaften, indem sie sich als besondere *Bauunternehmen* etablieren. Letzteres wird ihnen allerdings systemimmanent seitens unserer Gesellschaftskonstruktion und der in ihr etablierten Sozialstaatsmechanismen als Möglichkeit verstellt.

3.1.2. Ökonomie der Wohnungsnot

Wie wird die Wohnungsnot aus Sicht der Neoklassik »erklärt«? Man konstruiert ein zweiseitiges Entscheidungsproblem und bestimmt den Schnittpunkt der Kurven. Wo die Linien sich kreuzen, herrscht ein Gleichgewicht und der normative Glaube an die Ordnungsfunktion des Preises.

Konkret umgesetzt bedeutet dies, der Vermieter will seine Wohnung vermieten und muß seinen Preis nach oben begrenzen, weil ihm Leerstand und Mietausfall drohen⁴⁷⁸; der Wohnungssuchende seinerseits muß ein persönliches Optimum zwischen Zahlungsbereitschaft (Preis) und Erwartung (Nutzen) wählen⁴⁷⁹. Führt diese individualistische Optimierung zu den genannten Fehlbeständen, teilen sich die Argumente in

- a) der Markt ist ein optimaler Koordinationsmechanismus und muß entreguliert werden (neoliberaler/neoklassischer Ansatz) und
- b) der Wohnungsmarkt ist unvollkommen (durch monopolistische Strukturen) und erfordert die politische Intervention⁴⁸⁰.

Doch auf diese Weise läßt sich Wohnungsnot m. E. nicht erklären, weil der Ansatz im privatökonomischen verbleibt, ohne die gesellschaftsökonomische Dimension zu erfassen. Ebenso wie die Arbeitslosigkeit ist die Wohnungsnot ein *kapitalistisches Gleichgewicht* sozial-normativ unerträglicher Dimension. Würde man einen Ansatz gelten lassen, der die »Wohnungsnot« wegdefiniert, indem er den »Gleichgewichtspreis« mit einer Marktsättigung gleichsetzt, dann müßte jedes eingesetzte Kapital durch die laufende Rendite ersetzt werden. Sind Wohnungen nicht unter 250.000 DM pro Familie zu haben und Kapitalmarktzinsen von 8 % üblich, ergäben sich untere Mietpreise von 20.000 DM Jahreszins = 1.666 DM monatlich für alle Mietobjekte⁴⁸¹. Eine Person müßte alleine 2.500 DM monatlich verdienen,

⁴⁷⁷ Als alternatives Finanzierungskonzept entstand auch schon einmal die Idee einer »Reichswohnungsversicherung«, die nach ihrem Erfinder BENEDIKT SCHMITTMANN direkt Teil des Sozialversicherungssystems hätte werden sollen. Vgl. GÜNTHER SCHULZ: Wohnungspolitik und soziale Sicherung nach 1945: das Ende der Arbeiterwohnungsfrage. In: Klaus Tenfelde (Hg.): Arbeiter im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1991, S. 483 - 506, hier S. 484.

⁴⁷⁸ In gewisser Hinsicht eine Fiktion, da der Vermieter von Wohnanlagen sein Ausfallwagnis per Betriebskostenumlage auf die Mieter abwälzt.

⁴⁷⁹ Vgl. HANS-JÜRGEN BÄRSCH: Zur Effizienz ..., a.a.O., S.38 f.

⁴⁸⁰ Vgl. MARIO PATERA: Genossenschaftsentwicklung im österreichischen Wohnungsbau. Frankfurt a. M. 1987, S.80 f.

⁴⁸¹ Vgl. auch LOTHAR F. NEUMANN und HAJO ROMAHN: Wohnungsversorgung im Spannungsfeld von Markt und Staat. In: LOTHAR F. NEUMANN, Wohnungsmarkt in der Krise? Köln 1994, S. 9 - 33, speziell S. 14.

um *wohnen* zu können, was bei manchen Einkommen bereits das volle Gehalt ausmacht.

Wohnrauminvestitionen sind aus bestimmter Sicht unrentabel. Warum? Weil die Konkurrenz der Kapitalanlagemöglichkeiten sogenannte »Opportunitätskosten« verursacht, also dem Geldbesitzer stets vor Augen führt, daß er auf andere Weise mehr verdienen könnte. Warum bauen manche Personen dennoch? Nun, weil sie damit ein wertstabiles oder im Wert gar steigendes Objekt erwerben. Zwischen der ersten Aussage und der zweiten besteht offensichtlich ein Widerspruch. Betrachten wir ihn näher.

Wer aus seinem Geldbesitz flüchtet und einen Wertgegenstand kauft, handelt aus dem Motiv der *Werterhaltung*. Er wünscht sich vor allem, einen Einkommensüberschuß dauerhaft verfügbar zu erhalten. Nehmen wir eine Person, die in guten Jahren 1000 Stunden mehr geleistet hat als sie Gegenleistungen konsumieren konnte, die aber aus Vorsorge für schlechtere Zeiten diese 1000 Stunden speichern will, dann ist der Kauf eines wertstabilen Gegenstandes eine gute Lösung. Ist die schlechte Zeit gekommen, wird das Objekt wieder verkauft und die Gegenleistung beansprucht. In Geld ausgedrückt, kann zwischenzeitig allerlei passiert sein, bis hin zu einer Währungsreform mit Totalverlust.

Wer allerdings nicht aus Geldbesitz flüchten will, sondern nach Rendite strebt, den interessiert weniger ein in 50 Jahren immer noch gleicher Wert, sondern ein möglichst rascher *Zugewinn*. In der verwirrten Terminologie heißt es, er will sein »Kapital arbeiten lassen«. Tatsächlich geht es um die Erschließung kapitalistischer Profitquellen, die je nach Lage der politischen Ökonomie mal hier, mal dort liegen können. Staatsverschuldung und Steuerschraube, profitträchtige Abhängigkeit, Anteilsscheine an monopolistisch beherrschten Märkten etc., dies sind alles Machtbeziehungen, die der Umverteilung des Arbeitsproduktes anderer dienen. Man mag einwenden, daß »Arbeit« ohne das Kapital nicht möglich sei und diesem entsprechend ein Einkommensanteil zustehe. Doch was meint man damit? Daß der arbeitende Mensch auf Vorprodukte anderer Menschen zurückgreift und diesen einen Wert zufügt, der die eigene Arbeit und die Vorprodukte der anderen am Markt ersetzen muß? Denn was sind verwendete und sich abnutzende Werküter anderes als Vorprodukte? Wenn darin aber das Problem der Organisation liegt, dann bedeutet dies nur, daß ein komplexes Werkstück, an dessen Zustandekommen eine große Anzahl von Personen arbeitsteilig beteiligt ist, die eingesetzte Arbeit erst zu einem späteren *Zeitpunkt* ersetzt bekommt, nämlich wenn das Endprodukt am Markt seinen Käufer findet († 258). Die Finanzierung überbrückt lediglich die Zeit vom ersten Hammerschlag bis zum Verkauf; sie vergütet in der Kette der Produktionsschritte dem Vorproduzenten seine Leistung vor der endgültigen Fertigstellung durch den letzten Handwerker. Nicht eine Minute »arbeitet« bei alledem das Kapital. Die Produktivität der eingesetzten Werküter ist nichts weiter als Ausdruck eines bestimmten Standes gesellschaftlicher Kenntnis (Bildung), den jeder Arbeitende seinem Produkt an Qualität beigibt, weil man *insgesamt*, als *Wirtschaftsgesellschaft*, in

allen Teilbereichen Fortschritte erzielt und laufend an eigenen und Fortschritten anderer partizipiert.

Kommen wir auf unser Thema zurück mit der Feststellung, daß sich in der kapitalistischen Ökonomie ein dauerhafter Wertgegenstand (Wohnraum) unter die profitträchtigen Spekulationsobjekte einreihen muß und mit diesen um »Investitionen« konkurriert. Wesensmäßig sehr verschiedene Kategorien werden der einheitlichen Maxime des Profitstrebens unterworfen.

Eine auf Werterhaltung ausgerichtete Wohnbauinvestition unter nicht-kapitalistischer Randbedingung würde dagegen ganz anders verlaufen. Lassen wir die Inflationssteuer (↑ 260) wegfallen, die der Geldbesitzer auf den Kreditnehmer abwälzen kann, dann stünde der zu zahlende Zins bereits 4 bis 5 % niedriger. Bewerten wir das Kreditrisiko von wertstabilen Objekten mit Tendenz gegen Null, dann stünde auch der Risikoanteil des Zinses gegen Null, und übrig bliebe nur eine Gebühr für die notariell gesicherte Transaktion sowie eine Entschädigung für die aufgegebene Liquidität (= Entscheidungsfreiheit) des Geldgebers. Sagen wir, der Zins stünde bei 2 % = einem Viertel des oben Genannten, dann müßte der Kredit lediglich mit monatlich 416 DM Zins bedient werden (plus Tilgung). Jede Person würde entweder selber bauen oder die entsprechend niedrigen Mieten zahlen können. Doch die Dinge stehen anders und tendieren in Richtung eines anders dominierten Gleichgewichtspunktes, der die einzelne Existenz bedrohen oder über Gebühr belasten würde, könnte die Gesellschaft ihn nicht mit Reparaturmaßnahmen sozialpolitisch entschärfen.

Betrachten wir nun den eigentlich relevanten Preismechanismus, der unter der Randbedingung herrschender »Wohnungsnot« wirkt und das politisch eingestellte Mietpreisniveau auf das Niveau eines von der Neoklassik erwünschten Profitäquivalentes⁴⁸² treibt.

Das Problem der Wohnungsnot ist markttheoretisch gleichbedeutend mit dem Fall des Unterangebotes. Es besagt, daß die Nachfrage nach Wohneinheiten die vorhandenen Wohneinheiten übersteigt. Die Unterversorgung trifft jedoch nicht die bestehenden Mietverhältnisse, so daß sich das Problem der Wohnungsnot in einem Grenzbereich abspielt. In ihm treffen quantitativ die *Wohnungssuchenden* auf die *freien* Wohnungen. Gibt es 10 freie Wohnungen und 100 Interessenten, dann liegt die akut preisbestimmende Unterversorgung bei 90 % (und nicht etwa bei einer geringeren Prozentzahl, die sich aus dem Quotienten »Gesamtzahl der Wohnun-

⁴⁸² Es gibt viele Wege, auf denen eine abhängige Klasse der herrschenden Klasse Profite steuern kann. Wir haben die Begriffe »Klasse«, »unterschiedliche Dringlichkeit des Austauschbedürfnisses« und »Profit« in den vorangegangenen theoretischen Abhandlungen geklärt. Gegebene Vermögensunterschiede führen danach zu Marktmacht und erzwingen bei dem Abhängigen die Akzeptanz einer Tributzahlung. Je nach Zustand einer Gesellschaft, ihrer Vermögensverteilung und Marktausgeglichenheit, gibt es einen typischen Profitsatz. Er liegt in der »reinen Ökonomie« OPPENHEIMERS bei Null, da dort niemand abhängig ist. Erträge sind in ihr ausschließlich Leistungseinkommen, also Entlohnung für Dienste. »Zinsen« wären in ihr der »Preis eines Liquiditätsvorteiles«, der nicht höher stehen müßte als nötig ist, um Personen, die ihr Geld nicht aktuell für Käufe ausgeben wollen, zur befristeten Liquiditätsaufgabe zu bewegen.

gen« zu »Gesamtzahl der Wohnenden« ergibt). Die Preise für Wohnraum explodieren in erster Linie bei den Neuvermietungen und Mieterwechseln⁴⁸³. Das heißt: Wohnungsnot ist ein Notstand von Neumieter und Wechselwilligen, jungen Ehepaaren, Geschiedenen, beruflich-räumlich Versetzten etc. Sie reduziert die Flexibilität und Mobilität innerhalb der Wirtschaftsgesellschaft und wird als Einschränkung der Entscheidungsfreiheit wahrgenommen bzw. *kostet*, wenn der Mieter auf einen Wechsel nicht verzichten kann oder will.

Die *Preisbildung* auf dem Wohnungsmarkt wird demnach bestimmt von den Überhängen. Ihr Steigerungspotential wiederum ergibt sich aus der ablaufenden Zeit, die einem Wohnungssuchenden bis zum Erfolg verbleibt. Obdachlosigkeit ist zwar eine Folge der Wohnungsnot, aber ein der bürgerlichen Existenz völlig unmöglicher Zustand. In der Bedürfnishierarchie des Konsumenten sind Urlaub, Neuanschaffungen etc. daher weniger wichtig als die Verfügung über Wohnraum. Ist dieser knapp, kann der Suchende nur die Sättigung seiner Bedürfnisse verlagern und die Personen geringerer Kaufkraft aus ihren angestammten Räumen verdrängen (bis sich mangelnde Kaufkraft/Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot treffen). Ein »Entweichen« vor der Mehraufwendung für Wohnen gibt es nicht, es sei denn, das Einkommen reicht, um in Bautätigkeit zu flüchten.

Nehmen wir auf der anderen Seite an, daß Mieter und Vermieter seitens ihrer Finanzkraft verschiedene Personenkreise sind, dann stellen die überproportional steigenden Mieten für den Vermieter einen widersprüchlichen Motivationsimpuls dar. Denn er gewinnt bei *Untätigkeit* sicher und riskiert nichts, während er bei *Tätigkeit* seine Profitancen verringert und eine Fehlinvestition riskiert. Einmal angenommen, ein Fehlbestand führt zu exorbitanten Mietpreissteigerungen, so daß eine Bauinvestition rentabel wird, dann führen viele gleichgelagerte Bauinvestitionen mit gleicher Geschwindigkeit zu einem Rückgang der Mietpreissteigerungen auf das Niveau der durchschnittlichen Dauermiete. Die Rendite eines Bauprojektes kann solide nur auf der Grundlage gültiger Dauermieten kalkuliert werden. Eine Kalkulation, die auf die Knappheitspreisen aufbaut, ist hingegen spekulativ und riskant. Umgekehrt läßt sich der Mangel durch Ausnutzung der unvermeidlichen Mieterfluktuation ohne Mehraufwendung abschöpfen. Stellt man sich vor, daß ein »Investor« entweder selber auf Kredite angewiesen ist, um sein Renditeprojekt zu realisieren oder aber daß er in Alternativkostenkategorien denkt (Renditeausfall bei alternativer Anlagemöglichkeit), dann kommen wir zu dem bereits oben geschilderten Entscheidungsproblem.

Wer selber einen Kredit aufnehmen muß, um mit diesem Geld zu wirtschaften, wird nicht auf die Idee einer Wohnungsbauinvestition kommen (es sei denn, er ist Bauunternehmer und muß fehlende Aufträge durch Eigeninitiative kompensieren). Ob sich ein Mensch mit Bankguthaben dagegen für den Wohnungsbau entscheidet,

⁴⁸³ Auf eine jüngst erschienene Studie des Rings Deutscher Makler, die hier leider nicht mehr herangezogen werden kann, wies BEATRIX NOVY in ihrer Sendung »Wohnräume« am 24.01.94 (West 3) hin. Danach erhöhen Vermieter derzeit bei Mieterwechseln die Miete um durchschnittlich 10 %, während vor sechs Jahren nur 1,5 % festgestellt wurden.

hängt von der Zugewinnerwartung, Entscheidungskompetenz und dem damit einhergehenden Verwaltungsaufwand ab. Sicher ist es vernünftig, unter dem Aspekt der Vermögenserhaltung von Geld, in wertstabilen Immobilienbesitz zu wechseln. Aber dieser Wechsel *rentiert* sich nicht, sondern *entlastet* lediglich von dem Inflations- und Konjunkturrisiko andersgerichteter Entscheidungsalternativen. Nur wenn der Investor das Geld »übrig hat« und zudem mit diesem Werttypus umgehen kann bzw. will, dann findet Bautätigkeit aus Sicht des Kapitals statt.

Damit ist auf dem Wohnungsmarkt eine hohe Hürde für das Regulativ des Marktes gegeben, das sich zudem viel weniger an Wohnungsbeständen und Wohnungsbedürfnissen orientiert denn an der Zins- bzw. Geldpolitik einer Notenbank. Wer unter der Randbedingung von Wohnungsnot einen investitionsanregenden »Gleichgewichtspreis« für Mieten zahlen kann, der kann auch fast schon bauen bzw. *hat* seine Selbstversorgung mit Wohnraum bereits in der Vergangenheit gesichert.

Ich stelle zusammenfassend fest, daß die Profitchancen außerhalb des Sektors »Wohnungsbau« den »Preis für Geld« bestimmen. Das kapitalistische Gleichgewicht des langfristig zu finanzierenden Wertgutes »Wohnraum« stellt sich etwa ein, wenn die Mieten den Kapitalzins ersetzen. Da diese Mieten von den bereits im Arbeitsprozeß, Konsumtionsbereich und durch Steuerabgaben etc. belasteten Arbeitnehmer nicht bezahlt werden können, gibt es auch keinen marktmanenten Investitionsanreiz. Der Staat muß seine eigene Unordnung demnach retten, indem Wohnraum mit Maßnahmen der Politik geschaffen wird. Setzen diese Maßnahmen vorübergehend aus oder erfolgt Fehlplanung, tritt Wohnungsnot ein. In dieser explodieren (als Geschwindigkeitsangabe verstanden) die Mieten der Wohnungswechsel entsprechend der Grenzbedürftigkeit »Leerstand zu Wohnungssuchenden« bis über das Niveau des zuvor politisch verhinderten kapitalistischen »Gleichgewichtes«. Erst jetzt führt der Reiz der Rendite zu konkurrierenden »Investitionen«. Vorher sind nur *Abwarten* und das Realisieren von Mietsteigerungen entscheidungsrational. Diese Einschätzung finden wir indirekt bestätigt durch eine Erhebung der Deutschen Bank. Danach korrelieren »selbstgenutzter Wohnraum« und »hohe Mieten« dergestalt miteinander, daß in Städten mit geringer Wohneigentumsquote die Mieten hoch stehen, in Städten mit hoher Wohneigentumsquote dagegen niedrig⁴⁸⁴. Ein funktionierender Preis-Anreiz-Mechanismus ließe genau entgegengesetzte Ergebnisse erwarten, weil in Städten mit hohen Mieten eigentlich verstärkte Bautätigkeit zu erwarten wäre. Statt dessen scheint die Politik der Stadtväter für den Grad erfolgter bzw. unterlassener Bautätigkeit verantwortlich zu sein. Oder anders gesagt: der bestehende Mangel in den Städten mit den höchsten Mietpreisen genügt dort noch nicht, um den Marktmechanismus ausgleichend tätig werden zu lassen. Bis wohin aber sollen die Mieten steigen, wenn 40 DM pro m² (Berlin) noch keine Impulse setzen?

Letzter Punkt: der Wohnungssuchende würde weit vor diesem Aktionspunkt des »Investors« bauen, weil ihm langfristig ein Wert wächst, der für den profit-orientierten

Investor außerhalb des Kalkulierbaren liegt. Denn das Kapital ist festgelegt und könnte fünf Jahre später bereits anderswo höhere Profite erbringen, während die nicht selbstgenutzte Wohnung bei zu hohem Preis stets dem Risiko des zukünftigen Leerstandes unterliegt. Ein »Selbstverzehrter«, der sich ein Haus baut und selber bewohnt, hat dieses Problem nicht.

3.1.3. Probleme und Perspektiven

Das Problem der Baugeldbeschaffung und politisch diktierten (Un-)Möglichkeit einer »Substitution von Kapital durch Arbeit« bei der vom Sozialrecht reglementierten Gruppe der Einkommensschwachen wurde oben bereits angeschnitten. An dieser Stelle sei somit der Frage nachgegangen, ob sich alternative Ansätze für eine Renaissance des genossenschaftlichen Wohnungsbaus finden lassen. Abstrakt formuliert, fallen mir hier zwei Oberziele ein, die allerdings beide gegenwärtig erst durch Personenkreise mit höheren Einkommen genutzt werden könnten. Eine sozialpolitische Komponente wäre erst sekundär durch »Mitzieleffekte« wahrscheinlich, die einerseits in Umkehrung der Verdrängungsthese durch Bestandszuwächse in den gehobenen Wohnlagen einträte sowie durch die Reorganisation eines auf aktiver Selbsthilfe beruhenden, bautätigen Genossenschaftswesens. Die Oberziele lauten:

- a) *Motivationen* produktiv zu organisieren, die zwar nicht in der Form einer autarken Eigenhilfe, wohl aber in der Form gemeinsamer Selbsthilfe wirtschaftlich aktiviert werden können, sowie
- b) das Flexibilitäts- und *Mobilitätsproblem der Immobilie* durch eine Verbundlösung zu beseitigen.

Eine autarke Eigenhilfe erfordert Kreditsicherheiten, Sachkenntnisse und Organisationstalent auf hohem Niveau. Nicht bei jedem Wohnungsbedürftigen und Bauwilligen werden diese vorliegen. Eine Genossenschaft kann die problematischen Fälle auf mehrere Schultern verteilen, Zeit für Problemlösungen gewinnen und Zwangsversteigerungen vermeiden. Ihre Mitglieder können ihren Begabungen entsprechend jeweils die produktivsten Positionen besetzen. Die besten Organisatoren managen nicht nur ihre Angelegenheiten, sondern die der Gruppe. Die besten (Laien-)Handwerker übernehmen jeweils ihrer Begabung entsprechende Abschnitte an mehreren Bauwerken, an denen Eigenleistungen eingesetzt werden sollen. Man spart so Zeit und vermeidet wiederholte Fehler.

Die Mietpreissteigerungen auf dem Wohnungsmarkt werden - wie oben dargestellt - mit jedem Wohnungswechsel bei beständig wirkendem Nachfrageüberhang wirksam. Vor diesem Engpaß ist als Wohnungsbedürftiger nur geschützt, wer über Eigentum verfügt. Eigentum im Wohnbereich heißt nicht nur »Immobilie«, sondern ist auch immobil. Das heißt, selbst wenn Personen fähig wären, Wohnraum zu erwerben, muß ihre Lebensplanung der immobilen Option nicht unbedingt zuneigen. Weit günstiger wäre für manche Personen, wenn das Wohneigentum ab-

⁴⁸⁴ Vgl. VDI-Nachrichten vom 26.11.1993, S. 1: „Ohne Kostensenkung kein Ende der Wohnungsnot“.

strakter ausfiele, man während einer bestimmten Bewohndauer schon Eigentümer der Wohneinheit wäre, aber andererseits über die genossenschaftliche Organisation auch im überregionalen Verbund mobil bliebe⁴⁸⁵. Sicher, es ließe sich einwenden, daß durch individuell organisierten An- und Verkauf eine ähnliche Mobilität erreichbar ist, aber:

- es gibt auf dem Immobilienmarkt keine speziell vorgehaltenen Mobilitätsreserven; ein genossenschaftliches Modell könnte ein Überangebot von 1 % bewußt bevorraten, um Wohnungswechsel zu ermöglichen.
- Es gibt keine überregional mangelorientierte Bauaktivität. Auf eine Nachfragesteigerung in München könnte ein Genossenschaftsverbund mit gezielter Finanzkraftverlagerung reagieren.
- An- und Verkauf stellen für die Einzelpersonen stets Engpässe bezüglich Information, Vertrauen, Abwicklungssicherheit und Kosten dar. Ein genossenschaftliches Modell kann hierfür engpaßreduzierende Verfahren finden, so daß die »Mobilisierung der Immobilie« geringere Transaktionskosten verursacht⁴⁸⁶.

Zusammenfassend läßt sich m. E. sagen, daß Wohnungsbaugenossenschaften in einer Marktwirtschaft gegen den durch den politisch induzierten Preis für Geld (Kredit) verursachten Wohnungsnotstand kein *Kampfmittel* darstellen, aber innerhalb der durch die Geldpolitik gesetzten Grenzen mit *eindeutigen* Motiven und zweckgerichteten Strategien auf eine Überwindung des Wohnungsnotstandes hinwirken können. Sieht man die primäre Funktion der Marktwirtschaft in ihrem Vermittlungsauftrag zwischen Bedürfnissen und Leistungserstellung, dann sind gewisse Leistungen sogar ausschließlich nur von einer genossenschaftlichen Organisationsform erwartbar, weil nur in dieser die Bedürfnisse auch *Handlungsmotiv* sind. Eine kapitalorientierte Betrachtung zeigt hingegen, daß die Eigenschaften des Konsumgutes »Wohnraum« nur für ruhendes, nicht hingegen für mobiles Kapital interessant sind. Eine klassenspezifische Betrachtung zeigt darüber hinaus, daß die Abhängigkeit der Mieter von Wohnraum unter der Bedingung des Mangels ausbeutbar ist. Wo auch immer eine Marktwirtschaft Ausbeutungsanreize setzt, wird sie nicht Fleiß, sondern Ausbeutung hervorbringen.

Damit zeigt sich m. E., daß Wohnungsmärkte unter bestimmten Umständen nach den Gesetzen der OPPENHEIMERSchen Klassenmonopoltheorie funktionieren, selbst wenn die Klasse der abhängigen Mieter nur ca. 2/3 der Bevölkerung umfaßt und die Zahl der Vermieter groß ist. Dennoch scheiden sich an dieser Linie die *Motivgruppen* und ihre Tendenz, Güter entweder zu erstellen oder zu verknapen. Würde die Bevölkerung gleichmäßig Wohnraum besitzen, und wäre der »Wohnungsmarkt« nur ein Tauschmarkt wechselnder *Wohnort*priority, also ein Mobilitätsmarkt, dann könnten die Preissignale des Marktes (schwankende An- und Verkaufswerte) entsprechend der wechselnden Prioritäten dafür sorgen, daß in Zu-

⁴⁸⁵ Der *Ring der Wohnungsbaugenossenschaften* verfolgt die Absicht, Genossenschaftsmitglieder mit Genossenschaftswohnungen zu versorgen, wenn diese den Wohnort wechseln. Vgl. HELMUT W. JENKIS: Die Genossenschaften in der Wohnungswirtschaft, a.a.O., S. 641. Die Idee des mobilen Wohneigentums scheint mir dennoch neu zu sein.

⁴⁸⁶ Vgl. HANS-JÜRGEN BÄRSCH: Zur Effizienz ..., a.a.O., S. 132 f.

zugsgebieten verstärkt und in Abzugsgebieten vermindert gebaut wird. Doch ist dieser Steuerungsmechanismus der Produzentennachfolge unter kapitalistischer Randbedingung nicht Thema, weil die Vollversorgung der einen Klasse durch die andere kein Thema ist. »Investoren« eignen sich *nur dann Wohnraum an, wenn dieser von den Mietern innerhalb einer »erträglichen« Zeitspanne bezahlt wird.* Ihre Schlüsselposition bezüglich Kreditwürdigkeit, Einkommensstärke oder bereits vorhandenem Vermögensbesitz ermöglicht ihnen, Wohnraum »in die Welt zu setzen«. Die Bezahlung dieses Vorganges durch die Miete ist ihr »beanspruchter Lohn« oder »Einkommen«. Für den »Investor« ist dabei interessant, innerhalb welchem Zeitraum sich das eingesetzte Kapital *verdoppelt*, ihm also sein Kapital zurückerstattet wurde *und* zudem das Mietobjekt gehört. 20 bis 30 Jahre sind da eine lange Zeit, wenn man bedenkt, daß der Kapitalist mit dieser Strategie sein »Startgeld« im Laufe seines Lebens lediglich vervierfachen könnte. Für einen Wohnraumsuchenden liegen die Motive dagegen anders. Ihm genügt es in der Regel, wenn es ihm ein einziges Mal in seinem Leben gelingt, eigenen Wohnraum zu erwerben und dem Mietverhältnis zu entfliehen. Nur seine Motivation steht hoch, den gezollten 20 bis 30 Prozent-Abschlag vom Lohn für Miete in Eigentum zu überführen. Der Erfolg einer Wohnungspolitik hängt somit in erster Linie ab von den Möglichkeiten und Formen des Wohneigentumserwerbes für Mieter, ist also eine Frage bezahlbarer und *verfügbarer Baugrundstücke* sowie eine Frage *kostengünstiger Baumethoden*. Um diese Interessen der Mieter an einem Statuswechsel zu vertreten, bedarf es einer Organisation. Sie kann nicht heißen »Mieterbund« oder »Mieterschutz«, sondern müßte heißen »Bau...«.

3.2. Die Versicherungen auf Gegenseitigkeit

Die *Solidargemeinschaft* der Versicherten ist, wenn sie auch nicht immer in der *Rechtsform* der Genossenschaft geführt wird, grundsätzlich dem Genossenschaftsgedanken nahestehend. »Wir sind eine starke Gemeinschaft« ist der Werbespruch einer *Versicherungsgesellschaft*, die aus imagestrategischen Gründen ihre kapitalrational und bürokratisch-anonym geführte Unternehmung in den Hintergrund stellt. Daß diese Werbestrategie Anklang findet, liegt weniger an einem möglicherweise vorhandenen Täuschungsgeschick des Unternehmens als daran, daß es mit dieser Selbstdarstellung trifft, was der Versicherungskunde *erwartet*. Die Frage nach dem Schein und der Wirklichkeit möchte ich hier nicht vertiefen⁴⁸⁷, sondern nur darauf hinweisen, daß die *Idee* der Versicherung und das *Bedürfnis* des Versicherten deutlich mit Gemeinschafts-Gedanken einhergehen.

⁴⁸⁷ Gegen die Deutsche Herold Lebensversicherung läuft z. B. derzeit ein Muster-Verfahren, weil der Deutsche Herold (und andere Unternehmen ähnlich) 350 Millionen Gewinn an eine neu gegründete Holding ausgelagert hat, gegenüber der die Lebensversicherungskunden keine Ansprüche auf Gewinnbeteiligung mehr geltend machen können. Die Tatsache des ausgelagerten Betrages ist unbestritten. Das angerufene Verwaltungsgericht klärt lediglich, ob das Berliner Aufsichtsamt für das Versicherungswesen die Gewinnentzignung der Versicherungskunden hätte untersagen müssen.

Im Grunde beruht der Versicherungsgedanke auf dem Problem der Unsicherheit individueller Existenz. Erkrankungen sind im Durchschnitt einer Population gesehen erwartbar, ob und wann es den einzelnen trifft hingegen nicht. Durch Vorsorge und Risikostreuung wird das Einzelrisiko wiederum tragbar. Man beteiligt sich an den Durchschnittskosten einer Risikoart und wird dadurch finanziell von dem Einzelrisiko befreit. Der sich einstellende »Seelenfriede« angesichts einer bewältigten Ereignisfurcht zählt wohl zu den höheren Bedürfnissen menschlicher Existenz. Auch wenn Unternehmen fusionieren und Monopole bilden, steht dahinter nicht mehr als der Wunsch, einen mit Unsicherheiten behafteten Markt unter die eigene Kontrolle zu bringen. Nicht viel anders steht es um die Bewältigung der menscheigenen Existenzängste und Wiedererlangung des Seelenfriedens im Versicherungsgewerbe, wenn hier auch nicht ungünstige Marktereignisse, sondern überwiegend unvorhersehbare Unglücksfälle bewältigt werden sollen.

Die Vergangenheit der »Versicherung« bestand in der Familien-, Dorf- oder Clangemeinschaft, in der sich die Personen als Schicksalsgemeinschaften die Lasten ungünstiger Ereignisse teilten oder das Risiko vorhersehbarer Altersbedürftigkeit durch generationenübergreifende Sozialnormen regelten. „Diejenigen Unglücksfälle, welche hauptsächlich die materielle Lage der ländlichen Arbeiterbevölkerung bedrohen, sind *Brandschäden, Viehsterben, andauernde Arbeitsunfähigkeit* oder der *Tod des Familienoberhauptes*; gegen die nachteiligen Folgen dieser muß sie sich vor allen Dingen zu schützen suchen.“⁴⁸⁸ Für diese Fälle hatte man 1874 bereits Feuer-Versicherungs-Gesellschaften auf Gegenseitigkeit, genossenschaftliche Viehversicherungsvereine sowie Kranken-, Sterbe-, Begräbnis-, Witwen- und Invaliden-Kassen eingerichtet⁴⁸⁹. Ferner sind aus den städtisch-industriellen Bezirken die Wanderkassen der Gesellenvereine, Streikkassen der Gewerkvereine und Arbeitslosenkassen der Gewerkschaften bekannt. In ihnen fanden sich Personengruppen mit bestimmten Risikomerkmale zum Zwecke ihrer wechselseitigen Absicherung zusammen.

»Moderne« Versicherungen, seien es die auf Sozialversicherungsrecht beruhenden staatlichen, die auf Gewerbeinteresse beruhenden privaten oder der 1922 gegründete Vorläufer der heutigen Raiffeisen- und Volksbanken-Versicherung⁴⁹⁰, sind in Richtung einer Entpersönlichung weiter fortgeschritten. Sie tragen damit nicht nur der heute vorherrschenden individualistischen Lebenskonzeption Rechnung, sondern *ermöglichen* diese in vielen Fällen überhaupt erst. Der Einzelne wird mittels der anonym käuflichen Rückversicherung unabhängig von konkreten Per-

sonen und kann sich einklagbare *Ansprüche* aufbauen, statt im Notfall auf die Tragfähigkeit persönlicher Bindungen angewiesen zu sein.

Es gibt an der modernen Form der Versicherung eigentlich nichts zu kritisieren, sofern sie eine *Bereicherung* möglicher Lebenskonzeptionen darstellt. Eher erscheint mir das Fehlen einer originär genossenschaftlichen Versicherungseinrichtung als *Verlust* möglicher Vielseitigkeit. Weil der Akt der Versicherung dem Genossenschaftsgedanken nahesteht und der fehlende genossenschaftliche Organisationsgrad als Sieg der Institutionen über die Gemeinschaften auch mit Verlusten einhergeht, möchte ich das Thema hier vertiefen.

Die Hauptarbeitsleistung moderner Versicherungen besteht aus Sicht des Versicherungskunden in dem Aufbau eines Umverteilungsmechanismus. Der Kunde schließt keinen Vertrag mit der *Versichertengemeinschaft*, sondern einen zweiseitigen Vertrag mit dem *Versicherungsunternehmen*. Dem Unternehmen gegenüber verpflichtet sich die Person zur Beitragszahlung, und von dem Unternehmen fordert sie Zahlungen im Falle des Eintretens vordefinierter Ereignisse. Ist das Ereignis nicht exakt vertragsgemäß, wird das Unternehmen die Zahlung verweigern, völlig gleichgültig, wie schwerwiegend eine Notlage den Versicherten belastet. Das ist so auch fair und gerecht, denn klare Verträge und nicht lebendige Solidargemeinschaft sind das Fundament des Versicherungsunternehmens. Sofern ein Unternehmen die Risikoereignisse sachlogisch umfassend und gut abgegrenzt zusammenstellt, wird es mit den Erwartungen des Kunden auch nicht kollidieren. Es liegt zumindest in dem Eigeninteresse der Unternehmen, den Kunden im Schadensfall nicht zu enttäuschen. Werden dann aber doch in der Öffentlichkeit Fälle solcher Enttäuschung bekannt, dann zeigt sich schlaglichtartig der im Grunde ständig vorliegende Interessengegensatz von Kunde und Unternehmen, der nur deswegen weitläufig in den Hintergrund tritt, weil das Unternehmen mit seinem Erfolg genuin davon abhängig ist, dem Kunden »zu Dienste« zu sein. Es muß demnach eine perfekte Imitation der Solidargemeinschaft produktmäßig anstreben, ohne jedoch jemals Solidargemeinschaft zu sein.

Das merkt man umgekehrt am deutlichsten in den Fällen des Versicherungsbetruges und Leistungsmissbrauchs. Sie sind moralisch erleichterte Formen des Diebstahls, weil sie im Grunde »gegen Unbekannt« erfolgen. Geschädigt wird eine anonyme Gruppe von Versicherten, die hinter dem Umverteilungsmechanismus des Unternehmens steht. Das Gebot »Du sollst nicht stehlen«, das selbst in einer Gemeinschaft von Dieben untereinander gilt, hingegen historisch etwa zwischen den christlichsten Eroberern und den eroberten Kolonialvölkern nicht galt, ist ein genossenschaftliches Vertrauensgebot. Seine Gültigkeit ist, wie OPPENHEIMER zeigte, begrenzt auf den inneren Kreis einer *sozialen Gruppe*, ist ein Gebot der zwischenmenschlichen Bindung. Dagegen bereitet es dem Fremden gegenüber bereits weit weniger »Gewissensbisse«, wenn ohne gerechten Tausch genommen wird, was man begehrt. Gegenüber einer Unperson, einer anonymen Institution, ist die moralische Kraft des natürlich sozialen Verhaltens noch geringer. Damit das Gebot unter sozial unverbundenen Personen wirkt, bedarf es etwa der höheren Instanz

⁴⁸⁸ THEODOR VON DER GOLTZ: Die ländliche Arbeiterfrage und ihre Lösung. Danzig 1874, S. 202.

⁴⁸⁹ Vgl. THEODOR VON DER GOLTZ, ebenda, S. 206 und 211.

⁴⁹⁰ Die R+V Versicherungsgruppe wird von der DG BANK als „genossenschaftlich getragenes Versicherungsunternehmen“ ausgewiesen, von deren neun Unternehmen sechs in der Rechtsform der Aktiengesellschaft und drei als Versicherung auf Gegenseitigkeit organisiert sind (vgl. DG BANK: Die Genossenschaften ..., a.a.O., S. 63 f). Detaillierte Informationen findet man etwa in der Arbeit von HARALD THEIS: Kooperatives Marketing von Versicherungsunternehmen. Eine Untersuchung am Beispiel des genossenschaftlichen Versicherers. Marburg 1985.

eines Gewissens (eines Gottes), dessen Gebote zu verletzen der Mensch nicht wagt, oder eines strafenden Armes des Gesetzes, der allerdings nur wirken kann, wo er ein Vergehen sieht, oder aber einer umfassend-abstrakteren *Gesellschaftskonstruktion*.

Die moralischen Imperative einer Gesellschaftskonstruktion kann das Individuum annehmen, wenn ihm durch Erklärung oder Erziehung seitens des Gesellschaftskollektivs eine überindividuelle Perspektive nahegebracht wurde, in der der OPPENHEIMERSche Gerechtigkeitsbegriff der »subjektiven Reziprozität« (↑ 154) gilt. Das heißt, die Appelle der Gemeinschaft erlangen Berechtigung, indem sich die Gemeinschaft als Einheit wechselseitig verbundener Personen im Guten erweist. Aus der gewachsenen Dankbarkeit ihrer Atome gegenüber dem Ganzen leitet dann das Ganze den berechtigten Anspruch des Zusammenhaltes und der Opferbereitschaft in der Not ab. Die Selbstbegründung einer sozialen *Einheit* geht über von Fiktion in Realität, wenn sie mit den gemachten Erfahrungen ihrer Mitglieder übereinstimmt. Das heißt, es gibt keine Ansprüche aus dem formulierten Wort heraus (oder aus »Sonntagsreden«), sondern *was ist* zählt, worüber Worte allenfalls geschickt täuschen können.

Der Raub ist in sozial nicht wechselseitig verbundenen Beziehungen ähnlich »untadelig«, wie der Raub gegenüber dem Tier als Lebewesen. Manch ein Tiereschützer akzeptiert das Tier als höhere Kreatur, sieht sein Leiden, empfindet Mitleid und verurteilt jede Form der Quälerei. Andere Menschen wiederum sehen das Tier als eine Sache und verstehen vermutlich ernsthaft nicht, wie sich Menschen mit dem Leiden von Tieren identifizieren können. Auch Menschen, die sich in einem Krieg gegeneinander befinden, verstehen denjenigen aus ihren Reihen nicht, der den Feind noch als Menschen mit Rechten anerkennt. Ich denke, dies ist Teil unserer biologischen Vorcodierung, der verstanden und gehandhabt werden muß.

Für jede Art der Versicherung oder sozialstaatlichen Umverteilung gilt, daß diese nur auf der Grundlage eingebildeter oder tatsächlich vorhandener Fairnessgebote funktioniert. Wo aber keine Gemeinschaft vorliegt, nimmt der Mensch in der Regel auch eine nicht-gemeinschaftliche Haltung gegenüber den Einrichtungen ein. »Wer Beiträge zahlt, erwirbt das Recht herauszuholen, was sich herausholen läßt.« Diese Vorstellung orientiert sich nicht mehr an tatsächlichen Schadensfällen und dem Gedanken der Risikoabsicherung, sondern an dem Gedanken der in wirtschaftlichen Belangen üblichen Vorteilsmaximierung.

Damit sind die anonymen Institutionen einer Bedrohung oder Tendenz des Funktionsverlustes im engeren Sinne ihres Regelungswerkes ausgesetzt, die ich hier nicht beklagen möchte, sondern die mir als eine, von Genossenschaften ausgestaltbare, funktionale Lücke erscheint. Voraussetzung wäre allerdings die Existenz echt genossenschaftlicher Organisationszusammenhänge, in denen die Genossenschaft solidarisch ihre Grundversorgung organisiert und lediglich außerordentliche Schadensfälle bei einem Dachverband rückversichert. Aus der gelebten zwischenmenschlichen Beziehung heraus könnte die Solidarität der Versicherten dann keine Maske für Umverteilungsmechanismen und Maximierungsgebote, sondern eine

Mischung aus (vorausschauender) Organisation und Gewissensentscheidung sein, in der die Bedrohung menschlicher Individualexistenz als Problem erkannt wird und nur aus diesem Grunde auch Absicherung erfährt.

Neben der Aussicht auf Rationalitätsgewinn bei den reinen Versicherungsleistungen ist die Versicherung für den Gesamtkomplex eines »Genossenschaftswesens« aber auch als Sammelbecken für Kapital zu sehen⁴⁹¹. In dem vorangegangenen Abschnitt über die Wohnungsbaugenossenschaften zeigte sich, daß die Baugeldbeschaffung in der Vergangenheit günstig durch eine Kooperation mit den Rentenversicherern gelöst werden konnte. Die Lebensversicherungen der Landwirte gaben ihre Kredite in erster Linie an landwirtschaftliche Erwerbsunternehmen. Auch unsere Lebensversicherungen sind bis heute für Baumaßnahmen beileihbar. Und nicht minder steht etwa die private Altersvorsorge in der Form geschaffenen Wohnraumes sowie die private Altersvorsorge in der Form eines Renten- oder Versicherungsanspruches sachlogisch eng nebeneinander. Die Frage wäre, ob eine speziell genossenschaftlich orientierte Versicherung diese beiden Interessen nicht miteinander verbinden und auf höherem Niveau optimieren könnte.

Wir erkennen die OPPENHEIMERSche Gruppenpsychologie des organisierten Wir-Interesses (Genossenschaft) und die Problematik des organisierten Ich-Interesses (Herrschaft) auf dem Versicherungsmarkt. Ein integrales Genossenschaftswesen wird gerade in diesem Marktsegment einen natürlichen Vorteil genießen, weil durch persönliche Bindungen das Betrugsrisiko sinkt und eine Absicherung somit beitragsgünstiger angeboten werden kann. Als Sammelstelle für wertbeständige Vorsorgeanlagen (Lebensversicherung) ist sie geradezu natürlicher Partner der Baugenossenschaft. Und ob sich nicht z. B. auch Arbeitsplätze leichter einrichten ließen, wenn spezielle Versicherungsstrukturen den Verlust von Arbeitsmöglichkeiten absichern würden, müßte geprüft werden. Zumindest geht meine Tendenz dahin, den »Arbeitsplatz« als ein Dienstleistungsprodukt des Unternehmers nach innen, das als solches seinen Preis hat, zu verstehen (↑ 298). Was seinen Preis hat, kann man im Prinzip auch kaufen und bei Verlust ersetzen. Wäre nur die Frage, ob die Versicherungsprämien bezahlbar wären und welchen Gesetzen das Risiko folgt.

⁴⁹¹ „Bis Ende 1927 hatte die Volksfürsorge den Konsumvereinen, Bau- und Siedlungsgenossenschaften, den Bauhütten und Gewerkschaften fast 20 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Durch ihre Anlagepolitik wurde sie zu einer Stütze der gemeinwirtschaftlichen Verbundbildung der 20er Jahre.“ KLAUS NOVY u. a., *Anders Leben*, a.a.O., S. 58.

3.3. Die Sparvereine und Kreditgenossenschaften

Die Genossenschaftsbanken bieten heute alle am Markt üblichen Bankleistungen an. Sie bilden neben den Privatbanken und Sparkassen eine »dritte Säule« des deutschen Bankensystems⁴⁹². Allerdings führt die Umkehrung der Leistungsfeststellung und Frage, welche *ausschließlichen Leistungen* sozialwirtschaftlicher Natur seitens der Genossenschaftsbanken organisiert werden, die *nicht* in gleicher oder ähnlicher Weise von anderen Banken oder Versicherungen angeboten werden, unmittelbar zu dem Punkt der genossenschaftlichen Wesensbeurteilung und Identität der Institute. Gewiß, den Sparkassen (= Säule 1 mit 46,8 % Anteil an der Bilanzsumme aller Universalbanken), Kreditbanken (= Säule 2 mit 33,6 %) und Genossenschaftsbanken (= Säule 3 mit 19,6 %⁴⁹³) haften *Charakteristika* an, die sie voneinander unterscheidbar hält. Doch liegt das Hauptunterscheidungsmerkmal der drei Banktypen wohl in der *Beschaffungsmethode ihrer haftenden Kapitaleinlage*. Die Sparkassen als Einrichtungen der Kommunen und Landkreise sind in letzter Konsequenz mit öffentlichen Haushalten verknüpft, die Privatbanken greifen auf Aktionärsbeiträge zurück, und die Genossenschaftsbanken organisieren sich eben auf der Basis kapitalzuführender Genossenschaftsanteile.

Die Erfolgsgeschichte der deutschen Genossenschaftsbanken beruht ohne Zweifel auf dem Umstand, daß die Beschäftigten und Führungskräfte der Genossenschaftsbanken rational denkend ihre Bank (bzw. Arbeitsplätze) jeweils so organisiert haben, wie dies für die Bank und damit ihrem eigenen Berufsinteresse angemessen erschien. Wenn es einer Bank gelingt, einerseits dem Kunden gerecht zu werden und andererseits das eingelegte Kapital angemessen zu verzinsen, dann dürfte ihr der Erfolg auch weiterhin sicher sein. Anerkannt werden muß ferner, daß die Genossenschaftsbanken in einem insgesamt genossenschaftsmüden Umfeld ca. 75 % aller Genossenschaftsmitglieder der Bundesrepublik stellen, mit ihren starken Revisionsverbänden die genossenschaftliche Infrastruktur sichern und den größten nicht-staatlichen Beitrag zur finanziellen Unterstützung der Forschung auf dem Genossenschaftssektor leisten.

Dennoch möchte ich den kritischen Thesen OSWALD HAHNS⁴⁹⁴ und HANS-H. MÜNKNER⁴⁹⁵ folgend - ihre Wiedergabe würde drei Textseiten füllen - die Frage aufwerfen, ob unter den gegebenen Randbedingungen des Kredit- und Kapitalmarktes

⁴⁹² Weiterführend siehe EDUARD MÄNDLE: Das genossenschaftliche Bankwesen. In: Juhani Laurinkari, Genossenschaftswesen, München 1990, S. 530 - 546, sowie jährlich aktuell DG BANK: Die Genossenschaften in der Bundesrepublik Deutschland, a.a.O., S. 17 - 36.

⁴⁹³ Zahlen von 1991, einschließlich der fünf neuen Bundesländer. Quelle: DG BANK, Die Genossenschaften ..., a.a.O., S. 19.

⁴⁹⁴ OSWALD HAHN: Die Unternehmensphilosophie einer Genossenschaftsbank. Tübingen 1980, S.51 f. In vier Thesen äußert sich Hahn dort über die Aufgabe des klassischen Förderungsauftrages in der Bankpraxis sowie über mögliche Ansätze für ein tragfähigeres Genossenschaftsverständnis.

⁴⁹⁵ HANS-H. MÜNKNER: Strukturfragen der deutschen Genossenschaften, Teil 2, Genossenschaftliche Identität und Identifikation der Mitglieder mit ihrer Genossenschaft, Frankfurt a. M. 1990, S. 15 f.

andere Genossenschaftskonstruktionen möglich und wünschenswert wären. Die Dimension der Problematik und der Umstand, daß die bislang erschienene wissenschaftliche Literatur zur genossenschaftlichen Bankenproblematik an dieser Stelle unmöglich angemessen berücksichtigt werden kann, nötigt erneut, von den real bestehenden Genossenschaftsbanken zu abstrahieren und dem real Gewordenen das theoretisch Denkbare gegenüberzustellen. Durch Hervorhebung einer möglichen, genossenschaftspolitisch aktiven Position der Genossenschaftsbanken soll nachgefragt werden, was Kritik alleine nicht darstellen kann.

3.3.1. Genossenschaftswesen und Geldverkehr

Ein Genossenschaftswesen verlangt zur Abwicklung seiner an Geld gebundenen Aktivitäten scheinbar natürlich nach einer genossenschaftsnahen Bank. Die »Caja Laboral Popular« als zentrale Einrichtung des Genossenschaftskomplexes von Mondragón, die »Ökobank« als gedachte Einrichtung eines alternativ-ökonomischen Wirtschaftsverbundes sowie die weltweit bestehenden Arbeiterbanken⁴⁹⁶ deuten auf diese Neigung hin. Die Motive dazu liegen vor allem in dem Wunsch, die »eigenen« Banken mögen den eigenen Problemlagen näherstehen und somit

- a) realistischere Risikoeinschätzungen vornehmen und
- b) spezielle Dienstleistungen erbringen.

Bezüglich Punkt a) ist es nur logisch, daß eine Bank in dem Maße Vertrauen gegenüber Projekten zeigt, wie sie mit den Risiken der Projekte vertraut ist. Letzteres sind *Erfahrungswerte*, die auf mehrmaliger, gleichgelagerter Tätigkeit beruhen. Wenn eine Bank stets mittelständische Einzelunternehmer betreut, wird ihr etwa die Zusammenarbeit mit einem Großkonzern schwerfallen. Betreut eine Bank stets Großunternehmen, wird sie bei einer einmalig auftretenden Genossenschaftsgründung vor besondere Probleme gestellt. Das Urteil wird nicht ungünstig ausfallen, weil das Risiko objektiv höher ist, sondern weil die Unsicherheit des entscheidenden Bankverantwortlichen höher ist. Die spezialisierte Bank, die einen bestimmten Risikotypus aus Erfahrung gut kennt, wird mit dem Kunden mehr wagen können, ohne deswegen im Durchschnitt der notleidend werdenden Kredite ein höheres Risiko einzugehen. In diese Kategorie fällt denn m. E. die Entstehungsgeschichte der Genossenschaftsbanken.

Laut WEHRLE⁴⁹⁷ wurden früher etwa die Schreiner und Schuster von vornherein von den Groß- und Provinzialbanken als kreditunwürdig abgelehnt; auch scheuten sich die Handwerker alten Schlages ihrerseits, jene »blendenden Hallen« der Großbanken zu betreten. Da die Handwerker im Gegensatz zu den Landwirten am Anfang ihrer Tätigkeit lediglich über ihr Handwerkszeug verfügten und keine dinglichen Sicherheiten anbieten konnten (z.B. Grund und Boden), hätten die Großban-

⁴⁹⁶ Vgl. JÜRGEN LEWERENZ: Die Arbeiterbanken in Lateinamerika und in der Karibik. Frankfurt a. M. 1976, S. 39 ff.

⁴⁹⁷ EMIL WEHRLE: Deutsches Genossenschaftswesen. Hamburg 1937, S. 64 f.

ken ihnen einen ungesicherten Personalkredit gewähren müssen, was damals unüblich war⁴⁹⁸. Diese Form des Kredites, der im Vertrauen auf die zukünftigen Erträge und die Vertrauenswürdigkeit von Personen hin gegeben wird, haben die Handwerker daraufhin erstmals in den von ihnen selbst getragenen Instituten realisiert. Hinzu kommt als dritte Leistung (neben dem Zugang zu Kredit und der Bemessung der Kreditwürdigkeit anhand der »Ertragskraft«) ein Preisvorteil bezüglich der Zinshöhe, den die frühen Genossenschaftsinstitute ihren Mitgliedern aufgrund umfangreicher ehrenamtlicher Tätigkeit und geringer Verwaltungskosten gewähren konnten⁴⁹⁹.

Unter Punkt b) fällt z. B., daß ein auf dezentral wirtschaftenden Einheiten aufbauender Genossenschaftsverbund in weit stärkerem Maße zentrale Dienst-, Informations- und Koordinationsleistungen nachfragt. Die Einbindung der eigenen Bank in die genossenschaftlich-unternehmerische Entscheidung wird von einem dezentral-kooordinierten Verbund stärker verlangt werden als dies im kapitalistischen Wettkampf stehende Einzelunternehmen wünschen. Eine Genossenschaftsbank, die hier Integrationsfunktionen wahrnehmen wollte, würde allerdings voraussetzen, daß es einen zu integrierenden Verband aus genossenschaftlichen Klein- und Mittelunternehmen gäbe. Sie würde mit ihrer Entscheidung zugunsten einer genossenschaftsunterstützenden Schlüsselposition zugleich ihre nichtgenossenschaftlich organisierte Gewerbekundschaft abstoßen, die im Falle einer Kampfhaltung der Bank mit Ungleichbehandlungen realistisch rechnen müßte.

Die Genossenschaftsbanken waren ihrem Ursprung nach tief in einer allgemeinen Genossenschaftsbewegung verwurzelt. Mit dem Rückgang dieser Bewegung stand eine Umkehr zum allgemeinen Kundengeschäft an, denn warum sollten die gut eingerichteten Banken als Mitbewerber wieder aufgegeben werden, nur weil ein genossenschaftsspezifisches Bankengeschäft keine Nachfrage fand? Dennoch, so meine ich, läßt sich eine darüber hinausgehende mögliche Funktion einer Genossenschaftsbank beschreiben, die ihrerseits der Belebung genossenschaftlicher Wirtschaftszusammenhänge dienlich wäre. Diese Funktion kann man wiederum nur im Rahmen eines makroökonomischen Exkurses erkennen.

3.3.2. Exkurs: Geld und Kredit

Uns begegnen in der Geschichte drei Formen des Geldes, die allesamt Geldfunktionen erfüllen, aber doch sehr verschieden geartet sind. Geldfunktionen sind,

- a) als universelles Tauschgut den Handel zu vereinfachen,
- b) als Wertmaßstab alle Güter auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen und
- c) Tauschwert ohne Verlust über Zeitspannen hinweg speichern zu können⁵⁰⁰.

⁴⁹⁸ Vgl. WILHELM PETERS: Zur neuesten Entwicklung des Genossenschaftswesens im Handwerk. Marburg 1906, S. 90.

⁴⁹⁹ Vgl. OSWALD HAHN: Die Unternehmensphilosophie einer Genossenschaftsbank, a.a.O., S. 19 f.

Was ist der Wert eines Gutes? Es ist der Ausdruck einer Quantität des Gutes A in der Quantität des Gutes B. Ein Kilo Salz ist 50 Gramm Tee »wert«. Ein Brot »kostet« 20 Eier. Ein Huhn »kostet« zwei Brote. Auf diese Weise läßt sich »Wert« bzw. ein Geflecht aus Wertrelationen ausdrücken. Ihnen als Bezugspunkt gemeinsam sind allerdings die »Beschaffungsaufwände«, die jeweils hinter den zu tauschenden Gütern stehen. Geben wir dem Beschaffungsaufwand als Einheit einen Namen und ein Maß, so wie der Meter in Paris genormt und benannt wurde. Sagen wir, der Beschaffungsaufwand eines Huhns sei gleich 1 und nennen die Einheit »DUCK«, dann »kostet« ein Huhn = 1 DUCK, ein Brot = 0,5 DUCK und ein Ei = 0,02 DUCK. Bis hierhin wurde lediglich ein gemeinsamer Nenner geschaffen bzw. die »Recheneinheit« definiert, auf die alle Güter fortan einheitlich bezogen werden. Der Vorteil ist, daß statt doppelseitiger Preisrelationen zwischen Gütern fortan einseitige Preisinformationen kommunizierbar sind, deren Verankerung jede Person entsprechend ihres »Warenkorbes« individuell und doch allgemeingültig vornimmt.

In der Tat ist der Mensch sehr schnell auf diese Vereinfachung gekommen und hat in grauer Vorzeit Kleintiere als »Zahlungsmittel« bzw. »Recheneinheit« verwendet. Die Nachteile dieser Form brauchen wir hier nicht zu diskutieren, weswegen als nächste Stufe das vor Verderb sichere produzierte Sachgeld trat. Das produzierte Sachgeld verkörpert ebenso wie das Huhn einen Beschaffungsaufwand. Sagen wir, es erfordert einen Aufwand von 5 DUCK, um ein Gramm Gold zu finden, dann wird eine Münze aus 10 Gramm Gold die Prägung 50 DUCK erhalten. Bis hierhin ist Geld nichts anderes als Ausdruck eines Gutes in der Quantität eines anderen Gutes.

Doch auch diese Form des Geldes ist noch umständlich. Denn warum sollte ein Händler, der heute 5 Fässer verderblicher Butter verkaufen will und dafür in einem halben Jahr eine Kuh erhalten könnte, erst gegen Gold verkaufen? Vielleicht sind sich ja beide Tauschpartner einig und verfügen über gar kein Gold. Also gibt man sich Kredit, was zunächst nichts anderes heißt, als im Vertrauen auf eine zukünftige Zahlung über einen Zeitraum hinweg die Gegenleistung eines Tauschhandels zu strecken⁵⁰¹. Nehmen wir an, der Verkäufer der Butter will die Kuh nicht, aber er will die Butter verkaufen, weil diese verdirbt, während er für die Kuh in Ruhe einen

⁵⁰⁰ In der Literatur sind die Begriffe »Tauschmittelfunktion«, »Recheneinheit« und »Wertaufbewahrungsmittel« eingeführt. Vgl. HANS-JOACHIM JARCHOW: Theorie und Politik des Geldes, Teil I: Geldtheorie, Göttingen 1987, S. 15 ff.

⁵⁰¹ „Das Wort 'Kredit' hat seinen Ursprung im lateinischen 'credere' (= vertrauen, Glauben schenken). Entsprechend umfassend ist der Sinngehalt dieses Wortes, der in unserer Sprache im wesentlichen zwei Sachverhalte erfaßt: Zum einen besitzt eine Person ganz allgemein Kredit, wenn man ihr vertrauen kann, vorrangig wegen ihres guten Rufes, der begründet sein kann in ihrer Integrität, ihrem Besitzstand und eventuell ihrer sozialen Stellung. Zum anderen, und das ist der überwiegend gemeinte Sachverhalt, versteht man unter dem Kredit weniger den guten Ruf eines Wirtschaftssubjektes als vielmehr eine ihm hauptsächlich aufgrund eben dieses guten Rufes gewährte Leistung, die unter bewußtem Verzicht auf eine sofortige Gegenleistung erbracht wird, also im Vertrauen darauf, daß die entsprechende Gegenleistung zu einem späteren Zeitpunkt erfolgt.“ ANDREAS SCHWENK: Die Kreditwürdigkeit der eingetragenen Genossenschaft. Göttingen 1984, S. 8.

Käufer suchen kann, dann wird er den *Anspruch* auf die Kuh gegen ihm günstigere Gegenstände weiterreichen. Und schon ist das Prinzip des Wechsels gefunden. Er erfüllt die gleiche Funktion wie Gold, ist aber Kreditgeld. Seine Leistungsversprechung ist gemessen in der Wertseinheit des Goldes z. B. 80 DUCK, und mit dieser »Prägung« wird er weitergereicht und funktioniert wie jedes andere Sachgeld. Hinzu kommt nur eine gesellschaftsrechtliche Garantieregelung, also eine *kulturelle Erfindung*, die die Leistungspflicht des Wechsellausstellers sichert.

Das Interessante an dieser zweiten Form des Geldes ist, daß es auf einem Gleichgewichtsmechanismus beruht und doch keine eigene Wertwurzel hat. Der Gleichgewichtsmechanismus besagt, daß die Summe der Ansprüche identisch steigt mit der Summe der Leistungspflichten. Mit jedem DUCK, das einem Kreditgeber per Wechsel versprochen wurde, erhöht sich die Bringschuld des Kreditnehmers um eben dieses DUCK. Das heißt, er muß mit Gütern *auf den Markt drängen*, um seine Schuld zu begleichen. Und deswegen, weil der Schuldner mit seinem Angebot in der Höhe seiner Schuld auf den Markt drängen muß, hat der Wechsel eine Kaufkraft. Treffen irgendwo ein Gläubiger und ein Schuldner aufeinander, von denen der eine einen Wechsel besitzt und der andere ein interessantes Tauschgut, dann wechselt das Tauschgut seinen Besitzer, und der Schuldner kann seiner Wechselschuld die eines anderen gegenüberstellen.

Natürlich wird ein Schuldner kaum jemals eine Person treffen, die einen von ihr ausgestellten Wechsel hält. Deswegen bedarf es einer Clearingstelle, über die der Schuldner den erworbenen Wechsel einer anderen Person gegen seinen eigenen eintauschen kann. Als Clearingstelle können beispielsweise Zentralbanken fungieren. Und weil das geschilderte Verfahren noch immer viel zu kompliziert ist, rationalisieren diese das ganze Verfahren in die nächste Stufe hinein, indem sie gesicherte Wechsel als Schuld und Leistungsversprechen akzeptieren und ihrerseits in gleicher Höhe einen generalisierten Schuldschein in Umlauf setzen: genannt »Geld«. Dieses bunt bedruckte Papier ist, wenn es auf dem Prinzip des Kreditgeldes beruht, Ausdruck einer *Angebotspflicht* des Schuldners auf den Märkten. Geldmenge und Angebotsdruck entwickeln sich direkt proportional zueinander. Sie sind Ausdruck eines gesellschaftlichen Kreditvolumens, dessen Höhe unter normalen Umständen wiederum Ausdruck der fortgeschrittenen gesellschaftlichen Arbeitsteilung ist. Denn je differenzierter die Organisation der Produktion einer Wirtschaftsgesellschaft ist, desto mehr Vorleistungen beansprucht ein Produzent für sein Produkte, die natürlich kreditiert/vorfinanziert werden müssen.

Diese Zusammenhänge mußten erläutert werden, weil sich von hier aus einige Irrtümer in die vorherrschende Anschauung einschleichen. Denn Kreditgeld erfüllt wohl alle Funktionen wie Monopolgeld, aber ist seiner Wertwurzel nach an keine »Quantität« oder »Knappheit« gebunden. Weil sich Angebotsdruck und Anspruchsrechte stets die Waage halten, kann es normalerweise keine Wertverschiebungen geben. Inflation und Deflation sind eigentlich nicht möglich. Aber: die Konstruktion hat einen Schwachpunkt, denn die Waage hat keinen natürlichen Generalnenner oder *Wertmaßstab*, sondern lehnt sich lediglich an die Wertseinheit des etablierten

Nicht-Kreditgeldes an, auf die sich die Vertragsparteien zum Zeitpunkt der Kreditübereinkunft beziehen. Wir haben oben das DUCK aus dem Sachgeld heraus entwickelt als »Beschaffungsaufwand«. Da wir wissen, daß ein Kredit nominal über jede x-beliebige Größe abgeschlossen werden kann und immer 5 Fässer Butter zu einer Kuh bedeutet, muß die Wertseinheit mit einem Kunstgriff fixiert werden, oder sie ist ein tendenziell »laufender« Wert. Die Fixierung des nationalen (oder internationalen) Generalnenners ist somit ein Problem. Es wäre lösbar, wenngleich auch mit einem ungleich komplizierteren Verfahren, als bei der Festlegung des Meters angewendet wurde⁵⁰².

Kommen wir zu dem dritten Typus mit Geldfunktion. Es ist das nationale Zettelgeld mit Zwangskurs, das herrschaftliche Geld des Staates, das dieser verbreiten kann, indem er alle ökonomischen Geldmechanismen unterbindet. Ein Staat hat über sein Gebiet nicht nur ein Gewaltmonopol über Leib und Leben, sondern wie selbstverständlich auch über das zugelassene Zahlungsmittel. Und hier funktioniert »Geld« im extremen Fall so, daß der Staat erst ein Monopol durchsetzt und alle Personen zwingt, sein Geld anzunehmen. Weil die Wirtschaft den Generalnenner mit Wertfunktion benötigt, wird sie diesen Zwang auch stets hinnehmen. Nun gibt der Staat eine bestimmte Anzahl von Zetteln aus und etabliert seinen Generalnenner, indem er eine Kaufkraft definitiv setzt. Ein Brot koste x, ein Ei y etc. Wurde die Setzung vom Volk als Bezugssystem internalisiert, können die Preise freigegeben werden. Die Zettel haben keinen Wert im Sinne des Sachgeldes oder des Kreditgeldes, aber sie sind knapp und etablieren sich in der Form eines »Knappheitswertes«. Diesem dritten Typ mit Geldfunktion steht die Bezeichnung »staatliches Monopolgeld« gut an. Es ist die windigste und komplizierteste aller Geldkonstruktionen, weil sie bei fehlendem Angebotszwang irgendeines Schuldners und ohne Eigenwert als Ware einen »Wert« alleine aufgrund der staatlichen Monopolstellung erlangen will. Man sagt sich, daß die Wirtschaftsgesellschaft, um ihre Tauschakte und ihre Produktion organisieren zu können, eine bestimmte Men-

⁵⁰² Die Lösung liegt nicht bei der MARXschen Verknüpfung von Wert und Arbeitszeit, wohl aber bei der OPPENHEIMERSchen Verknüpfung von Wert und Arbeitswert. Durch Bildung von Gütergruppen unterschiedlicher technologischer Beschaffenheit wird man feststellen, daß etwa Typ A und Typ B über lange Zeit hinweg in einem konstanten Verhältnis zueinander stehen, während Typ C sich davon abweichend bewegt. Typ C wäre damit gesondert erklärungsbedürftig (Monopolbildung, technologischer Fortschritt etc.), während A zu B eine Konstante beschreiben. Die Veränderung des Güterpreises pro Stück in Geld zu dieser Konstante beschreibt die Geldwertentwicklung. Es gilt hier festzustellen, daß es zu Zeiten des Metallgeldes solange keine »Inflation« gegeben hat, bis neu gefundene Minen und neu erfundene Gewinnungsverfahren den Beschaffungsaufwand des Metalls reduziert und damit das Metallgeld »entwertet« haben. Nur die fehlende Bindung an einen konstanten Ersatzmaßstab steht hinter dem Inflationsproblem. Ob sich die Wertbasis des Kreditgeldes über einen ökonomischen Mechanismus fixieren läßt oder nicht, hat man bis heute meines Wissens nicht systematisch zu Ende gedacht. Weiterführend siehe FRANZ OPPENHEIMER: *Das Kapital*, S. 304 - 358. RALPH GEORGE HAWTREY: *Währung und Kredit*. Hrsg. von FRANZ OPPENHEIMER, deutsch von LUDWIG OPPENHEIMER, Jena 1926. LUDWIG ERHARD: *Wesen und Inhalt der Wertseinheit*. Dissertation, betreut von FRANZ OPPENHEIMER, Frankfurt a. M. 1925.

ge Geld benötigt. Also muß sie die Zettel annehmen. Wenn die Zettel aber knapp gehalten werden, dann hätten sie einen »Wert« wie Gold.

An diesem Gedanken ist etwas richtig und etwas falsch. Richtig ist, daß bei knappen Gütern der Beschaffungsaufwand hoch ist und diese deswegen einen hohen Wert, ausgedrückt in der Quantität eines anderen Gutes, haben. Bei Gold ist der Beschaffungsaufwand allerdings verbunden mit den natürlichen Größen »Arbeit«, »Technologie«, »Ergiebigkeit der Fundstelle« und »Transportwiderstand«. Deswegen kann bei Gold keine Regierung auf die Idee kommen, beliebig viel davon auf den Markt zu bringen. Und täte sie es doch, dann hätte sie nichts davon, weil sie den Beschaffungsaufwand des Goldes in anderen Gütern voll ersetzen müßte. Bei den Zetteln stehen die Dinge dagegen anders. Überall auf der Welt kommen Regierungen, die um ihre Macht bangen, recht schnell auf die Idee, sich ein paar Zettel zu drucken und dafür Wirtschaftsgüter entgegenzunehmen. Das ist die Inflationssteuer⁵⁰³. Aber selbst wenn dieser Betrug am Volk nicht praktiziert wird und sich ein Land eine unabhängige Notenbank leistet (wie Deutschland), bleibt die Frage im Raum zurück, welche Menge dieses Geldes ausgegeben werden darf. Wie stark muß die Knappheit am Geldmarkt sein, damit keine Inflation eintritt? Eine schwer zu beantwortende Frage. Die Angelegenheit ist aber nicht unser erstes Problem an dieser Stelle, zumal die Wissenschaft als solche hier noch keine Lösung formuliert hat. Gewiß scheint mir ferner, daß sich die Systematik des staatlichen Monopolgeldes und des Kreditgeldes nicht miteinander vertragen. Denn ersteres bedarf des Knappheitspreises, um einen Wertanker zu finden, d.h. tendenzielle Unterversorgung und Mangel sind sein »Wertprinzip«. Zweiteres ist an keine Menge gebunden und könnte als Kreditgeld eine maximale Versorgung entsprechend der wechselseitigen Vertrauenswürdigkeit und Nachfrage einer Wirtschaftsgesellschaft realisieren. Es stört allerdings den Knappheitsanker des staatlichen Monopolgeldes und damit den entliehenen Wertmaßstab der Kreditvereinbarungen.

Es erscheinen mir die Schlußfolgerungen interessant, die unterhalb der staatlichen Ebene angesiedelt sind und für eine Genossenschaftsbank innerhalb eines Genossenschaftswesens gültig sein müßten.

- a) Die Knappheit von Geld ist eine schwankende, politische Größe. Eine zentrale Notenbank kann mit ihrer Geldpolitik unmittelbar Einfluß auf das Wirtschaftsgeschehen nehmen, wenn auch nur in eine Richtung. Sie kann Unternehmen zerstören, indem sie Kredite durch künstliche Knappheitszinsen verteuert. Auf dieser Ebene sind alle Unternehmen grundsätzlich gefährdet, weil

⁵⁰³ „... der Staat (wird) zum Inflationsgewinner, weil er durch die Ausgabe des Geldvolumens das Eingehen einer Verbindlichkeit vermeidet, für die er Zinsen zu zahlen hätte. Da die Individuen eine bestimmte Realkasse zu halten wünschen, müssen sie im Gefolge der Inflation ihre Nominalkasse erhöhen; das erlaubt es dem Staat, sich durch die notwendig wachsende Expansion des Geldvolumens Güter anzueignen. In diesem Sinne spricht man davon, daß der Staat eine Inflationssteuer erhebt.“ HAJÓ RIESE: Theorie der Inflation, Tübingen 1986, S. 125.

das staatlich-politische Handeln aus Gründen der »Geldpolitik« jederzeit ungünstige Rahmenbedingungen herbeiführen kann und wenig berechenbar ist.

- b) Im Prinzip kann sich eine Genossenschaftsbank von der staatlichen Geldpolitik abkoppeln, wenn sie als Einrichtung einen weitgehend geschlossenen Wirtschaftskreislauf zwischen Konsumenten und Produzenten bedient. Was in solch einem Wirtschaftssystem benötigt wird, ist nämlich nicht Geld, sondern Kredit. Vorleistungen und Rückleistungen müssen über die Zeitspanne einer komplexen Fertigungsperiode entkoppelt und wartefähig gehalten werden. Die erste geleistete Arbeitsstunde kann erst entlohnt werden, wenn das Gesamtwerk fertig ist.

Ich wiederhole den Ausspruch von W. KING, der 1828/29 schrieb: „Die Grundlage, das Geheimnis um das Genossenschaftswesen ist die Arbeit. Man nehme von dem Produkt der Arbeit weg, was für den Lebensunterhalt der Arbeiter notwendig ist; was dann übrig bleibt ist Überschuß, der gespart wird und der, wenn angesammelt, zu Kapital wird, mit dessen Hilfe die Arbeiter sich selber beschäftigen und für sich selbst Nahrung und andere Artikel erzeugen könnten, gerade so, wie sie es gegenwärtig mit dem Kapital der Unternehmer machen.“⁵⁰⁴

Was KING dort schrieb, ist in seiner Schlichtheit genial. Man nehme den Überschuß und beschäftige sich damit selbst. Die Lücke zu einem arbeitsteilig organisierten Produktionsvorgang schließt der Kredit, sei es als Lieferantenkredit (der Zulieferer wartet bis zur Bezahlung) oder als Konsumentenkredit (der Konsument bzw. Arbeiter ist nominell Eigentümer der im Produktionsprozeß hergestellten Güter und wartet deren Fertigstellung ab). Oder anders gesagt: eine Genossenschaftsbank, die Teil eines umfassenden Genossenschaftswesens ist, könnte Konstruktionen einer Selbstfinanzierung entwerfen, die auf einer Ansammlung von Überschüssen aus Arbeit beruht. Wie sich diese Idee im Detail realisieren ließe, kann hier nicht in Vollendung ausgeführt werden. Wiederum interessant ist nur, daß in England und den USA aufkommende Barter-Systeme genau diese Arbeits-Währung in Vorschuß und Nachleistung (Kredit) realisieren mit dem Effekt, daß Arbeit und entsprechend Konsum in wirtschaftlichen Regionen stattfindet, die durch »Armut« bzw. Mangel an staatlichem Monopolgeld ansonsten zur Untätigkeit verdammt wären. Ebenso scheint die Caja Laboral Popular als zentrale Einrichtung des Genossenschaftskomplexes von Mondragón tendenziell den Mechanismus »Kapital aus Arbeit« realisiert zu haben. Gäbe es hier einen produktiven Mechanismus zu entdecken, und vieles spricht dafür, dann würde ein Genossenschaftsverbund entsprechende Einrichtungen benötigen, die diesen Mechanismus tragen.

⁵⁰⁴ Zitiert nach HENRY FAUCHERRE: Die Genossenschaft. Ursprung und Wesen ..., a.a.O., S. 9.

3.3.3. Probleme und Perspektiven

Kennzeichnend für die Genossenschaftsbanken der Bundesrepublik ist, daß sie in einem wenig genossenschaftlichen Umfeld bestehen. Eine Bank kann ihre Existenz aber nur dann behaupten, wenn sie einem bestimmten oder unbestimmtem Klientel zu Diensten ist. In der Systematik eines Genossenschaftswesens bildet die Genossenschaftsbank wohl das Herzstück, aber ohne die schaffenden Arme und Beine ist das Herzstück nicht lebensfähig. Konsequenz haben sich die Genossenschaftsbanken dem unbestimmtem Klientel zugewandt und sich eine Position in dem Bankenoligopol erarbeitet. Gleichzeitig aber wird mit zunehmender Entfernung von den genossenschaftlichen Ursprüngen die eigene Identität⁵⁰⁵ zum Problem. Nicht, daß man der genossenschaftlichen Tradition abschwören wollte, nein, die Realitäten des modernen Bankmanagements lassen sich nur schwer in eine Linie mit der eigenen Geschichte stellen.

Drei Themen fallen besonders auf, an denen die Genossenschaftsbanken mit sozialpolitischer Wirkung arbeiten könnten:

- 1) Inflation und Zins,
- 2) Handel trotz knappem Geld/Geldersatz,
- 3) regionale Wirtschafts- und insbesondere Genossenschaftsförderung.

Thema 1: Inflation und Zins.

Die Inflation ist eine allgemeine Plage und Beigabe unseres modernen Geldsystems, genauer: des staatlichen Monopolgeldes. Nimmt man die von ADAM SMITH aufgestellte Preistabelle für einen Quarter Weizen (290,79 l) zwischen 1202 und 1740, also über 540 Jahre, dann schwankt dieser wohl enorm je nach Lage der Ernte und der politischen Verhältnisse (Krieg und Verwüstung = Knappheit), aber sein Preis beträgt im Mittel etwa 2 £, und das über Jahrhunderte hinweg⁵⁰⁶. Der Grund ist einfach der, daß die Silbermünze und der Weizen beide nur durch Arbeit gewonnen werden können, und diese standen bei beiden Produkten lange Zeit in einem relativ konstanten Verhältnis zueinander. Was bedeutet Wert? Die Menge eines Gutes A ausgedrückt in der Menge von Gut B. Unser modernes Geldsystem hat uns von den Lasten des Metallgeldes völlig befreit. Das ist gut so. Aber: den Händlern war es auch damals schon lästig, mit Edelmetallen zu bezahlen. Statt dessen bediente man sich der Wechsel und eines Papiergeldes, das die privaten Banken emittierten. Interessant an dieser Zwischenphase ist nun, daß es während dieser

⁵⁰⁵ „HEGEL spricht von einer »falschen Identität«, wenn die Einheit eines in seine Momente zerfallenden Lebenszusammenhangs nur noch gewaltsam aufrechterhalten werden kann.“ (S. 25) „Die *Ich-Identität* des Erwachsenen bewährt sich in der Fähigkeit, neue Identitäten aufzubauen und zugleich mit den überwundenen zu integrieren, um sich und seine Interaktionen in einer unverwechselbaren Lebensgeschichte zu organisieren.“ (S. 30) Gleiches gilt für die Identität eines *Gruppen-Ich*. JÜRGEN HABERMAS: Können komplexe Gesellschaften eine vernünftige Identität ausbilden? In: Jürgen Habermas, Dieter Henrich, Zwei Reden, Frankfurt a. M. 1974, S. 23 - 84.

⁵⁰⁶ Vgl. ADAM SMITH: Eine Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Reichtums der Nationen. Übersetzung von Peter Thal, Band I, Berlin 1963, S. 329 ff.

Zeit gute und schlechte Banken gab. Die Noten der einen behielten dauerhaft ihren Wert, weil die Bank absolut seriös arbeitete. Die Noten der anderen Bank wurden laufend abgewertet (oder nur mit einem Abschlag entgegengenommen), weil man wußte, daß diese Bank schlecht spekuliert hatte, mehr Noten ausgegeben hatte, als Werte dagegenstanden, schlechte Wechsel in ihrem Depot hielt etc. Die Wertbeständigkeit von Geldnoten, so lehrt uns diese Zeit, variiert mit den Gepflogenheiten der emittierenden Bank.

Den konkurrierenden Noten eines Wirtschaftsgebietes folgte das staatliche Monopogeld mit Zwangskurs. Denn statt den Privatbanken das Geldgeschäft zu überlassen, witterten die Staaten bald ihre Chance, selber an der Notenausgabe zu verdienen. Vor allem aber war die notorische Geldnot der Fürsten und Regierungen ein Motiv, direkt nach der Notenpresse zu greifen. Die völlige Entwertung aller Barvermögen nach dem ersten Weltkrieg in Deutschland, aber auch die Hyperinflationen der GUS und lateinamerikanischer Länder, beruhen auf dem überaus simplen Vorgang herrschaftlicher Notenpresse. In Deutschland wurde aus diesem Grunde nach dem zweiten Weltkrieg eine unabhängige Notenbank eingerichtet. Behauptet wird, damit sei das Problem gelöst. Doch es hat sich nur gebessert, wie die Verdoppelung aller Preise im 18-Jahres-Rhythmus zeigt. Von einer Konstanz über Jahrhunderte sind wir, bei allem Respekt vor deutscher Geldpolitik, weit entfernt.

Was auch immer als Grund für die Restinflation dingfest gemacht werden kann: die Folge sind Zinssätze, bei denen der Kreditnehmer den Inflationsausgleich bezahlen muß, sowie eine Besteuerung von Scheingewinnen, die sich aus der nominalen Höherbewertung gleichbleibender Realwerte ergeben. Die Bundesregierung erhält nicht nur alljährlich etwa 10 Milliarden DM Zinsgewinne der Bundesbank übertragen, sondern »verdient« zudem an jedem Prozentpunkt Inflation durch Besteuerung der Scheingewinne und Steigen der Einkommensbezieher in der Steuerprogression. Ihre politische Position in diesen Dingen ist mehr oder weniger die des gleichgültigen Nutznießers. Dagegen ist die Gesellschaft zur Gegenwehr aufgefordert. Denn die von der Bundesbank gesetzten Zinsimpulse sind für die Gesellschaftswirtschaft ebenso schädlich wie die Restinflation. Warum? ADAM SMITH schrieb dazu:

„In einem Lande wie Großbritannien, wo der Regierung zu 3 Prozent und Privatleuten auf gute Sicherheiten zu 4 und 4½ Prozent Geld geborgt wird, ist der gegenwärtige gesetzliche Zinsfuß von 5 Prozent vielleicht so angemessen wie möglich. (...) Würde der gesetzliche Zinsfuß in Großbritannien beispielsweise auf 8 oder 10 Prozent erhöht, so würde der größte Teil des zu verleihenden Geldes an Verschwender und Projektmacher verborgt, da alleine diese solche hohen Zinsen zu zahlen bereit wären. Besonnene Leute, die für die Nutzung von Geld nur einen Teil dessen, was sie dadurch wahrscheinlich gewinnen, hingeben, würden es nicht wagen, mit ihnen zu konkurrieren.“⁵⁰⁷

Mit anderen Worten: viele solide Projekte einer Volkswirtschaft unterbleiben, wenn die Verzinsung des Kapitals zu hoch ausfällt. Oder anders herum: der niedrigste mögliche marktgerechte Zins ist volkswirtschaftlich *immer* der beste. Jede

⁵⁰⁷ ADAM SMITH: Eine Untersuchung ..., Band II, Berlin 1975, S. 106 f.

künstliche Erhöhung durch Einmischung des staatlichen Monopolisten, der seinerseits die Preis- und Gewinnssignale an einen oligopolistischen Bankensektor weitergibt, ist schädlich. Oder noch eine Nuance schärfer formuliert: die Bundesbank *besteuert* in letzter Konsequenz als Parafiskus alle Kreditnehmer und *verhindert dadurch gering rentable Investitionen!* Sie trägt dazu bei, daß auf den Kapitalmärkten nur mit erhöhten Einsätzen gepokert wird und ist somit ein auslösender Faktor für die Unterversorgung auf dem Wohnungsmarkt und bei Arbeitsplätzen.

Ihre *Rechtfertigung* ist die der Geldpolitik und Geldwertstabilität. Dem halte ich entgegen, daß die Stabilität der deutschen Währung aus der Umstellung von der Notenpresse zu einem soliden Kreditgeldsystem resultiert. Wollte die Bundesbank innerhalb dieser geschlossenen Systematik zusätzlich Geldpolitik betreiben, dann hätte sie ein einfaches Mittel, um den inneren Wertmaßstab des Geldes zu straffen: sie müßte die durch ihre staatliche Monopolstellung erzwungenen Zinseinnahmen »in den Ofen stecken« und dürfte sie nicht an die jeweilige Regierung weiterreichen⁵⁰⁸, von der sie angeblich unabhängig ist. Nur dadurch könnte sie den Angebotsdruck der Güter erhöhen und die Preisdisziplin der Anbieter erzwingen⁵⁰⁹.

Aus der Sicht eines Genossenschaftswesens gibt es nun zwei Ebenen der Betroffenheit. Einmal sind es die Genossen, die wie alle Bürger der Unsicherheit des Geldes ausgesetzt sind. Man kann also wie OSWALD HAHN die Frage stellen, ob eine Genossenschaftsbank über irgendwelche Möglichkeiten der Selbsthilfe verfügt und intern für sich eine Stabilität produzieren kann, die der Staat nicht von sich aus bietet⁵¹⁰.

Die zweite Ebene ist eine grundsätzliche, die das politische Bollwerk Staat angehen müßte, da die Bundesbank sehr empfindlich und mit Verbotsmacht ausgestattet reagiert, wenn sich die Bürger oder Unternehmen durch sogenannte Wertsicherungsklauseln oder Indexklauseln der staatlich verursachten Nominalwertverschiebung (Inflation, Deflation) entziehen wollen⁵¹¹. Hier sollte als Leitmaxime gelten, daß Geldpolitik überhaupt nicht in die Hände eines Staates oder einer Regierung gehört, sondern ganz und gar von den Bürgern (der Gesellschaft) kontrolliert werden sollte. Denn wenn Staaten oder Regierungen in Bedrängnis geraten, dann ist der Griff in die Kasse einfach zu verlockend, als daß der Bürger je auf die Standhaftigkeit seiner Herrschaften vertrauen könnte. Wenn der Bürger hier aber

⁵⁰⁸ Die »Gewinnabführung« an die Bundesregierung betrug 1992 über 13 Milliarden Mark. Vgl. DEUTSCHE BUNDESBANK: Geschäftsbericht 1992, S. 145.

⁵⁰⁹ Das Problem hat eine zusätzlich verkomplizierende Komponente durch die monopolistische Regelung der Preise auf dem Arbeitsmarkt. Die Gewerkschaften müßten aus eigenem Interesse zu Lohnverhandlungen übergehen, die sich an der Ertragskraft konkreter Unternehmen orientieren. In der Hierarchie der Unternehmen könnte es so eine Abfolge geben bis hinunter zu dem Unternehmen geringster Ertragskraft, in dem sich der letzte benötigte Arbeitsplatz befindet. Um betriebsorientierte Lohnverhandlungen führen zu können, müßte der Gesetzgeber den Betriebsräten allerdings einen Weg eröffnen, damit diese sich auf realistischen Zahlenmaterial gestützt in entsprechende Verhandlungen begeben können. Zahlen erhalten sie zwar schon heute, aber die sind in aller Regel an sensiblen Punkten falsch.

⁵¹⁰ OSWALD HAHN: Inflationsschutz als genossenschaftliche Aufgabe. In: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Bd. 24, 1974, S. 20 - 35.

⁵¹¹ Weiterführende Literatur siehe OSWALD HAHN, Inflationsschutz ..., S. 22 f.

gefestigte Rechte geltend machen will, muß er sie den Regierungen abtrotzen. Und das wiederum geht nur auf dem Weg über das Bundesverfassungsgericht oder durch den Druck der öffentlichen Meinung. Voraussetzung wäre der stichhaltige Nachweis, daß die Bundesbank schuldhaft Inflation verursacht und die Wirtschaft schädigt, es dazu aber eine freundlichere Alternative gibt.

Nun mag der Leser bereits denken, warum sich auf solche Wagnisse einlassen? Doch das muß man gar nicht von vornherein, solange man sich nur nach der Möglichkeit eines wertkonstanten Geldmaßstabes fragt. Einzig dieses Problem müßte eine Bürgerinitiative lösen; alles weitere würde aus dieser Lösung folgern. Denn die Lösung wäre eine gegenläufige Tatsache höherer Attraktivität, gegenüber der die gegenwärtige Inflationspraxis haltlos würde. Es gibt nur leider kaum mit Mitteln ausgestatteten Sachverstand außerhalb staatlicher Zusammenhänge, der solch eine Initiative tragen und ihre Lösungsansätze experimentell erproben könnte. Das kann eigentlich nur eine größere Privatbank mit gesellschaftspolitischem Engagement. Also wer?

Thema 2: Handel trotz knappem Geld; Geldersatz.

Stabiles Geld verkörpert, wenn man seine Wertbasis zurückverfolgt, einen abstrakten Anspruch auf Güter (bzw. Dienste) eines Schuldners. An diesem Basispunkt der Geldentstehung »besitzt« ein produzierender Schuldner wohl noch sein Produkt, ist aber mit einer Bringschuld gleicher Höhe belastet, so daß sein eigener Anspruch auf das Produkt gleich Null ist. Der Anspruch liegt bei demjenigen, der den Schuldschein hält, bzw. bei den durch die Bundesbank generalisierten Schuldscheinen bei demjenigen, der das »Geld« hält.

Durch die Erweiterung der konkreten Schuldbeziehung zwischen Personen zu einem gesellschaftlichen Geldentstehungsmechanismus erhält das gesellschaftlich entstandene Kreditgeld eine zusätzliche Qualität: seine Universalität. Will meinen, daß Geld bei allen Produzenten eines Wirtschaftsgebietes Gültigkeit erhält und somit alle Schuldner in der Leistungspflicht stehen bzw. ihre Schuld ablösen können, indem sie einen generalisierten Schuldschein mit ihrem Produkt zurückerwerben und ihre Schuld damit ablösen (oder, falls keine Schuld vorliegt, erwirbt man eben Kaufkraft und wird mit seiner Vorleistung Gläubiger).

Die universelle Einsetzbarkeit des Geldes ist nun eine dem Geld anhaftende, durch unsere Zivilisation mit ihren Mitteln hergestellte Qualität, die die Schuldbeziehungen zu einem Problem werden lassen kann. Denn der Gläubiger will unter Umständen gar keine Güter erwerben († 221), und niemand kann ihn dazu zwingen, denn sein Geld läßt sich schließlich unverrottbar lagern bzw. in Geld-Schuld-Beziehungen vermehren. Der Anbieter der Güter (Schuldner) steht somit unter Umständen einer tendenziellen *Unauflösbarkeit der Schuld* gegenüber († 204). Sie äußert sich für ihn darin, daß das Verhältnis Güterangebot zu Nachfrage nicht 1:1, sondern beispielsweise 2:1 steht. Als unmittelbare Erfahrungsaussage sagt man in solchen Zeiten »keiner hat Geld«, obwohl es Arbeit bzw. unerledigte Aufgaben reichlich gibt. Aber diejenigen, die das Geld haben, fragen die Arbeit nicht nach

bzw. lösen die Schuldverhältnisse nicht wieder durch eine der Schuld entgegengerichtete Nachfrage ab.

Aus einer ähnlichen Problemwahrnehmung heraus entwickelte SILVIO GESELL die Vorstellung, man könne dem Geld einen Angebotsdruck einbauen, wenn es als »Schwundgeld« konzipiert würde⁵¹². Der Angebotsdruck läßt sich aber auch auf eine andere Weise zwischen den Tauschpartnern des Marktes gleichmäßiger verteilen, nämlich durch sogenannte Barter-Geschäfte.

Das Bartering erfreut sich insbesondere in den USA und England steigender Beliebtheit⁵¹³. Man versteht darunter einen Typus des Verrechnungsgeschäftes, der wohl in der Wertehinheit des Geldes abgeschlossen wird (der Preisfindungsmechanismus bleibt dadurch erhalten), doch lautet der Anspruch bei Verkauf nicht auf Geld (generalisierte Schuldbeziehung), sondern es entsteht ein Anspruch auf Gegenleistung. Mit anderen Worten sind in einem Barter-Pool zwei Bewegungen fest miteinander verbunden: es werden dem Wert nach gleiche Mengen auf den Markt *gebracht* und vom Markt *genommen*. Der Effekt ist, daß eine Überschußproduktion nach erfolgtem Absatz nicht als »Kapital« erscheint, für das ein Zins verlangt werden könnte. Ein erfolgreicher Verkauf ist weniger komfortabel als ein Verkauf gegen Geld. Andererseits profitiert der nächste Verkäufer von dem Umstand des erst halb geschlossenen Tauschringes, weil der Tauschpartner mit einem Anspruch gegenüber dem Tauschpool keinen Vorteil daraus ziehen kann, wenn ein Kauf verzögert wird oder nicht stattfindet. Die Bereitschaft, ein Tauschgut aus dem Pool zu nehmen und den Tauschring zu schließen sowie die Bereitschaft, ein Gut einzubringen und den Tauschring unvollendet zu eröffnen, entlastet beide Parteien in gleicher Weise von einem Risiko. Der Verkäufer muß fürchten, daß sein Produkt keinen Abnehmer findet. Deshalb ist ihm die Abgabe seines Produktes bereits ein wichtiger Schritt. Mit dem Anspruch auf Gegenleistung in den Händen muß er aber zweitens fürchten, kein brauchbares oder wertäquivalentes Tauschgut zu finden und ist deswegen erhöht abschlußbereit, wenn ein entsprechender Anbieter auftaucht.

Barter ist aus meiner Sicht keine Einrichtung, die den konventionellen Handel ablösen könnte. Seine Vor- und Nachteile⁵¹⁴ stehen vielmehr für ein parallel zu denkendes Modell mit teilweise anders gelagerten Akzenten. Während die Geldgeschäfte mit ihrem Bezug auf das staatliche Monopolgeld immer auch abhängen von den Allüren der jeweiligen Regierungen, ist die Verrechnungseinheit beim Barter eine des Handels. Wenn etwa in Osteuropa der Rubel durch Notenpresse für die

⁵¹² Vgl. zur Einführung GERHARD G. SENFT: Weder Kapitalismus noch Kommunismus. Silvio Gesell und das libertäre Modell der Freiwirtschaft. Berlin 1989. GESELL und OPPENHEIMER sehen nur das Problem ähnlich, nicht die Lösung.

⁵¹³ Vgl. o.V.: Barter-Boom. Entwicklung des organisierten Tauschhandels in den USA. In: Barter, Heft 1/1989, S. 8 - 9.

⁵¹⁴ Vgl. weiterführend HUGO GODSCHALK: Die geldlose Wirtschaft. Vom Tempeltausch bis zum Barter-Club. Frankfurt a. M. 1986. Sowie FRIEDRICH WEISSENBECK und HA. A. MEHLER: Barter - kostengünstig einkaufen, neue Absatzmärkte erschließen, kreativ finanzieren. Landsberg am Lech 1987.

Wirtschaft völlig funktionsunfähig gemacht wird, dann bietet die Idee des Barter einen Notnagel, den die Westwirtschaften den Ostwirtschaften gefahrlos anbieten könnten. Denkbar ist zudem, daß auf der Basis einer Barter-Konstellation das oben behandelte *Thema 1* positive Impulse erfährt. Und ebenso interessant scheint die Möglichkeit, eine Gruppe dezentral wirtschaftender Klein- und Mittelunternehmen (Genossenschaften) per Barter miteinander zu vernetzen, sei es

- a) um einen kontinuierlichen Ablauf einzurichten, der auf ein sonst nur von Großkonzernen fertigbares komplexes Produkt abzielt, oder
- b) die Angebotspalette spezialisierter Produzenten im Tausch zu erweitern, so daß ein Produzent auf einem regionalen Markt etwa mit 10 Produkten auftritt, aber nur eines davon selber fertigt.

Auf der Basis eines intern entwickelten Barter-Systems könnte eine offene Großunternehmung »Genossenschaftswesen des produzierenden Gewerbes« entstehen. Gegenstand der (bankmäßigen?) Aktivität der Barter-Organisation wären

- a) die Entwicklung eines praktikablen Verfahrens,
- b) die Informationsvermittlung,
- c) die Abrechnung der Wertströme und
- d) der »Außenhandel« (nationale und internationale Vernetzung gleichgerichteter Interessenten).

Wie auch immer eine konkrete Genossenschaftsbank zu dem angeschnittenen Thema steht: Barter ist eine *Kooperationsform* und keine *anonyme* Marktbeziehung. Als Kooperationsform haftet dem Barter die genossenschaftliche Idee also geradezu an.

Thema 3: Regionale Wirtschafts- und insbesondere Genossenschaftsförderung.

Wenn in Theorie und Praxis einigermaßen ratlos über die Operationalisierung eines »Förderungsauftrages« nachgedacht wird, dann steht dieses Denken in Deutschland unter dem unausgesprochenen Dogma, die individualistische Unternehmer-Kunden-Perspektive auf genossenschaftliche Zusammenhänge zu übertragen⁵¹⁵. Es gibt bei uns kein *Genossenschaftswesen* mit einem Wesens-Begriff, sondern nur eine Ansammlung gruppenindividualistischer Genossenschaften. Was an Synergieeffekten durch überbetriebliche Arbeitsteilung und Kooperation erzielt werden könnte, läßt sich nur grob schätzen bzw. aus Beispielen des Auslandes ableiten. Von daher fehlt uns bereits der Ansatz einer wirtschaftspolitischen *Idee*, der die Genossenschaftsmitglieder vielleicht zustimmen könnten. Statt dessen definiert man einen so zentralen Begriff wie den der »Förderung« anonym-individualistisch über die Frage, ob man hier einen Groschen mehr erhält oder weniger bezahlen muß als dort. *Aufbauen* erfordert aber immer Anstrengungen und Opfer heute zugunsten erklärter Ziele morgen. *Verbesserung* ist das »Investitionsmotiv« von Men-

⁵¹⁵ Vgl. die Zusammenstellung bei CLAUD OELLERKING und MANFRED HOLZGRABE: Sparkassen und Genossenschaftsbanken im Spannungsverhältnis zwischen Moral und Ökonomie: Strukturelemente, Organisationsgrundsätze und Geschäftspolitik. Frankfurt a. M. 1990, S. 117 ff.

schen (nicht Kapital), und solche Verbesserungen können nur in größeren Zusammenhängen über den Groschen hinaus angegangen werden.

Es läßt sich nur anmerken, daß die ersten genossenschaftlichen Institute der Förderung *des Gewerbes* und nicht nur einzelner Gewerbetreibender dienen sollten⁵¹⁶. Wenn das Förderungspotential einer Genossenschaftsbank heute in der Rolle eines »strategischen Planers« gesehen werden kann, dann liegt der Grund darin, daß die Verarbeitung von Informationen, die Beobachtung des Marktes, die Einschätzung des Risikos sowie die gesamte Rechenhaftigkeit wirtschaftenden Handelns das originäre Metier des Banksektors beschreibt. Wenn eine Spezialisierung und Arbeitsteilung aber nur innerhalb eines wechselseitigen Vertrauensverhältnisses gedeihen kann, müßte *die Bank eines Genossenschaftswesens* über einen wesenseigenen »Heimvorteil« verfügen, der sich in *Produktivkraft* ummünzen ließe.

3.4. Die Konsumgenossenschaften

In der emanzipatorischen Frauenbewegung wird gerne ein Gegensatz zu Männervereinen mit der Formulierung ausgedrückt: Es gibt bei uns keine »Macherinnen«. Gemeint wird, daß keine Frau sich vor die andere dränge und dieser damit ihre Entwicklungsmöglichkeiten schmälere. Diese Werthaltung führt allerdings nicht dazu, daß es *keine* Macherinnen gibt, sondern daß *alle* zu (gleichberechtigten) Macherinnen werden. Das heißt: Die *Entwicklung*, die durch das Gruppenselbstverständnis gefördert wird, ist eine *der Aktivierung ihrer Mitglieder*. Um das Wachstum der noch unentfalteten Genossinnen zu unterstützen, muß eine starke Genossin auch mal ihre Selbstverwirklichungsinteressen zurückstellen. Wenn aber eine breit gestreute Aktivierung aller Mitglieder erreicht worden ist und Macherin neben Macherin steht, dann *erhöht* dies die Leistungskraft der ganzen Gruppe.

Warum steht diese Bemerkung ausgerechnet einleitend bei den Konsumgenossenschaften, wo doch die »Geschichten großer Männer⁵¹⁷« bei allen Genossenschaftsarten (und auch nichtgenossenschaftlichen Unternehmen) dominierend sind? Die Plazierung an diesem Ort hat zwei Gründe:

1.: Wir finden bei den Konsumgenossenschaften positive Ausnahmen von der Regel, die einer besonderen Hervorhebung wert sind. Neben den Rochdaler Pionieren, die als Gruppen-Vorbild in die Literatur eingegangen sind, gab es in Deutschland beispielsweise einmal die an Rochdale orientierte und sehr erfolgreiche Hamburger »Produktion«.

⁵¹⁶ „SCHULZE-DELITZSCH entwickelte im Laufe seiner Tätigkeit ein umfassendes Konzept einer »sozialen Utopie«, in deren Mittelpunkt die Genossenschaften standen. Den »Schlüssel zur Lösung der sozialen Frage« glaubte er in den Produktivgenossenschaften gefunden zu haben. Die Einrichtung von Kreditgenossenschaften war nur ein Teil seines Genossenschaftskonzepts, keineswegs das Hauptziel seiner Bemühungen.“ CLAUS OELLERKING und MANFRED HOLZGRABE, ebenda, S. 81.

⁵¹⁷ Vgl. ARNULF WEUSTER: Theorie der Konsumgenossenschaftsentwicklung. Berlin 1980, S. 37.

2.: Das *Funktionieren* (nicht die Gründung) von Genossenschaften beruht weniger darauf, welcher konkrete Macher sich wann eine Konzeption ausdenkt und in die Tat umsetzt, als vielmehr darauf, ob *die Gruppe* einen gruppendynamisch tragfähigen Modus ihrer Selbststeuerung und Selbstaktualisierung *entwickelt*.

Zu 1.: Die Wechselfälle konsumgenossenschaftlicher Erfolgsgeschichte zeigen, daß die Institution »Genossenschaft« Resultat einer mehr oder weniger abgestimmten Interessenformation ist, die letztlich über die Stabilität der Genossenschaft als Ganzes entscheidet. Ein in der Literatur vorhandenes und mit den Begriffen »Demokratieprinzip« bzw. »Konsensprinzip« ausgedrücktes Problembewußtsein bezüglich des Regelbildungsprozesses deutet nur an, daß es in allen Gruppen konfliktträchtige Situationen gibt⁵¹⁸, die als typische Probleme erkannt und bewußt gehandhabt werden müssen. Insofern erfordert die Genossenschaft, unterschwellige Prozesse ins Bewußtsein zu heben, damit entlang rational akzeptierter Kriterien über Sachverhalte entschieden werden kann. Die Genossenschaft ist nur als hochrationale Unternehmung denkbar, *denn der Freiheitsgrad ihrer Mitglieder läßt nur wenig Raum für Interessenverletzungen*. Über »das was geht« und »das was man möchte« müssen Bewußtwerdungsprozesse stattfinden, die man mit (Heran-)»Bildung« im engeren und weiteren Sinne gleichsetzen kann.

„Die Bildungsbemühungen der Genossenschaften haben eine lange Geschichte. Sie richteten sich zunächst auf eine Anhebung der allgemeinen Volksbildung und erst später auf die Schulung von Mitgliedern und Mitarbeitern der Genossenschaften. Ihre Ursprünge lagen in Großbritannien. Das siebente der Prinzipien, die sich aus der 1844 in Rochdale gegründeten Konsumgenossenschaft nachweisen lassen, forderte ausdrücklich die Förderung der genossenschaftlichen Fortbildung (promotion of education). Die Aktivitäten vollzogen sich auch in der Folgezeit zunächst noch im Rahmen der lokalen Konsumgenossenschaften und waren noch nicht nach einem einheitlichen Plan ausgerichtet. So gab es um 1880 in 120 englischen Konsumgenossenschaften Lesesäle, und es bestanden etwa 100 genossenschaftliche Büchereien.“⁵¹⁹

Die Folge dieser Haltung war, daß sich über die Konsumgenossenschaften einst viele am Genossenschaftsgedanken interessierte Menschen mit geringem persönlichen Risiko dem Genossenschaftswesen nähern konnten. Wohl hatten die Kreditgenossenschaften meistens mehr Mitglieder aufzuweisen, doch gab es in den Konsumgenossenschaften Gelegenheiten zur aktiven Mitarbeit unterhalb der Expertenschwelle. Über die Konsumgenossenschaften traten die meisten Arbeiter dem Genossenschaftswesen als Bewegung bei und erlebten es aus nächster Nähe.

„So war es den Konsumvereinen möglich, *Kerngruppen von überzeugten Genossenschaftlern* zu bilden, die bereit waren, für den Genossenschaftsgedanken und für ihren Konsumverein zu werben, zu »agitieren«, wie man damals sagte. Diese freiwilligen »Mithelfer« waren eine Brücke zwischen den Vorständen der Konsumvereine und den

⁵¹⁸ Vgl. ANDREA GERTH und ELMAR SING: Knatsch, Zoff und Keilerei. Ein Lern- und Arbeitsbuch für selbstorganisierte Gruppen und Betriebe. München 1992.

⁵¹⁹ GUNTHER ASCHOFF, ECKART HENNINGSEN, Das deutsche Genossenschaftswesen. a.a.O., S. 115 f.

Mitgliedern. (...) Natürlich war es immer nur ein kleiner Teil der Mitglieder, der sich aktiv für die genossenschaftliche Sache einsetzte, aber dank der Aktivität dieser Mitglieder wuchs die Zahl der überzeugten Genossenschaftler.⁵²⁰

Die starke Hamburger »Produktion« hatte neben aller Güterversorgung eine klare emanzipatorische Botschaft: Zupacken! Mitmachen! Selbstbewußtsein zeigen! Gemeinsam etwas erschaffen! Die Konsumgenossenschaft förderte nicht das leibliche Wohl alleine, sondern gab ihren Mitgliedern eine Chance, die passiv-erdulden-de Lebenskonzeption gegen eine aktiv-handelnde einzutauschen. Und mit jedem Mitglied, das durch die Genossenschaft zu einer aktiven Haltung gegenüber dem Leben gehoben wurde, hob die Genossenschaft sich selber und gewann einen wertvollen Mitstreiter, eine wertvolle Mitstreiterin⁵²¹.

Zu 2.: Die Konsumgenossenschaftsbewegung verzeichnet in Deutschland eine kontinuierlich rückläufige Tendenz⁵²². REWE und EDEKA lassen sich als Einkaufsgenossenschaften der Einzelhändler höchstens randständig einer »sozialen Bewegung« zuordnen. Sie erfüllen im Wettbewerb des Handels wichtige Funktionen, aber sind a priori nicht »erzieherischer« Teil einer »Genossenschaftsbewegung von unten«, sondern Mittelstandssicherungshilfe.

Auch die neu entstehenden Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften⁵²³ verstehen sich in der Regel nicht als »Erzieher«. Sie sind es aber in der Praxis doch, weil die Mitglieder alle anfallenden Arbeiten selber leisten und somit aktiviert werden. Der Informationsaustausch führt ferner zu freiwilligen, durch Einsicht zustande gekommenen Erkenntnissen, die in Verhaltensänderungen münden. Das heißt, es gibt keine »Erziehung« im Sinne von Besserwisser und Erziehungsobjekt, sondern ein sozialer Mechanismus bindet den sonst isolierten Menschen ein und verändert dessen Sicht in einem realitätsverändernden, dynamischen Prozeß.

⁵²⁰ ERWIN HASSELMANN: Geschichte der deutschen Konsumgenossenschaften. Frankfurt a. M. 1971, S. 297.

⁵²¹ Selbstverständlich waren es vor allem Frauen, die den Hauptanteil der Käufer stellten und über die Konsumgenossenschaft die Haushaltskassen entlastet haben. Daß die Konsumgenossenschaften, trotz ihrer Geschichtsschreibung durch Männer, eine zumindest formale Gleichberechtigung der Geschlechter lange vor anderen gesellschaftlichen Kreisen realisierten, dürfte von den Frauen über den Kauf hinausgehend positiv aufgegriffen worden sein.

⁵²² Die Statistik weist für 1960 2,6 Mio., 1970 2,1 Mio., 1980 0,66 Mio. und 1990 0,6 Mio. Mitglieder (West) aus (siehe DG BANK, Die Genossenschaften ..., a.a.O., S. 89). Im wesentlichen stehen dahinter die Einbrüche bei der COOP, während etwa die Konsumgenossenschaft Dortmund-Kassel als stabil und erfolgreich gilt. Gegenläufig ist auch die Tendenz bei sogenannten Produzenten-Verbraucher-Gemeinschaften, die recht urwüchsig an frühere Konsumvereine erinnern. In den fünf neuen Bundesländern waren die Konsumgenossenschaften traditionell stark und zählte man auch 1991 noch etwa 4,3 Mio. Mitglieder. Doch zeichnet sich eine vorprogrammierte Talfahrt ab, da das gesetzlich verankerte Rückvergütungsverbot die Konsumgenossenschaft praktisch unmöglich macht. (Siehe zum Thema Rückvergütung weiter unten, S. 7 dieser Arbeit.)

⁵²³ Bezüglich der Projektform vgl. BURGHARD FLIEGER: Erzeuger - Verbraucher - Genossenschaften. Über die Chancen einer neuen Kooperationsform. In: Rolf Schwendter (Hg.), Die Mühen der Ebenen, München 1986, S. 168 - 176.

Die These bezüglich der Konsumgenossenschaften lautet nun, daß sie aus *zwei Gründen* bestehen können: Einmal aus klassisch-ökonomischen Motiven, für die kennzeichnend Wettbewerbsbedingungen, Preise und Produktqualitäten stehen. Und zweitens als Begegnungsstätten, in denen Menschen das, was sie alle zwangsläufig betrifft, nämlich die Verbrauchsgüterbeschaffung, gemeinsam diskutieren und organisieren (sozialer Aspekt).

Indem sich Personen zum Zwecke der Verbrauchsgüterbeschaffung an einem Ort treffen und tätig werden, fast völlig gleich in welcher Form, überschreiten sie die Grenze ihres singularen Haushaltes und bilden eine soziale Gruppe. Indem die Gruppe entsteht, entstehen mit ihr automatisch gruppenfunktionale Werthaltungen. Nach OPPENHEIMER ist die Käufergenossenschaft eine Einrichtung der tendenziellen Harmonie, weil sich mit jeder/jedem hinzutretenden Genossin/Genossen die Nachfragemacht der Gruppe erhöht und damit der Gesamtnutzen und Einfluß des Verbandes, der dem einzelnen wieder zugute kommt⁵²⁴. Die Konsumgenossenschaft ist von allen Genossenschaftsarten die organisatorisch unproblematischste und somit geeignet, um »Genossenschaft« in einem relevanten Lebensbereich zu realisieren. In ihr können demokratische Spielregeln erprobt werden, die bei schwierigeren Genossenschaftsarten besser bereits eingeübt sind. Ohne daß die Konsumgenossenschaft sich als »Schule« mit missionarischem Auftrag verstehen muß, reift in ihr doch ein Potential heran, das geeignet ist, über den konsumgenossenschaftlichen Ursprung hinauszuwachsen. Wichtig wäre, daß die Konsumgenossenschaft als ein Ort der Begegnung verstanden wird und somit ein Raum für bestimmte Lernerfahrungen entsteht. Sieht sich die Konsumgenossenschaft lediglich als preisorientierter Lebensmitteldistribuent und wird entsprechend zentralistisch-hierarchisch organisiert wie andere Wirtschaftsunternehmen, dann ist der beschriebene Raum bestenfalls noch geduldetes Anhängsel und Restposten eines alten Selbstbildes, nicht aber mehr Quelle und Standbein der eigenen Organisation oder Bewegung.

Das klassisch-ökonomische Motiv der Genossenschaftsentstehung, das Einbrechen in monopolisierte Marktsegmente und die Erhöhung des Wettbewerbes zugunsten der zuvor sozial unterlegenen gesellschaftlichen Klasse, wird die Konsumgenossenschaft in Deutschland gegenwärtig kaum tragen können, da der Wettbewerb trotz Marktkonzentration hoch ist⁵²⁵. Dieser für den Verbraucher preislich günstige Zustand kann selbstverständlich irgendwann wieder umschlagen und dann auch eine ökonomische Renaissance der Konsumgenossenschaft hervorbringen. Als »Überwinterungsstrategie« könnte es günstig sein, im Wettbewerb gleichgünstige Preise anzustreben und eine Mehrleistung oder »Förderung« als genossen-

⁵²⁴ Vgl. FRANZ OPPENHEIMER: Käufer und Verkäufer. Ein Beitrag zur wirtschaftlichen Kollektivpsychologie. In: Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich, hrsg. von Gustav Schmoller, Jg. 24, Heft 3/1900, S. 1369 - 1414. Sowie FRANZ OPPENHEIMER, *System III, Theorie*, S. 950 - 955.

⁵²⁵ Vgl. JOHANN BRAZDA und ROBERT SCHEDIWY: Die Genossenschaften der Konsumenten. In: Juhani Laurinkari, Genossenschaftswesen, München 1990, S. 605 - 625. Die Autoren geben für die Gegenwart ein Verhältnis von 1 % zwischen Gewinn und Umsatz als bereits gutes Resultat an. (S. 618)

schaftliche Kultureinrichtung zu organisieren. Das hieße, Formen des genossenschaftlichen Miteinanders zu pflegen, Menschen aus ihrer privaten Begrenzung herauszulocken und Gemeinschaften entstehen zu lassen, deren Aktivität einer Wiederbelebung genossenschaftlicher Initiativen gleichkäme.

Indirekt enthält der Gedanke eine Kritik gegenüber allen Entfremdungs- und Ökonomisierungstendenzen des Konsumgenossenschaftlichen Bereiches. Wirtschaftlichkeit ist die unabdingbare Randbedingung für ein gestaltungsbedürftiges Mehr. Die zweite Säule der Konsumgenossenschaft, das Soziale, ist nicht nur kostende Begleitmusik, sondern Teil der einträglichen Melodie. Ohne Not und möglicherweise schlechtem Rat folgend, wurde sie vielerorts eingerissen. Wenn die Konsumgenossenschaften auch die wirtschaftlichen Leistungen anderer Anbieter kaum überbieten können, haben sie dennoch eine reale Chance, *anders zu sein*, ein Profil zu entwickeln, für etwas zu stehen und im Konzert der Genossenschaften ein wichtiges Instrument zu spielen.

3.4.1. Der Absatzweg in der Marktwirtschaft

Im Zuge der deutsch-deutschen-Einheit zeigte sich einmal wieder selbst für Laien verständlich, daß der Weg zum Endverbraucher letzter Zweck (oder Engpaß) aller Produktion in der Marktwirtschaft ist. Sofort bemühten sich die Verkaufsunternehmen um Filialbetriebe im Osten, und überall entstanden Auto-, Bau- und sonstige Märkte. Gleichzeitig scheiterten viele ostdeutsche Produktionsbetriebe, weil ihnen ihre Absatzwege wegbrachen. Gewiß, manch ein Produkt entsprach nicht dem Geschmack des Käufers und paßte so nicht durch den »Flaschenhals« des Absatzes. Aber selbst Milch - und Kuh ist Kuh - konnte plötzlich nicht mehr »an den Mann gebracht« werden, weil Westunternehmen die Absatzwege schneller übernahmen, als die Ostbürger lernen und sich wehren konnten. Will sagen: der Absatz ist ein Engpaß, und zwar, wie die Theorie des kapitalistischen Krisenzyklus (↑ 219 ff) veranschaulicht hat, ein kritischer!

Der Druck oder »Wettkampf« der um Absatz bemühten Unternehmen entsteht dabei nicht lediglich über die Qualität eines Produktes, sondern ist ein darüber hinausgehender, weil stets ein »Zuviel« an Produkten um ein »Zuwenig« an Kaufkraft ringt. Die Produktivgenossenschaften haben diese bittere Wahrheit sehr früh lernen müssen. Wenn sie das Problem des »Absatzes« beklagen, dann wurde damit nicht etwa gemeint, daß ihre schlechten Produkte im Wettbewerb keinen Weg zum Kunden fanden, sondern gemeint war, daß den Organisatoren der Absatzwege eine gewisse ökonomische Macht zukommt. Macht hatten die Produktivgenossenschaften in ihrer jungen Geschichte jedoch keine, und alle Handelsorganisationen lagen in den Händen ihrer Klassengegner.

Der Knoten konnte gesprengt werden, weil sich die Macht in Preisen niederschlug (Monopolaufschläge), die es lohnend machten, bei geringem Risiko eigene Käufergenossenschaften zu gründen. Der Verlust des Endverbrauchers an Gütern, die die-

ser nicht erwerben konnte, weil die angebotenen Güter zu hohe Aufschläge enthielten, brach das Absatzproblem schließlich von unten her auf und erreichte von dieser Seite die Produktivgenossenschaften, die erst Zulieferer der Konsumgenossenschaften waren und später häufig von diesen übernommen wurden.

Hinter den Dingen stehen interessante Wechsel von Käufer- und Verkäufermärkten, die das Schicksal der Konsumgenossenschaften bis heute bestimmen. Denn zu dem Zeitpunkt der ersten aufkommenden Konsumgenossenschaften bewegten sich diese als Käufergenossenschaften auf einem *klassenmonopolistisch besetzten Marktsegment*. Es war entstanden während einer Periode absoluter Knappheit, als das Geschehen insbesondere auf dem Lebensmittelmarkt von den Verkäufern bestimmt werden konnte. Die Geschichte Europas kennt eine endlose Kette von Hungerkrisen⁵²⁶. Das heißt, die Lebensmittel waren knapp aus Gründen, die der Handel selber nicht zu verantworten hatte, und entsprechend fehlte der Wettbewerb oder Angebotsdruck in diesem Marktsegment.

„Als die ersten Konsumgenossenschaften gegründet wurden, war das Bild des deutschen Einzelhandels gekennzeichnet durch den kleinen selbständigen Einzelhändler, der seinen Betrieb so führte, wie sein Vater ihn geführt hatte. (...) Die Läden waren mit wenigen Ausnahmen klein und auf das einfachste eingerichtet. Da die Umsätze nicht groß waren, mußte die Spanne hoch sein, um dem Händler eine standesgemäße Nahrung zu sichern.“⁵²⁷

VAHAN TOTOMIANZ stellte dazu einige Texte zusammen, die die Situation näher schildern:

„GUSTAV MAIER⁵²⁸ hat berechnet, daß der zwischenhändlerische Preisaufschlag für Deutschland im Mittel 50 v.H. beträgt. Der Jahreskonsum macht 8 Milliarden Mark aus; davon entfallen 2,7 Milliarden auf den Zwischenhandel. Das erscheint nicht zu hoch gegriffen; hat doch schon in der Mitte des XIX. Jahrhunderts CHEVALIER die vom Kleinhandel dem französischen Volke auferlegte Last auf 4 Milliarden Frances, d. i. die Hälfte des Gesamtkonsums, geschätzt. (...) Der jährliche Unternehmergewinn erreicht nach G. MAIER in Deutschland nur 300 Millionen, also die Hälfte des Profits der Zwischenhändler. Jede der 6 Millionen städtischen Familien verbraucht jährlich für 1000 Mark; davon verbleiben nur 37 Mark in den Händen der Unternehmer, und 333 Mark sind Handelsprofit. Von dem 500 Mark betragenden Jahreskonsum jeder der 4 Millionen ländlichen Familien verblieben den Produzenten je 18 Mark, den Zwischenhändlern volle - 166 Mark. Der Kaufmann UHLENHORST hat berechnet, daß in Deutschland jährlich rund 6 Millionen Kistchen Zigarren hergestellt und in den Handel gebracht werden; sie werden von den Rauchern mit 300 Millionen Mark bezahlt. Davon entfallen auf die Tabakpflanze, auf die ersten Vermittler zwischen ihnen und der Fabrik, auf den Transport, auf die Zigarren- und Kistenfabrikanten und ihre Arbeiter, auf die Lieferanten der Etiketten, Umschläge und Nägel und schließlich - als zehntes Glied dieser Kette - auf den Transport zu den Verkaufsläden rund 144 Millionen Mark, während

⁵²⁶ Vgl. WILHELM ABEL: Massenarmut und Hungerkrisen im vorindustriellen Europa. Hamburg u.a. 1974.

⁵²⁷ ERWIN HASSELMANN, Geschichte ..., a.a.O., S.636.

⁵²⁸ Fußnote im Zitat: „GUSTAV MAIER, Soziale Bewegung und Theorien. Leipzig 1898, S. 152 - 155.“

156 Millionen, also mehr als die Hälfte, den Detailverkäufern bloß dafür zufallen, daß sie den Konsumenten 6 Millionen Kistchen übermitteln. 200.000 mehr oder weniger nützliche Arbeiter werden mit 144 Millionen Mark entlohnt, und volle 156 Millionen verschlingt ein Schwarm von Drohnen^{529!+530}

Gegen TOTOMIANZ möchte ich einwenden, daß der Begriff »Profit« das Problem noch nicht vollständig trifft, denn erstens setzten die Händler auch ihre Arbeitszeit ein, außerdem verfügten sie nur über geringe Vermögenswerte, die als »Profit abwerfendes Kapital« verstanden werden könnten. Andererseits war es für die Konsumgenossenschaften ein leichtes, das Zigarrenkistchen selber zu überreichen und dabei die Händlerspanne großteils einzusparen. Dabei unterschied sich der Verteilungsmodus des Konsumvereins von dem des Einzelhandels nur dadurch, daß der Konsumverein eine bekannte Mengennachfrage seiner Mitglieder konzentriert beschaffte und ohne großen Verkaufsaufwand weitergab, während der Einzelhandel viel Energie darauf verwendet hat, auf Kundschaft zu warten und unbestimmte Mengen zu bevorraten. Was sich an Preisunterschieden über die effizientere Methode des Konsumvereins hinausgehend ausmachen läßt, fällt in die Rubrik »Klassenmonopol«. Es ist nicht »Wirtschaftsmonopol«, denn dafür gab es zu viele Händler. Es ist auch nicht »Kapitalprofit«, denn dafür waren die eingesetzten Kapitalien zu gering; die Genossenschaften konnten sie mit kleinen Einlagen leicht aufbringen. Es ist als die über das politische System und die staatliche Machtvollkommenheit gesicherte Erwerbsstruktur einer gesellschaftlichen Klasse, gegen die die Genossenschaften alsbald nach allen Regeln der Kriegsführung in den Kampf zogen und ihrerseits bekämpft wurden.

Den Händlern war die Bedrohung ihres Standes und ihrer Existenzgrundlage sofort klar. So verbissen, wie nur ein Mensch reagiert, dem die Existenzgrundlage streitig gemacht wird, versuchten die Händler, die Konsumgenossenschaft zu verhindern. Davon weiter unten mehr. Wir wollen hier zunächst festhalten, warum die Konsumgenossenschaft mit fairen wirtschaftlichen Mitteln des Wettbewerbes nicht aufgehalten werden konnte, sondern erst die politische Waffe, das heißt der Gesetzgeber im NS-Staat und in der Bundesrepublik im Anschluß, die Konsumgenossenschaft als Wettbewerber wieder ausschalten konnte.

Der Verkäufermarkt im Angesicht der europäischen Hungerkatastrophen war umgeschlagen in einen latent kapitalistischen Markt mit hinreichender Mengenproduktion und typischem Flaschenhals-Syndrom: viele Produkte, die mangels Kaufkraft nicht abgesetzt werden konnten. Woran es fehlte, war der Käufer. Es macht aber einen Unterschied, ob knappe Güter ihren Käufer suchen und die Preise der Verkäufer Ausdruck einer Mangellage sind, oder ob ein Güterüberschuß dem Verkäufer keinen Knappheitspreis, sondern nur die Erstattung seiner Selbstkosten plus zugefügtem Wert seiner Händlerleistung gewährt. Würde er diesen Preis überschreiten, wäre sein Absatz bedroht, und die Ware könnte verderben, weil ein mög-

⁵²⁹ Fußnote im Zitat: „M. UHLENHORST, Kaufmann oder Schmarotzer? Berlin 1890, S. 28.“

⁵³⁰ VAHAN TOTOMIANZ: Konsumentenorganisation. Theorie, Geschichte und Praxis der Konsumgenossenschaften. 3. Aufl., Berlin 1929, S.5.

licher Konkurrent seine Leistung eben zum Selbstkostenpreis plus Lohn für die Händlertätigkeit abzugeben bereit ist. Diese Konkurrenz haben sich die Einzelhändler untereinander nicht geboten, obwohl natürlich auch ein Händler damit hätte beginnen können, die heute üblichen Handelsketten aufzubauen und Discountläden einzurichten. Aber die Warenhäuser, die diesen Weg einschlugen, waren nicht minder erklärte Feinde des Einzelhandels, und der Stand der Einzelhändler als solcher war sich in seinen Verhaltensmaximen weitgehend einig. Eine keineswegs ungewöhnliche Erscheinung, wie wir sie bei Gruppen mit gleichgelagerten Interessen (Großgrundbesitzern, Vermietern, Banken, Arbeitgebern, Staatsdienern etc.) häufiger antreffen. Erst das Eindringen einer anders motivierten Gruppe in derart verfestigte oder tradierte Strukturen führte einen vom ökonomischen Standpunkt schon lange fälligen Wandlungsprozeß herbei. Und dieses »andere Interesse« verkörperte die Bewegung der Konsumgenossenschaft, als die Händlerspanne als überwindbares Übel irgendwann erkannt wurde.

Dabei hat sie mit ihrem Auftreten weit mehr bewirkt als lediglich die verbesserte Versorgung ihrer Genossen. Sie steht am Anfang einer gänzlichen Umstrukturierung des Handels mit dem Effekt, daß die Haushalte einen sinkenden Einkommensanteil für ihre Grundbedürfnisse des Konsums ausgeben müssen und ein vergrößerter Einkommensanteil in die Nachfrage nach höheren technischen Produkten fließt. Man neigt schnell dazu, Deutschland als Industrienation zu begreifen, weil technische Konsumgüter, z.B. Autos, als Leistungsmerkmale den Unterschied gegenüber weniger entwickelten Wirtschaftsgesellschaften verdeutlichen. Wenn aber in Deutschland die Lebensmittel so teuer wären wie in anderen europäischen Ländern (siehe z.B. Irland), dann wäre die Nachfrage nach technischen Konsumgütern deutlich geringer und die Industrien entsprechend geringer entwickelt. Die effiziente Versorgung mit Gütern des Grundbedarfes hat so herum betrachtet einen größeren Anteil an dem Wohlstand und der Entwicklung einer Industrienation, als man auf den ersten Blick erkennt. Daß die Konsumgenossenschaft mit wirtschaftlichen Mitteln eine »Entpolitisierung« der Handelswege herbeiführen konnte und Produktivgenossenschaften fortan eine faire Chance hatten, ihre Produkte an den Endverbraucher zu bringen, ist ein günstiger Nebeneffekt.

Bleiben wir einen Moment bei den Begriffen »Ökonomie« und »Politik«. Die »Politik einer herrschenden Klasse« hat in der Ökonomie nichts zu suchen. Wirkt sie doch, so schmälert sie den Wohlstand einer Nation. Die »Politik einer unterdrückten Klasse« kann nur darauf hinauslaufen, einen Zustand der Chancengleichheit herbeizuführen. Würde sie über das Ziel hinausschießen, würden aus den ehemals Unterdrückten neue Unterdrücker. *Chancengleichheit* lautet das Gebot, und um diese herzustellen, muß man sich politisch wirksam verhalten können, auf jeden Zug der herrschenden Klasse mit einem Gegenzug antworten. Das heißt, die entpolitisierte Ökonomie ist nicht Weg, sondern Ziel. Wer eine unterdrückte Klasse entpolitisiert, politisiert das Ganze der Ökonomie und umgekehrt. Der scheinbare Widerspruch löst sich auf, wenn man das Wirtschaftssystem als abhängige Variable des Gesellschaftssystems begreift und die »reine« Ökonomie als Resultat eines in seinen gegeneinanderstehenden Kräften ausgeglichenen Gesellschaftssystems ver-

steht. Denn die herrschenden Klassen werden sich nicht beseitigen, sondern in ihrer Wirkung nur neutralisieren lassen. Endprodukt der Gegenwehr ist, daß beispielsweise niemand mehr den Staat einspannen kann, um sich Wettbewerber vom Halse zu halten. Die Geschichte der Konsumgenossenschaften gibt ein anschauliches Beispiel dafür, was ein befreiter Wettbewerb zu leisten vermag und wo die Konfliktlinien auf dem Weg dorthin liegen.

3.4.2. Die Stellung des Verbrauchers am Markt

„Vor hundert Jahren schrieb Abbé Siéyès den Satz, der Signal zur Revolution wurde, deren hundertjährigen Gedenktag wir in diesem Jahre (1889) feiern: - Was ist der dritte Stand? Nichts. Was muß er sein? Alles. Jetzt ist die Zeit gekommen, dieses berühmte Wort wieder aufzunehmen und etwas geändert zum Programm einer neuen Revolution zu machen. Was ist der Verbraucher? Nichts. Was muß er sein? Alles. - Ja, der Verbraucher sollte Alles sein, die Gesellschaft ist für ihn da. Wir alle sind da, um zu verbrauchen. Der Verbrauch ist Zweck und Ziel der ganzen Wirtschaft: die Erzeugung ist nur das Mittel. Bei einer gut geregelten Ordnung der Dinge muß die gute Erzeugung dem Verbrauch dienen, aus dem gleichen Grunde, wie die Arme dem Magen zu Diens-ten stehen: Jede Gesellschaft muß untergehen, in der diese Ordnung der Dinge ins Gegenteil gekehrt ist.“ (CHARLES GIDE⁵³¹)

Die Aktualität des von CHARLES GIDE gehaltenen Plädoyers für die Konsumentensouveränität, deren Realisierung GIDE als herausragender Theoretiker der Konsumgenossenschaftsbewegung verfolgt hat, wird heute von zwei Seiten trotz des harten *Preiswettbewerbes* des Handels bestätigt. Nachfolgende Zitate zeigen, daß es ein Sinn-Problem trotz optimaler Preise geben kann, rationelles und rationales Wirtschaften also nicht unbedingt identisch sind.

„Dem Idealbild der »Konsumfreiheit«, wie es uns Hersteller und Anbieter ausmalen, wird das Zerrbild vom »Konsumterror« und vom »Konsumidioten« gegenübergestellt. Wer immer auf Parteitag, gegenüber Gewerkschaften oder in einer Runde von Müttern kleiner Kinder etwas gegen die Wirkung verdummender Werbung sagt, kann dafür reichen Beifall ernten: kritische Mitbürger sind zwar nicht immer sachkundig, aber sie sind sich doch einig darin, daß sie den Machenschaften der Produzenten und Anbieter und ihren Werbetrupps als mehr oder minder machtlose Verbraucher ausgeliefert sind. Und dabei gleicht die sicht- und hörbare Werbung unter den Absatzstrategien nur der Spitze eines Eisberges.“⁵³²

Man kann an dieser Stelle bereits einfügen, daß ein bewußter Umgang mit Gütern reflektierter Informationen bedarf. Einziger Informationsanbieter in unmittelbarer Nähe des Produktes ist aber der Produzent, der parallel zu seiner Güterproduktion zielgerichtet Symbole und Sprache modulieren läßt, damit sein Produkt im Kampf gegen andere Produkte gewinnt. Angesetzt wird dabei meistens bei dem

⁵³¹ CHARLES GIDE zitiert nach VAHAN TOTOMIANZ: Grundlagen des Genossenschaftswesens. 2. Aufl., Berlin 1929, S. 24. Bei TOTOMIANZ ohne nähere Quellenangabe.

⁵³² ANKE MARTINY und OTFRIED KLEIN: Marktmacht und Manipulation. Sind die Verbraucher Objekt oder Subjekt unserer Wirtschaftsordnung? Frankfurt a. M. 1977, S. 9.

Bedürfnis jedes Menschen nach sozialer Hochgeltung sowie die Suggestibilität des Menschen über die Figur des »generalisierten Anderen«. Das heißt: Werbung setzt wie sonstige Propaganda an der sozialen Orientierung des Menschen an - verschleißt diese - und konstruiert mit einem bestimmten Energieaufwand ein »Man«. Was »man« denkt, was »man« trägt, was »man« als gute oder standesgemäße Lösung eines Bedürfnisses annehmen darf oder nicht. Der mechanische Hintergrund der Werbung oder Massensuggestion ist, daß der natürliche Meinungsbildungsprozeß durch stärker präsente Medien überlagert wird. Eine natürliche Meinung bildet sich in sozialen Gefügen, indem Personen mit Sachverhalten Erfahrungen sammeln und diese Erfahrungen im Gespräch weitergeben. Man redet eben, fragt nach und probiert aus. Mit der Zeit entstehen so mehr oder weniger begründete (Vor-)Urteile, eben das, was »man« denkt. Werbung oder Propaganda kommt den Erfahrungen und dem Gerede zuvor. Sie sagt was ist, bevor der Kunde selber denkt. Weil aber die Beschaffung von Informationen immer mit Kosten (Aufwand) verbunden ist und der Kunde (Empfänger der Massenbotschaft) bereits vor jeder Erfahrung die Idee einer möglichen Erfahrung angenommen hat, steigt die Wahrscheinlichkeit, daß eine eingepflanzte Idee umgesetzt wird, bevor neutrale Informationen eingeholt oder ein Vergleich zwischen Produkten angestellt wird.

Werbung darf natürlich aus eigenem Interesse nicht soweit gehen, daß der Kunde grob belogen wird. Was versprochen wird, muß im Rahmen des Glaubhaften liegen, schon alleine, damit die enttäuschten Kunden keine Negativ-Äußerungen in die Welt setzen. Aber Enttäuschung und Ärger sind eine hohe Schwelle, bis zu der hin vieles gemacht werden kann. Denn in der Regel wird jede Handlung des Menschen begleitet von dem Vorgang des »nachträglichen Rationalisierens«, das heißt, daß der Mensch nach einer vollzogenen Handlung von sich aus beginnt, die Richtigkeit seiner Handlungen zu begründen⁵³³. Wer also erst einmal eine bestimmte Zahnpasta gekauft hat, findet diese im nachhinein mit hoher Wahrscheinlichkeit völlig unabhängig von der Werbung gut, eben weil er sie gekauft hat. Der Mensch ist suggestibel und *gesteht es sich nicht ein!*⁵³⁴ So wird die Arbeit der Werber eine

⁵³³ MOLL, Der Hypnotismus, Berlin 1907, S. 176 berichtet folgenden Fall: „Hier ist ein Herr in Hypnose. Ich suggeriere ihm, nach dem Erwachen einen Blumentopf vom Fensterbrett zu nehmen, in ein Tuch einzuwickeln, auf das Sofa zu stellen und dann dreimal eine Verbeugung vor dem Blumentopf zu machen. Alles wird pünktlich ausgeführt. Nach dem Grunde seines Handelns befragt, erwidert der Herr: »Wissen Sie, so nach dem Erwachen sah ich den Blumentopf dort stehen, da dachte ich mir, es ist kalt, ein derartiger Blumentopf muß gewärmt werden, sonst geht die Pflanze zugrunde. Ich wickelte ihn daher in das Tuch, und dann dachte ich mir, das Sofa steht so hübsch nahe am Ofen, da werde ich den Blumentopf auf das Sofa stellen. Die Verbeugungen machte ich mehr aus Hochachtung vor mir selbst über die gute Idee, die ich gehabt habe.« Der Herr erklärte, daß er etwas so Törichtes in der ganzen Sache nicht finden könne, er habe ja seine guten Gründe dafür angegeben.“ Zitiert nach FRANZ OPPENHEIMER, *System I, Soziologie*, S. 610. Siehe auch unter Punkt 1.3.2. dieser Arbeit (S. 7 ff).

⁵³⁴ Drastische Worte findet LUDWIG GUMPLOWICZ, Grundriß der Soziologie, Wien 1885: „Naturgesetzlich handelt der Mensch, und menschlich denkt er hinterdrein ... In den Handlungen der Gemeinschaften walten blinde Naturtriebe - hier wird nicht gedacht und überlegt, sondern nach ewigen Gesetzen immer vorwärts gestrebt. Dieses Streben tritt als Tat in Erscheinung - die Tat aber erzeugt den Gedanken, den der Idealist dann zurückverlegt

runde Sache, die zumindest bei den vielen Kleinigkeiten des täglichen Lebens schnell getaktet passiert, ohne daß der (nach Trägheit strebende bzw. Aufwand minimierende) Kunde eine Chance hat, nach Sinn-Kategorien entscheidend zu handeln.

Was dabei herauskommt, ist nicht nur eine Unbewußtheit der Wahl bei den Produkten, sondern die Produzenten diktieren gleichsam einen *absatzorientierten Lebensstil*. Bei obigen Zitat von GIDE fällt für unsere Zeit unangenehm auf, wie nachdrücklich der *Verbrauch* zum Ziel gesetzt wird. Man kann diese Formulierungsschwäche angesichts der allgemeinen Mangellage vor 100 Jahren entschuldigen und ergänzen, daß schon damals der Kampf gegen verfälschte Lebensmittel und minderwertige Waren Teil der Konsum-Bewegung war, es also nicht nur um Mengen, sondern auch um Qualitäten ging. Ein heute vielleicht noch stärker eingeforderter qualitativer Strukturwandel in Konsum und Produktion⁵³⁵ erfordert dennoch unverändert die von GIDE beschworene Konsumentensouveränität, und zwar *realweltlich* (nicht nur ideologisch⁵³⁶). *Konsumtionsseitig* haben wir die Probleme bereits benannt. Aber für das, was der Mensch konsumiert, muß er vorher *arbeiten*. Und so trifft ihn sein Verbrauchsproblem zweifach: einmal in dem Akt des unmittelbaren Verbrauches, und zum anderen bei der dem Verbrauch vorausgehenden Gegenleistung. Hierzu nun eine Textstelle von KARLHEINZ A. GEIBLER, der sich dem Thema »Verbrauch« aus Sicht der Arbeit nähert:

„Arbeiten heißt, Güter für den Verbrauch produzieren. Die Arbeit erzeugt Konsumgüter, die nur eine »flüchtig vergängliche Festigkeit«⁵³⁷ besitzen, denn consumere heißt nichts anderes, als verbrauchen, aufbrauchen, zerstören, vernichten. Wir sind Verbraucher, und so nennen wir uns ja folgerichtig auch, nicht Gebraucher. Sogar die Zeit, Me-

in die 'Seele' der Handelnden als 'Motiv' der Handlung.“ (S. 37) „Der größte Irrtum der individualistischen Psychologie ist die Annahme: *der Mensch denke*. Aus diesem Irrtum ergibt sich dann das ewige Suchen der Quelle des Denkens im Individuum, und der Ursache, warum es so und nicht anders denke, woran die Theologen und naiven Philosophen Betrachtungen darüber knüpfen oder gar Ratschläge erteilen, wie der Mensch denken soll. Es ist das eine Kette von Irrtümern. Denn erstens, was im Menschen denkt, das ist gar nicht er - sondern seine soziale Gemeinschaft, die Quelle seines Denkens liegt gar nicht in ihm, sondern in dem sozialen Medium, in dem er lebt, in der sozialen Atmosphäre, in der er atmet, und er kann nicht anders denken, als so, wie es aus den in seinem Hirn sich konzentrierenden Einflüssen des ihn umgebenden sozialen Mediums mit Notwendigkeit sich ergibt. In der Mechanik und Optik kennen wir das Gesetz, wonach wir aus der Beschaffenheit des Einfallswinkels diejenige des Ausfallswinkels berechnen. Auf geistigem Gebiete existiert ein ähnliches Gesetz, nur können wir es nicht so genau beobachten. Aber jedem Einfallswinkel eines geistigen Strahles in unser Inneres entspricht genau ein gewisser Ausfallswinkel unserer Anschauung, unseres Gedankens, und diese unsere Anschauungen und Gedanken sind nur das notwendige Resultat der auf uns seit unserer Kindheit eindringenden geistigen Einflüsse.“ (S. 167 f) Zitiert nach FRANZ OPPENHEIMER: *System I, Soziologie*, S. 606 f.

⁵³⁵ Vgl. ANDREAS SCHUKE: Qualitatives Wachstum und der Strukturwandel in Konsum und Produktion. In: Hans G. Nutzinger (Hg.), *Konsum und Produktion. Neuere Entwicklungen im Verbraucherverhalten*. Heidelberg 1983, S. 17 - 53.

⁵³⁶ Vgl. LOTHAR CZAYKA: Manipulation der Verbraucher durch die Produzenten oder durch die Wissenschaft? In: Hans G. Nutzinger (Hg.), *Konsum und Produktion*, a.a.O., S. 135 - 155, speziell S. 138.

⁵³⁷ Fußnote im Zitat: „HANNAH ARENDT: *Vita Activa*. München 1981, S. 87.“

dium unseres Lebens, verbrauchen wir, oder besser wir verfallen der Illusion, es tun zu können. Wirklich aber verbrauchen wir nicht die Zeit, sondern uns in der Zeit. Arbeit ist Naturverzehr, und auf das Individuum bezogen, Verzehr von Lebenskraft. Der Mensch ist im Arbeitsprozeß nicht Person, sondern animal laborans: ein sich mühenes Tier, das nie fertig wird, das jeden Tag von Neuem das aufräumen muß, was der gestrige Tag in Unordnung gebracht hat. Die Arbeit besteht in einem immer rascheren Hervorbringen von Dingen, deren Zweck sich eben genau darin selbst erschöpft.

HANNAH ARENDT: »Das Funktionieren der modernen Wirtschaft, die auf Arbeit und Arbeiten abgestellt ist, verlangt, daß alle weltlichen Dinge in einem immer beschleunigteren Tempo erscheinen und verschwinden; sie würde sofort zum Stillstand kommen, wenn Menschen anfangen würden, Dinge in Gebrauch zu nehmen, sie zu respektieren und den ihnen innewohnenden Bestand zu erhalten« (S. 115).

Die Arbeitsgesellschaft ist Produktionsgesellschaft, sie legitimiert sich als Produktionsmaschinerie, der der Mensch als Funktion, nicht als Person, zugehört.⁵³⁸

Wenn der Mensch willig sein Leben hingibt im Schein eines materiell definierten »Glückes«, dann läuft er Gefahr, wie ein sich mühenes Tier *eigenen Zielen folgend* doch ungerne zu altern. Seinen Nachbarn führt er stolz die gesellschaftlich anerkannten Leistungen vor (Haus, Auto, gut erzogene Kinder, Hautbräune nach Jahresurlaub etc.) und träumt gleichzeitig von der einsamen Insel, auf der es buchstäblich *nichts* von alledem gibt. Der Mensch denkt nicht, sondern ist ein Reflex des ihn umgebenden sozialen Mediums. So lautete die radikale Position von GUMPLOWICZ⁵³⁹. Das aber heißt, innerhalb einer bestimmten kulturellen Normalität *kann* der Einzelne gar nicht anders, als dem Glück auf Wegen nachzujagen, die ihm als Wege zu denken vorgegeben sind. Wenn Jugendliche in der für sie besonders kritischen Lebensphase, in der sie für sich die Frage nach Identität und Sinn beantworten müssen, diese kulturelle Normalität nachhaltig ablehnen⁵⁴⁰, ist dies ein Indiz dafür, daß die kulturelle Normalität weder Identität noch Sinn stiftet, die Gesellschaft also inkonsistenten Zielen nachjagt. Leben ist nicht Leben, sondern *Verbrauch* von Leben, wie sich GEIBLERS Hinweis verdichten ließe.

Wir lernen in unserer Gesellschaft nicht, Aufwände und Erträge in Lebenszeit zu berechnen. Die Werbung pflanzt uns Konsumstandards ein, deren Erfüllung uns wie ein Hamster in seinem Laufrad Kilometer laufen läßt, ohne daß wir etwas von der Welt sehen bzw. *erleben*, was wir uns eigentlich wünschen. PAUL WATZLAWICK schreibt dazu:

„Die Erkenntnisse des Konstruktivismus haben nicht nur den höchst wünschenswerten Vorteil, neue, wirkungsvolle Therapieformen zu ermöglichen - wie alles Heilende können sie auch mißbraucht werden. Werbung und Propaganda sind zwei besonders abstoßende Beispiele dafür. Beide versuchen bewußt, Einstellungen, Annahmen, Vorurteile und dergleichen hervorzurufen, denen dann ihre Verwirklichung sozusagen

⁵³⁸ KARLHEINZ A. GEIBLER: Das Duale System der industriellen Berufsausbildung hat keine Zukunft. In: *Leviathan*, Heft 1/1991, S. 68 - 77.

⁵³⁹ Siehe oben, Fußnote 534 auf Seite 7.

⁵⁴⁰ Vgl. RAINER ZOLL u. a.: *Nicht so wie unsere Eltern! Ein neues kulturelles Modell?* Opladen 1989.

zwanglos und logisch folgt. Denn dank dieser Seelenwäsche wird die Welt dann »so« gesehen und *ist* daher »so«.⁵⁴¹

WATZLAWICK gibt weitere Beispiele der Sprachmagie und deutet gleichzeitig einen Ausweg an: Man muß verstehen, wie die Fremdprogrammierung - bzw. man selber - funktioniert!

„Schon WITTGENSTEIN machte in seinen *Bemerkungen über die Grundlagen der Mathematik* darauf aufmerksam, daß gewisse Spiele mit einem einfachen Trick zu gewinnen sind. Sobald uns jemand auf das Bestehen dieses Tricks aufmerksam macht, brauchen wir nicht mehr naiv weiterzuspielen (und immer wieder zu verlieren). Auf diesen Überlegungen aufbauend, formuliert der Spieltheoretiker HOWARD dann sein *existentialistisches Axiom*, das darauf hinausläuft, daß jemand, »der sich einer sein Verhalten betreffenden Theorie 'bewußt' wird, ihr dadurch nicht länger unterworfen ist, sondern es ihm freisteht, sich über sie hinwegzusetzen«⁵⁴².⁵⁴³

Damit sind Problem und Auftrag einer Konsumentenbewegung benannt. Ich möchte das Thema um weitere Stimmen von historischem Rang ergänzen:

„Der bekannte Pariser Nationalökonom, Prof. Dr. CH. GIDE, ist der Ansicht, daß der Konsument in bezug auf Unwissenheit, Leichtgläubigkeit und Dummheit jeder anderen sozialen Kategorie voransteht. Er glaubt einem jeden, er erträgt alles, er schluckt alles geduldig herunter - wie in materiellem so auch in jedem anderen Sinne. Wird ihm eingeflüßt, es sei sein Interesse, daß die Regierung z. B. Weizen besteuert, so kauft er sein Brot gleichmütig zu höheren Preisen als bisher. Man bringt ihm die Gewohnheit bei, »Traubenwein« aus getrockneten Feigen oder gar aus Campêche-Extrakt zu trinken, - und er hält ihn für den besten aller Weine. Heute machen ihn die Schneider glauben, daß er kurze Beinkleider und einen langen Rock tragen muß, und bald darauf lautet die Vorschrift umgekehrt; der gutmütige Konsument ändert dementsprechend den Schnitt seines Anzuges, um dem Kaufmann oder dem Schneider Verdienst zu geben. Für Früchte und Gemüse, welche der arme Landmann unter dem Selbstkostenpreis loschlägt, zahlt der Konsument unsinnig hohe Preise. Von der Wiege bis zum Grabe wird er auf Schritt und Tritt übervorteilt, auf jede nur erdenkliche Art übers Ohr gehauen. Diese Ausbeutung durch den Zwischenhändler, wie auch häufig durch den Fabrikanten, ist haarsträubend, - sie findet ihre Entschuldigung höchstens in dem Gleichmut, mit dem sie ertragen wird. Der Konsument ist ein Hammel, der nicht blökt, wenn er geschoren wird. Würde er nur, daß er der Herr und Gebieter sein kann auf wirtschaftlichem Gebiet! Im Umsatz geht alles von ihm aus und kehrt alles zu ihm zurück. Er bestimmt, was er gebraucht, und bedingt durch seine Forderungen die Produktion. Gewöhnt er sich, z. B. Datteln zu essen, so wird die Sahara mit Palmenbäumen bepflanzt. (...) »Ist es nicht schrecklich zu sehen«, fragt GIDE, »daß die entscheidende Stimme der großen Masse von Konsumenten zukommt, die ihre wirtschaftliche Macht nicht erfaßt und ihre Verpflichtung nicht anerkennt? Wie betrübend ist es doch, daß erst seit kurzem ein nur geringer Teil dieser Masse ihre Macht zweckentsprechend zur Geltung bringt!«⁵⁴⁴

⁵⁴¹ PAUL WATZLAWICK: *Selbsterfüllende Prophezeiungen*, a.a.O., S. 107.

⁵⁴² Fußnote im Zitat: „NIGEL HOWARD: *The Theory of Metagames*. General Systems II, 167, 1967. (Jahrbuch der Society for General Systems Research).“

⁵⁴³ PAUL WATZLAWICK: *Selbsterfüllende Prophezeiungen*, a.a.O., S. 108.

⁵⁴⁴ VAHAN TOTOMIANZ: *Konsumentenorganisation. Theorie, Geschichte und Praxis der Konsumgenossenschaften*. Berlin 1929, S. 9 f.

»Kann der Hammel seinen Hunden entweichen«, um bei dem angeregten Bild zu bleiben? Nein, der *Hammel* kann es nicht, aber *der Mensch* kann es. Ergänzen wir die Vorstellung um eine weitere Kategorie des OPPENHEIMERSchen Systems. Danach gibt es *drei Hauptstufen* menschlicher Entwicklung, die sich *begrifflich* - trotz Kontinuität aller Entwicklung - herausstellen lassen: „Die Hauptstufen sind die *subsoziale*, die die individuellen, niederen Triebe des Menschen enthält, sofern sie anthropologischer Art sind; die zweite ist die *soziale* mit den Trieben des sozial eingeordneten Menschen, und die dritte ist die *suprasoziale* mit den höheren Trieben der sozial geformten Persönlichkeit.“⁵⁴⁵

Verkürzt zusammengefaßt ist der Mensch zuerst ein Tier, das den Instinkten seiner angeborenen Überlebensmechanismen folgt. Wenn auf dieser Stufe »Denken« einsetzt, hat es keinen anderen Inhalt als die Optimierung einer Triebbefriedigung. Werbung liefert hier praktisch Ideen zur optimierten Triebbefriedigung.

In der *sozialen* Hauptstufe ist der Mensch Teil einer Gruppe. Alle Bedürfnisse bestehen zwar unvermindert fort, aber die Gruppe moduliert das »Denken« über die Wege zum Ziel. Der Mensch ist Reflex des ihn umgebenden Mediums und erklärt für »unbedingt richtig«, was das unerkannte Interesse des Mediums, in dem er lebt, vorgibt. Werbung stellt auf dieser Stufe eine Definitionsmacht bei der Modulation dar. Ihr vorrangiger Eingriff besteht darin, Ziele und Wege vorzugeben, die auf einem weiten Umweg über viele Konsumgüter eine kulturell überformte Primärbefriedigung *in Aussicht* stellen. Ihr eigenes Ziel ist nicht, daß der Mensch ißt, schläft oder liebt, sondern daß er bestimmte Dinge ißt, mit besonderer Kleidung schläft und sich der Liebe nur würdig glaubt, wenn er eine unendliche Abfolge von geschlechtspezifischen Ritualen abgearbeitet hat. Genau genommen läuft die Manipulation darauf hinaus, das Tier im Menschen durch Kulturhandlungen abzuspalten und ihm eine unmittelbare Befriedigung zu verunmöglichen. Was die Kultur als Hebel zur Formung ihrer Mitglieder schon immer praktiziert hat und dort als kultivierende Leistung erscheint, wird nun als Hebel zur Formung des Konsumenten strapaziert. Das optimale Ergebnis im Sinne der Erfinder ist Konsumrausch, Arbeitswut und auf diesem Wege unerreichbares Glück (= Unglück) als unerkannter (weil herbeigetäuschter, die Sinne verwirrender) Dauerzustand.

Die *suprasoziale* Persönlichkeit ist nun gleichsam von dieser Welt und als solche gebunden an das, was als Denkinstrument Standard einer Kultur oder Zeit ist. Im Unterschied zu der beschriebenen Vorstufe gelten ihr die Interessen und Ansichten nicht als »natürlich« und »selbstverständlich richtig«, sondern als »unter bestimmten Bedingungen zustande gekommen«. Sie weiß etwa, aus welchen Interessen heraus Gruppen bestimmte Ansichten formulieren. Vor allem aber kennt sie das Interesse der eigenen Bezugsgruppe und die eigene Rolle in derselben. Ihr »Sogeworden-Sein« ist ihr ein zusätzlicher Tatbestand und Gegenstand der Reflektion. Das heißt, die Mechanismen des »So-Werdens« sind ihr Thema, und an die Stelle eines Glaubens daran, daß man »so ist«, tritt ein Wissen um die Werdung. Mit dem Wissen um die Werdung kommt die Idee der eigenen Veränderbarkeit. Andere Er-

⁵⁴⁵ FRANZ OPPENHEIMER: *System I, Soziologie*, S. 245.

eignisse hätten zu anderen Strukturierungen geführt, hätten eine andere Person geformt. Der nächste Schritt ist, daß der Mensch das Drehbuch seines Lebens selber zu schreiben beginnt, indem er bewußt Situationen aufsucht, von denen verändernde Wirkungen erwartet werden⁵⁴⁶. Er hat auf dieser Stufe meist ein Ziel, einen Wunschzustand der eigenen Entwicklung und prüft die von außen herangetragenen Informationen auf ihren Gehalt und ihre Vereinbarkeit. Das heißt nicht, daß die suprasoziale Persönlichkeit weniger betrogen werden könnte oder geringeren objektiven Zwängen unterläge, die ihr gar keine andere Wahl lassen, als Opfer oder Mittäter zu sein. Aber sie weiß um den Betrug oder Zwang und interessiert sich sehr für deren Mechanismen, *um ihnen zu entweichen*.

Kommen wir auf die Konsumgenossenschaften zurück, dann ist aus dieser Sicht klar, daß »Förderung« *inhaltlich* definiert werden müßte als organisatorisch unterstützte Chance der Reflektion und Information. Bewußter Konsum setzt Auseinandersetzung mit der ganzen Person voraus, wobei es nicht um Belehrung geht, sondern um alternative Erfahrungen und einen Urteilsfindungsprozeß, der nicht von einer Megamaschinerie der Propaganda überlagert wird. Es geht um Kultur und, wenn die ganze Gesellschaft krank ist, um Subkultur, in der ein nach wie vor sozial offener (und damit angreifbarer) Mensch seine alternative Wertbasis finden und stabilisieren kann. Nicht weniger als Lebensgestaltung ist Thema, wenn Bedürfnisse beschrieben und dafür zu zahlende Preise (in der Werteinheit »Verbrauch von Leben«) diskutiert werden. Dabei gibt es keine Norm für gut oder schlecht, sondern nur Kausalzusammenhänge, die man kennt oder nicht kennt. Jeder Mensch hat das Recht, soviel Gift wie es beliebt zu verspeisen. Aber man sollte es wenigstens wissen und seine Entscheidungen unter Annahme der möglichen Konsequenzen treffen.

Wir haben bis hierhin keinen Versuch unternommen, die konkrete Geschichte der Konsumgenossenschaft aufzuarbeiten. Statt dessen stand im Vordergrund die Bedeutung *möglicher* (und vielleicht sogar vorhandener) Konsumgenossenschaften in der Marktwirtschaft und innerhalb eines »Genossenschaft-Orchesters«. Bewußtwerdung, Solidarisierung und Einführung in das Genossenschaftswesen stehen als Punkte für den Orchester-Gedanken. Verteidigung gegen Machtpositionen und Monopole beschreiben den marktwirtschaftlichen Teil.

Wären die Konsumgenossenschaften bereit, sich als Organisationen des Endverbrauchers zu verstehen, der bekanntlich mit seinen Zahlungen honoriert, was seinem Bedürfnis am weitesten entgegenkommt, dann läßt sich zusätzlich eine Perspektive für diejenigen zeichnen, die als Mitarbeiter in der Organisation einem Erwerbsinteresse nachgehen. Die Frage nach der Existenz als Konsumenten*organisation* beantwortet sich mit der Hingabe an das *Konsumentenbedürfnis*, durch dessen Berücksichtigung diejenige Organisationsform Zuspruch erfährt, *die sich darauf einläßt*. Damit meine ich, daß Organisationen häufig starre Gebilde sind, die ihr institutionelles Eigenleben zum obersten aller Ziele setzen und von dort aus stra-

⁵⁴⁶ Klassische Ansätze sind hier Reisen und Kunst. Beides sind Wechsel von Normalität und bilden, weil sie die Gewordenheit des Normalen bewußt werden lassen.

tegisch auf ihre Umwelt *einwirken*. Wer sich dagegen konsequent als Dienstleister am Kunden oder Genossen organisiert, überspringt so die größte Hürde einer im Absatzbereich tätigen Organisation.

Wer für das Problem der Lebensgestaltung mit Konzeptionen aufwarten kann oder zumindest ein Interesse an und Flexibilität gegenüber dem Endverbraucher zeigt, hat so auch gute Chancen, die Metabegründung des eigenen Handelns durch Hinweise des Verbrauchers/Genossen aufzuspüren. Sie ist fast noch wichtiger als das konkrete »Wie«, denn letzteres folgt mit gewisser Logik aus ersterem und ist eine abgeleitete Größe, während der Handlungssinn aus der betriebswirtschaftlichen Methode nicht abgeleitet werden kann.

3.4.3. Probleme und Perspektiven

Die sozialpolitische Stellung FRANZ OPPENHEIMERS gegenüber der Konsumgenossenschaft bedarf hier vielleicht einer speziellen Erwähnung, weniger wegen des Personenkults, als vielmehr wegen des großen Erfolges der Hamburger Konsum-, Produktiv- und Baugenossenschaft »Produktion«, der mit einer Intervention OPPENHEIMERS geschuldet sein dürfte, die in der Literatur kaum bekannt ist, aber doch einen »Wendepunkt« der konsumgenossenschaftlichen Erfolgsgeschichte in Deutschland markiert. HASSELMANN schreibt auf S. 104 treffend: „Auch OPPENHEIMER erwartete von der Siedlungsgenossenschaft, die sowohl Produktiv- wie Bau- und Konsumgenossenschaft sein sollte, einen entscheidenden Beitrag zur Lösung der sozialen Frage.“ Der Autobiographie OPPENHEIMERS entnehme ich nun folgende Passage:

„HERMANN KRECKE gründete, wohl mit unter dem Einfluß von BUSCH, 1894 einen Konsumverein »Hülfe«. Die Absicht war, eine Organisation von der ungeheuren Größe und Kraft der britischen Konsumgenossenschaften zu schaffen, die damals bereits ungefähr jeden vierten Briten umfaßten, einen Umsatz von über einer halben Milliarde Mark erzielten und etwa 300 Millionen Mark jährlich als Einkaufsdividende ausschütteten. Mit so ungeheuren Mitteln ließ sich auf friedlichem Wege Großes erreichen, wenn sie nur richtig zusammengehalten und angewendet wurden, anstatt sie in kleinsten Beiträgen zu zersplittern. Die »Hülfe« sollte diesen Fehler vermeiden, sollte die Gewinne zusammenhalten und für die soziale Umformung verwenden. Ich warnte vergeblich; ich sagte, und die Entwicklung gab mir leider recht, daß die britischen Vorbilder ja nur dadurch zu ihrer großen Mitgliederzahl und Finanzmacht gelangt waren, daß sie den privaten Egoismus der Genossen durch die Auszahlung der Dividende befriedigten, und ich riet, diesem Egoismus *zunächst* entgegenzukommen und das Statut erst zu ändern, wenn der Verband zu genügender Kraft gelangt sei. Der fast asketische Idealist KRECKE, der an die anderen gerade so unerbittliche Ansprüche stellte wie an sich selbst, glaubte an die Uneigennützigkeit des Menschen - und scheiterte. Der Verein blieb, wie ich es vorausgewußt hatte, winzig klein, machte keine Fortschritte und wurde liquidiert. Das war aber auch der einzige Mißerfolg. Um mit den kleineren Dingen zu beginnen, so wurde aus unserem Kreise heraus [gemeint ist die Berliner Gruppe der »Freiländer«, W.K.] auf Anregung GUSTAV LILIENTHALS, des Bruders und Mitarbeiters OTTOS, des

berühmten ersten Gleitfliegers, der auch Mitglied unserer Gruppe war, ca. 1894 eine Baugenossenschaft »Freie Scholle« in Berlin-Tegel begründet, die heute noch blüht und wächst. Viel bedeutsamer war die Begründung der zu ungeheuren Größe und Kraft emporgewachsenen Hamburger »Produktion«, einer gewaltigen Konsum-, Produktiv- und Baugenossenschaft, die auf Grund der Organisation der Kundschaft auch weiterhin zu großartiger Eigenerzeugung vorgeschritten ist; ihre Bäckerei und Fleischerei gehören zu den größten und modernsten Anlagen ihrer Art, und die von ihr errichteten Bau-blocks in allen Teilen der Stadt sind wahrscheinlich die Vorbilder der heute überall auf-schießenden »Siedlungen« gewesen, wie sie namentlich die sozialistische Stadtver-waltung Wiens in so vorbildlicher Weise errichtet hat. Die Führer dieser Bewegung waren einige Mitglieder der Hamburger Freilandgruppe; es gelang ihnen, die mächtigen Gewerkschaften unter dem bekannten Abgeordneten VON ELM zu gewinnen, und der Großkaufmann RAFAEL ERNST MAY, ein Sozialstatistiker von hohem Rang, der uns nahestand, beteiligte sich führend an der Ausarbeitung des Organisationsplanes. Hier wurden meine Ratschläge befolgt; den Mitgliedern wurde zwar nicht der ganze Ge-winn, wohl aber eine erhebliche Dividende ausgeworfen, und der stattliche Rest wurde für die sozialen Zwecke des Ganzen kapitalisiert. Die Folge war, daß der Verband schnell wuchs und zu höchster Blüte gelangte.“⁵⁴⁷

OPPENHEIMER beteiligte sich an all diesen Bestrebungen, obgleich sie nicht sein sozialpolitisch vorrangiges Anliegen berührten, nämlich die Wiederherstellung der »Terra libera«, des Freilandes. Selbstverständlich ist sein Anteil an dem Geschehen um die Hamburger »Produktion« winzig gemessen an dem, was aus der Arbeiter-bewegung heraus und von den vor Ort Tätigen geleistet wurde. Aber er war dabei, und der Einfluß der Freiland-Gruppe, die mehr wollte „als nur theoretische Klä-rung, wir wollten die rettende Tat“⁵⁴⁸, kennzeichnet einen Wendepunkt in dem konsumgenossenschaftlichen Selbstverständnis, denn „die meisten Konsumvereine hatten sich doch im wesentlichen damit begnügt, ihren Mitgliedern preiswerte Wa-ren zu liefern“, während die »Produktion« in Hamburg nun klar erkennen ließ, „daß es ihr auf die wirtschaftliche Macht der Arbeiter und Verbraucher ankam.“⁵⁴⁹

Mit einigem Unbehagen soll diese Wende von dem Anwalt des Allgemeinen Ver-bandes, HANS CRÜGER, beurteilt worden sein, der es vorwegnehmend als bedau-erliche Entwicklung ansah, wenn, ausländischem Vorbild folgend, die Konsumge-nossenschaften Deutschlands eine Umgestaltung der Wirtschaftsordnung anstreben würden, so wie ihm der Übergang zur Eigenproduktion wenig sympathisch gewe-sen sein soll⁵⁵⁰. OPPENHEIMER schrieb über die politischen Konfliktlinien verärgert:

„Kein besseres Beispiel als Sachsen, der industriell am weitesten entwickelte Teil Deutschlands, wo die »Meisterklasse« sich immer noch liberal schimpft, sogar fort-schrittlich, obgleich sie jedem russischen Cinas ein paar Längen vorgeben darf. Sie ha-ben das Wahlrecht verhunzt, sie haben die Arbeiter sogar aus den - Konsumvereinen herauszuängstigen versucht, sie haben den Weltrekord in der Auslegung des Koalitions-rechts geschlagen - und heute sind 22 von 23 sächsischen Reichstagswahlkreisen rot!

⁵⁴⁷ FRANZ OPPENHEIMER: *Lebenserinnerungen*, S. 155 f.

⁵⁴⁸ FRANZ OPPENHEIMER: *Lebenserinnerungen*, S. 155.

⁵⁴⁹ ERWIN HASSELMANN: *Geschichte ...*, a.a.O., S. 249 f.

⁵⁵⁰ Vgl. ERWIN HASSELMANN: *Geschichte ...*, a.a.O., S. 250 und 252.

Viel besser sind sie aber auch anderswo nicht! Berlin ist durch das Dreiklassenwahl-recht seit einem halben Jahrhundert kommunalpolitisch vom Freisinn beherrscht: es ist, zu unserer Schande muß es gesagt werden, von vielen deutschen Groß- und Mittel-städten in aller sozialpolitischer Fürsorge, sogar im Schulwesen, weit überholt worden. Seine Arbeiterpolitik aber ist geradezu jammervoll, und nirgends spielt die reaktionäre Klasse der Hausagrariarier und Bodenwucherer eine skandalösere Rolle in einer großen deutschen Stadtverwaltung!

Und man denke ferner an Dr. HANS CRÜGER und die Ächtung der Konsumvereine!

Sie haben nichts gelernt und nichts vergessen! Als ich selbst vor sieben Jahren dem deutschen Liberalismus eine neue Theorie der Gesellschaft unterbreitete, an der das schärfste Vergrößerungsglas keine nicht-liberale Faser entdecken kann, eine Theorie, die die volle wirtschaftliche Freiheit des Marktverkehrs gegen die sozialistische Theorie verteidigt, und praktische Vorschläge, die in einer auf Selbsthilfe beruhenden, von SCHULZE-DELITZSCH selbst empfohlenen Genossenschaft gipfelten - da wurde ich nir-gends hämischer und höhnischer behandelt, als gerade von »liberalen« Zeitungen und Politikern. Es war eine Wiederholung - sans comparaison - der Erfahrung, die LASSAL-LE gemacht hat.“⁵⁵¹

Meines Erachtens ein bemerkenswerter Konflikt mit interessanter Frontstellung, dessen Wurzel bis in die 1860er Jahre zurückreicht und der gegen 1900 einer Klä-rung entgegendrängte, als die aufstrebende Konsumgenossenschaftsbewegung Rochdaler Prägung mit dem an seiner „genossenschaftlichen Mittelstandsideologie festhaltenden Allgemeinen Verband“⁵⁵² zunehmend zusammenstieß. Bemerkens-wert deswegen, weil es in der Geschichte des deutschen und internationalen Genos-senschaftswesen auf vielen Ebenen diesen Gegensatz einer »Bewegung von oben« und einer »Bewegung von unten« gegeben hat, wobei die erste Gruppe die Ge-nossenschaft als eine Einrichtung zur Systemstabilisierung verstand und sich mal um ihre eigene Klasse, mal um gönnerhafte Wohlfahrt für die unterlegene Klasse bekümmerte, während die zweite Gruppe einen gesellschaftlichen Umbau im Schilde führte und aus diesem Grunde auch theoretisch reflektiert nach Wirkungs-mechanismen gesucht hat, die der Genossenschaftsbewegung zu einer gewissen Dynamik verhalfen.

Auch der kleine theoretische Beitrag OPPENHEIMERS zur Übernahme des Roch-daler Erfolgsrezeptes durch die Hamburger »Produktion« erhielt leider noch nach-träglich einen höheren Stellenwert als lediglich den einer netten Anekdote. Denn es sollte der Tag kommen in einem demokratischen Deutschland, wo die von den Deutsch-Faschisten beabsichtigte und nicht gelungene Vernichtung der Konsumge-nossenschaft doch noch vollendet werden sollte durch ein Gesetz, das die Konsum-genossenschaft ins wirtschaftliche Mark traf. Wir erinnern uns an die Genossen-schaftskonstruktion eines HERMANN KRECKE, die auf die Rückvergütung verzich-ten wollte und prognosegemäß scheiterte. Wir erinnern uns an OPPENHEIMER, der die am privaten Egoismus der Genossen ansetzende Dividendenzahlung als Er-folgsrezept von Rochdale erkannte. Und vor diesem Hintergrund sehen wir uns mit

⁵⁵¹ FRANZ OPPENHEIMER: Die Niederlage des deutschen Liberalismus. In: *Freistatt* (Mün-chen), Nr. 31/1903, S. 603 - 604, hier 604.

⁵⁵² Vgl. ERWIN HASSELMANN: *Geschichte ...*, a.a.O., S. 273 und 278.

einem vom Einzelhandel aufgestachelten Gesetzgeber der Bundesrepublik konfrontiert, der ausgerechnet das Prinzip der Rückvergütung praktisch verbietet, indem er es an die 3 %-Grenze eines Rabattgesetzes knüpft⁵⁵³. Die Genossenschaften versuchten nach dieser Breitseite zunächst aus der Not eine Tugend zu machen, und manche Theoretiker verbreiteten in einer Art Zweckoptimismus gar die Meldung, daß die Rückvergütung als »notwendiges Übel« anzusehen sei⁵⁵⁴. Mag sein, denn so haben CHARLES GIDE und OPPENHEIMER dies letztlich auch gesehen. Nur, was bedeutet das Wort »notwendig« gegenüber dem Wort »Übel«, wenn daran Aufstieg und Untergang hängt? Kurz: es ist den Konsumgenossenschaften ebensowenig gelungen, aus der Not eine Tugend zu machen, wie dies zuvor dem tugendhaften KRECKE gelungen war. Man hätte die Genossenschaft als Rechtsform sofort verlassen müssen und besser (als Protest) eine Kombination aus privatem Konsumverein und Handelsgesellschaft installiert, die in einem rechtsfreien Raum das Erfolgsrezept wahr, als sich wie der berühmte Hase auf einen Wettlauf gegen zwei Igel einzulassen. Dabei hat es warnende Stimmen gegeben, bevor das Unheil seinen Lauf nahm. OTTO GLAB schrieb 1949:

„Die Ausdehnung des Geschäftsbetriebes auf Nichtmitglieder widerspricht an und für sich genossenschaftlichen Grundsätzen. Die Genossenschaft wird dadurch zur Erwerbswirtschaft. (...) In Zeiten, wie den heutigen, mag vorübergehend ein Verkauf auch an Nichtmitglieder zu verantworten sein, weil die Genossenschaften bei der allgemeinen Warenverknappung die von den Versorgungsringen der DAF [Deutsche Arbeitsfront, W.K.] übernommene Kundschaft mit zu betreuen haben. In normalen Zeiten muß aber an dem Grundsatz der Warenabgabe nur an Mitglieder festgehalten werden. Außer den genossenschaftlichen Erwägungen spielen hier im übrigen auch steuerpolitische Fragen hinein. Wird die Genossenschaft zur Verdienstunternehmung, so fällt jeder Grund für eine steuerliche Sonderbehandlung fort.“⁵⁵⁵

Nun, da die geistigen Führer gegen besseren Rat um die Befreiung von der Bindung an das Mitgliedergeschäft kämpften und damit eine erste Annäherung an den nichtgenossenschaftlichen Einzelhandel vollzogen war, fehlte vermutlich der rechte Ehrgeiz in diesem wichtigen Punkt. Genau die Geschlossenheit eines »Vereins« wollte man ja ablegen, wodurch - gleiches Recht für alle - die Anlehnung an das für den nichtgenossenschaftlichen Einzelhandel geltende Rabattgesetz nur recht und billig wurde⁵⁵⁶. Es berichten die Chronisten:

⁵⁵³ Nach MEYER-DOHM hat es in diesem Punkt gar eine freie Wahl gegeben. Er schreibt: „Bei der Novellierung des Rabattgesetzes und des § 8, Abs. 4 des Genossenschaftsgesetzes 1954 standen die Konsumgenossenschaften vor der Alternative des Verzichts auf das Nichtmitgliedergeschäft bei unbeschränkter Rückvergütung oder des freien Nichtmitgliedergeschäftes mit begrenzter Rückvergütung. Ihre Entscheidung für das freie Nichtmitgliedergeschäft war sicherlich von der Einsicht geleitet, daß auf diesem Wege eine stärkere Expansion möglich wäre.“ PETER MEYER-DOHM: Möglichkeiten der Konsumentenorganisation. In: Erik Boettcher, Harry Westermann (Hg.), Genossenschaften - Demokratie und Wettbewerb. Tübingen 1972, S. 95 - 142, hier S. 116.

⁵⁵⁴ Gemeint sind GUSTAV DAHRENDORF und OSWALD VON NELL-BREUNING. Siehe ERWIN HASSELMANN: Geschichte ..., a.a.O., S. 633.

⁵⁵⁵ OTTO GLAB: Genossenschaftskunde. Berlin 1949, S. 43.

⁵⁵⁶ GERHARD WEISSER hat durch seine Gutachten nicht nur der Produktivgenossenschaft einen Stein in den Weg gelegt (vgl. WERNER KRUCK: Die gewerbliche Produktivgenos-

„Es gibt nur wenige gesetzgeberische Maßnahmen, die einen so durchgreifenden Einfluß auf die Geschichte der Konsumgenossenschaften ausgeübt haben wie das »Gesetz zur Änderung von Vorschriften des Gesetzes betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und des Rabattgesetzes« vom 21. Juli 1954. Das Gesetz hat eine lange Vorgeschichte. Dazu gehörten der Kampf der Konsumgenossenschaften um die Beseitigung des § 8 Absatz 4 des Genossenschaftsgesetzes, der den Konsumgenossenschaften den Verkauf an Nichtmitgliedern verbot, dazu gehören auch die Bestrebungen gewisser Handelskreise, der konsumgenossenschaftlichen Rückvergütungs politik entweder durch eine Besteuerung der Rückvergütung oder durch die Reduzierung der Rückvergütung auf den Rabattsatz oder durch beides den Boden zu entziehen. (...) Die Gleichsetzung der konsumgenossenschaftlichen Rückvergütung mit dem Rabatt und bei der Beschränkung auf 3 % durch das *Rabattgesetz* (Gesetz über Preisnachlässe) vom 25.11.1933 machte die Rückvergütung in den Augen der Verbraucher zu einem *schlechten* Rabatt, einem »Rabatt«, der mit der Übernahme von Mitgliedspflichten (Geschäftsanteil, Haftpflicht) verbunden war, der ungewiß war, ... Das Rabattgesetz war also eines der nationalsozialistischen Mittel zur Unterbindung des konsumgenossenschaftlichen Fortschritts.

(...) Auf dem 40. Konsumgenossenschaftstag, der im Juni 1963 in Berlin stattfand, hat der Vorsitzende CARL SCHUMACHER in seinem Vortrag über »das Leitbild der Konsumgenossenschaften in der Gegenwart« mit Nachdruck auf die verheerende Wirkung dieses gesetzlichen Eingriffs in die genossenschaftliche Autonomie hingewiesen: »Der schmerzhafteste und folgenschwerste Eingriff in die genossenschaftliche Eigenart, - von vielen geradezu als Denaturierung des genossenschaftlichen Wesens bezeichnet - war die gesetzliche Beschränkung der Rückvergütung, damit der genossenschaftlichen Selbstbestimmung und letztlich des Förderungsauftrags selbst! Das meiste von dem, was heute als 'Verrat', 'Entartung', Kommerzialisierung, Entgenossenschaftlichung empfunden oder angesehen wird, geht ursächlich auf diesen 'Markstein der Entgenossenschaftlichung' zurück.«⁵⁵⁷

senschaft ..., a.a.O., S. 210 ff.), sondern auch Anteil an dem Untergang der Konsumgenossenschaften. Er schreibt wohl richtig, daß es keine Ähnlichkeit zwischen Rückvergütung und Rabatt gäbe (S. 221), aber er warnt die Genossenschaften nicht entschieden vor der logischen Konsequenz des Nichtmitgliedergeschäftes (vgl. S. 208), sondern stimmt als Mitglied des wissenschaftlichen Beirats beim Bundesfinanzministerium dem großen Gutachten des Beirats über organische Steuerreform im ganzen zu (S. 212). Der sogenannten »Burgfriedensmaßnahme« könnte die Konsumgenossenschaft angeblich durch eine aktive Preispolitik standhalten (vgl. S. 212). Aber vorsorglich behält WEISSER *sich* das Recht vor, „zu diesem Punkt und zu einigen anderen eigene Ausführungen abweichend oder ergänzenden Inhalts zu publizieren“. GERHARD WEISSER: Sind die Genossenschaften reformbedürftig? In: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Bd. 5, 1955, S. 200 - 217. Der Begriff »Burgfrieden« hat in der Geschichte der Konsumgenossenschaften übrigens eine unschöne Tradition. Die Konsumgenossenschaften hatten, um den wilden Aktionen des »Kampfbundes des gewerblichen Mittelstandes« zu entgehen, der die programmgemäße Zerschlagung der Konsumgenossenschaften forderte, die Einsetzung eines Beauftragten der NSDAP in ihren eigenen Reihen akzeptiert. „Tatsächlich beschloß HITLER auf das Monitum LEYS hin, die Konsumgenossenschaften nicht zu vernichten, sondern unter die politische Kontrolle der DAF [Deutsche Arbeitsfront] zu stellen.“ KUNO BLUDAU: Nationalsozialismus und Genossenschaften. Hannover 1968, S. 118.

⁵⁵⁷ ERWIN HASSELMANN: Geschichte ..., a.a.O., 1. Abs. S. 623, 2. Abs. S. 635. Zitat im Zitat von CARL SCHUMACHER: Das Leitbild der Konsumgenossenschaften in der Gegenwart. Vortrag, gehalten auf dem 40. Konsumgenossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumgenossenschaften am 19. Juni 1963 in Berlin, S. 4.

Und aus der Gegenwart hochaktuell:

„In Ostdeutschland ist die Zahl der Konsumgenossenschaften auch 1991, wengleich nur leicht, zurückgegangen. (...) Bei 4,37 Millionen Mitgliedern (1989: 6,64, 1990: 4,57 Millionen) gehörten aber immer noch zwei von drei Haushalten in Ostdeutschland einer Konsumgenossenschaft an. Im laufenden Jahr 1992 dürften weitere Mitglieder ausgeschieden sein. Der Mitgliederrückgang wird damit erklärt, daß die deutlichen Einschränkungen bei den Rückvergütungen nicht überall das Verständnis der Mitglieder fanden, ...“⁵⁵⁸

Mit anderen Worten: Die Konsumgenossenschaft ist in Deutschland faktisch verboten, da ihr ökonomischer Mechanismus verboten ist⁵⁵⁹. Mit ihrem Verbot wird einerseits ein weiteres Kapitel unterlassener Verbraucherpolitik geschrieben⁵⁶⁰, andererseits aber auch der »Kopf« eines Genossenschaftswesens verboten. Denn von der Seite seiner Bedürfnisse aus betreibt der Mensch eine mehr oder weniger gelungene Lebensplanung bzw. entwickelt Konzepte und Utopien zu deren Verbesserung. Von daher ist die Konsumgenossenschaft meines Erachtens Ort der Sinnfindung - eben »Kopf« oder »Sinnesorgan des Sinns«.

3.5. Die Produktivgenossenschaft

»Dies ist das unendliche Recht des Subjekts, daß es sich selbst in seiner Tätigkeit und Arbeit befriedigt findet.«⁵⁶¹

„Die Idee der Produktivgenossenschaft erlebte ihren Höhepunkt in den Jahrzehnten zwischen der Revolution von 1848 und der Gründung des Deutschen Kaiserreiches von 1871. Die *Allgemeine deutsche Arbeiterverbrüderung*, im August 1848 in Berlin gegründet und zugleich die erste Arbeiter-Massenbewegung in Deutschland, sah in der Produktivgenossenschaft das entscheidende Mittel, eine Gesellschaftsreform und die Emanzipation des »vierten Standes« zu erreichen. (...) Eine erste produktivgenossenschaftliche Gründungswelle ging damals durchs Land. Das Scheitern der Revolution und die einsetzende politische Reaktion - zum Teil auch die Verschärfung der Gewerbeordnung - bliesen der Bewegung jedoch bald das schwache Lebenslicht aus. Erst das liberalere Klima der sechziger Jahre ermöglichte einen zweiten Anlauf. Für den Zeitraum von 1860 bis 1878 sind reichsweit etwa 300 Produktivgenossenschaftsgründungen bekannt geworden. Viele dieser Unternehmungen fielen, soweit sie bis dahin nicht aus anderen Gründen gescheitert waren, der schweren Gründerkrise nach dem

⁵⁵⁸ DG BANK: Genossenschaften ..., a.a.O., S. 60.

⁵⁵⁹ Einer letzten Meldung zufolge beabsichtigt die Bundesregierung, das Rabattgesetz ersatzlos aufzuheben. Damit fielen gleichzeitig die Rechtsgrundlage der begrenzten Rückvergütung und könnten die Konsumgenossenschaften möglicherweise ab 1995 wieder frei disponieren. [Würde durch die Ereignisse bis zur Drucklegung dieser Arbeit nicht bestätigt.]

⁵⁶⁰ Vgl. zu der schwachen Position des Verbrauchers BERND BIERVERT u.a.: Verbrauchergerechte Verbraucherforschung und Verbraucherpolitik. Wuppertal 1976. BERND BIERVERT u. a.: Alternative Organisationsformen für die Vertretung von Verbraucherinteressen. Wuppertal 1982. JUTTA JÖSCH: Konsumgenossenschaften und Food-Cooperatives. Berlin 1983.

⁵⁶¹ GEORG W. F. HEGEL: Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte. Leipzig 1907, S. 57 f.

Deutsch-Französischen Krieg im Jahre 1873 zum Opfer. Damit war bis zum Ersten Weltkrieg die Konjunktur produktivgenossenschaftlicher Unternehmen weitgehend beendet.“⁵⁶²

Die Aufarbeitung der produktivgenossenschaftlichen Thematik ist schwierig und wird sich auch hier nicht zufriedenstellend leisten lassen⁵⁶³. Denn wengleich SCHULZE-DELITZSCH die »Assoziation zu gemeinsamer Produktion« bzw. Produktiv-Assoziation ausdrücklich als den »Gipfelpunkt des ganzen Systems« anerkannt hat⁵⁶⁴, ist ihre Methode der Herbeiführung bis heute noch nicht ausgereift. Genaugenommen stehen seit ca. 1890 nur Minderheiten der Intellektuellen ungebrochen für die Produktivgenossenschaft ein, und so siecht die Gewinnung eines theoretischen Fundamentes dahin, obgleich es seit 1831⁵⁶⁵ bis in die Gegenwart hinein Produktivgenossenschaften gibt und ihre Entwicklung für eine alternative Organisation der Arbeit als zentral angesehen werden muß⁵⁶⁶. Aber so wichtig die Entwicklung einer anwendungsfreundlichen Konzeption der Produktivgenossenschaft ist, so ungeliebt bleibt die Idee seitens jener, die gegen jegliche Alternative zu den etablierten Abhängigkeitsbeziehungen und Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Machtblöcken sind. Während die Produktivgenossenschaft den einzig denkbaren freiheitlichen Weg einer alternativen Arbeitsplatzmarktorganisation beschreibt, muß sie sich in ihrem Geburtsstadium bereits gegen allerlei ideologische Angriffe verteidigen⁵⁶⁷. Der Gedanke, daß ihre Spielfiguren sich verselbständigen könnten, muß den Herren - das lehrt der sozialpsychologische Determinismus - ungeheuerlich bis unvorstellbar erscheinen⁵⁶⁸.

⁵⁶² KLAUS NOVY und MICHAEL PRINZ: Illustrierte Geschichte der Gemeinwirtschaft. Berlin 1985, S. 17.

⁵⁶³ Einen aktuellen Überblick vermittelt WERNER W. ENGELHARDT: Zu einer Struktur- und Funktionsanalyse der Produktivgenossenschaft. In: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Bd. 44, Heft 1/1994, S.4-27.

⁵⁶⁴ Vgl. HERMANN SCHULZE-DELITZSCH: Kapitel zu einem deutschen Arbeiterkatechismus (1863). In: HERMANN SCHULZE-DELITZSCH's Schriften und Reden, hrsg. von F. Thorwart, Band II, Berlin 1910, S. 26 - 173, hier S. 149.

⁵⁶⁵ „Die erste Erzeugergenossenschaft wurde 1831 in Paris von einer kleinen Gruppe Tischler unter dem Einfluß von PH. BUCHEZ gegründet.“ VAHAN TOTOMIANZ: Grundlagen des Genossenschaftswesens. 2. Neubearb. Aufl., Berlin 1929, S. 7.

⁵⁶⁶ Vgl. WOLFGANG BEYWL und BURGHARD FLIEGER: Genossenschaften als moderne Arbeitsorganisation. Fernuniversität Hagen 1991.

⁵⁶⁷ Vgl. WERNER KRUCK: Die gewerbliche Produktivgenossenschaft in Deutschland. Ein theoretisch-geschichtlicher Beitrag. In: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Bd. 43, Heft 3/1993, S.197-216.

⁵⁶⁸ „Angewandt auf das Arbeitsverhältnis, auf die Direktionsbefugnis der Arbeitgeber, auf die Gehorsamspflicht der Arbeitnehmer, kommt man nicht umhin, dem Arbeitgeber eine Seinsüberlegenheit über den Arbeitnehmer zuzuschreiben. Diese Seinsüberlegenheit wird dann darin erkannt, daß der Arbeitgeber über Produktionsmittel verfügt, wogegen der Nur-Lohnarbeiter keine Produktionsmittel einbringt. Aus dieser angeblichen Seinsüberlegenheit wird die Befugnis des Arbeitgebers, dem Arbeitnehmer Weisungen zu erteilen, und die Verpflichtung des Arbeitnehmers, diese Weisung im Gehorsam entgegenzunehmen, hergeleitet. Sie werden sagen, das haben wir doch noch nie gehört! Das ist doch Unsinn! Meine Damen und Herren, ich gebe Ihnen zu, daß Sie das noch nie gehört haben. Ich habe es auch noch nie gehört; aber es steckt in allen Hinterköpfen, beispielsweise in den Hinterköpfen derjenigen, die die Mitbestimmung bekämpfen, weil die Verfügungsmacht im Unternehmen vom Eigentum ausgehen müsse und nicht von anderswoher hergeleitet

Doch die Spielfigur oder das Ausbeutungsobjekt des einen ist sich selbst in erster Linie Mensch und sucht als Mensch unter und mit Menschen »sein unendliches Recht«, wie es HEGEL nannte. Darum hat es auch immer - trotz alledem - Vereinigungen gegeben, die fortlaufend »erfanden«, was wir als *Produktivgenossenschaft* auffassen.

Die größte Übereinstimmung mit dem hier vertretenen theoretischen Ansatz OPPENHEIMERS weist die von ENGELHARDT anempfohlene Definition CHARLES GIDES auf. Danach sind Produktivgenossenschaften Unternehmen, in denen jeder Beschäftigte Teilhaber und jeder Teilhaber beschäftigt ist⁵⁶⁹. Sie läßt sich noch schärfer zuspitzen, wenn man die in GIDES Spätwerk formulierte kürzeste aller Genossenschaftsdefinitionen zugrunde legt: „der gerechte Preis!“⁵⁷⁰ oder auf die Produktivgenossenschaft angewendet: *der gerechte Preis für Arbeit*.

Danach ist die Produktivgenossenschaft primär eine Unternehmung, in der alle beschäftigten Teilhaber einen Konsens über die inneren Angelegenheiten (Produkt, Produktionsform, Ertragsteilung etc.) anstreben und auch eine Chance auf Realisierung haben, da die Verfügungsrechte an der Unternehmung in ihren Händen liegen.

Indem sie als Organisationsform funktioniert, wirkt sie *sekundär* nach außen, aber nicht, indem sie den Marktmechanismus des Güter- oder Geldmarktes verändert, sondern ausschließlich durch Wirkung auf die Machtkonstellation Arbeitgeber-Arbeitnehmer am Arbeitsplatzmarkt.

Alle Konstruktionsversuche von Produktivgenossenschaften sind nach dem hier vertretenen Ansatz daraufhin zu befragen, ob sie der Erfüllung dieser Aufgabenstellung dienen oder nicht. Es mögen sich aus der primären Aufgabe bestimmte Prinzipien ableiten lassen, die der besonderen Betriebsform gerecht werden. Möglicherweise lassen sich gar spezifische Merkmale der Produktionsweise feststellen, da es den Genossen vor allem um eine Optimierung des Arbeitsertrages geht, und somit der Aufwand der Anschaffung den Ertrag der Arbeiterleichterung nicht übersteigen darf. Aber mit jedem dieser Schritte entfernen wir uns bereits von dem Kern, denn die gewählten Verfahrensweisen sind nicht Selbstzweck, sondern Mittel.

Kritisch muß man m. E. sehen, wenn in der alternativökonomisch-produktivgenossenschaftlichen Literatur ein sogenanntes »Subsistenzprinzip« genannt wird, wonach es nicht darum gehe, Privateinkommen zu maximieren. Einmal abgesehen

werden könne. (...; hier ist) eine Reminiszenz, die in Wirklichkeit das Sklavenrecht voraussetzt, aber nichts zu tun hat mit der Rechtsbeziehung des freien Lohnarbeitsverhältnisses, in der zwei gleichberechtigte Menschen einander gegenüberstehen.“ OSWALD VON NELL-BREUNING: Der Arbeitsmarkt in individual- und sozialethischer Sicht. In: Arbeitsmarkt und Menschenwürde. Die Ökonomie auf dem Prüfstand der Ethik. Münster 1980, S. 32 - 47, hier S. 36 f.

⁵⁶⁹ Vgl. WERNER W. ENGELHARDT: Prinzipielle und aktuelle Aspekte der Produktivgenossenschaften. In: Friedrich Karrenberg, Hans Albert (Hg.), Sozialwissenschaft und Gesellschaftsgestaltung. Festschrift für Gerhard Weisser. Berlin 1963, S.439-460, hier S.439.

⁵⁷⁰ Vgl. VAHAN TOTOMIANZ: Grundlagen des Genossenschaftswesens. a.a.O., S. 25.

davon, daß eine Produktivgenossenschaft für ihre Produkte am Markt keine höheren Preise erzielen kann als qualitativ vergleichbare Produkte anderer Produzenten, und daß von daher - eine monopolistische Marktbeherrschung durch eine Produktivgenossenschaft selbstverständlich ausgeschlossen - die Ertragsmöglichkeiten einer produktivgenossenschaftlichen Unternehmung nach oben durch den Markt selber begrenzt sind, geht es natürlich genau darum, das Einkommen aus Arbeit zu optimieren, also mit geringstmöglichem Aufwand einen größtmöglichen Ertrag zu erzielen. Wer sich dieses Ziel als Produktivgenossenschaftler nicht setzt, verschwendet seine Energie mit suboptimalen Handlungen.

Damit wird noch nichts darüber gesagt, mit welcher *Leistungsverdichtung* und mit welchem *Einkommenswunsch* eine Gruppe wirtschaftet. Deswegen ist der Begriff der »Einkommensmaximierung« auch in jeder Hinsicht unglücklich gewählt, denn welche Ziele ein produktivgenossenschaftlicher Verbund verfolgt, muß und kann in dem Verbund als Werthaltung flexibel ausgehandelt werden. Eine Produktivgenossenschaft hört nicht deswegen auf, eine Produktivgenossenschaft zu sein, weil man dort Spitzengehälter verdient⁵⁷¹. Statt der »Einkommensmaximierung« liegt als Motiv eine *Genußoptimierung* nahe, die ein Optimum aus Arbeitsertrag und Arbeitsaufwand sucht und sich vor allem an einer sinnvollen Aufteilung wertvoller Lebenszeit orientiert (↑ 216). Was an Diensten gegenüber Dritten (= Arbeit) geleistet werden muß, wird vermutlich unverändert so effektiv wie irgend möglich erledigt, schon alleine deshalb, weil gut funktionierende Abläufe und gelungene Werke mehr »Spaß« machen bzw. Positiv-Spiegel der eigenen Leistungsfähigkeit sind.

Aber selbst oder gerade dann, wenn der Mensch ein Streben nach Faulheit realisiert (ohne zu diesem Zwecke den Nebenmenschen versklaven zu können), wird jeder Handgriff doppelt genau überlegt und, wenn möglich, unterlassen. Nur der Sportler verbraucht Energie aus Betätigungsfreude und anderen selbstbestimmten Genußmotiven. So kann eine »gemütlich« arbeitende Produktivgenossenschaft eine optimierte Realisierung des ökonomischen Prinzips, gemessen in Lebens-Werten, darstellen. Es geht also nicht um die Aufhebung irgendwelcher Optimierungsbestrebungen, sondern

- a) um die Flexibilisierung bestimmter Unternehmensziele im Sinne einer Genußoptimierung und
- b) um die gerechte Teilung des gemeinschaftlich erzielten Ertrages.

Bei dem Thema »Produktivgenossenschaften« ist es angebracht, die Realebene der Genossenschaftspraxis und die publizistisch vertretene Wahrnehmungsebene der Wissenschaft als gesonderte »Realität« zu behandeln. Es hat in der Praxis stets Produktivgenossenschaften gegeben; in anderen europäischen Ländern wohl mehr als in Deutschland und in Deutschland in wechselnden Schüben, ausgelöst durch die Arbeiterverbrüderung um 1848, durch den Liberalismus (SCHULZE-DELITZSCH) 1860, durch staatliche Initiative zur Versorgung der Heimkehrer nach dem ersten

⁵⁷¹ Ein bei dem Berliner Ingenieur-Kollektiv PSI vorliegender Fall.

Weltkrieg, durch Gewerkschaftsinitiative besonders nach größeren Streiks sowie in der Form von Produzenten-Verbraucher-Gemeinschaften, in denen sich Produktivgenossenschaften und Konsumgenossenschaften zunächst ergänzt haben, bis erstere ganz als Produktionsbetriebe der Konsumgenossenschaften in diese eingeflossen sind⁵⁷².

Der europäische Dachverband der Arbeits- und Produktionsgenossenschaften CECOP⁵⁷³ vereinigt 40.000 Produktionsgenossenschaften mit 800.000 Arbeitsplätzen⁵⁷⁴. In Deutschland gab es 1921 noch 1.302 Produktivgenossenschaften⁵⁷⁵, in Westdeutschland 1990 nur noch 13 Produktiv- und 23 Produktionsgenossenschaften⁵⁷⁶ sowie in den fünf neuen Bundesländern 1993 ca. 600 Produktivgenossenschaften⁵⁷⁷.

In Deutschland, wo sonst immer gerne alles schneller - größer - besser gemacht wird, kann dieses Mißverhältnis kaum jemanden erschüttern. Statt dessen stößt man auf intellektuelle Ausgrenzungsversuche, von denen ENGELHARDT einige zusammenfaßt:

„In der Folgezeit ging ROBERT LIEFMANN⁵⁷⁸ soweit, Produktivgenossenschaften als Objekt der Genossenschaftslehre völlig fallenzulassen. Er argumentierte, daß es sich bei ihnen nicht um Genossenschaften sondern um Gesellschaften handele, die die Mitglieder nicht nur fördern, wie die anderen Genossenschaftsarten, sondern die deren gemeinsame Erwerbswirtschaft bilden. HANS FUCHS⁵⁷⁹ präziserte, daß zwar Begriffsbestimmungen der Produktivgenossenschaften möglich seien, in Anbetracht der Transformation der lediglich in statu nascendi eine Besonderheit darstellenden Gebilde jedoch eine Theorie über sie unmöglich sei. PETER ALBRECHT⁵⁸⁰ schließlich nannte schon seine Definition eine »reine«, d.h. idealtypische, welche die in der Praxis regelmäßig vorkommenden Gebilde nicht zu erfassen erlaube.“⁵⁸¹

Denen, die da über Begriffe agieren ohne die dahinterstehenden sozialen Bewegungen zu erfassen, ließe sich aus etwas anderem Zusammenhang vorhalten:

⁵⁷² Vgl. MATTHIAS SCHULTE: Anmerkungen zur Genese der Konsumgenossenschaften in Deutschland. Wuppertal 1980, S. 135 ff.

⁵⁷³ Comité Européen des Co-opératives de Production et de Travail Associé; Europäisches Komitee der Arbeits- und Produktionsgenossenschaften.

⁵⁷⁴ Vgl. den Vortrag von VIVIAN WOODSELL, abgedruckt als Protokoll in der Tagungszeitung des Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie (TAKAO), Sommerseminar vom 13. - 22. 8. 1993 in Bad Segeberg, S. 77 - 79.

⁵⁷⁵ Vgl. ROBERT LIEFMANN: Die Unternehmungsformen mit Einschluß der Genossenschaften und der Sozialisierung. 3. Aufl., Stuttgart 1923, S. 92.

⁵⁷⁶ DG BANK: Die Genossenschaften ..., a.a.O., S. 85.

⁵⁷⁷ Angabe von ANGELIKA SCHWARZ: Änderung des Genossenschaftsgesetzes. In: procoop, Zeitschrift der Produktivgenossenschaften & Partnerschaftsunternehmen, 4. Jg., Heft 4/1993, S. 22.

⁵⁷⁸ ROBERT LIEFMANN: Die Unternehmungsformen, 3. Aufl., Stuttgart 1923, S. 83.

⁵⁷⁹ Fußnote im Zitat: „HANS FUCHS: Der Begriff der Produktivgenossenschaft und ihre Ideologie. Düsseldorf 1927, S. 34 f.“

⁵⁸⁰ Fußnote im Zitat: „PETER ALBRECHT: Die Produktivgenossenschaften in der Schweiz. Basel 1953, S. 18 f.“

⁵⁸¹ WERNER W. ENGELHARDT: Prinzipielle und aktuelle Aspekte ..., a.a.O., S. 446 f.

„Nicht das Leben richtet sich nach den juristischen Konstruktionen, sondern die juristischen Konstruktionen sollen sich nach dem Leben richten, und die Regeln, die wir nach den Lebensbedürfnissen aussprechen, soll der Jurist hintennach konstruieren, wenn er es nicht kann, dann ist er ein schlechter Jurist.“⁵⁸²

3.5.1. Wirtschaftspolitik und Arbeitsplatzmangel

Nachdem die Arbeitslosigkeit unter der Wirtschaftspolitik LUDWIG ERHARDS ihren Schrecken verloren hatte, wurde der Wirtschaftsminister immer wieder gefragt, ob sich ähnliche Ereignisse wie die Weltwirtschaftskrise von 1929 mit ihren Folgeschäden wiederholen könnten. ERHARD erklärt in einem Beitrag zunächst die Ursache der Weltwirtschaftskrise und geht anschließend auf den Selbstregulierungsmechanismus der Marktwirtschaft ein⁵⁸³, in der es eigentlich keine »natürliche« Arbeitslosigkeit gibt - von einem hingenommenen Leerlauf bei Arbeitsplatzwechseln, saisonabhängiger Beschäftigungsintensität und Krankheit einmal abgesehen. ERHARDS Gedankengang folgend möchte ich Arbeitslosigkeit auffassen *als Ergebnis verschiedener kultureller Regelungen, die in ihrer Summe Arbeitslosigkeit ergeben*.

Arbeitslosigkeit ist keine Erfindung der Natur; in dieser gibt es nur Arbeitsunfähigkeit. Vielmehr muß man klar sehen, daß *der Mensch* (und nur dieser) eine Reihe von Regelungen, Gesetzen, »Normalitäten« der Anschauung entwickelt hat, die seine gesellschaftliche Realität festschreiben. Das Problem mit den Regelungen ist, daß die Akteure wohl fest an ihre bestimmte Wirkung glauben, doch ist ihre Fernwirkung meist eine andere als die unmittelbare Anschauung ergibt. Logisch klären lassen sich Fernwirkungen nur in einem *theoretischen System*, wie es ERHARD und OPPENHEIMER erarbeitet hatten.

Wenn der Politiker sich veranlaßt sieht, ein »Investitionsprogramm« zur Förderung neuer Arbeitsplätze aufzulegen, dann nimmt er erst einmal per Steuer all jenen Bereichen das Geld, die auch ohne sein Wohlwollen funktionieren würden. Er handelt, ohne vorher zu berechnen, wieviele Arbeitsplätze er mit seiner Handlung in gesunden Branchen *vernichtet*, weil er deren Wettbewerbsfähigkeit verschlechtert. Nun steht also Geld zur Verteilung an, was die Nutznießer immer freut. Doch da dies nur wenige sind, braucht man Beamte zur Auswahl der Nutznießer. Auch Beamte kosten Geld bzw. binden Wirtschaftskraft. Nach welchen Kriterien erfolgt dann die Geldvergabe? Nach den Fähigkeiten eines produktiven Industriemanagements oder eines Subventionsmanagements? Das Geld bekommt nicht, wer gut wirtschaftet (sozusagen als Prämie), sondern wer mit der Politik und ihren Umverteilungsmechanismen zurechtkommt, also tendenziell Zeit auf ein unproduktives Subventionsmanagement verwendet. Meistens sind die Interventions-Fantasien

⁵⁸² DR. ENNECERUS anlässlich der »Ersten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften«. Zitiert nach einer Rede von HANS A. ENGELHARD. Abgedruckt in Erik Boettcher, Bernhard Großfeld, Helmut Wagner (Hg.): Die Genossenschaftsidee im Widerstreit der Meinungen. Münster 1984, S. 25.

⁵⁸³ LUDWIG ERHARD: Dreißig Jahre Konjunkturpolitik 1929 - 1959. In: derselbe, Deutsche Wirtschaftspolitik, Der Weg der Sozialen Marktwirtschaft. Düsseldorf 1962, S. 465 - 471.

der Subventionsgeber in wirtschaftlichen Angelegenheiten obendrein konservativ. Das liegt daran, daß die Kompetenz der Akteure nicht soweit reicht, um sich Neues vorstellen zu können. Man hält den sprichwörtlich gewordenen »Heizer auf er E-Lok«, solange dies bezahlt werden kann, und verhindert notwendige Entwicklungen, weil die Volksseele Mitleid mit dem Heizer hat. Das Mitleid ist berechtigt, und das Verteilen milder Gaben an den Heizer würde auch kaum stören. Aber man verteilt eben gerade keine Gelder an Personen, um deren Umorientierung zu fördern, sondern subventioniert das Kapital, dem die Vernichtung droht.

Bei der Sicherung der Wettbewerbsordnung bedarf es bereits einer stimmigen Theorie; bei der Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit gar eines ganzen Systems. Wenn aber in einen Kausalmechanismus eingegriffen wird, ohne daß die gegenläufigen Folgen der beabsichtigten Wirkung bekannt sind, dann schafft man sich heute seine Probleme von morgen, weil man sich über die Wirkung des eigenen Handelns im Irrtum befindet. Man steckt in einem »Gefangenendilemma« und ist sein eigener Gegenspieler (um eine von Ökonomen viel diskutierte Figur zu gebrauchen⁵⁸⁴).

Die Frage ist, wie lassen sich hilfreiche und schädliche Aktionen unterscheiden? Wenn ich hier den Text von ERHARD einschiebe, dann um das Risiko der angesprochenen Figur zu unterstreichen. ERHARD, der als Wirtschaftspolitiker fraglos erfolgreich war, hat mehr als »nichts« unternommen; er hat nach seinem Selbstverständnis die Wirtschaft an den richtigen Stellen befreit und eingebunden. Es wäre mir wichtig, von dieser Seite das Gegensatzpaar einer politischen Festsetzung des Wirtschaftsmechanismus und einer Freisetzung des Selbststeuerungsmechanismus herauszuheben, damit die intellektuelle (nicht finanzielle) Förderung der Produktivgenossenschaft als Fluchtpunkt aus dem Dilemma erkannt wird. Er kann angesteuert werden, ohne daß negative Fernwirkungen nach dem hier vertretenen System befürchtet werden müssen. Man mag schwanken mit seinen Hoffnungen bezüglich des produktivgenossenschaftlichen Lösungspotentials; darüber wissen wir nur wenig. Aber: die Produktivgenossenschaft stellt eine Flexibilisierung und Dynamisierung bestehender Strukturen in Aussicht, von denen keine negativen Fernwirkungen ausgehen. Dies festzustellen, wäre bereits eine Empfehlung. Denn es passiert im ungünstigsten Falle nichts und im günstigsten Falle etwas Positives, was andere Strategien nicht behaupten können. LUDWIG ERHARD:

„Die Weltwirtschaftskrise - um das deutlich zu machen - resultierte nicht aus zu engen Verbindungen der Volkswirtschaften, sondern aus zu geringen und dazu noch falsch angelegten Beziehungen. Man kurierte an den Symptomen, anstatt die Wurzel des Übels freizulegen, und man begnügte sich mit der Errichtung einer technisch gerade noch manipulierbaren Scheinordnung, statt die Einsicht und den Mut zu freiheitlichen und organischen Lösungen aufzubringen. Die allumfassende, d. h. die anpassende, in sich selbst ruhende, gleichgewichtige nationale und zwischenstaatliche Ordnung wurde preisgegeben und durch ein vielmaschiges Netz mechanistischer Teillösungen ersetzt, die unter sich mehr oder minder beziehungslos, in ihrer Gesamtheit das ganze Chaos

deutlich werden ließen. Das war die Geburtsstunde der Devisenzwangswirtschaft, die Unfreiheit und Unmoral auslöste und die letzten Reste des Außenhandels noch zum Tummelplatz diskriminierender Praktiken und staatlicher Verfälschung echter Werte und Leistungsbeziehungen machte. Unter den immer stärker aufkommenden planwirtschaftlichen Vorstellungen erstickte jede schöpferische Initiative, und das Gefühl der Ausweglosigkeit und Hilflosigkeit schuf eine Atmosphäre tiefer Resignation. Der immer größer werdenden Arbeitslosigkeit mit einer Deflationspolitik begegnen zu wollen, mußte sich naturnotwendig als ein verhängnisvoller Fehler erweisen, der der Wirtschaft gar noch die letzten Impulse raubte.

Der Teufelskreis war geschlossen. Eine nur noch mit künstlicher Bluttransfusion und mit einem stark zusammengeschrumpften Weltmarkt notdürftig verbundene Nationalwirtschaft, wie z. B. die deutsche, vermochte den arbeitsfähigen Menschen aus all den vorerwähnten Gründen keine ausreichende Beschäftigung mehr zu geben. Eine immer kleinere Zahl von arbeitenden Menschen mußte eine immer größere Zahl von Erwerbslosen unterstützen. Das mit dem Absinken des Volkseinkommens immer weiter schrumpfende Sozialprodukt gefährdete oder zerstörte sogar die Existenzgrundlage weiter Teile der Volkswirtschaften. Das an sich verständliche Streben der Unternehmer, an den immer kleiner werdenden Umfang des Sozialprodukts wenigstens pro rata beteiligt zu sein und die aus dem absinkenden Volkseinkommen sich ständig verringere Nachfrage möglichst gleichmäßig über die Breite der Volkswirtschaften bzw. die Betriebe eines Wirtschaftszweiges zu verteilen, führte dann zu einer Übersteigerung des nationalistischen Denkens und einer Unternehmerpolitik, die dem Wahn huldigte, daß eine Anpassung - und das hieß in diesem Fall eine Verkürzung - der Produktion an den Bedarf die Übel heilen könnte. Tatsächlich wurde dadurch das Unheil nur immer größer, denn jeder Produktionsverzicht führte zu neuem Einkommensausfall, zu weiterer Arbeitslosigkeit, zu steigenden Kosten bei rückläufigen Umsätzen. Nachdem aus dem Versagen der Regierungen durch den Zusammenbruch der Weltwirtschaft die Zerstörung der Währung und die Auflösung jeder festgefügtten Ordnung so weit fortgeschritten waren, muß wohl zugegeben werden, daß die Lage durch ein richtiges unternehmerisches Verhalten allein nicht mehr zu retten bzw. zu korrigieren war. Aber dies kann und darf auch darüber nicht hinwegtäuschen, daß der seinerzeit beschrittene Weg, durch Kartelle das Übel heilen zu wollen, der untauglichste von allen war.

Die Begriffe von freiheitlicher Ordnung, freiem Wettbewerb und freier Preisbildung, ehrlichem Geld und weltweiter freier Offenheit waren in jener tragischen Zeit der Vorstellungswelt der Völker und vor allem der verantwortlichen Staatsmänner so sehr entückt, daß ein Rückblick aus unserer heutigen Sicht fast gespenstisch anmutet. (...)

Damit komme ich, ohne die tragischste Phase der deutschen Geschichte in wirtschaftspolitischer Hinsicht ausdeuten zu wollen, zu der Betrachtung unserer Gegenwart und stelle die jeden Staats- und Weltbürger interessierende Frage, ob wir heute tatsächlich gegen eine mögliche Wiederholung jener politischen, wirtschaftlichen und sozialen Katastrophe gefeit sind! Die Frage kann mit einem glatten Ja beantwortet werden, wenn ich damit gewiß auch nicht sagen möchte, daß, abgesehen von allen denkbaren politischen Erschütterungen, nicht auch aus der ökonomischen Entwicklung heraus unserer gesellschaftspolitischen Entwicklung Gefahren erwachsen könnten. (...)

Ich kann meine Sorge nicht beschwichtigen, daß wir trotz aller möglichen Vorhaben in der Sucht des alles Organisieren- und Harmonisieren-wollens verstricken und dabei nicht nur das Gefühl für das wirklich Organische und Harmonische verlieren, sondern uns von diesem Zustand immer weiter entfernen. Unser technisches Zeitalter verleitet

⁵⁸⁴ Vgl. ROBERT AXELROD: Die Evolution der Kooperation. München 1987, S. 7.

zweifelloso zu einer mechanistischen Betrachtung auch des gesellschaftspolitischen Lebens, und darum gilt es, diese allerdings tödliche Gefahr nie aus dem Auge zu verlieren. (...)

Eine Weltwirtschaftskrise, wie sie vor dreißig Jahren fast wolkenbruchartig über uns kam, wird sich gewiß nicht mehr ereignen, und ebenso undenkbar ist es, daß sich in der Zukunft wirtschaftliche Wechsellagen zu sozialem Unheil erlebten Ausmaßes verdichten können. Der falschverstandene Keynesianismus kann als ebenso überwunden gelten wie die frühliberalistische Vorstellung, nach der der Staat in wirtschaftliche Prozesse nicht eingreifen dürfe. (...) Die tatsächliche Gefahr kommt, wie ich nicht oft genug wiederholen kann, von den Gesellschaftsmechanikern und Gesellschaftsromantikern, die da glauben, das vielschichtige Leben eines Volkes am Reißbrett aufzeichnen zu können, die den mannigfach verwobenen Prozeß des Zusammenwirkens freiheitlicher Kräfte als einen Mechanismus begreifen oder von romantischen Vorstellungen einer Sozialordnung ausgehen, die von dem Menschen, wie ihn Gott geschaffen hat, völlig abstrahiert. (...) Wenn wir uns also das Leben und die Freiheit bewahren wollen, dann gilt es wach zu sein und dem Überhandnehmen der Anfänge zu wehren, die in ihrer Wirksamkeit leider schon nicht mehr zu verkennen sind.⁵⁸⁵

Man erkennt in diesem Text eine Palette der Mahnungen vor Entwicklungstendenzen, die uns heute allesamt schon wieder überrollt haben. Auf nationaler und europäischer Ebene wächst unaufhaltsam eine technokratische Scheinordnung heran. Als kleinen Bruder der Devisenzwangswirtschaft kennen wir die europäische Währungsschlinge. Sie verhindert eine wechselseitige Realbewertung der Volkswirtschaften und legt jenen Mechanismus lahm, der dafür sorgt, daß Exporte und Importe einander stets die Waage halten. Aller nationaler Protektionismus, der heute schon wieder den Oberton politischer Gesänge bestimmt, hätte keine Berechtigung, wenn Exporte und Importe ausgeglichen wären. Denn bei Wertäquivalenz der Ströme könnte eine Nationalwirtschaft arbeitsseitig so behandelt werden, als gäbe es den Außenhandel nicht. Alle Krisenursachen müßten dann schonungslos bei den eigenen Binnenregelungen gesucht werden. Dagegen stellt die im Privatökonomischen verharrende Wirtschaftslehre immer wieder die »internationale Wettbewerbsfähigkeit« der einzelnen Betriebe in den Vordergrund, weswegen die Unternehmen rationalisieren müßten, Lohnnebenkosten zu senken seien und unterm Strich, selbst bei »ökonomischer Prosperität«, mit ansteigenden Arbeitslosenzahlen bis gegen 6 Millionen »natürlich« zu rechnen sei. Stellen wir dieser privatökonomischen Sichtweise eine nationalökonomische entgegen, kommen wir zu anderen Schlüssen.

Anschließen möchte ich mich auch der Mahnung, die HORST FRIEDRICH WÜNSCHE unter Bezugnahme auf ERHARDS Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft formuliert hat:

„Naturgemäß kann Wirtschaften in einer marktwirtschaftlichen Ordnung nur unter denen zur Kooperation führen, die am Markt wirklich teilzunehmen vermögen. Für jenen, der keinen Zugang zum Markt findet, stellt sich die Frage seiner wirtschaftlichen Existenz zwangsläufig außerhalb der Marktwirtschaft, als sozialpolitisches Anliegen,

⁵⁸⁵ LUDWIG ERHARD: Dreissig Jahre Konjunkturpolitik ..., a.a.O., S. 466 f und 469 ff.

als Pochen auf die Solidarität der Gesellschaft, als Anspruch im Rahmen eines Verteilungskampfes. Mit einem nicht für jedermann offenen Markt wäre geradezu ein Zwang zu grenzmoralischen Verhaltensweisen geschaffen.⁵⁸⁶

Das Problem des Marktzuganges für sämtliche Mitglieder der Wirtschaftsgesellschaft muß an allen Aktionspunkten wirtschaftlichen Handelns und wirtschaftlicher Prozesse gelöst sein: bei der Einkommensentstehung, der Einkommensverwendung und im Produktionsbereich.

Einmal geht es dabei um Einkommensquellen: Wer seinen Bedarf am Markt decken will, muß dort selbst etwas anbieten können. In den meisten Fällen wird dieses Angebot die eigene Arbeitskraft sein, das heißt aber: Arbeitslosen ist keine originäre Marktteilnahme möglich. Durch Arbeitslosigkeit wird das marktwirtschaftliche System vielmehr aufgespalten, werden Alimentationen nötig. Mit ihnen spaltet sich auch die Moral der Gesellschaft: Leistung, Leistungsgerechtigkeit, Eigenverantwortung und Initiative gelten im einen Bereich, Bedürftigkeit und Fürsorge im anderen. Mannigfache Verzerrungen treten hiermit auf, denn Marktprozesse werden durch Umverteilungen doppelt gestört: Der Entzug von Mitteln mindert die Leistungsbereitschaft der Betroffenen; die Zuteilung schmälert das Leistungspotential der Begünstigten. Die Prognose der Grenzmoral - daß die höhere Moral auf die niedere herabgezogen wird - beschreibt den sozialen Leistungsstaat als einen, in dem statt »Pionierunternehmen« Subventionsempfänger und statt Arbeitnehmer, die nach Leistung entlohnt werden wollen, solche Leben, die ihre Ansprüche kennen - dies alles aber keineswegs als moralisch verwerflich gilt, sondern im Gegenteil: Zurückhaltung, »verschämte Armut« werden in dieser Sozialgesinnung geachtet.⁵⁸⁷ Die neue Moral achtet nicht die Leistung für andere, sondern hält die umfassende Ausschöpfung des Sozialrechts für honorabel. Sollen Entwicklungen dieser Art vermieden werden, soll eine auf Dauer funktionsfähige marktwirtschaftliche Ordnung errichtet werden, ist es unverzichtbar, daß heißt ein konzeptionelles Erfordernis, daß Vollbeschäftigung erreicht wird.⁵⁸⁸

Es wurden in Kapitel 2.4. (↑ 183 ff) bereits jene Gründe zusammengetragen, die Unterbeschäftigung und Krise zu systemimmanenten Erscheinungen kapitalistischer (Un-)Ordnung werden lassen. Ich will diese Ausführungen nicht wiederholen, sondern von dem etwas anderen Standpunkt einer wirtschaftenden Gruppe aus fragen, ob sich der einzelne Mensch mit seinen Mitteln in und gegenüber der kapitalistischen (Un-)Ordnung politisch und ökonomisch wirksam verhalten kann. Dabei ist mir bewußt, wieviel mehr zu einer Abhandlung dieses Themas gehört als das, was sich hier auf wenigen Seiten behandeln läßt.

⁵⁸⁶ Fußnote im Zitat: „Dies ist der Grund, warum die vielzitierte Formel von ALFRED MÜLLER-ARMACK, Soziale Marktwirtschaft sei eine Verbindung von Freiheit auf dem Markt mit sozialem Ausgleich, zunehmend als problematisch angesehen wird. Vgl. insbesondere ANTON RAUSCHER: Katholische Soziallehre und liberale Wirtschaftsauffassung. In: Anton Rauscher (Hrsg.), Selbstinteresse und Gemeinwohl. Beiträge zur Ordnung der Wirtschaftsgesellschaft, Berlin 1985, S. 291.“

⁵⁸⁷ Fußnote im Zitat: „Vgl. GOETZ BRIEFS: Staat und Wirtschaft im Zeitalter der Interessenverbände. In: Goetz Briefs (Hrsg.), Laissez-faire-Pluralismus. Demokratie und Wirtschaft des gegenwärtigen Zeitalters, Berlin 1966, S. 31 f.“

⁵⁸⁸ HORST FRIEDRICH WÜNSCHE: Soziale Marktwirtschaft: Antwort auf das Problem der Grenzmoral. In: Gerhard Merk u. a., Die Soziale Funktion des Marktes, Berlin 1988, S. 75 - 95, hier S. 82 f.

Gewiß, es besteht die Gefahr einer sozialromantischen Idealisierung der Produktivgenossenschaft, die zwar der Volkswirtschaft gleichgültig sein kann, aber einzelne Menschen möglicherweise zu einer Anstrengung veranlaßt, die nicht mit Erfolg gelohnt wird. Denn aus Sicht des in bestimmter Weise vorgestimmten Theoretikers bildet die Produktivgenossenschaft die »Krone des Genossenschaftswesens«, bevor die konkreten Umsetzungstechniken bekannt sind. Wenn die Produktivgenossenschaft gesellschaftliche Normalität geworden wäre - so läßt sich denken -, dann wäre der Kapitalismus in seinen Grundfesten dauerhaft besiegt. Deswegen muß nicht jede Unternehmung unbedingt als Produktivgenossenschaft organisiert sein, aber als Ziel könnte man formulieren, daß kein abhängig Beschäftigter irgendwo schlechtere Bedingungen hinnehmen muß, als ihm die Produktivgenossenschaft als Vereinigung aus freier Arbeit bieten kann.

Wir sind bei den vorangegangenen Betrachtungen zu der Anschauung gelangt, daß der Druck der »Reservearmee« die Höhe des Mehrwerts bestimmt, den der kapitalistische Arbeitgeber dem abhängig Beschäftigten als eine Art Differentialgewinn ($\uparrow 180$) abzwängen kann ($\uparrow 102, 209$). Diese Aussage wurde dahingehend umformuliert, daß die Knappheit an Arbeitsplätzen den Preis des Arbeitsplatzes in die Höhe treibt, den ein Arbeitsplatzkäufer dem Arbeitsplatzverkäufer zu bezahlen hat. Besitzer und Produzent der Arbeitsplätze ist der Unternehmer. Käufer und Konsument der beanspruchten Unternehmerdienstleistung ist der Arbeiter. Die Bezahlung der Unternehmerdienstleistung erfolgt, indem der Arbeiter auf einen Teil seines Lohnes verzichtet, den er erzielen könnte, wenn er selber seinen Arbeitsplatz einrichten könnte, also Eigentümer desselben wäre. Es mußte bei dieser Betrachtung zugestanden werden, daß ein Mensch freiwillig die abhängige Beschäftigung wählt, weil er z. B.

- die Dienstleistung des Unternehmers beanspruchen *will* oder
- seine Selbsteinschätzung dahin geht, daß er mit seinem Dienst in einem etablierten Unternehmen höhere Erträge erzielen kann als durch eine selbständige Tätigkeit.

Aber: in dieser Reinform stellt sich einem einzelnen Menschen die Frage gegenwärtig aus einem Grunde nicht, der in der gesellschaftlich verwurzelten Reife zur Selbstorganisation zu suchen ist. Das objektive Problem der Organisationsfähigkeit von Produktivgenossenschaften besteht darin, daß sie nicht auf einer singularen Entscheidung beruhend entstehen kann, sondern sich als Vielheit organisieren muß. Das heißt, bevor die Genossenschaft produktiv werden kann, muß sie sich als Gründungsmannschaft sozial konstituiert haben. Warum die soziale Gruppenbildung vom Standpunkt der Selbstorganisation bedeutsam ist, will ich hier nicht vertiefen. Es gibt einen produktionstechnisch zwingenden Grund zur Organisation einer Vielheit, nach welchem Modus (fremd- oder selbstbestimmt) auch immer.

Die erste Frage eines Produzenten (Dienste oder Güter anbietende Person) in der Marktwirtschaft muß lauten, wie kann ich einem *anderen* nützlich sein. Wer diese Frage nicht beantwortet hat, braucht über alles weitere nicht nachzudenken. Unter den Gütern und Diensten, die sich anbieten lassen, gibt es nun solche, die der Ein-

zelne selbständig herstellen kann, z. B. Bilder malen, sich selber verkaufen etc., und es gibt solche Leistungen, die ich hier als »komplexe Dienste« bezeichnen möchte. Komplexe Dienste sind deswegen besondere Leistungen, weil sie etwas zusammenfügen oder entstehen lassen, was der einzelne Mensch mit seinen Kräften nicht gleich gut oder billig entstehen lassen kann. Nehmen wir ein Motorrad als Beispiel. Würde jemand beginnen, dieses Ding aus eigener Kraft zu fertigen, wäre er Jahre damit beschäftigt, alleine die Kenntnisse zu sammeln, die notwendig sind, um das Gefährt zu bauen. Ein Unternehmen dagegen fügt eine Gruppe spezialisierter Personen zusammen, die jeweils einen Teilbereich bewältigen. In der Summe dieser Einzelfähigkeiten entsteht das Produkt und hat, alle Personen zusammengekommen, nicht mehr Arbeitsleistung abgefordert als ein halbes Mannjahr. Oder anders formuliert: es gibt Produkte, die der einzelne Mensch erstellen kann und bei denen die Konkurrenz der nach Selbständigkeit drängenden Anbieter deswegen auch extrem hoch ist. Das Kunststück der Produktivgenossenschaft müßte dagegen darin bestehen, entweder mit einem komplexeren Produkt an den Markt heranzutreten oder als Teileinheit eines komplexen Produktionsverbandes eine spezialisierte Teilleistung einzubringen.

Die privatkapitalistischen Unternehmen haben dieses Organisationsproblem auf ihre Weise gelöst. Sie blicken oft auf eine Firmengeschichte zurück, bei der aus dem Einzelunternehmer durch Erfolg irgendwann ein Herr über ein größeres Unternehmen wurde und später durch Ausweitung der gleichen Grundidee eine Kapitalgesellschaft noch größeren Ausmaßes. Diese Unternehmen sind also natürlich gewachsen, wobei eine vielfach größere Zahl der Versuche auch im Ansatz bereits gescheitert ist. Die zweite Form der Unternehmensentstehung ist die des bereits akkumulierten Kapitals, welches es ermöglicht, quasi »vom Reißbrett« herunter die Planung einer komplexen Produktionsstätte umzusetzen.

Die Produktivgenossenschaft muß und kann hier über den sozialen Vereinigungsmodus anders ansetzen. Es macht keinen Sinn, sich gemeinschaftlich der Produktion einfacher Dienste zu widmen, deren Marktsituation durch den schärfsten Wettbewerb gekennzeichnet ist. Gefunden werden muß das komplexe Produkt oder die eigene Stellung in einem komplexen Produktionsverband. Beide Organisationsleistungen setzen eine Fähigkeit zur gemeinschaftlichen Orientierung voraus, die nicht natürlich gegeben ist, sondern als soziale Aktionsmöglichkeit entwickelt sein muß. Wenn aber nun eine assoziationsfeindliche Gesellschaft die in ihr lebenden Individuen mit falschen Lebenskonzepten auseinandertreibt und ihren »Beuteobjekten« obendrein klarmacht, daß sie sich im Falle einer Assoziation nur selber schaden würden, dann ist die Produktivgenossenschaft kulturell behindert und muß sich als Subkultur auf gegenläufiger Wertebasis konstituieren - und zwar bewußt!

Kann der »kapitalistische Organisator« von einer Gruppe in Eigenleistung ersetzt werden?

Ich möchte diese Frage grundsätzlich positiv beantworten, weil mir alle »Gegenbeweise« unschlüssig erscheinen. Die Produktion von Arbeitsplätzen ist unter bestimmten Randbedingungen durch weit mehr Menschen möglich als heute auf dem

Markt der Arbeitsplatzproduzenten auftreten. Ein Überangebot der Ideen und Möglichkeiten würde aber nahezu alle Verkrustungen aufbrechen, die die Politik heute in kalkulierter Ohnmacht konstruiert. Darum sollte man einen jeden ermutigen, der unter kalkulierterem Risiko eine Pioniertat wagt und so jene Erfahrungen schafft, die Wissenschaft dann erst zu Lehren systematisieren könnte, so Wissenschaft nicht selber Erfahrungen durch Experimente schafft.

3.5.2. Das »Gesetz der Transformation«

Eine Arbeit über FRANZ OPPENHEIMER und die Genossenschaftstheorie wäre unvollständig, wenn darin das sogenannte »OPPENHEIMERSche Transformationsgesetz« unbehandelt bliebe. Ich habe an anderer Stelle dargelegt, daß die vorwiegend vertretene Auffassung dieses Transformationsgesetzes auf Zitier- und Interpretationsfehlern beruht⁵⁸⁹. Über eine Abfolge ungeschickter und vielleicht auch böswilliger Verkettungen ist in die Literatur eine Gesetzes-Behauptung eingezogen, die es bei OPPENHEIMER in dieser Form nicht gibt. Man behauptet unter Bezugnahme auf OPPENHEIMERS »Siedlungsgenossenschaft«, daß er die Unmöglichkeit der industriellen Produktivgenossenschaft bewiesen habe. Entstehungs- und Verbreitungsort ist die Universität zu Köln, an der HANS FUCHS 1927 in einer Doktorarbeit⁵⁹⁰ der von ENGELHARDT oben bereits kritisch angeführten Position ROBERT LIEFMANNs folgt, der die Produktivgenossenschaft als Genossenschaft gar nicht anerkennen möchte bzw. die harte Formel vertritt: „Neunzig Jahre Erfahrung und Tausende von Versuchen in einem halben Dutzend verschiedener Länder und beinahe jedem Industriezweig haben den schlüssigen Beweis dafür geliefert, daß die Produktivgenossenschaften nach kürzerer oder längerer Dauer meist wieder zur Auflösung gekommen sind oder aber eine derartige Umformung und Änderung ihrer Wesensart erfahren haben, daß sie als Produktivgenossenschaften nicht mehr angesehen werden können.“⁵⁹¹

Die harte Gangart gegen die Produktivgenossenschaft wurde nach dem Krieg von GERHARD WEISSER aufgegriffen. Er warnte vor dieser Genossenschaftsform nachdrücklich:

„Der Ersteller dieses Gutachtens hat schon in den Jahren 1945 und 1946 als Generalsekretär des Zonenbeirates der Britischen Zone zuständige Stellen der Flüchtlingsländer mehrfach davor gewarnt, Produktivgenossenschaften der Geschädigten (und übrigens auch Kriegsbeschädigten) als geeignete Unternehmensformen für gewerbliche Geschädigtenunternehmen im Sinne von Ziffer 17 bis 19 zu fördern. In den meisten Fällen erweist sich diese Unternehmensform als ungeeignet. Nach längst international feststehenden Ergebnissen der Genossenschaftstheorie pflegen Produktivgenossenschaften entweder aus Mangel an Kapital, Disziplin und Absatzmöglichkeiten zu scheitern oder aber sich im Falle des Gelingens in kleinkapitalistische Unternehmen zu verwandeln,

⁵⁸⁹ WERNER KRUCK: »Transformationsgesetz« ..., a.a.O., sowie WERNER KRUCK: Die gewerbliche Produktivgenossenschaft ..., a.a.O.

⁵⁹⁰ HANS FUCHS: Der Begriff der Produktivgenossenschaft und ihre Ideologie. Köln 1927.

⁵⁹¹ HANS FUCHS: Der Begriff ..., a.a.O., S. 12.

die durchaus die gleichen - unter Umständen noch härtere - innerbetriebliche soziale Spannungen aufweisen, wie dies auf privatwirtschaftliche Industrieunternehmen vielfach zutrifft.“⁵⁹²

Alle diese Behauptungen entbehren der eigenständigen empirischen Untersuchung und sind nochmalige Zuspitzungen eines Materials, das OPPENHEIMER 1896 vor einem ganz bestimmten politischen Hintergrund zusammengetragen hatte. OPPENHEIMER behauptet eine betriebswirtschaftliche Schwierigkeit (bis Unmöglichkeit) *industrieller* Produktivgenossenschaften (z. B. Volkswagenwerk als Produktivgenossenschaft), nicht hingegen von handwerklichen Produktivgenossenschaften, schon gar nicht von landwirtschaftlichen Produktivgenossenschaften und ebensowenig von *Produktionsgenossenschaften*. Und dann formulierte er zu dieser Schwierigkeitsfeststellung obendrein noch *Randbedingungen*, nämlich die realen Verhältnisse seiner Zeit: Kapitalismus, fehlende Ausbildung der Arbeiter, fehlendes Vermögen der Arbeiter, kein Zugang zu den klassenmonopolistisch besetzten Absatzwegen.

Man stelle sich den Versuch vor, eine industrielle Einrichtung, wie etwa das Volkswagenwerk, als Produktivgenossenschaft zu führen. Bis heute würde man darin den letzten aller denkbaren Schritte eines entfalteten Genossenschaftswesens sehen, selbst wenn dieser Schritt vorstellbar wäre. Das Transformationsgesetz hat mit alledem jedoch *nichts* zu tun, denn dieses Gesetz legt nur dar, daß die idealistisch-normative Begrifflichkeit der Produktivgenossenschaft unter kapitalistischer Randbedingung unerfüllbar ist. Man forderte von der Produktivgenossenschaft vor 100 Jahren gemäß den Rochdaler Idealen, daß sie sich gleich »edel« wie die Konsumgenossenschaften verhalten sollten, also jeden zuzulassen hätten und eine vollkommene Gleichheit nach innen verwirklichen müßten. Dieses Ideal der Theoretiker ist in der Praxis jedoch nicht durchführbar. Die Produktivgenossenschaft muß sich im Gegensatz zur Konsumgenossenschaft abschließen und als Kampfverband in feindlicher Umgebung behaupten, kann unter kapitalistischer Randbedingung also nur in der Form einer (harmonisierten) disharmonischen Genossenschaft geführt werden, während die Konsumgenossenschaft a priori als harmonische Genossenschaft gilt (↑ 147).

HANS FUCHS schrieb nun richtig, daß der Tatbestand der Transformation gegeben sei, wenn Lohnarbeiter beschäftigt werden oder wenn nicht-arbeitende Genossen oder beides zusammen vorhanden sind. Er wendet sich aber gegen das alte Verständnis der (weltfremden) Theoretiker, die eine Transformation bereits gege-

⁵⁹² GERHARD WEISSER: Volkswirtschaftliche Gesichtspunkte für die produktiven Hilfen des Lastenausgleiches. (Vorläufiges Gutachten auf Grund des Forschungsauftrages des Herrn Bundeswirtschaftsministers vom 28.9.1951 an das Forschungsinstitut für Sozial- und Verwaltungswissenschaften an der Universität Köln, Abt. Sozialpolitik.) In: Die Eingliederung der Kriegsgeschädigten unter besonderer Berücksichtigung der dafür geeigneten Unternehmenstypen. Gutachten, dem Hauptamt für Soforthilfe erstattet vom Institut für Selbsthilfe, Köln, in Verbindung mit dem Seminar für Genossenschaftswesen der Universität zu Köln, Köln 1952, Maschinschrift, siehe Anhang, Zitat auf S.9 (Punkt 20) des Gutachtens. Ebenso in GERHARD WEISSER: Produktivere Eingliederung, 2. umgearbeitete Aufl. des oben bezeichneten Gutachtens, Göttingen 1956, S. 160.

ben sahen, wenn die Produktivgenossenschaft keine Neuaufnahmen mehr vornimmt⁵⁹³. Genau diese Auffassung wollte auch OPPENHEIMER in der Theorie durchsetzen. Unter »Transformation« verstand man damals nicht den Wechsel in eine »kleinkapitalistische Unternehmung«, wie WEISSER meinte, sondern den Formwechsel von der *Produktiv-* in die *Produktions-*Genossenschaft. Für die Produktionsgenossenschaft gilt die Definition, wonach »alle Beschäftigten Teilhaber und jeder Teilhaber beschäftigt ist«, *nicht*. In ihr *kann* es wieder zu einer Ausbeutung des Nebenmenschen kommen, *muß* aber nicht.

Ein Zitierfehler von FUCHS, der seinerseits tief in die Literatur eingegangen ist und Gegenstand von Ausdeutungen des sogenannten »Transformationsgesetzes« geworden ist, wiegt an diesem Punkt schwer. FUCHS bringt das »Gesetz der Transformation« auf die knappe Formel: „Nur äußerst selten gelangt eine Produktivgenossenschaft zur Blüte; wo sie aber zur Blüte gelangt, hört sie auf, eine Produktivgenossenschaft zu sein.“⁵⁹⁴

Das »Zitat« lautet bei OPPENHEIMER: „Nur äußerst selten gelangt eine *Produktions*genossenschaft zur Blüte. Wo sie aber zur Blüte gelangt, hört sie auf, eine Produktivgenossenschaft zu sein.“⁵⁹⁵ Damit meint OPPENHEIMER etwas gänzlich anderes als FUCHS hineininterpretiert, daß nämlich die Produktionsgenossenschaft schwierig und keineswegs unmöglich ist. Wenn sie aber gelingt, dann nicht in der Form der Produktivgenossenschaft, wie es die (weltfremden) Theoretiker sich von ihren Schreibtischen aus vorgestellt haben. Als Verkäufergenossenschaft funktioniert eine produzierende Genossenschaft nach anderen Gesetzen als eine Käufergenossenschaft. Diese schwerwiegende Erkenntnis hatte OPPENHEIMER bei einer Untersuchung des Genossenschaftswesens *entdeckt* und deswegen verlangt, daß man die Dinge fortan anders anschauen müßte.

„Ich habe in meiner »Siedlungsgenossenschaft« den Unterschied der Entwicklung zwischen »Käufergenossenschaften« und »Verkäufergenossenschaften« aufgedeckt. Jene (Konsumverein, Kredit-, Rohstoff-, Werk- und Baugenossenschaft) sind, solange sie Käufergenossenschaften bleiben, jedem Beitrittslustigen *offen* und haben eine durchaus demokratische Verfassung; diese (Produktiv- und Magazingenossenschaften) werden durch ein »ehernes Gesetz der Transformation«, das jede individuelle Verschuldung ausschließt, aus freien Genossenschaften umgewandelt in Ausbeutergenossenschaften mit aristokratischer Verfassung, welche sich gegen Beitrittslustige *sperren*. Die *Ursache* dieser Verschiedenheit liegt darin, daß dort eine Interessensolidarität, hier ein Interessengegensatz besteht; das *Motiv* darin, daß der Beitritt neuer Mitglieder zu einer Käufergenossenschaft den Dividendus des Gewinns stärker vermehrt als den Divisor, während umgekehrt der Beitritt neuer Mitglieder zu einer Verkäufergenossenschaft den Divisor des Gewinns immer stärker vermehrt als den Dividendus: dort *steigt* mit der Genossenzahl der Einzelgewinn bis Unendlich, hier *sinkt* er bis auf Null und darunter.“⁵⁹⁶

⁵⁹³ HANS FUCHS: Der Begriff ..., a.a.O., S. 35.

⁵⁹⁴ HANS FUCHS: Der Begriff ..., a.a.O., S. 13. Zitat ohne Quellenangabe.

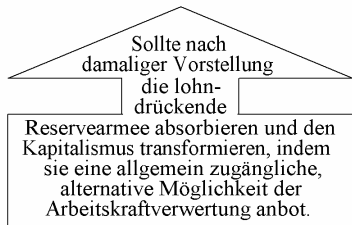
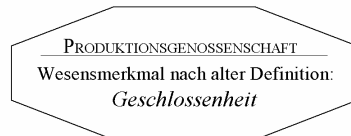
⁵⁹⁵ FRANZ OPPENHEIMER: Die Siedlungsgenossenschaft, Leipzig 1896, Jena 1913, Jena 1922, alle drei Auflagen identisch, S. 45.

⁵⁹⁶ FRANZ OPPENHEIMER: Großgrundeigentum, S. 451 f.

Gesperrte Produktionsgenossenschaften können demnach bestehen, offene Produktivgenossenschaften nicht. Folglich kann es keine Produktivgenossenschaften geben. Löst man sich allerdings von der Forderung nach Offenheit - und die Wissenschaft hat sich von dieser Forderung gelöst - dann hat man die Figur einer Produzenten-Assoziation, die sich am Markt behaupten muß und auch kann. Ihr sind die Mitbewerber zwar »Gegner«, wie einer kapitalistischen Unternehmung auch; wegen ihres feindlichen Umfeldes muß sie sich ferner als Kampfverband organisieren, was eine gewisse »Aristokratie« zur Folge haben kann. Aber dessen ungeachtet kann die Produzenten-Assoziation eine andere Realität nach innen umsetzen, indem die Teilhabe an den Erträgen, der »gerechte Preis« für Arbeit, realisiert wird und sie das Klassenmonopol der Kapitalisten bei der Arbeitsplatzproduktion durchbricht. Wem dies als Ziel genügt, der mag an der gewerblichen Produzenten-Assoziation weiter arbeiten und sie nennen wie er will. Das OPPENHEIMERSche Transformationsgesetz behauptet weder, daß man auf diesem Wege zwangsläufig dem Konkurs zusteure, noch wird die Erfolglosigkeit alternativer innerbetrieblicher Arbeitsformen behauptet.

Doch mußte (aus der Sicht von 1896) eine unmögliche Vorstellung der Wissenschaft fallengelassen werden, aus der ein uneinlösbarer Anspruch erwuchs. Die industrielle Produktivgenossenschaft sollte nicht weniger als die »soziale Frage« lösen, indem sie der Reservearmee eine Erwerbsquelle böte. Das aber, so OPPENHEIMER, war unter damaligen Verhältnissen ein uneinlösbarer Anspruch. Denn alle äußeren Umstände standen gegen die industrielle Produzenten-Assoziation, weswegen auch nur wenige Unternehmungen unter großer Mühe gelangen. Ungleich leichter hätte die Reservearmee dort beschäftigt werden können, wo ihr Ursprung lag: auf dem Lande (↑ 43). Ungleich leichter zu bewältigen seien alle Organisationsanfordernisse der landwirtschaftlichen Produktivgenossenschaft. Deswegen ist das Buch, das OPPENHEIMER mit 32 Jahren schrieb, auch gar nicht so streng systematisch gearbeitet, um ein letztes Wort bezüglich der industriellen Produktivgenossenschaft sprechen zu können als vielmehr ein Aufruf zur Gründung landwirtschaftlicher Siedlungsgenossenschaften. Von diesen erwartete er sich Entscheidendes bei der Lösung der sozialen Frage.

Es muß unterschieden werden nach der



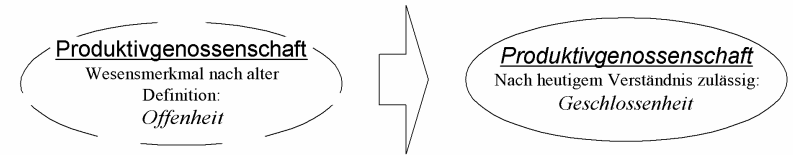
Stellte nach damaligem Begriffsverständnis eine Produzentenvereinigung dar, die wohl nach innen genossenschaftlichen Merkmalen genügen konnte (gleiche Rechte, gleiche Pflichten), sich aber gegenüber den Außenstehenden mehr oder weniger »herzlos« zeigte. Die Produktionsgenossenschaft galt vielen Theoretikern als »kapitalistisch entartet« da sich die Genossen wie »kapitalistische Unternehmer« verhielten, also tendenziell unsolidarisch mit ihren Klassengenossen waren und sie nur aufnahmen, wenn sie selber einen Nutzen davon hatten. Die Beschäftigung von Lohnarbeitern, die bei konjunkturellen Krisen entlassen wurden und keinen Anteil am Gewinn und Stammvermögen des Unternehmens hatten, wurde als letzte Stufe eines fortschreitenden Entartungsprozesses betrachtet, obgleich sich diese Verhaltensweise aus Gründen der Existenzsicherung sachlogisch kaum vermeiden ließ.

Aufgrund der Annahme, daß die Reservearmee nicht (wie von MARX behauptet) von der Maschine und somit in den industriellen Zentren selber freigesetzt worden sei, sondern durch einen Ausstoßungs- und Migrationsprozeß vom Lande her verursacht wurde, erklärte FRANZ OPPENHEIMER, daß die Reservearmee nicht durch Maßnahmen in den industriellen Zentren aufgelöst werden könnte, sondern nur durch Maßnahmen auf dem Lande. Seine zeitgebundene sozialpolitische Forderung lautete deswegen, nicht industrielle Produktivgenossenschaften, sondern landwirtschaftliche Produktivgenossenschaften zu gründen. Für die industrielle Produktivgenossenschaft formulierte er aufgrund der Unmöglichkeit ihres Vorhabens ein zeitgebunden gültiges, an die Existenz des massenhaften Großgrundeigentums und die dadurch verursachte Migrationsbewegung gebundenes Transformationsgesetz. Es lautet:

Oppenheimer'sches Transformationsgesetz "Nur äußerst selten gelangt eine PRODUKTIONSGENOSSENSCHAFT zur Blüte. Wo sie aber zur Blüte gelangt, hört sie auf, eine Produktivgenossenschaft zu sein."

Dieses Gesetz besagt nichts anderes, als daß unter der Randbedingung einer massenhaft vorhandenen Reservearmee (heute bezeichnet als Massenarbeitslosigkeit) keine Produzentenassoziationen möglich sind, die den damaligen Idealvorstellungen entsprechen. Es besagt dagegen nicht daß überhaupt keine Produzentenassoziationen möglich seien oder daß in naher Zukunft, unter anderen Bedingungen, immer noch keine, dem Ideal entsprechende Assoziationen gebildet werden könnten. Ganz im Gegenteil prognostiziert OPPENHEIMER bereits für das Jahr 2032, daß bis dahin die Mehrzahl aller Unternehmen der Form nach faktisch Produktivgenossenschaften sein würden (in welcher namentlichen Bezeichnung und Rechtsform auch immer). Diese Prognose ergibt sich als logische Schlußfolgerung aus derselben Analyse und Theorie, aus der heraus das Transformationsgesetz formuliert wurde, weil sich bis dahin die Randbedingungen in ihr Gegenteil verkehrt haben würden und unter umgekehrten Vorzeichen auch ein umgekehrtes Ergebnis erwartbar ist.

1. Es fand ein Bedeutungswandel der verwendeten Begriffe statt. Die Forderung nach Offenheit der Produktivgenossenschaft wurde aufgegeben.



Unter dem Begriff der *Produktivgenossenschaft* fassen wir heute auch jene Form der Assoziation, die früher ausschließlich unter dem Begriff der PRODUKTIONSGENOSSENSCHAFT geführt wurde. Von der heute so bezeichneten *Produktivgenossenschaft* bzw. PRODUKTIONSGENOSSENSCHAFT hat OPPENHEIMER niemals eine Unmöglichkeit behauptet, sondern lediglich eine Schwierigkeit aus verschiedenen, zeitgebundenen Gründen. Jene *Produktivgenossenschaft* aber, deren Unmöglichkeit er zu seiner Zeit behauptet hat, deren Möglichkeit er hingegen in der Zukunft einer »reinen Ökonomie« gegeben sah, gibt es bis heute nirgendwo auf der Welt (woraus man schließen darf, daß es die »reine Ökonomie« seiner prognostizierten Zukunftsgesellschaft noch nirgendwo gibt).

2. Das OPPENHEIMER'sche Transformationsgesetz wird in der Mehrzahl aller Fälle bis heute falsch zitiert.

- Es findet eine Begriffsverwechslung in der Abschrift statt, durch die die empirisch weltweit anzutreffende Form der Erwerbsgenossenschaft (früher bezeichnet als PRODUKTIONSGENOSSENSCHAFT, heute bezeichnet als *Produktivgenossenschaft*) mit in die Gesetzesaussage einbezogen wird.

Verbreitetes Falschzitat "Nur äußerst selten gelangt eine Produktivgenossenschaft zur Blüte. Wo sie aber zur Blüte gelangt, hört sie auf, eine Produktivgenossenschaft zu sein."

- Es unterbleibt in aller Regel die Darstellung des sozialpolitischen Kontextes, in dem die Gesetzesaussage formuliert wurde.
- Es unterbleibt in aller Regel die Darstellung der von OPPENHEIMER vertretenen wissenschaftstheoretischen Auffassung. Gerade in den Sozialwissenschaften gibt es danach kaum »echte« Gesetze der einfachen, allumfassenden Art, sondern fast ausschließlich nur Gesetze mit stark begrenztem Gültigkeitsbereich. Der Gültigkeitsbereich des Transformationsgesetzes wird von den Rezipienten praktisch niemals mit angegeben.
- Es unterbleibt die Einbeziehung der OPPENHEIMER'schen Zukunftsprognose, wonach in der Zukunft alle Unternehmen praktisch Produktivgenossenschaften sein werden.

Von dem »Transformationsgesetz« ist zwischenzeitig einige Verwirrung ausgegangen, wenngleich es fraglos hilfreich ist, die Produktivgenossenschaft als Verkäufergenossenschaft mit ihren besonderen Verhältnissen zu sehen. Angesichts des Umstandes, daß es *die Form* der Produktivgenossenschaft, über die OPPENHEIMER schrieb, daß sie unmöglich sei, heute nirgends gibt, andererseits aber in Europa Produktiv-Assoziationen zu Tausenden vorhanden sind, die sich mit Recht als »selbstorganisierte Produktions- oder Produktivgenossenschaften« verstehen, sollte man die mühselige Diskussion des Themas vielleicht besser einstellen. Denn die Übung ist eine rein akademische über eine akademische Idealisierung, geführt von Akademikern mit akademischen Mißverständnissen. Dem Genossen der Produktiv-Assoziation bedeutet sie nichts, außer einen erhöhten Rechtfertigungszwang, warum es ihn denn überhaupt gebe und ob das Leben ohne kapitalistischen Aufpasser nicht ein wenig gefährlich sei. Der arme Gründungsgenosse, so schon der Selbständigkeit völlig entwöhnt, fragt dann bange zurück: „Ja, so gefährlich ist das Leben ohne Herrn?“ Und die Wissenschaft nickt einträchtig mit falschem Bewußtsein: „gefährlich, gefährlich!“ Dabei hängen die Gelehrten selber am Tropf des Staates und können sich nur selten vorstellen, etwas anderes als Herren oder Diener zu sein. Was soll von dieser Seite schon an Mut und Finesse zur Selbständigkeit des arbeitenden Menschen beige-steuert werden?

Das OPPENHEIMERSche Transformationsgesetz erinnert uns heute an den Namen eines Mannes, der zu Lebzeiten als Genossenschaftstheoretiker mit CHARLES GIDE, VAHAN TOTOMIANZ und anderen auf einer Stufe stand⁵⁹⁷, dann aber der Verfolgung und dem Vergessen anheimfiel. Viele Einsichten hat uns OPPENHEIMER gebracht. Nichts davon ist in der Wissenschaft lebendig geblieben. Nur ein Stachel sitzt tief: das Transformationsgesetz und dessen problematische Ausdeutung in Verbindung mit einem Übertragungsfehler. Die Untersuchung des Gesetzes hat mich der OPPENHEIMERSchen Theorie zugeführt und feststellen lassen, daß ein richtig erkanntes Gesetz falsch angewendet wurde. Die Gegner der Produktivgenossenschaft sind in ihrer Freude über die vermeintliche Bestätigung ihrer Vorurteile durch das Gesetz über ihre politische Absicht hinausgeschossen und haben so den Namen eines Mannes verewigt, den sie sonst keines Blickes würdigen. Und nachfolgend haben andere, die sich um die Idee der Produktivgenossenschaft verdient machen wollten, für bare Münze genommen, was an Schriften mit der Zeit über diese Sache publiziert wurde. Doch worüber man sich auf betriebswirtschaftlicher Ebene streitet, das sind Projektionen, zu denen die Wirklichkeit Anlaß geben mag, aber zu deren Deutung von OPPENHEIMER kein abschließendes Wort gesprochen wurde. Wer in dieser Frage eine Ansicht vorzutragen hat, setze zukünftig seinen Namen darunter und führe seine Beweise für dieses oder jenes an, statt sich 100 Jahre später mit veränderten Begriffen auf ein Gesetz zu berufen, das bei Anwendung heutiger Begriffe nicht gilt.

⁵⁹⁷ Vgl. VAHAN TOTOMIANZ: Meine Begegnungen mit Genossenschaftlern in verschiedenen europäischen Ländern seit Ende des 19. Jahrhunderts. In: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Bd. 5, 1955, S. 95 - 101 und 352 - 358, hier S. 96.

3.5.3. Probleme und Perspektiven

Ich möchte bei den Produktivgenossenschaften (ohne Anspruch auf Vollständigkeit) drei Problemebenen unterscheiden: eine volkswirtschaftliche, eine verhaltenspsychologische und eine betriebswirtschaftliche.

- Die volkswirtschaftliche Ebene ist die der Politik. Auf ihr wird die Möglichkeit einer Umwandlung der kapitalistischen Ökonomie in eine reine Ökonomie mit Hilfe der Produktivgenossenschaft diskutiert. Es geht auf dieser Ebene um sinnvolle und mögliche politische Strategien.
- Auf der verhaltenspsychologischen Ebene steht die Frage im Raum, wie weitgehend der wohlgezogene und in bester Absicht handelnde *Mensch* innerbetriebliche Realitäten gestalten kann oder äußeren Zwängen unterliegt. Wer gegen den Strom schwimmt, muß bekanntlich mehr Energie aufbringen. Entsprechende Sachverhalte sollte man nüchtern kennen und sich besonders bewußt zu ihnen verhalten, will man nicht mit dem Strom mitgerissen werden.
- Die betriebswirtschaftliche Ebene beschreibt schließlich die Organisation der Mittel und Methoden, wie sie jede Unternehmung - gleich welcher Art - in spezifischer Form zur Voraussetzung hat.

Im Zusammenhang mit der Figur des »Transformationsgesetzes« und der von OPPENHEIMER bevorzugten landwirtschaftlichen Arbeitervollproduktivgenossenschaft wurde die volkswirtschaftliche und die verhaltenspsychologische Ebene bereits angesprochen. Auf der betriebswirtschaftlichen Ebene stehen nun als »Standard-Probleme« der Produktivgenossenschaft seit über 100 Jahren der »Mangel an Absatz, Mangel an Kapital und Mangel an Disziplin« im Raume. Wie akut wirken sie auf die Möglichkeiten der Produktivgenossenschaft in der Gegenwart ein?

Zunächst gilt es festzustellen, daß die drei Faktoren in allen produzierenden Unternehmungen kritisch sind. Die Organisation des Absatzes ist der marktwirtschaftliche Engpaß zum Kunden. Wir haben unter Punkt 3.4.1. (↑ 272 ff) festgestellt, daß der Handel eine eigene politische Größe darstellen kann und früher die Klasse der Händler etwa Einfluß auf die Produzenten nahm, damit diese keine Konsumgenossenschaften beliefern, so wie der Handel keineswegs immer bereit ist, arbeitsteilig den Absatz von Produktivgenossenschaften zu besorgen. Der historisch beschriebene »Mangel an Absatz« ist keine spezifische Eigenschaft der Produktivgenossenschaft, sondern ein spezifisches Problem der Produktivgenossenschaft in einer kapitalistischen Klassengesellschaft. Wo der Handel frei ist, kümmert er sich nur um Qualität und Preise. Wenn eine Produktivgenossenschaft mit anderen Unternehmen vergleichbare Leistungen erbringt, genießt sie in der reinen Ökonomie auch gleiche Absatzchancen.

Mit der Beschaffung des »Kapitals« verhält es sich ähnlich. In der Vergangenheit hatten die Handwerker bei den Banken einen schweren Stand und wenig Aussicht auf Kredit (↑ 255). Das Thema ließe sich mit diesem Hinweis abschließen, da eine Vorfinanzierung bestimmter Aktionen eben von der Zuverlässigkeit der Er-

wartungen des Kreditnehmers und dem Vertrauen in die Rückzahlungsfähigkeit seitens des Kreditgebers abhängt. Kulturgleiche Gruppen vertrauen einander stärker; Gruppen des gleichen Betätigungsfeldes (Branche) können die Risiken genauer beurteilen. Einen »Mangel« der Finanzierung gibt es nur bei einem Mangel an haftendem Vermögen, irrwitzigen Projekten, die objektiv scheitern müssen, oder »gewagten« Projekten, denen subjektiv niemand vertraut. Wenn nicht klassenspezifische Gründe hinter einer Weigerung stehen, erhält jedes gute Projekt auch einen Kredit.

Was aber sind »gute Projekte«? Um diese Frage zu beantworten, ist es lohnend, den Begriff des »Kapitals« bzw. der betrieblichen Finanzierung näher zu untersuchen. Denn es gibt einen Unterschied zwischen dem »Kapital«, das Verfügungsrecht ist und der Ausbeutung eines Abhängigen dient, also den »Kapitalismus« beschreibt, und der Finanzierung eines Projektes, die in der kapitalistischen *und* reinen Ökonomie gleichermaßen stattfinden wird. Wegfallen werden nur die »Profite« oder »Monopolgewinne«, aber keineswegs die Kredite.

Begründung: Was der Produzent eines bestimmten Produktes benötigt, sind jene Werkgüter (Gebäude, Maschinen, Rohstoffe), die vorhanden sein müssen, bevor der Produzent seine Arbeit aufnehmen kann. Was aber sind Werkgüter, die ein Produzent in sein Produkt mit einfließen läßt? Es sind die *Vorprodukte* anderer Produzenten. In einem arbeitsteilig aufgebauten Produktionsvorgang eines Produktes ist dies noch relativ klar. Ein Unternehmen erhält Material angeliefert, fügt diesem einen Arbeitsschritt hinzu und reicht es an den nächsten Veredeler weiter. Wenn ein Unternehmen ein Produkt verkauft, sei es fertig oder Vorprodukt eines anderen Produzenten, dann muß der Verkaufspreis alle hinzugefügten Werte bis hinunter zum ersten Handwerker ersetzen. Gleiches aber gilt von Maschinen und Gebäuden.

Werkgüter sind Vorprodukte anderer Produzenten, die diese auf dem Markt anbieten, um anderen Unternehmen einen Dienst zu leisten. Wir werden diese Dienste annehmen, teils weil sie eine unabdingbare Voraussetzung unserer eigenen Produktion darstellen, teils weil wir damit unseren Produkten höhere Tauschwerte zufügen können, als das gekaufte Vorprodukt an Tauschwerten kostet. Die von uns beabsichtigte Tauschwertproduktion muß im Mittel den Ertrag unserer eigenen Arbeit erbringen sowie die Leistung jener ersetzen, die wir beansprucht haben, um selber tätig werden zu können. Zweitens muß eine *Zeitspanne* überbrückt werden, weil der Nutzen des erworbenen Vorproduktes »Maschine« erst über einen längeren Zeitraum hinweg freigesetzt wird, der Vorproduzent seine Aufwendungen aber zum Zeitpunkt der Produktübergabe ersetzt haben will.

Der Bedarf an Vorfinanzierung oder »Kredit« seitens des Gewerbes ist eine unmittelbare Folge der gesellschaftlichen Arbeitsteilung. Überbrückt wird quasi die Abschreibungszeit langlebiger Wirtschaftsgüter und die Verweildauer unmittelbar verwendungsfähiger Vorprodukte (Lager- und Fertigungszeit). Mit anderen Worten liegt zwischen Arbeitseinsatz und fertigem Konsumprodukt eine Spanne, während derer die Güter noch nicht konsumfähig sind, sondern sich im Werden befinden.

Diese Spanne muß mit Geduld, Vertrauen oder Kredit (*credere* = vertrauen) überbrückt werden, wobei die Verweildauer vorproduzierter Werte je nach Gewerbeart verschieden ausfällt. In der gesellschaftlichen Dimension betrachtet läßt sich sagen, daß im Mittel aller verwendeten Produkte zwischen Arbeit und Konsum eine wartefähige Zeitspanne organisiert werden muß, die mit dem technologischen Entwicklungsstand eines Landes ansteigt.

In einer Genossenschaftswirtschaft würden die Menschen in ihrer Eigenschaft als Produzenten die Möglichkeit ihrer Arbeit »vorfinanzieren«. Dazu bedarf es keines Geldes, sondern lediglich der Fähigkeit, die Entlohnung gewisser Vorleistungen wartefähig zu halten. Ein Kreditverbund ist aber auf alle Fälle notwendig, damit die Notwendigkeit des Wartens branchenübergreifend gemittelt werden kann und nicht etwa Maurer ihren Lohn erst nach 15 Jahren erhalten, während der letzte Verkäufer seine Arbeit sofort ersetzt bekommt. Einen »Kapitalisten«, der dem Arbeiter erst seinen Lohn wegnimmt und das so Enteignete dann mit Monopolaufschlag verleiht, benötigt eine funktionierende Ökonomie nicht. Insofern »arbeitet« das Kapital auch nicht, sondern vermehrt sich lediglich aufgrund der Ausbeutung einer von ihm selbst herbeigeführten Knappheit des Kredites († 261).

In einer »laboristischen« oder »reinen« Ökonomie läßt sich unter normalen Bedingungen alles finanzieren, was aus sich heraus einer erhöhten Tauschwertproduktion dient bzw. die eingesetzten Vorleistungen anderer Produzenten plus der eigenen Arbeit wertmäßig ersetzen kann. Da man den Erfolg einer Strategie nicht immer vorhersehen kann, gibt es fraglos ein Risiko, das in dem Preis für Kredit seine Berücksichtigung findet. Aber es gibt keine Knappheit an produktivem Kredit, wenn alle Konsumenten in ihrer Eigenschaft als Produzenten an ihrem Produktionszusammenhang interessiert sind und diesen deshalb mit zwei bis drei Monatswerken kreditieren. Ein »Mangel an Kapital« mag als »Mangel der Kreditfähigkeit« für den ausgebeuteten, völlig besitzlosen Arbeiter gelten. Wer sich aber für 35.000 DM ein Auto leisten kann, der kann auch für 150.000 DM einen Arbeitsplatz finanzieren. Schließlich »kostet« der Arbeitsplatz nichts, sondern es werden nur die Vorleistungen finanziert, die durch das Produkt ersetzt werden. »Kosten« würde nur die falsche Strategie - der Schadensfall einer verfehlten Unternehmenskonstruktion. Diesen aber kann kein Geld verhindern, sondern nur eine gewisse Übung und Kenntnis der unternehmerischen Tätigkeit.

Kommen wir zu dem dritten Punkt, dem »Mangel an Disziplin«. Es ist einigermaßen schwierig, sich darüber zu äußern, weil Eigeninteresse und Fremdinteresse unterschieden werden müssen. Wenn vor 100 Jahren über »Disziplin« gesprochen wurde, dann meinte man damit »Gehorsam« gegenüber Vorgesetzten. »Du sollst nicht denken, sondern arbeiten«, hört der Lohnabhängige heute noch als Verhaltensmaxime. Der Herr denkt, und der Untertan führt aus - hat ihm williges Instrument zu sein. Die so vollzogene Arbeitsteilung bringt Produktivitätsvorteile mit sich, wo sie rein der Arbeitsvorbereitung dient⁵⁹⁸. Sie wird vielfach aber schlicht

⁵⁹⁸ Vgl. HENRY FORD: Mein Leben und Werk. Leipzig 1923. Darin schreibt er: „Wir erwarten von den Leuten, daß sie tun, was ihnen gesagt wird. Unsere Organisation ist so bis ins ein-

zum Herrschaftsinstrument und unterfordert die Intelligenz der Untertanen wissentlich, weil sich die Herrschaft nur im Vollzug der Monopolisierung des Produktionswissens legitimieren kann.

Wer als Vorgesetzter und »Agent« einer herrschaftlich organisierten Unternehmung plötzlich mit gleichberechtigten Genossen verkehren soll, dem könnte eine Umstellung auf andere Arbeitsformen schwerfallen. Aus Sicht der Herrschaft ist mangelnde Unterordnung gleich »Disziplinlosigkeit«. Nun muß man aber wissen, daß die Motivation gleichberechtigter Genossen aus einem Eigeninteresse erwächst, das durch *Einsichten* gelenkt wird und nicht durch Unterordnung. Der Modus der Gruppensteuerung ist ein völlig anderer, nämlich im Idealfall »Selbstverantwortung und Eigeninteresse«. Der Genosse wird alles unternehmen bzw. unterlassen, was ihm bei Kenntnis der Zusammenhänge vernünftiger erscheint. »Disziplin« oder »Kaderegehorsam« sind das letzte, wonach man in einer Genossenschaft suchen sollte. Qualitätsmerkmale sind vielmehr Arbeitswillen, Einsatz- und Hilfsbereitschaft, Sachkenntnis, Erfahrung, Bereichsverantwortung, Einsichtsfähigkeit, Toleranz gegenüber alternativen Wegen etc.

Statt auf Disziplinierung baut die Genossenschaft auf *gewählte* Leiter und freiwillige Gefolgschaft.

Dabei ist die richtig verstandene Führung ein *Eigenwert*⁵⁹⁹. Die Gefahr der Verweigerung von Gefolgschaft liegt in dem Verlust des Leiters, dessen Rat oder Anweisung auf größerer Weitsicht und Wohlwollen beruhen, welche sich im nachhinein bestätigen und sich als wiederholte Erfahrung in der Form von Vertrauen oder Vertrauensvorschuß aufbauen. Eine führende Person kann auf der Basis des Vertrauensvorschlusses mit Gefolgschaft rechnen, ja zuweilen sogar mit »blinder« Gefolgschaft, die solange währt, bis der Führende in Mißkredit gerät, die Interessen der Geführten verletzt und das Vertrauen verliert. Einen Leiter oder Lehrer wählt man sich in den Dingen, mit denen man selber noch nicht hinreichend vertraut ist. Wer einen Fehler zu verantworten hätte, wird froh sein, wenn ein erfahrener Mensch Teile der Verantwortung übernimmt.

Herrscher und Beherrschte handeln auf der Basis rechenbarer Tauschverträge. Zu jedem Vertrag gehört, daß man die Gültigkeit und Grenzen einer Abmachung bestimmen kann, der Gegenstand also in Zeit und Raum definierbar ist. Danach haben die Personen keinerlei Rechte mehr aneinander.

zelle durchgeführt und die verschiedenen Abteilungen greifen so ineinander ein, daß es völlig ausgeschlossen ist, den Leuten auch nur vorübergehend ihren Willen zu lassen. Ohne die strengste Disziplin würde völliges Chaos herrschen: Meiner Meinung nach darf es in industriellen Betrieben auch gar nicht anders sein. Die Leute sind dazu da, um gegen einen möglichst hohen Lohn eine möglichst große Menge Arbeit zu schaffen. Wollte man jeden seine Wege gehen lassen, so würde die Produktion und damit auch der Lohn darunter leiden.“ (S. 129 f)

⁵⁹⁹ In Deutschland haben die Faschisten den wichtigen Begriff der »Führung« leider völlig im Sinne eines »Kaderegehorsams« verhunzt. Das macht es bei uns schwierig, Ordnung ohne Herrschaft zu denken, weil der Akt der freien Wahl und Zustimmung durch Unterordnungszwang kulturell ausgelöscht worden ist (siehe Punkt 4.2.1. der Arbeit ab S. 7).

Die Beziehung zwischen Führendem und Geführtem steht dagegen auf einem anderen Fundament. Beiden Parteien ist klar, daß sie durch die Kooperation ein Zweck-Mittel-Optimum erreichen können. Der Führende weiß das Vertrauen des Geführten zu schätzen und behandelt dieses deswegen pfleglich. Wo es um kämpfende Verbände geht, ist dem Führenden klar, daß das eigene Überleben unmittelbar mit seiner Vertrauenswürdigkeit in kritischen Situationen verknüpft ist. Der Geführte dagegen läßt sich unter Umständen auf Handlungen ein, deren tieferer Sinn sich erst im Vollzug offenbart. »Learning by doing«, die wohl effizienteste Methode des Lernens, ist nur unter der Bedingung einer Vertrauenssituation möglich. Ein Vertrag über das, was geschieht und an Aufwand/Ertrag verbucht werden müßte, läßt sich vorab durch den Geführten nicht unbedingt einschätzen und deswegen auch nicht formulieren. Das hat weitreichende Konsequenzen.

Der Beherrschte muß damit rechnen, daß der Herrscher seine Rechte nutzt und ihm schadet. Auf eine unüberschaubare Situation gebietet ihm sein Eigeninteresse, mit erhöhter Vorsicht zu reagieren. Der Geführte weiß auch nicht, was ihm blüht, aber die wechselseitige Vertrauensbindung verpflichtet den Leiter, das Interesse des Geführten mit zu berücksichtigen. So sich diese Vertrauensbindung bewährt hat, kann der Geführte in unüberschaubaren Situationen dennoch ohne Vorbehalte handeln und unter Unsicherheit größere Energien freisetzen. Unternehmerisch handeln heißt aber immer, unter Unsicherheit handeln. Deswegen ist die Führung der Disziplin unbedingt überlegen. Woran eine Genossenschaft wirklich krankem könnte, wäre eine der Genossenschaft unangemessene Leitungsstruktur. Wenn Rechtsgleiche das Organisationsprinzip kapitalistischer Rechtsungleichheit praktizieren wollen, dann ist die Verwirrung gewiß. Organisieren sie sich dagegen als Rechtsgleiche, dann mag es für diese Organisationsform typische Probleme geben - daß nämlich während der Arbeitszeit zu viel diskutiert wird und man sich an der Ungewißheit zu lange aufhält, statt ein Wagnis einzugehen und es auszuprobieren - aber grundsätzlich baut man damit auf ein *anderes* Prinzip und verliert nicht etwa nur. Das aber ist der Fehler der Theoretiker, die nicht sehen, was Neues kommt, wenn eine altbekannte Form weicht.

3.6. Die Siedlungsgenossenschaft

Die Siedlung ist einerseits Urform überfamiliärer Gemeinschaften und andererseits als Siedlungsgenossenschaft eine neuzeitliche *Konstruktion*, mit der ihre »Erfinder« altbekannte Sozialmechanismen und neuzeitliche Wirtschaftsprobleme in der Summe positiv zusammenführen wollen⁶⁰⁰. Der Sozialmechanismus der Siedlung

⁶⁰⁰ Vgl. BERLINER GESCHICHTSWERKSTATT (Hg.): »Das war'ne ganz geschlossene Gesellschaft hier«. Der Lindenhof: Eine Genossenschafts-Siedlung in der Großstadt. Berlin 1987. Ebenso DIE OBSTBAUSIEDLUNG EDEN in den ersten 25 Jahren ihres Bestehen. Hrsg. vom Vorstand. Oranienburg in der Mark 1920. Leider erst nach Abschluß dieser Arbeit entdeckt und zur Ergänzung sehr empfohlen: WOLFGANG R. KRABBE: Gesellschaftsveränderung durch Lebensreform. Strukturmerkmale einer sozialreformerischen Bewegung im Deutschland der Industrialisierungsperiode. Göttingen 1974.

baut stärker auf die Zusammenführung von Arbeits- und Lebensbezügen als bei anderen Genossenschaftsarten, die zumeist der Lösung von Teilproblemen des Lebens dienen, also unter Wahrung des Kulturmusters »Familie« die Hauswirtschaften ergänzen.

Es ist bekannt, daß z. B. Menschen in ländlichen Gemeinden relativ natürlich dazu neigen, ein überfamiliäres Kulturleben des Dorfes zu entwickeln. Dorfgemeinschaften wachsen aufgrund der räumlichen Umgrenzung eines überschaubaren Wir-Gebietes und der erhöhten Anzahl dauerhaft angelegter Kooperationskontakte, ohne daß dies mit willentlich geäußerten, genossenschaftlichen Absichten einhergehen würde. Ähnlich ist erwartbar, daß sich ein soziales Kulturleben der Siedlung unter bestimmten *Randbedingungen* natürlich einstellt: Es werden Verbindlichkeiten geweckt (im Gegensatz zu der Unverbindlichkeit des anonymen Großstadtlebens).

Daß eine umfassende Einbindung der Einzelperson von vielen Menschen als Einengung empfunden wird, muß man hier nicht betonen. Wenn nachfolgend die »Wunder« der Siedlungsgenossenschaft behandelt werden, dann verstehe ich dies auch nicht im Sinne einer von konkreten sozialen Gegebenheiten unabhängigen Empfehlung, sondern lediglich als *Darstellung* möglicher Vorteile, die Personen eines organisierten Sozialverbandes für sich aktivieren können. Die Frage der konkreten *Verbandsbildung* verweist dagegen auf die Vielfalt der Motive und Biographien. Mal finden sich Freunde zusammen, mal Menschen gleicher Religion oder politischer Überzeugung; mal werden sie durch äußere Bedrohung zusammengeschweißt, mal durch freien Entschluß, Sympathie oder Einsicht. Die *Siedlungsgenossenschaft* ist daher in Abgrenzung zur Dorfgemeinschaft keine zufällig oder traditionalistisch zustandgekommene Ansammlung von Menschen, die ohne Alternative ihren Alltag organisieren, sondern in ihr gibt es über den wachsenden Sozialmechanismus hinaus konkrete Ziele und (sub-)kulturelle Werte, deren Pflege bzw. Verwirklichung man sich in geeinter Überzeugung zuwendet. Das heißt auf den Punkt »Distanz und Nähe« bezogen: Die einzige Fluchtmöglichkeit vor einer zu beengten Dorfgemeinschaft oder Familienbindung ist nicht die Anonymität und Vereinzelung; möglich ist ebenso eine willentliche Anders-Konstruktion. Diese müßte als Kulturmodell überwinden, was den Menschen vor den Traditionen oder bekannten Ordnungen flüchten läßt und wäre eine bewußte Umsetzung alternativer Werte. Die *Siedlungsgenossenschaft* ist eine freiwillige Vereinigung von Menschen mit bestimmten *Gestaltungsbedürfnissen* ihres *Lebensraumes*. Dabei geht es um mehr als lediglich die Gestaltung einzelner Teilfunktionen, wie z. B. Arbeit, Produktion (Tauschwerteerstellung), Reproduktion (Hausarbeit) und Konsum. Die Siedlungen ROBERT OWENS und Nachfolger *integrieren* die Teilfunktionen vielmehr und sind von daher Wohnungsbau-, Produktiv- und Konsumgenossenschaften mit Kulturbetrieb in einem.

Die *Siedlungsgenossenschaft* ist ferner zu unterscheiden von dem russischen *Kolchos*, in dem die Einzelhaushaltungen ohne Privateigentum aufgehen. Sie ist statt dessen eine Assoziation vollberechtigter Einzelhaushalte, die als Gruppe ihre

Außen- und Marktkontakte gemeinschaftlich organisieren und je nach Wahl gemeinsame Geschäftsbetriebe zur Tauschwerteproduktion oder Erleichterung der Hauswirtschaft unterhalten. Durch das tägliche Miteinander und die gemeinsam verfolgten Ziele höherer Ordnung wächst der Verband mit der Zeit nach innen zusammen. Ihre besondere Friedfertigkeit und innere Ausgeglichenheit erlangt die Siedlungsgenossenschaft durch die begünstigende Rahmenbedingung der Lebensform und vor allem auch, weil sie den Mitgliedern eine wirtschaftlich höherstehende Existenz ermöglicht, die beruhend auf Selbsthilfe und Selbständigkeit automatisch auch zu Selbstachtung und Fremdachtung führt.

Damit laufen bei der Siedlungsgenossenschaft zwei Themenbereiche zusammen. Es ist dies einmal die *wirtschaftliche Dimension* im engeren Sinne des traditionellen Genossenschaftsgedankens und zum zweiten die *sozialpsychologische Dimension* des zur Gruppe oder Gemeinschaft verbundenen Menschen. Welchen (sub-)kulturellen Werten der Einzelne zuneigt, die er in der ausgewählten Gruppe verwirklichen möchte, das ist, wie gesagt, variabel. Konstant dagegen ist der Effekt wechselseitiger Orientierung und damit die Herausbildung sozialer Normen im Spiegel des anderen. Wie ausgefallen eine Subkultur nach außen auch immer scheinen mag, wenn sie ihre inneren Regeln nach dem Prinzip der wechselseitigen Gültigkeit gleichberechtigter Personen (also *genossenschaftlich*) herausbildet, sind diese Regeln stets auch »sozial« bzw. realisieren den kategorischen Imperativ KANTS (↑ 76).

Für die Sozialarbeit in einer an Orientierungen verlierenden Welt läßt sich sagen, daß die Siedlungsgenossenschaft ähnlich der Familie als Basisinstitution nach innen gültige Werte schafft und dem größten Raufbold eine freiwillige Außenorientierung nahelegt. Indem der Einzelne eine Gruppe als »seine« anerkennt und als Teil derselben Werte formuliert, an deren Gültigkeit andere Gruppenmitglieder appellieren können, findet in der Gruppe ein Sozialisationsprozeß statt. Er ist nicht »Erziehung« in dem Sinne, daß nach Herrschaft strebende Kräfte Unterordnung und Selbstverleugnung fordern, sondern er ist »Sozialisierung« in dem Sinne, daß der Mensch neben seinem Einzelkämpferdasein eine lebbare zweite Realität der Gruppe entdeckt. Diese ist ihm nicht nur nützlich, weil in arbeitsteiliger Kooperation der Talente andere Projekte möglich sind als durch eigene Kraft allein; in der Gruppe erfährt das Individuum gleichzeitig eine Spiegelung seiner Persönlichkeit und somit Anreiz zur Selbsterkenntnis und Selbstaktualisierung der Persönlichkeit nach eigenen Werten. Das Streben nach Hochgeltung fängt »den Raufbold« ein, wenn es nur eine soziale Gemeinschaft gibt, von der er ein Teil geworden ist.

Diese soziale Dimension der Siedlungsgenossenschaft wird von den handelnden Personen in aller Regeln nicht bewußt angestrebt. Viele Menschen würden sich wahrscheinlich weigern, einer Gemeinschaft beizutreten, wenn sie vorher wüßten, daß die Gemeinschaft ihren Lebensstil und die Persönlichkeit verändert. Wenn Menschen einer Gruppe beitreten, dann scheint es ihnen so, als würden sie etwas ihnen Außenstehendes »auswählen«. Doch wechselt ein Mensch mit dem gewählten Bezugsrahmen stets auch den Spiegel seiner selbst, nicht unbedingt das gefes-

tigte »Ich«, aber was davon zur Geltung kommt. Und damit wählt er nicht aus, was ihn wie tote Materie kaum berührt, sondern verändert mit der Wahl sein Leben bzw. den Verlauf seiner Biographie im engeren Sinne.

OPPENHEIMER schreibt:

„Wir beginnen mit einigen Beispielen, die deutlich zeigen, wie sehr die allgemeine wirtschaftliche und soziale Lage die Sittlichkeit der Gruppenglieder bestimmt.

Ein Vorkämpfer der englischen Antialkoholbewegung hat öffentlich zugestanden, daß die Eingliederung der Männer in die (Konsum-)Genossenschaft mehr für die Zurückdrängung des Trinkeufels leistet als alle ihre Vorträge und Schriften⁶⁰¹. Es war eine europäische Sensation, als ROBERT OWEN aus seinen verkommenen, trunksüchtigen Arbeitern in New-Lanark durch Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung der Löhne und Einführung aller möglichen Wohlfahrtseinrichtungen »self respecting citizen« machte. Was hier überall gewirkt hat, war die Besserung der wirtschaftlichen Lage, verbunden mit der Hoffnung auf eine noch bessere Zukunft und der gegenseitigen Aufsicht der Beteiligten.

Diese Einflüsse wirken nirgends so stark wie in der genossenschaftlichen Siedlung, und so ist hier denn auch der versittlichende Einfluß weitaus der stärkste, das erzielte Ergebnis in sittlicher (und, nebenbei in hygienischer) Beziehung oft geradezu fabelhaft:

In den sämtlichen genossenschaftlichen Kolonien der Vereinigten Staaten waren Verbrechen und Vergehen ebenso unbekannt wie Idiotismus, Epilepsie, Geisteskrankheiten u. dgl.⁶⁰² In Riverside gab es nur ein einziges Trinklokal, aber »es galt als unschicklich, es zu besuchen«. In den klosterähnlichen Siedlungen der nordamerikanischen Shakers, einer Sekte der Quäker, fingen die dort aus Gnade und Barmherzigkeit für die Winterzeit aufgenommenen Vagabunden, verkommene »tramps«, spontan an zu arbeiten, ohne daß auf sie auch nur der geringste moralische Druck ausgeübt worden wäre^{603, 604}.

„Dasselbe gilt von den europäischen Siedlungen auf genossenschaftlicher Basis. In der Gartenstadt Letchworth bei London war die Kindersterblichkeit tief unter dem englischen Durchschnitt, obgleich die meisten Einwohner Londoner Arbeiter waren, die mit ihren Familien samt den Fabriken dorthin verpflanzt worden waren. Und die erste deutsche Siedlungsgenossenschaft, die von dem Verfasser im Verein mit dem verstorbenen Landgerichtsrat KRECKE, einem der edelsten Vorkämpfer der Sozialreform, der je gelebt hat, und SPONHEIMER, 1895 gegründete Obstbausiedlung Eden bei Berlin-Oranienburg, ist nicht nur wirtschaftlich glänzend geglückt, trotz mannigfachster Schwierigkeiten des Anfangs, sondern ebenfalls in sittlicher und gesundheitlicher Beziehung. Krankheiten sind sehr selten; die Säuglingssterblichkeit hält den Weltrekord

⁶⁰¹ Querverweis im Zitat: HENRY CHARLES CAREY: Grundlagen der Gesellschaftswissenschaft, Bd. 3, München 1964, S. 563.

⁶⁰² OPPENHEIMER verweist an dieser Stelle auf seine »Siedlungsgenossenschaft«, S. 439. Dort zitiert er aus HUGO, Vorläufer des Sozialismus, I, S. 877, einen Bericht über die Aurora- und Bethel-Gemeinden des Dr. KEIL in Bethel (Missouri, USA): „Man findet dort weder Wahnsinnige noch Blinde, Taube oder Stumme, noch Krüppel irgendwelcher Art. Dies ist ein unzweifelhafter Beweis für die sozialistische Behauptung, daß ein von den Sorgen des Daseinskampfes befreites Gesellschaftswesen auch in weiterer Ausdehnung von Verbrechen und Vergehen wie von geistigen und körperlichen Krankheiten frei sein wird, mit denen die unaufgehaltene Entwicklung des Kapitalismus die heutigen Kulturvölker in so verschwenderischer Weise beschenkt.“

⁶⁰³ Querverweis im Zitat: FRANZ OPPENHEIMER: *Siedlungsgenossenschaft*, S. 618.

⁶⁰⁴ FRANZ OPPENHEIMER: *System I, Soziologie*, S. 960.

der Günstigkeit mit 3,8 % im zwanzigjährigen Durchschnitt gegen mehr als 20 bis 18 % im Durchschnitt Deutschlands während der gleichen Zeit. Und kein Edener ist jemals in einen Strafprozeß verwickelt gewesen⁶⁰⁵. Der Oranienburger Gendarm hat gesagt: »Ich komme nur nach Eden, wenn ich Äpfel kaufen will!«

Wieder dasselbe wird aus zuverlässiger Quelle von der einzigen bisher errichteten ganz reinen agrarischen Siedlungsgenossenschaft, Rahaline in Irland, Grafschaft Cork, berichtet. (Eden war auf zu kleinem Gelände angelegt und von vornherein auf zu intensive Kultur eingestellt, als daß es die von der echten landwirtschaftlichen Siedlung erhoffte sozialpolitische »Fernwirkung« hätte ausüben können, wie der Verfasser seinerzeit voraussagte.⁶⁰⁶

Rahaline war die Gründung eines Schülers von ROBERT OWEN, des Anglo-Iren VANDELEUR. Er schloß sich in der bösesten Zeit der irischen Geschichte mit seinen Pächtern zu einer landwirtschaftlichen Produktivgenossenschaft zusammen⁶⁰⁷.

Die Leute waren eher schlimmer denn besser als der Durchschnitt der Iren jener schweren und furchtbar erregten Zeit, in der der Hungertyphus mit der Cholera um die Wette wütete, und der große Iren-Apostel O'CONNELL die politischen Leidenschaften zur Weißglut schürte. Sie hatten im Jahre zuvor den Inspektor HASTINGS meuchlings erschossen; der Mörder blieb unentdeckt. Diese verelendeten und sittlich verirrten Menschen wurden wie unter der Berührung eines Zauberstabes vollkommene Bürger, als sich ihnen die Möglichkeit des Aufstieges und der Selbständigkeit erschloß. Sie arbeiteten viel fleißiger und sorgfältiger, ohne jede Aufsicht, lebten mit ihren Frauen »wie Brautleute« - auch das eine Folge der »Lagerung«, denn die Frauen waren als gleichberechtigte Genossen unabhängig und hätten sich bei schlechter Behandlung ohne weiteres von dem Manne trennen können -, erzogen ihre Kinder sorgfältig, ließen sie neben der Schule noch ein Handwerk lernen, enthielten sich des Trunks ...⁶⁰⁸

Es ist heute bekannt, daß zahlreiche Krankheiten umweltbedingt auftreten oder ausbrechen. Viele »geistige Störungen« oder psychosomatisch bedingte Schmerz- oder Lähmungserkrankungen, Nervenleiden und mentale Zustände werden selbst bei biologischer Veranlagung (Sensibilität, hormonelle Störung etc.) erst kritisch, wenn der Patient einem *zusätzlichen* Druck von außen unterliegt, der ihm die Kraft für einen selbstbesonnenen Umgang mit seinen Eigenheiten raubt. Andere »Krankheiten« sind gar ursächlich in den verletzten Kinderseelen zu suchen und haben überhaupt nichts mit der Biologie gemein, sondern sind reine Erscheinungen der Gesellschaft, selbst wenn der Mensch auf sie mit körperlichen Veränderungen reagiert.

Sehr deutlich werden die Zusammenhänge etwa beim sexuellen Mißbrauch von Kindern. Diese Erscheinung ist nicht neu, sondern tritt lediglich in unserer Zeit zunehmend an das Licht der Öffentlichkeit. „Im Rudolf Virchow-Krankenhaus wurden 1921 133, 1924 250 geschlechtskranke Kinder behandelt (...) Auf der Keuch-

⁶⁰⁵ Vgl.: Die Obstbausiedlung Eden in den ersten 25 Jahren ihres Bestehen. Hrsg. vom Vorstand. Oranienburg in der Mark 1920, S. 30 und S. 35.

⁶⁰⁶ Fußnote im Zitat: „Diese Fernwirkung machte sich bei Rahaline sofort sehr kräftig bemerklich, wurde aber abgeschnitten, weil die Genossenschaft ohne jede eigene Schuld durch den infolge von Spielverlusten erfolgten Bankrott VANDELEURS zerstört wurde.“

⁶⁰⁷ Querverweis im Zitat: FRANZ OPPENHEIMER: *Siedlungsgenossenschaft*, S. 405 ff.

⁶⁰⁸ FRANZ OPPENHEIMER: *System I, Soziologie*, S. 961. Man findet an dieser Textstelle noch mehrere interessante Dokumente zur Wirkung der Siedlung.

hustenabteilung des Eppendorfer Krankenhauses wurde bei 20 von insgesamt 28 Mädchen Gonorrhöe festgestellt. Von den im April 1925 auf der Gonorrhöestation der Kinderheilanstalt in Buch befindlichen 56 Kindern mit Gonorrhöe waren 21 innerhalb der Familie angesteckt.⁶⁰⁹ Für die Betroffenen bedeutet dies eine schwere Störung in der eigenen seelischen Entwicklung, oftmals lebenslange Angstzustände, Suchttendenz, zuweilen Kontaktstörung, Depression, geminderte oder zerstörte sexuelle Genußfähigkeit, Mißtrauen gegenüber anderen Menschen, Aggression und (Selbst-)Zerstörungstendenz etc. Der Übergriff des Erwachsenen auf das Kind ist eines der schwersten Verbrechen gegen die Menschlichkeit, und dennoch kann niemand heute sicher sein, daß nicht die eigenen Kinder irgendwo oder des Nachbarns Kinder im Moment Opfer werden.

Einer der Gründe ist meines Erachtens, daß die Herrschaft, Macht- und Gewaltanwendung seit Generationen allgegenwärtiger Bestandteil unseres Lebens ist. Frühere Systeme haben ihre Soldaten abgerichtet, die ohne Wahl- und Fluchtmöglichkeit in den Kampf gegen andere Menschen getrieben wurden. Und auch der Arbeiter war dem Kapitalisten früher nur in seiner Funktion als Untertan ein Begriff, niemals hingegen in seiner Menschenwürde. Welche moralischen Tugenden und innere Ausgeglichenheit erwartet man aber von einem Menschen, der hier geprüft wird und dort plötzlich selber mächtig ist?

Der Mensch wird nicht mit höheren Einsichten und Weisheiten *geboren*, sondern erwirbt sie sich *vielleicht*. Wo er nicht eigenständig oder durch Gruppenselbsthilfe erkennt, was die Umwelt mit ihm macht, da *verhält* er sich entsprechend den Verhältnissen, in denen er lebt. Das Alltägliche bedarf des Reflektionsraumes, damit es sich nicht ungehemmt reproduziert. Was an Arbeits- oder Außenleben unsere Wirklichkeit beschreibt, das prägt ansonsten die Familien⁶¹⁰, das Verhältnis der Ehegatten und zeichnet die Kinder. Wenn heute 10jährige Kinder töten, dann ist die Gesellschaft krank, und zwar nicht nur, weil die Medien laufend gewalttätige (Vor-)Bilder liefern, sondern weil die alltägliche Gewalt das dominierende Muster viel zu vieler Realbeziehungen darstellt.

Will man daran etwas ändern oder für seine Familie ein Stückchen Sicherheit realisieren, dann genügt es nicht, sich oder andere zu bestimmten Verhaltensweisen zu *ermahnen*. OPPENHEIMERS Beispiel der Siedlung illustriert plastisch, daß der Lebensraum als solcher umgestaltet werden kann und der Mensch sich dieser Umgestaltung nachfolgend in seinem alltäglichen Verhalten ändert. Arbeitsgestaltung, Wohnraumgestaltung und Freizeitgestaltung sollten Teil des bewußt organisierten Lebensraumes sein, nicht kollektivistisch, aber doch gemeinschaftlich bewältigt.

Es gibt zwei Sinnsprüche, über die sich die Anforderung an die Siedlungsgenossenschaft umreißen läßt. Der eine lautet »teile und herrsche«; er stammt von den römischen Eroberern, die nach diesem Sinnspruch ihre unterworfenen Gebiete verwaltet haben. Der andere lautet »gemeinsam sind wir stark« und entstammt der

⁶⁰⁹ Siehe Fußnote 450 dieser Arbeit auf Seite 7.

⁶¹⁰ Vgl. MARIA GUGGENHEIMER und KLAUS OTTOMEYER (Hg.): Zerstörung einer Familie. Eine Fallstudie. Reinbek bei Hamburg 1980.

Arbeiter- und Genossenschaftsbewegung. So wie es dem Interesse der Herrschaft entspricht, überall die Genossenschaft zu (zer-)stören, so ist es die Kraft der Genossenschaft, dem zu widerstehen. »Kranke« und »Gesunde«, »Schwache« und »Starke« können sich in einem Verbund zur gegenseitigen Hilfe wunderbar ergänzen. Denn der Erkrankte ist oft schon zu schwach, um sich helfen zu können; er zeigt aber wie ein Vergrößerungsglas die Verhältnisse an, die den noch nicht Erkrankten und noch Handlungsfähigen anfechten. So sollten sich nicht nur der Unternehmungsgeist und die Spontanität der Jugend mit der Erfahrung und Gelassenheit des Alters verbünden, sondern alle Augen und Ohren, die jeweils unterschiedliche Ausschnitte des Ganzen wahrnehmen. In der Verbindung liegt eine besondere Kraft, die mehr ist als nur Summe ihrer Teile: eine andere Qualität. Mit großer Wahrscheinlichkeit genießen Kinder einer Genossenschaftssiedlung größeren Schutz und können die Erwachsenen einer Siedlungsgenossenschaft ihre Würde leichter wahren, als dies Menschen eines geringeren Organisationsgrades möglich ist. Außerhalb der Siedlung sind die Familien den gesellschaftlichen Verhältnissen unmittelbar ausgesetzt, während die Siedlung wie eine Trutzburg zwischen Familie und Gesellschaft liegt und als solche weitgehend resistent gegen äußere Angriffe ist, weil einmal wirtschaftlich stabilisierende Faktoren wirken und zum zweiten sozialpsychologisch stabilisierende Faktoren. Vertiefen wir nun die wirtschaftliche Dimension.

3.6.1. Die landwirtschaftliche Produktivgenossenschaft

Die landwirtschaftliche Produktivgenossenschaft ist in erster Linie ein Instrument der »Bauernpolitik« und bezeichnet eine *Produktionsform*, keine Lebensform. Über ihren Inhalt wurde von OPPENHEIMER und anderen nachgedacht, weil ihnen die Wirtschaftsweise des Einzelbauern ungünstig erschien. Die landwirtschaftliche Produktivgenossenschaft ermöglicht Formen der Arbeitsteilung, die Nutzung eines gemeinsamen Maschinenparks, die Zusammenlegung von Flächen zu größeren Einheiten sowie die Aufnahme und Ausbildung unqualifizierter, oftmals arbeitsloser Landarbeiter.

„Aus diesem Grunde wird die Bauernpolitik sich im wesentlichen auf die Schaffung *genossenschaftlicher* Ansiedlungen einzustellen haben. Hier sind zwei Formen möglich: die *Produzentengenossenschaft* von in ihren Betrieben selbständigen Erbsiedlern, die ihren Grund und Boden nicht verschulden können, weil er in irgendeiner Rechtsform und unter dem Obereigentum der Genossenschaft bleibt. Und zweitens die *Produktivgenossenschaft*: der Großbetrieb, dessen sämtliche Arbeiter Genossen, und dessen sämtliche Genossen Arbeiter sind.“⁶¹¹

Man stelle sie sich etwa vor mit einem zentralen Wirtschaftsgebäude der Genossenschaft, in loser Folge umringt von Wohngebäuden und kleinen Gärten der Haushalte sowie den zusammengelegten Wirtschaftsflächen im weiteren Umfeld. In einer so oder ähnlich angelegten Siedlung hätte jedes landwirtschaftlich arbei-

⁶¹¹ FRANZ OPPENHEIMER: *System II, Der Staat*, S. 764.

tende Mitglied einen kurzen Fußweg zu seinem Arbeitsplatz. Fraglos wird es den landwirtschaftlichen Betrieben möglich sein, die Grundversorgung ihrer Mitglieder mit Lebensmitteln aus eigener Kraft zu bewältigen und darüber hinaus einen Überschuß zu erwirtschaften. Logisch nächster Schritt der Gedankenkette ist die Veredelung der Erzeugnisse und deren Verkauf. Arbeitsplätze in einer Molkerei, Käseerei, Metzgerei, Bäckerei und Gastwirtschaft liegen nahe, vielleicht gar mit einigen Betten für Fremdenverkehr.

Der landwirtschaftliche Produktionszyklus ist unregelmäßig, enthält Wartezeiten und Zeiten, in denen alle Hände benötigt werden. Gleichzeitig benötigt man Gebäude und technische Anlagen, deren Aufbau man gegenzyklisch organisieren kann. Wo eine landwirtschaftliche Siedlungsgenossenschaft funktioniert, werden automatisch auch Handwerker zuziehen. Maurer, Schreiner, Elektriker, Mechaniker etc., deren Grundentlohnung mit Wohnen und Essen in Eigenproduktion durch die Siedlung weitgehend gedeckt ist.

Eine Siedlung auf landwirtschaftlicher Basis arbeitet mit zwei Wirtschaftskreisläufen. Es ist einmal der innere Kreislauf der Selbstversorgung und zum anderen der äußere Kreislauf der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und Tauschwertproduktion. Sagen wir einmal, der Mensch verbraucht 50 % seines Lohns zur Abdeckung der Grundbedürfnisse Essen und Wohnen. Kleidung, Urlaub, Fahrzeuge, medizinische Versorgung etc. müßten somit erworben werden. Außerdem müßten Leistungen an die Gesellschaft für entsprechende Gegenleistungen des Schulwesens etc. erbracht werden (Steuern, Sozialversicherung). Nahe läge, zu diesem Zweck eine Konservenfabrik einzurichten, aber möglich wäre auch jedes andere Gewerbe in der Dimension einer mittelständischen Unternehmung. Das Besondere an einer Kombination industrieller und landwirtschaftlicher Produktion im Siedlungsverbund liegt in der erhöhten Unabhängigkeit von konjunkturellen Schwankungen. Kaum ist je der Fall vorstellbar, daß ein allgemeiner konjunktureller Einbruch existenzgefährdend wirkt, da die Grundbedürfnisse stets in Eigenleistung abgesichert sind. Und umgekehrt läßt sich auf jedes konjunkturelle Hoch mit einer verstärkten Produktion jener Güter reagieren, die den günstigsten Preis erzielen. Langfristig kann man sich aber durch die Vielzahl verschiedener Aufgaben antizyklisch verhalten, seine Wirtschaftsgebäude renovieren, wenn Flaute ist, und Tauschwerte produzieren, wenn die Wirtschaft boomt.

Mehr noch: Es bietet sich geradezu die Errichtung eines Wirtschaftsverbundes der Siedlungsgenossenschaften an, in dem die Gewerbebetriebe zueinander stehen wie die verschiedenen Abteilungen eines Großunternehmens. Was wir unter dem Stichwort »Barter« oben andiskutiert haben (↑ 266), wäre der nächste Schritt einer Vernetzung zur Produktion technisch hochwertiger Güter. Alles erinnert an die Realität von Mondragón in Spanien⁶¹², wo man uns exemplarisch die flexible Kombi-

⁶¹² Vgl. zur Einführung PETER HEISIG: Das Genossenschaftsexperiment von Mondragón. In: Gisela Notz u. a., Selbstverwaltung in der Wirtschaft, Köln 1991, S. 303 - 320. Die von HEISIG mit besonderer Begründung gewählte Bezeichnung »Experiment« erscheint mir allerdings als eine Fehleinschätzung des mittlerweile über 50 Jahre hinweg bestehenden

nation aller genossenschaftlichen Elemente von der Siedlung aufwärts bis zum industriellen Verbund vorführt. Hier auch endlich wird das bereits mehrfach von KING angebrachte Zitat greifbar:

„Die Grundlage, das Geheimnis um das Genossenschaftswesen ist die *Arbeit*. Man nehme von dem Produkt der Arbeit weg, was für den Lebensunterhalt der Arbeiter notwendig ist; was dann übrig bleibt, ist Überschuß, der gespart wird und der, wenn angesammelt, zu Kapital wird, mit dessen Hilfe die Arbeiter sich selber beschäftigen und für sich selbst Nahrung und andere Artikel erzeugen könnten, gerade so, wie sie es gegenwärtig mit dem Kapital der Unternehmer machen.“⁶¹³

Es bedarf dazu nicht viel mehr als des Grund und Bodens, auf dem die Gründung einer Siedlung gestattet ist, sowie der handwerklich-kaufmännischen Talente ihrer Erbauer samt einer gewissen Ersparnis zur Anschaffung von Saatgut, Maschinen und Überlebensmitteln der ersten Periode. Sind diese gegeben, dann kann die Siedlung wachsen, wie OPPENHEIMER eindrücklich unter Beweis gestellt hat.

„Ein solcher Versuch, die zunächst als »Anteilswirtschaft« aufgezogene gemeinnützige Siedlung Bärenklau bei Berlin, tritt in dem Augenblick, wo wir dieses schreiben, in ihr sechstes Lebensjahr ein und verspricht weiteres gutes Gedeihen: immerhin ein beträchtlicher Erfolg angesichts des Umstandes, daß uns die großen agrarischen Autoritäten fast einhellig den Zusammenbruch binnen sechs Wochen oder längstens binnen sechs Monaten vorausgesagt hatten. Es hat sich bereits jetzt, trotz aller Schwierigkeiten dieser Nachkriegszeit, herausgestellt, daß die Arbeiterschaft mindestens so gut arbeitet und mindestens so gut Disziplin hält, wie auf Privatgütern: und es sind nicht etwa ausgesuchte Leute, sondern es sind mit dem Gut übernommene Familien!“⁶¹⁴

Bärenklau und Eden waren OPPENHEIMERS Proben aufs Exempel, in denen er seine Anschauung bestätigt fand. Die Siedlungsbewegung Israels unterstreicht OPPENHEIMERS Erfahrungen mit Nachdruck von einer anderen Seite. Die nach Israel einwandernden Juden aus aller Welt, teils mit und teils ohne berufliche Ausbildung, in einem klimatisch und politisch schwierigen Umfeld, haben mit Hilfe der Siedlung, aber vermutlich auch *nur* in der Form der Siedlung, bestehen können gegen alle Widrigkeiten. Manch einen Aspekt der konkreten Besiedlungspolitik hat OPPENHEIMER nicht gutgeheißen⁶¹⁵, aber das Wissen um die Stärke der Siedlung hat er, FRANZ OPPENHEIMER, in die Entstehungsgeschichte des Staates Israel eingebracht.

Es war FRANZ OPPENHEIMER, der auf dem VI. Zionisten-Kongreß in Basel am 26. 8. 1903 die schwere Aufgabe anging, „die Expatriierung und Neuansiedelung

Projektes, das sich selber nicht als »Experiment« versteht, sondern als ein aus Notwendigkeiten (Arbeitslosigkeit) erwachsener Fakt.

⁶¹³ Zitiert nach HENRY FAUCHERRE: Die Genossenschaft, a.a.O., S. 9.

⁶¹⁴ FRANZ OPPENHEIMER: *System II, Der Staat*, S. 765.

⁶¹⁵ „Ich konnte mir infolgedessen Palästina nie anders vorstellen als unter dem Bilde einer anderen Schweiz: mit der vollen Gleichberechtigung und auf dieser Grundlage der vollen Einigkeit aller im Lande vorhandenen Sprach- und Religionsgruppen. (...) Es war meine klare Pflicht als Soziologe, gegen diesen jüdischen Chauvinismus ebenso scharf aufzutreten wie gegen den nichtjüdischen.“ FRANZ OPPENHEIMER: *Lebenserinnerungen*, S. 215.

von Millionen armseliger, elender Menschen in kürzester Zeit“⁶¹⁶ vom Standpunkt der Soziologie und theoretischen Ökonomik aus zu lösen. Als persönlicher Berater THEODOR HERZL, dem damaligen Führer der deutschen zionistischen Bewegung, hatte er zuvor bereits das Vertrauen eines der wichtigsten Männer der Organisation erlangt⁶¹⁷. Somit läßt sich klar sagen, daß die genossenschaftstheoretische Position OPPENHEIMERS, deren Umsetzung in Deutschland im Stadium des gelungenen Experimentes steckenblieb, der Gründung des Staates Israels Pate gestanden hat.

„Israel dürfte heute das einzige Land sein, in dem aus freier Initiative errichtete vollgenossenschaftliche Gemeinschaftssiedlungen sich über das Experimentierstadium hinaus behauptet und zu einem gewichtigen Faktor der Volkswirtschaft entwickelt haben. (...) Wenn wir nicht nur den im Merhavia angestellten Versuch, sondern die im ganzen Lande gemachten Erfahrungen zur Beurteilung heranziehen, so zeigt sich, daß die OPPENHEIMERSche Gesamtkonzeption eine geniale geistige Vorwegnahme der späteren Entwicklung war. Die ländliche Siedlungsgenossenschaften sollten tatsächlich den Kern eines weiterverastelten Systems bilden, das sich in alle Zweige der israelischen Volkswirtschaft hinein erstreckte und bisher auch eine schärfere Klassendifferenzierung innerhalb der israelischen Gesellschaft nicht aufkommen ließ.“⁶¹⁸

Man mag sich darüber streiten, welchen Stellenwert man OPPENHEIMER im Detail der Ausführung zuerkennt. Unstrittig ist zunächst die Hauptmarschrichtung der Konzeption per Siedlung, wobei konkret vier Haupttypen zu unterscheiden sind⁶¹⁹:

- die Moschawa (Siedlungskolonie),
- der Moschaw (Siedlerdorf, mit genossenschaftlichen Hilfwirtschaften),
- der Moschaw Owdim (Einzelsiedlergenossenschaft; wörtlich: Arbeiterkolonie)
- und der Kibbuz (= Kwuza; vollgenossenschaftliche Gemeinschaftssiedlung; wörtlich: Gruppe).

Die landwirtschaftlichen Siedlungsgenossenschaften (Moschaw Owdim und Kibbuz) erzeugten 1954 etwa 70 %, die Kibbuzim alleine gut 50 % der auf den einheimischen Markt gelangten Agrarproduktion⁶²⁰. Zwischen Moschaw Owdim und Kibbuz gibt es einen konzeptionellen Unterschied dahingehend, daß die Arbeiterproduktivgenossenschaft (Moschaw Owdim) stärker auf familiäre Eigenständigkeit bedacht ist, während der Kibbuz „nicht eine Kooperative, sondern eher eine Form kollektiven Lebens, eine Kommune (»Lebensgemeinschaft«)⁶²¹“ darstellt:

⁶¹⁶ FRANZ OPPENHEIMER: Der Aufbau einer jüdischen Genossenschaftssiedlung in Palästina. In: derselbe, *Lebenserinnerungen*, 2. Aufl. von 1964, S. 281 - 296, hier S. 281.

⁶¹⁷ Vgl. THEODOR HERZL, FRANZ OPPENHEIMER: Briefwechsel. In: Bulletin des Leo Baeck Institut, Bd. 7, 1964, S. 21 - 55.

⁶¹⁸ KONRAD SCHAYER: Franz Oppenheimer und die israelischen Siedlungsgenossenschaften. In: Archiv für öffentliche und freigemeinnützige Unternehmen, Bd. 1, 1954, S. 144 - 158, hier S. 144 und 151.

⁶¹⁹ Zitiert nach KONRAD SCHAYER: Franz Oppenheimer und ..., a.a.O., S. 145.

⁶²⁰ Indirekt zitiert nach KONRAD SCHAYER: Franz Oppenheimer und ..., a.a.O., S. 148.

⁶²¹ J. SHATIL: Die Lebensform in einer Kollektivsiedlung. In: Archiv für öffentliche und freigemeinnützige Unternehmen, Bd. 4, 1958, S. 161 - 175, hier S. 161.

„Das Mitglied eines Kibbuz hat kein privates Eigentumsrecht an dem gemeinsamen Besitz; es gibt keine individuellen Aktien oder Anteile. Ferner gibt es weder eine Eintrittsgebühr noch irgendeine Eigentumsverteilung bei Austritt.“⁶²²

Daß die Siedlungsform *des Kibbuz entgegen* der OPPENHEIMERSchen Konzeption, der die Arbeiterproduktivgenossenschaft (Moschaw Owdim) favorisiert hat, konkret in stärkerem Maße aufgetreten ist, wird dem Verdienst OPPENHEIMERS gelegentlich entgegengehalten. Dahinter steht meist stellvertretend die Frage nach der Möglichkeit kommunistischer Lebensformen, die durch das Kibbuz bestätigt wird und deren Möglichkeit OPPENHEIMER grundsätzlich als »der Psychologie des Menschen entgegengerichtet« beurteilt hat. Andererseits hat OPPENHEIMER seine Anschauung nicht doktrinär vertreten, sondern seine Konstruktion mit durchweg liberalem Verständnis »in den Wettbewerb« eingebracht⁶²³, so daß »an das eine glauben« nicht bedeutet, das andere zu behindern.

Grundsätzlich wird man OPPENHEIMER heute vielleicht entgegenhalten dürfen, daß die kommunistische *Lebensform* in persönlich überschaubarem Rahmen und bei uneingeschränkt demokratischer Organisation der entscheidungsbefugten Organe möglich ist. Der Grund könnte sein, daß die Bedeutung des Privatlebens und des Privateigentums weit weniger Gewicht in der Hierarchie der menschlicher Bedürfnisse einnimmt als die konkrete Gestaltung des Lebensraumes selbst. So in einem Kibbuz alles zum Besten steht, sind manche Menschen möglicherweise geneigt, auf ihre persönlichen Verfügungsrechte zu verzichten und auf demokratischem Wege in das Geschehen einzugreifen. Andererseits ist der Wunsch nach Eigentum und Privatheit besonders im westlichen Kulturkreis stark verankert. Doch kamen die ersten Siedler vor allem aus Rußland, das zuvor eine Welle der Gewalt gegen die Juden erlebt hatte. Die Rußlandauswanderer aber kannten die kommunistische Siedlung, den Kolchos, und erblickten in dem Verwalter der OPPENHEIMERSchen Genossenschaftssiedlung quasi einen »Kapitalisten«. OPPENHEIMERS Siedlungsexperiment in Merchawjah brachte aus diesem und äußeren Gründen nicht den erwünschten Erfolg, und die Einrichtungen gingen an eine kommunistische Gruppe, eine »Kwuzah«, über⁶²⁴.

Nur durch Verweis auf dieses markante Ereignis ist die Frage nach der besseren Form der Siedlung noch nicht entschieden. Besonders LUDWIG OPPENHEIMER hat in Israel vor Ort das Modell seines Vaters weiterentwickelt und gepflegt⁶²⁵. Der Moschaw Owdim hat so insgesamt doch eine positive Entwicklung genommen, und SCHAYER sieht diesen, was die Zuwachsraten und Vorstellungen der westeuropäischen Siedler angeht, höher in der Gunst der Neueinwanderer stehen⁶²⁶. Doch die Zahlen sind alt, und eine Entscheidung zugunsten dieser oder jener Form muß

⁶²² J. SHATIL: Die Lebensform ..., a.a.O., S. 161.

⁶²³ Vgl. ISAAC GUELFAT: Franz Oppenheimers Genossenschaftslehre. In: FRANZ OPPENHEIMER, *Lebenserinnerungen*, 2. Aufl. von 1964, S. 364 - 370, hier S. 368.

⁶²⁴ Vgl. FRANZ OPPENHEIMER, *Lebenserinnerungen*, S. 167 f.

⁶²⁵ Vgl. LUDWIG OPPENHEIMER: Groß- und Kleinbetrieb in der Siedlung. Jena 1934.

⁶²⁶ KONRAD SCHAYER: Franz Oppenheimer und ..., a.a.O., S. 152.

hier auch nicht unbedingt herbeigeführt werden⁶²⁷. Mag es ein jeder halten wie es beliebt und mit Gleichgesinnten an sich und seinem Glauben arbeiten. Im Grundsatz ist die Idee der Siedlung solide und verträgt ein gewisses Spektrum unterschiedlichster Anschauungen, da ihr Aufbau und ökonomischer Wirkungsmechanismus den Einsatz von Arbeit ermöglicht, also Werte schafft und nach innen nicht dem arbeitshemmenden Blockademechanismus der kapitalistischen Makroökonomie unterliegt. Entscheidend ist, daß die Siedlung der »Schuldknechtschaft« und »Ausbeutung des Menschen durch den Menschen« im Lohnarbeitsverhältnis entsagt. Nach welchem Modus sie ihre Gerechtigkeit findet, ist dabei m. E. relativ unerheblich.

In Israel hat sich die Siedlung als so wirkungsvoll erwiesen, daß Genossenschaftstheoretiker aus der ganzen Welt darauf aufmerksam wurden und die Frage stellten, in welcher Form die Kräfte der Siedlung in der eigenen Heimat nutzbar wären⁶²⁸. In den industriell entwickelten Länder gilt es dabei gänzlich andere Probleme zu bewältigen als in den gering entwickelten Ländern.

Kennzeichnend für die gering entwickelten Länder ist, daß sämtlicher nationaler Boden während einer Phase der Kolonisation und Beherrschung durch eine fremde Macht - typisch für die heute unterentwickelten Länder ist ihre Unterwerfung durch die sogenannten Kolonialmächte England, Frankreich, Spanien etc. - der herrschenden bzw. besitzenden Klasse eigentumsrechtlich zugeschlagen wurde. Der nationale Boden Tunesiens wurde etwa den Mitgliedern des französischen Parlamentes und der Presse zugeschanzt⁶²⁹. Alle unterentwickelten Länder haben in dieser Hinsicht eine ähnliche Leidensgeschichte, so daß eines der ersten Vorhaben nach

⁶²⁷ Als einzige Angabe jüngeren Datums liegt mir ein Auszug aus dem Statistical Abstract of Israel, Nr. 43/1992 des Israelischen Informationszentrum Jerusalem vor, wonach 3,4 % der Bevölkerung Israels in Moschawims und 2,6 % in Kibbuzim lebt.

⁶²⁸ Vgl. WALTER PREUSS: Die Förderung des Genossenschaftswesens in Entwicklungsländern auf Grund der in Israel gemachten Erfahrungen. In: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Bd. 9, 1959, S. 121 - 130. ULRICH PETER RITTER: Vicos; ein Experiment der Landreform auf genossenschaftlicher Basis in Peru. In: Archiv für öffentliche und freigemeinwirtschaftliche Unternehmen, Bd. 7, 1964/65, S. 264 - 276. OTTO SCHILLER: Die Bedeutung der Genossenschaften für die Bodenreform in Entwicklungsländern. In: Archiv für öffentliche und freigemeinwirtschaftliche Unternehmen, Bd. 8, 1966, S. 168 - 173 (enthält Hinweise auf Bodenreformen weltweit). OTIENO MTULA: Die Rolle der Selbsthilfeorganisation (Genossenschaft) in der Land-Stadt-Migrationsproblematik der Entwicklungsländer am Beispiel Kenias. Marburg 1990. P. J. SAHER: Der Sozialismus in der Sicht der Entwicklungsländer. Ratingen 1968. SAHER gibt Auskunft über die ländlichen Reformbestrebungen NEHRUS in Indien (S. 43 ff).

⁶²⁹ „Nach mohammedanischem Gesetz gehört der Boden den Stämmen und darf nicht in Privateigentum umgewandelt werden. Nach französischem Zivilrecht aber besitzen die Stämme keine Rechtspersönlichkeit, so daß sich ihnen der Staat substituiert und aus seiner Machtvollkommenheit das Recht herleitet, den Boden zu veräußern. Die auf diese Weise zum Verkauf gelangten Güter sollen seit Jahrzehnten zu Spottpreisen an Mitglieder des französischen Parlaments und an einflußreiche Persönlichkeiten der französischen Presse vergeben worden sein.“ In: Bodenreform, Bd. 22, Heft 24 vom 20.12.1911. Sekundär zitiert nach FRANZ OPPENHEIMER: *Das Kapital*, S. 140. Diese Plünderungsmethode durch Nichtanerkennung des Gemeingut-Status und nachfolgende »Privatisierung« durch den erobernden Staat hat eine weltumspannende Tradition, die OPPENHEIMER an dieser Stelle mit weiteren Beispielen belegt hat.

einem Wechsel der politischen Verhältnisse in der Durchführung einer Bodenreform besteht. Was dann besonders benötigt wird, ist eine Form der Bewirtschaftung, die rasch von der oft ungebildeten Klasse der Arbeiter aufgenommen werden kann, denn die Monopolisierung der Produktionsgüter geht meist auch einher mit einer Monopolisierung des Produktionswissens. Eine arbeitsteilige Produktionsform drängt sich in solchen Fällen geradezu auf, weil für eine umfassende Ausbildung selbständiger Landwirte weder Zeit noch Ausbildungskapazitäten verfügbar sind.

Ein anderes Problem trifft unterentwickelte Länder regelmäßig dann, wenn die ehemals erobernde Klasse zur herrschenden Klasse des eigenen Landes geworden ist und die Bodenreform mißlingt⁶³⁰. In solchen Fällen hat die arme Landbevölkerung keine Chance, eigene Wirtschaftsbetriebe aufzubauen, weil es kein freies Land mehr gibt, die Herrschenden vor Ort es nicht nötig haben, welches zu verkaufen und die armen Leute obendrein mangels Einkommensquelle nicht kaufen können. Die Folge ist, daß die arme Landbevölkerung in weiter entwickelte Länder auswandert oder in die städtischen Gewerbezentren drängt, wo für gesunde Arbeiter leichter mal eine Chance abfällt als auf dem Land, auf dem alle Verhältnisse ohne Aussicht auf Änderung von den Patriarchen definiert sind. Landflucht und Verstädterung sind die Folge, unter denen Riesenstädte wie Mexiko-City stöhnen. Eine fortgesetzte Unterentwicklung der Agrarproduktion und damit der agrarischen Zahlungskraft für Industriegüter ist die andere Folge, die den Entwicklungsmechanismus der Länder als solchen hemmt. Wie OPPENHEIMER an dem Beispiel Deutschlands diskutiert hat, kehrt die Siedlungsgenossenschaft die Auswirkungen einer mangelnden Bodenreform auf unspektakuläre Weise um und ebnet den Weg für eine gewerbliche Entwicklung von unten auf.

Für die industrialisierten Länder wurde oben bereits angeführt, daß die Beherrschung des Arbeiters mittels einer Ideologie der Atomisierung und Isolation als Lebensstil implementiert wird. »Teile und herrsche« bedeutet im Industriezeitalter, die Untertanen gegeneinander zu hetzen und einen übertrieben individualistischen Lebensstil zu predigen, der alle gesellschaftlichen Werte negiert, außer jenen der Akzeptanz einer hilflosen und abhängigen Untertänigkeit. Die Gewalt als Auswuchs industriell zerstörter Sozialbeziehungen führt so zu den Entäußerungen der Täter, die mit ihrer Zerstörung eines unschuldigen Menschen die an ihnen vollzogene Zerstörung reproduzieren. Eine Verderbnis hervorrufoende Kette der Destruktion, die mit herrschaftlichen Mitteln nicht durchbrochen werden kann, weil Herrschaft bereits ihre Ursache ist. Liebe aber, »die tätige Fürsorge für einen anderen«,

⁶³⁰ So etwa in Mexiko, wo jüngst die Aufständischen von Chiapas für Aufsehen sorgten. Mexiko ist im Prinzip ein extrem reiches Land mit fruchtbaren Böden und geringer Bevölkerungsdichte. Seit der Eroberung durch die Europäer ist dieses Land allerdings besitzrechtlich gesperrt, so daß die Indios - der Begriff bedeutet zu deutsch »Ureinwohner« - keine Chance der Existenzgründung haben. Die Wortwurzel »Indigena« bedeutet in der Indio-Sprache »die, die schon da waren« und wird im Spanischen zu »die Unterworfenen«. „La raza originaria del país de que se trata“ = »die Ureinwohner eines Landes, die versklavt wurden«. EDUARDO CÁRDENAS: Diccionario Comprehensivo de la lengua Española. Mexiko 1987, S. 254.

wie ERICH FROMM sie verstand, bedarf der *Hinwendung*. In ihrem Banne wird der Mensch Individuum durch Entfaltung seiner Persönlichkeit, durch wechselseitige Fürsorge und Hilfe bei der Bewältigung des nächsten Lebensschrittes. Die Siedlung bietet dem Menschen Schutz und Raum zur Entfaltung, ob auf dem Land oder als Teil einer Stadt. Auch in Städten läßt sich von allen Möglichkeiten der Siedlung zumindest die soziale Funktion nutzen, indem man Stadtteile als sozialen Zusammenhang konzipiert.

Bleibt der Bauernstand in den industrialisierten Ländern. Ideologie ist hier die Lehre vom Glück des Einzelbauern. Tendenz dagegen ist, daß kaum eine Frau heute noch bereit ist, einen Landwirt zu heiraten, da der Familienbetrieb insgesamt, aber gerade auch für die Frauen, eine unbillige Arbeitsbelastung darstellt. Statt für mageren Lohn den Geruch der Stalltiere anzunehmen, zieht die moderne Frau eine gut bezahlte Bürotätigkeit mit geregelter Freizeit vor. Wer will es ihr verdenken? Absehbar ist, daß die Ideologie vom Einzelbauern von anderen Formen der Agrarproduktion überholt werden wird. Hier steht auf der einen Seite die durchtechnisierte Agrarfabrik, die als kapitalistische Unternehmung nachvollzieht, was die Großindustrie gegenüber dem Handwerk vorexerziert hat. Oder aber der Einzelbauer begibt sich in eine Assoziation und realisiert eine Mischung aus Großbetrieb und anteiliger Selbstständigkeit: eben eine Genossenschaft.

3.6.2. Siedlungen und Lebensgemeinschaften

Bevor wir uns dem folgenden IV. Teil der Arbeit zuwenden, möchte ich in einem letzten Anlauf illustrieren, um was es der *sozialen Bewegung* »Genossenschaftswesen« eigentlich geht. Der in Israel beheimatete OPPENHEIMER-Schüler WALTER PREUSS äußerte sich 1957 über die metaökonomischen Ziele und Aufgaben des Genossenschaftswesens gemäß Protokoll folgendermaßen:

„Prof. PREUSS wies zunächst darauf hin, daß die rein rationalistisch-ökonomische Auffassung, wie sie von Prof. SERAPHIM, aber auch von Prof. ROBOTKA vertreten worden sei und wie sie vor allem in der amerikanischen Literatur vorherrschend sei, eine gefährliche Einschränkung für die Zielsetzungen der Genossenschaftsbewegung der Welt bedeute. Nicht nur in den Entwicklungsländern, sondern auch etwa in Schweden habe man ein starkes Empfinden dafür, daß von dem sogenannten Dritten Weg, dem Mittelweg, vielleicht die Rettung der Welt abhängt. Prof. BACK habe in Freidorf vor vier oder fünf Jahren ausgeführt, daß es eine zentrale Aufgabe des Genossenschaftswesens sei, die personelle Freiheit des Menschen zu schützen. Nach Auffassung von Prof. PREUSS sei die Genossenschaftsbewegung vielleicht nicht die einzige, aber doch die stärkste Bewegung, die ein solches Ziel noch erreichen könne. Damit aber würden metaökonomische Aufgaben und Ziele das zentrale Problem der Genossenschaftsbewegung sein. Unter keinen Umständen könne man sich auf den Standpunkt stellen, daß die rein ökonomische, rationale Auffassung die entscheidende sei. Die Genossen-

schaftsbewegung habe eine große soziale, nationale, weltbewegende Aufgabe und sei deshalb nicht allein unter ökonomischen Gesichtspunkten zu erfassen.“⁶³¹

Wir benötigen die ökonomische Theorie, um die Ursachen und die Struktur problemverursachender Verhältnisse erkennen und uns gegenüber den Verhältnissen wirkungsvoll verhalten zu können. Aber welche Zukunft ein Mensch etwa seinen Kindern wünscht, das ist nicht Bestandteil der ökonomischen Theorie, sondern eines humanistischen Vorverständnisses, das nach Begriffen von gut und schlecht zu trennen vermag. Die meisten Menschen haben in ihrem Leben Freude und Leid erfahren und erleben die Zustände von Freude und Leid anderer Menschen mit. Wenn jemand nicht völlig abgestumpft und dem Zynismus verfallen ist, wünscht er sich und seinen Mitmenschen ein glückliches Leben herbei und weiß auch ganz gut zu unterscheiden, welche Umstände dieses Glück befördern und welche nicht. Das ist ein anderer Standpunkt als der des Theoretikers, der immer wieder unbemerkt dem Fehler verfällt, bestimmte Verhältnisse nachträglich zu rationalisieren und die gefundenen Interpretationen gewordener Verhältnisse als »eherne Gesetzmäßigkeit« aufzuwerten. Diese Sucht des Denkers, einen Satz von ewiger Gültigkeit zu finden oder auf Sätze von ewiger Gültigkeit zu bauen, ist eine der größten Behinderungen kritischen Geistes in der Gesellschaftstheorie. Denn der Mensch ist ein unwissender Produzent seiner eigenen Wirklichkeit. Nur wenige Triebe, wie etwa der, selber nicht zu arbeiten und statt dessen andere für sich einzuspannen, sind in ihrer unkultivierten Form konstant gegeben. Eroberungskriege, Gesetze und Ökonomie sind daraus erwachsene *Erfindungen*, die es in dieser Form nicht gäbe, wenn ein anders motivierter Mensch zur Tat schreiten würde. Da es den alternativ gedachten Menschen aber nur in der Fantasie gibt, während der Mensch real Produkt seiner Verhältnisse ist, drehen wir uns in einem Zirkel ohne Anfang und Ende. Der rohe Trieb *könnte* durch ein einsichtiges Gewissen kultiviert werden, und die Achtung vor dem Nebenmenschen *könnte* eine andere Wirklichkeit entstehen lassen. Nur ist diese Möglichkeit eine weit entfernte, denn die Realität generiert sich nach dem Muster »Mensch schafft Verhältnisse und Verhältnisse schaffen Menschen«.

Dieser Kreislauf kann nur an wenigen Stellen aufgebrochen werden, über die Entwicklung dann doch stattfindet. Wir sehen einmal die Bewegung in historischen Dimensionen über die Jahrhunderte hinweg. Diese Dimension liegt außerhalb der Planungsmöglichkeiten des einzelnen Menschenlebens, und ich möchte sie einmal unberücksichtigt lassen. Übrig bleibt noch *die Theorie*, die uns nicht erklärt, daß etwas »so ist«, *sondern die Bedingungen der Entstehung und Alternativen* aufzeigt. Und schließlich sind es die unmittelbar einwirkenden Lebensverhältnisse selbst, die sich mit Klugheit und Energie gestalten lassen. Wir können uns den Wirkungen bestimmter Verhältnisse kaum entziehen, fühlen uns etwa gleichbleibend in bestimmten Räumen unwohl. Aber wir können die Verhältnisse mit ihrer Wirkung auf unser Wohlbefinden und Verhalten verstehen lernen und in günstigen Fällen *gestalten*.

⁶³¹ WALTER PREUSS: Diskussionsbeitrag auf der zweiten internationalen Genossenschaftswissenschaftlichen Tagung in Erlangen vom 20. bis 24. August 1957. Protokoll in: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Bd. 8, 1958, S. 87 - 88.

Die Gestaltung des unmittelbar einwirkenden Umfeldes liegt natürlich unterhalb der Ebene einer Gesellschaftsgestaltung. Man kann durch eine Siedlung nur wenig an der Realität kapitalistischer Verhältnisse ändern. Aber die Siedlung ist Geburtsstätte einer sozialen Idee und Werthaltung, die nachfolgend das Denken und die politischen Strategien ihrer Mitglieder auch außerhalb der Siedlung prägt. Sie ist im Falle ihres Gelingens Ideenträger des Begriffes »gesund«, den ein Kind im günstigsten Falle aus dem Familienleben mit in die Welt hinausnehmen müßte, aber den die den Verhältnissen schutzlos ausgesetzten Familien ihrerseits kaum noch hervorbringen können. Da aber das unmittelbar Einwirkende den jungen Menschen am stärksten prägt und die unmittelbare Umgebung noch am ehesten gestaltet werden kann - alles andere liegt tendenziell unerreichbar fern -, kann dem Kreislauf Gesellschaft => Mensch => Gesellschaft durch eine bewußte Organisation des unmittelbaren Lebensbereiches etwas entgegengesetzt werden.

Diese Möglichkeit hängt wiederum von verschiedenen Faktoren ab. Einmal sind die objektiven Bedingungen oftmals so, daß eine herrschaftlich-bürokratische Staatsverwaltung mit ihren Beamten von vornherein jede Gestaltungsfreiheit in ihrem Geschäftsbereich monopolisiert hat und die Gründung sozial gefestigter Siedlungsgebiete in diesem Planungsdenken keinen Raum hat. Ferner sind die Besitzverhältnisse des nationalen Grund und Bodens so geordnet, daß nur vermögende Menschen eine Chance haben, in der Nähe bereits bestehender Wohngebiete in größeren Zusammenhängen siedeln zu können. Benötigt würde die Ausweisung neuer Siedlungsgebiete, was die Hoheitsrechte bestehender Gebietsverwaltungen betrifft und aus Gründen der »Zersiedelung unberührter Natur« leicht zurückgewiesen werden kann. Als »Naturschützer« werden in solchen Fällen auch immer die Besitzer stadtnaher Grundstücke auftreten, die mit der Verknappung des Baulandes sichere Monopolprofite realisieren können. So schlagen denn die gesellschaftlichen Verhältnisse durch auf die Möglichkeiten der Siedlung, wodurch es der Organisation einer erheblichen finanziellen und/oder politischen Gegenmacht bedarf, um eine an sich naheliegende Idee konkret umsetzen zu können.

Daß die Idee naheliegt, läßt sich empirisch leicht bestätigen, wenn man Menschen zusammenbringt und Utopien entwickeln läßt. Fast immer ist das, was der Mensch sich in solchen Momenten ausmalt, etwas anderes, als er real lebt. Aber solche Gruppen kommen über die Fantasie meistens nicht hinaus, weil die objektiven Möglichkeiten eines Anfangs fehlen. Die freigelassene Fantasie weckt so eine tiefe Wehmut, die ungestillt bleibt und die Gruppe nach einiger Zeit wieder auseinandersprengt, weil die Spannung zwischen Wunsch und Wirklichkeit unerträglich wird. An diesen verdrängten Grundbedürfnissen können Scharlatane spielend anknüpfen, da unsere Gesellschaftskonstruktion die Sozialität des Menschen sprichwörtlich im Dienste von Kapital und Staat »verheizt«, wogegen der Mensch sich nach Räumen der Ruhe, Geborgenheit und Entfaltungsmöglichkeit sehnt. Statt aber unter dem Deckmantel der Gemeinschaft neue Formen der Fremdsteuerung zuzulassen, bei der »falsche Propheten« an den unreflektierten Instinkten verletzter Menschen anknüpfen und neues Heroenglück versprechen, sollte man lieber eine soziale Bewegung fördern, die an der Utopie einer freien und gerechten Sozialord-

nung festhält und gleichzeitig durch echte Pionierleistungen Gestaltungsmöglichkeiten erarbeitet, die eine Vereinigung von »Individuierung und Gemeinnutz« ermöglicht. Was eine Genossenschaft benötigt, sind starke Persönlichkeiten auf jeder Ebene, die die Gemeinschaft mit ihrer entwickelten Persönlichkeit tragen und schützen. Deswegen ist die Grundtendenz der Genossenschaft gegenüber der Herrschaft die der Stärkung ihrer Mitglieder. Das muß man verstehen und in gelebte Formen bringen, dann ist im kleinen schon viel erreicht.

IV. HERRSCHAFT ODER GENOSSENSCHAFT

EIN BLICK IN DIE ZUKUNFT

Im ersten Teil der Arbeit wurde die Problemlage behandelt, die die »Urväter« gesellschaftswissenschaftlicher Theoriebildung umgab, als sie erstmals über Marktwirtschaft und Kapitalismus nachdachten. Teil II diente der Vertiefung marktwirtschaftlicher Fragestellungen anhand der Arbeit FRANZ OPPENHEIMERS, der als Soziologe, Nationalökonom und liberaler Sozialist erstmals klar und deutlich zwei mögliche Ausprägungen der Marktwirtschaft unterschied, die er als »politische« und »reine« Ökonomie zu bezeichnen vorschlug. Die reine Ökonomie ist nach OPPENHEIMER jene, in der das politische Mittel der Reichtumserwerbung aufgehört hat zu existieren (Herrschaft zum Zwecke der wirtschaftlichen Ausbeutung fremder Arbeit) und nur noch das ökonomische Mittel zulässig ist: freie Arbeit und gerechter Tausch.

Da der autoritäre Staat und die politische Ökonomie während desselben Vorgangs entstanden sind, nämlich der Errichtung der Herrschaft zur wirtschaftlichen Ausbeutung einer Unterklasse durch eine Oberklasse, kann man nicht erwarten, daß eine »Ökonomisierung des Staates« oder eine »Verstaatlichung der Ökonomie« bereits merkliche Verbesserungen brächte. Wir wissen um die Fälle, in denen sich die Unternehmen des Staates bedienen, und statt für einen freien Markt zu produzieren, den Zugriff auf die Töpfe der öffentlichen Haushalte anstreben, sprich: auf die Steuergelder oder Zwangsabgaben der Bürger⁶³². Und auf der anderen Seite kennen wir das Phänomen der politischen Systeme, die ihre Unentbehrlichkeit über einen legalrechtlich ansetzenden Zugriff auf die Entscheidungszentren des ökonomischen Systems absichern, natürlich stets in Verbindung mit der Entsendung entsprechender Vertreter aus dem politischen System zwecks »Mitbestimmung« und »Beratung«⁶³³. Von daher gibt es gleichgerichtete Interessen der Herr-

⁶³² Die Vergabe öffentlicher Aufträge oder die Verteilung der Steuergelder wird meist mit dem Nebenzweck verknüpft, lokal ansässige Unternehmen zu unterstützen. Erhält die Bahn AG 100 Millionen DM zur Anschaffung von 75 Doppelstockwagen aus der Kasse des NRW-Verkehrsministeriums, dann ist mit der Zahlung der nachdrückliche Wunsch verbunden, der Firma Talbot aus Aachen eine „faire Chance“ bei der Auftragsvergabe einzuräumen (Westdeutsche Zeitung vom 7.9.94, S.3). Die Politik meint es stets gut mit ihren Unternehmen, was aber, da der Politiker nichts aus eigener Tasche bezahlt, auch immer zu Lasten irgendeines Beteiligten gehen muß, über den man nicht redet. Es ist eben nur die anonyme Allgemeinheit, der genommen wird, nur eine kleine Wettbewerbsverzerrung, die den besseren Leistungsanbieter hintenan stellt. Wir finden bei genauerer Beobachtung eine Vielzahl politisch und ökonomisch motivierter Verbindungen von Staat und Wirtschaft, die dem Begriff der »politischen Ökonomie« alle Ehre machen.

⁶³³ In Reinkultur tritt dieses Phänomen oft in den gering entwickelten Ländern auf, die den Modernisierungsprozeß ihrer Gesellschaftsordnung noch nicht so vollziehen konnten wie die »westlichen« Industrienationen und Demokratien. Vgl. H. C. F. MANSILLA: Neopa-

triamonialistische Aspekte von Staat und Gesellschaft in Lateinamerika. Machtelite und Bürokratismus in einer politischen Kultur des Autoritarismus. In: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 31, 1990, S. 33 - 53.

schaft und Vorteilsnahme auf beiden Seiten, dem (privat-)politisch geführten Staat und der privaten Wirtschaft⁶³⁴. Nur der Übervorteilte bleibt stets der gleiche, nämlich die Allgemeinheit der Bürger, die von diesen Entscheidungszentren ferngehalten wird.

»Konservativ« in diesem Sinne ist das Berufsinteresse der von diesen Verhältnissen profitierenden Akteure, die die Schlüsselpositionen in Staat und Wirtschaft bekleiden, ohne sich als »Dienstleister am Bürger oder Mitarbeiter« einer Wahl zu stellen. Und weil das Motiv der herrschaftlichen Eigenabsicherung und »Anteilnahme« am großen Kuchen so stark ist, gibt es einen parteiübergreifenden Konsens aller auf Herrschaftsstrukturen gegründeten Institutionen bezüglich der »Notwendigkeit« ihrer Strukturen. Das ist dann der Konservatismus einer erodierten Moral, gemäß der vergleichsweise kein Dieb einen anderen Dieb aufrichtig verurteilen kann, wengleich ihm *theoretisch* völlig klar ist, warum jedes Wegnehmen ohne gleichwertiges Geben die Gerechtigkeit verletzt. Aber die Schädigung eines anderen ist ihm Gewohnheit bzw. ist identisch mit dem eigenen Interesse, so daß das »Gewissen« durch zahlreiche Rechtfertigungen eigener Missetaten perforiert ist. So kann z. B. eine Kirche, die sich selber mit herrschaftlichen Ansprüchen in die Seele ihrer Gläubigen schleicht, nicht ernsthaft die Freiheit des Individuums gegenüber der Herrschaft des Staates verteidigen, kann eine Gewerkschaft, die sich recht ähnlich organisiert wie die Arbeitgeberverbände, nicht ernsthaft für die Entwicklung der Arbeitnehmerschaft in Richtung einer zwangloseren, selbstverantwortlicheren Arbeitsorganisation eintreten. Ja, meist wird man nicht einmal einen kritischen Diskurs der eigenen Zielsetzungen und Methoden einleiten können, weil die Fundamente der Organisation so sehr auf Herrschaft begründet sind, daß die ganze Organisation zusammenfallen würde, entrisse man ihr das Fundament, ohne zuvor ein neues zu schaffen.

Da scheint es wie ein Wunder, daß auf lange Sicht dennoch eine Entwicklung bzw. ein Modernisierungsprozeß der Gesellschaften und ihrer Organisationen stattfindet. Immer wieder geschehen Dinge grundsätzlich fortschrittlicher Art, werden Verbindungen von Staat und Wirtschaft gekappt, werden die Entscheidungsbefugnisse und die Eigenverantwortung unterer Ebenen gestärkt, Gesetze im Sinne höherer ethischer Prinzipien novelliert etc. So sehr auch eine nutznießende und über ihren Eigennutz hochmotivierte Kaste in den alten Herrschaftsstrukturen nistet und ihr Auskommen findet, sie kann sich des allgemeineren gesellschaftlichen Prozesses der Befreiung von allen zwingenden und letztlich ungerechten Mächten nicht erwehren.

Des Menschen Streben nach der Freiheit greift die Bastionen der herrschaftlich durchgesetzten Sonderinteressen an; aber gerade die Verwirklichung der Freiheit erfordert eine andere Form des gesellschaftlichen *Zusammenhaltes*. Sind die Men-

trimonialistische Aspekte von Staat und Gesellschaft in Lateinamerika. Machtelite und Bürokratismus in einer politischen Kultur des Autoritarismus. In: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 31, 1990, S. 33 - 53.

⁶³⁴ Vgl. FRIEDRICH BRÄUNINGER; MANFRED HASENBECK: Die Abzocker. Düsseldorf 1994.

schen in der Unfreiheit durch die Herrschaft gebunden, so könnten sie in Freiheit alleine nicht leben, ohne auch eine neue Gerechtigkeit und eine neue Verantwortlichkeit des Individuums gegenüber sich selber und anderen zu entwickeln. Und diese Verantwortlichkeit setzt wiederum voraus, daß sie aufgehört haben, den anderen Menschen (oder auch das Tier und die Natur) als »Ausbeutungsobjekte zum eigenen Nutzen« zu betrachten, sondern mit dem Leben um sich herum »Kooperativen« bilden. Dies bezüglich Tier und Natur weiter auszuführen würde bei den gegenwärtigen »Selbstverständlichkeiten« lediglich die Flanken öffnen für bissige Kommentare. Aber der logische Prozeß, der hier aufgezeigt werden soll, ist ein *Prozeß der Zuerkennung von Rechten*, die das Ausbeutungsobjekt aus der herrschaftlich genutzten Unterlegenheit hebt zu einem Partner und Rechts*subjekt*, mit dem man bereit ist so umzugehen, wie man wollte, daß einem selber geschähe an des anderen Menschen (oder Tieres) Statt.

Diese Idee von einem »Friedensreich« war für Menschen immer vorstellbar bzw. ist die älteste »Utopie« der Menschheit, die quasi bereits parallel zu dem Totschlag von Kain an Abel und dem »Sündenfall« im alten Testament als »Paradies« erschien, aus dem sich der Mensch mit seinen ersten Regungen eines bewußten Wollens entfernte und das der Verheißung nach im »Jenseitigen« und »Zukünftigen« erneut auf ihn wartet. Es ist in der Bibel eine Utopie der Göttlichkeit und doch auch eine Utopie umfassender Genossenschaft auf irdische Kategorien übertragen, weswegen die Urchristen unter dem unmittelbaren Eindruck Jesus und der Apostel stehend ihr Leben relativ selbstverständlich in der Form von Genossenschaften organisiert haben sollen. Und weil der Mensch von Beginn seiner dokumentierten Kulturgeschichte an einen Begriff von Gut und Böse hatte, auch und gerade dann, wenn er in menschenunwürdigen Verhältnissen lebte oder sich selber menschenunwürdig verhielt, kann über das Wirken konkreter Religionsstifter hinaus die Instanz eines Wissens und Gewissens hinsichtlich der besseren Form des Lebens als Konstante menschlichen Seins angenommen werden.

Diese »Rechtsfähigkeit« des Menschen geht soweit, daß selbst alles Unrecht nur möglich wird, indem es sich als Recht ausgibt, was erfordert, daß die zentralen ethischen Prinzipien der Gerechtigkeit anerkannt werden, wenngleich man sie im Unrecht auch nicht erfüllt. Alle Diktatoren der Welt sind peinlichst darauf bedacht, ihre Diktatur im Gewand eines »gesetzten Rechts« zu installieren und in dem Schein einer »Legalität« zu operieren. Das mag zum einen daran liegen, daß die Werte, die die meisten Herrscherfamilien (oder deren Statthalter) ihrem Volk rauben, in dauerhaftes Eigentum überführt werden sollen, gegen das kein »berechtigter« Regreß möglich sein soll. Aber vor allem kann sich keine Herrschaft entgegen dem Rechtsbewußtsein eines Volkes dauerhaft halten, so daß eine Abweichung des positiven Rechts von dem zwischenmenschlich verankerten Gerechtigkeitwissen nur durch einen zusätzlich betriebenen Täuschungsaufwand und mittels einer herrschaftlichen *Durchsetzung* von Rechts*positionen* im höheren Begründungszusammenhang installiert werden kann.

Wenn sich Unrecht auf Recht beruft, dann kann es aber nie auf einer schlüssigen Argumentation beruhen und muß an entscheidender Stelle »berechtigte Interessen« einführen, die der Diskussion entzogen werden. Deswegen ist Unrecht stets gepaart mit Autorität, die den Zweifel über normative Eckpfeiler unterbindet. Weil aber nur die Angst vor der Autorität die Massen das Unrecht sehend dulden und vor allem schweigen läßt (der Vorteil läßt die herrschenden Eliten das Unrecht meist nicht einmal mehr sehen), nicht aber jeder Mensch die Angst über sich regieren läßt, ja manche Menschen ein Leben in Ungerechtigkeit so elendig finden, daß sie lieber an der Auseinandersetzung zerbrechen möchten als sich zu beugen, deswegen wird das Unrecht nie seine Ruhe finden und wird es »Martyrer«, »Helden« und Quertreiber geben ohne Ende, bis die herrschaftliche Konstruktion eines Tages an ihren inneren Widersprüchen zerbricht.

Mit dem Ziel, die Verfügung des Menschen über den Menschen zum Zwecke der wirtschaftlichen Ausbeutung zu durchbrechen, ist die Genossenschaft einst angetreten. Und wenn durch demokratischen Entschluß, auf dem Weg über die Parlamente und durch entsprechende Initiativen der Bürger die neue wirtschaftliche und gemeinschaftliche Lebensform entwickelt sein wird, dann wird diese dem Ideal der »Genossenschaft« im weitesten Sinne des Wortes gleichen. So in etwa lautet die OPPENHEIMERSche »Utopie«.

Was die zwischenmenschlichen Genossenschaften unterhalb der Gesellschaftsebene an gesellschaftsveränderndem und experimentellem Beitrag leisten können, das wurde im III. Teil der Arbeit diskutiert. Hier wird es noch einmal um die Genossenschaft im soziologischen und nichtwirtschaftlichen Sinne gehen.

4.1. Herrschaft und Genossenschaft als disjunktive Grundbegriffe der Soziologie

Bereits unter Punkt 2.3.2.1 dieser Arbeit (↑ 152) wurde im Zusammenhang mit der Entstehung der Staaten und der sozialen Klassen dargelegt, wie OPPENHEIMER das Gegensatzpaar »Herrschaft« und »Genossenschaft« verstand. Von beiden Begriffen gibt es eine ursprüngliche Bedeutung, die uns in aller Deutlichkeit sagt, welchen soziologischen Sachverhalt die Begriffe bezeichnen. Und es gibt eine Sprachgewohnheit der Moderne, in der mit den Begriffen wohl etwas Vorhandenes bezeichnet wird, aber nicht mehr der ursprünglich soziologische Sachverhalt, der in seiner Bedeutung eine umfassendere und exaktere Figur umriß als jene, die wir heute den Begriffen zuschreiben.

Der Begriff »Genossenschaft« läßt uns heute zuallererst an die Betriebswirtschaften denken, die unter dieser Bezeichnung firmieren. Und wenn diese Betriebswirtschaften dann auch noch jenen Betriebswirtschaften zum Verwechseln ähnlich sind, die nicht »Genossenschaft« heißen, dann fragen die meisten verständnislos, was denn an »Genossenschaften« bemerkenswert sein soll.

Der Begriff der »Herrschaft« wird dagegen meist als Bezeichnung eines Unterordnungsverhältnisses zwischen Personen verwendet, was der WEBERSchen Definition geschuldet sein dürfte, wonach Herrschaft heißen soll „die Chance, für einen Befehl bestimmten Inhaltes bei angebbaren Personen Gehorsam zu finden“⁶³⁵. Vielfach wird der Begriff der »Herrschaft« auch noch in eine enge Beziehung zu dem Begriff »Hierarchie« gesetzt, weil diese als jene Ordnungsstruktur erscheint, die die Befehlsgewalt verleiht.

Die so verstandenen Begriffe stehen in keiner offenkundigen Beziehung zueinander, denn es gibt keine Betriebswirtschaften, die »Herrschaft« heißen, allenfalls »kapitalistische Unternehmen«, die zu der Frage anreizen, ob und inwiefern Genossenschaften nicht »kapitalistisch« seien. Und auch in den idealsten Genossenschaften der Weltgeschichte gibt es Ordnungen, die immer auf einem »Über« und einem »Unter« beruhen, also »hierarchisch« sind. Selbst wenn man nach »flachen« und »starken« Hierarchien unterscheidet: setzt man Hierarchie gleich Herrschaft, dann ist Herrschaft allgegenwärtig und unausweichlich. Etwa in dieser »Erkenntnislage« verharrt die »moderne« Anschauung, teils resignativ und teils restaurativ reaktionär, als müsse man sich fügen in das, was nach dieser Logik unausweichlich scheint.

Die »reine« Herrschaft vergangener Jahrhunderte wird man heute in keinem demokratischen Rechtsstaat der Erde mehr erfahren, sondern überall zieht mit der Demokratie auch die Anerkennung des einst unterworfenen Untertan als Rechtssubjekt ein. Herrschende Klasse und Untertanen bilden deswegen zwar noch keine Genossenschaft, aber an die Stelle der reinen Herrschaft tritt ein »Bastard aus Knechtschaft und Freiheit«, während der begriffliche Idealtypus der Herrschaft verschwindet und der Idealtypus der Genossenschaft noch nicht als neue Wirklichkeit erschienen ist. Was der Mensch in seiner Erfahrungswirklichkeit nicht beobachten kann, davon hat er aber auch keinen natürlichen Begriff. Nur die Theorie, und hier vor allem die soziologische Geschichtswissenschaft, aber auch glücklicherweise die historische Sprachforschung (Etymologie), liefern noch die eigentliche Idee, worum es bei diesen Begriffen geht, während die soziale Ursprungssituation der Ursprungsbezeichnung aus dem Gegenwartsbewußtsein verschwunden ist.

4.1.1. Der Ursprung der Begriffe und ihre Bedeutung

Das Wort »Genosse« gehört zu der Wortgruppe von »genießen« „und bezeichnete ursprünglich einen Menschen, der mit einem anderen die Nutznießung einer Sache gemeinsam hat, oder aber denjenigen, der dasselbe Vieh auf der (gleichen) Weide hat. Es bezog sich also auf den Gemeinbesitz in der Wirtschaftsform der Germanen. (...) Bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts wurde »Genosse« im wesentlichen im Sinne von »Gefährte; Gleichgestellter« verwendet.“⁶³⁶

⁶³⁵ MAX WEBER: *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie*. Tübingen 1972, S. 28.

⁶³⁶ Duden, Bd. 7, Etymologie, Mannheim 1989, S. 231.

Dieses Gemeineigentum in der Wirtschaftsform der Germanen, aus der die uns heute bekannte Genossenschaft als »Personenvereinigung zu gemeinschaftlichem Geschäftsbetrieb« hervorgegangen ist, wurde zu Beginn der agrarkapitalistischen Periode im 14. Jahrhundert endgültig zersprengt⁶³⁷. Der Adel hatte seine Stellung wohl schon im 8. Jahrhundert errungen⁶³⁸, allerdings ohne bis dahin eine andere Verwendung für »seine« Güter zu haben, als von ihnen Mittel für den unmittelbaren Genuß zu gewinnen und daraus Menschen wie Material für seine Kriege zu ziehen. Als aber die sich entfaltende Geldwirtschaft die Organisation von Verwaltungen und das Aufstellen von Truppen immer mehr an das Vorhandensein eines Geldvermögens band, da wurde es für den durch seine Grenzscharmützel rasch verarmenden Adel attraktiv, große Mengen Wolle und Korn gegen Geld zu exportieren⁶³⁹. Von diesem Augenblick an war es dem Lokalfürsten nicht mehr genug, von den Untertanen seines Herrschaftsbereiches Fronde, Tribute oder Steuern zu erheben, sondern er wollte das Land mittels eigener Wirtschaftsbetriebe nutzen⁶⁴⁰. „Denn der Grundherr der Karolingerzeit wollte und mußte *herrschen* und richtete seine Angriffe aus diesem Grunde nur gegen die noch freien Bauern seines Gebietes, während er diejenigen, die sich ihm bereits unterworfen hatten, aus eben dem gleichen Grunde pfleglich behandelte: aber der Grundherr dieser späten Zeit in Ostdeutschland, einer Zeit, in der die Geldwirtschaft schon völlig durchgedrungen und das Geld zum Nervus rerum geworden war, wollte und mußte vor allem *verdienen*. Deshalb mißbrauchte er, solange es anging, seine hinterlässigen Bauern in immer verstärkter Ausbeutung und griff auf seine freien Nachbarn erst über, seit er als Kornlieferant *noch* mehr Land und Arbeitskräfte gebrauchen konnte, als er schon besaß.“⁶⁴¹

Zur Errichtung der Großbetriebe bedurfte es erstens der Verfügung über Menschen und zweitens der vollen Verfügung über Land. Das Interesse des Adels lag nunmehr darin, den Untertanen von seinem erblichen Recht der Landnutzung abzutrennen, was auf dreierlei Wegen geschah. Einmal unterstützten die Pestepidemien die weitere Landaneignung insofern, als der Adel ungehindert nach den verwaisten Höfen greifen konnte. Dann fand eine Rechtsumstellung dergestalt statt, daß die vorab nur mündlich überlieferte Rechtsgewohnheit der Landnutzung in schriftlicher Form fixiert wurde, wobei sich der Adel das Monopol sicherte, die Dokumente nur durch eigene Schreiber erstellen und in eigenen Archiven lagern zu lassen. Unzählige Dokumente wurden auf diese Weise sehr einseitig abgefaßt oder ließ man irgendwann einfach verschwinden, so daß der Bauer keinen Anspruchsnachweis mehr erbringen konnte. Diese Betrügereien der Herrschaften waren seinerzeit, neben der drückend hohen Steuerlast, ein gewichtiger Grund für den Ausbruch der Bauernkriege⁶⁴². Und drittens kam hinzu, daß es im römischen Recht für das Gemeineigentum keinen Begriff gab: eine wichtige Voraussetzung zur herr-

⁶³⁷ FRANZ OPPENHEIMER: *System IV, Geschichte*, S. 1089.

⁶³⁸ FRANZ OPPENHEIMER: *Großgrundeigentum*, S. 248.

⁶³⁹ FRANZ OPPENHEIMER: *System IV, Geschichte*, S. 1076.

⁶⁴⁰ FRANZ OPPENHEIMER: *System II, Der Staat*, S. 558.

⁶⁴¹ FRANZ OPPENHEIMER: *System IV, Geschichte*, S. 1076.

⁶⁴² FRANZ OPPENHEIMER: *System IV, Geschichte*, S. 1087 und 1092.

schaftlichen Zerschlagung vorher gemeinwirtschaftlich geordneter Sozialverbände. Der Adel konnte erst einmal durchsetzen, daß seine Herden in vollem Umfang auf die Weiden der Allmenden durften, während den anderen Familien die Rechte ausliefen. Und dann gelang es schließlich noch, die herrschaftliche Stellung *auf* dem Territorium in exklusives Eigentum *an* dem Territorium zu transformieren⁶⁴³. Die genossenschaftlichen Genußgemeinschaften waren zerstört und die dauerhafte wirtschaftliche Ausbeutung der Unterklasse eingerichtet, weil nun eine wachsende Zahl von Personen, besonders der nachwachsenden Generation, von ihren Existenzmitteln abgetrennt war und in fremde Dienste treten mußte, um zu überleben. Die wirtschaftliche Abhängigkeit und Ausbeutbarkeit weiter Personenkreise durch eine Oberschicht ist aber das Wesensmerkmal des Kapitalismus⁶⁴⁴, so wie beides zu dem Begriff der Herrschaft im ursprünglichen Sinne sozialgeschichtlicher Bedeutung gehört. Man hat diese Verhältnisse im Laufe der Zeit legalisiert, legitimiert, rationalisiert, charismatisiert und was auch immer noch im Zusammenhang mit dem Begriff der Herrschaft als Rechtfertigungsgrund angeführt wurde. Aber eigentlich geht es nur um das eine, nämlich die Unterscheidung zweier gegensätzlicher Sozialbeziehungen:

- a) „Herrschaft soll heißen eine Beziehung *sozialer Klassen*, d. h. eine auf Dauer gemeinte Beziehung zwischen *Rechtsungleichen*, einer Herrenklasse oben und einer Unterklasse unten. Sie ist eine »legitime Ordnung«, die »Geltung« besitzt. Diese Ordnung ist im positiven Recht und der Verfassung gesetzt und durch die Machtmittel der Herrenklasse (weltliche und bald sehr mächtige geistliche) »garantiert«.⁶⁴⁵
- b) „Genossenschaft ist die zum Handeln verbündete Gemeinschaft oder noch besser, denn das gehört zum Begriff: die Gemeinschaft, insofern sie handelt. Darum ist sie ihrem Begriffe nach ein Verband von *Gleichen*, von »Personen gleicher Würde«. (...) Der Führer in der Genossenschaft ist seinem ursprünglichen Sinne nach nichts als der *primus inter pares*, ein Beamter der Genossen, von ihnen zu praktischen Zwecken berufen und nur solange beamtet, wie die praktische Notwendigkeit besteht, und vor allem absetzbar, sobald er ihr Vertrauen nicht mehr genießt.«⁶⁴⁶

⁶⁴³ FRANZ OPPENHEIMER: *System IV, Geschichte*, S. 1089.

⁶⁴⁴ FRANZ OPPENHEIMER: *System III, Theorie*, S. 1119.

⁶⁴⁵ FRANZ OPPENHEIMER: *System I, Soziologie*, S. 374.

⁶⁴⁶ FRANZ OPPENHEIMER: *System I, Soziologie*, S. 370 f.

4.1.2. Die Herrschaft und ihr Kampf gegen die Freiheit

„Wie sehr Herrschaft und Genossenschaft Gegensätze sind, erkennt man am klarsten aus der Tatsache, daß überall, wo Herrschaft aufkommt, sie sofort alle Genossenschaft zu unterdrücken trachtet: ich habe einmal die Koalitionsverbote als die »Charakterpflanze der Klassenherrschaft« bezeichnen dürfen. KARL DER GROBE und seine Nachfolger verboten nicht nur bloß diejenigen Verbände, und namentlich Schwurgenossenschaften (Gilden), welche geradezu ungesetzliche Zwecke verfolgten, bedrohten sie mit Geißelhieben, Aufschlitzen der Nase, Verbannung und ähnlichen Strafen, sondern auch diejenigen, deren Aufgabe der Schutz gegen Raub und andere Gewalttätigkeiten war. Nur zu gegenseitiger Unterstützung bei Brand und Schiffbruch u. dgl. wurden sie geduldet, und auch da nicht mit eidlicher Verpflichtung der Mitglieder.«⁶⁴⁷

Dasselbe Bild im 12. Jahrhundert, von dem Augenblick an, wo in den Städten das Patriziat zur Klassenherrschaft gelangt war: Die Handwerker hatten sich zu Verbänden der verschiedensten Art, religiöser, geselliger, wirtschaftsgenossenschaftlicher Natur, zusammengeschlossen; vielleicht trugen sie das Haupt im Bewußtsein ihrer durch Einigkeit erworbenen Macht schon höher, vielleicht flogen einmal trotzig Worte: jedenfalls wurde das Patriziat nervös und suchte sich für polizeiliche Unterdrückung einen neuen Rechtboden zu schaffen, indem es sich an die Reichsgewalt wendete. Schon 1131 und 1157 richteten sich kaiserliche Edikte gegen die *conjuraciones* und *Zusammenkünfte*; 1161 schärft Pfalzgraf HEINRICH als Obervoigt der Trierschen Kirche das Verbot wieder ein. 1219 verbietet FRIEDRICH II. die Zünfte in Goslar und 1232 für das ganze Reich; nach dem Interregnum ist es eine der ersten Maßregeln RUDOLFS VON HABSBURG (1278), die Zunftverbote zu erneuern. Die Landesherren bleiben nicht zurück: so z. B. vernichtete Bischof HEINRICH VON WORMS 1233 die Zünfte mit Gewalt.⁶⁴⁸

Trotzdem kamen die Zünfte allmählich zur Herrschaft oder doch wenigstens zur Mitherrschaft in den Städten. Und in dem Augenblick, wo - im Laufe des 14. Jahrhunderts - sich unter ihnen eine neue Klasse, die der Gesellen, bildet, entbrennt der Kampf aufs neue, bildet sich unten die Genossenschaft; und sofort versucht die Herrschaft oben, jetzt sind es die Zünfte, die diese Rolle spielen, das feindliche Prinzip durch das Koalitionsverbot zu unterdrücken. Schon 1400 fangen die Elsässer Schmiede ihre Gesellen ein und zwingen sie, ihrer Bruderschaft abzuschwören. 1407 wird die Organisation der Schuhknechte in Konstanz, 1426 die der Kürschner in Straßburg verboten, und diese polizeilichen Maßnahmen werden später noch von Reichs- und Staatspolizei übernommen, jahrhundertlang ohne jeden Erfolg.⁶⁴⁹

⁶⁴⁷ Querverweis im Text auf LUJO BRENTANO: *Die Arbeitergilden der Gegenwart*, Bd. I, Leipzig 1871, S. 10 und KARL THEODOR VON INAMA-STERNEGG: *Deutsche Wirtschaftsgeschichte*, Bd. I, Leipzig 1879, S. 263. Der angeführte Abschnitt ist ein geringfügig verändertes Selbstzitat aus FRANZ OPPENHEIMER: *Großgrundeigentum*, S. 253.

⁶⁴⁸ Querverweis im Text auf W. STIEDA: Art. »Zunft« im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Bd. VI, S. 882 und HÜLLMANN: *Geschichte des Ursprungs der Stände in Deutschland*, Berlin 1830, S. 589. Der Abschnitt ist ein ergänztes Selbstzitat aus FRANZ OPPENHEIMER: *Großgrundeigentum*, S. 319.

⁶⁴⁹ Querverweis im Text auf BR. SCHÖNLANK: *Soziale Kämpfe vor 300 Jahren. Altnürnbergische Studien*. Leipzig 1894, S. 13. Der letzte Teil des Abschnittes ist ein Selbstzitat aus FRANZ OPPENHEIMER: *Großgrundeigentum*, S. 457.

Und wieder kommt einige Jahrhunderte später eine neue Klasse in die Höhe, die der Kapitalisten; die Proletarier unten versuchen, durch Koalition den Druck abzuwehren: und sofort erscheint wieder die Charakterpflanze der Klassenherrschaft, das Koalitionsverbot, gerichtet dieses Mal gegen die neue Form der kämpfenden Einung, die Gewerkschaft. Hier dürfen wir uns Belege ersparen: die Tatsachen sind in jedermanns Besitz.“⁶⁵⁰

Was Herrschaft ist und was sie will, das läßt sich noch mit wenigen Zügen aus der Geschichte illustrieren. Doch daraus folgert keineswegs Klarheit im Sinne eines allgemeinen Verstehens. Denn der Legitimus⁶⁵¹, mit dem die herrschenden Klassen ihr »Recht« auf die Herrschaftsausübung kaschieren, geht ja stets als »herrschende Meinung« mit der Herrschaft parallel.

„Denn wenn eine Lehre die Menschen hinreißt, so liegt das weniger an den Sophismen, mit denen sie operiert, als an den Versprechungen, die sie ihnen macht (...). Ein System gefällt uns nicht, weil wir es für wahr halten, sondern wir halten es für wahr, weil es uns gefällt.“⁶⁵²

„Die Herrengruppe, die ja Mut und Kriegstüchtigkeit als die einzigen Tugenden des Mannes anerkennt, erklärt sich selbst als die Sieger - und von ihrem Standpunkt aus ganz mit Recht - als die bessere, tüchtigere »Rasse«: eine Anschauung, die sich verstärken muß in dem Maße, wie die Unterklasse bei harter Arbeit, schmaler Kost und schlechter entwürdigender Behandlung leiblich und seelisch herunterkommt. (...)

Da nun ferner der Stammesgott der Herrenklasse in der neuen, durch Verschmelzung entstandenen Staatsreligion zum Obergott geworden ist, so erklärt die Herrengruppe - und wieder von ihrem Standpunkt aus ganz mit Recht -, die Klassen- und Staatsordnung für gottgewollt, für »Tabu«. (...) »Indem nun aber die ... herrschende Klasse sich mit der Staatsgewalt identifiziert, nimmt dieselbe ... in ganz natürlicher Weise alsbald jene Idee der Heiligkeit, Unverletzlichkeit, Göttlichkeit des Staates für sich, ... für ihr gesellschaftliches Recht in Anspruch.«⁶⁵³

Durch einfache logische Umkehrung erscheint der Oberklasse auf der anderen Seite die unterworfenen Gruppe als solche schlechterer Rasse, als störrisch, tückisch, träge und feige und ganz und gar nicht fähig, sich selbst zu regieren und zu verteidigen: das war, wie SISMONDI berichtet⁶⁵⁴, und ist wahrscheinlich noch immer, die Ansicht vieler Engländer von den Iren, der deutschen Junker von den Polen; und die berühmte Feldwebelwendung: »Die Leute würden sich ohne uns auffressen« findet sich in größerem

oder feinerem Wortlaut überall in der Literatur, in Anwendung auf niedere Stände und unterworfenen Völker aller Rassen.

Ferner erscheint der Herrenklasse ebenfalls durch einfache Umkehrung jede Auflehnung gegen die Herrschaft als Empörung gegen Gott und sein Sittengesetz. Darum steht die Herrengruppe überall in enger Verbindung mit der Priesterschaft, die sich, wenigstens in allen leitenden Stellungen, fast immer aus ihren Söhnen rekrutiert und an allen ihren Rechten und Privilegien ihren Anteil hat.“⁶⁵⁵

Aus dieser freiheitsfeindlichen Einstellung heraus erklärt sich der elitäre Klassenchauvinismus, der bereits von THÜNEN dargelegt wurde:

„Die Besitzenden sagen, wie v. THÜNEN bemerkt, gewissermaßen mit der Muttermilch die Ansicht ein, als sei der Arbeiter von der Natur selbst zum Lastträger bestimmt, als käme ihm für seine Anstrengung nur die Fristung des Daseins zu. Die Unternehmer und Brotherren betrachteten das Ringen und Streben der Arbeiter- und Dienstbotenkreise nach einem besseren Lose als eine ungerechte Anmaßung, die auf jede Weise und aus allen Kräften bekämpft werden müsse. »Niemals aber ist der Mensch entschiedener und beharrlicher im Unrechthandeln, als wenn er durch einen Verstandesirrtum das Unrechte für das Rechte ansieht, und es dann für Pflicht hält, dasselbe mit allen Kräften aufrecht zu erhalten und durchzuführen.«“⁶⁵⁶

Im Lichte der Grenzenlosigkeit dieses Chauvinismus wird die letzte Diktatur auf deutschem Boden verstehbar, wie auch die wirkliche Gefahr für die Demokratie Gestalt bekommt: Sie besteht in dem Risiko des *Gebrauches* des Staates und seiner Machtmittel durch eine herrschende gesellschaftliche Klasse, die dem »Recht auf Ausbeutung« ohne jegliche moralische Bindung gegenüber jenen nachgeht, die ihr »natürlich« unterlegen scheinen und es obendrein versteht, ihre Abwählbarkeit in dem zu Gutem und Bösem verwendbaren Zwangssystem »Staat« durch subtile Mittel physischer und psychischer Gewalt zu verhindern. Nicht daß ein Volk sich irreführen läßt und bei entsprechender Propaganda anlässlich einer Wahl einem Diktator zustimmen kann, ist das Diktaturproblem, sondern daß eine repräsentative Demokratie jederzeit »besetzt« werden kann durch eine entsprechend hoch motivierte und mit Mitteln ausgestattete Gruppe, die dann, wenn ihr der Coup gelungen ist, in dem Staat auf ein Geflecht von Unterlegenheiten, Abhängigkeiten, Schlüsselpositionen und vorgefertigten Gewaltmonopolen trifft, mittels derer sich die gesamte Gesellschaft beherrschen läßt.

4.1.3. Die praktische Konsequenz der soziologischen Disjunktion

Man kann die *Auswirkungen der Herrschaft* auf einzelne Personen diskutieren und dann mit Recht sagen, daß die Herrschaft bei angebbaren Personen Gehorsam erzwingt oder, wie MAX WEBER meinte: „Herrschaft soll heißen die Chance, für ei-

⁶⁵⁰ Das Gesamtzitat stammt aus FRANZ OPPENHEIMER, *System I, Soziologie*, S. 368 f. Die oben angegebenen Passagen im »Großgrundeigentum« sind weiterführend.

⁶⁵¹ Unter »Legitimus« wird hier jene Rechtfertigungsstrategie eines Herrschers oder einer herrschenden Klasse verstanden, die sich nicht auf die Legalität eines erteilten Auftrages stützt (z. B. eine Wahl), sondern einfach nur bestehende Herrschaftsverhältnisse rechtfertigt, einerlei ob man sich dabei auf das »Recht des Stärkeren«, ein »Naturrecht«, »Gottesrecht«, »Geburtsrecht« oder »Gewohnheitsrecht« beruft.

⁶⁵² TAINE zitiert nach GEORG ADLER: *Die Zukunft der sozialen Frage*, Jena 1901, S. 49. In: FRANZ OPPENHEIMER: *System II, Der Staat*, S. 334.

⁶⁵³ Zitat im Text von LORENZ VON STEIN: *Geschichte der sozialen Bewegung in Frankreich von 1789 bis auf unsere Tage*. Bd. 1, München 1921, S. 61.

⁶⁵⁴ Querverweis im Text auf J. C. L. SIMON DE SISMONDI: *Nouveaux Etudes sur l'économie politique*, Bd. 1, Paris 1837, S. 247.

⁶⁵⁵ FRANZ OPPENHEIMER: *System II, Der Staat*, S. 335 f.

⁶⁵⁶ HEINRICH HERKNER: *Die Arbeiterfrage und Socialreform*, 8. Aufl., Berlin 1922, S. 18. Quelle nach HERKNER: JOHANN HEINRICH VON THÜNEN: *Der isolierte Staat*. Bd. 2, Berlin 1875, S. 48 f. In der von mir verwendeten Auflage auf S. 445 bzw. Bd. 2, S. 46.

nen Befehl bestimmten Inhaltes bei angebbaren Personen Gehorsam zu finden; ...“
Aber: Diese Definition mag uns wohl *verstehen* lassen, warum *Personen* Gehorsam leisten - nämlich weil sie unter dem Druck der Herrschaft stehen -, sie sagt uns jedoch noch nichts über die *soziologische* Struktur der Herrschaft.

Als der Soziologie zugehörig kann ein Begriff und seine Deutung dann aufgefaßt werden, wenn damit vor allem eine Aussage über das Wesen und Funktionieren menschlicher Gesellschaften gemacht wird, also über *Aggregationen*, denen der einzelne Mensch als Teil zugehört. Wollten wir eine Psychologie autonomer Subjekte betreiben, dann könnten wir uns sicherlich dafür interessieren, aufgrund welcher psychischen Verarbeitung einer Situation der eine Mensch Befehle gibt und der andere Mensch gehorcht. Da die Chance, mit einem Befehl Gehorsam zu erwirken, nicht auf Gewalt beruht, wenn jemand einem Rat aus freiem Entschluß folgt, und somit eine frei gewählte Gefolgschaft nicht der Situation der Herrschaft und dem Begriff der »Befehlsgewalt« entspricht, muß der Gehorsam von der Gefolgschaft unterschieden werden wie auch die Herrschaft von der Führung.

Nehmen wir weiter an, daß ein Mensch den anderen nicht überzeugen kann, aber der andere Mensch dennoch gehorcht. Warum schlägt der so zu einer Handlung entgegen der eigenen Überzeugung Gezwungene seinen Befehlsgeber nicht einfach tot oder kehrt ihm desinteressiert den Rücken zu? Weil der Befehlsgeber über ein zusätzliches Instrumentarium verfügt als dem der Überzeugungskraft, das ihn gegenüber dem Befehlsempfänger überlegen macht. Diese Gruppe der Machtmittel tritt bei dem Begriff der Herrschaft als zusätzliches Faktum gegenüber der Führung hinzu, und zwar, was bedeutend ist, in der Form einer *klassenmäßigen Monopolisierung*.

Die klassenmäßig monopolisierten Machtmittel und die Geschlossenheit der Klasse selbst, die zu diesen Mitteln Zugang hat, ist für das Problem des Verstehens von Herrschaft und deren Negation weit bedeutsamer als der einzelne Akt einer Herrschaftsausübung des einen über den anderen Menschen. Denn nur die Einigkeit und der Schutz seiner Klassengenossen gibt dem Herrschenden die Sicherheit der Durchsetzung seiner Interessen und läßt den Unterlegenen wissen, daß es kein Entkommen gibt. Die Sklaverei Amerikas ging einher mit der Absprache aller Weißen, entflozene Sklaven aufzuspüren, zurückzubringen und zu strafen. Da mochte ein Versklavter in die Freiheit fliehen und konnte doch nirgends Freiheit finden, weil ihm die Weißen als Klasse geschlossen gegenüberstanden und auch in ihren eigenen Reihen jeden strafen, der die Geschlossenheit durchbrach.

Wenn der Forscher einen Menschen Folge leisten sieht, dann sieht er es diesem Menschen nicht »objektiv« an, ob er nun aus eigenem Antrieb freiwillige Gefolgschaft leistet oder ob er aus der Unterwerfung heraus gehorcht. Zeigt hingegen eine Untersuchung der Verteilung der Machtmittel und der Geschlossenheit der Klasse das Ergebnis, daß die Machtmittel gleichverteilt sind und die Personen frei nach ihrer Befähigung an die Anforderung wechselnder Situationen gebunden von der Gruppe der Anführenden in die Gruppe der Folgenden wechseln (und natürlich auch umgekehrt), dann kann nur Gefolgschaft Grund des Folge-leistens sein. Das

Fehlen einseitig interessierter Durchsetzungsmacht wie das Vorhandensein von Ausweichmöglichkeiten eines Angegriffenen zeigen an, daß Herrschaftsabsichten nicht durchsetzbar wären und somit Herrschaft auch nicht vorliegen kann.

Diese Erkenntnis ist wichtig, damit der Vorwurf, man werde unterdrückt, nicht umgekehrt ins Uferlose übersteigert werden kann. Denn natürlich kann man sich in Gruppen aus prinzipieller Ablehnung jeglicher Herrschaft Regeln ausdenken, die nicht alleine die Herrschaft angreifen, sondern ebenso jede ordnende Führungswahl. Wer von Herrschaft in einem konkreten Fall spricht, sollte deswegen bemüht sein, diejenigen Mittel zu benennen, die der beschuldigte Herrscher als Mitglied einer sozialen Klasse mit Unterstützung oder Billigung seiner Klassengenossen zum Einsatz bringt, um sich durch Unterdrückung oder Aneignung Vorteile zu Lasten anderer zu verschaffen. Solche Kategorien wird man heute etwa diskutieren können anhand der Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehung wie auch zwischen den Geschlechtern. Indem man die Herrschaft aber auf den geforderten Strukturbegriff bringt, wird auch deutlich, was es jeweils im Sinne einer höheren Gerechtigkeit oder einer Annäherung der Klassen zu verändern gilt. Ganz allgemein wird man annehmen dürfen, daß die Möglichkeit von Herrschaft dort am geringsten ist, wo die Wahlfreiheit zwischen verschiedenen Alternativen am größten ist. Denn wo der Drang nach Freiheit auf entsprechende Freiheitsgrade in den Strukturen trifft, da wird die verändernde Bewegung zugunsten der Unterdrückten nicht ausbleiben.

4.2. Das Genossenschaftswesen im Post-Totalitarismus

Die Idee der Genossenschaft beruht auf der Idee persönlicher Freiheit im Rahmen einer Schutz- oder Kooperationsgemeinschaft gegen äußeren Druck. Deichbaugenossenschaften wehren sich mit vereinten Kräften gegen die Naturgewalt der Sturmfluten, andere Genossenschaften bilden sich als Abwehrmaßnahme gegen herrschaftliche Übermachtverhältnisse. Aber auch die Organisation einer auf Zuneigung und Gerechtigkeit bauenden Lebensgemeinschaft hätte ohne jeglichen Existenzdruck von außen als »Liebesgemeinschaft« ihre Form, die gewiß nicht dem Modell der Herrschaft gleichen würde, sondern dem der Genossenschaft.

Von daher muß der Begriff »Genossenschaft« über die *Achtung* definiert werden, die sich die Genossen wechselseitig entgegenbringen und ebenso über die *Freiheit*, deren Schutz ihnen ganz allgemein ein Anliegen ist, weil darüber die Entwicklungschancen eines jeden Mitgliedes der Gruppe und die Qualität der Genossenschaft als solche bestimmt werden.

Nun gibt es aber in diesem Zusammenhang auch Gefahren. OPPENHEIMER verwies auf die Möglichkeit von Raub- und Herrschaftsgenossenschaften, die nach innen wohl genossenschaftliche Prinzipien pflegen, aber sich in keiner anderen Absicht zusammenrotten, als den Außenstehenden zu übervorteilen. Man denke hier etwa an die Kartelle, die in der Absicht errichtet werden, die Freiheit des Marktes und damit den Wettbewerbsdruck aufzuheben, damit gegenüber dem Kunden hö-

here Preise oder schlechtere Qualitäten durchgesetzt werden können, als bei voll wirkendem Wettbewerbsdruck möglich wäre. Von außen betrachtet erscheinen Kartelle und Genossenschaften zum Verwechseln ähnlich, sind doch beides Zusammenschlüsse, die ihren Mitgliedern nützen und damit zwangsläufig einem anderen etwas nehmen. Und was soll man damit anfangen, wenn zusätzlich klar ist, daß Kartelle Angriffsinstrumente einer ausbeutenden Klasse und Genossenschaften Abwehrinstrumente einer ausgebeuteten Klasse sind? Selbst wenn man mit diesem Bewußtsein richtig läge, hätte man doch noch kein schlüssiges Argument, über das sich die Unzulässigkeit des Kartells begründen ließe, ohne die Zulässigkeit der Genossenschaft gleichzeitig mit anzugreifen. (Der herrschenden Klasse ist es natürlich immer recht, die Genossenschaft *mit* dem Kartell zu verbieten, weil sie ihre Kartellierungen im Schutze der Nichtanwendung von Gesetzen etc. sowieso weitreichend realisieren kann.)

Man kann den Vorgang der Assoziation nicht losgelöst sehen von dem, wozu er dient. Mit organisatorischen Instrumentarien verhält es sich also ähnlich wie mit allen Instrumenten, die mal heilen und mal zerstören, nutzen oder schaden können, je nachdem, in welcher Absicht sie verwendet werden. Und da das Resultat der Assoziation »Macht« ist⁶⁵⁷, kann sie sowohl der Überwältigung anderer dienen als auch dem Selbstschutz oder dem Schutz von Freiheit und Gerechtigkeit in einem geordneten, ethisch hochstehenden Rahmen.

Das Problem einer weiteren Diskussion liegt nun darin, daß sie ohne die ethische Dimension nicht geführt werden kann⁶⁵⁸. OPPENHEIMER setzt an diese Stelle wohl die universale Gültigkeit des kategorischen Imperativs KANTS ein. Gleichzeitig aber wird der Legitimus unter Berufung auf dieses Prinzip unterschiedliche Ideologien und Rechtsstandpunkte hervorbringen, die jeweils das Interesse des Sprechers verteidigen. So wird man beispielsweise niemals »beweisen« können, daß es »Unrecht« sei, wenn eine Minderheit eine Mehrheit beherrscht. Man mag persönlich entsprechenden Ansichten zuneigen, aber dem stehen dann eben die Ansichten der anders interessierten Seite entgegen⁶⁵⁹. Der Aufwand des notwendigen Exkur-

⁶⁵⁷ Siehe hierzu ganz grundlegend HEINRICH POPITZ: Prozesse der Machtbildung. Tübingen 1969.

⁶⁵⁸ Eine Vertiefung dieses Zweiges der Diskussion verspricht die Arbeit von BERNHARD VOGT, die soeben als Dissertation eingereicht wurde und voraussichtlich unter dem Titel »Wirtschaft, Wissenschaft und Ethik. Franz Oppenheimers liberaler Sozialismus. Bodenheim 1997« veröffentlicht wird.

⁶⁵⁹ Die Vorstellung, daß es eine müßige, denkende oder regierende Klasse geben müsse, die über dem Volk stehe, war bereits bei den Physiokraten vollkommen ausgebildet: „Für sie ist die »classe noble« als die »classe disponible« des Königs, aus der er die Richter und sonstigen Beamten und die Heerführer und Offiziere entnehmen kann, eine unbedingte Voraussetzung des gesunden Staatslebens; diese Vorstellung ist dann in den Gedankenkreis der Großbourgeoisie übergegangen. SISMONDI, der Genfer Patrizier, schreibt, die Reichen hätten zwei Prägative, deren Vorteile sich der ganzen Gesellschaft bemerkbar machen: »Die eine besteht darin, ihre Muße zur Ausbildung ihres Geistes, die andere darin, ihren Überfluß zur Linderung des Unglücks nutzbar zu machen; ohne sie müßte jede Nation schnell in Unwissenheit, Barbarei und Selbstsucht verfallen« (Fußnote im Text: SISMONDI, Etudes sur l'Economie politique, S. 9 f; vgl. auch S. 174 f, wo die Reichen als die notwendigen *Konsumenten* des geistigen Reichtums erscheinen.). Die Frage, ob die

ses bis hinunter zu den bei beiden Parteien gleichermaßen gültigen ethischen Grundsätzen, wäre so immens, daß er im Alltag nicht geleistet werden könnte und m. E. von daher für den Alltag auch kein Gewicht erhält. Dort wird jeder weiter glauben, was dem eigenen Interesse entspricht und widersprechende Argumentationsansätze einem »feindlichen Lager« zuordnen, das es zu bekämpfen gilt, weil es dem Interesse widerspricht. Also hat es die Ethik zwischen Kartell und Genossenschaft, Raub- und Schutzgenossenschaft schwer zum Zuge zu kommen, wenn gleich es mit dem kategorischen Imperativ durchaus einen Standpunkt gibt, von dem aus auch dieses Problem für einen »neutralen Beobachter« entscheidbar wäre.

Verbleiben wir deswegen im Soziologischen und wenden lediglich an, was die Klärung des Begriffs der Herrschaft erbracht hat. Dann scheiden sich Angriffs- von Abwehrgenossenschaften dadurch, daß die Abwehrgenossenschaft prinzipiell offen ist, *jedem* die Vorteile zu gewähren, die sich einstellen, wenn man ihrem Bündnis beiträgt. Abwehrgenossenschaften werden idealtypisch gesehen nicht nur mit jedem zutretenden Mitglied stärker; ihnen fehlt die Definition eines Ausbeutungsobjektes, das daran gehindert wird, sich derselben Satzung zu unterstellen und zu gleichen Teilen (bzw. als Rechtsgleiche) die Vorteile der Assoziation zu genießen. Angriffsgenossenschaften hingegen profitieren davon, daß sie als kleine Gruppen große Gruppen beherrschen. Der von ihnen ausgeübte Zwang »rechnet« sich nur über eine »elitäre« Position oder den Ausschluß der Allgemeinheit. Die so Motivierten wollen nicht *mit* der Allgemeinheit, sondern *von* ihr einen Nutzen ziehen, weswegen die Allgemeinheit ausgeschlossen oder abgedrängt werden muß von den Mechanismen, über die sich der Nutzen verteilt.

Die Offenheit der Genossenschaft für Außenstehende war deswegen in der Genossenschaftsbewegung ein wichtiges Prinzip. In gewisser Weise diente es »sozialistischen« Zielsetzungen, wie darüber die Freiheit und Gleichheit aller Wirtschaftspersonen auf dem Markt sichergestellt werden sollte bzw. man den Nachteilen entgegentrat, die man als unterdrückte Klasse ohne diese Organisation bis dahin hinzunehmen hatte. Es hätte in diese soziale Bewegung nicht hineingepaßt, wären einzelne in ihr aufgestanden, um die Emanzipation anderer zu verhindern. Das gilt bezeichnenderweise auch für die Emanzipationsbewegung der Frauen, die in den alten Genossenschaften weit selbstverständlicher zu ihrem Recht kam als in anderen gesellschaftlichen Zusammenhängen.

Diese weitere Unterscheidung der genossenschaftlichen Befreiungsbewegung von dem einfachen Wirtschaftskartell war als Vorbemerkung notwendig, weil ge-

Existenz des Reichtums nicht etwa irgendwie mit der Armut und der Unwissenheit zusammenhängt, stellt sich, im Banne der von uns widerlegten Täuschung, nicht einmal dieser ebenso feingebildete wie volksfreundliche Denker. Da wird man sich nicht wundern, wenn Köpfe viel geringeren Ranges, z. B. ein TREITSCHKE, dieselbe Melodie aufspielen, so oft sich die Gelegenheit dazu bietet: »Wir kommen zu der Erkenntnis, daß die Millionen ackern, schmieden und hobeln müssen, damit einige Tausend forschen, malen und dichten können. Das klingt hart, aber es ist wahr und wird in alle Zukunft wahr bleiben« (Fußnote im Text: TREITSCHKE, Politik I, S. 51.).“ FRANZ OPPENHEIMER, *System II, Der Staat*, S. 336 f.

nau diese Befreiungsbewegung nach der Regel des »Kampfes der Herrschaft gegen die Freiheit« angegriffen wurde durch den Faschismus, der nicht minder behauptete, »Gemeinschaft« zu sein. Der Faschismus arbeitete in Italien, Deutschland und Spanien mit Ansprüchen und Symbolen, die eine klassenüberwindende »Volksgemeinschaft« behaupteten. Was sich hinter diesem Schein verbergen konnte, das sahen die meisten erst viel zu spät und wollten es vermutlich auch dann noch nicht glauben.

4.2.1. Das Herrschaftsprogramm »Faschismus«

Der Staat und sein bürokratischer Mechanismus der Herrschaftsausübung ist ein *Kunstprodukt*, das ursprünglich erfunden wurde, um ein unterworfenen Volk dauerhaft zu bewirtschaften. Dieses Kunstprodukt unterscheidet sich an einem wichtigen Punkt von den Gemeinschaften, ohne daß die Menschen, für die der Staat an die Stelle der Gemeinschaft tritt, nachdem die Gemeinschaften untergingen, den Unterschied immer klar sehen.

Der Mechanismus »Staat« soll dem Herrscher bzw. Souverän dienen, weswegen der bürokratische Mechanismus meinungslos reproduzierbar exakt *funktionieren* soll. »Ethik«, »Sinn« und »Zweck« werden an der Spitze herrschaftlicher Hierarchie definiert und sind von daher nicht nur rechtsetzend für den bürokratischen Apparat, sondern auch unabhängig von den Unterworfenen selbst. (Die repräsentative Demokratie hat hier erstmals eine Rückkoppelung an den Willen des Volkes angelegt, wobei Demokratietheoretiker Schwäche und inhaltliche Unbestimmtheit kritisieren.)

Daß es bei dieser Anlage des Staates immer wieder zu Tyrannen gekommen ist, die im Volke zur Herausbildung einer Gegenbewegung führte, das ist aus der Geschichte bekannt. Interessant ist jedoch, warum die Völker überhaupt ein großes Maß an Unterdrückung hinnehmen, bevor der Punkt zur Gegenwehr erreicht wird. Und das wiederum liegt an der Täuschung, mit der sich Herrschaftssysteme als Gemeinschaftsorganisationen ausgeben können. Indem sie nämlich gerade die freie Wahl und freie Assoziation unterdrücken, lassen sie in den Grenzen ihres Herrschaftsgebietes keine andere Organisationsform als die der Herrschaft zu. Und da der Mensch in komplexeren Zusammenhängen der Organisation bedarf, wie die Wirtschaft des Geldes zur Abwicklung ihrer Tauschakte, fügt sich der einzelne in das Vorgegebene und sucht nach den Möglichkeiten individueller Ausgestaltung.

Der Unterschied von »Staat« und »Gemeinschaft« liegt in folgendem: In Gemeinschaften begegnen sich alle Personen regelmäßig *persönlich*, sind auf lange Zeit hinweg miteinander *verbunden*, machen ihr eigenes Verhalten von dem Verhalten des anderen *abhängig*, können somit das Verhalten des anderen positiv oder negativ *sanktionieren* und darüber in gewissen Grenzen *beeinflussen*, sind *wechselseitig interessiert* an bestimmtem Verhalten oder Leistungen, leben insofern in *wechselseitigen Abhängigkeiten* und aktualisieren ihre *Sozialbeziehungen* entspre-

chend der Erfordernisse und Bedürfnisse, die in diesen Geflechten aufkommen. Es wäre einem einzelnen völlig unmöglich, gänzlich ohne Rücksicht auf die ihn umgebenden Personen zu agieren. Ob nun in Unternehmen, Vereinen, Familien oder sonstigen Zusammenschlüssen, bei denen die direkte Interaktion das Geschehen bestimmt, immer gibt es bei aller Hierarchie auch eine verpflichtende Bindung zwischen den Stufen. Die Beziehungen sind auf dieser Grundlage »berechenbar« bzw. haben eine eigene »Rechtsgrundlage«, die asymmetrisch und von einem bestimmten Standpunkt aus betrachtet »ungerecht« sein kann, aber dennoch nicht willkürlich ist.

Diese relative Gebundenheit und »Gerechtigkeit« kennzeichnet unsere Lebensgewohnheit, und in diesen kooperativen Geflechten entwickeln wir unsere Kooperationsregeln und Moral. Man mag gegenüber der Qualität dieser Normalitätsvorstellungen Vorbehalte haben und an ihrer Weiterentwicklung arbeiten, doch in dem Rahmen, in dem wir überhaupt an Verbindungen untereinander interessiert sind und in entsprechenden Zusammenhängen leben, passiert eines in der Regel nicht, nämlich daß wir einander ohne Regung des Gewissens Güter, Freiheit und Leben nehmen. Es mag Übergriffe in gewissen Grenzen geben, aber sie gehen immer mit einem Wissen oder zumindest einer Ahnung verletzten Rechts einher und sind deswegen grundsätzlich korrigierbar.

In der Situation der Herrschaft ist der Herrschende von dieser Rückbindung entkoppelt. Ein System einseitiger Sanktionsmöglichkeit fordert von oben nach unten Gehorsam und Tribute. Der Unterworfenen soll ohne Abwehrmöglichkeit sein, das ist der Zweck des herrschaftsdienlichen Systems. Hier bestimmen die Handlungen nicht die persönlichen Bindungen, sondern Regeln. Von daher sind Systeme »Aktionshüllen«, denen keine Moral innewohnt, sondern die allenfalls nach einer Moral ausgerichtet werden. Genausogut kann das Instrument aber auch für die Ausrichtung einer Diktatur benutzt werden.

Das einzige wirkliche Problem der Diktatoren bei der Benutzung des Staatsinstrumentes ist ihre Minderheitenposition. Würde ein unterdrücktes Volk seine Lage zum Anlaß einer Vereinigung und eines Aufstandes nehmen, dann könnte keine Herrschaft der Welt sich halten. Damit das aber nicht passiert, heißt es seit altersher »divide et impera«, teile und herrsche. „Säe Zwietracht, stifte Unfrieden unter deinen Gegnern durch unterschiedliche Behandlung, um sie einzeln leichter beherrschen zu können.“⁶⁶⁰

Mit der Vereinigung der unterdrückten Massen zu einer proletarischen Bewegung, die mit einem Bewußtsein ihrer Stärke öffentlich auftrat und die herrschende Klasse in Staat und Wirtschaft mit dem erklärten Ziel einer Revolution der Ausbeutung bezichtigte, zerfiel das Gebäude herrschaftlicher Ideologie, das nur solange

⁶⁶⁰ Duden, Bd. 5, Das Fremdwörterbuch, Stichwort »divide et impera!«, Mannheim 1982, S. 194.

stabil ist, wie die Massen an die Legitimität der Herrschaft glauben⁶⁶¹ oder zumindest keine Alternative sehen.

Aus heutiger Sicht ist wohl klar, daß die »proletarischen Revolutionen« der real aufgetretenen Art weniger zur Befreiung der Massen beitragen, als die kontinuierliche Überführung des kapitalistischen Klassenstaates in einen demokratischen Rechtsstaat und eine Soziale Marktwirtschaft leisten konnte. Von daher entpuppte sich die damals massenhaft gedachte »Alternative« als irrig, vor allem weil sie ihr Heil in einer weitgehenden Beschneidung ökonomischer und staatsbürgerlicher Freiheiten suchte. Aber zum Zeitpunkt der Auseinandersetzungen zwischen 1918 und 1933 wußte man über die Zukunft nur wenig (die theoretisch begründeten Überlegungen von Einzelpersonen einmal ausgenommen).

In der damaligen Situation war auch weniger entscheidend, daß der herrschenden Auffassung ein richtig durchdachtes Modell entgegengesetzt würde. Ein besseres Modell wäre gut gewesen und hätte viel Leiden erspart. Konkret entscheidend wurde aber vielmehr, daß die herrschaftliche Ideologie ihre Akzeptanz verlor und von den Massen fortan nicht mehr geglaubt wurde. Die konkurrierende Idee der Sozialdemokratie, der Kommunisten, der Gewerkschaften und auch der Genossenschaften brach insofern die Verhältnisse um, wie eine Neufestlegung der »Gemeinschafts«-Grenze stattfand. Die Innen-Definition umfaßte all jene, die in gleicher Klassenlage »brüderlich geeint« als Rechtsgleiche zueinander standen. Und jene, die sich bis dahin als »natürliche« Herren aufgespielt hatten, sie wurden nunmehr sozial ausgegrenzt und galten als »Gegner«.

Die Folgen der proletarischen Gegenideologie waren für die herrschende Klasse fatal. Für die Unternehmer bzw. fortan »Kapitalisten« ging die Neuinterpretation der Verhältnisse mit einem nachhaltigen Prestigeverlust einher, was für Menschen, die ganz allgemein nach sozialer Hochgeltung streben, immer unangenehm ist. Sie verloren aber auch an »natürlicher Autorität« bzw. Anerkennung ihrer Sachkompetenz bei Weisungen und wurden durch die sich verweigernde Arbeiterschaft immer stärker zur Anwendung offener Machtmittel genötigt, um überhaupt noch Anweisungen durchsetzen zu können. Und letztlich durften sie sich ihres Lebens und Besitzes nicht mehr sicher sein, weil entsprechende »Säuberungsaktionen« nach einer »Kultur«-Revolution denkbar wurden. Das Gesetz der Genossenschaft, die eine andere Genossenschaft beherrscht, drohte sich gegen sie zu wenden.

Lesen wir in diesem Zusammenhang einige Aussagen der NS-Ideologen:

„Der marxistische Sozialismus hat die Klassen gegeneinander gehetzt und damit das organische Gefüge des Volkes aufgeweicht. Der nationalistische Sozialismus dagegen schließt die Klassen zusammen und schmiedet damit das Volk zu einer unlösbaren Bluts-einheit aneinander.“⁶⁶²

⁶⁶¹ Der »Glaube an die Legitimität der Herrschaft« fand das besondere Interesse MAX WEBERS im Rahmen seiner Herrschaftssoziologie. Vgl. JOHANNES WINCKELMANN: Legitimität und Legalität in Max Webers Herrschaftssoziologie. Tübingen 1952, S. 25.

⁶⁶² JOSEF GOEBBELS 1931, zitiert nach ULRIKE HÖSTER-PHILIPPS: Wer war Hitler wirklich? Großkapital und Faschismus 1918 - 1945. Köln 1978, S. 112.

„Wenn man begriffen hat, daß die Schicksalsfrage darin besteht, daß der Marxismus gebrochen wird, dann muß jedes Mittel recht sein, das zum Erfolg führen kann. Da ist das erste: eine Bewegung, die das durchführen will, muß sich an die breite Masse wenden, an die Masse, mit der der Marxismus selbst kämpft. Eine solche Bewegung kann sich nur an die Mannesfaust wenden, die weiß, man kann Gift nur durch Gegengift brechen. (...)

So muß eine Bewegung, die Gutes erreichen will, die zum Kampf ausholen will, sich selbst der Masse bedienen, die Träger sein kann, und das ist nur die breite Masse. Diese breite sture Masse, die vernarrt, verbohrt für den Marxismus kämpft, ist die einzige Waffe für die Bewegung, die den Marxismus brechen will. Mit nichts anderem würden wir dieser Weltpest Herr werden. Sie allein ist in der Lage, das politische Glaubensbekenntnis in sich aufzunehmen und zu verarbeiten, daß aus rein dogmatischer Handhabung ein fanatischer Glaube wird, wie er heute auf der anderen Seite da ist.“⁶⁶³

„Das Symbol des Klassenkonzeptes, des ewigen Streites und Haders, es wird sich nunmehr verwandeln zum Symbol der Erhebung, zum Symbol der großen Einigung unseres Volkes. (...) Wir haben eines als erste Aufgabe zur Wiedergenesung unseres Volkes erkannt: Das deutsche Volk muß sich wieder gegenseitig kennenlernen. Die Millionen Menschen, die in Berufen zerrissen, in Klassen auseinandergehalten worden sind, die von Ständedünkel und Klassenwahnsinn befallen einander nicht mehr verstehen lernten, die müssen den Weg wieder zueinander finden. (...)

Deutsches Volk! Du bist stark, wenn du eins wirst, du bist gewaltig, wenn du den Geist deines Klassenkampfes und deiner Zwietracht aus dem Herzen reißt, du kannst hinter deine Arbeit eine unerhörte Kraft stellen, wenn du die Arbeit verbindest mit dem Gefühl deines gesamten Volkstums.“⁶⁶⁴

Das Herrschaftsprogramm des Faschismus spielte sich in Deutschland ab zwischen den Fronten einer Klassengesellschaft, in der eine starke sozialistische Bewegung von unten angriff, was einer herrschenden Klasse oben »heilig« war, nämlich ihre Machtbasis in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Dabei dürften die Faschisten kein anderes Interesse gehabt haben, als in dieser Situation der Auseinandersetzung selber als »lachende Dritte« die Macht zu ergreifen. Durch die Besetzung der Machtzentren in Staat und Wirtschaft wurde letztlich nichts anderes als »Beute gemacht«, die den Mitgliedern der »Bewegung« in der Form von Posten und übereigneten Werten »zugute« kam. Dabei spielten die Faschisten mit ihrer rassistischen Agitation keine andere Melodie auf, als der weltweit bekannte Chauvinismus und Elitismus der herrschenden Klassen vormachte, wenn es darum ging, den Beuteobjekten die Rechtsstellung abzuerkennen. Den Herrschenden jener Zeit dürften aber die chauvinistischen Töne der Faschisten vertrauter gewesen sein als die »Gleichmacherei« des Marxismus oder auch die Rechtsidee der Weimarer Demokratie. Wahrscheinlich dachten die meisten, solange es ein herrschaftlich geordnetes Oben und Unten der Gesellschaft gäbe, würden sie ihre angestammte Stellung auch halten können.

⁶⁶³ ADOLF HITLER 1926, zitiert nach ULRIKE HÖSTER-PHILIPPS: Wer war Hitler wirklich? A.a.O., S. 112.

⁶⁶⁴ ADOLF HITLER am 1. Mai 1933, zitiert nach ULRIKE HÖSTER-PHILIPPS: Wer war Hitler wirklich? A.a.O., S. 184.

Die Machtergreifung HITLERS stand m. E. auf vier Säulen. Erstens konnte er den alten Machteliten glaubhaft machen, daß er ihren Angreifer, den Marxismus, stoppen könne. Wahrscheinlich hat man in diesen Kreisen tatsächlich die *Idee* des Sozialismus als schuldigen Gegner angesehen und konnte gar nicht begreifen, daß der Angriff aus der objektiv gegensätzlichen Klassenstruktur erwuchs. Da HITLER den alten Eliten »aus dem Herzen sprach«, ließ man ihn bei seiner Besetzung der Staatsmachtinstrumente gewähren. Zweitens konnte HITLER seinen Leuten handfeste Vorteile in Aussicht stellen. Die Einzelhändler erhielten per Zerschlagung der Konsumgenossenschaften ihre alte Kundschaft zurück. Die Fabriken und Besitztümer der Juden gingen über an die Parteifreunde. Die aus der Staatsverwaltung herausgesäuberten Sozialisten machten »Stellen frei« für die eigenen Leute etc. Drittens gelang tatsächlich, was oben in dem Zitat von 1926 angekündigt wurde. Die »marschierenden Truppen« der Linken konnten nach gleichem Schema der Parteidisziplin und verbaler Radikalisierung zu großen Teilen umgepolt werden zu marschierenden Truppen der Rechten. Und viertens gelang die Re-Uniformierung des Volksglaubens, der als herrschaftliches Ideologiegebäude der alten Eliten zerfallen war. Damit war die Basis des folgenden Totalitarismus im Geiste gelegt, der ganz im Sinne alter Begierlichkeiten wieder die »natürliche Ordnung« aus Befehl und Gehorsam herstellte.

4.2.2. Die Krise der Genossenschaftswissenschaft

„Steckt die Genossenschaftswissenschaft in einer Krise? Bereits 1978, im Rahmen der IX. Genossenschaftswissenschaftlichen Tagung in Fribourg hat BOETTCHER zu dieser Frage provokant Stellung bezogen und von der Genossenschaftswissenschaft als einer Wissenschaft im Stillstand gesprochen. Er charakterisierte ihren Ist-Zustand mit viel zu wenig aktueller Forschung und viel zuviel an bevorzugter Wiederholung von Allgemeinüberlegungen, für die bloß anerkannte Autoritäten zitiert würden⁶⁶⁵. Die Ursache dafür ortet er in einem Auseinanderdriften der Interessen der Genossenschaftswissenschaft und jener der Praxis. BLÜMLE kritisierte 1990 eine viel zu geringe Lernfähigkeit im praktizierten Verhältnis zwischen Genossenschaftswissenschaft und -praxis⁶⁶⁶, und HAHN sprach 1991 sogar von einer teilweisen Aufgabe der kritischen Haltung der Genossenschaftswissenschaft gegenüber der -praxis^{667, 668}“

⁶⁶⁵ Fußnote im Zitat: „Vgl. E. BOETTCHER, Zielsetzung und Anspruchsniveau der Genossenschaftswissenschaft, in: E.-B. Blümle (Hrsg.), Erwartungen der Genossenschaftspraxis an die Wissenschaft, Göttingen 1979, S. 60 ff.“

⁶⁶⁶ Fußnote im Zitat: „Vgl. E.-B. BLÜMLE, Die Genossenschaftswissenschaft - Ärgernis für die Praxis oder Anwalt für ein glaubwürdiges Genossenschaftswesen?, in: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen 3/1990, S. 169 ff.“

⁶⁶⁷ Fußnote im Zitat: Vgl. O. HAHN, Die Krise der Genossenschaftsbewegung als Chance zum Neubeginn, in: Verbands-Management 3/1991, S. 48 ff.“

⁶⁶⁸ WILHELM WEBER und JOHANN BRAZDA: »Genossenschaftliches Handeln« - zwei neuere theoretische Ansätze. In: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, H. 1/1993, S. 99 - 107, hier S. 99.

Die »Krise der Genossenschaftstheorie« ist kein neues Phänomen, sondern eine »Krise mit Tradition«⁶⁶⁹. Sie ist ferner m. E. *keine* Krise der Genossenschaftspraxis, die dem Rat ihrer geistigen Führer vielfach Folge geleistet hat und der Wissenschaft nun nach dem geistigen Ebenbild ihrer Väter gegenübersteht, sondern sie ist *Krise der Wissenschaft*, die erst einmal ihre eigene Befangenheit thematisieren sollte, bevor sie mit normativen Vorstellungen an ihre »Schützlinge« herantritt. Ja, die Praxis verweigert sich der Wissenschaft - um in diesem Bild zu bleiben - geradezu mit Überlebensnotwendigkeit und Recht, denn es ist ihr (Über-)Leben, in das hier mit undurchschaubaren Motiven eingegriffen wird.

Die Genossenschaftswissenschaft ist nicht schon alleine deswegen »kompetent«, weil der Wissenschaftler mehr Zeit auf die theoretische Reflektion verwenden kann und zu kunstvolleren Sprachspielen fähig ist. Will er sich nicht autoritär als Institution über das Leben setzen, muß er die Qualität seiner Gedanken gegenüber dem Lernwilligen unter Beweis stellen. Letztendlich wird in der Praxis nur dann etwas verbessert werden können, wenn der ratsuchende Praktiker Antworten findet, die den vorliegenden Fragen gerecht werden und den Erfahrungen standhalten. Doch welche Fragen sieht die Wissenschaft, denen sie sich stellt? Was erklärt sie den Genossenschaftlern über den Menschen, seine Lebensperspektiven, Möglichkeiten und Grenzen?

Die Genossenschaftswissenschaft der Nachkriegszeit ist eine Beforschungswissenschaft der Genossenschaft. Ihr ist die Genossenschaft mehr Objekt denn Auftraggeber, und an ihrem Objekt seziert sie herum wie an einem fremden Tier, statt Teil seines Sinnesorgans zu werden. Natürlich kann der »Denker« sein Beobachtungsobjekt frei wählen und kann im Falle des »Genossenschaftstheoretikers« die Verhaltensreaktion seines Lieblingsgegenstandes studieren. Doch würde sich der Genossenschaftstheoretiker als dienender *Bestandteil* eines Genossenschaftswesens begreifen, dann wäre ihm die Reaktionsform »seines« Wesens nicht Hauptgegenstand, sondern es stünde zunächst einmal das Verständnis dessen im Vordergrund, worauf die Reaktion erfolgt. Der im Dienste der Genossenschaft wirkende Wissenschaftler müßte eigentlich erst einmal die Umwelt und *Existenzbedingungen* der Genossenschaft verstehen, bevor eine Äußerung über die Angemessenheit innergenossenschaftlichen Verhaltens möglich ist.

Genau darin liegt aber der Bruch. Berühmt gewordene Genossenschaftstheoretiker wie SCHULZE-DELITZSCH, VIKTOR AIME HUBER, CHARLES GIDE, VAHAN TOMIANZ und auch OPPENHEIMER waren *Gesellschaftstheoretiker*, Volkswirte und

⁶⁶⁹ Ein erster »Nachruf« mit konstruktiver Gegenargumentation erschien bereits 1968. Darin heißt es über die genossenschaftlichen Praktiker: „Spricht man sie hart auf hart an, so meinen sie, der Genossenschaftsgedanke wäre eine abgeschriebene Sache, etwas für unsere Väter, aber doch nichts mehr für moderne Menschen. Gleichzeitig können sie aber aus ihrem Herzen keine Mördergrube machen, wenn sie gezwungen sind, etwas von höherer Warte aus in einer Versammlung über die Genossenschaft zu sagen. Dann geht das alte Herz mit ihnen durch.“ CORNEL J. BOCK: Unzeitgemäße Betrachtungen zur Genossenschaftsgeschichte. In: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Bd. 18, 1968, S. 43 - 63 und Bd. 19., 1969, S. 22 - 34, hier S. 43 f.

Soziologen, die sich über den innergesellschaftlichen Standort der Genossenschaft äußern konnten. Das heißt, sie hatten eine Vorstellung des *Gesellschaftssystems*, in dem sie lebten, und konnten daraus die Anforderungen ableiten, die eine Verbesserung desselben an die Genossenschaft stellt. Diese Klarheit über ihr Umfeld und Ziele muß der Genossenschaft *gegeben* sein, bevor sie ihre innerbetriebliche Strategie formuliert. Eine Genossenschaftswissenschaft, die das Umfeld der Genossenschaft nicht anständig erklären kann, hat so betrachtet überhaupt kein Recht, sich normativ in die inneren Vorgänge einer Genossenschaft einzumischen, die zumindest immerhin *irgendeine* Reaktion auf das Umfeld darstellen, wenn auch nicht immer die bestmögliche. Aber was sonst noch möglich ist neben dem, was ist, das hat der Wissenschaftler erst einmal vorzuführen. Und zwar nicht so, daß er diejenigen ins Elend stürzt, die ihm »glauben«, sondern so, daß er Dinge sichtbar macht, die ohne Theorie verborgen bleiben. Wenn er aber »die Augen öffnen kann« und theoretische Zusammenhänge nachvollziehbar offenlegt, dann wird das Eigeninteresse die Praxis von alleine in neue und bessere Bahnen lenken, vorausgesetzt, es ist nicht das ego-manische Eigeninteresse, sondern das zur indirekten Strategie über die Gruppe vereinigte Wir-Interesse, das auf diese Weise eine neue Reaktionsform bildet mit eigener Kultur und sozialen Grundwerten.

Nun wird der geneigte Leser an dieser Stelle der Arbeit selber beurteilen können, inwiefern etwa FRANZ OPPENHEIMER einen Beitrag zur theoretischen Erklärung des genossenschaftlichen Umfeldes und der genossenschaftlichen Herausforderung geleistet hat. Man mag sich über diesen Beitrag *uneinig* sein und vielleicht manches noch verbessern können, aber fraglos bot OPPENHEIMER in der deutschen Literatur zumindest einen *Ansatz* für eine allgemeine Theorie, über den die Genossenschaften ihre sozialpolitische Stellung und Aufgabe abklären könnten. Bezogen auf die internationale Literatur dürfte der Ansatz OPPENHEIMERS lediglich exemplarisch stehen und würde ein Vergleich vermutlich zahlreiche Autoren offenbaren, die bei ihren Untersuchungen zu ähnlichen Resultaten gekommen sind⁶⁷⁰. Doch der einst so bekannte OPPENHEIMER ist als *deutscher* Wissenschaftler speziell zur Erklärung *deutscher* Vorgänge in der Genossenschaftswissenschaft geeignet.

Wenden wir uns den Genossenschaftstheoretikern nach 1945 zu, dann ist das Spektrum anzutreffender theoretischer Grundhaltungen zwar immer noch breit, aber es gibt eine interessante Übereinstimmung bei denjenigen, die sich in der Genossenschaftstheorie *durchgesetzt* haben. Zu diesem Kreis zählen in grober Bestimmung JOSEF M. BACK, REINHOLD HENZLER, HANS OHM, HANS JÜRGEN SERAPHIM und HEINZ PAULICK. Um die Grenzen des Kreises exakter zu bestimmen,

⁶⁷⁰ „Seit Beginn des 20. Jahrhunderts enthalten nahezu alle volkswirtschaftlich orientierten Beiträge der Genossenschaftsliteratur den Hinweis, daß die Genossenschaften in der Volkswirtschaftslehre nicht oder nur ungenügend beachtet worden seien. Diese Aussage scheint mit WYGODZINSKI (1911), SASSEN (1914), LIEFMANN (1927), EMELIANOFF (1948), OHM (1955) und ESCHENBURG (1971) zu einer festen Überlieferung der Genossenschaftsliteratur geworden zu sein.“ Demgegenüber zeigt HOPPE weitgehend unbekannt Beiträge zum Genossenschaftswesen bei J. ST. MILL, CAIRNES, PARETO, MARSHALL, PIGOU, GOBBI, PANTALEONI, FAWCETT, WALRAS und BARONE auf. MICHAEL HOPPE: Die klassische und neoklassische Theorie der Genossenschaften. Berlin 1976.

müßte man eine eigene Literaturstudie ansetzen. Als »Kreis« mit einem Innen und einem Außen wird er aber schon im Vorfeld exakter Bestimmung deutlich. Er beschreibt ein *Meinungskartell* der genannten Wissenschaftler mit der Grundausrichtung einer »Neuerfindung der Genossenschaftswissenschaft« unter (wohl bewußter) Außerachtlassung liberal-sozialistischer Traditionen.

REINHOLD HENZLER etwa legte 1927 in Frankfurt a. M. sein Examen als Diplomhandelslehrer ab, also just an jener Universität und in jenem Studiengang, den OPPENHEIMER zu jener Zeit betreut hat. Auch blieb HENZLER in Frankfurt und trat nach 1927 eine Assistentenstelle zum Zwecke der Promotion (1929) und Habilitation (1934) an. Sein besonderes Interesse galt dabei „der wissenschaftlichen Durchleuchtung des Handels und Marktwesens“ sowie dem Genossenschaftswesen⁶⁷¹. Man wird bei HENZLER trotz umfangreicher Publikationen und überschneidendem Interessengebiet keinen Hinweis auf oder Auseinandersetzung mit OPPENHEIMER finden. Aus meiner Sicht ein Phänomen, wenn man bedenkt, daß PREISER, ERHARD und andere Studenten alle anderen Veranstaltungen links liegen ließen, um OPPENHEIMER zu hören, der zu den wenigen Dozenten Frankfurts überhaupt gehörte, die so etwas wie »Theorie« († 123 und 124) und nach TOTOMIANZ obendrein *Genossenschaftstheorie* bot († 306). Die seltsame Schweigsamkeit von HENZLER ließe sich schlüssig erklären, wenn man davon ausgeht, daß HENZLER eine andere politische Grundauffassung vertrat als OPPENHEIMER. Seine Berufung 1937 als Extraordinarius und 1940 als ordentlicher Professor ist Indikator (nicht Beleg) einer Mitgliedschaft in NS-Dozentenbund und/oder NSDAP. LUDWIG ERHARD wurde vergleichsweise die Habilitation verweigert und die Leitung seines Institutes entzogen, weil er einen Parteibeitritt ablehnte. ERICH EGNER schreibt zudem, daß sich nach seiner Kenntnis für HENZLER nach dem Krieg Schwierigkeiten wegen seiner Parteizugehörigkeit ergeben hätten⁶⁷². Auch dieser Hinweis erlaubt noch keine abschließende Beurteilung, aber was hat es nun auf sich mit der a priori eingenommenen Haltung des Wissenschaftlers HENZLER, der sich scheinbar objektiv als Genossenschaftstheoretiker profiliert und die Genossenschaftswissenschaft nach 1945 prägt, aber dabei bestimmte Linien genossenschaftlicher Tradition ausblendet und neue einführt, von denen man sich fragen muß, welche Motivation hinter dem betriebenen Aufwand steht.

HENZLER veröffentlichte 1934 eine kleine Schrift, die in diesem Punkt klare Auskunft gibt. Die Schrift „enthält Aufsätze über genossenschaftliche Fragen, die zum Teil vor, zum anderen Teil nach der nationalsozialistischen Revolution geschrieben (...) worden sind.“⁶⁷³ Inhalt und Titel der Schrift verfolgt nicht weniger als eine *Erneuerung des deutschen Genossenschaftswesens*. HENZLER an selber Stelle:

⁶⁷¹ Vgl. EBERHARD DÜLFER: In Memoriam Reinhold Henzler. In: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Bd. 19, 1969, S. 2 - 4.

⁶⁷² Vgl. ERICH EGNER: Frankfurter Erinnerungen aus den Jahren 1935 - 1939. In: Bertram Schefold (Hg.), Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler in Frankfurt am Main, Marburg 1989, S. 129 - 136, hier S. 133.

⁶⁷³ REINHOLD HENZLER: Erneuerung des deutschen Genossenschaftswesens. Berlin 1934, S. 3.

„Das Genossenschaftswesen ruht nicht auf einem *wirtschaftlichen*, sondern auch auf einem *ideologischen* Fundament. Seine ideologischen Pfeiler, ohne die das, was geschaffen worden ist, unmöglich hätte erreicht werden können, drohten im Laufe der Entwicklung immer mehr ins Wanken zu kommen. Unverkennbar ist in der Gegenwart in allen am Genossenschaftswesen Beteiligten das Bedürfnis, mit den wirtschaftlichen Grundlagen *und* dem Ideengehalt des Genossenschaftswesens eingehend vertraut zu werden, stärker denn je. Wird diesem Bedürfnis in der richtigen Weise entsprochen, so dürften die besten Voraussetzungen für eine Stärkung und Erneuerung des deutschen Genossenschaftswesens gegeben sein.“

Wer die damals gültigen Sprachregelungen kennt weiß, daß mit »Erneuerung des deutschen Genossenschaftswesens« etwas ganz Bestimmtes gemeint war. Das unscheinbare Wörtchen »deutsch« an dieser Stelle bezeichnet keine Örtlichkeit, sondern ein antijüdisches, antiliberalsozialistisches Programm. Der 7. Aufsatz mit dem Titel »Der Führergedanke im deutschen Genossenschaftswesen« spricht die HENZLER-Ideologie offen aus.

„Aus dem Vorhandensein einer genossenschaftlichen Betriebsgemeinschaft und der Gesamtheit der Genossen vermögen sehr leicht *Interessengegensätze zwischen diesen beiden Teilen* zu resultieren. (...) Um diese verschiedenen Einzelwillen zu einem einheitlich gerichteten Gemeinschaftswillen umbilden zu können, muß der Leiter einer Genossenschaft, wie schon einmal angedeutet wurde, neben einer gründlichen Sachkenntnis höchsten *Sinn für ausgleichende Gerechtigkeit* besitzen und bis zu einem großen Grad *souverän* tätig sein können. (...) Ihm muß, gegebenenfalls durch entsprechende Machtmittel, zunächst die Gemeinschaft bedingungslos folgen; auf die Dauer muß sie aber durch Überzeugung Vertrauen in ihre Führung gewinnen und in eine *freiwillige* Gefolgschaft hinübergeleitet werden. (...) *Weil im Mittelpunkt des Genossenschaftswesens stets die Menschen stehen, ist eine Erneuerung der Genossenschaften immer zuerst eine geistige Erneuerung der Genossenschaftler; sie ist nicht, wie viele meinen, in der Hauptsache ein Problem der Betriebsorganisation, sondern eine Erziehungsfrage.* Die bei allen möglichen Unterschieden von Einzelinteressen doch auch nach gleichen Zielen strebende Gesamtheit der Genossen ist auf die Dauer immer *führungsbedürftig*. Die konsequente Anwendung des demokratischen Prinzips in jedem Einzelfall kann nicht dem Wunsche einer echten Gemeinschaft entsprechen. Demokratie - wörtlich übersetzt: Herrschaft des Volkes - ist am ehesten anwendbar, wo ein Volk als Gemeinschaft gegeben ist. Hier ist sie meist aber auch überflüssig. (...) Es ist gar kein Zweifel, daß die dauernde Verkündung der Freiheit des Einzelwesens auch die Genossenschaften beeinflusst und bei einer größeren Zahl von ihnen auflösend, desorganisierend gewirkt hat. (...) Eine solche Regelung, die in der Richtung einer konsequenten Durchführung des Führerprinzips liegt, ist im Genossenschaftswesen leichter durchführbar als in der Privatwirtschaft und bedeutet eine weitgehende Annäherung der genossenschaftlichen Organisation an die staatspolitische Gestaltung.“⁶⁷⁴

Man lese zum Vergleich den Beitrag von GLAEBNER und SCHERER⁶⁷⁵ und wird zu der Überzeugung gelangen, daß HENZLER mit seinem Beitrag den Umbau der

⁶⁷⁴ REINHOLD HENZLER: Erneuerung des deutschen Genossenschaftswesens. Berlin 1934, S. 36 - 39.

⁶⁷⁵ GERT-JOACHIM GLAEBNER und KLAUS-JÜRGEN SCHERER: Korporation oder Kooperation - Reaktionäre Gemeinschaftsideologien in Deutschland, Italien und Spanien. In: dieselben

Genossenschaften im Sinne der NS-Ideologie einfordert, samt deren Eingliederung in die allgemeine staatspolitische Bewegung, sprich: den Umbau des Staates nach NS-Programm. HENZLER:

„Für die Gegenwart und Zukunft des deutschen Volkes und seiner Wirtschaft erhebt sich die Frage: *Können die tragenden Ideen des Genossenschaftswesens mit den Prinzipien, nach denen die deutsche Wirtschaft neu geordnet werden soll, in Einklang gebracht werden?* (...) Und für eine echte Genossenschaft gilt ebenso wie für den deutschen Staat der Zukunft das Wort HITLERS: Erst über den Weg der Allgemeinheit erhält der einzelne seinen Teil wieder zurück.“⁶⁷⁶

Man erhält unweigerlich weitere Anhaltspunkte, wenn man die subjektive Voreinstellung eines eher randständigen Mitgliedes des oben bezeichneten Zirkels hört. Im Zusammenhang mit GEORG WEIPPERT, den ich in vielerlei Hinsicht positiv würdigen möchte, schreibt BRUNO SEIDEL:

„WEIPPERT braucht tatsächlich nicht gegen den Vorwurf des Faschismus oder Kryptonazismus in Schutz genommen zu werden. Die Möglichkeit einer schiefen und verzerrten Perspektive ergibt sich für WEIPPERT aber u. U. aufgrund seines schulmäßigen Hervorkommens und der damit gegebenen begrifflichen und theoretischen Vorpprägung. Die Zusammenhänge hat er selbst nie in Abrede gestellt oder abzuschwächen versucht. (...) Hier war es unter anderem bzw. vor allem die von V. GOTTL vertretene sozialwissenschaftliche Richtung, die mit ihren deutlich ausgeprägten antiwestlichen, antiindividualistischen, anti-»materialistischen« und antiliberalen (liberal im Sinne von frühliberal-manchesterlich) Akzenten den Wünschen nach einer »deutschen« Gesellschafts- und Volkswirtschaftslehre entgegenkam, die anstelle der westlich, liberalistisch und vor allem jüdisch infizierten Nationalökonomie (D. RICARDO, K. MARX) treten sollte. Das lag dann nach den damit verbundenen nationalsozialistischen Intentionen auf der gleichen niederen und morastigen Ebene wie jene anderen Versuche, eine »deutsche« Mathematik oder Physik (gegen die »jüdische« Relativitätslehre A. EINSTEINS) zuwege zu bringen. Unterstützt wurden diese Bestrebungen freilich durch die politische Instinklosigkeit und Unwissenschaftlichkeit einer Reihe von Vertretern gerade dieser Richtung, denen WEIPPERT jedoch eindeutig nicht zugerechnet werden kann.“⁶⁷⁷

Dem Werk WEIPPERTS läßt sich nach meinem Dafürhalten der offene Umgang mit der eigenen Gewordenheit ansehen. Und wenn der Mensch erst einmal seine Wertung als Prozeß thematisiert, dann transzendiert er sich damit zugleich und wird vom Geschöpf zum Schöpfer seiner selbst. Will sagen: nach Kritik an WEIPPERT steht mir nicht unbedingt der Sinn (vgl. zur suprasozialen Persönlichkeit ↑ 281). Aber SEIDEL erklärt uns mit ihr eine ganze Menge über Hintergründe und Einstellungen, über die sich die Personen im engeren Kreis des Meinungskartells auschweigen. Wie stark wirkt in diesem Kreis das Motiv nach, der »jüdisch infizier-

(Hg.), Auszug aus der Gesellschaft? Gemeinschaften zwischen Utopie, Reform und Reaktion. Berlin 1986, S. 63 - 86, speziell S. 72 ff.

⁶⁷⁶ REINHOLD HENZLER: Erneuerung des deutschen Genossenschaftswesens. Berlin 1934, S. 24 und 25.

⁶⁷⁷ BRUNO SEIDEL: Georg Weipperts Aufsätze zur Wissenschaftslehre im Rahmen seines Gesamtwerkes. In: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Bd. 19, 1969, S. 205 - 223, hier S. 213.

ten Nationalökonomie« eine »deutsche Theorie« entgegenzusetzen? Wie weit ist die antiindividualistische und antiliberaler *Werthaltung* eines Post-NS-Verbandes prägendes Motiv westdeutscher Genossenschaftstheorie? Je mehr Zeit in dieser Angelegenheit verstreicht, desto drängender stellt sich die Frage, wer überhaupt noch aus seinem Kenntnisstand in der Lage wäre, eine glaubwürdige Aufarbeitung zu leisten. Dabei ginge es nicht so sehr um das Problem »Genossenschaftswesen und Faschismus«, als vielmehr um das Problem, daß der Faschismus eine *herrschaftliche Ideologie* verkörpert und auf diesem Wege meiner Ansicht nach eine herrschaftliche Theorie der Genossenschaft eingeführt wurde, was einen Grundwiderspruch in der heutigen Genossenschaftstheorie darstellen könnte, der erklärt, was an der Leistungsunfähigkeit von Theorie und Praxis bemängelt wird. Ein solcher Grundwiderspruch würde wirken wie die Speerspitze in einem Körper oder eine falsches Grundaxiom bei irgendeiner Theorie. Eine verdeckt existente Werthaltung, die »Disziplin und Gehorsam« hervorhebt und jeden »aussortiert, der sich nicht einfügt«, würde eine denkbar schlechte Ausgangstatsache bei der Reaktivierung eines zuvor herrschaftlich zerschlagenen und den Abteilungen der Deutschen Arbeitsfront untergeordneten Genossenschaftswesens darstellen.

Folgen wir dieser Spur weiter. An HEINZ PAULICK lobt FRIEDRICH KLEIN „die Lauterkeit der Gesinnung, seinen scharfen juristischen Verstand, sein abwägendes und besonnenes Urteil“⁶⁷⁸, was sich kaum in Abrede stellen läßt. PAULICKS Weg ist aber auch gekennzeichnet von einer Karriere während der NS-Zeit, über die in dieser Laudatio kein kritisches Wort verloren wird.

„Nach vorübergehender Tätigkeit als Lehrer an der Reichsfinanzschule Herrsching am Ammersee war er vom 1. Oktober 1938 bis 30. September 1939 Vorsteher des Finanzamts Rumburg/Sudetengau. Von dort wurde er als Leiter der Rechts- und Steuerabteilung zur Austria-Tabak-Regie in Wien versetzt und am 1. Januar 1940 als juristischer Hilfsarbeiter in das Reichsfinanzministerium in Berlin - Betriebsprüfungsreferat - abgeordnet; mit dieser Abordnung war die Stelle eines Lehrers an der Reichsfinanzakademie in Berlin-Tegel verbunden.“⁶⁷⁹

PAULICK hat nach dem Krieg die »Rechtspraxis des Genossenschaftswesens nachhaltig beeinflusst«. Nach welchem gesellschaftstheoretischen Grundverständnis und mit welchem Nutzen/Schaden läßt sich hier unmöglich einschätzen. Doch darum geht es auch nicht. Die Reichsfinanzbehörden waren während der NS-Zeit Organ der Enteignung jüdischen und genossenschaftlichen Eigentums. Diese Behörde mit sensiblem politischem Auftrag berief keine Widerständler oder Sozialisten auf leitende Positionen. Besonnen oder nicht steigt man in solchen Strukturen nur auf, wenn sich die von der Person verkörperte Weltansicht mit dem Auftrag vereinbaren läßt. Ist PAULICK ein weiterer Vertreter herrschaftlicher Genossenschaftstheorie?

Über JOSEF M. BACK schreibt OSWALD HAHN: „bescheiden bis zur Selbstverleugnung; nicht den Ruhm des Stars suchend; Forschung, Lehre und Herausgeber-

schaft nicht eigenen Interessen unterwerfend, sondern der großen Gesamtaufgabe gewidmet.“⁶⁸⁰ Als Theoretiker hatte BACK nach dem Kriege wesentlichen Anteil an der Standortbestimmung der Genossenschaften im Wirtschafts- und Gesellschaftsleben. Als Nationalökonom mit philosophischem Einschlag wäre er neben WEIPPERT und WEISSER wohl am ehesten befähigt gewesen, in diesem Punkt eine Position zu erarbeiten. Aber so günstig wie HAHN die Arbeit BACKS beurteilt, will mir dessen Beitrag nicht scheinen.

Denn BACK hat bereits als Nationalökonom eine theoretische Position bezogen, die alle Gütekriterien politischer Enthaltensamkeit aufweist, die eine Lehre aufweisen muß, um als Lehre der Herrschenden akzeptiert werden zu können. Bei OPPENHEIMER sind »politische« und »reine« Ökonomie nach den Einkommensformen aus Raub und aus Arbeit geschieden. Teil der bürgerlichen Ideologie ist die Leugnung der empirisch und historisch schwer ins Gewicht fallenden Aneignung durch Raub oder politisch verfeinerter Mittel. Diese Gruppe der politischen Mittel führt bei OPPENHEIMER zur Entwicklung einer (Klassen-)Monopoltheorie, die ihrerseits wiederum geeignet ist, die Entstehung genossenschaftlicher Abwehrverbände zu erklären. Der Ansatz BACKS ignoriert nun den Begriff der politischen Ökonomie völlig und ergeht sich ausschließlich in der Konstruktion eines »ontischen Seins der Wirtschaft«, also einer »Wesensstruktur des Wirtschaftsgeschehens, deren Ursprung und Urgrund, Gesetzmäßigkeiten und Notwendigkeiten« nur in den Griff zu bekommen seien, wenn man das wirtschaftliche Geschehen »in der kategorialen Anschauung als nichtsinnliche mögliche Seinsordnung auffasse.«⁶⁸¹ Dazu ein Zitat:

„Die ontische Wirklichkeit der Wirtschaft ist dasjenige Sein, das der Wirtschaft wesensnotwendig zukommen muß, wenn sie als Wirklichkeit *möglich* sein soll und als mögliche soll erfahren werden können. Das ontische Sein der Wirtschaft ist ein *allgemeines* Sein, das nur die Möglichkeit der Wirtschaft (als Wirklichkeit) betrifft und die ganze unbestimmte Fülle faktischer Wirtschaftserscheinungen (als möglicher) umschließt. Das ontische Sein der Wirtschaft stellt eine *gesetzesmäßige* Ordnung dar, da alle Wirklichkeit nur als gesetzesmäßige Ordnung möglich ist und nur als solche erfahren werden kann. Über die ontische Wirklichkeit der Wirtschaft lassen sich allgemeingültige Aussagen machen. Das ontische Sein der Wirtschaft ist an der wirklichen Wirtschaft in den Blick zu bekommen, aber nur, wenn man die wirkliche Wirtschaft nicht als *faktisch-reale*, sondern als *mögliche* betrachtet und sie auf die Voraussetzungen und Bestimmungen ihrer Möglichkeit hin untersucht. Die ontologische Betrachtung der wirklichen Wirtschaft ist prinzipiell immer durchführbar, da ja die Wirklichkeit des Seins der beste Beweis seiner Möglichkeit ist. Jedes wirklich Seiende kann daher stets sowohl auf sein faktisch-reales Sein, als auch auf sein Möglichsein hin untersucht werden; das schließt schon der Begriff des Wirklichseins in sich. Es handelt sich bei der ontischen Forschung nicht um die Analyse fingierter oder phantastischer, sondern um

⁶⁸⁰ OSWALD HAHN: Zum 28. Februar 1973: Josef M. Back 70 Jahre. In: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Bd. 23, 1973, S. 1 - 2, hier S. 1.

⁶⁸¹ Vgl. JOSEF M. BACK: Die Entwicklung der reinen Ökonomie zur nationalökonomischen Wesenswissenschaft. Jena 1929, S. 15.

die Analyse wirklicher Möglichkeiten, die eine wirkliche, exakt faßbare Bestimmtheit aufweisen.“⁶⁸²

Und so weiter und so fort. BACK behauptet durch seine Aneinanderkettung der Begriffe »Wirklichkeit«, »Möglichkeit« und »Sein« nicht weniger als die Existenz einer höheren Einsicht, die als wirkliche Wirklichkeit hinter der Wirklichkeit verborgen läge. Ein brauchbares *theoretisches System* würde statt dessen zur Forderung erheben, daß sich alle Erscheinungen der Vergangenheit, Gegenwart und am liebsten auch Zukunft darüber *ein*-deutig erklären lassen. Wenn der bürgerliche Theoretiker und Philosoph hinter dem, was er vordergründig glaubt, noch eine eigentlich wirkliche Wahrheit vermutet, dann ist dies nichts anderes als ein intellektueller Reflex auf die Scheinwelt, in der er lebt. Ihm dämmert etwas von der eigentlichen Erkenntnis, die sich auftäte, wenn der Schleier des Scheins zerrissen würde. Da er aber nicht glauben will, was sich erkennen ließe, wenn er die Dinge in ihrer ganzen Ungeheuerlichkeit und Schlichtheit an sich heranließe, weil ihm die sich so eröffnende Sicht von seiner klassenspezifischen Voreingenommenheit her gesehen nicht behagt, lamentiert er Bücher lang an der Frage herum, ob er seinen Glauben berechtigt ablegen dürfe, ohne dadurch zum Verräter an seiner Klasse zu werden. Heraus kommt dabei keine Erkenntnis über die Dinge, die ihm angeblich wichtig sind, sondern ein aufwendiger Zirkus um winzige Schritte persönlicher Bewegung, an die er gebunden ist, weil ihm seine klassenspezifischen Vorurteile nicht bewußt sind. Den Herrschenden aber ist er ein guter Freund, schon alleine, weil er in seinem Winden so viel Aufmerksamkeit beansprucht und dabei nichts konkret werden läßt.

Ich kann bei BACK nicht beurteilen, wie stark - oder ob überhaupt - er Teil der NS-Maschinerie wurde. HAHN gibt an, daß BACK nach Extraordinariat in Freiburg (1936) und Königsberg (1937) einer Berufung nach Innsbruck (1940) folgte. „1945 mußte der Reichsdeutsche das Land verlassen. Es begann *die Leidenszeit des vertriebenen Hochschullehrers*, die erst 1953 mit einer a.o.-Professur an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen abschloß.“⁶⁸³

Und das ist schon eine merkwürdige Formulierung, die HAHN dem Jubilar kaum angetragen hätte, wenn sie BACK nicht mit seinem Selbstverständnis abgedeckt hätte. Sie besagt leider nichts darüber, welchen Auftritt der Reichsdeutsche in Innsbruck hatte und wie ungerechtfertigt die »Vertreibung« nach 1945 war, bzw. was man dem »Vertriebenen« bis 1953 entgegenhielt, daß die Spanne von acht Jahren zu einer »Leidenszeit« wurde, während derer sich BACK von der Volkswirtschaftslehre ab- und dem Genossenschaftswesen zuwandte. Naheliegend scheint mir hier als zusätzliche Erklärung, daß BACK nicht unwesentlich der Lehre GOTTLs zugesprochen hat⁶⁸⁴, die nach der NS-Zeit nicht mehr salonfähig war. Über die Lehre

⁶⁸² JOSEF M. BACK: Die Entwicklung ..., a.a.O., S. 14 f.

⁶⁸³ OSWALD HAHN: Zum 28. Februar 1973: Josef M. Back 70 Jahre, a.a.O., S. 1. *Hervorhebung W.K.*

⁶⁸⁴ Vgl. JOSEF M. BACK: Die Entwicklung der reinen Ökonomie ..., a.a.O., S. 211 und 220. Ebenso JOSEF BACK: Der Streit um die nationalökonomische Wertlehre mit besonderer Berücksichtigung Gottls. Jena 1926. GERHARD STAVENHAGEN, Geschichte der Wirt-

GOTTLs hat BRUNO SEIDEL oben (↑ 351) geschrieben, daß sie entschieden antimaterialistisch (d. h. antimarxistisch) und antijüdisch (d. h. antidemokratisch⁶⁸⁵) war.

Nun ist es mir hier völlig unmöglich, mehr als eine begründete These über die geistige Voreinstellung einiger Genossenschaftstheoretiker nach 1945 zu formulieren. Der ausdrückliche Hinweis darauf, daß es mir unmöglich war, im Rahmen dieser Arbeit eine systematische Aufarbeitung dieses Punktes zu leisten, wird es statthaft machen, die These der problematischen Konstellation in den Raum zu stellen. Dabei geht es weniger um die ideologische Nähe konkreter Personen zum Faschismus als vielmehr um eine Erklärung dessen, was durch die Genossenschaftstheoretiker⁶⁸⁶ nach 1945 hervorgehoben bzw. ausgeblendet wurde. Und da fällt eben jener Zirkel auf, der die »Neuerfindung« der Genossenschaftstheorie und eine bemerkenswerte »Unkenntnis« liberal-sozialistischer Gesellschaftstheorie an den Tag legt. So scheint mir in der Genossenschaftstheorie die Wurzel dessen zu liegen, worüber BEYWL und FLIEGER schreiben:

„Viele, die das genossenschaftliche Gedankengut durch ihre Persönlichkeit und Integrität verkörperten, überlebten den Nationalsozialismus nicht. Ohne die Aufbauleistungen derer in Frage zu stellen, die sie nach dem Zweiten Weltkrieg übernehmen: Der neuen Generation gelingt es nicht, die Nachkriegs-genossenschaften wieder mit dem Genossenschaftsgeist zu »beseelen« und zu »beflügeln«, der ihnen die Kraft, Ausstrahlung und Faszination in den ersten Jahrzehnten Anfang dieses Jahrhunderts gibt.“⁶⁸⁷

schaftstheorie, Göttingen 1969, nennt JOSEF M. BACK (S. 201), GEORG WEIPPERT (S. 208) und HANS-JÜRGEN SERAPHIM (S. 209) in direkter Linie mit der von GOTTL aufgelegten »ontologischen Schule«. Sie stehen bei STAVENHAGEN ohne politische Wertung rein sachlogisch in einer Reihe mit der Gedankenwelt OTHMAR SPANNs (S. 209), der als Cheftheoretiker des autoritären Ständestaates und der Heimwehr in Österreich dem Faschismus zugearbeitet hat. Vgl. DIRK KÄSLER: Soziologische Abenteuer, a.a.O., S. 116; GERHARD JAGSCHITZ: Der Putsch. Die Nationalsozialisten 1934 in Österreich, Graz u.a. 1976, S. 15 f.

⁶⁸⁵ Man muß an dieser Stelle über die Stellung der Juden in Deutschland einmal anmerken, daß diese niemals zu der herrschenden Klasse des Staates gehört haben. Als intellektuell hochstehende Bevölkerungsgruppe, die durch Ressentiments bis 1918 von vornherein von höheren Positionen in Militär, Wissenschaft und Staatsverwaltung ausgeschlossen war, kamen aus diesen Reihen die schärfsten Forderungen nach einer Demokratisierung des autoritären und herrschaftlichen Staates. So war die erste Demokratisierung Deutschlands wohl zu einem beachtlichen Anteil ein von Juden getragenes Projekt.

⁶⁸⁶ Ich möchte hier keineswegs den Eindruck erwecken, als hätte die Genossenschaftstheoretiker nach 1945 alle auf einem Standpunkt gestanden. Aber selbst wenn Veröffentlichungen z. B. von W. P. WATKINS, WALTER PREUSS oder HENRIK F. INFELD von einem frischen Geist durchweht sind, so haben sie auf den Mainstream »deutscher« Theorie zumindest vor 1970 kaum Einfluß genommen.

⁶⁸⁷ WOLFGANG BEYWL und BURGHARD FLIEGER: Genossenschaften als moderne Arbeitsorganisation, a.a.O., S. 19.

4.2.3. Die allgemein-theoretische Ausblendung des Genossenschaftlichen

Alles Denken ist eine Reduktion real-lebendiger Vielfalt auf Begriffe und Sätze, die aus dieser Vielfalt etwas mehr oder weniger Bedeutendes hervorheben. Diese Reduktion ist dem Menschen eine Erleichterung, wenn sie ihn Strukturen erkennen läßt, die ursächlich oder kennzeichnend für eine Vielzahl von Phänomenen stehen. »Strukturen erkennen heißt: sich nicht im Detail verlieren.« Reduktionen können andererseits aber auch immer etwas »unsichtbar werden lassen«, wenn die Betonung oder Hervorhebung bestimmter Punkte an Zeit und Kraft so viel beansprucht, daß andere Wahrnehmungen dahinter verschwinden.

Genossenschaftstheorie ist von dieser Seite her betrachtet - wie auch jede andere Theorie - niemals frei von Wirkungen und Wertungen. Jede Fixierung auf eine Denkstrategie hier beinhaltet die Unterlassung dort, weil der Mensch als ein in Zeit und Kraft begrenztes Wesen nur *ein* Budget zu vergeben hat, aus dem er sein Maximum möglicher Erkenntnis bestreitet. Von daher sollte man sich in der Wissenschaft viel öfter *keine* herrschende Meinung wünschen, sondern eine Vielfalt unterschiedlich ansetzender Sichtweisen, die sich im Falle der Erkenntnis von Wahrheiten aufeinander zu bewegen.

Aus der »Budgetbeschränkung der Erkenntnisfähigkeit« ergibt sich die Notwendigkeit einer metatheoretischen Präferenzordnung der Erkenntnisstrategie. Während die metatheoretische Präferenzordnung der Erkenntnisstrategie in technischen, naturwissenschaftlichen oder von vornherein instrumentell gedachten Zusammenhängen selbstverständlich ist (»das Wichtigste zuerst«), wird sie in den Gesellschaftswissenschaften mitunter »Problem«. Denn in den Gesellschaftswissenschaften urteilt der Mensch nicht über einen Gegenstand geringerer Intelligenz, Dynamik und Komplexität, sondern er nimmt es mit sich selber und seiner eigenen Art auf. Das heißt aber, daß er in vielen Fällen nicht »über den Dingen« steht und einen ihm unterlegenen Sachverhalt beobachtet, sondern daß die Dinge selbst durch eine gleichwertige oder höhere Intelligenz, Dynamik und Komplexität generiert werden. Wenn es aber beispielsweise so wäre, daß das Realitäten erzeugende Muster einer Kollektiv-Intelligenz »Genossenschaft« von höherer Ordnung wäre als eine Einzelperson fassen kann, dann wären die Äußerungen der beobachtenden Einzelpersonen ein Spiegel der Einzelpersonen und ihrer Verständnisgrenzen, nicht aber ein Abbild der Kollektiv-Intelligenz und ihrer Bewegung.

Der Gedankengang liegt etwas quer und bedarf einer Begründung. Der Grund ist ein methodischer. Denn erstens dürfte gelten, daß Menschen wohl das Verhalten von Ameisen, aber Ameisen nicht das Verhalten von Menschen verstehen können. Es gibt also eine Regel der Verstehbarkeit in fallender Linie und der Überforderung in steigender Linie. Zweitens aber sind Verhaltensreaktionen so komplex begründet wie die Umstände, die sie auslösen. Das heißt beim Menschen, daß des Menschen Welt verstanden werden muß, um seine Reaktionen auf dieselbe verstehen zu können. Und es kann bei einem Menschen-Kollektiv bedeuten, daß die Summe der

sich verhaltenden Intelligenzen durch ihre Mehrfach-Wahrnehmung ein ganz anderes Sinnes-Organ bildet als das »Ein-Hirn« des Forschers. Wenn die Kollektiv-Intelligenz aber alle Möglichkeiten *und einige mehr* als die Singular-Intelligenz des Beobachters umfassen würde, dann hätten wir die kuriose Situation des Erkenntnisnotstandes aufsteigender Linie. (Dieses »Mehr« einer Kollektiv-Intelligenz könnte sich etwa aus dem Genuß der Sozialität als solcher speisen, die mit ihren eigenen Gesetzmäßigkeiten und Wertungen das Kollektiv zusammenhält und auf effektive Weise primäre soziale Glücksempfindungen schafft, die, ohne daß der einzelne dies reflektieren müßte, auch eine allgemeine Verhaltensausrichtung anreizen, aus der ein größeres Maß an sozialer Absicherung und Gerechtigkeit erwächst.)

Ich will hier nicht mit Nachdruck einführen, daß es diesen Erkenntnisnotstand aufsteigender Linie gegenüber der Genossenschaft gibt. Wohl aber sehe ich die *Möglichkeit*, daß es ihn geben könnte und die *Gefahr eines systematischen Fehlers* in der Theoriebildung, wenn diese Möglichkeit substantiell gehaltvoll wäre, aber von dem Forscher übersehen wird. Denn dies könnte bedeuten: Die Welt ist kompliziert und wird kaum verstanden. Die Genossenschaft ist eine komplexe Reaktion auf die komplizierte Welt nach einem *überindividuellen Verarbeitungsverfahren* (↑ 228). In diesem Muster gäbe es eine Gruppen-Realität, Gruppen-Identität und eine Reiz-Reaktions-Verarbeitung von Umweltbedingungen nach überindividuellem (sozialem) Modus. Und das hieße nun, daß die Genossenschaft nicht dieses oder jenes *ist*, also keine bestimmte Äußerlichkeit aufweist, wie etwa ein Tisch, der stets eine Arbeitsfläche und einen Unterbau zur Erhöhung der Fläche hat und deswegen in seiner Funktion als Tisch erkannt wird, sondern die Genossenschaft wäre eine im Prinzip formungebundene (Re-)Aktions-Figur, der man die Bezeichnung »Genossenschaft« aus einem anderen Grunde zuordnet, der sich durch die Abgrenzung gegenüber der anderen formungebundenen Aktionsfigur erschließt: *der Herrschaft*.

Daraus erwächst die nicht gerade einfach zu bewältigende Herausforderung, alle Teilgebiete der Gesellschaftswissenschaften in den Rahmen einer Wechselbeziehung Umwelt <=> Mensch zu setzen und dabei obendrein nach einer genossenschaftlichen und einer nichtgenossenschaftlichen Form der reaktiven Wechselbeziehung zu differenzieren. Die Schwierigkeit der Aufgabe liegt zu einem Teil darin, daß der Gegenstand mit seinen Erscheinungen so kompliziert ist wie die ihn erzeugenden Verhältnisse selbst. Und zweitens fehlen uns bei dieser Operation die genossenschaftsadäquaten Denkkategorien, weil eine in herrschaftlichen Systemen geübte Denkarbeit alle Figuren tendenziell aus jener »Realität« der Herrschaft bezieht und ihre Erkenntnispräferenzen entsprechend dieser Vorstruktur festlegt. Man könnte sogar soweit gehen und vermuten, daß die Denkperspektive des einzelnen Forschers tendenziell eine herrschaftliche ist, weil der Vorgang der singularen Weltbewältigung genau dem Erkenntnisproblem singularer Unternehmenslenker oder Weltbeherrscher entspricht. Eine genossenschaftliche und somit auf soziale Verbundenheit und Ausgleich bedachte Welterkenntnis könnte an das Zustandekommen eines *zusätzlichen* sozialen Aktes innerhalb der Forschung selber gebunden sein, nämlich den Akt der kommunikativen Vermittlung maximal heterogener

Erkenntnisstandpunkte⁶⁸⁸. Der bereits nicht genossenschaftlich ausgerichtete akademische Erkenntnisprozeß könnte möglicherweise zur Folge haben, daß er ein sich selbst adäquates und verengtes Weltbild hervorbringt, in dem es wohl herrschaftliche Theorien der Genossenschaft und kapitalistische Theorien der Marktwirtschaft gibt, aber eine Theorie der Genossenschaft und des Marktes in genossenschaftlichen Kategorien allenfalls verdeckt existiert.

Der Genossenschaftler wird heute in aller Regel zu hören bekommen, daß es bereits eine allgemeine Theorie der Unternehmung und des Marktes gäbe und die Genossenschaft dieser »allgemeinen« Theorie eingeordnet werden müßte. Theoretiker, die an der Genossenschaft keine Besonderheit erkennen und diese vom Denkansatz allen anderen Unternehmen gleichstellen, gehen bei ihren Überlegungen meist nicht von konkreten sozialen Verhältnissen aus, die sich in den Unternehmenskonstruktionen und Unternehmenszielen widerspiegeln, sondern sie stellen an den Anfang ihrer Überlegungen eine modellhafte Abstraktion der Marktwirtschaft, von der man aus gutem Grund *fordert*, daß dort freier Wettbewerb herrsche, der man aber im Zuge dieser Forderung zur Vereinfachung des Modells in einem Atemzug auch unterstellt, daß der freie Wettbewerb *tatsächlich* das dominierende Prinzip sei. Weil alle Faktoren der *politischen* Ökonomie als »Störungen« des Ideals verstanden werden, sieht man sich berechtigt, von einer weiteren Berücksichtigung der »Störungen« abzusehen. Sie werden völlig ungeachtet ihres tatsächlichen Gewichtes als dem ökonomischen Modell »extern« definiert, so daß die Gesellschaftswirtschaft mit ihren tatsächlichen Abläufen in den ökonomischen Modellen nur bedingt berücksichtigt wird.

Von der Seite einer reinen Modellkonstruktion her argumentiert kann man natürlich seine Modelle bauen, wie es beliebt. Überträgt man den Gedanken auf ein Schachspiel mit seinen vergleichsweise wenigen Regeln, dann ist es obendrein möglich, Tausende kluger Leute mit der Analyse zu beschäftigen, was aus den gesetzten Regeln des Schachspiels logisch folgt. Entsprechend gibt es auch im Schach eine »Theorie«. Aber diese Modelle haben einen Haken, der beim Schach noch offensichtlich ist: Es kann bei der Analyse nichts anderes herauskommen, als mit den Regeln bereits angelegt wurde. Und so ist es auch mit den Modellen der Ökonomie. Wo die tatsächlichen politischen Verhältnisse nicht in das Modell mit eingehen, da gibt es auch keine Menschen mehr, die unterdrücken oder unterdrückt werden, keine Organisationen mehr, die herrschen oder sich gegen die Herrschaft wehren wollen. Es gibt in diesen Modellen keine »Demokratie«, keine »Menschen-

⁶⁸⁸ Eine solche Forschung des Menschen über seine eigenen sozialen Aggregationen hätte zur optimalen Voraussetzung, daß aus allen sozialen Schichten Personen als Sprecher in die Forschung gelangten und die Freiheiten und qualitativen Selektionsprozesse in der Institution Wissenschaft weniger an die ordnungsgemäße Reproduktion tradierter Lehrmeinungen gebunden wären, sondern an die diskursive Haltbarkeit vor einem sozial heterogen strukturierten Forum. Es müßte ferner sehr viel mehr Zeit für den kommunikativen Vermittlungsakt aufgewendet werden, was natürlich zu Lasten jener Zeit ginge, in der die Wissenschaftler alleine in ihren Stuben sitzen und ihren singularen Bewältigungsstrategien nachgehen.

rechte«, keine »Humanität«, kein »Überleben«, weil diese als Variablen nicht definiert sind und zugegebenermaßen nur selten auch »wirtschaftlich« sind.

So ist es, wenn man die von allen sozialen Werten bereinigte ökonomische Frage zum Maß aller Dinge erhebt, natürlich vorteilhafter, gewisse Arbeiten von Kindern für DM 6,- verrichten zu lassen als von Erwachsenen für DM 30,-. Und selbstverständlich klagten die frühen Unternehmer über eine Verschlechterung ihrer Gewinnerwartungen und internationalen Wettbewerbsfähigkeit, wenn in Deutschland die Kinderarbeit verboten würde. Ebenso selbstverständlich findet Kinderarbeit in allen Ländern statt, in denen sie nicht verboten ist, und werden die von Kindern hergestellten Produkte von Händlern jener Länder importiert, in denen die Kinderarbeit selber verboten ist. »Humanität« ist nun einmal keine ökonomische Kategorie. Sie wird den meisten Unternehmen vielmehr von außen als »Rahmenbedingung« aufgezwungen, und so will das Klagen darüber auch kein Ende nehmen⁶⁸⁹.

Der tiefere Kern dieses Auseinanderklaffens von Ökonomie und Humanität, wovon ich hier der Einfachheit halber die ebenso diskutierten Begriffe der »Ethik« und »Ökologie« mit erfassen möchte⁶⁹⁰, rührt von dem Umstand her, daß die Verletzung der Humanität von einer anderen Personengruppe ertragen werden muß als jener, die ihren Nutzen mit ihrem wirtschaftenden Handeln maximiert. Wenn in der Umgebung eines Kernkraftwerkes vermehrt Leukämiefälle auftreten, dann sind es nicht die Aktionäre des Kraftwerksbetreibers, die da ihr Leben verlieren, sondern außenstehende Dritte, die nach der herrschenden Rechtsauffassung auch kaum eine Chance haben, in der Bilanz des Kraftwerksbetreibers als Kostenfaktor aufzutau- chen. Könnte sich jedes vernichtete Leben mit einem Buchungsbetrag von 5 Mio. DM »zu Worte melden«, dann würde sich diese Technik möglicherweise ganz

⁶⁸⁹ Nur wenige Unternehmen verstehen sich inzwischen so weitgehend als »Dienstleister« an der Gesellschaft und gegenüber ihren Mitarbeitern, daß die von ihnen geschaffene Lebensqualität parallel zu den wirtschaftlichen Sachverhalten thematisiert wird. Das »Wirtschaften mit und für Menschen« steht als Gegenpol zu der »Wirtschaft als Profitmaschine«, in der apriori alles »gut« ist, was die Lasten auf andere abwälzt und den Nutzen für einige Profiteure maximiert.

⁶⁹⁰ Die »Ethik« behandelt ja nichts anderes als die Gesamtheit moralischer Lebensgrundsätze. Sie ist als solche Bedingung menschlichen Seins und Inbegriff der Humanität, weil in ihr der Mensch sein »Mensch-Sein« thematisiert und mit der Bewußtheit ausstattet, die ihn über andere Lebewesen hebt. Die »Ökologie« hingegen ist nicht einfach eine »Umweltwissenschaft«, sondern thematisiert den *Lebensraum*, wie er wiederum erstrangig von Menschen wahrgenommen und gewünscht wird. Neben dem rein naturwissenschaftlichen Erkenntnisinteresse steht hier die Frage des »Mensch-Seins« in seiner Wechselwirkung mit dem den Menschen umgebenden Lebensraum zur Debatte. Es sind die *menschlichen Sinne*, die gewisse Zerstörungen reklamieren und die Frage aufwerfen, ob der Nutzen des einen den Schaden der Allgemeinheit rechtfertigt. Beide Themengebiete, Ethik und Ökologie, sind natürlich nur diskutierbar, sofern es eine Allgemeinheit mit Stimme gibt. Das heißt, ihnen geht ein *Vergesellschaftungsprozeß* der Individuen notwendig voraus. Im Zuge der Verbindung von Individuen zu Gruppen, Gemeinschaften und Gesellschaften entstehen die Kultur, die Sitte, der Begriff des Humanen und der Anspruch an seine Qualität, so daß die »Humanität« als Stellvertreterin der verschiedenen Facetten in dem gleichen Prozeß angeführt werden kann.

schnell auch nicht mehr »rechnen«⁶⁹¹. Könnte jeder Beschäftigte für die Verletzung seiner Menschenwürde einen Betrag einklagen, so wie etwa ein Schmerzensgeld bei Vorfällen im privaten Bereich möglich ist, dann würden sich auch bestimmte Unternehmenstechniken nicht mehr rechnen, bei denen der Mensch heute noch seine bürgerlichen Freiheiten »an der Stechuhr abgeben muß«.

Zweierlei kann man dazu ganz grundsätzlich anmerken. Eine auf Herrschaft bauende Ökonomie zielt von ihrer Anlage her auf manigfache Formen der Ausbeutung. Sicherlich werden in dieser Ökonomie viele Werte durch Fleiß erstellt, aber ebenso selbstverständlich werden in ihr Lasten verteilt, für die der Belastete keine Ansprüche geltend machen kann. Das Recht auf eine angemessene Bewertung der Belastungen kann eine Person, die nicht im Zentrum der Macht steht, durch gute Rede alleine nicht geltend machen. Und deswegen bleibt es auch ein kaum zu lösendes Problem der Rechtsprechung, die zu ertragenden Lasten dergestalt in Geldwert zu bemessen und ursächlich zuzuordnen, daß sie als Faktoren überhaupt in die Bilanz desjenigen eingehen, der da einen privaten Nutzen aus der unvergüteten Belastung anderer zieht.

Wo wir hingegen Genossenschaften im weitesten Sinne des Wortes antreffen, da sind die Gruppen, die sich im Falle der herrschaftlichen Ausbeutung gegenüberstehen, in einem geeinten sozialen Körper aufgegangen. Statt etwa in den Grenzen eines Unternehmens in Arbeitgeber und Arbeitnehmer gespalten zu sein, suchte die alte Genossenschaft ihre Mitglieder mit gleichen Rechten und Pflichten zu assoziieren. Oder, übertragen auf die Ereignisse innerhalb der Grenzen einer Gebietskörperschaft, würde deren Selbstverwaltung automatisch Energiegewinnungsverfahren und sonstige Techniken begünstigen, bei denen die Gefährdung der Mitglieder kritisch mit berücksichtigt wird. Letztlich hätte ein jeder seine Handlungen gegenüber der nachwachsenden Jugend, gleichaltrigen und älteren Genossen *zu verantworten*, weil er mit ihnen über längere Zeiträume hinweg sozial verbunden ist und somit nicht nur natürlich ein »Gewissen gegenüber der Gruppe« in sich trägt, sondern auch *tragen muß*, da er anders als durch besondere Umsichtigkeit und Gerechtigkeit gar nicht positiv auffallen kann.

Eine *allgemeine* Theorie der Unternehmung, der Wirtschaft und der sozialen Organisation würde im ersten Schritt die Unterscheidung der zwei Hauptabteilungen disjunktiv entgegenstehender Sozialbeziehungen erfordern. Ihr müßten die soziologischen Grundbegriffe »Herrschaft« versus »Genossenschaft« als *Ausgangstatsachen* gelten, in deren Spannungsfeld sich dann die *sozialen Bewegungen* auf der Zeitachse wiederfinden lassen. Statt dessen wird die eine Hauptabteilung, die der Herrschaft, mit der »allgemeinen Theorie« gleichgesetzt und ihr Gegenbegriff

⁶⁹¹ ... und schon gar nicht, wenn die Krankenkassen und Lebensversicherungen von den Kraftwerksbetreibern *heute* die Rücklagen für alle statistisch erwartbaren Krankheits- und vorzeitigen Sterbefälle der nächsten 10.000 Jahre einfordern dürften, wo die in den Verkehr gebrachten Materialien und Freisetzungen der Betreiber immer noch ihren Schaden anrichten, aber wofür die Betreiber schlicht die Verantwortung ablehnen bzw. im Schutze des für solche Fälle veralteten Rechtssystems die zukünftigen Lasten auf den Staat, zukünftige Gesellschaften und betroffene Einzelpersonen abwälzen.

unter herrschaftliche Kategorien subsumiert. Man ist so auf herrschaftliche Zusammenhänge konzentriert, daß die Wahrnehmung des genossenschaftlichen Gegenmusters schlicht hinter der Fixierung auf das Herrschafts-Muster verschwindet. So dieses »Verschwindenlassen« die Dimension einer wie auch immer motivierten Verhaltenssystematik annimmt, greift dafür der Begriff der »Ideologie«.

Eine Ideologie läßt sich als Ideologie entlarven, indem man die perspektivische Verengung des Denkansatzes entdeckt und einen allgemeingültigeren Ansatz formuliert, der alle oder mehr Fälle enthält als die ideologische Verengung. Eine solche Aufdeckung ideologisch verengter Ansätze wäre nicht zu fordern, weil die Ereignisse der Vergangenheit uminterpretiert werden müßten. Die Vergangenheit existiert als Tatsache völlig unabhängig von der Frage, welchen Ausschnitt der Mensch daraus verstanden hat und in seiner Kommentierung hervorhebt. Nein, der eigentliche Punkt bei der Auseinandersetzung ist das *handlungsleitende Wissen*, mit dem der Mensch auf die Gegenwart und Zukunft einwirkt. Ein ideologisch verengter Ansatz, der als angebliche Lernerfahrung der Vergangenheit umschlägt in Handlungsanleitung, der *schafft* sich über die Wissensvorprägung eine entsprechende Realität, weil die ideologische Verengung das Spektrum der Möglichkeiten genau auf diese verengte Vorstellung hin verkürzt.

Der herrschaftliche Aufbau der Gesellschaft im Faschismus wie bereits in den Jahrhunderten davor erforderte systemimmanent, daß das Wissen um eine anders mögliche Alternative abgespalten und ausgeblendet wurde. Diese Abspaltung war Bestandteil einer *Reduzierung von Legitimationskosten* im Zuge der installierten hierarchisch-monokratischen Personenanordnung, in der die Untergeordneten keinen Kostenvergleich alternativer Modelle durchführen und statt dessen den *blinden Glauben* an die Richtigkeit ihrer alternativlosen »Wahl« wahren sollten. Deswegen ginge es bei einem Streit über die Existenz ideologischer Verkürzungen auch nicht um konkrete Personen, die absichtlich oder im Irrtum befindlich Ideenträger der Verkürzung waren, sondern Thema ist das Spektrum der *Handlungsmöglichkeiten* und Wirkungsannahmen im Kausalzusammenhang. Ein begründet erweiterter Ansatz läßt Alternativen denkbar werden und schafft eine andere Erkenntnisgrundlage für das Experiment, das dann als neue Tatsache bestätigend oder widersprechend auf die Theorie zurückwirkt.

4.3. Franz Oppenheimers Zukunftsvision der Freibürgerschaft

Seiner »Theorie der Herrschaft« stellt HONDRICH einen Vers BERTOLT BRECHTS voran:

»Ach, wir hatten viele Herren,
Hatten Tiger und Hyänen,
Hatten Adler, hatten Schweine.
Doch wir nährten den und jenen.
Ob sie besser waren oder schlimmer:
Ach, der Stiefel glich dem Stiefel immer.
Und uns trat er. Ihr versteht, ich meine,
Daß wir keine andern Herren brauchen,
sondern keine!«⁶⁹²

Was die Demokratie benötigt, ist kein wie auch immer legitimer Herrschaftsapparat, sondern eine verfeinerte Technik der Bürgerorganisation. Von diesem Ideal eines funktionierenden Gemeinwesens der Bürger, die auf entsprechenden Versammlungen die Richtlinien der Politik ihres unmittelbaren Handlungsbereiches diskutieren und für übergeordnete Zusammenhänge sachbezogen Delegierte bestimmen, die aber auch als Bürger in ihrer beruflichen Praxis soweit gebildet wurden und gewohnt sind initiativ zu werden, daß man es allgemein vorzieht, die notwendigen Projekte in eigener Regie umzusetzen, als sich von Dritten verwalten oder bedienen zu lassen, sind wir heute noch ein gutes Stück weit entfernt.

Dennoch: Was OPPENHEIMER unter dem Begriff der »Freibürgerschaft« einer möglichen Zukunftsgesellschaft ausgemalt hat, das könnte den Zustand am Ende eines langen Entwicklungsprozesses beschreiben, eines Prozesses vieler »Häutungen« gesellschaftlicher Ordnungen,

- von der ursprünglichen Gewalt des »Siegerrechtes« im Raubstaat
- über die durch erste Regelungen zur dauerhaften Bewirtschaftung einer Unterklasse durch eine Oberklasse angelegten Rechtsvorstellungen im Klassenstaat
- über den Einzug ethisch fundierter und die Gesamtheit eines Volkes gleichermaßen umfassender Gerechtigkeitsvorstellungen im modernen Verfassungsstaat
- bis hin zu jener Ordnung, die man nur vage erahnen kann, wenn man den gesellschaftlichen Prozeß der Demokratisierung und wirtschaftlichen Emanzipation gedanklich fortschreibt⁶⁹³.

Man weiß über diese »mögliche Zukunft« so wenig, wie man einst über die konkreten Auswirkungen der Aufhebung des Drei-Klassen-Wahlrechtes wußte.

⁶⁹² BERTOLT BRECHT: Das Lied vom Wasserrad. Zitiert nach KARL OTTO HONDRICH, Theorie der Herrschaft, Frankfurt a. M. 1973, S. 4.

⁶⁹³ Einen solchen Versuch, die Zukunftsordnung auszumalen, unternahm OPPENHEIMER in seinem utopischen Roman „Sprung über ein Jahrhundert“, der 1932 unter dem Pseudonym Francis D. Pelton in Bern erschienen ist.

Und dennoch finden solche Entwicklungen mit gewisser Zwangsläufigkeit statt und beruhen auf einer sozialen Gesetzmäßigkeit, die da lauten könnte: Eine Gesellschaft mit verletztem Konsens ist eine innerlich angespannte, mit sich selbst beschäftigte, in Sachfragen durch Klasseninteressen überlagerte, suboptimal handelnde und deswegen letztlich an ihren inneren Widersprüchen leidende Gesellschaft. Mit jedem Schritt nach vorne im Sinne einer (Auf)Lösung der inneren *Gegensätze* (nicht der Vielfalt!) nähert sich der Gesellschaftsverband einem Zustand höherer Leistungsfähigkeit, Wohlstand, Akzeptanz und Einsatzfreude seiner Bürger für das Gemeinwesen.

Vergleicht man die OPPENHEIMERSche Sicht der Zukunft mit den üblichen Weltuntergangsszenarien der christlichen Religionen, der Konfliktforscher, der Ökologen, der Arbeitsmarkttheoretiker, der Migrationsforscher, der Bevölkerungsstatistiker und anderer Prognostiker, dann hebt sie sich durch einen erfrischenden, wenngleich auch nicht weniger streng begründeten Optimismus von den dunklen Szenarien der »Mitbewerber« ab. Zumindest drängt sich mir der Eindruck auf, als schrieben die ins Negative tendierenden Prognosen vor allem die historisch real gegebene Situation des (Existenz)Kampfes von Mensch gegen Mensch fort, bei dem die Unterdrückung, Ausbeutung und instrumentellen Lügen samt der sie begleitenden analytischen Verstandesirrtümer weiter die Oberhand führten und das Menschheitsschiffchen deswegen unentwegt in Chaos und Stürme getrieben wird, bis es schließlich zerbricht. OPPENHEIMER hält dem die Überzeugung entgegen, daß für die Menschheit ein Weg aus der Gewalttätigkeit, der Ungerechtigkeit und den Falschheiten im öffentlichen Leben herausführt, wenn es gelingt, die heilende und wertschaffende Kraft der Arbeit in ihrer höchsten, freiheitlichen und von aller Ausbeutung freien Form zu entfalten. Die Arbeit (oder Dienstleistung) und nicht der (politische) (Verteilungs)Kampf ist der Schlüssel zum Wohlstand; die Freiheit des Ökonomischen von dem politischen Mittel, also die Kultivierung des Ökonomischen und nicht die Kultivierung des Politischen, ist der Schlüssel zum Ausgleich der Einkommen und Klassen- oder Standesgegensätze.

Selbstbestimmung und Selbstverantwortung sind die beiden Seiten der Emanzipation, einmal ausgedrückt in der Maßzahl hinzugewonnener Freiheit und einmal ausgedrückt in der Maßzahl aufgebener Leichtigkeit. Der befreite Mensch wird es schwerer haben in seinem Leben, weil er mehr begreifen muß, mehr durchdenken muß, mehr an Unsicherheit aushalten muß, für Fehleinschätzungen stärker selber gestraft wird etc. Deswegen rufen alle, die es heute noch nicht gelernt haben, die Bürden der Freiheit selber zu tragen, nach einem Herrn, einem Gesetz, dem Staat oder einer Verwaltung, die für sie denken und regeln möge, was aus der Unfähigkeit zur Eigenständigkeit heraus angst macht. Aber, und das sei hier als Herausforderung und Zielvorgabe für den kulturell einzuschlagenden Weg formuliert, je weitergehend zukünftige Generationen auf ihrem Bildungsweg lernen, diese Lasten zu tragen, desto leichter werden ihnen die Lasten scheinen und wird die Fähigkeit zur selbstverantworteten Selbstbestimmung wachsen. Das heißt nicht, daß die Gesellschaft der Zukunft ohne Kooperationen und ohne einen Gesellschaftsvertrag auskommen würde. Es heißt aber, daß die Kooperationen auf der wertmäßigen

Grundlage emanzipierter Persönlichkeiten aufbauen, von denen es keiner mehr nötig hat, sich dem anderen zu unterwerfen und auch niemand mehr auf die Idee käme, in dem anderen etwas anderes als einen Partner zur Bewältigung gemeinsamer Herausforderungen zu sehen.

Die in einem solchen Geiste geordneten Verhältnisse des arbeitenden Menschen werden natürlich zurückwirken bis hinein in die Familien. Wenn heute noch das Herr-Untertan-Verhältnis der ökonomischen Sphäre als Muster hineinwirkt bis in die Geschlechterbeziehung und auch die Heranwachsenden zuweilen auf die unterste Stufe einer herrschaftlichen Hierarchie stellt, so wird die genossenschaftliche Ordnung der ökonomischen Beziehungen positiv zurückwirken auf alles Private. Der Mensch, dem die Würde des anderen ein viel selbstverständlicher zu schützendes Gut sein wird, dürfte dann aus der Übertragung zwischenmenschlicher Gerechtigkeit heraus nach gesellschaftlichen Rechtsnormen verlangen, die der erreichten Würde im Privaten entsprechen. Was so als Rechtsnorm mit innewohnender Gerechtigkeitsvorstellung erst einmal postuliert ist, wird an den Grenzen zwischen den Völkern nicht haltmachen, sondern deren Umgang miteinander prägen, zumal durch die Befriedung der politischen Verhältnisse im Inneren und den Fortfall der Sonderinteressen einer herrschenden Klasse die Anlässe fortfallen, die früher die Herrschenden ihre Völker in kriegerische Auseinandersetzungen treiben ließen.

Wenn in der vorliegenden Arbeit auch schon die meisten Zukunftserwartungen OPPENHEIMERS vorgetragen wurden, so scheint es mir dennoch berechtigt, das Bild des »Anderen« und »Besseren« abschließend noch einmal in verdichteter Form darzustellen. Eine solche Zusammenfassung kann natürlich nicht ersetzen, was dem Leser des utopischen Romans oder des Kapitels über die »klassenlose Gesellschaft« im System der Soziologie⁶⁹⁴ an zusammenhängendem Eindruck vermitteln würde. Aber es vermag doch die Linie anzugeben, die OPPENHEIMER zutreffend vor über 60 Jahren zeichnete, auf der sich unsere Gesellschaft und die Völker als solche tatsächlich entwickelt haben und auf der sie sich mit einer erheblichen Wahrscheinlichkeit weiter entwickeln werden, wenn denn die Führer der politischen Systeme nicht, völlig blind und ratlos geworden, das emanzipatorische Projekt der Menschheit vorher ihrem Zweifel opfern. Der tiefgründige Ausspruch MARK TWAINS: »Und als sie ihr Ziel aus den Augen verloren, da verdoppelten sie ihre Anstrengungen«, kann sich jederzeit zum Schaden der Völker bewahrheiten. Und gerade darum, weil heute wieder allseitig die »fehlenden politischen Visionen« beklagt werden, mag man den von OPPENHEIMER eingebrachten Diskussionsbeitrag zur Kenntnis nehmen wollen und seine, auf Freiheit und Gerechtigkeit bauende, von theoretischer Substanz untermauerte Vision zum machbaren Sollzustand erklären, auf den hin sich die Gesellschaft mit jeder bewußten Entscheidung in ihren dezentralen Entscheidungszentren kulturell geeint zubewegen könnte.

⁶⁹⁴ FRANZ OPPENHEIMER, *System II, Der Staat*, S. 726-811.

4.3.1. Die Organisation der Staaten

„Die Tendenz⁶⁹⁵ der Entwicklung des Staates führt unverkennbar dazu, ihn seinem Wesen nach aufzuheben: er wird aufhören, das »entfaltete politische Mittel« zu sein und wird »Freibürgerschaft« werden. Das heißt: die äußere *Form* wird im wesentlichen die vom Verfassungsstaate ausgebildete bleiben, die Verwaltung durch ein Beamtentum: aber der *Inhalt* des bisherigen Staatslebens wird verschwunden sein; die wirtschaftliche Ausbeutung einer Klasse durch die andere. Und da es somit weder Klassen noch Klasseninteressen mehr geben wird, wird die Bürokratie des Staates der Zukunft jenes Ideal des unparteiischen Wahrers des Gemeininteresses wirklich erreicht haben, dem die heutige sich mühsam anzunähern versucht. Der »Staat« der Zukunft wird die durch Selbstverwaltung geleitete »Gesellschaft« sein.“⁶⁹⁶

An der Stelle des alten Staates „steht jetzt die *föderalistische Gesellschaft* auf dem Plan; das heißt: *ein Gemeinwesen, das allen örtlichen und beruflichen Gruppen grundsätzlich soviel Freiheit läßt, wie mit dem Wohl der Gesamtheit irgend verträglich ist.* Zentralisiert sind wahrscheinlich noch die großen Verkehrsunternehmungen, weil sonst leicht Privatmonopole entstehen könnten, zentralisiert sind selbstverständlich Recht und Gerichtswesen, weil im ganzen Kreise gleiches Recht und gleiche Rechtspraxis herrschen müssen, zentralisiert ist, solange es noch nötig ist, das Wehrwesen und ein Teil der Polizeimacht usw. Aber im übrigen begnügt sich der »Staat« damit, seinen Untergliedern gewisse Mindestleistungen vorzuschreiben und behält sich die Aufsicht darüber vor, läßt ihnen aber in diesem Rahmen völlig freie Hand und hat nicht im mindesten etwas dagegen einzuwenden, wenn sie aus eigenen Steuermitteln in Schule und Straßenwesen, in Bauten und Kunstpflege usw. die Minima beliebig überschreiten; er stachelt diesen Wettbewerb der Kollektivitäten um die höchste Ehre innerhalb der ganzen Gemeinschaft im Gegenteil nach Kräften an.“⁶⁹⁷

Die Zentralisierung durch den absoluten Staat war nach OPPENHEIMER einst eine unvermeidliche Notwendigkeit, weil das durch die Ausschreitungen des politischen Mittels geschaffene Chaos gar nicht anders hätte geschlichtet werden können als durch die Schaffung eines »Staatsuntertan« nach einheitlichem Recht. „Es war ein Stück des Weges zur Gerechtigkeit, das hier gegangen wurde: denn Gerechtigkeit ist Gleichheit, und der absolute Staat hat wenigstens die Gleichheit der Untertanenschaft hergestellt.“⁶⁹⁸ Dennoch war dieser »Gipsverband«, unter dem „die vollkommen zerbrochenen Knochen der Gemeinschaft wieder zusammenheilen konn-

⁶⁹⁵ Fußnote im Text: „»Tendenz, d. h. ein Gesetz, dessen absolute Durchführung durch gegenwirkende Umstände aufgehalten, verlangsamt, abgeschwächt wird.« (Marx, Kapital, III, 1, p. 215.)“

⁶⁹⁶ FRANZ OPPENHEIMER: *Der Staat* (kleine Ausgabe), Berlin 1990, S. 131.

⁶⁹⁷ FRANZ OPPENHEIMER, *System II, Der Staat*, S. 774.

⁶⁹⁸ ebenda

ten“, ein Übel, denn die Zentralisierung „diente zuletzt doch immer der Herrschaft und der Ausbeutung und der Niederpflügung allen Eigenwuchses“⁶⁹⁹.

In seinem utopischen Roman läßt OPPENHEIMER seine Figur im Jahre 2032 dem fragenden Zeitreisenden aus der Vergangenheit erklären:

„»Allüberall das gleiche Possenspiel! Erobernde Gewalt schafft den Staat, die Eroberer werden zum Adel, die unterjochten Bauern und auf höherer Stufe auch die Städter haben zu zinsen, zu fronden und zu bluten. Dann schlagen sich die Prinzen um die Krone, in diesen Kämpfen verkommt der alte Adel, und ein neuer Adel schwingt sich empor, fast sämtlich Unfreie, Hofdiener und Gardisten, vielfach die übelsten Emporkömmlinge. Sie drücken die freien Bauern in Knechtschaft, sperren das Land, und stürzen ihren Staat in hoffnungslose Anarchie. Die Wildvölker überschwemmen die Länder, bis endlich der mächtigste der Magnaten eine neue Ordnung schafft. So entsteht der absolute, der *zentralisierte* Staat als Retter, der aber dann die letzten Reste der alten gewachsenen Ordnung der Gemeinschaft zerstört.«

»Wie war es denn vorher?«

»Man könnte es allenfalls Föderalismus nennen. Selbstverwaltung in Dorf, Gau und Stadt, in Zunft und Gilde. Der Staat kümmert sich nur um die Steuern. Im übrigen läßt er seine Untertanen leben, wie sie es gewöhnt sind; fast jeder Gau hat sein eigenes Recht, seine alte Sitte und Tradition in Tracht, Hausbau und Geräten, oft genug seine eigene Sprache. Aber der zentralisierte Staat zerschlägt das alles. Er kann eben nur den 'Untertanen' gebrauchen, den normalisierten Menschen, und reguliert alles von oben her, mit einer Bürokratie, die zuletzt das Volk auffrißt, bis die bürgerlichen Revolutionen eine Zeitlang wieder eine neue Ordnung schaffen, indem sie den Menschen befreien. (...) Damit war der Klassenstaat überwunden. Aber es blieb noch die Zentralisierung zu beseitigen. (...) Erst seitdem ist eine vernünftige Regierung überhaupt möglich geworden.«

»Was verstehst du darunter?«

»Nun, sehr einfach. Demokratie unter sehr starker Führerschaft.«

»Das galt meiner Zeit als unvereinbar.«

»War's aber nicht. Kennst du HEGEL? Auf höherem Niveau versöhnen sich die Gegensätze in der Synthese. Wir haben die Synthese von Liberalismus und Sozialismus, die ihr auch für unvereinbar hielten, auf dem Gebiet der Wirtschaft, und die Synthese von Demokratie und Führerschaft auf dem der Politik verwirklicht.«

»Warum ist das früher unmöglich gewesen?«

»Weil eure Staaten zentralisiert waren. Da bedeutet Demokratie notwendigerweise auch den zentralen Parlamentarismus, und der war ein neues Übel. Wer kam hinein? *Die Redner*: Rechtsanwälte und Journalisten, Syndizi der großen Kapitalmagnaten, Priester, Männer mit geläufiger Zunge. Wer aber gehörte hinein? *Die Schaffer*, die Sachverständigen, die Organisatoren, aber die haben nicht die Zeit zu vielen Reden, und meistens keine Neigung dazu. Haben Besseres zu tun. Nur im kleineren Kreise ist Demokratie möglich. Sogar ROUSSEAU hat immer nur an Kantone wie sein heimatliches Genf gedacht, aber nicht an Großstaaten oder gar an den Weltstaat. Im kleinen Kreise kennt man sich, und da kommen ohne weiteres die Schaffer an die Spitze.«⁷⁰⁰

⁶⁹⁹ ebenda

⁷⁰⁰ FRANCIS D. PELTON (Pseudonym): Sprung über ein Jahrhundert, Bern 1932, S. 143 ff.

Für den zentralen Parlamentarismus und das heutige Parteienwesen prognostiziert OPPENHEIMER auch an anderer Stelle einen radikalen Wandel. Echte Parteien werde es in einer Zukunftsgesellschaft nicht mehr geben, „wo die Klassen verschwunden sind: »denn eine völlig homogene Gesellschaft wäre nicht mehr imstande, dauernde Parteigegensätze in sich zu bergen«. Wohl aber wird es, hoffentlich, unechte Parteien, Parteigungen und Fraktionen genug geben, in denen der Ehrgeiz strebt, sich an die höchste sichtbare Spitze durchzuringen, zur Führerschaft im kleineren oder größeren Kreise: vom Vorstand des Vergnügungsvereins über den Stadtverordnetenvorsteher der Kleinstadt bis zum Präsidenten der nationalen Republik, des Völkerbundes und vielleicht des planetarischen Bundes. Davon sofort!

Zunächst die Feststellung, daß aller solcher Aufstieg nicht mehr wie heute durch die Begabung des Agitators zur rednerischen Faszination⁷⁰¹ der Masse und zur Skrupellosigkeit der Versprechungen, sondern lediglich durch wirkliche Leis-

⁷⁰¹ Hier sei ein für Sprachforscher interessanter Hinweis angebracht. Als OPPENHEIMER im Jahre 1925 den vorliegenden Text erstmals veröffentlichte, da schrieb er noch von der »faszistischen Diktatur« und dem »Faszismus«. Es fällt auf, daß es zwischen der »Begabung des Agitators zur rednerischen Faszination« und dem Begriff des »Faszismus« sowohl äußerlich als auch sinngemäß vom beschreibenden Vorgang her eine deutliche Parallele gibt. Der Duden, Herkunftswörterbuch der deutschen Sprache (Etymologie), Mannheim 1989, versucht eine Erklärung des Wortursprungs »Faschismus« über den italienischen Begriff »*fascio*« (Rutenbündel). „Das Rutenbündel mit Beil war nämlich Symbol altrömischer Herrschergewalt und wurde als solches von den Anhängern des Fascismo übernommen und als Abzeichen getragen.“ (S. 176) Man gesteht an der Stelle aber gleichzeitig ein, daß der lateinische Begriff »*fascis*« »(Ruten)bündel« etymologisch nicht sicher gedeutet sei. Geht man bei seinem Deutungsversuch aber von dem lateinischen Begriff »*fascino*« (beschreien, behexen) oder italienisch »*fascino*« (Zauber) aus, dann wird man unwillkürlich mit der wohl ältesten Form der Herrschaft auf Erden konfrontiert, nämlich jener des Geisterglaubens und der Angst vor den rational nicht faßbaren Naturgewalten, die erst den Medizinmännern (und evtl. auch Frauen) die geistige Macht über ihre Stämme verliehen und später in Europa die katholische Kirche ein hartes Regime führen ließen (Inquisition und massenhafte Aneignung von Grund und Boden durch Erbschaften von verängstigten Gläubigen). Dem Psychoanalytiker wie auch der Feministin wird die angeregte Interpretation noch eine weitere Plausibilität aufweisen. Das lateinische Substantiv von »*fascino*«, »*fascinus*«, ursprünglich mit »Behexung« übersetzt, bezeichnet das männliche Glied, das als Amulett gegen die Behexung getragen wurde. Das ist insofern interessant, wie das Rutenbündel in der FREUDSchen Psychoanalyse ebenfalls als Phallussymbol verstanden wird und in dem Begriff der Herrschaft die Erhebung des durch Krieg und Fehde zu Sklaven und Reichtum gekommenen Mannes über die Gemeinschaft (und Familie) gedanklich enthalten ist. Man ist geneigt zu sagen, daß mit dem Begriff des Faschismus die primitivste und ursprünglichste staatsbildende Gewalt bezeichnet wird, die der Mensch kennt, nämlich die der Räuberbande, die sich ihren Raubstaat errichtet. Und sie ist dem (männlichen?) Menschen möglicherweise triebhaft gegeben wie der Trieb schlechthin, der nach Mitteln und Wegen zur Paarung oder auch nur Befriedigung suchen läßt. Die Selbstverständlichkeit, mit der beispielsweise kriegerische Auseinandersetzungen mit Massenvergewaltigungen einhergehen, wirft ein Licht auf die unkultivierte Form der Sexualität und die Nähe der Sexualität zur Gewalt unter bestimmten Bedingungen. Der Begriff »Gewaltorgie« deutet auf die Ähnlichkeit des Rauschzustandes von Machttempfindung und sexueller Erregung. Und alles das, was an primitiver Ursprünglichkeit im Menschen schlummert, läßt sich wiederum in der faschistischen Symbolik und Praxis wiederfinden. Daß dabei das Gehirn anscheinend einem Leistungsverlust bzw. einer einseitigen Ausrichtung zugunsten des Übergriffs unterliegt, scheint Teil der Triebhaftigkeit oder »Behexung« zu sein.

tungen im Interesse der kleineren oder größeren Gruppe möglich ist, in der er aufsteigen will. (...)

Dem bloßen Redner, dem Agitator mit dem schwülen Kopf und dem kalten Herzen, fehlt hier der Resonanzboden, den nur die Klassenscheidung bieten kann. (...) Hier handelt es sich nicht mehr darum, den Gegner für das bekannte Gemisch von Schurke und Trottel zu erklären und selber die unmöglichsten Versprechungen zu machen, sondern hier handelt es sich um praktische Leistungen: um Straßen, Häfen und Eisenbahnen, öffentliche Bauten, Verwendung der Steuermittel, da es hier nicht mehr darum geht, die Lasten auf die Schultern der einen zu legen, um die anderen zu bereichern. Hier sind alle Interessen gleich, und somit ist das Ziel für alle dasselbe: es kann sich nur darum handeln, welches der Zwischenziele zunächst, und wie es am besten erreicht werden kann. Und darüber entscheidet nicht mehr »Rednergebärde und Sprechergewicht«, sondern Sachverstand und ehrliche Arbeit. (...): wo es sich nicht um hohe Politik, sondern um praktische Aufgaben handelt, da kommen »the brains to the top« wie in den genossenschaftlichen Kolonien nach NORDHOFF überall.

Und es handelt sich nirgends mehr um hohe Politik. Das wollen wir zunächst für die Innenpolitik darlegen. Es gibt keine Klassengegensätze mehr, die auszugleichen und im Notfall niederzuhalten sind; es gibt keine partikulären Klasseninteressen mehr, die miteinander in dem widerlichen Schacher des heutigen Parlamentbetriebes kompromittieren. Und mehr:

Es gibt keinen zentralisierten Staat mehr!

Der zentralisierte Staat von heute, der sich in alles mischt, der alles regiert und reguliert, der dem Bürger kaum in seinen privatesten Verhältnissen etwas freien Raum läßt, ist geradeso expropriert, von innen her ausgehöhlt und entkräftet, wie der Kapitalismus, dessen Gehäuse er war.⁷⁰²

Die Möglichkeit einer funktionierenden Demokratie ist nach OPPENHEIMER gebunden an die Umwandlung des Zentralstaates in ein föderales System. In diesem stehen ganz unten die überschaubaren Einheiten der Gemeinden, Stadtteile oder Genossenschaften, in denen die Menschen zuallererst mit eigenen Mitteln in Übereinstimmung mit den übergeordneten Rechtsvorschriften den Teil ihrer Angelegenheiten besorgen, der ausschließlich sie selber betrifft. Hier bereits soll gelten, daß bei dem Einsatz der erhobenen Steuermittel nicht Luzern für Bern bezahlt und beide zusammen für Genf, sondern ein jeder Kanton und in diesem wieder jede Untereinheit zuallererst einmal für sich selber sorgt. Davon mag man in Katastrophenfällen aus Gründen der Solidarität und Mitmenschlichkeit abweichen, aber nichts fördert nach OPPENHEIMER so sehr die Sparsamkeit einer öffentlichen Verwaltung als die Verbindung von Leistungsentrichter und Leistungsbezieher auf einem Gebiet. Wenn in den zur demokratischen Regelung geeigneten Verbänden ein bestimmtes Budget zu Verfügung steht, das es optimal zu verwenden gilt, dann wird man damit sorgsamer umgehen und der Verwaltung andere Aufträge erteilen, als wenn ein anonymes zentraler Geldtopf mit einer fernstehenden zentralen Verwal-

tung in jedem Fall bedrängt und belagert werden muß und am Schluß jeder für die Dinge soviel erhält, wie man dem entfremdeten Verteilungsmechanismus eben abzuschwatzen geschafft hat.

Von den dezentralen demokratischen Gemeinwesen ausgehend sollen dann jeweils qualifizierte Personen in die übergeordneten Verbände hineingewählt werden, damit man dort etwa auf Kreis-, Stadt- oder Kantonsebene die Dinge besorge, die alle untergeordneten Einheiten gemeinsam angeht, aber nicht das gesamte Land. Auf dieser Ebene solle auch die Landesverteidigung organisiert werden, so daß keine zentrale Regierung mehr über Truppen verfüge, die sie aus zentralistischem Interesse gegen ihre Landesteile oder Nachbarn einsetzen könne, sondern angewiesen ist auf die Entsendung von Truppen aus den Landesteilen, die dem Ruf nur folgen werden, wenn ein echter Verteidigungsfall vorliegt⁷⁰³.

Eine so von unten her aufgebaute Ordnung wird alles andere als anarchistisch oder führungslos sein. Es wird weiterhin Ordnung geben, wenn auch mit einem anderen Zuschnitt der politischen Gebiete, anderen Zuständigkeiten der Gewählten und anderen Auswahlverfahren als im zentralistischen Parlamentarismus üblich sind. Zwei weitere Textstellen mögen dies abschließend veranschaulichen. In der ersten zitiert OPPENHEIMER CONSTANTIN FRANTZ:

„Soll in einem Staat politische Freiheit bestehen, so muß das Volk sich selbst *regieren*. Die Teilnahme an der Gesetzgebung folgt dann ganz von selbst, während nicht umgekehrt aus dem Letzteren auch das Erstere folgt« (S. 247). »Mag die Zentralgewalt im Kabinett eines absoluten Monarchen oder in einer konstitutionellen Kammer oder in einem souveränen Konvente ruhen, das ändert sehr wenig an der Sache. Immer bleibt die politische Freiheit haltungslos und kaum mehr als ein frommer Wunsch, *solange die Gemeinden, Kreise und Provinzen nicht auf eigenen Füßen stehen*. Ist dies nicht der Fall, so muß man sie auf eigene Füße zu stellen suchen, und nur insoweit das gelingt, wird politische Freiheit Wurzeln schlagen« (S. 214).

»Weil also die Repräsentation sich gar nicht an die wirkliche Gliederung des Staates und der Gesellschaft anschließt, sondern vielmehr selbst desorganisierend wirkt, indem die Wahlversammlungen die verschiedensten Elemente zusammenwerfen, und die Wahlkreise die bestehenden Korporationen sehr häufig durchschneiden, so müssen sich wohl Parteien organisieren, um irgendeinen Halt zu gewinnen« (S. 316). Was aber kommt dabei heraus? »Aussicht, gewählt zu werden, haben dabei im Durchschnitt nur solche Kandidaten, die selbst Durchschnittsmenschen sind, für die am leichtesten die

⁷⁰³ Hier geht es wohlgerne um eine föderale und keine partikularistische Ordnung, wie es sie in Deutschland vor der Vereinigung der Kleinstaaten gegeben hat. »Der Partikularismus will nicht die Dezentralisation, sondern die Zentralisation, nur auf kleinerem Gebiet: statt *eines* zentralisierten Großstaates eine Reihe locker verbundener zentralisierter Kleinstaaten. Das ist ganz etwas anderes, und gewiß nichts gutes.« (FRANZ OPPENHEIMER, *System II, Der Staat*, S. 776 f.) Im Partikularismus der Kleinstaaten haben die Herrscher ihre Völker ganz genauso gegeneinandergehetzt, wie es seitens der Herrscher von Großstaaten üblich ist. Im Föderalismus hingegen gibt es keine Armee, die einem Herrscher (oder einer herrschenden Klasse) zur Verfügung steht, sondern es gibt nur die Milizen der Bürger mit vielleicht einigen dauerhaft besoldeten Spezialisten, die an einem Krieg niemals interessiert sein können, weil in jedem Krieg das Volk mit Blut und zerstörten Gütern bezahlt, was die herrschenden Cliquen im Krieg für sich an Vorteilen zu realisieren hoffen.

⁷⁰² FRANZ OPPENHEIMER, *System II, Der Staat*, S. 772 f.

erforderliche Stimmenmehrheit zu gewinnen ist, weil jedenfalls nichts Auffallendes an ihnen hervortritt, was diesen oder jenen Wähler abstoßen könnte. Die Mittelmäßigkeit ist *privilegiert*. Dazu der unvermeidliche Humbug, weil die große Masse der fast immer kenntnislosen Wähler, deren Stimmen gleichwohl entscheiden, durch Agitationsmittel und Wahlmanöver gewonnen sein will, worauf sich in der Regel oberflächliche Menschen am besten verstehen, gediegene Charaktere aber und gründliche Köpfe sich kaum einlassen mögen« (S. 326). »Wie ganz anders wäre es, wenn die Deputierten nicht bloße Wählerhaufen verträten, sondern die Provinzen, die Kreise oder wenigstens die Gemeinden, überhaupt Korporationen, und darum ihren Deputierten zum wirklichen Rückhalt dienten« (308).⁷⁰⁴

Die Genossenschaft „braucht, um zu handeln, in der Regel eine Leitung, ROUSSEAU »prince« (ein Wort, das durchaus nicht immer eine Einzelperson bezeichnen soll): einen »Herzog« im Kriege, eine Regierung und Richter im Frieden. Die Leitenden haben dem Sinn der Genossenschaft zufolge nur den Willen des Souveräns auszuführen und besitzen nur in den ihnen gesteckten Grenzen selbständige Verfügung; sie sind jederzeit abrufbar und für Überschreitungen ihrer Amtsbefugnisse verantwortlich. Das ist dasjenige, was wir im Gegensatz zur herrschaftlichen die genossenschaftliche Führerschaft, oder im folgenden kurz: Führerschaft schlechthin nennen wollen.

Diese Führerschaft hat sogar der wildeste aller Anarchisten, BAKUNIN, als notwendig anerkannt: »Ich anerkenne, daß eine gewisse, nicht automatische, aber freiwillige und durchdachte Disziplin, die vollständig im Einklang steht mit der Freiheit der Individuen, immer notwendig ist und bleiben wird, und zwar jedesmal dann, wenn viele freiwillig vereinigte Individuen eine gemeinsame Aktion ausüben wollen. Diese Disziplin ist dann nichts anderes als die freiwillige und durchdachte Übereinstimmung aller individuellen Anstrengungen zur Erreichung eines gemeinsamen Ziels Inmitten der Aktion scheiden sich natürlich die Rollen ... die einen leiten und befehlen, die anderen führen die Befehle aus. Aber keine Funktion erstarrt, fixiert sich und bleibt unwiderruflich einer Person übertragen Keiner erhebt sich über den anderen, oder wenn er sich erhebt, so geschieht es nur, um, wie die Wellen des Meeres, einen Augenblick später zurückzufallen In diesem System gibt es eigentlich keine Macht. Die Macht liegt in der Gemeinschaftlichkeit und wird der wahre Ausdruck der Freiheit eines jeden Jeder gehorcht nur, weil der Führer ihm nur das befiehlt, was er selbst will.«⁷⁰⁵ Und an anderer Stelle: »Wenn ich mich vor der Autorität von Spezialisten beuge, ... tue ich das, weil diese Autorität mir von niemanden aufgezwungen ist, nicht von Menschen und nicht von Gott.«⁷⁰⁶ ⁷⁰⁷

⁷⁰⁴ FRANZ OPPENHEIMER, *System II, Der Staat*, S. 778.

⁷⁰⁵ Fußnote im Text: „BAKUNIN: Das knutogermanische Kaisertum und die soziale Revolution, S.9/10.“

⁷⁰⁶ Fußnote im Text: „Ebenda, S.111.“

⁷⁰⁷ FRANZ OPPENHEIMER, *System II, Der Staat*, S. 236 f.

4.3.2. Die Organisation der Wirtschaft

Damit in einer Marktwirtschaft Kapitalismus herrschen kann, bedarf es nach OPPENHEIMER des »freien« Arbeiters im doppelten Sinne: »frei« bzw. »ledig« von jeglicher Verfügung über die zur Produktion notwendigen Mittel, die in den Händen einer »besitzenden« bzw. darüber im eigenen Interesse verfügenden Klasse konzentriert sein müssen, und zweitens eines Überhangs der so zur Abhängigkeit verurteilten Klasse, die durch den ihr innewohnenden Angebotszwang bei Strafe ihres Unterganges gezwungen ist, sich der Bewirtschaftung durch die ökonomisch stärkere Klasse zu unterwerfen. Wenngleich es auch noch andere Möglichkeiten der Ausbeutung von Abhängigkeiten gibt, so liegt doch die stärkste Fessel für eine ökonomisch unterlegene Klasse in der Unmöglichkeit, durch Einsatz ihrer Arbeit die Mittel zu erwerben, die notwendig wären, um sich aus all den möglichen Formen der ausbeutbaren Abhängigkeit zu lösen.

Wenn OPPENHEIMER auch bis zu diesem Punkt der Beschreibung kapitalistischer Wesenheit mit MARX übereinstimmt, so kann es seiner Ansicht nach doch zu keinem Erfolg führen, wenn die politische Herrschaft auf dem Sektor der Wirtschaft durch eine noch verschärfte Form der Herrschaft politischer Apparate oder Parteien ersetzt wird. Wo Macht sich konzentriert, da wird sie auch mißbraucht. Und kein noch so sehr von seiner eigenen edlen Gesinnung überzeugter Kommunist hat es vermocht, in einem politischen System, das von vornherein auf die Konzentration von Macht angelegt war, die Freiheit, Individualität, Gerechtigkeit und Würde des Menschen zu beschützen, auf die hin der ganze Versuch angelegt war. OPPENHEIMERS Kritik annehmen hinsichtlich der »sozialen Unmöglichkeit« des Kapitalismus heißt deswegen in keinsten Weise, mit den von MARX inspirierten Kritikern des Kapitalismus bei der gezeichneten Alternative übereinzustimmen, sondern bedeutet in scharfem Gegensatz dazu, der Freiheit des Einzelnen in einem umfassenderen Sinne zum Durchbruch zu verhelfen und der zur Ausbeutung und Mißbrauch führenden Konzentration von Macht mit emanzipatorischen Zielsetzungen entgegenzutreten. Das, was eine freiheitliche und kulturell hochstehende Wirtschaftsorganisation zu leisten vermag, gilt es mit OPPENHEIMER zu entwickeln. Erst wenn jeder Erwerbsfähige grundsätzlich jederzeit eine auf sich gestellte, selbständige Tätigkeit aufnehmen könnte und der Verzicht darauf auf einem freien Entschluß beruht, zu dem keine Not ihn zwingt, ist ein Zustand der gesellschaftlichen Entwicklung erreicht, bei dem wirklich jeder Mensch seine Würde hinreichend verteidigen kann und »frei« ist im Sinne des alten Liberalismus⁷⁰⁸. Eine auf Fähigkeiten, Mitteln und Möglichkeiten beruhende Freiheit ist eine auf Unabhängigkeit und Leistungsbereitschaft beruhende Freiheit, die der Einzelne sich jederzeit erkämpfen und verteidigen kann. Sie wurzelt als Freiheit in dem entwickelten Individuum und ist keine Freizügigkeit in dem Sinne, wie sie die herr-

⁷⁰⁸ „Was fordert denn der Liberalismus für das Individuum oder die Persönlichkeit? *Er fordert Freiheit*. Was aber ist Freiheit? ARISTOTELES sagt: „Der eine Bestandteil der Freiheit ist, abwechselnd zu regieren und regiert zu werden, der andere, zu leben nach eigenem Belieben.“ FRANZ OPPENHEIMER, *System II, Der Staat*, S. 801.

schenden Klassen stets bei ihrem Ausbeutungsbegehren gegen ihre Ausbeutungsobjekte in Anschlag bringen. Aber mögen sie ruhig weiter dafür einstehen, Preise und Vertragsbedingungen zu eigenem Gunsten mit welchen Mitteln auch immer verbessern zu dürfen: Wo es keine Not mehr gibt, sich diesem Ansinnen zu beugen, wird es objektiv keine Chance mehr geben, es durchzusetzen. Wenn also jemals die Freiheit erreicht sein wird, die ein jedes Gesellschaftsmitglied sich durch eigene Befähigung zum Handeln erworben hat, dann wird die heute noch anzutreffende unterschiedliche Deutung des Begriffes »Freiheit« - je nach der Klassenlage und dem Interesse des Sprechers - verschwinden und als »frei« nur noch gelten, wer vor keinem Zwang mehr sich zu beugen genötigt ist und mittels seiner Arbeit auch seine Freiheit sich jederzeit erhalten kann.

Freiheit und Demokratie werden bei OPPENHEIMER von der Emanzipation des wirtschaftenden Menschen ausgehend entwickelt. Daß der Mensch nach dieser Freiheit kraft seiner Vernunft strebt und die erwartbare Modernisierung der Gesellschaft auf diesem Wege vonstatten geht, beschreibt die für ihn erkennbare Tendenz. Sie mündet in einem dem Kapitalismus seiner Zeit konträren Modell. Eckpunkte darin sind

- die (klassen-)monopolfreie Wirtschaft,
- der Wegfall der »Reservearmee« und ein höherer Grad an Selbständigkeit in frei zustandegekommenen Kooperationsbeziehungen,
- der Ausgleich aller Einkommen durch freien Wettbewerb.

In seinem utopischen Roman trägt OPPENHEIMER das Problem der Machtasymmetrie als Kernproblem des Kapitalismus im Rahmen eines Dialogs vor: „Monopol heißt, Ausschluß der freien Konkurrenz aufgrund einer Übermacht. Wo Konkurrenz besteht bei Vorhandensein von Monopolen, da ist es nicht freie, da ist es gefesselte Konkurrenz. Da zieht der Monopolist am langen Hebelarm, da ist die Waage des Marktes gefälscht, - und das war der Kapitalismus.“⁷⁰⁹ Entsprechend war zur Überwindung des Kapitalismus „keine funkelneue Wirtschaftsmaschine aufzubauen, wie die Kommunisten faselten, sondern bloß die Konkurrenz von ihrer Hemmung zu befreien. Und das war, einmal erkannt, sehr einfach. Im Verhältnis zu den Utopien der Weltverbesserer soviel einfacher, wie es einfacher ist, einem geknebelten Menschen die Fesseln abzunehmen, als einen künstlichen Menschen zu fabrizieren.“⁷¹⁰ „Schon vor zweihundert Jahren hat der Amerikaner CAREY die Wahrheit fast ganz in der Hand gehabt, und sein deutscher Schüler DÜHRING und dessen Schüler haben sie immer wieder in die Welt hinausgerufen. Aber niemand wollte sie hören. (...) Klassenbefangenheit! Die Bürger verteidigten unbewußt ihre Privilegien - und die Proletarier ließen sich von ihnen das Gesetz des Denkens vorschreiben. (...) Die Bürger erklärten die gefesselte, oder sagen wir besser die ungleiche Konkurrenz, d. h. die Konkurrenz zwischen Ungleichen, für die freie oder gleiche Konkurrenz, und deshalb wollten die Arbeiter die Konkurrenz überhaupt abschaffen. (...) Plan setzt fest, was wie und wo an Gütern herge-

stellt wird, wie es dahin gebracht wird, wo man's braucht, und an wen es ausgegeben wird. Irrtümer gibt's nicht! Reibung gibt's nicht! Der Mensch als Maschinenteilchen - wahrhaftig, von allen Illusionen eurer wahnsinnigen Zeit die allerverrückteste! (...) Man hielt die Krankheit für die Gesundheit. (...) Stell' dir eine ganz isolierte Insel vor, deren sämtliche Einwohner schon als kleine Kinder malarischkrank werden. Was werden die Anatomen glauben müssen? Natürlich, daß eine Riesenmilch die Norm ist. Das sind eure Mammutvermögen. Die Physiologen werden annehmen, daß alle zwei Tage Schüttelfrost und hohes Fieber natürlich sind. Das sind eure Wirtschaftskrisen. Und die Priester werden zu einem Gott des Fiebers nach einem feierlich ausgebildeten Zeremonial beten lassen und das Schwarzwasserfieber als Strafe der Sünden darstellen.“⁷¹¹ Mit der Abschaffung der »Konkurrenz der Ungleichen« muß der Mehrwert verschwinden. „Die Riesenvermögen und Rieseneinkommen des Kapitalismus kann es nicht mehr geben, ebensowenig wie allgemeine Krisen. Die Ergiebigkeit der Arbeit ist sehr groß, dank der Verwendung sehr starker Maschinerie; daher lebt jeder Arbeitende in Wohlstand.“⁷¹²

Das Gleichgewicht der »reinen Ökonomie« wird sich nach OPPENHEIMER auf den Punkt einstellen, den bereits JOHANN HEINRICH VON THÜNEN beschrieb: „*Wenn durch den Preis der Ware die Arbeit von gleicher Qualität in allen Gewerben gleich hoch gelohnt wird, so findet das Gleichgewicht statt.*“ Den dahinterstehenden Ausgleichmechanismus beschrieb ADAM SMITH mit den Worten: „Wenn in derselben Gegend irgendeine Beschäftigung entweder vorteilhafter oder weniger vorteilhaft wäre, als die übrigen, so würden in dem einen Falle so viele ihr zuströmen, in dem anderen so viele sich von ihr abwenden, daß ihre Vorteile bald wieder mit denen anderer Beschäftigungen in eine Linie kämen.“ Der *freie Wettbewerb* hat demnach die Wirkung, daß der Schuster auf die Dauer nicht mehr verdienen kann als der Schneider, „der Fabrikant von Automobilen nicht mehr als der Fabrikant von Stecknadeln, der Arzt nicht mehr als der Anwalt.“⁷¹³ Wo sich dieser Effekt bislang nicht einstellte, ist der Zustand des Kapitalismus demnach noch nicht überwunden und das Ziel der Sozialen Marktwirtschaft mit immanent ökonomischem Ausgleichmechanismus nicht erreicht.

Besonders die fortbestehende »Konkurrenz der Ungleichen« auf dem Sektor der Umsetzung von Arbeitspotentialen in wirkende Marktangebote und Nachfrage hat den von OPPENHEIMER vorhergesagten Zustand der »reinen Ökonomie« bei weitem noch nicht erreicht. Nach wie vor haben die Arbeitnehmer noch keine Majoritätsbeteiligung an den Unternehmen erworben, die ihre Arbeitsplätze stellen, und sind bis heute unfähig, sich in genossenschaftlichen Unternehmen unabhängig von sogenannten »Arbeitgebern« zu organisieren. Daß die Arbeitnehmer kulturell auf dem unemanzipierten Niveau *abhängig* Beschäftigter verharren, zeugt von einem geistigen Überbau der Wirtschaftsgesellschaft, der in Theorie und Zielsetzung klar dem Interesse der Arbeitgeber und heutigen Produktivkapitaleigner folgt. Über die

⁷⁰⁹ FRANCIS D. PELTON (F. OPPENHEIMER): Sprung über ein Jahrhundert, Bern 1932, S. 72 f.

⁷¹² FRANCIS D. PELTON (F. OPPENHEIMER): Sprung über ein Jahrhundert, Bern 1932, S. 74.

⁷¹³ FRANCIS D. PELTON (F. OPPENHEIMER): Sprung über ein Jahrhundert, Bern 1932, S. 64 f.

⁷⁰⁹ FRANCIS D. PELTON (F. OPPENHEIMER): Sprung über ein Jahrhundert, Bern 1932, S. 67 f.

⁷¹⁰ Ebenda.

Formen des klassengebundenen theoretischen Denkens äußerte OPPENHEIMER kritisch:

„Nirgend liegt natürlich die Gefahr tendenziöser Induktion und Deduktion in so hohem Maße vor, wie in denjenigen Wissenschaften, die sich mit den Interessenssphären der großen Klassen selbst beschäftigen, vor allem also in den Staatswissenschaften und der Geschichtswissenschaft. Darum hat es bisher in der Ökonomik noch nie etwas anderes gegeben als Klassentheorien; alle Meinungskämpfe ihrer Vertreter waren, ihnen selbst natürlich völlig unbewußt, sublimierte Klassenkämpfe; (...) Klassenvertreter waren alle unsere großen Meister, von den kleinen Epigonen gar nicht zu sprechen. QUESNAY und seine Schüler, die Physiokraten, vertraten das Interesse der Großlandwirtschaft, die durch den Merkantilismus geschädigt war, der seinerseits wieder Klassenvertreter des Handelsstandes war. Dann erstand ADAM SMITH als der Klassenvertreter der neu aufkommenden Industrie, und RICARDO und MALTHUS waren geradezu Klassenadvokaten der zur vollen Herrschaft gelangten Großbourgeoisie gegen den neu entstehenden Sozialismus, der seinerseits in fast allen seinen Spielarten nichts weiter war und ist als die wissenschaftliche Formulierung der proletarischen Klassenziele und Klassenwege zum Ziele.“⁷¹⁴

Alle Formen der Arbeiterbildung, die den Menschen auf breiter Basis zu einer höheren Autonomie in der Produktionssphäre führen könnten, werden als wichtiger Bestandteil einer Zukunftsgesellschaft von den Verantwortlichen weder erkannt noch gestützt. Die Entwicklung anderer Unternehmensformen, mittels derer die abhängig Beschäftigten zu unabhängigen, selbstorganisierten Teilhabern eines Unternehmens aufsteigen könnten, werden ausgerechnet unter fälschliche Berufung auf OPPENHEIMER verunmöglicht († 300). Dabei ist der Schritt in eine Erwerbslandschaft, in der der Arbeiter formell oder faktisch Teilhaber des Betriebes sein wird⁷¹⁵ *der emanzipatorische Schritt* schlechthin, den eine Kulturnation leisten müßte, um die Hauptquelle ausbeutbarer Abhängigkeiten, exorbitanter Einkommensunterschiede, kapitalistischer Nachfragekrisen und rentabler Arbeitslosigkeit im Verteilungskampf der Klassen dauerhaft zu überwinden.

„KRUPP hatte auf der Höhe seiner Tätigkeit vor dem Kriege nahezu 100.000 Arbeiter und Angestellte. Wenn jeder von ihnen aus eigenem Vermögen tausend oder zweitausend Markt Genossenschaftsanteil hätte zeichnen oder Aktien hätte übernehmen können, so hätten sie zusammen das Werk erwerben oder ein gleiches errichten können. Das aber wird in der reinen Ökonomie der Fall sein.“⁷¹⁶

In keinem ökonomischen System kann mehr an erzeugten Produkten und Dienstleistungen abgesetzt werden, als die Produzenten in ihrer Eigenschaft als Konsumenten mit ihren Arbeitserträgen eintauschen oder »bezahlen« können. Dieser unauflösbare Zusammenhang gilt sowohl für das Maximalniveau gesellschaftlich möglicher Produktivität, welches natürlich begrenzt ist durch die Menge der ein-

⁷¹⁴ FRANZ OPPENHEIMER, *System I, Soziologie*, S. 683 f.

⁷¹⁵ Vgl. FRANZ OPPENHEIMER, *System II, Der Staat*, S. 754 f.

⁷¹⁶ FRANZ OPPENHEIMER, *System II, Der Staat*, S. 744. Gemeint sind Goldmark von vor 1918. Tausend Mark jener Zeit entsprechen etwa 140.000 DM heutiger Währung. Nach den mir vorliegenden Angaben enthielt die Goldmark etwa 7,74 g Reingold, welches pro Gramm gegenwärtig etwa 18 DM kostet.

setzbaren Arbeit⁷¹⁷ und durch den gesellschaftlich beherrschten technologischen Standard. Produktions- und Konsumkraft einer Wirtschaftsgesellschaft sind aber auch miteinander verknüpft und können in ihrer Entfaltung weit unterhalb des durch Arbeit und Technik möglichen Niveaus verharren, wenn ihre freie Entfaltung gehemmt wird. Ein solches Hemmnis liegt mit der Machtasymmetrie zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Kapitalismus systemimmanent vor. Die Abhängigkeit des Arbeitnehmers wirkt sich insbesondere bei begleitender hoher Arbeitslosigkeit über das Lohnsystem gegen die Lohnhöhe des Arbeitnehmers aus. Die erzielten Gewinne der Unternehmenseigner und -leiter lassen sich von diesen kaum noch verkonsumieren und *müssen* wiederum angelegt oder »investiert« werden. Entweder zwingt der vorhandene Vermögenüberschuß den Unternehmer, den so schon nicht vollständig absetzbaren Produkten weitere hinzuzufügen, möglich ist auch die so schon zu geringe Kaufkraft der Arbeitnehmer durch weitere Rationalisierungsinvestitionen zu verkürzen, oder aber das Geld wird zinsbringend in die Verschuldung von Staat und Privathaushalten gegeben. Die einmal aus dem Lot gebrachte Gleichzeitigkeit von Produktion und Konsum hat die Tendenz, auf der Zeitachse eine Spaltung der Gesellschaft herbeizuführen, die den unterlegenen Teil auf Dauer von einer produktiven Marktteilnahme ausschließt und zum Sozialfall macht (solange die verbliebene Ertragskraft der Sicherungsgemeinschaft der Arbeitnehmer noch groß genug ist, um sich massenhaft Sozialfälle leisten zu können).

Die Überwindung der kapitalistischen Krisen und Sicherung eines dauerhaften Wohlstandes ist unmittelbar geknüpft an die Realisierung *maximal hoher* Löhne. Das mag angesichts gegenwärtiger Diskussionen erst einmal irritieren, doch bedeutet verdient hohe Löhne in jeder Hinsicht einen *Fortschritt* auf dem Weg der Sozialen Marktwirtschaft, sowohl was das Auseinanderdriften oder Zusammenwachsen der sozialen Klassen angeht als auch hinsichtlich der Realisierung des möglichen Technologiefortschrittes. „Eine Maschine ist, volkswirtschaftlich gesehen, ein Ding, das Arbeit spart, ist aber, vom privatwirtschaftlichen Standpunkt des Unternehmers gesehen, ein Ding, das Löhne spart. Folglich sind um so gewaltigere Maschinen rentabel, je höher die Löhne stehen. Dennoch wird das Produkt billiger. (...) Da in der reinen Ökonomie die Löhne ihr mögliches Maximum erreichen, ist auch dem Maximum der technisch möglichen Maschinerie die Rentabilität sicher.“⁷¹⁸

⁷¹⁷ Man darf in diesem Zusammenhang unter »Arbeit« nicht alleine jenen Teil verstehen, der in einer Gesellschaft unmittelbar in die Erzeugung von Gütern eingeht, sondern muß den ganzen Bereich der erbrachten Dienste sehen, die in ihrer Summe letztlich den erwirtschafteten Wohlstand möglich machen. Dazu gehören beispielsweise auch Bildungsinvestitionen, die einer Person als Aufwand nicht unmittelbar honoriert werden, aber die erbrachten Leistungen einer Person aufwerten und sich auf längere Sicht dann doch »bezahlt machen«. »Produktivität« mag man so gebunden sehen an das unmittelbare »zu Markte bringen« von Gütern oder Diensten. »Produktivitätssteigernd« ist in diesem Sinne aber auch jeder erbrachte Dienst, der die Leistungsfähigkeit von Menschen herstellt oder erhält. Inwieweit er die Grenzen der Privatwirtschaft der Haushalte verläßt, an den Markt herantritt und eine entsprechende Marktbewertung erfährt, ist eine andere Frage.

⁷¹⁸ FRANZ OPPENHEIMER, *System II, Der Staat*, S. 748. Man findet den technologischen Fortschritt und die steigende Produktivität einer Wirtschaft unmittelbar gekoppelt an maximal

4.3.3. Ethik und Ziele der Gemeinschaft

„Die Gruppe ist ihrem Wesen nach essentiell statisch. Aber die Umwelt wandelt sich und mit ihr muß sich, durch neue Anpassung, die Gruppe wandeln. Alte Normen werden schädlich, neue notwendig, ein »Kulturwandel« ist unvermeidlich geworden. Jedoch: der völlig domestizierte, völlig »soziale« Mensch kann ihn nicht anregen oder aufzwingen, dazu steht er allzu gebunden vor den Imperativen seiner Gruppe. Das kann nur der Mensch leisten, der ihnen mit etwas größerer Freiheit gegenübersteht, ein »novarum rerum cupidus«, ein »Brecher alter Werte, ein Verbrecher«: ein Reformator, ein Revolutionär, ein Prophet im allerweitesten Sinne.“⁷¹⁹

Gemeinschaften bieten dem einzelnen Menschen die Chance eines zielgerichteten »Anders-Seins-Als-Andere« oder »Mit-Sich-Selber-Identisch-Seins« in einem sozialen Rahmen, der die gegebenen Haltungen der vereinigten Individuen stabilisiert und im Falle von Wirtschaftsgemeinschaften materiell überhaupt erst ermöglicht. Gleichzeitig birgt die Suggestibilität des rein sozialen Individuums, dem die persönliche Autonomie gegenüber der Gruppe fehlt, eine neue Gefahr. Während die Formen der Herrschaft in atomisiert-individualistischen Zusammenhängen über relativ offenliegende Zwangsstrukturen erfahrbar sind und den Einzelnen gegen Widerstreben beugen, sind die in kollektiven Zusammenhängen entwickelten Unterdrückungsformen meist unmittelbar im Moralverständnis der Gruppenmitglieder verankert und insofern Bestandteil eines »So-Seins«, daß es, um kritisch gesehen werden zu können, entweder der widerstrebenden Erfahrung bedarf oder einer nicht naturgegebenen, sondern erst in der Auseinandersetzung mit sich und anderen erworbenen Reife der Persönlichkeit, die den Imperativen von Gruppen grundsätzlich eigenständig abwägend gegenübersteht.

Die Befürwortung der Genossenschaft durch OPPENHEIMER zum Zwecke des Widerstandes gegen Ausbeutung, Herrschaft und Ungerechtigkeit bedeutet nun gerade nicht, daß die Genossenschaft als *Institution* gesehen werden darf, die mit ihren Imperativen »Gutes« über die Menschheit bringt und das »Tier im Menschen« domestiziert, ohne daß der Einzelne eigentlich weiß, wie ihm geschieht⁷²⁰. Nein, den von

hohe Löhne, wenn man beispielsweise die Fertigungstechnik in der Bauindustrie betrachtet. Während in Japan angesichts fehlender und teurer Arbeitskräfte spezielle Roboter konstruiert wurden, um dortige Hochhäuser aufzubauen, wird in Deutschland dank reichlich verfügbarer, zuweilen extra aus dem »billigeren Ausland« herbeigeschaffter Arbeitskräfte an der tradierten Fertigungstechnik festgehalten. Der Anreiz zur technologischen Innovation und fortschreitenden Produktivität ist offenbar gebunden an einen machtpolitisch nicht zu bewältigenden Kostendruck, ohne den die Industrie die möglichen Innovationen unterläßt und sich im Bestehenden einrichtet.

⁷¹⁹ FRANZ OPPENHEIMER, *System I, Soziologie*, S. 537 f.

⁷²⁰ Ein derart ideologisiertes Genossenschaftsverständnis findet man häufig in der post-faschistischen und kommunistisch orientierten Genossenschaftsliteratur. In ihr ist die Genossenschaft kein Werkzeug zur Befreiung des Individuums von den Zwängen der Gesellschaft, sondern das Individuum steht auf der letzten Stufe einer Hierarchie, in der die Gesellschaft oberste Legitimität besitzt. Aus der Gesellschaftspolitik werden die Vorgaben ihrer genossenschaftlichen Glieder abgeleitet und aus diesen wiederum die Imperative, denen sich die einzelnen Genossenschaftler zu beugen haben, wenn sie denn »gute Men-

vielen Kollektivistinnen mit der Genossenschaft verknüpfte Glauben an die bessere Form »an sich« durchkreuzt OPPENHEIMER mit der Warnung vor einer falsch verstandenen, naiven und verantwortungslosen Sozialität, in die sich der Einzelne hineinfallen und treiben lassen könnte, um unversehens zum willigen Objekt jener falschverstandenen »Führer« zu werden, die ihrerseits den Imperativen der Gruppe mit weit größerer Autonomie gegenüberstehen und die ihre »Untergebenen« aufgrund der bei diesen geltenden Imperative dann nach Belieben manipulieren können.

Die Entfaltung der suprasozialen Persönlichkeit (↑ 281), die den »Imperativen der Gruppe nicht mehr im blinden Gehorsam« folgt, liegt deswegen mit der »Ausscheidung aller Institutionen, die das politische Mittel geschaffen hat«, auf einer gemeinsamen Entwicklungslinie⁷²¹. Im Zuge dieser Entwicklung erwartete OPPENHEIMER das Heranwachsen einer neuen sozialen Ordnung auf geeinter ethischer Basis. Man muß sich dazu eine Reihe fortschreitender Veränderungen über einen längeren Zeitraum hinweg vorstellen, die sich in ihrer Möglichkeit gegenseitig zur Voraussetzung haben und den Fortschritt antreiben. Der zu erklärende Zusammenhang kann dabei nicht in einem linearen Ursache-Wirkungs-Zusammenhang (vergleichbar einer Perlenkette) abgearbeitet werden, sondern ist als Fortschreiten auf der Zeitachse ein Summenergebnis tausender Ereignisse, die gegenseitig aufeinander wirken. Auf der Suche nach Freiheit und Gerechtigkeit tragen unzählige Einzelpersonen in ihrem Verantwortungsbereich zu den Veränderungen bei, die, jeweils für sich betrachtet, winzig sein mögen, aber als Bewegung von Millionen doch eine erkennbare Richtung und Wirkung aufweisen.

Ein Meilenstein auf dem Weg dieses Begehrens nach Freiheit und Gerechtigkeit ist die Überwindung der Klassenspaltung als solcher. Der zur Gerechtigkeit hin reformierte Verfassungsstaat und die Ausscheidung des politischen Mittels aus der Ökonomie hilft, die Bürger eines Landes auf eine ähnliche oder gar gleiche wirtschaftliche Grundlage zu stellen.

„Nur bei rationeller (und das ist nicht etwa die mechanische) Gleichheit kann der Consensus bestehen, und ohne Consensus gibt es keine »Gemeinschaft«. Da es diese aber ist, die »in ihrer Wesentlichkeit, als der Gott, vorgestellt, verehrt und genossen wird, in der Religion - als Bild und Anschauung dargestellt wird in der Kunst - und als Gedanken begriffen wird in der Philosophie«: so kann es echte Religiosität, echte Kunst und echte Philosophie in der zersetzten »Gesellschaft« nicht geben. Die große Problemstellung und die Kraft der Lösungen geht verloren, Scholastik, Alexandrinismus und Spezialistentum überwuchern in der Wissenschaft den weltumspannenden Geist der klassischen Zeiten, und ein böser Subjektivismus verdrängt in der Philosophie wie in der Politik den klaren, großzügigen Objektivismus, ein Zeichen der gleichen sozialen Zersetzung, die das aus all seinen gewachsenen Banden gelöste Individuum steuerlos in eine dem Abgrund zurasende

schen« sein wollen. Welcher Mißbrauch bei einem solchen Ansatz möglich ist, zeigt die faschistische und kommunistische Praxis, die letztlich auch das freiheitliche und liberalsozialistische Genossenschaftswesen in Verruf gebracht hat.

⁷²¹ Vgl. FRANZ OPPENHEIMER, *System I, Soziologie*, S. 1112.

Gesellschaft gestellt hatte: der »Modus« hat den tiefen Zusammenhang mit der sozialen »Substanz« und damit Weg und Ziel verloren.⁷²²

Hingegen: „Wo die Menschen wieder in feste gewachsene Gruppen eingeordnet sind (es müssen nicht Blutsgruppen sein; Nachbarschaften, die durch keine Klassegegensätze gespalten sind, leisten ganz das gleiche); wo infolge all dessen die antisoziale Handlung zur Seltenheit geworden ist, da ist das Gewissen wieder zum zuverlässigen Berater des Einzelnen und Wächter der Gesellschaft geworden, und man kann endlich wieder das *Vertrauen* in jeden Mitbürger haben, das den letzten und stärksten Kitt aller Gesellschaft bildet.“⁷²³

Hier eröffnet sich ein scheinbarer Widerspruch. Einmal wurde oben eine deutliche Warnung vor den das Individuum beherrschenden Imperativen der Gruppe gegeben, und nunmehr soll gerade jene Gruppe den Rahmen für eine höherstehende Sozialität abgeben? Doch hier muß der Inhalt von der Form geschieden werden. Die Gruppe als solche beschreibt das soziale Phänomen der Bindung von Individuen, die sich in dieser Konstellation nach außen leichter behaupten können. Der Akt der Bindung kann auf Blutsverwandtschaften oder traditioneller Bindung beruhen, auf situativer Solidarisierung (Flugzeugabsturz, Arbeitskollegium etc.) und frei gewählten Bindungen. Der Modus des Vorgehens, die innere Ordnung und verfolgten Zielsetzungen der Gruppe sind damit noch nicht näher bestimmt, wenn gleich sich sagen läßt, daß *freie* Gruppenbildungsprozesse nach innen einen Zustand prinzipieller Rechtsgleichheit erfordern, um zu stabilen Zusammenhängen zu führen. Könnte eine frei assoziierte Gruppe ihren Mitgliedern keine Rechtsgleichheit bieten, würden die zum Mitmachen nicht gezwungenen, unterlegenen Mitglieder eigene Vereinigungen bilden. Und genau das ist die Situation der frei gebildeten Genossenschaft, in der es wohl Demagogen geben kann, die die Gemeinschaft ausnutzen und an der Nase herumführen, aber von der sich die Mitglieder doch jederzeit lossagen können, um andere Wahlgemeinschaften einzugehen.

„Die Ausbildung des öffentlichen Geistes zeigt sich nun darin, daß genügend viele Kreise von irgendwelcher objektiven Form und Organisation vorhanden sind, um jeder Wesensseite *einer mannigfach beanlagten Persönlichkeit* Zusammenschluß und genossenschaftliche Betätigung zu gewähren. Hierdurch wird eine gleichmäßige Annäherung an das Ideal des Kollektivismus wie des Individualismus geboten. Denn einerseits findet der Einzelne für jede seiner Neigungen und Bestrebungen eine Gemeinschaft vor, die ihm die Befriedigung derselben erleichtert, seinen Tätigkeiten je eine als zweckmäßig erprobte Form und alle Vorteile der Gruppenangehörigkeit darbietet; andererseits wird das Spezifische der Individualität durch die *Kombination* der Kreise gewahrt, die in jedem Fall eine andere sein kann. So kann man sagen: aus Individuen entsteht die Gesellschaft, aus Gesellschaften entsteht das Individuum. Wenn die vorgeschrittene Kultur den sozialen Kreis, dem wir mit unserer ganzen Persönlichkeit angehören, mehr und mehr erweitert, dafür aber das Individuum in höherem Maße auf sich selbst stellt und es

⁷²² FRANZ OPPENHEIMER, *System I, Soziologie*, S. 1111 f.

⁷²³ FRANZ OPPENHEIMER, *System II, Der Staat*, S. 801.

mancher Stützen und Vorteile der enggeschlossenen Gruppe beraubt, so liegt nun in jener Herstellung von Kreisen und Genossenschaften, in denen sich beliebig viele, für den gleichen Zweck interessierte Menschen zusammenfinden können, ein Ausgleich jener Vereinsamung der Persönlichkeit, die aus dem Bruch mit der engen Umschränktheit früherer Zustände hervorgeht.“⁷²⁴

Mit SIMMEL sieht OPPENHEIMER die Freiheit des Individuums einmal über die Freiheit der Wahl verwirklicht. Sofern eine Vielfalt an Möglichkeiten zur Auswahl steht, mehrere Genossenschaften oder Vereine sich um die Mitgliedschaft oder Mitarbeit potentieller Genossen bewerben und in den Genossenschaften mehrere qualifizierte Personen zur Auswahl für die Leitungsaufgaben bereitstehen, ist die Gefahr eines dauerhaften Mißbrauchs sozialer Definitionsmacht gering. Auf der anderen Seite gibt es aber auch gar keinen Grund zur Förderung konformistischer Gruppenideologien. Die Freiheit und Selbständigkeit jedes Einzelnen gegen die Wechselfälle des Lebens zu schützen und in dem Bündnis die ganze schöpferische Kraft der Mitglieder zum Einsatz gelangen zu lassen, verspricht doch jedem Sozialverband eine Steigerung der summierten Leistungskraft. Offenheit, Kreativität und gegenseitige Sicherung der Persönlichkeitsentwicklung lassen sich zwar nicht als Genossenschaftsethik herbeireden; je weiter die Individuen jedoch ihre Entwicklung zur suprasozialen Persönlichkeit vollziehen, desto selbstverständlicher werden die von ihnen getragenen Konstruktionen der Verwirklichung individueller Freiheitsrechte im Gruppenzusammenhang dienen.

„Man kann sich einen BUDDHA, einen JESUS, einen LUTHER, einen MARX, ja nicht einmal einen wahrhaft großen Künstler, Erfinder oder Gelehrten vorstellen, der den unwesentlichen Imperativen seiner Gruppe in blindem Gehorsam gegenübersteht. Wer einmal gelernt hat, dort zu zweifeln und zu fragen, wo die Normen es verbieten, kann grundsätzlich nie wieder aufhören; (...) Und so ist jeder schöpferische Mensch eine Brücke (...) zum übersozialen Menschen (denn die »Viel-zu-Vielen«, das sind die von ihren Gruppenimperativen hilflos Gefesselten⁷²⁵); er ist ein Schritt über die Gruppe hinaus (...). Und mag der schöpferische Mensch, auch der bedeutendere, nach anderen Richtungen als der seiner Arbeit hin auch noch so fest gebunden sein (...): er hat doch einen Teil seiner Fesseln gesprengt, er hat doch ein Stück Weges zur freien autonomen Persönlichkeit zurückgelegt und damit seiner Gruppe, seiner Gesellschaft und vielleicht der Menschheit neue Wege gebahnt, um neuen Kulturwandel zu vollziehen und für neue Persönlichkeiten Raum zu schaffen, die der Menschheit neue Ziele setzen.“⁷²⁶

„Wenn ein Bild gestattet ist: einer der schönsten Bäume des Nordens ist die frei stehende Kiefer, ein breitstriger, knorriger, individuell eigenwüchsiger Baum. Aber in der modernen Kiefernforst, die um der Gewinnung von *Nutzholz* halber angelegt ist, ist die Kiefer ein trauriger Besen, der die unteren Äste abzuwerfen ge-

⁷²⁴ GEORG SIMMEL: *Soziologie*, Leipzig 1908, S.429/430, zitiert nach FRANZ OPPENHEIMER, *System I, Soziologie*, S. 542 f.

⁷²⁵ Fußnote im Text: „Die »nur Nachahmenden«, wie SPENCER (*Study of Sociology I*, S. 80) sagt, während der geniale Mensch um so weniger nachahmt, je genialer er ist.“

⁷²⁶ FRANZ OPPENHEIMER, *System I, Soziologie*, S. 539.

zwungen ist, um sich verzweifelt immer länger zu strecken, dem ihm noch vergnügten kärglichen Himmelslicht entgegen. (...) der Staatsbürger des zentralisierten Einheitsstaates wird genau so wie die Kiefer als, und auf, Nutzholz gezüchtet und ist gerade so nur eine statistische Nummer in der Rechnung des Klassenstaates und gerade so ein verkümmertes Exemplar seiner Gattung.“⁷²⁷

FRANZ OPPENHEIMERS »Utopie« gründet sich

- im Individualpsychologischen auf das KANTSche Vertrauen in die Kraft der Vernunft,
- im Sozialpsychologischen auf die Annahme sich ausdehnender Wechselseitigkeiten und somit fortschreitender Gerechtigkeit im Zwischenmenschlichen und dem positiven Recht,
- im Soziologischen auf die Emanzipation des Individuums gegenüber den herrschenden Institutionen, neue Gemeinschaftsbildung bei gleichzeitiger Ausweitung der echten Demokratie († 71), die Überwindung wirtschaftlicher Abhängigkeiten,
- im Ökonomischen auf die Ausstoßung des politischen Mittels und Herstellung des freien Wettbewerbes unter Gleichen.

„Dieses System bringt nämlich die *Synthese von Sozialismus und Liberalismus*, um das geschändete Wort, das ich lieber vermiede, in seiner alten, edlen Bedeutung zu brauchen. Es ist das höchste Ziel, dem die Gesellschaftswissenschaft zustreben kann, weil eine Gesellschaft ohne Freiheit offenbar ebenso wenig Bestand haben kann wie ohne rationelle Gleichheit.“ (...) Selbst wenn man gelten ließe, „daß in jeder vergangenen Gesellschaft Freiheit und Gleichheit sich gegenseitig ausschlossen“, so beweist dies doch nicht, „daß dies auch in jeder künftigen, anders aufgebauten Gesellschaft der Fall sein muß. Wer das für »selbstverständlich« hält, präsentiert nicht mehr eine *Tatsache*, sondern seine, bis er sie bewiesen hat, völlig unverbindliche *Meinung* als den vermeintlichen Gegenbeweis. Wir haben gezeigt, *warum* in der Vergangenheit die beiden Güter unvereinbar waren, und haben daher das Recht zu behaupten, daß nach Fortfall dieser Gründe sie in der Zukunft vereinbar sein werden. Um uns zu widerlegen, müßte bewiesen - nicht bloß behauptet - werden, daß ein unveränderliches Natur- oder Seelengesetz die Unvereinbarkeit erzwingt.

Darf ich bescheidenlich daran erinnern, was kein Geringerer als IMMANUEL KANT über solches Mißdenken geäußert hat: »Nichts kann Schädlicheres und eines Philosophen Unwürdigeres sein als die *pöbelhafte* Berufung auf vorgeblich widerstreitende Erfahrung, die doch gar nicht vorhanden wäre, wenn jene Anstalten zur rechten Zeit nach den Ideen getroffen würden, und an deren Statt nicht *rohe Begriffe*, eben darum, weil sie aus der Erfahrung geschöpft werden, alle gute Absicht vereiteln hätten«.

Dieses ist mein wissenschaftliches Testament.

Berlin, im vierundsiebzigsten Jahre meines Lebens.

FRANZ OPPENHEIMER.“⁷²⁸

⁷²⁷ FRANZ OPPENHEIMER, *System II, Der Staat*, S. 770.

⁷²⁸ FRANZ OPPENHEIMER, *Das Kapital*, Leiden 1938, S. IX-XI.

Abstract

Nach OPPENHEIMER können Marktwirtschaften zwei sozialwirtschaftliche Ausprägungen annehmen. In der »kapitalistischen« oder »politische Ökonomie« genannten spielen Vormachtstellungen und herrschaftlich gesicherte Privilegien ein, sowie ist die »Bewirtschaftung« des Menschen durch den Menschen zur Profiterzielung seitens exklusiver Kapitalbesitzer vorrangiges Motiv. Das Gegenmodell der »reinen Ökonomie« hingegen beschreibt einen theoretisch denkbaren Zustand freien Marktzuganges aller Wirtschaftspersonen, die aufgrund ihrer Eigenbefähigungen soweit unabhängig voneinander sind, daß jede Möglichkeit der Ausbeutung verschwindet.

Der natürliche Pendant des Kapitalismus auf staatlicher Ebene ist die Oligokratie: die Herrschaft der wenigen über die vielen. Das Gegenmodell der Organisation einer Gesellschaft aus wirtschaftlich »Freien und Gleichen« ist die »Demokratie« oder besser »Akratie«. In ihr tritt die Herrschaft (Kratie) zurück zugunsten einer umfassenden Selbstverwaltung des Volkes (Demos) und gleicht sich ihrem Gegenbegriff an: der Genossenschaft.

Die beiden Grundfiguren wurden nach einer historisch orientierten Einführung in die Fragestellung vom Standpunkt der theoretischen Ökonomik sowie einer öffentlichen und einer privaten Volkswirtschaftspolitik aus betrachtet. Im ersten Fall ist der Staat Träger der gemeinnützigen Wirtschaftskunst. Ihm obliegt die Sorge für die wirtschaftliche Wohlfahrt der Gesamtheit, was in der Sache nicht immer gelingt, da er in vordemokratischer, oligokratischer Verfassung zugleich ökonomische Person des Klassennutzens der herrschenden Klasse ist. Im zweiten Fall wurde daraufhin das Genossenschaftswesen als Einrichtung der privaten Volkswirtschaftspolitik diskutiert. Auch von dieser Seite gibt es starke Impulse und Möglichkeiten, ausgrenzende Vorrechte durch Selbsthilfe zu brechen und den Kreis der vollberechtigten und vollbefähigten Personen hinsichtlich wirtschaftlicher und politisch-bestimmender Teilhabe zu erweitern. Die Genossenschaft als Einrichtung und Idee ist Teil und ein privater Träger des gesellschaftlichen Demokratisierungsprozesses wie der ökonomischen Liberalisierung im ursprünglichen, nach Vervollkommnung der Gesellschaft drängenden Sinne. Ihr Gipfelpunkt, die Gesellschaft der Freien und Gleichen, steht für OPPENHEIMERS Begriff des »liberalen Sozialismus«.

In dem Schlußkapitel der Arbeit wird die Perspektive diskutiert, die sich aus der Überwindung der Herrschaft und ihrer geistigen wie materiellen Institutionen im Genossenschaftswesen, dem Staat und der Wirtschaft ergibt. Die Arbeit endet mit einer Darstellung der OPPENHEIMERSchen Zukunftserwartung.

Literaturverzeichnis

- ABEL, Wilhelm: Massenarmut und Hungerkrisen im vorindustriellen Europa. Versuch einer Synopsis. Hamburg 1974: Paul Parey
- ACHINGER, Hans: Sozialpolitik als Gesellschaftspolitik. Hamburg 1958: Rowohlt
- AKTUELLE GENOSSENSCHAFTSPROBLEME. Internationale Professoren-Konferenz über das Genossenschaftswesen, 7.-11. Okt. 1952, im Genossenschaftlichen Seminar Freidorf bei Basel. Bern 1953: Francke
- ALBERT, Hans: Modell-Platonismus. Der neoklassische Stil des ökonomischen Denkens in kritischer Beleuchtung. In: Friedrich Karrenberg, Hans Albert (Hg.), Sozialwissenschaft und Gesellschaftsgestaltung. Festschrift für Gerhard Weisser. Berlin 1963, S. 45 - 76.
- ALDENHOFF, Rita: Schulze-Delitzsch. Ein Beitrag zur Geschichte des Liberalismus zwischen Revolution und Reichsgründung. Diss. Düsseldorf, Baden-Baden 1984: Nomos
- ALDENHOFF, Rita: Der Politiker Schulze-Delitzsch. In: Deutscher Genossenschaftsverband (Schulze-Delitzsch) (Hg.): Schulze-Delitzsch, ein Lebenswerk für Generationen. Bonn 1987, S. 11 - 57.
- ALTMANN, Rüdiger: Wirtschaftspolitik und Staatskunst. Wirkungen Ludwig Erhards. Aus Anlaß seines achtzigsten Geburtstages. Bonn 1977: Ludwig-Erhard-Stiftung
- ALTVATER, Elmar; Kurt HÜBNER: Ursachen und Verlauf der internationalen Schuldenkrise. In: Elmar Altvater u. a. (Hg.), Die Armut der Nationen, Berlin 1987, S. 14 - 28.
- ALTVATER, Elmar; Kurt HÜBNER; Jochen LORENTZEN; Raúl ROJAS (Hg.): Die Armut der Nationen. Handbuch zur Schuldenkrise von Argentinien bis Zaire. Berlin 1987: Rotbuch Verlag
- ANDREAE, Clemens-August; Karl NIEHUES: Produktivgenossenschaften als alternative Unternehmensform - dargestellt am Beispiel der Gerätewerk Matri Gen.m.b.H, Tirol/Österreich. In: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Bd. 40, 1990, S. 166 - 183.
- ASCHOFF, Gunther; Eckart HENNINGSEN: Das deutsche Genossenschaftswesen. Entwicklung, Struktur, wirtschaftliches Potential. Veröffentlichungen der DG Bank, Bd. 15, Frankfurt am Main 1985: Fritz Knapp
- AXELROD, Robert: Die Evolution der Kooperation. München 1987: Oldenbourg
- BAARS, Reinhard: Die Siedlungsgenossenschaft in der Theorie und in der Praxis. Unter besonderer Berücksichtigung Franz Oppenheimers und der Obstbausiedlung „Eden“ bei Oranienburg. Diss. Würzburg 1925: Maschinenschrift
- BACK, Josef: Der Streit um die nationalökonomische Wertlehre, mit besonderer Berücksichtigung Gottls. Jena 1926: Fischer
- BACK, Josef: Die Entwicklung der reinen Ökonomie zur nationalökonomischen Wesenswissenschaft. Jena 1929: Fischer
- BÄRSCH, Hans-Jürgen: Zur Effizienz genossenschaftlicher Wirtschaftsweisen auf dem Wohnungsmarkt - ein Institutionenvergleich. Zugel. Diss. Uni Hannover. Darmstadt 1989: Dissertations Druck
- BÄRSCH, Jürgen; Cornelia CREMER; Klaus NOVY: Neue Wohnprojekte, alte Genossenschaften. Kooperationsformen zur Bestandsicherung. Darmstadt 1989: Verlag für wissenschaftliche Publikationen
- BECK, Oswald: Die Genossenschaft als Objekt der wirtschaftswissenschaftlichen Theorie. Eine systematisch-dogmengeschichtliche Untersuchung. Diss. Münster 1960: Maschinenschrift
- BECKER, Wolf-Dieter; Manfred J. M. NEUMANN: Neoliberalismus. Buchanan, Hayek, Friedman. In: Hans G. Nutzinger (Hg.), Liberalismus im Kreuzfeuer, Frankfurt am Main 1986, S. 41 - 59.
- BEIN, Alex: Franz Oppenheimer als Mensch und Zionist. In: Bulletin des Leo Baeck Instituts, Bd. 7, 1964, S. 1 - 20.

- BERDROW, Wilhelm: Buch der Erfindungen. Leipzig 1901: Otto Spamer. Neuauflage mit einer Einführung von Ulrich Troitzsch, Düsseldorf 1985: VDI-Verlag
- BERGER, Johannes; Maria FUNDER; Volker DOMEYER; Lore VOIGT-WEBER (Hg.): Selbstverwaltete Betriebe in der Marktwirtschaft. Bielefeld 1986: AJZ
- BERGER, Peter L.: Die kapitalistische Revolution: fünfzig Leitsätze über Wohlstand, Gleichheit und Freiheit. Wien 1992: Edition Atelier
- BERLINER GESCHICHTSWERKSTATT (Hg.): »Das war'ne ganz geschlossene Gesellschaft hier« Der Lindenhof. Eine Genossenschafts-Siedlung in der Großstadt. Berlin 1987: Dirk Nischen Verlag
- BERNTSEN, Roland: Dynamik in der Einkommensverteilung privater Haushalte. Eine empirische Längsschnittanalyse für die Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt am Main 1992: Campus
- BEYWL, Wolfgang; Burkhard FLIEGER: Genossenschaften als moderne Arbeitsorganisation. Studienbrief der Fernuniversität Hagen 1991. (Als Buch im Erscheinen begriffen.)
- BIEDERMANN, Karl: Das Proletariat. In: Carl Jantke, Dietrich Hilger, Die Eigentumslosen, Freiburg 1965, S. 435 - 450. Original: Biedermann, Vorlesungen über Socialismus und sociale Fragen, Leipzig 1847, S. 26 - 66.
- BIERBAUM, Heinz; Marlo RIEGE (Hg.): Die neue Genossenschaftsbewegung. Initiativen in der BRD und in Westeuropa. Hamburg 1985: VSA
- BIERVERT, Bernd; Wolf F. FISCHER-WINKELMANN; Gabriele KÖHLER; Reinhard ROCK: Verbrauchergerechte Verbraucherforschung und Verbraucherpolitik. Pilotstudie zur Vorbereitung eines Schwerpunktvorhabens im Bereich anwendungsorientierter Sozialforschung. Arbeitspapiere des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften der Gesamthochschule Wuppertal, Nr. 9, 1976
- BIERVERT, Bernd; Kurt MONSE; Reinhard ROCK; Walther SCHEEL; Hans Gerd SIEDT: Alternative Organisationsformen für die Vertretung von Verbraucherinteressen. Arbeitspapiere des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften der Gesamthochschule Wuppertal, Nr. 62, 1982
- BIHL, Gerhard: Von der Mitbestimmung zur Selbstbestimmung. Das skandinavische Modell der selbststeuernden Gruppen. München 1973: Goldmann
- BLUDAU, Kuno: Nationalsozialismus und Genossenschaften. Hannover 1968: Verlag für Literatur und Zeitgeschehen
- BLUMENBERG-LAMPE, Christine: Das wirtschaftspolitische Programm der »Freiburger Kreise«. Entwurf einer freiheitlich-sozialen Nachkriegswirtschaft. Berlin 1973: Duncker & Humblot
- BOCK, Cornel J.: Unzeitgemäße Betrachtungen zur Genossenschaftsgeschichte. In: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Bd. 18, 1968, S. 43 - 63 und Bd. 19, 1969, S. 22 - 34.
- BOETTCHER, Erik; Harry WESTERMANN (Hg.): Genossenschaften - Demokratie und Wettbewerb. Verhandlungsberichte und Diskussionsergebnisse der VII. internationalen Genossenschaftswissenschaftl. Tagung, Tübingen 1972: Mohr
- BOETTCHER, Erik: Die Genossenschaft in der Marktwirtschaft. Einzelwirtschaftliche Theorie der Genossenschaften. Tübingen 1980: Mohr
- BOETTCHER, Erik: Hermann Schulze-Delitzsch und der privatwirtschaftliche Förderungs-auftrag der deutschen Genossenschaften. In: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Bd. 33, 1983, S. 91 - 104.
- BOETTCHER, Erik (Hg.): Die Genossenschaft im Wettbewerb der Ideen. Bericht der XI. Internationalen Genossenschaftswissenschaftlichen Tagung 1985 in Münster, im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft Genossenschaftswissenschaftlicher Institute (AGI), Tübingen 1985: Mohr

BOLLBRÜGGE, Christoph Friedrich Wilhelm: Der Zustand der Tagelöhner im Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin. Vorschläge zur Verbesserung ihrer Lage. In: Carl Jantke, Dietrich Hilger, Die Eigentumslosen, Freiburg 1965, S. 71 - 82. Von den Herausgebern entnommen aus: Bollbrügge, Das Landvolk im Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin, Güstrow 1835, S. 67 - 90.

BOLTE, Karl Martin; Stefan HRADIL: Soziale Ungleichheit in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen 1984: Leske & Budrich

BONUS, Holger: Von neuem Geist beseelt. In: Wirtschaftswoche, Nr. 15 vom 4. 4. 1986, S. 72 - 74.

BRÄUNINGER, Friedrich; Manfred HASENBECK: Die Abzocker. Düsseldorf 1994: Econ

BRAZDA, Johann; Robert SCHEDIWIY: Die Genossenschaften der Konsumenten. In: Juhani Laurinkari, Genossenschaftswesen, München 1990, S. 605 - 625.

BRÜHLMIEIER, Daniel: Adam Smith. Herausgegeben von der Friedrich-Naumann-Stiftung in der Reihe »Denker der Freiheit«, Sankt Augustin 1992: COMDOK

BRUYN-OUBOTER, Hans Joachim; Rainer FELBECK; Hans HÄHNER; Jürgen MÜLLER-SPÄTH; Jochen SCHELP; Klaus ZENTARA: Industrialisierung und Soziale Frage im Wuppertal. Möglichkeiten und Grenzen einer synchronen Untersuchung mit lokal- und alltagsgeschichtlicher Schwerpunktsetzung in der Jahrgangsstufe 11.1. Wuppertal 1988: Eigenverlag

BÜLAU, Friedrich: Überbevölkerung und Nahrungslosigkeit. In: Carl Jantke, Dietrich Hilger, Die Eigentumslosen, Freiburg 1965, S. 256 - 265. Von den Herausgebern entnommen aus: Bülau, Der Staat und die Industrie, Beiträge zur Gewerbspolitik und Armenpolizei, Leipzig 1834, S. 22 - 56.

BURDINSKI, Richard: Die Bedeutung der Produktiv-Genossenschaften für den Fabrikarbeiterstand im Anschluß an eine Kritik der Vorschläge von Thornton und Lassalle. Diss. Heidelberg, Charlottenburg 1894: Gutenberg

CÁRDENAS, Eduardo: Diccionario Comprehensivo de la lengua Española. Mexiko 1987

CAREY, Henry Charles: Lehrbuch der Volkswirtschaft und Socialwissenschaft. 2. verbesserte Aufl., übersetzt von Karl Adler, Wien 1870: Wilhelm Braumüller

CLAESSENS, Dieter und Karin: Kapitalismus als Kultur: Entstehung und Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft. Düsseldorf u.a. 1973: Diederichs

CLAUB, Franz-Joachim: Wissenschaftslogik und Sozialökonomie. Über die formalistische Degeneration einer Wissenschaft. Berlin 1981: Duncker & Humblot

COCHUT, Andreas: Die Arbeiter-Associationen. Geschichte und Theorie der Versuche einer Reorganisation der Gewerbe, welche seit dem Februar 1848 gemacht worden sind. Tübingen 1852: Riecker

COMPART, Eddo: Kapitalistische Entwicklungswege bei der Genossenschaft. Frankfurt am Main 1977: Haag & Herchen

CONRAD, Gisela: Können Produktivgenossenschaften einen Beitrag zur wirtschaftlichen Eingliederung der Umsiedler leisten? Eine Untersuchung am Beispiel des Landes Brandenburg. Diss. FU Berlin 1950: Maschinenschrift

CONZE, Werner: Vom »Pöbel« zum »Proletariat«. Sozialgeschichtliche Voraussetzung für den Sozialismus in Deutschland. In: Hans-Ulrich Wehler, Moderne deutsche Sozialgeschichte, 4. Aufl., Köln 1973, S. 111 - 136. Original in: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Bd. 41, Wiesbaden 1954, S. 333 - 364.

CRÜGER, Hans: Grundriß des deutschen Genossenschaftswesens. 2. Aufl., Leipzig 1922: Gloeckner

CZAYKA, Lothar: Manipulation der Verbraucher durch die Produzenten oder durch die Wissenschaft? In: Hans G. Nutzinger (Hg.), Konsum und Produktion, Heidelberg 1983, S. 135 - 155.

DAVITER, Jürgen; Volkmar GRESSNER; Armin HÖLAND: Selbstverwaltungswirtschaft. Gegen Wirtschaft und Recht? Rechtliche und ökonomische Problembetrachtungen. Bielefeld o. J. (ca. 1986): AJZ

DEMM, Eberhard (Hg.): Alfred Weber als Politiker und Gelehrter. Die Referate des 1. Alfred-Weber-Kongresses in Heidelberg 28. - 29. Oktober 1984. Stuttgart 1986: Steiner

DEUTSCHER GENOSSENSCHAFTSVERBAND (Schulze-Delitzsch) (Hg.): Schulze-Delitzsch, ein Lebenswerk für Generationen. Bonn 1987: Deutscher Genossenschafts-Verlag

DEUTSCHER BUNDESTAG (HG.): Fragen an die deutsche Geschichte. Ideen, Kräfte, Entscheidungen von 1800 bis zur Gegenwart. Historische Ausstellung im Reichstagsgebäude in Berlin, Katalog, Bonn 1981: Eigenverlag

DG BANK: Die Genossenschaften in der Bundesrepublik Deutschland 1992, bearbeitet von Michael STAPPEL und Eckart HENNINGSEN, Neuwied 1992: Raiffeisendruckerei. (Zu beziehen gegen Entgelt von der Deutschen Genossenschaftsbank, Abt. Volkswirtschaft, Frankfurt am Main)

DIE OBSTBAUSIEDLUNG EDEN in den ersten 25 Jahren ihres Bestehen. Hrsg. vom Vorstand. Oranienburg in der Mark 1920: Verlag der Obstbausiedlung Eden eGmbH

DILCHER, Gerhard: Die genossenschaftliche Struktur von Gilden und Zünften. In: Berent SCHWINEKÖPER (Hg.), Gilden und Zünfte, Sigmaringen 1985, S. 71 - 111.

DOERING, Detmar: Liberalismus - Ein Versuch über die Freiheit. Zum Programmwurf »Bürger zur Freiheit«. In: Liberal, Heft 1/1993 S. 90 - 102.

DÖNHOFF, Marion Gräfin: Moskauer Gespräche: Eine raffigierere Nomenklatura, Verbrecherbanden, Krieg gegen Tschetschenien und eine hohe Inflation - ist Rußland noch zu regieren? In: Die Zeit, Nr. 15 vom 7. April 1995, S. 4.

DON JOSE MARIA ARIZMENDI-ARRIETA y la experiencia cooperativa de Mondragón. Mondragón 1980: Caja Laboral Popular

DORNBUSCH, Rüdiger; Stanley FISCHER: Makroökonomik, 5. Aufl., Münschen 1992: Oldenbourg

DRAHEIM, Georg: Die Genossenschaft als Unternehmungstyp. 2. Aufl., Göttingen 1955: Vandenhoeck & Ruprecht

DRAHEIM, Georg: Die morphologische Betrachtung der Genossenschaften im Verhältnis zu anderen Betrachtungsweisen. In: Draheim, Zur Ökonomisierung der Genossenschaften, Göttingen 1967, S. 38 - 52.

DRAHEIM, Georg: Genossenschaft und Erwerbsunternehmung. In: Georg Draheim, Zur Ökonomisierung der Genossenschaften, Göttingen 1967, S. 12 - 37.

DRAHEIM, Georg: Zur Ökonomisierung der Genossenschaften. Gesammelte Beiträge zur Genossenschaftstheorie und Genossenschaftspolitik. Göttingen 1967: Vandenhoeck & Ruprecht

DRAHEIM, Georg: Das mittelständische Unternehmen in der Wirtschaft von morgen. In: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Bd. 23, 1973, S. 220 - 232.

DRUPP, Michael: Zur sozialpolitischen Instrumentalfunktion von Genossenschaften im Rahmen zielgruppenbezogener Wohnungsversorgung. In: Gesellschaft, Wirtschaft, Wohnungswirtschaft. Festschrift für Helmut Jenkis, Berlin 1987, S. 113 - 124.

DÜLFER, Eberhard: In Memorandum Reinhold Henzler. In: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Bd. 19, 1969, S. 2 - 4.

DÜLFER, Eberhard: Arbeitnehmer-Mitbestimmung in Genossenschaften aus betriebswirtschaftlicher Sicht. In: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Bd. 26, 1976, S. 302 - 319.

DÜLFER, Eberhard: Betriebswirtschaftslehre der Kooperative. Kommunikation und Entscheidungsbildung in Genossenschaften und vergleichbaren Organisationen. Göttingen 1984: Vandenhoeck & Ruprecht

EGNER, Erich: Frankfurter Erinnerungen aus den Jahren 1935 - 1939. In: Bertram Scheffold (Hg.), Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler in Frankfurt am Main, Marburg 1989, S. 129 - 136.

EISENBERG, Christiane: Frühe Arbeiterbewegung und Genossenschaften. Theorie und Praxis der Produktivgenossenschaften in der deutschen Sozialdemokratie und den Gewerkschaften der 1860er/ 1870er Jahre. Bonn 1985: Neue Gesellschaft

EMGE, Emil: Die freien Sparkassen in Deutschland als freigemeinnützige Unternehmen. In: Archiv für öffentliche und freigemeinnützige Unternehmen, Bd. 3, 1957, S. 148 - 152.

ENGELHARDT, Werner W.: Prinzipielle und aktuelle Aspekte der Produktivgenossenschaften. In: Friedrich Karrenberg, Hans Albert (Hg.), Sozialwissenschaft und Gesellschaftsgestaltung. Festschrift für Gerhard Weisser. Berlin 1963, S. 439 - 460.

ENGELHARDT, Werner W.: Robert Owen und die sozialen Reformbestrebungen seit Beginn der Industrialisierung. Bonn 1972: Domus

ENGELHARDT, Werner W.: Die Produktivgenossenschaft - eine Genossenschaftsart jenseits von Individualismus und Kollektivismus für die Landwirtschaft von Entwicklungs- und Industrieländern. In: Archiv für öffentliche und freigemeinnützige Unternehmen, Bd. 10, 1974, S. 110 - 119.

ENGELHARDT, Werner W.: Zur Frage der Betrachtungsweisen und eines geeigneten Bezugsrahmens der Genossenschaftsforschung. In: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Bd. 27, 1977, S. 337 - 352.

ENGELHARDT, Werner W.: Allgemeine Ideengeschichte des Genossenschaftswesens. Einführung in die Genossenschafts- und Kooperationslehre auf geschichtlicher Basis. Darmstadt 1985: Wissenschaftliche Buchgesellschaft

ENGELHARDT, Werner W.: Zu einer morphologischen Theorie des Wandels der Genossenschaften. Bemerkungen zur ideen-, real- und dogmengeschichtlichen Entwicklung gemeinwirtschaftlicher/ gemeinwohlorientierter Kooperativen. In: Werner W. Engelhardt, Theo Thiemeyer: Genossenschaften - quo vadis? Eine neue Anthologie. Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen, Beiheft 11, 1988, S. 1 - 25.

ENGELHARDT, Werner W.; Theo THIEMEYER (Hg.): Genossenschaft - quo vadis? Eine neue Anthologie. Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen, Beiheft 11, Baden-Baden 1988: Nomos

ENGELHARDT, Werner W.: Zu einer Struktur- und Funktionsanalyse der Produktivgenossenschaften. In: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Bd. 44, 1994, S. 4 - 27.

ENGELS, Friedrich: Die Lage der arbeitenden Klasse in England. Original 1845, München 1973: dtv

ENGLÄNDER, Sigmund: Geschichte der französischen Arbeiter-Associationen. 4 Bände, Hamburg 1864: Hoffmann & Campe

ERHARD, Ludwig: Wesen und Inhalt der Werteinheit. Diss. Uni Frankfurt am Main 1925: Maschinenschrift

ERHARD, Ludwig: Einfluß der Preisbildung und Preisbindung auf die Qualität und die Quantität des Angebots und der Nachfrage. In: Marktwirtschaft und Wirtschaftswissenschaft. Eine Festgabe aus dem Kreise der Nürnberger Schule zum 60. Geburtstag von Wilhelm Vershofen. Hrsg. von Georg Bergler und Ludwig Erhard. Berlin 1939: Deutscher Betriebswirte-Verlag, S. 47 - 100.

ERHARD, Ludwig: Wohlstand für alle. Düsseldorf 1957: Econ

ERHARD, Ludwig: Deutsche Wirtschaftspolitik. Der Weg der Sozialen Marktwirtschaft. Düsseldorf 1962: Econ

ERHARD, Ludwig; Alfred MÜLLER-ARMACK: Soziale Marktwirtschaft, Ordnung der Zukunft. Manifest '72. Frankfurt am Main 1972: Ullstein

ERHARD, Ludwig: Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung. Faksimiledruck der Denkschrift von 1943/44. Frankfurt am Main 1977: Propyläen

ERHARD, Ludwig: Rede zu Oppenheimers 100. Geburtstag in der FU Berlin. In: derselbe, Gedanken aus fünf Jahrzehnten, Düsseldorf 1988, S. 858 - 864.

ERHARD, Ludwig: Gestern - Heute - Morgen. Schallplattenaufnahme vom 9. Juni 1961 im Gespräch mit Hans Otto Wesemann. Abgedruckt in Ludwig Erhard: Gedanken aus fünf Jahrzehnten, Düsseldorf 1988, S. 684 - 716.

ERHARD, Ludwig: Freie Wirtschaft und Planwirtschaft. In: Ludwig Erhard, Gedanken aus fünf Jahrzehnten, Düsseldorf 1988, S. 69 - 72.

ERHARD, Ludwig: Gedanken aus fünf Jahrzehnten. Reden und Schriften. Hrsg. von Karl Hohmann. Düsseldorf 1988: Econ

ESCHENBURG, Rolf: Genossenschaft und Demokratie. In: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Bd. 22, 1972, S. 132 - 158.

EUCKEN, Walter: Die Grundlagen der Nationalökonomie. 5. veränd. Aufl., Godesberg 1947: H. Küpper

FAUST, Helmut: Geschichte der Genossenschaftsbewegung. Ursprung und Aufbruch der Genossenschaftsbewegung in England, Frankreich und Deutschland sowie ihre weitere Entwicklung im deutschen Sprachraum. 3. überarbeitete und stark erweiterte Auflage, Frankfurt am Main 1977: Knapp

FELDERER, Bernhard (Hg.): Einkommensentwicklung und Bevölkerungsentwicklung. Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Bd. 187, Berlin 1989: Duncker & Humblot

FELDERER, Bernhard; Stefan HOMBURG: Makroökonomik und neue Makroökonomik, 4. Aufl., Berlin 1989: Springer

FINIS, Beate: Strukturelle Bedingungen der Entstehung und Entwicklung traditioneller und alternativer Genossenschaften. In: Archiv für öffentliche und freigemeinnützige Unternehmen, Bd. 14, 1985, S. 106 - 136.

FLÄXL, August: Die Produktivgenossenschaft und ihre Stellung zur sozialen Frage. (Gekrönte Preisschrift) München 1872

FLEIBNER, Hermann: Genossenschaften und Arbeiterbewegung. Dresden 1911: Kaden & Comp.

FLIEGER, Burghard (Hg.): Produktivgenossenschaften oder der Hindernislauf zur Selbstverwaltung. Theorie, Erfahrungen und Gründungshilfen zu einer demokratischen Unternehmensform. München 1984: AG Spak M 61

FLIEGER, Burghard: Erzeuger - Verbraucher Genossenschaften. Über die Chancen einer neuen Kooperationsform. In: Rolf Schwendter (Hg.), Die Mühlen der Ebenen, München 1986, S. 168 - 176.

FLIEGER, Burghard: Produktivgenossenschaften als fortschrittsfähige Organisation: Theorie, Fallstudie, Handlungshilfen. Diss. Kassel, Marburg 1996: Metropolis

FLISZAR, Fritz: Vom Untertan zum Bürger. In: Liberal, Heft 4/1992, S. 132 - 136.

FLOHR, Heiner; Klaus LOMPE; Lothar F. NEUMANN (Hg.): Freiheitlicher Sozialismus, Beiträge zu seinem heutigen Selbstverständnis, Gerhard Weisser zum 75. Geburtstag, Bonn-Bad Godesberg 1973: Neue Gesellschaft

FORD, Henry: Mein Leben und Werk. 14. Aufl., Leipzig 1923: Paul List

FRANKE, Holger: Leonard Nelson. Ein biographischer Beitrag unter besonderer Berücksichtigung seiner rechts- und staatsphilosophischen Arbeiten. Diss. Kiel, Ammersbek bei Hamburg 1991: Lotbek

FREITAG, Fritz O.: Integration und Kommunikation bei Genossenschaften. In: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Bd. 24, 1974, S. 209 - 220.

FRIEDRICH-NAUMANN-STIFTUNG (Hg.): Kleines Lesebuch über den Liberalismus. Ausgewählt, eingeleitet und kommentiert von Detmar Doering. Sankt Augustin 1992: COMDOK

FUCHS, Hans: Der Begriff der Produktivgenossenschaft und ihre Ideologie. Diss. Köln, Düsseldorf 1927: Schwann

GANS, Salomon Philipp: Von der Verarmung des Landmanns. In: Carl Jantke, Dietrich Hilger, Die Eigentumslosen, Freiburg 1965, S. 83 - 92. Von den Herausgebern entnommen aus: Gans, Über die Verarmung der Städte und des Landmanns und den Verfall der städtischen Gewerbe im nördlichen Deutschland, besonders im Königreiche Hannover, Braunschweig 1831, S. 39 - 54.

GEGENWARTSPROBLEME GENOSSENSCHAFTLICHER SELBSTHILFE. Festschrift für PAUL KÖNIG. Herausgegeben vom Institut für Genossenschaftswesen an der Universität Münster. Hamburg 1960: Edeka Verlagsgesellschaft

GERTH, Andrea; Elmar SING: Knatsch, Zoff und Keilerei. München 1992: AG-Spak 94

GESELLSCHAFT, WIRTSCHAFT, WOHNUNGSWIRTSCHAFT. Festschrift für Helmut Jenkis. Herausgegeben von Werner W. Engelhardt und Theo Thiemeyer. Berlin 1987: Duncker & Humblot

GEULEN, Dieter: Die historische Entwicklung sozialisationstheoretischer Paradigmen. In: Klaus Hurrelmann, Dieter Ulich (Hg.): Handbuch der Sozialisationsforschung. Weinheim u.a. 1980, S. 15 - 49.

GEYER, Martin H.: Soziale Rechte im Sozialstaat: Wiederaufbau, Krise und konservative Stabilisierung der deutschen Rentenversicherung 1924 - 1937. In: Klaus Tenfelde: Arbeiter im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1991, S. 406 - 434.

GIDE, Charles; Charles RIST: Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen. 3. Aufl. nach der 4. französischen Ausg., Deutsch von R. W. Horn, hrsg. von Franz Oppenheimer, Jena 1923: Fischer

GIDE, Charles: Die zionistische Kolonisation. In: Wirtschaft und Gesellschaft, Festschrift für Franz Oppenheimer zu seinem 60. Geburtstag, Frankfurt am Main 1924, S. 343 - 351.

GIERKE, Otto von: Das Deutsche Genossenschaftsrecht. 4 Bände. Bd. I: Rechtsgeschichte der deutschen Genossenschaft, Berlin 1868. Unver. fotomech. Nachdruck, Darmstadt 1954: Wissenschaftliche Buchgemeinschaft

GLAEBNER, Gert-Joachim; Klaus-Jürgen SCHERER: Korporation oder Kooperation - Reaktionäre Gemeinschaftsideologien in Deutschland, Italien und Spanien. In: dieselben, Auszug aus der Gesellschaft? Berlin 1986, S. 63 - 86.

GLAEBNER, Gert-Joachim; Klaus-Jürgen SCHERER: Auszug aus der Gesellschaft? Gemeinschaften zwischen Utopie, Reform und Reaktion. Berlin 1986: Verlag Europäische Perspektiven

GLAB, Otto: Genossenschaftskunde. Berlin 1949: Duncker & Humblot

GODSCHALK, Hugo: Die geldlose Wirtschaft. Vom Tempeltausch bis zum Barter-Club. Berlin 1986: Basis

GOLTZ, Theodor von der: Die ländliche Arbeiterfrage und ihre Lösung. Danzig 1874: Kaufmann

GOLTZ, Theodor von der: Die ländliche Arbeiterklasse und der preußische Staat. Jena 1893: Fischer

GOMEZIARA, Francisco; Estanislao BARRERA; Nicolás PÉREZ: Sociología de la prostitucion. México 1982: nueva sociología

GRANADOS, Gilberto; Erik GURGSIDIES: Lern- und Arbeitsbuch Ökonomie. Eine Einführung in die Probleme der westdeutschen Wirtschaftsentwicklung. 3. Aufl., Bonn 1985: Neue Gesellschaft

GROSSER, Dieter; Thomas LANGE; Andreas MÜLLER-ARMACK; Beate NEUSS: Soziale Marktwirtschaft. Geschichte - Konzept - Leistung. Stuttgart 1988: Kohlhammer

GUELFAT, Isaac: Franz Oppenheimers Genossenschaftslehre. In: Franz Oppenheimer, Erlebtes, Erstrebtes, Erreichtes, Lebenserinnerungen, 2. Aufl., Düsseldorf 1964, S. 364 - 370.

GUGGENHEIMER, Maria; Klaus OTTOMEYER (Hg.): Zerstörung einer Familie. Eine Fallstudie. Reinbek bei Hamburg 1980: Rowohlt

GUMFLOWICZ, Ludwig: Die Sociologische Staatsidee. 2. Aufl., Innsbruck 1902: Wagner

GUMFLOWICZ, Ludwig: Allgemeines Staatsrecht, 3. Aufl., Innsbruck 1907, Neudruck Aalen 1972: Scientia

GUMFLOWICZ, Ludwig: Ausgewählte Werke, Band 1: Geschichte der Staatstheorien. Mit einem Vorwort von Gottfried Salomon. Innsbruck 1926, Neudruck Aalen 1973: Scientia

GUMFLOWICZ, Ludwig: Ausgewählte Werke, Band 3: Der Rassenkampf. Mit einem Vorwort von Gottfried Salomon. Innsbruck 1926, original 1883, Nachdruck Aalen 1973: Scientia

GYSIN, Arnold: Franz Oppenheimer (1864 - 1943), Sein Beitrag zum freiheitlichen Sozialismus. In: Heiner Flohr u. a. (Hg.), Freiheitlicher Sozialismus, Gerhard Weisser zum 75. Geburtstag, Bonn 1973, S. 35 - 48.

HABERMAS, Jürgen: Können komplexe Gesellschaften eine vernünftige Identität ausbilden? In: Jürgen Habermas, Dieter Henrich, Zwei Reden, Frankfurt am Main 1974, S. 23 - 84.

HABERMAS, Jürgen; Dieter HENRICH: Zwei Reden. Aus Anlaß der Verleihung des Hegel-Preises 1973 der Stadt Stuttgart an Jürgen Habermas am 19. Januar 1974. Frankfurt am Main 1974: Suhrkamp

HABERMAS, Jürgen: Theorie des kommunikativen Handelns. Bd. 1: Handlungsrationalität und gesellschaftliche Rationalisierung. Bd. 2: Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft. 3. Aufl. Frankfurt am Main 1985: Suhrkamp

HÄCKER, Axel: Genossenschaftliche Zukunftsperspektiven in marktwirtschaftlich geprägten Industriegesellschaften. Berlin 1990: Duncker & Humblot

HAHN, Oswald: Zum 28. Februar 1973: Josef M. Back 70 Jahre. In: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Bd. 23, 1973, S. 1 - 2.

HAHN, Oswald: Inflationsschutz als genossenschaftliche Aufgabe. In: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Bd. 24, 1974, S. 20 - 35.

HAHN, Oswald: Die Unternehmensphilosophie einer Genossenschaftsbank. Schriften zur Kooperationsforschung, B. Vorträge, Bd. 11, Tübingen 1980: Mohr

HAHN, Oswald: Ideen, Wünsche und Versuche einer neuen Genossenschaftsbewegung. In: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Bd. 36, 1986, S. 112 - 124.

HÄNTSCHKE, H.: Die gewerblichen Produktivgenossenschaften in Deutschland. Beitrag zur Förderung der Handwerker- und Arbeiterfrage. Charlottenburg 1894: Gertz

HASELBACH, Dieter: „Franz Oppenheimer“. Soziologie, Geschichtsphilosophie und Politik des „Liberalen Sozialismus“. Opladen 1985: Leske & Budrich

HASELBACH, Dieter: Autoritärer Liberalismus und Soziale Marktwirtschaft. Gesellschaft und Politik im Ordoliberalismus. Baden-Baden 1991: Nomos

HASLINGER, Franz: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung. 5. Aufl., München 1990: Oldenbourg

HASELMANN, Erwin: Gedanken zur Theorie und Praxis in der Genossenschaftsbewegung heute. In: Archiv für öffentliche und freigemeinnützige Unternehmen, Bd. 8, 1966, S. 154 - 158.

HASELMANN, Erwin: Geschichte der deutschen Konsumgenossenschaften. Frankfurt am Main 1971: Fritz Knapp

HASELMANN, Erwin: Welchen Einfluß hatten Owens Ideen auf die sozialen und genossenschaftlichen Strömungen des 19. Jahrhunderts in Deutschland? Zur 200. Wiederkehr des Geburtstages von Robert Owen. In: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Bd. 21, 1971, S. 128 - 147.

HAUSSHERR, Hans: Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit vom Ende des 14. bis zur Höhe des 19. Jahrhunderts. 4. Aufl., Köln 1970: Böhlau

HAWTREY, Ralph George: Währung und Kredit. Nach der zweiten englischen Auflage, herausgegeben von Franz Oppenheimer, übersetzt von Ludwig Oppenheimer. Jena 1926: Fischer

HAYEK, Friedrich A.: Der Weg zur Knechtschaft, Neuauflage, München 1971: Verlag Moderne Industrie

HEGEL, Wilhelm Friedrich: Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte. Leipzig 1907: Reclam

HEIMANN, Eduard: Soziale Theorie des Kapitalismus. Theorie der Sozialpolitik. 1. Aufl. Tübingen 1929; Frankfurt am Main 1980: Suhrkamp

HEISE, Arne (Hg.): Arbeiterselbstverwaltung. München 1989: AG Spak M 95

HEISIG, Peter: Das Genossenschaftsexperiment von Mondragón. In: Gisela Notz u. a. (Hg.), Selbstverwaltung in der Wirtschaft, S. 303 - 320.

HENRICHSMEYER, Wilhelm; Oskar GANS; Ingo EVERS: Einführung in die Volkswirtschaftslehre, 5. Aufl., Stuttgart 1983: Ulmer

HENZLER, Reinhold: Erneuerung des deutschen Genossenschaftswesens. Berlin 1934: Verlag für Wirtschaft und Arbeit (Kurt Masurat)

HENZLER, Reinhold: Betriebswirtschaftliche Hauptfragen des Genossenschaftswesens. Stuttgart 1939: Kohlhammer

HERKNER, Heinrich: Die Arbeiterfrage. Band 1: Arbeiterfrage und Sozialreform, Band 2: Soziale Theorien und Parteien, 8. Aufl., Berlin 1922: de Gruyter

HERRMANN, Gernot G.: Gemeinnützige und pädagogisch-soziale Aspekte im Genossenschaftsprogramm von Hermann Schulze-Delitzsch. In: Archiv für öffentliche und freigemeinnützige Unternehmen, Bd. 13, 1981, S. 163 - 175.

HERTZKA, Theodor: Die Gesetze der sozialen Entwicklung. Leipzig 1886: Duncker & Humblot

HERTZKA, Theodor: Freiland. Ein sociales Zukunftsbild. 4. durchgesehene Aufl., Dresden 1890: Pierson

HERZL, Theodor; Franz OPPENHEIMER: Briefwechsel. In: Bulletin des Leo Beack Instituts, Bd. 7, 1964, S. 21-55.

HERZOG, Roman: Wirtschaft und Gesellschaft brauchen Pioniere. Rede des Bundespräsidenten auf dem DIHT-Kongress am 18.10.1994 in Hagen, abgedruckt im Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 100 vom 26.10.1994, S. 917 - 920.

HETTLAGE, Robert: Genossenschaftssoziologie. Ein verdrängter Ansatz wirtschaftssoziologischer Forschung. In: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Bd. 31, 1981, S. 279 - 295.

HETTLAGE, Robert: Genossenschaftstheorie und Partizipationsdiskussion. 2. überarb. Aufl., Göttingen 1987: Vandenhoeck & Ruprecht

HETTLAGE, Robert: Die anthropologische Konzeption des Genossenschaftswesens in Theorie und Praxis. - Welche Chance hat der »homo cooperativus«? In: Juhani Laurinkari, Genossenschaftswesen, München 1990, S. 27 - 49.

HETTLAGE, Robert: Die Stellung der Genossenschaften in der Wirtschaft. In: Juhani Laurinkari, Genossenschaftswesen, München 1990, S. 302 - 323.

HISTORISCHES ZENTRUM WUPPERTAL (Hg.): Katalog des Museum für Frühindustrialisierung. (Loseblattsammlung in Schatulle.) Wuppertal o.J. (ca. 1980)

HOHMANN, Karl (Hg.): Ludwig Erhard. Erbe und Auftrag. Eine Veröffentlichung der Ludwig-Erhard-Stiftung. Düsseldorf 1977: Econ

HOHMANN, Karl; Dietrich Schönwitz; Hans-Jürgen Weber; Horts Friedrich Wünsche (Hg.): Grundtexte zur Sozialen Marktwirtschaft, Bd. 2: Das Soziale in der Sozialen Marktwirtschaft. Stuttgart 1988: Fischer

HOPPE, Michael: Die klassische und neoklassische Theorie der Genossenschaften. Ein Beitrag zur Dogmengeschichte und zur neueren Genossenschaftstheorie. Berlin 1976: Duncker & Humblot

HÖSTER-PHILLIPPS, Ulrike: Wer war Hitler wirklich? Großkapital und Faschismus 1918 - 1945. Köln 1978: Pahl-Rugenstein

HUBER, Viktor Aimé: Ausgewählte Schriften über Socialreform und Genossenschaftswesen. Hrsg. von K. Munding, Berlin 1894: Pionier AG

HURRELMANN, Klaus; Dieter ULICH (Hg.): Handbuch der Sozialisationsforschung. Weinheim 1980: Beltz

INFIELD, Henrik F.: Die städtische Vollgenossenschaft. In: Archiv für öffentliche und freigemeinnützige Unternehmen, Bd. 1, 1954, S. 247 - 265.

INFIELD, Henrik F.: Utopia und Experiment. Genossenschaft und Gemeinschaft im Lichte der experimentellen Soziologie. Göttingen 1956: Schwarz

ISRAELISCHES INFORMATIONSZENTRUM JERUSALEM: Ein Brief aus Israel (Informationsbroschüre), 6. Aufl., Jerusalem 1993: Ahva Press

JÄGER, Wieland: Selbstverwaltete Betriebe - eine Herausforderung für die Soziologie. Arbeitsbericht Nr. 51 des Fachbereiches Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg 1988: Eigenverlag

JÄGER, Wieland: Neue Unternehmen und alternative Betriebe. Kulturelle Aspekte betrieblichen Handelns. Wiesbaden 1991: Gabler

JÄGER, Wieland; Wolfgang BEYWL (Hg.): Wirtschaftskulturen und Genossenschaften im vereinten Europa. Wiesbaden 1994: Gabler

JÄGER, Wilhelm; Hans PAULI (Hg.): Genossenschaften und Genossenschaftswissenschaft. Systematische, strukturelle und ordnungspolitische Aspekte des Genossenschaftswesens. Freundesgabe für Prof. Dr. Erik Boettcher zum 65. Geburtstag. Wiesbaden 1984: Deutscher Genossenschafts-Verlag

JANTKE, Carl: Der vierte Stand. Die gestaltenden Kräfte der deutschen Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert. Freiburg 1955: Herder

JANTKE, Carl; Dietrich HILGER: Die Eigentumslosen. Der deutsche Pauperismus und die Emanzipationskrise in Darstellung und Deutung der zeitgenössischen Literatur. Freiburg und München 1965: Karl Alber

JANTKE, Carl: Zur Deutung des Pauperismus. In: C. Jantke, D. Hilger, Die Eigentumslosen, Freiburg 1965, S. 7 - 47.

JARCHOW, Hans-Joachim: Theorie und Politik des Geldes. Teil 1: Geldtheorie. 7. Aufl., Göttingen 1987: Vandenhoeck & Ruprecht

JENKIS, Helmut W.: Die Genossenschaften in der Wohnungswirtschaft. In: Juhani Laurinkari, Genossenschaftswesen, München 1990, S. 634 - 653.

JONAS, Friedrich: Geschichte der Soziologie 1. Aufklärung, Liberalismus, Idealismus, Sozialismus, Übergang zur industriellen Gesellschaft. 2. Aufl., Opladen 1981: Westdeutscher Verlag

JÖSCH, Jutta: Konsumgenossenschaften und Food-Cooperatives. Ein Vergleich der Entstehungsbedingungen von Verbraucherselbstorganisationen. Berlin 1983: Duncker & Humblot

KAPLANSKY, Solomon: Realitäten und Möglichkeiten Palästinas. Mit einem Vorwort von Franz Oppenheimer. Berlin 1931: E. Laub

KARRENBERG, Friedrich; Hans ALBERT (Hg.): Sozialwissenschaft und Gesellschaftsgestaltung. Festschrift für Gerhard Weisser. Berlin 1963: Duncker & Humblot

KARTHAUS, Frank; Ulrich BIMBERG; Arno MERSMANN; Johannes MOTZ; Klaus NOVY; Günther UHLIG: Baugenossenschaften - die schwierige Selbstorganisation des Häuserbaus. In: Klaus Novy u.a. (Hg.): Anders Leben. Berlin 1985, S. 61 - 101.

KÄSLER, Dirk: Die frühe deutsche Soziologie 1909 bis 1934 und ihre Entstehungs-Milieus. Eine wissenschaftssoziologische Untersuchung. Opladen 1984: Westdeutscher Verlag

KÄSLER, Dirk: Soziologische Abenteuer. Earl Edward Eubank besucht europäische Soziologen im Sommer 1934. Opladen 1985: Westdeutscher Verlag

KAUFMANN, Franz-Xaver: Solidarität als Steuerungsform - Erklärungsansätze bei Adam Smith. In: derselbe u.a. (Hg.), Markt, Staat und Solidarität bei Adam Smith, Frankfurt am Main 1984, S. 158 - 184.

KAUFMANN, Franz-Xaver; Hans-Günter KRÜSELBERG (Hg.): Markt, Staat und Solidarität bei Adam Smith. Frankfurt am Main 1984: Campus

KAUFMANN, Heinrich: Kurzer Abriss der Geschichte des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Hamburg 1928: Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine

KEHR, Eckart: Zur Genesis der preußischen Bürokratie und des Rechtsstaates. Ein Beitrag zum Diktaturproblem. In: Hans-Ulrich Wehler (Hg.): Moderne deutsche Sozialgeschichte. Köln 1974, S. 37 - 54. Erstveröffentlichung 1932.

KEIL, Bernd; Peter STAHLCKER: Fortschritte in der personellen Vermögensverteilung? Über eine Revolution, die nicht stattfand. In: Ökonomie und Gesellschaft, Jahrbuch 2: Wohlfahrt und Gerechtigkeit, Frankfurt am Main 1984: Campus, S. 200 - 214.

KLEIN, Friedrich: Heinz Paulick zum 65. Geburtstag. In: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Bd. 23, 1973, S. 209 - 211.

KLEMM, Heinrich: Die beiden liberalen Utopien bei Franz Oppenheimer und in der Freiburger Schule. Diss. Tübingen 1950: Maschinenschrift

KLUKE, Paul: Die Stiftungsuniversität Frankfurt am Main 1914 - 1932, Frankfurt am Main 1972: Kramer

KNAPP, Georg Friedrich: Die Landarbeiter in Knechtschaft und Freiheit. Vier Vorträge. Leipzig 1891: Duncker & Humblot

KÖLLMANN, Wolfgang: Die Industrielle Revolution. Stuttgart 1975: Klett

KÖLLMANN, Wolfgang (Hg.): Quellen zur Bevölkerungs-, Sozial- und Wirtschaftsstatistik Deutschlands 1816 - 1875, Bd. 1: Quellen zur Bevölkerungsstatistik Deutschlands. Boppard am Rhein 1980; Bd. 2: Quellen zur Berufs- und Gewerbestatistik Deutschlands. Preußische Provinzen. Boppard am Rhein 1989: Harald Boldt

KÖNIG, Friedrich Wilhelm: Die gewerblichen Produktivgenossenschaften in Deutschland. Ein Beitrag zur Theorie der Genossenschaft. Diss., Giessen 1924: Druck ohne Verlagsangabe

KRABBE, Wolfgang R.: Gesellschaftsveränderung durch Lebensreform. Strukturmerkmale einer sozialreformerischen Bewegung im Deutschland der Industrialisierungsperiode. Göttingen 1974: Vandenhoeck & Ruprecht

KRAFT, Jürgen: Das Verhältnis von Nationalökonomie und Soziologie bei Franz Oppenheimer, Werner Sombart, Max Weber und in der sozialwissenschaftlichen Systembildung des 19. Jahrhunderts. Diss., Göttingen 1961: Maschinenschrift

KROPOTKIN, Peter: Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt. 16. - 20. Tausend, hrsg. von Gustav Landauer. Leipzig 1920: Theodor Thomas Verlag

KRUCK, Werner: »Transformationsgesetz« und Wirklichkeit der Oppenheimerschen Genossenschaftstheorie. In: Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen, Bd. 15, 1992, S. 1 - 16.

KRUCK, Werner: Die gewerbliche Produktivgenossenschaft in Deutschland. Ein theoriegeschichtlicher Beitrag. In: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Bd. 43, 1993, S. 197 - 216.

KRUCK, Werner: »Marktwirtschaftliche Selbststeuerung« und »gemeinwirtschaftliche Selbsthilfe« - Zur Politischen Ökonomie einer ostdeutschen Gesundheitsstrategie. In: Arbeit. Zeitschrift für Arbeitsforschung, Arbeitsgestaltung und Arbeitspolitik, 2. Jg., 1993, S. 242 - 263.

KRUCK, Werner: Freibürgerschaft und soziale Marktwirtschaft. Die vergessene Konzeption Franz Oppenheimers. In: liberal, Vierteljahresshefte für Politik und Kultur, 38. Jg., Heft 3/1996, S. 80 - 88.

KRUSE, Volker: Soziologie und „Gegenwartskrise“. Die Zeitdiagnosen Franz Oppenheimers und Alfred Webers; ein Beitrag zur historischen Soziologie der Weimarer Republik. Diss. Bielefeld 1987, Wiesbaden 1990: Deutscher Universitäts-Verlag

KRUSE, Volker: Von der historischen Nationalökonomie zur historischen Soziologie. Ein Paradigmenwechsel in den deutschen Sozialwissenschaften um 1900. In: Zeitschrift für Soziologie, 19. Jg., Heft 3/1990, S. 149 - 165.

KRUSE, Volker: Zwischen »Kapitalismus« und »liberalem Sozialismus«. Die westliche Nachkriegsgesellschaft im Lichte der Kategorien Franz Oppenheimers. Ein theoretisches Experiment. In: Geschichte und Gegenwart, 11. Jg., Heft 1/1992, S. 19 - 43.

KUHN, Thomas S.: Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen. 2. revid. Aufl., Frankfurt am Main 1976: Suhrkamp

LANGE-KIRCHHEIM, Astrid: Franz Kafka »In der Strafkolonie« und Alfred Weber »Der Beamte«. In: Germanisch-Romanische Monatsschrift, N.F. 27, 1977, S. 202 - 221.

LANGE-KIRCHHEIM, Astrid: Alfred Weber und Franz Kafka. In: Eberhard Demm (Hg.), Alfred Weber als Politiker und Gelehrter, Stuttgart 1986, S. 113 - 149.

LASKE, Stephan; Ursula SCHNEIDER: »Und es funktioniert doch ...!« Selbstverwaltung kann man lernen. Wien 1985: Bundesministerium für soziale Verwaltung

LAURINKARI, Juhani (Hg.): Genossenschaftswesen. Hand- und Lehrbuch. München 1990: Oldenbourg

LEIFERT, Josefa Friederike: Die Entwicklung der französischen Produktivgenossenschaftsbewegung. Diss. Köln, Bergisch Gladbach 1934: Heiderdruck

LEM, Stanislaw: Summa technologiae. Frankfurt am Main 1981: Suhrkamp

LENK, Kurt (Hg.): Ideologiekritik und Wissenssoziologie. Frankfurt am Main 1984: Campus

LETSCHERT, Günther: Die Produktivgenossenschaft. Ein Rechtswissenschaftlicher Beitrag zu ihrer Fortentwicklung. Wiesbaden-Biebrich 1950: Deutscher Genossenschafts-Verlag

LEWERENZ, Jürgen: Die Arbeiterbanken in Lateinamerika und in der Karibik. Herausgegeben von der Bank für Gemeinwirtschaft, Schriftenreihe Gemeinwirtschaft Nr. 21, Frankfurt am Main 1976: Europäische Verlagsanstalt

LIEFMANN, Robert: Die Unternehmungsformen mit Einschluß der Genossenschaften und der Sozialisierung. 3. umgearbeitete Aufl., Stuttgart 1923: Moritz

LOESCH, Achim von: Selbstverwaltete Betriebe. Neue genossenschaftliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen? Überblick und Beurteilung. Beiheft 10 der Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen. Baden-Baden 1988: Nomos

LOWE, Adolph: In Memoriam Franz Oppenheimer. In: Year Book of the Leo Baeck Institute, Bd. 10, 1965, S. 137 - 149.

LUDWIG-UHLAND-INSTITUT FÜR EMPIRISCHE KULTURWISSENSCHAFT (Hg.): Als die Deutschen demonstrieren lernten. Das Kulturmuster »friedliche Straßendemonstration« im preußischen Wahlrechtskampf 1908 - 1910. Begleitband zur Ausstellung im Haspelturn des Tübinger Schlosses vom 24. 1. bis 9. 3. 1986, Universität Tübingen 1986: Eigenverlag

LUHMANN, Niklas: Formen des Helfens im Wandel gesellschaftlicher Bedingungen. In: derselbe, Soziologische Aufklärung 2, Opladen 1975, S. 134 - 149.

LUHMANN, Niklas: Soziologische Aufklärung 2. Aufsätze zur Theorie der Gesellschaft. Opladen 1975: Westdeutscher Verlag

LUHMANN, Niklas: Gesellschaftsstruktur und Semantik. Studien zur Wissenssoziologie der modernen Gesellschaft, Bd.3, Frankfurt am Main 1989: Suhrkamp

MÄNDLE, Eduard: Das genossenschaftliche Bankwesen. In: Juhani Laurinkari, Genossenschaftswesen, München 1990, S. 530 - 546.

MANIFEST DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI (verfaßt von Karl MARX und Friedrich ENGELS, jedoch wegen seines programmatischen Charakters ohne Verfasserangabe veröffentlicht), London 1948, Reprint Karl-Marx-Haus Trier

MANNHEIM, Karl: Ideologie und Utopie. 5. Aufl., Frankfurt am Main 1969: Verl. G. Schulte-Blumke

MANSILLA, H.C.F.: Neopatrimonialistische Aspekte von Staat und Gesellschaft in Lateinamerika. Machtelite und Bürokratismus in einer politischen Kultur des Autoritarismus. In: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 31, 1990, S. 33 - 53.

MARKIEWITZ, Lothar: Die Oppenheimer'sche Siedlungsgenossenschaft. Darstellung und Kritik. Diss., Würzburg 1921: Maschinenschrift

MARTINY, Anke; Otfried KLEIN: Marktmacht und Manipulation. Sind die Verbraucher Objekt oder Subjekt unserer Wirtschaftsordnung? Frankfurt am Main 1977: Europäische Verlagsanstalt

MARX, Karl: Das Kapital, Kritik der politischen Ökonomie, Band I, Buch 1, 2. verb. Aufl., original 1872, Frankfurt am Main 1969: Ullstein

MAYER, Georg: Die Freihandelslehre in Deutschland. Ein Beitrag zur Gesellschaftslehre des wirtschaftlichen Liberalismus. Jena 1927: Gustav Fischer

MEAD, George Herbert: Geist, Identität und Gesellschaft aus der Sicht des Sozialbehaviorismus. Original 1934. Frankfurt am Main 1973: Suhrkamp

MEANS AND WAYS TOWARDS A REALM OF JUSTICE: A Collection of Articles dedicated to the Memory of Professor Franz Oppenheimer. Hrsg. von Israel Hayim Bilski (Old-new Ways to Reform in Economy, Social Order and Law. A Message from the Holy Land, Bd. 2), Tel Aviv 1958: Mesharim

MEINER, Felix (Hg.): Die Volkswirtschaftslehre der Gegenwart in Selbstdarstellung. Bd. 2, Leipzig 1929: Meiner

MEJA, Volker; Nico STEHR (Hg.): Der Streit um die Wissenssoziologie. Bd. 1: Die Entwicklung der deutschen Wissenssoziologie. Bd. 2: Rezeption und Kritik der Wissenssoziologie. Frankfurt am Main 1982: Suhrkamp

- MERK, Gerhard; Herbert SCHAMBECK; Wolfgang SCHMITZ (Hg.): Die soziale Funktion des Marktes. Beiträge zum ordnungspolitischen Lernprozeß. Festschrift für Alfred Klose. Berlin 1988: Duncker & Humblot
- MERSMANN, Arno; Klaus NOVY: Gewerkschaften, Genossenschaften, Gemeinwirtschaft. Hat eine Ökonomie der Solidarität eine Chance? Schriftenreihe des DGB-Bildungswerkes, Bd. 9, Köln 1991: Bund-Verlag
- MESSNER, Johannes: Die soziale Frage im Blickfeld der Irrwege von gestern, der Sozialkämpfe von heute, der Weltentscheidungen von morgen, 6. neubearb. Aufl., Innsbruck 1956: Tyrolia
- MEYER-DOHM, Peter: Möglichkeiten der Konsumentenorganisation. In: Erik Boettcher, Harry Westermann (Hg.), Genossenschaften - Demokratie und Wettbewerb. Tübingen 1972, S. 95 - 142.
- MEYER-FAJE, Arnold; Peter ULRICH (Hg.): Der andere Adam Smith. Beiträge zur Neubestimmung von Ökonomie als Politischer Ökonomie. Bern 1991: Haupt
- MICHEL, Ernst: Sozialgeschichte der industriellen Arbeitswelt. 4. Aufl, Freiburg im Breisgau 1960: Josef Knecht, 357 S.
- MIERHEIM, Horst; Lutz WICKE: Die personelle Vermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland. Tübingen 1978: Mohr
- MILLER, Susanne: Das Problem der Freiheit im Sozialismus. Freiheit, Staat und Revolution in der Programmatik der Sozialdemokratie von Lassalle bis zum Revisionismusstreit. Frankfurt am Main 1964: Europäische Verlagsanstalt
- MILLER, Susanne: Zur Rezeption des Marxismus in der deutschen Sozialdemokratie. In: Heiner Flohr u. a. (Hg.), Freiheitlicher Sozialismus, Gerhard Weisser zum 75. Geburtstag, Bonn 1973, S. 21 - 33.
- MILLER, Susanne: Kritische Philosophie als Herausforderung zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus. In: Dialektik, Heft 7/1983, S. 53 - 67.
- MISES, Ludwig von: Liberalismus - Eine Erfolgsbilanz. In: Friedrich-Naumann-Stiftung (Hg.): Kleines Lesebuch über den Liberalismus. Sankt Augustin 1992, S. 15 - 23. (Original in: derselbe, Liberalismus, Jena 1927, S. 1 - 11.)
- MOHL, Robert: Die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der politischen Ökonomie. In: Carl Jantke, Dietrich Hilger, Die Eigentumslosen, Freiburg 1965, S. 319 - 337. Von den Herausgebern entnommen aus: Deutsche Vierteljahrs Schrift, Jg. 1840, 3. H., S. 26 - 70 (anonym).
- MORUS: Wie sie groß und reich wurden. Lebensbilder erfolgreicher Männer. Berlin 1927: Ullstein
- MTULA, Otieno: Die Rolle der Selbsthilfeorganisation (Genossenschaft) in der Land-Stadt-Migrationsproblematik der Entwicklungsländer am Beispiel Kenias. Diss. Uni Marburg 1990: Eigenverlag
- MÜLLER, August: Die Seifenfabrik der Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Consumvereine in Gröba-Riesa. Hamburg 1910: Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Consumvereine
- MÜLLER, Udo: Korruption in der öffentlichen Verwaltung. Typologie und Schaden im Baubereich. In: Kriminalistik, Nr. 8-9/1993, S. 509 - 516.
- MÜNKNER, Hans-H.: Entwicklungspotential von Produktivgenossenschaften und produktivgenossenschaftsähnlichen Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland. Marburg 1983: Maschinenschrift
- MÜNKNER, Hans-H.: Strukturfragen der deutschen Genossenschaften, Teil 2: Genossenschaftliche Identität und Identifikation der Mitglieder mit ihrer Genossenschaft, Veröffentlichungen der DG Bank, Bd. 17, Frankfurt am Main 1990: Fritz Knapp
- MÜSSIGANG, Albert: Die soziale Frage in der historischen Schule der deutschen Nationalökonomie. Tübinger wirtschaftswissenschaftliche Abhandlungen, Bd. 2, Tübingen 1968: Mohr
- MYERS, Gustavus: Geschichte der großen amerikanischen Vermögen. Berlin 1916: Fischer
- NEIDHARD, Friedhelm (Hg.): Gruppensoziologie. Perspektiven und Materialien. Opladen 1983: Westdeutscher Verlag
- NELL-BREUNING, Oswald von: Der Arbeitsmarkt in individual- und sozialetischer Sicht. In: Arbeitsmarkt und Menschenwürde. Die Ökonomie auf dem Prüfstand. Ansprachen anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde an Professor Dr. Oswald von Nell-Breuning. S. 32 - 47, Münster 1980: Aschendorff
- NEUMANN, Lothar F. (Hg.): Wohnungsmarkt in der Krise? Beiträge aus der Praxis in Ost und West. Köln 1994: Bund
- NEUMANN, Lothar F.; Hajo ROMAHN: Wohnungsversorgung im Spannungsfeld von Markt und Staat. In: Lothar F. Neumann (Hg.), Wohnungsmarkt in der Krise? Köln 1994, S. 9 - 33.
- NEUMANN, Manfred: Das kapitalistische Element in der modernen Genossenschaft. In: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Bd. 25, 1975, S. 32 - 40.
- NEUMANN, Manfred: Die Genossenschaften in der Wettbewerbsordnung. In: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Bd. 35, 1985, S. 99 - 108.
- NIELSEN, Birgit S.: Erziehung zum Selbstvertrauen. Ein sozialistischer Schulversuch im dänischen Exil 1933-1938. Wuppertal 1985: Peter Hammer Verlag
- NITSCHKE, Michael: Die Geschichte des Leistungs- und Beitragsrechts der gesetzlichen Rentenversicherung von 1889 bis zum Beginn der Rentenreform. Zugel. Diss. Uni Trier. Frankfurt am Main 1986: Peter Lang
- NOCK, Albert Jay: Our enemy, the state. Original 1935. 4. Aufl. San Francisco 1992: Free Life Edition
- NOTZ, Gisela; Klaus-Dieter HEB; Ulrich BUCHHOLZ; Theo BÜHLER (Hg.): Selbstverwaltung in der Wirtschaft. Alte Illusion oder neue Hoffnung? Köln 1991: Bund
- NOVY, Klaus: Strategien der Sozialisierung. Die Diskussion der Wirtschaftsreform in der Weimarer Republik. Zugel. Diss. T.H. Aachen, Frankfurt am Main 1978: Campus
- NOVY, Klaus: Aktualität und Inaktualität Franz Oppenheimers. Zur bevorstehenden Renaissance der Genossenschaftstheorie. In: Archiv für öffentliche und freigemeinnützige Unternehmen, Bd. 12, 1980, S. 249 - 261.
- NOVY, Klaus; Günther UHLIG: »Wirtschaftsarchäologische« Bemühungen zur Vielfalt verschütteter Formen der Gegenökonomie. In: Hans-Jürgen WAGENER (Hg.), Demokratisierung der Wirtschaft, Frankfurt am Main 1980, S. 166 - 189.
- NOVY, Klaus; Michael PRINZ: Illustrierte Geschichte der Gemeinwirtschaft. Wirtschaftliche Selbsthilfe in der Arbeiterbewegung von den Anfängen bis 1945. Berlin u. a. 1985: Dietz
- NOVY, Klaus; Bodo HOMBACH; Frank KARTHAUS; Ulrich BIMBERG; Arno MERSMANN; Albert SCHEPERS (Hg.): Anders Leben. Geschichte und Zukunft der Genossenschaftskultur. Beispiele aus Nordrhein-Westfalen. Berlin 1985: Dietz
- NOVY, Klaus: Renaissance der Genossenschaften - Realismus oder Utopie? In: Werner W. Engelhardt, Theo Thieme: Genossenschaften - quo vadis? Eine neue Anthologie. Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen, Beiheft 11, 1988, S. 102 - 111. Neuabdruck ohne Literaturübersicht von Novy, selber Titel, in: Gemeinwirtschaft 2000, Heft 3, Wien 1985, S. 53 - 63.
- NUTZINGER, Hans G.: Die Überlebensfähigkeit von Produktivgenossenschaften und selbstverwalteten Betrieben. In: Achim von Loesch, Selbstverwaltete Betriebe, Neue genossenschaftliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen? Überblick und Beurteilung, Beiheft 10 der Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen, 1988, S. 35 - 58.
- NUTZINGER, Hans G.; Elmar WOLFSTETTER (Hg.): Die marxische Theorie und ihre Kritik. Eine Textsammlung zur Kritik der Politischen Ökonomie. 2 Bde., Frankfurt am Main 1974: Herder & Herder
- NUTZINGER, Hans G.: The Firm as a Social Institution: The Failure of the Contractarian Viewpoint. In: Economic Analysis and Worker's Management, Bd. 10, 1976, S. 217 - 237. Ebenso in: Jürgen Backhaus u. a., Partizipation in Betrieb und Gesellschaft, Frankfurt am Main 1978, S. 45 - 74.

NUTZINGER, Hans G.: The economics of property rights - a new paradigm in social science? Diskussionschriften des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften der Gesamthochschule Kassel, Nr. 4, Kassel 1981: Hochschuldruck

NUTZINGER, Hans G. (Hg.): Konsum und Produktion. Neuere Entwicklungen im Verbraucherverhalten. Texte und Materialien der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft, Reihe A, Nr. 15, Heidelberg 1983: Eigenverlag

NUTZINGER, Hans G.; Volker TEICHERT: Der Entscheidungsspielraum alternativer Betriebe in einer kapitalistischen Umwelt: Theoretische Überlegungen und empirische Befunde. In: Johannes Berger u. a. (Hg.), Selbstverwaltete Betriebe in der Marktwirtschaft. München 1986, S. 205 - 229.

NUTZINGER, Hans G. (Hg.): Liberalismus im Kreuzfeuer. Thesen und Gegenthesen zu den Grundlagen der Wirtschaftspolitik. Frankfurt am Main 1986: Knecht

NUTZINGER, Hans G.: Zum Verhältnis von Ökonomie und Ethik am Beispiel der Umweltproblematik. In: derselbe (Hg.), Wirtschaft und Ethik, Wiesbaden 1991, S. 227 - 243.

NUTZINGER, Hans G. (Hg.): Wirtschaft und Ethik. Wiesbaden 1991: DUV

OELLERKING, Claus; Manfred HOLZGRABE: Sparkassen und Genossenschaftsbanken im Spannungsverhältnis zwischen Moral und Ökonomie: Strukturelemente, Organisationsgrundsätze und Geschäftspolitik. Frankfurt am Main 1990: Peter Lang

OFFE, Claus: Politische Herrschaft und Klassenstrukturen. Zur Analyse spätkapitalistischer Gesellschaftssysteme. In: Gisela KRESS, Dieter SENGHAAS (Hg.), Politikwissenschaft. Eine Einführung in ihre Probleme. 3. Aufl. Frankfurt am Main 1971: Europäische Verlagsanstalt, S. 155 - 189.

OLSON, Mancur: Die Logik des Kollektiven Handelns. Kollektivgüter und die Theorie der Gruppe. Tübingen 1968: Mohr

OPPEN, Dietrich von: Verbraucher und Genossenschaft. Zur Soziologie und Sozialgeschichte der deutschen Konsumgenossenschaften. Köln 1959: Westdeutscher Verlag

OPPENHEIMER, Franz: Die **Siedlungsgenossenschaft**. Versuch einer positiven Überwindung des Kommunismus durch Lösung des Genossenschaftsproblems und der Agrarfrage. 1. Aufl. Leipzig 1896: Duncker & Humblot; 2. Aufl. Jena 1913; 3. Aufl. Jena 1922: Fischer

OPPENHEIMER, Franz: **Großgrundeigentum** und soziale Frage. Versuch einer neuen Grundlegung der Gesellschaftswissenschaft. Berlin 1898: Vita

OPPENHEIMER, Franz: Das Bevölkerungsgesetz des T.R. Malthus und der neueren Nationalökonomie. Darstellung und Kritik. 2. Aufl. Berlin 1900: Vita

OPPENHEIMER, Franz: Käufer und Verkäufer. Ein Beitrag zur wirtschaftlichen Kollektivpsychologie. In: Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich, hrsg. von Gustav Schmoller, Jg. 24, Heft 3/1900, S. 1369 - 1414.

OPPENHEIMER, Franz: Das Grundgesetz der Marx'schen Gesellschaftslehre. Darstellung und Kritik. Berlin 1903: Georg Reimer

OPPENHEIMER, Franz: Die Niederlage des deutschen Liberalismus. In: Freistatt, Kritische Wochenschrift für Politik, Literatur und Kunst, München, 5. Jg., H. 31 vom 1. 8. 1903, S. 603 - 604.

OPPENHEIMER, Franz: Die preußische Polen-Politik. In: Die Hilfe, Berlin 1907, Heft Nr. 30, S. 468 - 470 und Nr. 31, S. 485 - 486.

OPPENHEIMER, Franz: David Ricardos Grundrententheorie. Darstellung und Kritik. 1. Aufl. Berlin 1909: Reimer; 2. neu eingel. Aufl. Jena 1927: Fischer

OPPENHEIMER, Franz: Normalität und Krise. In: Archiv für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie, Bd. 5, Berlin 1911/12, S. 144 - 161.

OPPENHEIMER, Franz: Praktische Ökonomik und Volkswirtschaftspolitik. In: Annalen der Naturphilosophie, 1913, S. 307 - 351.

OPPENHEIMER, Franz: Demokratie. In: Der Staatsbürger, München u. a., Bd. 5, 1914, S. 18 - 35 und 57 - 68. Ebenso in Franz Oppenheimer, Soziologische Streifzüge, München 1927, S. 159 - 187.

OPPENHEIMER, Franz: Wert und Kapitalprofit. Neubegründung der objektiven Wertlehre. 1. Aufl. Jena 1916 (3., vermutl. erweiterte Aufl. 1926): Fischer

OPPENHEIMER, Franz: Der Ausweg. Notfragen der Zeit. Berlin 1919: Hermann

OPPENHEIMER, Franz: Die soziale Forderung der Stunde. Gedanken und Vorschläge. Leipzig 1919: Der neue Geist Verlag

OPPENHEIMER, Franz: **Die soziale Frage** und der Sozialismus. Eine kritische Auseinandersetzung mit der marxistischen Theorie. Jena 1919: Fischer

OPPENHEIMER, Franz: Kapitalismus - Kommunismus - Wissenschaftlicher Sozialismus. Berlin 1919: de Gruyter

OPPENHEIMER, Franz: Wissen und Werten. In: derselbe, Wege zur Gemeinschaft, München 1924, S. 1 - 9.

OPPENHEIMER, Franz: Die »Utopie als Tatsache«. In: derselbe, Wege zur Gemeinschaft, München 1924, S. 493 - 513.

OPPENHEIMER, Franz: Wege zur Gemeinschaft. Gesammelte Reden und Aufsätze (erster Band), München 1924: Max Huber

OPPENHEIMER, Franz: Der Staat und die Sünde. In: Deutsche Zeitung für Spanien, Barcelona, 1926, Heft 231, S. 1 - 2; Heft 232, S. 1 - 3; Heft 233, S. 1 - 2.

OPPENHEIMER, Franz: Die logische Abkunft des Kommunismus. In: Soziologische Streifzüge, München 1927, S. 80 - 88.

OPPENHEIMER, Franz: Soziologische Streifzüge. Gesammelte Reden und Aufsätze (zweiter Band), München 1927: Max Huber

OPPENHEIMER, Franz: »Franz Oppenheimer«. In: Die Volkswirtschaftslehre der Gegenwart in Selbstdarstellung. Herausgegeben von Felix Meiner, Leipzig 1929, S. 68 - 116.

OPPENHEIMER, Franz: Kapitalismus. In: Leipziger Lehrerzeitung, wissenschaftliche Beilage, Nr. 60, Jan. 1931, S. 469 - 478.

OPPENHEIMER, Franz: Das Goltz'sche Gesetz. In: Schmollers Jahrbücher für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, Bd. 56, 1932, S. 535 - 554.

OPPENHEIMER, Franz (Erschienen unter dem Pseudonym FRANCIS D. PELTON): Sprung über ein Jahrhundert. Bern 1932: Gotthelf

OPPENHEIMER, Franz: Weder so - noch so. Der dritte Weg! Potsdam 1933: Alfred Protte

OPPENHEIMER, Franz: **Das Kapital**. Kritik der politischen Ökonomie. Ein kurzgefaßtes Lehrbuch der nationalökonomischen Theorie. Leiden (NL) 1938: Sijthoff's Uitgeverij

OPPENHEIMER, Franz: Weder Kapitalismus noch Kommunismus. Überarbeitung von »Kapitalismus - Kommunismus - Wissenschaftlicher Sozialismus«. Unter diesem Titel erstmals 1931. 3. Aufl. mit einem Vorwort von ERICH PREISER, Stuttgart 1962: Fischer

OPPENHEIMER, Franz: Erlebtes, Erstrebtes, Erreichtes. **Lebenserinnerungen**. 1. Aufl. 1931, erweiterte 2. Aufl. Düsseldorf 1964: Melzer

OPPENHEIMER, Franz: System der Soziologie, Band 1: Allgemeine Soziologie, Teil 1: Grundlegung. 1. Aufl. Jena 1922; 2. Aufl., mit einer Einleitung von Gottfried Salomon-Delattour, Stuttgart 1964: Fischer. Zitierkürzel: **System I, Soziologie, Seite 1 - 442**.

OPPENHEIMER, Franz: System der Soziologie, Band 1: Allgemeine Soziologie, Teil 2: Der soziale Prozeß. 1. Aufl. Jena 1923; 2. Aufl. Stuttgart 1964: Fischer. Zitierkürzel: **System I, Soziologie, Seite 443 - 1122**.

OPPENHEIMER, Franz: System der Soziologie, Band 2: Der Staat. 1. Aufl. 1909, anschließend fortlaufend erweitert bis zur vorliegenden Ausgabe, Jena 1925; 2. Aufl. Stuttgart 1964: Fischer, Zitierkürzel: **System II, Der Staat**.

OPPENHEIMER, Franz: System der Soziologie, Band 3: Theorie der reinen und politischen Ökonomie, Teil 1: Grundlegung. 1. Aufl. Jena 1910; 2. Aufl., mit einem Geleitwort von Erich Preiser, Stuttgart 1964: Fischer. Zitierkürzel: **System III, Theorie, Seite 1 - 337**.

OPPENHEIMER, Franz: System der Soziologie, Band 3: Theorie der reinen und politischen Ökonomie, Teil 2: Die Gesellschaftswirtschaft. 1. Aufl. Jena 1924; 2. unveränd. Aufl. Stuttgart 1964: Fischer. Zitierkürzel: **System III, Theorie, Seite 338 - 1126**.

OPPENHEIMER, Franz: System der Soziologie, Band 4: Abriß einer Sozial- und Wirtschaftsge-
schichte Europas von der Völkerwanderung bis zur Gegenwart, Teil 3: Stadt und Bür-
gerschaft, Die Neuzeit. 1. Aufl. Jena 1934, 2. Aufl. Stuttgart 1964: Fischer. Zitierkürzel:
System IV, Geschichte, Seite 813 - 1322.

OPPENHEIMER, Franz: Der Staat. Eine soziologische Studie. 1. Aufl. 1908, Neuauflage Berlin
1990: Libertad

OPPENHEIMER, Ludwig: Groß- und Kleinbetrieb in der Siedlung. Jena 1934: Fischer

OTTOMEYER, Klaus: Ökonomische Zwänge und menschliche Beziehungen. Soziales Verhalten
im Kapitalismus. Reinbek bei Hamburg 1977: Rowohlt

OTTOW, Raimund: Modelle der unsichtbaren Hand von Adam Smith. In: Leviathan, Jg. 19,
Heft 4/1991, S. 558 - 574.

PATERA, Mario: Genossenschaftsentwicklung im österreichischen Wohnungsbau. Frankfurt am
Main 1987: Campus

PELTON, Francis D. (Pseudonym): siehe OPPENHEIMER, Franz.

PETERS, Wilhelm: Zur neuesten Entwicklung des Genossenschaftswesens im Handwerk. Zugel.
Diss. Uni Marburg, Marburg 1906: Eigenverlag

POPITZ, Heinrich: Prozesse der Machtbildung. Tübingen 1969: Mohr

POTTER, Beatrice (Mrs. Sidney Webb): Die britische Genossenschaftsbewegung. Hrsg. von
Lujo Brentano, Leipzig 1893: Duncker & Humblot

PRAGIER, Adam: Die Produktivgenossenschaften der schweizerischen Arbeiter. Zürich 1913:
Rascher

PREISER, Erich: Das Wesen der Marxschen Krisentheorie. In: Wirtschaft und Gesellschaft,
Festschrift für Franz Oppenheimer zu seinem 60. Geburtstag, Frankfurt am Main 1924,
S. 249 - 274. Ebenso in PREISER (1970), Politische Ökonomie ..., S. 47 - 76.

PREISER, Erich: Grundzüge der Konjunkturtheorie. Tübingen 1933: Mohr

PREISER, Erich: Franz Oppenheimer. Gedenkrede zur 100. Wiederkehr seines Geburtstages. In:
Frankfurter Universitätsreden, Heft 35, 1964, S. 11 - 25, Frankfurt am Main: Vittorio
Klostermann; ebenso in PREISER (1970), Politische Ökonomie ..., S. 179 - 193.

PREISER, Erich: Die Zukunft unserer Wirtschaftsordnung. Eine Betrachtung über Kapitalismus
und Soziale Marktwirtschaft. 5. Aufl., Göttingen 1968: Vandenhoeck & Ruprecht

PREISER, Erich: Politische Ökonomie im 20. Jahrhundert. Probleme und Gestalten. München
1970: Beck

PREISER, Erich: Bildung und Verteilung des Volkseinkommens. Gesammelte Aufsätze zur
Wirtschaftspolitik, 4. Aufl., Göttingen 1970: Vandenhoeck & Ruprecht

PREISER, Erich: Kapitalexpert und Vollbeschäftigung. In: derselbe, Bildung und Verteilung des
Volkseinkommens, Göttingen 1970, S. 82 - 98. (Erstveröffentlichung: *Economia Inter-
nazionale*, Vol. III, 1950)

PREISER, Erich: Erkenntniswert und Grenzen der Grenzproduktivitätstheorie. In: derselbe, Bil-
dung und verteilung des Volkseinkommens. Göttingen 1970, S. 265 - 289. (Erstveröf-
fentlichung: Schweizer Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 89. Jg., 1953,
S. 25 ff.

PREISER, Erich: Antrittsrede vor der Heidelberger Akademie der Wissenschaften. In: derselbe,
Politische Ökonomie im 20. Jahrhundert, München 1970, S. 219 - 223.

PREISER, Erich: Nationalökonomie heute. Original 1959, 11. Aufl. München 1973: Beck

PREISER, Erich: Wirtschaftswissenschaft im Wandel. Gesammelte Schriften zur Wirtschafts-
theorie und Wirtschaftspolitik. Hildesheim 1975: Georg Olms Verlag

PREUSS, Walter: Das Genossenschaftswesen in der Welt und in Israel. Berlin 1958: Condor

PREUSS, Walter: Metaökonomische Ziele und Aufgaben des Genossenschaftswesens. Protokoll
eines Diskussionsbeitrages auf der zweiten internationalen Genossenschaftswissen-
schaftlichen Tagung in Erlangen vom 20. bis 24. August 1957. In: Zeitschrift für das ge-
samte Genossenschaftswesen, Bd. 8, 1958, S. 87 - 88.

PREUSS, Walter: Die Förderung des Genossenschaftswesens in Entwicklungsländern auf Grund
der in Israel gemachten Erfahrungen. In: Zeitschrift für das gesamte Genossenschafts-
wesen, Bd. 9, 1959, S. 121 - 130.

PREUSS, Walter: Franz Oppenheimers wissenschaftliche Bedeutung. In: Bulletin des Leo Baeck
Instituts, Bd. 7, 1964, S. 56 - 68.

QUANTE, Peter: Die Abwanderung aus der Landwirtschaft. Kieler Studien Bd. 48, Kiel 1958:
Eigenverlag

QUARCK, Max: Die erste deutsche Arbeiterbewegung. Geschichte der Arbeiterverbrüderung
1848/49. Ein Beitrag zur Theorie und Praxis des Marxismus. Leipzig 1924: Hirschfeld

QUESEL, Carsten: Soziologie und Soziale Frage. Lorenz von Stein und die Entstehung der Ge-
sellschaftswissenschaft in Deutschland. Wiesbaden 1989: Deutscher Universitäts-Verlag

RICARDO, David: Grundsätze der politischen Ökonomie und der Besteuerung. Nach der Über-
setzung von Heinrich Waentig und hrsg. von Fritz Neumark. Frankfurt am Main 1972:
Athenäum Fischer

RIENER, Walter: Die industriellen Produktivgenossenschaften. Ihr Wesen und ihre Probleme.
Diss., Wien 1950: Maschinenschrift

RIESE, Hajo: Theorie der Inflation. Tübingen 1986: Mohr

RITTER, Ulrich Peter: Vicos; ein Experiment der Landreform auf genossenschaftlicher Basis in
Peru. In: Archiv für öffentliche und freigemeinnützige Unternehmen, Bd. 7, 1964/65,
S. 264 - 276.

ROBERTS, Charles C.; Heiko STIEPELMANN: Überprüfung der verschiedenen Schätzungen der
Vermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin 1983: Duncker &
Humblot

RODE, Johanna: Der Streit zwischen Lassalle und Schulze-Delitzsch im Lichte der ökonomi-
schen Theorie. Diss. Frankfurt am Main 1932, Brückeberg 1934: Prinz

RÖPKE, Wilhelm: Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart. 4. Aufl., Erlenbach - Zürich 1942:
Eugen Rentsch Verlag

RÖPKE, Wilhelm: Die Deutsche Frage. 2. erw. Aufl., Erlenbach - Zürich 1945: Eugen Rentsch
Verlag

ROSENBERG, Hans: Die Pseudodemokratisierung der Rittergutsbesitzerklasse. In: Hans-Ulrich
Wehler (Hg.), Moderne deutsche Sozialgeschichte, 4. Aufl., Köln 1973, S. 287 - 308.
Erstveröffentlichung in: Festschrift für Hans Herzfeld, Berlin 1958, S. 459 - 486.

ROTHSCHILD, K. W. (Hg.): Power in economics. Harmondsworth (GB) 1971: Penguin

RUNKEL, Gunter: Wie ist eine funktionierende Genossenschaft möglich? Vortrag auf dem 10.
Österreichischen Soziologentag 1987, Arbeitsbericht Nr. 66 des FB Wirtschafts- und So-
zialwissenschaften der Universität Lüneburg, 1989: Eigenverlag

RÜSTOW, Alexander: Ortsbestimmung der Gegenwart. Eine universalgeschichtliche Kultur-
kritik. Dritter Band: Herrschaft oder Freiheit? Erlenbach-Zürich 1957: Eugen Rentsch

RÜSTOW, Alexander: Rede und Antwort. 21 Reden und viele Diskussionsbeiträge aus den Jah-
ren 1932 bis 1962. Hrsg. von Walter Hoch. Ludwigsburg 1963: Martin Hoch

SAHER, P. J.: Der Sozialismus in der Sicht der Entwicklungsländer. Ratingen 1968: A. Henn

SALOMON, Gottfried: Geschichte als Ideologie. In: Wirtschaft und Gesellschaft. Festschrift für
Franz Oppenheimer. Frankfurt am Main 1924, S. 427 - 484.

SCHAUPENSTEINER, Wolfgang: Submissionsabsprachen und Korruption im öffentlichen Bau-
wesen. In: Zeitschrift für Rechtspolitik, 26. Jg., Nr. 7/1993, S. 250 - 252.

SCHAYER, Konrad: Franz Oppenheimer und die israelischen Siedlungsgenossenschaften. In:
Archiv für öffentliche und freigemeinnützige Unternehmen, Bd. 1, 1954, S. 144 - 158.

SCHEFOLD, Bertram (Hg.): Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler in Frankfurt am Main. Erin-
nerungen an die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät und an die Anfänge
des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften der Johann Wolfgang Goethe-Universität.
Marburg 1989: Metropolis

SCHILLER, Karl: Sozialismus und Wettbewerb. Hamburg 1955: Verlagsgesellschaft deutscher Konsumgenossenschaften

SCHILLER, Otto: Die Bedeutung der Genossenschaften für die Bodenreform in Entwicklungsländern. In: Archiv für öffentliche und freigemeinnützige Unternehmen, Bd. 8, 1966, S. 168 - 173.

SCHIVELBUSCH, Wolfgang: Intellektuellendämmerung. Zur Lage der Frankfurter Intelligenz in den zwanziger Jahren. Frankfurt am Main 1982: Insel Verlag

SCHMITT, Otmar N.: Staatsverschuldung, Einkommensverteilung und private Vermögensverteilung. Eine kreislauftheoretische Analyse interdependenter Prozesse. Diss. Passau, Frankfurt am Main 1984: P. Lang

SCHMOLLER, Gustav: Die soziale Frage. Klassenbildung, Arbeiterfrage, Klassenkampf. München 1918: Duncker & Humblot

SCHNEIDER, Johannes: Marktfehler und Arbeitslosigkeit. Regensburg 1987: transfer verlag

SCHREIBER, Edmund: Die Konjunkturtheorie Franz Oppenheimer's. Versuch einer kritischen Würdigung. Diss. Uni Tübingen, Ulm 1931: Baur & Schaeffelen

SCHREIBER, Peter Wolfram: IG Farben: Die unschuldigen Kriegsplaner. Stuttgart 1978: Neuer Weg

SCHUKE, Andreas: Qualitatives Wachstum und der Strukturwandel in Konsum und Produktion. In: Hans G. Nutzinger (Hg.), Konsum und Produktion, Heidelberg 1983, S. 17 - 53.

SCHULTE, Matthias: Anmerkungen zur Genese der Konsumgenossenschaften in Deutschland. Arbeitspapiere des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften der Gesamthochschule Wuppertal, Nr. 47, 1980

SCHULTE, Wilhelm: Volk und Staat. Westfalen im Vormärz und in der Revolution 1848/49. Münster 1954: Regensburg

SCHULTZ, Bruno: Die Grundgedanken des Systems der theoretischen Volkswirtschaftslehre von Franz Oppenheimer. Jena 1948: Fischer

SCHULTZ, Wilfried: Die Entwicklung der Diskussion um das Machtproblem innerhalb der Verteilungslehre in Deutschland seit Franz Oppenheimer. Diss. Uni Köln 1966: Eigenverlag

SCHULZ, Günther: Wohnungspolitik und soziale Sicherung nach 1945: das Ende der Arbeiterwohnungsfrage. In: Klaus Tenfelde (Hg.): Arbeiter im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1991, S. 483 - 506.

SCHULZE-DELITZSCH, Hermann: Die arbeitenden Klassen und das Assoziationswesen in Deutschland als Programm zu einem deutschen Kongreß. Original 1858. In: derselbe, Schriften und Reden, Bd. I, Berlin 1909, S. 191 - 199.

SCHULZE-DELITZSCH, Hermann: Die Entwicklung des Genossenschaftswesens in Deutschland. Original 1858. In: derselbe, Schriften und Reden, Bd. I, Berlin 1909, S. 270 - 294.

SCHULZE-DELITZSCH, Hermann: Kapitel zu einem deutschen Arbeiterkatechismus (1863). In: derselbe, Reden und Schriften, Band II, Berlin 1910, S. 26 - 173.

SCHULZE-DELITZSCH, Hermann: Die Abschaffung des geschäftlichen Risico durch Herrn Lassalle. Ein neues Kapitel zum Deutschen Arbeiterkatechismus. Berlin 1866: Duncker

SCHULZE-DELITZSCH, Hermann: Die sociale Frage. Aus zwei Vorlesungen am 18. März und 2. April 1869 in Berlin und Cöln. Berlin 1869: Duncker. (Ebenso in: derselbe, Reden und Schriften, Bd. II, Berlin 1910, S. 275 - 299.)

SCHULZE-DELITZSCH, Hermann: Die Genossenschaften in einzelnen Gewerbszweigen. Original 1873. In: derselbe, Schriften und Reden, Bd. I, Berlin 1909, S. 748 - 818.

SCHULZE-DELITZSCH, Hermann: Schriften und Reden. Hrsg. von F. Thorwart in fünf Bänden. Berlin 1909, 1910, 1910, 1911, 1913: Guttentag

SCHUMPETER, Joseph Alois: Über das Wesen der Wirtschaftskrisen. In: Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung, Bd. 19, 1910, S. 271 - 325.

SCHUMPETER, Joseph Alois: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. 5. Aufl., München 1980: Francke

SCHWAN, Bruno: Die Wohnungsnot und das Wohnungselend in Deutschland. Schriften des Deutschen Vereins für Wohnungsreform, Heft 7, Berlin 1929: Carl Heymann

SCHWARZ, Angelika: Änderung des Genossenschaftsgesetzes. In: procoop, Zeitschrift der Produktivgenossenschaften & Partnerschaftsunternehmen, 4. Jg., Heft 4/1993, S. 22.

SCHWARZ, Gerhard: Die »soziale Kälte« des Liberalismus - Versuch einer Klärung. Hrsg. von der Friedrich-Naumann-Stiftung in der Reihe »Argumente der Freiheit«, Sankt Augustin 1992: COMDOK

SCHWENDTER, Rolf (Hg.): Die Mühen der Berge. Grundlegungen zur alternativen Ökonomie, Teil 1. München 1986: AG Spak (M 72)

SCHWENDTER, Rolf (Hg.): Die Mühen der Ebenen. Grundlegungen zur alternativen Ökonomie, Teil 2. München 1986: AG Spak (M73)

SCHWENK, Andreas: Die Kreditwürdigkeit der eingetragenen Genossenschaft. Hamburger Schriften zum Genossenschaftswesen, Bd. 3, Göttingen 1984: Vandenhoeck & Ruprecht

SCHWINEKÖPER, Berent (Hg.): Gilden und Zünfte. Kaufmännische und gewerbliche Genossenschaften im frühen und hohen Mittelalter. Sigmaringen 1985: Jan Thorbecke

SEDATIS, Helmut: Liberalismus und Handwerk in Südwestdeutschland, Stuttgart 1979: Klett-Cotta

SEIDEL, Bruno: Georg Weipperts Aufsätze zur Wissenschaftslehre im Rahmen seines Gesamtwerkes. In: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Bd. 19, 1969, S. 205 - 223.

SEIDEL, Friedrich: Die soziale Frage in der deutschen Geschichte mit besonderer Berücksichtigung des ehemaligen Fürstentums Waldeck-Pyrmont. Ein lehrgeschichtlicher Überblick. Wiesbaden 1964: Steiner

SENF, Gerhard G.: Weder Kapitalismus noch Kommunismus. Silvio Gesell und das libertäre Modell der Freiwirtschaft. Diss. Uni Wien, Berlin 1989: Libertad Verlag

SERAPHIM, Hans-Jürgen: Die genossenschaftliche Gesinnung und das moderne Genossenschaftswesen. Karlsruhe 1956: C.F. Müller

SHATIL, J.: Die Lebensform in einer Kollektivsiedlung. In: Archiv für öffentliche und freigemeinnützige Unternehmen, Bd. 4, 1958, S. 161 - 175.

SHEEHAN, James J.: Der deutsche Liberalismus. Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg 1770 - 1914. München 1983: Beck

SMITH, Adam: Theorie der ethischen Gefühle. Erstveröffentlichung 1759. Nach der Auflage letzter Hand übersetzt von Walther Eckstein. Hamburg 1985: Felix Meiner

SMITH, Adam: Eine Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Reichtums der Nationen. Original 1776. Übersetzt und eingeleitet von Peter Thal. Bd. 1 - 3, Berlin 1963, 1975, 1984: Akademie-Verlag

STADELMANN, Rudolf: Soziale Ursachen der Revolution von 1848. In: Hans-Ulrich Wehler (Hg.), Moderne deutsche Sozialgeschichte, 4. Aufl., Köln 1973, S. 137 - 155. Erstveröffentlichung in: Stadelmann, Soziale und Politische Geschichte der Revolution von 1848, München 1948, S. 1 - 21 und 198 - 200.

STAVENHAGEN, Gerhard: Geschichte der Wirtschaftstheorie, 4. Aufl., Göttingen 1969: Vandenhoeck & Ruprecht

STEIN, Lorenz von: Der Socialismus und Communismus des heutigen Frankreichs. Leipzig 1842: Wigand

STÖLTING, Eberhard: Akademische Soziologie in der Weimarer Republik. Berlin 1986: Duncker & Humblot

STORM, Claus-Dieter: Verfolgt und geächtet. Handwerker zwischen Liberalismus und Kommunismus. In: Ergebnisse, Heft für historische Öffentlichkeit, Nr. 12/1980, S. 17 - 100.

STRABURG, Bassia: Untersuchung über das Wesen und die Natur der Differential- und Monopolrente. An Hand der Theorien von Karl Diehl und Franz Oppenheimer. Diss. Uni Gießen, Gießen 1927: H. Ritter

SZMULA; von MIQUEL: Die Beratungen des preussischen Landtages über die Landarbeiterfrage. In: Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Bd. 2, 1899, S. 212 - 220.

TENFELDE, Klaus (Hg.): Arbeiter im 20. Jahrhundert. Stuttgart 1991: Klett-Cotta

THEIS, Harald: Kooperatives Marketing von Versicherungsunternehmen. Eine Untersuchung am Beispiel des genossenschaftlichen Versicherers. Diss. Uni Marburg, Marburg 1985: Selbstverlag

THUN, Alphons: Die Industrie am Niederrhein und ihre Arbeiter. Bd. 1, Die linksrheinische Textilindustrie, Bd. 2, Die Industrie des bergischen Landes, Leipzig 1879: Duncker & Humblot

THÜNEN, Johann Heinrich von: Der isolierte Staat in Beziehung auf Landwirtschaft und Nationalökonomie. Neudruck nach der Ausgabe letzter Hand (2. bzw. 1. Aufl., 1842 bzw. 1850), 4. Aufl. Stuttgart 1966: Fischer

TIBURTIUS, Joachim: Gemeinwirtschaftliche Gegensätze. Mit einem Vorwort von Franz Oppenheimer. (Dringliche Wirtschaftsfragen, Heft 8) Leipzig 1919: Veit & Comp.

TOTOMIANZ, Vahan: Anthologie des Genossenschaftswesens. 2. Aufl., Berlin 1923: Prager

TOTOMIANZ, Vahan: Grundlagen des Genossenschaftswesens. 2. neubearb. Aufl., Berlin 1929: Parey

TOTOMIANZ, Vahan: Konsumentenorganisation. Theorie, Geschichte und Praxis der Konsumgenossenschaften. Berlin 1929: Struppe & Winckler

TOTOMIANZ, Vahan: Meine Begegnungen mit Genossenschaftlern in verschiedenen europäischen Ländern seit Ende des 19. Jahrhunderts. In: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Bd. 5, 1955, S. 95 - 101 und 352 - 358.

ULICH, Dieter: Lern- und Verhaltenstheorien in der Sozialisationsforschung. In: Klaus Hurrelmann, Dieter Ulich (Hg.): Handbuch der Sozialisationsforschung. Weinheim u.a. 1980, S. 71 - 99.

VERMÖGENSPOLITIK IN DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT. Ein Symposium der Ludwig-Erhard-Stiftung am 25. 9. 1986. Stuttgart 1987: Fischer

VIERHELLER, Rainer: Demokratie und Management. Grundlagen einer Managementtheorie genossenschaftlich-demokratisch verfaßter Unternehmen. Göttingen 1983: Vandenhoeck & Ruprecht

VIERHELLER, Rainer: Zur Entwicklung genossenschaftstheoretischer Führungsaspekte in der betrieblichen Managementlehre. In: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Bd. 33, 1983, S. 31 - 51.

VIKANDT, Alfred: Machtverhältnis und Machtmoral. Berlin 1916: Reuter

VOGT, Bernhard: Marktwirtschaft und Europa. Der erste Frankfurter Ordinarius für Soziologie. In: Frankfurter Jüdische Nachrichten, Nr. 84, März/ April 1994, S. 29 - 30.

VOGT, Bernhard: Wirtschaft, Wissenschaft und Ethik. Franz Oppenheimers »liberaler Sozialismus«. Bodenheim 1997 (im Erscheinen)

VOGT, Winfried: Theorie der kapitalistischen und einer laboristischen Ökonomie. Frankfurt am Main 1986: Campus

WAGENER, Hans-Jürgen (Hg.): Demokratisierung der Wirtschaft. Möglichkeiten und Grenzen im Kapitalismus. Frankfurt am Main 1980: Campus

WALTHER, Uwe: Finanzierung und Wachstum von Genossenschaftsbetrieben. Schriften zur Kooperationsforschung, C. Berichte, Bd. 4, Tübingen 1972: Mohr

WARD, Benjamin: Die Idealwelten der Ökonomen. Liberale, Radikale, Konservative. Frankfurt am Main 1981: Campus

WATKINS, W.P.: Statisches und dynamisches Denken in der Genossenschaftsbewegung. In: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Bd. 1, 1950/51, S. 41 - 49 und S. 115 - 130.

WATKINS, W.P.: Aufgaben und Möglichkeiten des Genossenschaftswesens in unserer Zeit. In: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Bd. 8, 1958, S. 1 - 20.

WATZLAWICK, Paul: Selbsterfüllende Prophezeiung. In: Paul Watzlawick (Hg.): Die erfundene Wirklichkeit. Wie wissen wir, was wir zu wissen glauben? München 1981, S. 91 - 110; R. Piper

WATZLAWICK, Paul; John H. WEAKLAND; Richard FISCH: Lösungen. Zur Theorie und Praxis menschlichen Wandels. 3. Aufl., Bern u. a. 1984: Hans Huber

WEBER, Alfred: Der dritte oder der vierte Mensch. Vom Sinn des geschichtlichen Daseins. 1. Aufl. 1953, 4. - 10. Tausend München 1963: Piper

WEBER, Max: Soziologische Grundbegriffe. Original 1921, 5. Aufl. Tübingen 1981: UTB

WEBER, Max: Wirtschaftsgeschichte. Abriß der universalen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Aus den nachgelassenen Vorlesungen herausgegeben von S. Hellmann und M. Palyi. Leipzig 1923: Duncker & Humblot

WEBER, Max: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie. 5. Aufl., Tübingen 1972: Mohr

WEBER, Max: Die Lage der Landarbeiter im ostelbischen Deutschland. 1. Aufl. 1892. In: Max Weber Gesamtausgabe, Abteilung I: Schriften und Reden, Band 3, 1. Halbband, hg. von Martin Riesebrodt, Tübingen 1984: Mohr

WEBER, Wilhelm; Johann BRAZDA: »Genossenschaftliches Handeln« - zwei neuere theoretische Ansätze. In: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Heft 1/1993, S. 99 - 107.

WEGNER, Bettina: Zu den ideologischen Grundlagen des Subsidiaritätsprinzips und zur Anwendung des Prinzips auf die Wohnungswirtschaft. In: Gesellschaft, Wirtschaft, Wohnungswirtschaft. Festschrift für Helmut Jenkis. Berlin 1987, S. 169 - 197.

WEGNER, Bettina: Gesundheit als wohnungspolitisches Problem - Zum Zusammenhang von Wohnen und Krankheit aus sozialpolitischer und gemeinnütziger Sicht. In: Jürgen Zerche, Genossenschaften und genossenschaftswissenschaftliche Forschung. Regensburg 1989, S. 169 - 179.

WEHLER, Hans-Ulrich (Hg.): Moderne deutsche Sozialgeschichte. 4. Aufl., Köln 1974: Kiepenheuer & Witsch

WEHRLE, Emil: Deutsches Genossenschaftswesen. Hamburg 1937: Hanseatische Verlagsanstalt

WEIL DAS LAND SICH ÄNDERN MUß. Ein Manifest. Reinbek bei Hamburg 1992: Rowohlt

WEINHOLD, Carl August (Königl. Preuss. Regierungs- und Medicinalrath, Ritter, ordentl. Professor zu Halle etc. etc.): Von der überwiegenden Reproduktion des Menschenkapitals gegen das Betriebskapital und die Arbeit, in den civilisirtesten europäischen Ländern, nebst eigenen medicinalpolizeilichen Vorschlägen zur Herstellung des Gleichgewichts zwischen Wohlstand und Armuth. Leipzig 1828: In Commission im Industrie-Comptoir

WEIPPERT, Georg: Genossenschaftswesen und soziale Marktwirtschaft. In: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Bd. 1, 1950/51, S. 9 - 29.

WEIPPERT, Georg: Vollproduktivgenossenschaften als Lebensgemeinschaften. In: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Bd. 10, 1960, S. 243 - 252.

WEIPPERT, Georg: Jenseits von Individualismus und Kollektivismus. Studien zum gegenwärtigen Zeitalter. Düsseldorf 1964: Joachim Schilling

WEISSENBECK, Friedrich; Ha. A. MEHLER: Barter - kostengünstig einkaufen, neue Absatzmärkte erschließen, kreativ finanzieren. Landsberg am Lech 1987: Moderne Industrie

WEISSER, Gerhard: Sind die Genossenschaften reformbedürftig? In: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Bd. 5, 1955, S. 200 - 217.

WEISSER, Gerhard: Genossenschaften. Hannover 1968: Verlag für Literatur und Zeitgeschehen

WEISSER, Gerhard: Genossenschaften und Genossenschaftsforschung. Strukturelle und ablaufanalytische, historische und systematische Aspekte der Genossenschaften des neunzehnten und zwanzigsten Jahrhunderts. Festschrift zum 65. Geburtstag von Georg Draheim. Unter Mitarbeit von Werner W. Engelhardt. Original 1968, 2. Aufl. Göttingen 1971: Vandenhoeck & Ruprecht

WEIZSÄCKER, Robert K.: Demographischer Wandel, Staatshaushalt und Einkommensverteilung. In: Bernhard Felderer (Hg.), Einkommensverteilung und Bevölkerungsentwicklung, Berlin 1989, S. 31 - 84.

- WESTPHAL, Helmut: Die Filtering-Theorie des Wohnungsmarktes und aktuelle Probleme der Wohnungspolitik. In: Leviathan, Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Heft 4/1978, S. 536 - 557.
- WEUSTER, Arnulf: Theorie der Konsumgenossenschaftsentwicklung. Die deutschen Konsumgenossenschaften bis zum Ende der Weimarer Zeit. Berlin 1980: Duncker & Humblot
- WIESE, Leopold von: Gesellschaftliche Stände und Klassen. München 1950: Leo Lehnen Verlag
- WIE VERNUNFT PRAKTISCH WERDEN KANN. Zur Aktualität des philosophischen Werkes von Leonard Nelson. Ausstellungskatalog. Frankfurt am Main 1987: Philosophisch-Politische-Akademie
- WINCKELMANN, Johannes: Legitimität und Legalität in Max Webers Herrschaftssoziologie. Tübingen 1952: Mohr
- WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT, Festschrift für Franz Oppenheimer zu seinem 60. Geburtstag. Mit Beiträgen zur Ökonomik und Soziologie der Gegenwart von R. Wilbrandt, L. Nelson, C. Brinkmann, R. Michels, B. Schultz, F. Wunderlich, A. Löwe, F. Sternberg, E. Preiser, A. Spanjer, J. Macek, F. Edinger, S. Budge, W. Vershofen, Ch. Gide, F. Schneider, G. Mayer, G. Salomon. Frankfurt am Main 1924: Societäts-Druckerei
- WISSELL, Rudolf: Des alten Handwerks Recht und Gewohnheit. Herausgegeben durch die Arbeitsgemeinschaft Deutsche Handwerkskultur durch Konrad Hahm, 2 Bde., Berlin 1929: Ernst Wasmuth.
- WOHN BUND (Verein zur Förderung wohnpolitischer Initiativen): Forderungen zur Reform des Wohnungsgemeinnützigkeitsrechts (WGG). In: Rolf Schwendert (Hg.), Die Mühen der Ebenen, München 1986, S. 194 - 201.
- WOLFF, Kurt H.: Versuch zu einer Wissenssoziologie. Berlin 1968: Luchterhand
- WOLL, Arthur: Allgemeine Volkswirtschaftslehre, 10. Aufl., München 1992: Vahlen
- WÜNSCHE, Horst Friedrich: Ludwig Erhards Gesellschafts- und Wirtschaftskonzeption. Soziale Marktwirtschaft als Politische Ökonomie. Stuttgart 1986: Bonn Aktuell
- WÜNSCHE, Horst Friedrich: Soziale Marktwirtschaft. Antwort auf das Problem der Grenz-moral. In: Gerhard Merk, Herbert Schambeck, Wolfgang Schmitz (Hg.), Die soziale Funktion des Marktes, Berlin 1988, S. 75 - 87.
- WÜNSCHE, Horst Friedrich: Welcher Marktwirtschaft gebührt das Beiwort »sozial«? In: Karl Hohmann u. a. (Hg.), Grundtexte zur Sozialen Marktwirtschaft, Bd. 2, Das Soziale in der Sozialen Marktwirtschaft, Stuttgart 1988, S. 21 - 31.
- WÜNSCHE, Horst Friedrich: Die immanente Sozialorientierung in Adam Smiths Ordnungsdenken - ein Paradigma für die Soziale Marktwirtschaft. In: Arnold Meyer-Faje, Peter Ulrich (Hg.), Der andere Adam Smith, Bern 1991, S. 249 - 274.
- ZENZ, Franz: Die gewerblichen Produktivgenossenschaften. Ihre Bedeutung zur Lösung der „sozialen Frage“. Diss., Graz 1948: Maschinenschrift
- ZERCHE, Jürgen (Hg.): Genossenschaften und genossenschaftswissenschaftliche Forschung. Festschrift des Seminars für Genossenschaftswesen zum 600-jährigen Gründungsjubiläum der Universität zu Köln. Regensburg 1989: Transfer Verlag
- ZIEGENFUß, Werner: Deutsches Genossenschaftswesen. Eine Einführung. Leipzig 1938: Buske
- ZIEGENFUß, Werner: Die Genossenschaften. Berlin 1948: de Gruyter
- ZINN, Karl Georg: Soziale Marktwirtschaft. Idee, Entwicklung und Politik der bundesdeutschen Wirtschaftsordnung. Mannheim 1992: B. I.- Taschenbuchverlag
- ZOLL, Rainer; Henri BENTS; Heinz BRAUER; Jutta FLIEGER; Enno NEUMANN; Mechtild OECHSLE: »Nicht so wie unsere Eltern!« Ein neue kulturelles Modell? Opladen 1989: Westdeutscher Verlag

Personenverzeichnis

A

- ABBE SIEYES: 166, 276
 ABEL, Wilhelm: 273
 ACHINGER, Hans: 131
 ADLER, Georg: 336
 ADORNO, Theodor W.: 131
 ALBRECHT, Peter: 292
 ALDENHOFF, Rita: 62
 ALTMANN, Rüdiger: 19
 ALTVATER, Elmar: 86
 AMONN, Alfred: 189
 ANDREAE, Clemens-August: 64
 ARENDT, Hannah: 279
 ARISTOTELES: 371
 ASCHOFF, Gunther: 240, 269
 AXELROD, Robert: 93, 294

B

- BACK, Josef M.: 183, 324, 348, 352, 354
 BAKUNIN: 370
 BARONE, Enrico: 348
 BÄRSCH, Jürgen: 233, 240, 242, 248
 BASTIAT: 106
 BAUR: 58
 BAYER: 55
 BECKER, Wolf-Dieter: 70
 BEIN, Alex: 133
 BENDA: 117, 119
 BENJAMIN, Walter: 131
 BERDROW, Wilhelm: 48
 BERNSTEIN, Eduard: 60
 BEYWL, Wolfgang: 64, 289, 355
 BIEDERMANN, Karl: 53
 BIERVERT, Bernd: 288
 BIMBERG, Ulrich: 236
 BLANCE, Louis: 41
 BLOCH, Kurt: 131
 BLUDAU, Kuno: 287
 BLÜMLE, E.-B.: 346
 BOCK, Cornel J.: 347
 BODELSCHWINGH, von: 237

BOELLING: 58

- BOETTCHER, Erik: 62, 239, 346
 BÖHM, Franz: 130, 139
 BÖHM-BAWERK: 189
 BRÄUNINGER, Friedrich: 329
 BRAZDA, Johann: 271, 346
 BRECHT, Berthold: 362
 BRENTANO, Lujo: 335
 BREYSIG, Kurt: 120
 BRIEFS, Goetz: 99, 297
 BRINKMANN, Carl: 131
 BRÜHLMEIER, Daniel: 83, 91
 BRÜNING: 57
 BUCHEZ, Ph.: 289
 BUDDHA: 379
 BUDGE, Siegfried: 131
 BÜLAU, Friedrich: 53
 BURCKHARDT: 69
 BURKE, Edmund: 110
 BUSCH: 121, 283

C

- CAIRNES, John Elliot: 348
 CALVIN: 169
 CARDENAS, Eduardo: 323
 CAREY, Henry Charles: 130, 157, 314, 372
 CARLYLE: 109
 CHATHAM: 110
 CHEVALIER: 273
 CLAUB, Franz-Joachim: 29
 COMTE, Auguste: 149
 CONZE, Werner: 53, 55
 CREMER, Cornelia: 233, 240
 CRÜGER, Hans: 284, 285
 CZAYKA, Lothar: 278

D

DAHRENDORF, Gustav: 286
DAVIDSON, Johannes: 117, 119
DEHMEL, Richard: 117, 119
DIEHL: 132
DIETERICIS: 67
DILCHER, Gerhard: 156
DIOKLETIAN: 137
DOERING, Detmar: 112
DÖNHOF, Marion: 23, 33
DORNBUSCH, Rüdiger: 29
DRONKE, Ernst: 61
DRUPP, Michael: 239
DÜHRING, Eugen: 27, 130, 133, 163, 166,
170, 171, 372
DÜLFER, Eberhard: 349

E

EDINGER, Fritz: 131
EGNER, Erich: 349
EHRlich, Paul: 31, 117, 120
EICHLER, Willi: 130
EINSTEIN, Albert: 122, 351
ELIAS, Norbert: 131
ELM, von: 284
EMILIANOFF: 348
ENGELHARD, Hans A.: 293
ENGELHARDT, Werner W.: 289, 290, 292,
300
ENGELS, Friedrich: 27, 51, 55, 56, 59, 110,
167, 168, 169, 170, 171
ENNECCERUS: 293
EPIKUR: 160, 165
ERHARD, Ludwig: 13, 16, 19-21, 31, 35,
74, 94, 122, 128, 130, 139, 164, 175,
178, 187, 188, 192, 218, 225, 238, 259,
293, 294, 296, 349
ESCHENBURG, Rolf: 348
ESCHENBURG, Theodor: 218
EUBANK, Earl Edward: 122
EUCKEN, Walter: 31, 128, 130, 139, 218

F

FABRI, Dr.: 56
FAUCHERRE, Henry: 212, 261, 319
FAUST, Helmut: 235

FAWCETT, Henry: 348
FELDERER, Bernhard: 29
FEUERBACH: 37, 59
FICHTE: 157
FISCHER, Stanley: 29
FISHER, Irving: 131
FLICK: 194
FLIEGER, Burghard: 64, 270, 289, 355
FORD, Henry: 209, 309
FOURIER, François Charles: 41
FRANTZ, Constantin: 369
FRIEDRICH II: 335
FRIES, Jacob Friedrich: 186
FROMM, Erich: 186, 324
FUCHS, Hans: 292, 300
FUGGER: 43, 52, 166

G

GASSENDI: 166
GEIBLER, Karlheinz A.: 278, 279
GERTH, Andrea: 269
GESELL, Silvio: 266
GEULEN, Dieter: 77
GEYER, Martin H.: 238
GIDE, Charles: 131, 276, 278, 280, 286,
290, 306, 347
GIERKE, Otto von: 13, 142, 155
GLAEBNER, Gert-Joachim: 350
GLAB, Otto: 286
GOBBI, Ulisse: 348
GODSCHALK, Hugo: 266
GOEBBELS, Josef: 344
GOLTZ, Theodor Freiherr von der: 47, 250
GOMEZJARA, Francisco: 131
GOSSEN, Hermann Heinrich: 189
GOTTL, von: 351, 354
GRANADOS, Gilberto: 192
GROTIUS: 158, 166
GUELFAT, Isaac: 321
GUGGENHEIMER, Maria: 316
GUMPLOWICZ, Ludwig: 151, 229, 279
GURGSDIEN, Erik: 192
GYSIN, Arnold: 51, 137, 151

H

HABERMAS, Jürgen: 76, 262
HABSBURG, Rudolf von: 335
HAHN, Oswald: 254, 256, 264, 346, 352,
354
HALL, Charles: 120
HÄNTSCHKE, H.: 65
HARDENBERG, Karl August Fürst von: 43,
62
HARTMANN (Pastor): 237
HASENBECK, Manfred: 329
HASLINGER, Franz: 194
HASSELMANN, Erwin: 270, 273, 283, 285,
287
HASTINGS: 315
HAUPTMANN, Gerhard: 181
HAUSSHERR, Hans: 43, 51
HAWTREY, Ralph George: 259
HAYEK, Friedrich August von: 32, 68, 112,
130, 187, 188
HECKMANN: 167, 206
HEGEL, Georg Wilhelm Friedrich: 37, 53,
59, 162, 167, 262, 288, 290, 366
HEILIG, Karl-Heinz: 237
HEIMANN, Eduard: 38, 91, 130, 131, 139
HEINRICH VON WORMS (Bischof): 335
HEINRICH VIII: 203
HEISIG, Peter: 318
HENNINGSEN, Eckart: 240, 269
HENRICHSMEYER, Wilhelm: 114
HENZLER, Reinhold: 348, 349, 350
HERKNER, Heinrich: 37, 59, 235, 337
HERTZKA, Theodor: 121, 130
HERZL, Theodor: 320
HERZOG, Roman: 33
HEB, Moses: 59
HETTLAGE, Robert: 41, 46, 155
HILDEBRAND, Bruno: 59
HITLER, Adolf: 287, 346, 351
HLAVKA, Miroslaw: 131
HOBBES: 166
HOLLINGSHEAD: 203
HOLZGRABE, Manfred: 267, 268
HOMBURG, Stefan: 29
HONDRICH, Karl Otto: 362
HOPPE, Michael: 348
HÖSTER-PHILIPPS, Ulrike: 344

HOWARD, Nigel: 280
HUBER, Victor Aimé: 41, 120, 231, 347
HÜBNER, Kurt: 86
HUGO: 314
HÜLLMANN: 335
HURRELMANN, Klaus: 77

I

INAMA-STERNEGG, Karl Theodor von: 335
INFELD, Henrik F.: 355

J

JACQUARD, Joseph Marie: 48
JAGSCHITZ, Gerhard: 355
JANTKE, Carl: 38, 44
JARCHOW, Hans-Joachim: 257
JASZI, Oscar: 131
JENKIS, Helmut W.: 239, 248
JESUS: 379
JONAS, Friedrich: 110
JÖRG, Josef Edmund: 111
JÖSCH, Jutta: 288

K

KAFKA, Franz: 156
KAISER WILHELM II: 47
KANT, Immanuel: 76, 112, 117, 118, 313,
340, 380
KARL DER GROBE: 335
KARL von Hessen: 48
KARTHAUS, Frank: 236
KÄSLER, Dirk: 122, 355
KAUFMANN, Franz-Xaver: 92
KAUTSKY, Karl: 96, 167
KEHR, Eckart: 150
KEIL, Bernd: 192
KEIL, Dr.: 314
KEYNES, John Maynard: 127, 128
KING, W.: 212, 215, 261, 319
KLEIN, Friedrich: 352
KLEIN, Otfried: 276
KLEMM, Heinrich: 31
KNAPP, Friedrich: 42
KÖLLMANN, Wolfgang: 49, 50, 52, 58
KÖNIG VON EPIRUS 79
KRABBE, Wolfgang R.: 311

KRAFT, Julius: 125, 131
KRECKE, Herman: 121, 283, 285, 286, 314
KRELLE: 193, 193
KRUCK, Werner: 32, 64, 91, 97, 286, 289,
300
KRUPP: 166, 167, 194, 206, 374
KRUSE, Volker: 129, 156, 216
KUHN, Thomas S.: 129, 134

L

LAMPE, Adolf: 130
LANGE-KIRCHHEIM, Astrid: 156
LASSALLE, Ferdinand: 41, 50, 65, 109, 111,
285
LEM, Stanislaw: 39
LENART, Ernest: 119
LENIN, Wladimir Iljitsch Uljanow: 51, 126
LENK, Kurt: 104
LESSING, Gotthold Ephraim: 119, 226
LEWERENZ, Jürgen: 255
LEXIS: 132
LEY: 287
LIEBKNECHT, Karl: 126
LIEFMANN, Robert: 292, 300, 348
LILIENTHAL, Gustav: 121, 283
LILIENTHAL, Otto: 283
LISSNER, Will: 15
LIST, Friedrich: 27
LOCKE, William: 105
LÖFFELHOLZ, Thomas: 19
LOWE, Adolph (auch Adolf Löwe): 15, 125,
131, 139
LUDWIG XV: 223
LUHMANN, Niklas: 93, 203
LÜTGE: 45
LUTHER: 379
LUXEMBURG, Rosa: 126

M

MACEK, Josef: 131
MAETERLINCK: 161
MAIER, Gustav: 273
MALTHUS, Thomas Robert: 105, 109, 110,
130, 165, 167, 374
MANDEVILLE, Bernard de: 120
MÄNDLE, Eduard: 254
MANN, Fritz Karl: 90

MANNHEIM, Karl: 104, 122, 131
MANSILLA, H.C.F.: 328
MARSHALL, Alfred: 128, 348
MARTINY, Anke: 276
MARX, Karl: 27, 38, 40, 41, 51, 52, 59, 67,
96, 98, 99, 109, 110, 111, 113, 122, 125,
126, 130, 133, 134, 140, 165, 166, 168,
169, 170, 171, 182, 203, 209, 259, 351,
371, 371, 379
MAY, Rafael Ernst: 284
MAYER, Georg: 111
MAYER, Gustav: 131
MEAD, George Herbert: 76
MEHLER, Ha. A.: 266
MEJA, Volker: 104
MENDELSON: 166
MENGER, Carl: 183
MERSMANN, Arno: 236
MESSNER, Johannes: 99
METTERNICH: 67
MEYER, Rudolf: 111
MEYER-DOHM, Peter: 286
MICHELS, Robert: 131
MIEGEL, Meinhard: 33
MIERHEIM, Horst: 193
MILL, John Stuart: 128, 130, 348
MILLER, Susanne: 65, 132
MIQUEL, von: 50
MISES, Ludwig von: 112, 130
MOHL, Robert: 94
MOLL: 277
MÖLLEMANN, Jürgen: 24
MÖLLENDORFF, Wichard von: 126
MORUS, Thomas: 81, 203
MOTZ, Johannes: 236
MTULA, Otieno: 322
MÜLLER, Udo: 176
MÜLLER-ARMACK, Alfred: 130, 193, 297
MÜNCHHAUSEN: 69, 157
MÜNKNER, Hans-H.: 254
MÜSSIGANG, Albert: 36, 52 f
MYERS, Gustavus: 203

N

NAUMANN, Friedrich: 121
NEHRU: 322
NELL-BREUNING, Oswald von: 286, 290
NELSON, Leonard: 118, 125, 130, 131, 139,
163, 186
NEUMANN, Lothar F.: 242
NEUMANN, Manfred J. M.: 70, 239
NEUCOMEN, Thomas 48
NIEHEUS, Karl: 64
NIELSEN, Birgit S.: 186
NIETZSCHE, Friedrich: 38
NITSCHKE, Michael: 238
NOCK, Albert Jay: 69
NÖLLING, Wilhelm: 33
NÖLTING, Erik: 130, 131, 139
NORDHOFF: 368
NOVY, Beatrix: 245
NOVY, Klaus: 19, 233, 236, 237, 239, 240,
253, 289
NUTZINGER, Hans G.: 92, 217, 229

O

O'CONNELL: 315
OELLERKING, Claus: 267, 268
OHM, Hans: 348
OPPENHEIMER, Antonie: 117, 119
OPPENHEIMER, Carl: 31, 117, 119
OPPENHEIMER, Elise: 117, 119
OPPENHEIMER, Gabriel: 119
OPPENHEIMER, Georg: 119, 120
OPPENHEIMER, Heinz: 119
OPPENHEIMER, Julius: 117, 119
OPPENHEIMER, Ludwig Yehuda: 119, 259,
321
OPPENHEIMER, Marta: 119
OPPENHEIMER, Paula: 117, 119
OPPENHEIMER, Renate: 119, 123
OTTOMEYER, Klaus: 75, 316
OTTOW, Raimund: 77
OWEN, Robert: 41, 312, 314, 315

P

PANTALEONI, Maffeo: 348
PANUNZIO, Constantine 131

PAPIN, Denis: 48
PARETO, Vilfredo: 348
PARISH: 166
PATERA, Mario: 242
PAULICK, Heinz: 348, 352
PELTON, Francis D.: 362, 366, 372 f
PESCH, H.: 99
PETERS, Wilhelm: 256
PETTY, William: 120
PIGOU, Arthur Cecil: 348
PLATON: 38, 157, 160
POPLITZ, Heinrich: 340
PREISER, Erich: 87, 95, 107, 108, 116, 124,
127, 128, 130, 131, 139, 177, 218, 349
PREUSS, Walter: 322, 324, 355
PRINZ, Michael: 239, 240, 289
PROUDHON, Pierre Joseph: 166, 226
PUFENDORF: 166

Q

QUANTE, Peter: 50
QUARCK, Max: 60, 150
QUESEL, Carsten: 36
QUESNAY, François: 108, 108, 120, 163,
166, 223, 374

R

RABBENO, Ugo: 65
RAIFFEISEN, Friedrich Wilhelm: 41
RATHENAU, Walther: 34, 126
RATZEL: 172
RAUSCHER, Anton: 297
REUTER, Edzard: 33
RICARDO, David: 94, 106, 109, 110, 122,
130, 132, 133, 134, 167, 179, 351, 374
RIEGER, Wilhelm: 124
RIESE, Hajo: 260
RITTER, Ulrich Peter: 322
ROBOTKA: 324
RODBERTUS, Joh. Karl: 132, 166
ROMAHN, Hajo: 242
RÖMER: 43
RÖPKE, Wilhelm: 109, 130
ROSENBERG, Hans: 67
ROTHSCHILD: 166
ROUSSEAU: 157, 366, 370

RÜSTOW, Alexander: 105, 107, 130, 139,
203, 218

S

SAHER, P. J.: 322
SAINT-SIMON: 130, 149, 170
SALOMON-DELATOUR, Gottfried: 104, 125,
131
SASSEN: 348
SAY, Jean-Baptiste: 127
SCHAUPENSTEINER, Wolfgang: 176
SCHAYER, Konrad: 321
SCHEDIWY, Robert: 271
SCHEFFOLD, Bertram: 131
SCHELER, Max: 188
SCHERER, Klaus-Jürgen: 350
SCHILLER, Otto: 322
SCHMIDT, Helmut: 33
SCHMITT, Otmar N.: 193
SCHMITTMANN, Benedikt: 242
SCHMOLLER, Gustav: 37, 122, 129, 142,
168, 169, 189
SCHNEIDER, Fedor: 131
SCHÖNLANK, Br.: 335
SCHREIBER, Peter Wolfram: 19
SCHRÖDER, Richard: 33
SCHUCHARD: 58
SCHUKE, Andreas: 278
SCHULTE, Matthias: 292
SCHULTE, Wilhelm: 53
SCHULTZ, Bruno: 131
SCHULTZ, Winfried: 190
SCHULZ, Günther: 242
SCHULZE-DELITZSCH, Hermann: 41, 50, 62,
63, 64, 65, 71, 268, 285, 289, 291, 347
SCHUMACHER, Carl: 287
SCHUMPETER, Joseph Alois: 27, 125, 183,
189, 190, 222, 223, 224
SCHUNCK: 193
SCHWAN, Bruno: 233 ff
SCHWARZ, Angelika: 292
SCHWARZ, Gerhard: 68
SCHWENK, Andreas: 257
SEDATIS, Helmut: 62
SEIDEL, Bruno: 351, 355
SEIDEL, Friedrich: 51
SENF, Gerhard G.: 266
SENIOR, Nassau W.: 128, 131

SERAPHIM, Hans Jürgen: 324, 348, 355
SERING, Max: 135
SHAFTESBURY: 160
SHATIL, J.: 320
SHEEDAN, James J.: 111
SHELBURNE: 110
SIEBKE: 193
SIMMEL, Georg: 379
SING, Elmar: 269
SISMONDI, Simonde de: 336, 340
SMITH, Adam: 17, 27, 32, 35, 39, 43, 54,
67- 92, 97, 108, 108, 110, 112, 130, 165,
166, 167, 191, 199, 206, 208, 213, 262,
263, 373, 374
SOMBART, Werner: 29, 143, 165
SPANJER, A.: 131
SPANN, Othmar: 162, 355
SPECHT, Minna: 186
SPENCER, Herbert: 226, 379
SPONHEIMER: 314
STADELMANN, Rudolf: 67
STAHPLECKER, Peter: 192
STAHR, Adolf: 119
STAVENHAGEN, Gerhard: 355
STEHR, Nico: 104
STEIN, Karl Freiherr vom und zum: 44
STEIN, Lorenz von: 37, 54, 163, 167, 336
STEINDORFF, Georg: 117, 119
STERN, Fritz: 131
STERNBERG, Fritz: 123, 130, 131
STIEDA, A.: 335
STÖCKER: 133
STÖLTING, Eberhard: 30
STORM, Claus-Dieter: 95
STUMM: 166, 167, 206
STÜVE, Carl Bertram: 54, 55
SZMULA: 50

T

TAINE: 336
TARDE, Gabriel: 114
THEIS, Harald: 250
THIERSE, Wolfgang: 33
THOMPSON, William: 120
THUN, Alphons: 57
THÜNEN, Johann Heinrich von: 27, 37, 94,
132, 337, 373
TIBURTIUS, Joachim: 126, 139

TOENNIES, Ferdinand: 162, 163
TOTOMIANZ, Vahan: 64, 273, 274, 276,
280, 289, 290, 306, 347, 349
TROTZKY, Leo D.: 126
TURGOT: 165, 166
TWIN, Mark: 364

U

UHLENHORST, M.: 273
UHLIG, Günther: 236
ULICH, Dieter: 77

V

VANDELEUR: 315
VERSHOFEN, Wilhelm: 131
VIERKANDT, Alfred: 158
VINCI, Leonardo da: 48
VINCKE, v.: 53
VOGT, Bernhard: 340
VOGT, Winfried: 196, 211- 214, 219

W

WAGNER, Adolph: 122, 132, 179, 202
WALRAS, Léon: 348
WARD, Benjamin: 27
WATKINS, W. P.: 355
WATT, James: 48, 52
WATZLAWICK, Paul: 106, 113, 279, 280
WEBER, Alfred: 156
WEBER, Max: 14, 27, 28, 50, 120, 122,
153-156, 181, 332, 337, 344
WEBER, Wilhelm: 346
WEGNER, Bettina: 232, 239
WEHRLE, Emil: 255
WEINHOLD, Carl August: 66
WEIPPERT, Georg: 13, 351, 353
WEISSENBECK, Friedrich: 266
WEISSER, Gerhard: 130, 239, 286, 300, 302,
353
WEIZSÄCKER, Ernst Ulrich von: 33
WEIZSÄCKER, Robert K. von: 193, 199
WELSER: 43
WESEMANN, Hans Otto: 124
WESTPHAL, Helmut: 232, 241
WEUSTER, Arnulf: 268
WHATELY: 131

WICKE, Lutz: 193
WIESE, Leopold von: 54
WILBRANDT, Robert: 59, 131
WINCKELMANN, Johannes: 344
WISSELL, Rudolf: 43
WITTGENSTEIN: 280
WOLFF, Kurt H.: 104
WOLL, Arthur: 29, 194
WOODELL, Vivian: 292
WUNDERLICH, Frieda: 131, 139
WUNDT, Wilhelm: 159
WÜNSCHE, Horst Friedrich: 32, 72, 187,
188, 296
WYGODZINSKI: 348

Z

ZENON: 226
ZIMMERMANN, Friedrich: 24
ZINN, Karl Georg: 23
ZOLL, Rainer: 279

Stichwortverzeichnis

A

Abhängigkeit, politisch mißbrauchbare 92
Absatzkrise 221
Absatzwege, Bedeutung 272
Ackerland
Mindestgröße für selbständige Existenz nach OPPENHEIMER 45
Umwandlung in Weideland, England 81
Adel
ökonomische Deklassierung 206
Ausbeutung der Bauern 333
Afrika 138
Agrarkapitalismus 42 ff, 54, 97, 333
Agrarmarkt, internationaler 87
Agrarproduktion, moderne Form 324
Agrarrevolution 51
Ahlener Programm der CDU 33
Akkumulation
des industriellen Kapitals 94
ursprüngliche 107, 165 ff, 169, 206
und Systemstörung 189
Aktienunternehmen, Ablehnung durch SMITH 90
Aktionshüllen (Systeme), ohne Moral 343
Algerien 207
Allgemeine deutsche Arbeiterverbrüderung (ADAV) 288, 291
Allgemeinheit, Vorrecht der A. gegenüber dem Individuum (SMITH) 78
Allgemeininteresse, Unterwanderung des A. durch die Verknüpfung von Wirtschaft, Politik und Staat 24
Allmende 333
Alternativen aufzuzeigen ist eine Aufgabe der Theorie 325
Alternativökonomie 212, 214, 215, 230, 255, 290
American Journal of Economics and Sociology 122, 131
Amerika
Auswanderung nach 20, 51
Kolonisation 213
Anarchismus 226, 370

Angst

der Anbieter vor dem Mißerfolg, Bewältigungs- und Ausweichstrategien 174
vor der Freiheit (FROMM) 186
vor Lebensrisiken 250, 363
vor Autoritäten 331

Anonymität 312

Antialkoholbewegung 314

Antikartellgesetz 164, 175

Antisemitismus 114, 133, 350

siehe auch »Faschismus«

Anwartschaftsdeckungsprinzip in der Rentenversicherung 238

Apartheid 104

Arbeit

Begriff 375
wertschaffende A. 21, 212, 216, 319
als kleinstes Mittel zum gesellschaftlichen Wohlstand 34
muß noch nicht rationiert werden 73
Betrachtung als Kostenfaktor 88, 94
der gerechte Preis 290

Arbeiter

Bestimmung zum Lastträger (Ideologie) 37, 94
»freier« bzw. vermögensloser A. 42, 142, 166, 167, 169, 182, 216

Arbeiterbanken 255

Arbeiterbewegung 109, 171

siehe auch »Gewerkschaften«

Arbeitgeberkartelle zur Senkung der Lohnhöhe 84

Arbeitsamt 202

Arbeitsbedarf 185

Arbeitsbedingungen 212

Arbeitsbeschaffung 237

Arbeitsertrag

gerechte Aufteilung 103
Optimierung 290

Arbeitskraft

Reproduktionskosten 40, 94
Monopol bei der Verwertung 63
Einstufung als Betriebsmittel 94
Ausbeutung fremder A., siehe »Ausbeutung«

Arbeitskräfte, Import 102, 137

Arbeitslöhne, Höhe unterliegt Angebot und Nachfrage 63

Arbeitslosenversicherung 241, 250

Arbeitslosigkeit 73, 194, 237, 293, 294, 296

Spaltung der Gesellschaft 33

Voraussetzung für Ausbeutung und Kapitalismus 102, 209, 214, 374

Arbeitsmarkt 25, 33, 101 f, 293

Arbeitsmarkttheorie 211 ff, 297

Arbeitsorganisation, genossenschaftsadäquate 310

Arbeitsplatz als Dienstleistungsprodukt 212 f, 253, 297

Arbeitsplatzmarkt 217, 218, 253, 290, 297

Arbeitsplatzproduktion 215, 293, 299, 302

Arbeitsteilung

und wachsende Bevölkerungsdichte führen zu steigendem Einkommen 42
Rationalisierungseffekte in den Arbeitskompanien der Militärschneider 61
internationale 85, 219 f
wirtschaftliche Vorteilhaftigkeit (A. SMITH) 85 f
praktisches Beispiel 86
erhöht notwendiges gesellschaftl. Kreditvolumen 258, 261, 308

Arbeitswert = Zeit x Qualifikation 88

Arbeitszeit

Umverteilung 210
Verkürzung 294

Aristokratie 168

Armenfürsorge 58

Armenwohnviertel (Slums) 56

Armut

Verursachung durch Reichtum anderer 37, 340
Normalität der A. in früheren Gesellschaften 52
moraltheologische Rechtfertigung 111
Frage der persönlichen Schuld 228

Armutsprostitution 136

Assoziation siehe »Genossenschaften« und Untergliederungen nach Bau-, Konsum-, Produktivgenossenschaften etc.

atomistisches Staatsideal versus fundamental menschliche Gemeinschaft 83

Aufklärung

umfaßte anfänglich nicht die Ärmsten 53
war zunächst antihistorisch 105

Aurora-Gemeinden 314

Ausbeutung

patriarchale und kapitalistische 42
bei hoher Arbeitslosigkeit 74
des Menschen durch den Menschen 96, 139, 152, 160, 161, 172, 226, 322, 331

durch Machtpositionen 98, 360
aufgrund monopolisierter Eigentumsrechte 181

Ausbildung 186, 191, 201, 243, 363, 374
des Verstandes 77
Ausbildungskosten 178, 210
in Konsumgenossenschaften 269

Ausgeglichenheit (wirtschaftswissensch. Systemanalyse) 196, 208, 210, 219, 221, 248, 275 f, 373, 375

Ausgleich aller Einkommen, siehe »Einkommensnivellierung«

Auslandskredite zur Absatzfinanzierung 87

Außenhandel 210, 294

Regelungen zum Schutz inländischer Unternehmen 108

Ausstoßungsprozeß der postfeudalen Herrenklasse 136

Auswanderung nach Amerika 20, 51

Automobilindustrie 222

Autorität 133, 155, 160, 186, 331, 344, 370

B

Bäckerei-Handwerk, Berlin 60

Bangladesch 56

Bankwesen 254 ff

Oligopol und Zinsimpulse durch Bundesbank 264

Bärenklau, Siedlung 121, 319

Barter 261, 266 f

Bauer, Verlust der ökonomischen Selbständigkeit durch Minderung der Besitz- und Nutzungsrechte 45

Bauernbefreiung 44, 54

Bauernkriege 333

Bauernlegen (Vertreibung) zum Zwecke der Landaneignung 81, 168, 203

Bauernpolitik 317

Bauernstand, Gegenwartsprobleme 324

Baugeldbeschaffung 253

Baugenossenschaft »Freie Scholle«, Berlin Tegel 121, 284

Bauhütten 239

Bauindustrie, Fertigungstechnik 376

Bauselbsthilfe 239, 249
Anforderungen 236
Bedarfsentscheidungen, individuelle 211
Bedürfnisbefriedigung, erlaubte und unerlaubte Mittel 160, 163 ff, 172
Bedürfnishierarchie 245
Befehl und Gehorsam 154 f, 159, 288, 309, 337 f, 343, 346, 352, 377
Befriedigungschancen, monopolisierte 103
Begabung, Verschiedenheit der wirtschaftlichen B. 165, 166
Bequemlichkeit der Reichen (SMITH) 79
Bergbau 43, 88
Entwässerung mit Tier- und Wasserkraft,
Bedarf an Dampfmaschine 48
Berlin, Gewerbeentwicklung 60 f
Berufs- und Gewerbestatistik 49
Beschaffungsaufwand 94, 102, 204, 257, 259 f
Beschäftigungsentwicklung 1840/1861 49
Besitz, rentierlicher und unrentierlicher 26, 206
Besitzlosigkeit 54
Bestechung 176
Besteuerung einer besiegten Gruppe durch eine siegreiche Gruppe war ursprünglich einziger Zweck des Staates 69
siehe auch »Steuern«
Bethel-Gemeinden 314
Bevölkerung, Zusammensetzung nach Klassen in Wuppertal (1861) 55
Bevölkerungsdichte (Tabelle) 235
steigende B. begünstigt Arbeitsteilung und steigende Einkommen 42
Bevölkerungsschwund 110
Bevölkerungsüberschuß 110
Bevölkerungswachstum 165
Bewertung von Umwelt- und Gesundheitsschäden 92
Bewirtschaftung der Menschen der Unterklasse durch die Vollbürger der Oberklasse 160, (172)
siehe auch »Ausbeutung«, »Staat« und »Steuern«
Bewußtheit und sozialer Determinismus 281
siehe auch »Determinismus« und »supra-soziale Persönlichkeit«
Bewußtsein seiner selbst, Täuschungen 141

Bewußtwerdungsprozesse zur Zielfindung in Genossenschaften 269
Bezugsgruppen, Träger der Moral 73, 313
Bildung, siehe »Ausbildung«
Bindungen, verpflichtende 343
Boden
Expropriation von Grund und B. bildet Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise (MARX) 51
ausbeutbares Kapitalstück 81, 181, 237
unproduziertes Produktionsmittel 97
freier und besetzter B. 165
Bedingung aller Arbeit in Freiheit 173
Preise für Bauland 249
siehe auch »Großgrundbesitz«, »Land...«
Bodenertrag 80
Bodenmonopol 134, 159
Bodenreform 323
Bodensee 217
Bodensperre 43, 54, 116, 134, 136, 142 f
Bourgeoisie, Verständnis und Schicksal nach MARX 60
Bourgeoisökonomik 106, 109, 114, 171
brains to the top (Auswahlverfahren) 198
Branchenstrukturkrisen 89, 184, 222
Brasilien 136
Bundesbahn, siehe »Eisenbahn«
Bundesbank
Zinspolitik 246
Geldtheorie 258, 260, 263
Kritik 264
Bürgergesellschaft 17, 230
siehe auch »Freibürgerschaft«
Bürgerkrieg 39
Bürokratie (68), (150), 155 f, 342, 366
C
Caja Laboral Popular (Genossenschaftsbank, Spanien) 255, 261
Calvinismus 169
CECOP (europ. Dachverband d. Arbeits- und Produktionsgenossenschaften) 291
ceteris paribus 195
Chancenverteilung 149, 181, 191, 275
Chauvinismus 319, 337, 345
chemische Industrie 55
Cholera 57, 315
Clearingstelle für Wechsel 258

closed-shop Politik der Baugenossenschaften 240
Consensus, siehe »Konsens«
COOP 270

D

DAF (Deutsche Arbeitsfront) 286 f, 352
Dampfmaschine, Verbreitung 48, 52
Dänemark 89
Dankbarkeit 252
Basis freiwilliger Rückleistung 93
menschliche Verbindung durch D. 81
Definitionsmacht über Wirklichkeit 129
Deflation 294
Deismus 105
Delitzsch, Vereinigung der Schuhmacher 64
Demokratie 362
Gefährdung durch massenhafte wirtschaftliche Unselbständigkeit 92
wirtschaftliche Voraussetzungen 71
Frage der Leistungsschwäche durch Abhängigkeit von Massenmeinung 229
latente Gefährdung durch Zwangssystem »Staat« 337
schwache Rückbindung an Willen des Volkes 342
unter starker Führung 366
Demokratieprinzip (Genossenschaft) 269
Demokratisierung 155, 355
Depression (Wirtschaft) 294
Deregulierung (Wohnungsmarkt) 242
Determinismus 140, 142
sozialpsychologischer 104, 277 f, 288
Devisenzwangswirtschaft 294
Diebstahl gegen Unbekannt (Versicherungsbetrug und Leistungsmissbrauch) 251
Dienstleistungsgesellschaft, funktionsfähig auch bei geringem Anteil sogenannter „Produktion“ 210
Diktatur 343
Diktaturproblem 330, 337
Dokumente, Fälschung durch Priester um Besitz zu mehren 168
Dorfgemeinschaft 250, 312
Dreschverfahren, mechanisches 46
Dringlichkeit des Austauschbedürfnisses 99, 102 f, 205, 216

drop out, besondere Belastung der einkommenschwachen Bevölkerung bei Wohnraummangel 233
Durchgangsgenossenschaft 240 f

E

EDEKA 270
Eden, Obstbausiedlung 121, 314
Effizienzgebot, marktwirtschaftliches 183, 185
Egoismus versus Gemeinsinn 77, 86
Eheverbot als Mittel gegen Übervölkerung 53
Ehrbewußtsein 53
Ehrenkodex (soziale Kontrolle) 78
Ehrgeiz 79
Eigeninteresse und Wohl der Allgemeinheit (SMITH) 86
Eigennutz
problematisch wenn Freiheit der Anwendung räuberischer Mittel besteht 32
unproblematisch wenn nur über Nützlichkeit verwirklichtbar 34
automat. Gleichschaltung mit Gemeinnutz bei vollständiger Konkurrenz 108
Eigentum 181, 205, 321, 330
als Schutzwall gegen die Begehrlichkeiten anderer 110
Unverletzlichkeit 172
an Menschen und deren Arbeitsprodukt 173
Eigentumslosigkeit 38
siehe auch »Arbeiter, freier«
Eigenverantwortung 192, 296
Einfuhrverbote zum Schutz inländischer Produzenten 84
Einkaufsmonopol 101, 180 ff, 216
Einkommen
steigt mit Bevölkerungsdichte und fortschreitender Arbeitsteilung 42
der Gesellschaft aus Gewerbefleiß 90
des kapitalistischen Verkäufers 147
Unterschiede aus Qualifikation und Machtpositionen 177, 186
siehe auch »Vermögen«
Einkommensmaximierung der Gesellschaft durch Freiheit der Eigeninitiative 91
Einkommensnivellierung durch freie Konkurrenz 40, 96, 200, 363, 372

Einkommensverteilung 192 ff
in Abhängigkeit von Systemtypen 197 ff
und Systemfunktion 202 ff
Verteilungskampf 296, 374

Einsicht 310

Einzelhandel
Preisauflschläge 273
als Interessengruppe 274 f

Einzelner, angewandte Rechtschreibregelung 86

Eisenbahn 70, 175, 181, 184

Eitelkeit, Täuschungen der E. 79

Elite 169

Emanzipation 324, 326, 341, 363
wirtschaftliche 71, 92, 288, 371-374
politische E. der Massen 92
der Frauen 268, 341
der Konsumenten 270, 271, 276 f
Persönlichkeitsentwicklung und Partnerschaft 364

Energiekonzerne 180, 184

Energiepolitik 200

England 19, 59, 81, 108, 110, 169, 235, 261, 322
Agrarrevolution 51
soziale Probleme 110

Entfaltung der Produktivkräfte 49

Entfremdung des Menschen von dem wirtschaftenden Einsatz seines monetären Wertdepots 185

Entwicklungsländer 322 f, 324
Tausch- und Anpassungsprozesse in ihrer Wechselwirkung mit den entwickelten Ländern 86

Entwicklungssoziologie 137, 323

Entwicklungsstufen der Persönlichkeit (OPPENHEIMER) 281

Epikuräismus 165, 166

Erbuntertanenschaft 46

Erkenntnisfähigkeit, Begrenztheit 356

Eroberungsrecht 151, 158

Ertragsformel des Unternehmers 101

Ertragsmaximierung versus Profitmaximierung 212

Ertragsteilung nach Leistungsbeiträgen statt nach Verfügungsrechten 104

Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften 270

Erziehung 139, 313

Ethik 359
in der Wirtschaftswissenschaft 72 f
wechselseitige Bindung zwischen Gruppe und Individuum 101
schwer handhabbar bei Entscheidung zwischen widerstreitenden Interessen 340 f

Existenzbedrohung durch Mangel als Verhandlungsnachteil 25

existenzialistisches Axiom (HOWARD) 280

Export
Exportgüter werden mit Exportgütern des kaufenden Landes »bezahlt« 85
Exportüberschuß 86
zwanghafter E. 219, 220

F

Fabrik
Marktintegration und Massenproduktion als Entstehungsvoraussetzung 48
veränderte Welt- und Gesellschaftsordnung 53
Überlegenheit gegenüber dem Handwerk 62
spezielle Anforderungen an die Arbeitsorganisation nach FORD 309 f

Fallunterscheidung verschieden möglicher Marktwirtschaften 199

Familie 326, 364

Fanatiker, politische, „mit schwülem Kopf und kaltem Herzen“ (NIETZSCHE) 39

Faschismus 38, 127, 156, 163, 342 ff
Vergewaltigung des Gemeinschafts-Gedankens 16
Wirtschaftskonzeption 20
begrifflicher Hintergrund 367
und Anti-Marxismus 344
und Genossenschaftswesen 342 ff, 349 f
siehe auch »NS-Diktatur«

Faulheit (Investitionsmotiv der Arbeit) 216, 290

FCKW-freie Kühlschränke 184

Fehlinvestitionen 174

Feudaladel als herrschende Klasse 150

Feudalismus 71, 93
Spätfeudalismus 54
Übergang zum Industriekapitalismus 149

Feudalordnung, Auflösung 41, 83

Finanzkapital, Herrschaft des 38
siehe auch »Geld...«, »Kapital...«, »Kredit...« und »Schuldverhältnis«

Fischerei-Handwerk, Berlin 60

Flandern, Hungerrevolten 52

Flaschenhals-Syndrom (Überproduktion und Absatzkrisen) 221, 274

Flexibilität der Wirtschaft 185
siehe auch »Innovation...« und »Selbststeuerung des Marktes«

Föderalismus 368

Förderauftrag, genossenschaftlicher 267 f, 282

Forschung, unkritische 131
siehe auch »Ideologie«, »Wissenschaft« und »Wirtschaftswissenschaft«

Fortpflanzungsverbot (Ehelosigkeit) 53

Fortschrittspartei 109

Frankfurt am Main, Universität 349

Frankreich 19, 37, 108, 184, 220, 235, 322

Frauen
Vereinnahmung der gesunden und schönen F. der Unterklasse durch die Männer der Oberklasse 162
wirtschaftliche Unabhängigkeit 315, 339
geringes Interesse an landwirtschaftlichen Familienunternehmen 324

Frauenbewegung 268

Freiburger Schule 31

Freibürgerschaft 71, 163, 362 ff

Freiheit 140, 365
der Eliten gegen die der Allgemeinheit 24, 203
ökonomische 38
der Gesellschaft und ihre Gefährdung durch Wirtschaft und Staat 70
des Kapitals 89
der Eigeninitiative führt zur automatischen Maximierung des Einkommens einer Gesellschaft (SMITH) 91
Unterdrückung der Freiheit im Namen der Freiheit (ERHARD) 94, 225
wirtschaftliche (Begriffsverständnis) 96
des Individuums 91, 324, 378
Schutz durch Genossenschaften 324, 339, 376

Freiland 121, 284

Freiländer, (Berlin und Hamburg) 283 f

Freizügigkeit, siehe auch »Gewerbefreiheit«
im 10. Jahrhundert 42

Fremdachtung 313

Fremdarbeiterproblem 138

Fremdsteuern 326

Frieden, sozialer 36, 313
siehe auch »Konsens« und »Krieg«

Fronhöfe 142

Führung 153, 338, 339
Funktionsweise der F. 310 f
genossenschaftliche F. im Staat 370

Fürsorgepflicht des Grundherren, Wegfall bei Bauernbefreiung 44

G

Garnbleichergewerbe 55

Garnweber-Handwerk, Berlin 60

Gefangenendilemma 293

Gefolgschaft, natürliche 155, 338

Gehorsam, siehe »Befehl« und Gehorsam«

Gehorsamspflicht des Bauern und Fürsorgepflicht des Grundherren 44

Geist, »genossenschaftlicher« und »kapitalistischer« 140, 141, 142, 143

Geld
Entfremdung vom wirtschaftenden Einsatz dieses Wertdepots 185
Wertanker 260, 265
Universalität 265

Geldbesitz
Universalität 100
Zugewinnsystematik 204, 243

Geldentstehung 204, 257

Geldentwertung nach I. Weltkrieg 238

Geldersatz 265

Geldflucht 87

Geldfunktionen 256

Geldpolitik
und Wohnraumversorgung 248
und Wirtschaftswachstum 260
Geldwertstabilität 264

Geldtheorie 204, 262 f
Exkurs 256 ff

Geldvermögen (Kapital) 97

Geldwertstabilität 262

Geldwirtschaft, Motiv des Verdienens 333

Gelehrigkeit, Natur der 77

Gemeindeland, Einzäunung u. Aufteilung 41

Gemeinden, wirtschaftl. Selbständigkeit 369

Gemeineigentum 322, 332 f

gemeinnützige Organisationen, Finanzierung durch Direktabgaben der Steuerpflichtigen 68

Gemeinnützigkeitsprinzip, Vereinbarkeit mit Wesen der Genossenschaft 239

Genossenschaft
wechselseitige Beeinflussung in Freude und Leid (A. SMITH) 74
Störung der klassenlosen G. im Kapitalismus 95
versus Staat 342
Ethik und Ziele 376

Gemeinschafts-Gedanke, Vergewaltigung während der NS-Diktatur 16

Gemeinwesen 82
Sicherung 92
Entstehungsprozeß einer solidarischen Wertebasis 93

generalisierte Andere (MEAD) 76, 277

Generationenvertrag
Gültigkeit 92
Rentenversicherung 238

Genielohn 167, 206

Genosse, Begriffsbedeutung 332 f

Genossenschaft, Definition 156
Chance zur Überwindung der Kapitallogik 101, 224
Entstehung und Wirkung 41, 98, 192, 227 f
Ort bzw. Methode des Eingriffs vom Kleinen ins Große 228
harmonische u. disharmonische 143, 301
Einteilung der Arten 145
versus »Herrschaft« 152 ff, 253, 331
und Gemeinnützigkeitsprinzip 239
als Durchgangseinrichtung 241
Bewegung von unten zur Systemveränderung und Bewegung von oben zur Systemstabilisierung 285
Achtung und Freiheit als wesentliche Gütekriterien 339
Offenheit als Abgrenzungskriterium gegenüber Kartell 341
Angriffs- und Abwehrgenossensch. 341
herrschaftliche Theorie der G. 352
als Reaktionsform auf Umweltbedingungen 357
Befreiung des Individuums 412

genossenschaftlicher Geist 140, 141, 142

Genossenschaftsbanken 254 ff
Entstehung 255
besondere Aufgaben 256
Möglichkeit regional geschlossener Wirtschaftskreisläufe 261

Genossenschaftsförderung 267 f

Genossenschaftsgedanken, Verbreitung über die Konsumgenossenschaften 269

Genossenschaftsgesellschaft 226, 230

Genossenschaftsgesetz (1889) 236

Genossenschaftsgründung
abhängig vom Leidensdruck 16, 240
Hilfe durch öffentliche Würdenträger 236
persönliche Motive 312

Genossenschaftsverbund 318
Anforderungen an eine Genossenschaftsbank 257, 267

Genossenschaftswesen, Krise 346 f
Systemumwelt, Kursbestimmung und Selbstverortung 13
gebrochene Kontinuität durch die NS-Diktatur 16
Zielsetzungen 324
Eingliederung in den NS-Staat 350

Genossenschaftswissenschaft 347
Zitierkartell 348 f

Gentechnik, Gefahr des verbrecherischen Mißbrauches gültigen Patentrechtes 98

Genüßoptimierung statt Einkommensmaximierung 185 f, 290

Gerätewerk Matrei in Tirol 64
gerechter Tausch 139

Gerechtigkeit 40, 82, 93, 118, 154, 161, 201, 296, 322, 330
siehe auch »Reziprozität«

Gerichtswesen, zentralisiertes 365

Geschlechtskrankheiten bei Kindern durch Mißbrauch und Wohnungsnot 234

Gesellschaft
Herausbildung als sozialpolitische Kategorie 65
als willentlicher, demokratisch konstituierter Körper 70
Aggregat, das in dem Ausgleich und Austausch über die Generationen hinweg einen überindividuellen Standpunkt durch Einsicht und Zustimmung ausbilden muß 71
Harmonie und Frieden (SMITH) 76
Reproduktionsprinzip 77, 92, 93
Vorzug der Vielen vor dem Einen (SMITH) 78
Gravitation um ein gemeinschaftliches Zentrum gegenseitiger guter Dienste (SMITH) 81
wenn gegenseitige Schädigung beginnt, werden alle Bande zerbrochen 82
Gesundheit der G. 81, 160 ff
Einkommen der G. aus Gewerfleiß (SMITH) 90
Einkommensmaximierung der G. durch Freiheit der Eigeninitiative (SMITH) 91
Wertebasis des Zusammenhaltes 93
die gegen den Druck der Herrschaft ankämpfende, handelnde Gemeinschaft (OPPENHEIMER) 162
unvollkommene (SPENCER) 226
Erneuerung durch das Experiment 230
Notwendigkeit alternativer Formen des Zusammenhaltes bei Wegfall der Herrschaft 329

gesellschaftliches Gesamtoptimum durch Millionen Individualoptima 91

Gesellschaftsbildung, Motive 82

Gesellschaftsordnung, humane 41

Gesellschaftstheorie, kritische 36, 132

Gesellschaftsveränderung 326
durch heterogene Ansätze 230
verschieden motivierte Gruppen und deren Wettbewerb 275

Gesellschaftsvertrag, Gültigkeit 93

Gesetz von der ursprünglichen Akkumulation 37, 105 f, 153, 165 ff, 169, 206

Gesetze der Sozialwissenschaften nach OPPENHEIMER, Seltenheit 305
siehe auch »Migrationsgesetz« und »Transformationsgesetz«

Gesindezwangdienste, Ablösung 44

Gesundheit, gesellschaftliche 160, 326
Gesundheitsschäden, siehe »Ökologie«

Getreideimport zur Geflügelzucht 89

Gewalt
Gesellschaft bildende, aber noch keine gesellschaftliche Beziehung 154
als Mittel der Einkommensdifferenzierung 168, 169
in d. Gesellschaft und gegen Kinder 315 f

Gewaltkonkurrenz 107

Gewaltmonopol des Staates 70

Gewerfleiß 90, 91

Gewerbefreiheit, Einführung 41, 43, 47, 62

Gewerkschaften
Fixierung auf abhängig Beschäftigte 185, 218, 329
Lohnpolitik 213, 264
Arbeitslosenversicherung 250
Koalitionsverbot 336

Gewerkschaftsbewegung 38, 94, 218

Gewissen 77, 104 f, 251 f, 360, 377

Gilden 142

Glaswerke Warmensteinach 64

Gleichgewicht
der Kräfte 25
Kritik des ideologischen Gleichgewichts-Verständnisses 195, 233
versus Ausgeglichenheit 195 f
primäres und bedingtes G. 116 f
kapitalistisches 206, 218, 242
ökonomisches G. 373

Gleichheit 140
rationelle 201

Glück
der bürgerlichen Gesellschaft 53
nach ADAM SMITH 79
das G. des anderen darf nicht zerstört werden, nur weil es dem eigenen im Wege steht (SMITH) 83
am Arbeitsplatz 214

Goldmark, Wert 374

Goldwährung, Wertebasis 260

Grenznutzentheorie 189
Kritik des Psychologismus 30, 189

Grenzschutz als Aufgabe des Staates 158

Großbetrieb
verhängnisvoll für Kleingewerbe 63
natürliches und unnatürliches Größenwachstum 175, 176, 223

Größenphantasien des selbstreflexiven Individuums 141

Großgrundbesitz 121, 135, 149, 159, 165
herrschende Klasse 67
Grund und Boden, siehe »Boden«
Grundadel 43
Grundrententheorie (RICARDO) 132
Grundtypen körperschaftlicher Organisation 141
Gruppendynamik (Konsumgenossenschaft) 269
Gruppenhandeln unter Unsicherheit 311
Gruppen-Ich
Träger von Willen u. sozialer Ordnung 70
und Gruppen-Wir 106, 152, 182
Gruppenpsychologie von Käufern und Verkäufern 146
GUS, Inflation 263
Gutsherrschaft
und Fürsorgepflicht 44
Gerichtbarkeit u. Züchtigungsrecht 46

H

Habgier 79
Haltungsübernahme 76
Hamburger Konsum-, Produktiv- und Bau-
genossenschaft »Produktion« 121, 283
Handel trotz knappem Geld, Geldersatz 265
Handel
Konzentrationsprozesse 184
Preisaufschläge 273
Handeln, kommunikatives 76
Handelsbilanz, Bedeutung der Ausgleich-
lichkeit 85, 210, 295
Händler, Interesse an sinkenden Löhnen der
Produzenten 61
Handlungsmotive, nachträglich konstruierte
105
Handwerker
Zuzug aus der Provinz nach Berlin 61
wurden früher von Banken als kreditun-
würdig angesehen 255
Hansen 142
Harmonie
der Gesellschaft 76, 82
der Interessen 139 ff
in der Produktivgenossenschaft 144
der Wirtschaft 223, 226
der Käufergenossenschaft 271
Hauswirtschaft, Eigenproduktion 210
Heimarbeiter (Frühkapitalismus) 52, 181
hellenische Republik 72

Herorismus 167, 206, 224, 268
Herrenklasse, postfeudale 136
Herrschaft, Definition 153
ständische Bindung an Boden und
»Herrschaft« 41
versus »Genossenschaft« 152, 162, 331
ff
tradierte »Normalität« 315
Notwendigkeit alternativer Formen des
Zusammenhaltes bei Wegfall der H. 329
Begriff und Bedeutung 331 ff
Glauben an Legitimität 344
Hierarchie 52, 101, 158, 264, 332, 342 f,
364, 377
Hilfeleistung (LUHMANN) 93
historische Schule der Nationalökonomie
(SCHMOLLER) 189
Hochgeltung, siehe »soziale Hochgeltung«
Hochgeschwindigkeitszüge 184
Hochtechnik, Abgrenzung gegenüber Ka-
pitalismus 97, 103 f
internationales Tauschverhältnis ge-
genüber Einfachprodukten 88 f
Gleichsetzung mit Kapitalismus bei
L. v. MISES 112
hochintegrierte Produkte 175, 211, 223,
243, 298
Hoffnung auf eine bessere Zukunft (Moti-
vation) 314
Hohenzollernstaat 67
Hörige, Tributpflicht 40, 159, 172, 181
Humanität 325, 359
Hungerkonkurrenz 42
Hungerkrisen im vorindustriellen Europa
und Lebensmittelmarkt 273 f
Hungerrevolten 52
Hungersnot (1846/47) 57
Hungertyphus 315
Hypnose 277

I

Ich-Interesse 141, 152
Identität, Begriff und Anwendung bei Ge-
nossenschaftsbanken 262
Ideologie 105, 190, 203, 223, 344
des Laissez-faire 95
Wesen der I. 361
siehe auch »Klassentheorie«
imitation par opposition 114
Imkertum, gewohnheitsrechtliches 159
Immobilienbesitz, wertstabiler 246

Indio, Wortbedeutung 323
Individualbedürfnis versus Kollektivbe-
dürfnis 92
Individualismus 16, 251, 312, 323
Grenzen des I. bei SMITH 78
nicht Indiv., sondern Herrschaft einzel-
ner
über die als Individuum wirtschaft-
lich
unfreien Massen ist das Problem 91
siehe auch 83 (atomistisches Staatside-
al),
312 (Vereinzelung), 377 (Vereins-
amung) und »Freiheit«
individualistische Perspektive in den Wirt-
schafts- und Sozialwissenschaften 140
Individuum
Bedrohung der ungehinderten Initiative
(SMITH) 90
getäushtes Selbstbewußtsein 141
Industrialisierung
beginnende 41
Abhängig von effizienter Nahrungsmit-
telversorgung 275
Industriegesellschaft, typische Abfolge bei
der Entwicklung zur I. 135
industrielle Revolution 48 ff
geringe Verantwortung der Technik an
Abstieg der Handwerksmeister 61
Industriezentrismus 53, 171
Inflation 262 f
Inflationsschutz 264 f
Inflationssteuer 238, 244, 260
innere Kolonisation 50
Innovation
veralteter Industriezweige 88 f
sozialer Großgebilde 229 f
durch Kostendruck 376
siehe auch »Strukturanpassung«
Integration der Märkte und Massenproduk-
tion 48
Interesse, bestimmt übliche Haltung einer
Gruppe 105
Interessengegensätze
in der Ständegesellschaft 66
& Harmonie als Objekt d. Soziologie 139
in Verkäufergenossenschaften 143
gesellschaftlicher Klassen 233
Interessenübereinstimmung der Geber- und
Nehmerländer bei Auslandskrediten zur
Absatzfinanzierung 87
Interessenverletzung, kaum möglich bei
hohem Freiheitsgrad 269

internationale Arbeitsteilung 85, 89
internationale Schuldenkrise 86
internationaler Wettbewerb 88
Interventionismus, staatlicher 89 f, 295
Investitionsbereitschaft 221, 244
und Marktsättigung auf Märkten mit
knappheitsbedingten Extraprofiten 25
Investitionsmotive 216, 249, 268
Irokesen, fünf Nationen der I. 226
Irrtum 22, 29, 37, 95, 127, 162, 217, 278,
293, 337, 361
Israel, Aufbastrategie 319 f

J

Jacobs Hobel (BASTIAT) 106
Japan 87, 122, 184, 376
jüdische Reformgemeinde, Berlin 118
Jugend
Umgang mit der J. 186
siehe auch »Ausbildung« 191

K

Kampf »jeder gegen jeden« 82
Kapital, Begriffsverständnis 97-100
Freiheit des K. 90
mythisch besetzt 203
inwiefern notwendig für Arbeit 243, 309
K. »arbeitet« nicht 243
und Kredit, Abgrenzung 308 f
Kapitalbesitz, Streuung 96, 185
Kapitalexport und -flucht 87 f
Kapitalismus, Definition 95
Haß der Arbeiterschaft auf den K. 19
gewordenes Verständnis und Suche nach
möglichen Alternativen 36
erste und zweite Blüteperiode 43
verschiedene Auffassungen vom K. 99
als Wirtschaftsordnung 102, 103
Wechsel vom agrarischen zum industri-
ellen 108
Verherrlichung bei L. v. MIESES 112
Überwindbarkeit des K. 135, 144
Bastard aus Knechtschaft u. Freiheit 182
weitere Abgrenzung 184, 229
nur möglich bei Überangebot an Arbeits-
kräften (Arbeitslosigkeit) 209
arbeitshemmende Blockade 322
Kapitalist, Schmähung 344
kapitalistischer Geist 140, 143

Kapitalmarktzensen und Wohnraumangel
244
Kapitalprofit
Einkommen aus K. 97
Rechtfertigung 106
Ursache 182
Kapitalstücke, zinstragende 220
Kapitalverhältnis 99, 220
Definition 102
kapitalverwertungsorientierter Aufbau der
Wirtschaft 185, 211
Karolingerreich 142
Kartell 108, 184, 294
versus Genossenschaft 339 f
Kartellgesetz 164, 175
kategorischer Imperativ (KANT) 76, 112,
118, 313, 340 f
Käufer und Verkäufer, unterschiedliche
Psychologie 23 ff, 145, 146
Käufergenossenschaften 145, 271, 302
Kaufkraftdisparität, internationale 88
Keynesianismus 295
Kibbuz 320 ff
Kinderarbeit 58, 94, 359
Kinderfibel, siehe »Akkumulation, ur-
sprüngliche«
Kindersterblichkeit 56
Kindesmißbrauch 57, 234
Kirche
Versorgung der Armen 52
geistiger Herrschaftsanspruch 329, 367
enge Verbindung mit weltlicher Herr-
schaft 336 f
Klasse(n)
genießende und notleidende 54
Entstehung 54, 149 ff, 166, 171
Anteile in Wuppertal (1861) 55
soziale 153
herrschende 191
Klassengegensätze, Aussöhnung 95, 162,
363
Klassengesellschaft 162, 191, 192
Klassenkampf 38, 203
Klassen-Macht-Verhältnis 114
Klassenmonopole 40, 43, 159, 181 ff, 248,
338 f
der Händler 274
der Arbeitgeber 302
Klassenscheidung 110, 137, 151, 158,
205 f, 233, 320
Klassenstaat, Wesen 95

Klassentheorie
wirtschaftswissenschaftliche 106, 190,
203, 374
staatstheoretische 158
Klassenverhältnis 165, 171
Kleiderhändler, Druck auf die Entlohnung
der Schneider durch K. 61
Kleinststaaten 369
Knappheit
strukturell verankerte 205, 233
des Kredites 261, 309
Koalitionsverbote 38
strenge Auslegung in Sachsen 284 f
als Charakterpflanze der Klassenherr-
schaft 335
Kohleförderung 88, 200
Kolchos 312, 321
Kollektivbedürfnis (öffentliches Interesse)
92
Kollektivunternehmen, Kritik von SMITH
90
Kollektivwesen, Gesellschaft als K. 65
Kolonialismus 104, 251, 322
Kolonisation, innere 50
Kommune 320
Kommunismus 37, 169
Wirtschaftskonzeption 20
Manifest der Kommunistischen Partei
(1848) 59
marktlose Gesellschaft 96, 169, 183
Negativ der Bourgeoisökonomik 114,
183, 229
Einkommensverteilung 197
kommunistische Siedlungen 197, 321
komplexe bzw. hochintegrierte Produkte
175, 211, 223, 243, 298
Konfliktregulierung (Genossenschaft) 269
Konformität und Widerspruch 230
Konjunktur, antizyklische Produktion in
der Siedlung 318
Konjunkturtheorie 114 f, 219 ff
Konkurrenz
freie 40, 94, 179, 225
harter Konkurrenzkampf der Handwer-
ker (1800/1850) 62
vollständige 108, 175
verschiedene Arten der K. 144
Wesen 148, 179
Abschaffung 169
Gegenspieler des Monopols 179
Druck 298
Konsens, gesellschaftlicher 82, 148, 160,
161, 363, 377

Konsensprinzip (Genossenschaft) 269, 290
Konstruktivismus 30, 325
Konsument
»Besteuerung« durch Produzentenmono-
pole 181
Leichtgläubigkeit 280
Konsumentensouveränität 25, 184, 276,
278
Konsumgenossenschaft 236, 268 ff
Gruppendynamik 269
Verbreitung 270
emanzipatorischer Gedanke 270
»Produktion«, Hamburg 269, 283 f
»Dortmund-Kassel« 270
Rückvergütungsverbot 270, 274, 285 ff
zwei Existenzchancen 271
Kritik der Entfremdungs- und Ökonomi-
sierungstendenz 272
Umgestaltung d. Wirtschaftsordnung
284
Vereinnahmung und Umgestaltung der
K. während der NS-Diktatur 286 f
Untergang 287 f
Konsumverein »Hülfe« 121, 283
Kontinuität und Wandel über die Zeit 150
Konzerne, internationale 108
Kooperation als kleinstes Mittel der indi-
viduellen Bedürfnisbefriedigung 173,
311
Kooperation, friedliche 152, 311
Korruption 33, 176
Begleiterscheinung wirtschaftlicher Ab-
hängigkeit (SMITH) 91
Kostenexternalisierung (SMITH) 83
Form der Ausbeutung 360
Krankenversicherung 250

Krankheit
der Gesellschaft 160 ff, 316
Verbreitung körperlicher K. 314, 315
Kredit, Wortbedeutung 257 f
internationaler 87
Ausfallrisiko 255
Kreditbedarf, gesellschaftlicher 258, 309
Kreditgeld 258
Kreditgenossenschaften 254 ff
Kreditrisiko, Abschätzbarkeit 255, 308
Kreditzyklus G-?-G' 100
Kreislaufräume der Wirtschaft 223
Krieg
als Form wirtschaftlich orientierten Han-
delns (WEBER) 28
ökonomische Hintergründe 34
Vorhersage durch OPPENHEIMER 39
Zerstörung des Krieges begünstigt
Wohlstand nicht 20
Not und Elend durch K. 52
kriegerische Wirtschaftspraktiken im
Frieden 164
Arbeitsbedarf 185
Entschädigung 220
Abrichtung der Soldaten 316
ausgelöst durch Sonderinteressen der
herrschenden Klasse 364, 369
und Trieb 367
Kriegshandwerk in primitiven Gesellschaf-
ten ehrenwert 172
Kriminalität
in den ehemals kommunistischen Län-
dern 23
Begleiterscheinung wirtschaftlicher Ab-
hängigkeit (SMITH) 90
ähnlich siehe auch OPPENHEIMER 92
gering in Siedlungsgenossenschaften
315
Krisentheorie des Kapitalismus 87, (191),
219 ff
kritische Gesellschaftstheorie 132
Kultur 23, 82, 104, 112, 128, 142, 162, 172,
186, 205, 207, 224, 228, 258, 272, 281,
293, 298, 308, 312 f, 321, 330, 359, 363
f, 371, 373 ff, 378
und Natur 136
und Subkultur 282, 299, 313, 348
K.-Revolution 344
Kundenorientierung der Genossenschaft als
besondere Dienstleistung 282 f
siehe auch »Nachfrageorientierung«
Kunst der sozialen Organisation 140

L
 laboristische Ökonomie (VOGT) 211 ff
Laissez-faire 107
 SMITH kein Verfechter des L. 72
 Laissez-faire-Kapitalismus 17, 93 ff
 Land, siehe »Boden«
 Landabtretung als Entschädigung der Gutsherren für ihre Einbuße an bäuerlicher Arbeitskraft 44 f
 Landesverteidigung 369
 Landflucht, siehe »Migration«
 Landreform 138
 landwirtschaftl. Produktivgenossensch. 317
 landwirtschaftliche Abwanderung und gewerbliche Zuwanderung in Preußen 51
 landwirtschaftliche Produktion, Anteil 66
 Lateinamerika 43, 137, 138
 Inflation 263
 learning by doing 311
 Lebensformen, neue 311 ff
 Lebensgemeinschaft (Kommune) 320
 Lebenskonzeption, aktive und passive 270, 281 f
 siehe auch »Individualismus«
 Lebensraum, Gestaltung 312, 316, 326, 359
Lebenszeit
 Einsatz und Gestaltung 185, 216, 290
 Verbrauch 278, 279, 282
 Begrenztheit 356
 Legitimationskosten, Reduzierung 361
 Legitimationslehre 106
 Legitimationsverfahren, parlamentarisch 71
 Legitimus 336, 340
 Legitimität, Glauben an 344
Leistung(s)
 -äquivalenz siehe »Tauschgerechtigkeit«
 -konkurrenz und -wettbewerb 107, 206
 -verdichtung 290
 Problem der geregelten Erzwingung 229
 Problem der internen Leistungszurechnung bei Großunternehmen und in marktlosen Wirtschaften 22
 Lenep 57
 lernen, Offenheit des »Systems Mensch« 77
 Letchwortch bei London, Gartenstadt 314
 liberaler Sozialismus (OPPENHEIMER) 17
 siehe auch »Sozialismus«

Liberalismus 68 ff, 112, 149, 203, 285, 371
 als Auslöser produktivtechnischen Fortschritts 48
 als Gegner der Arbeiterschaft und Entstehung der Sozialdemokratie 109
 Vorwurf d. »ideologischen Fassade« 111
 Forderung des alten L. 226
 Liebe 37, 81, 92, 118, 281, 324
 Lohnarbeiter, Entstehung 41
 Lohndifferenzierung 197
 Lohngesetz, ehernes (RICARDO) 94
 Lohngrenze, untere 42
Lohnhöhe
 ertragsabhängige L. 201, 264
 und industrieller Fortschritt 208, 375
 Senkung durch Arbeitgeberkartelle 213
Lohnkosten im internationalen Vergleich und in Abhängigkeit von den Wechselkursen 88, 295
 siehe auch unter »Arbeit«
 Lohnteilung zwischen Meister und Gesellen im Mittelalter 43
 Lüge 118

M
Macht 153
 in funktionierendem Gemeinwesen moralisch gebündelt 83
 „M. gebiert Mehr-Macht“ 114
 konzentrierte 91, 176 f, 191, 371
 durch Assoziation 340
 Machtergreifung Hitlers 346
Machtpositionen
 Einkommen aus M. 96, 179, 190
 Ausbeutung durch M. 98
 Manchester 59
 Manchester-Liberalismus 41
Mangellagen
 rechtlich geschützte Chance zur wirtschaftlichen Nutzung 102
 und Genossenschaftsgründungen 227
 Manifest der Kommunistischen Partei 59
Markt
 -störung 171, 216
 -transparenz 202
 -versagen 233
 und Plan als Regelungsprinzipien 21 f
 Prinzip nichtpolitischer Regelung 69, 174
 Marktgenossenschaften, freie 142

Marktintegration 84
 und Massenproduktion 48
Marktmechanismen
 Strategie der Überwältigung statt Bewältigung (Macht) 23, 175, 176
 heilende und zerstörende 171
 Marktpolizei zur Verhinderung v. Monopolbildung u. Behinderungskonkurrenz 107
Marktwirtschaft(en), zwei Grundtypen 107, 199 f, 207
 Versagen früherer M. 19, 94, 225
 Neigung zur Monopolbildung 69, 94
 Lehre von der M. 147
 Aufgaben der M. 183 ff
 Gestaltbarkeit 196
 Marktzutritt, freier 96, 296
 Markuskirche, Venedig 202
 Marxismus 345
 Märzrevolution von 1848 67
 Maschine, Freisetzung durch die M. 47, 209, 214, 304
 Massenarbeitslosigkeit und Systemversagen 19, 209
 Massenmeinung und Widerspruch 229 f
 Massenproduktion 48
 Materialismus (Konsumorientierung) 279
 Maximierung des gesellschaftlichen Gesamtertrages 73
 Mechanik, Kunstfertigkeit vor der »industriellen Revolution« 48
Mehrwert 96, 97, 142, 167, 206, 207, 219
 Begriff und Problem der Beseitigung 40 f, 103
 und Minderwert 40, 96, 182
 Ableitung 182
 Meinungsbildungsprozeß, natürlicher und Beeinflussung durch Massenmedien 277
 Meister, Proletarisierung 60 ff
Mengenregulierung des Marktes 183, 185
 bei sinkenden Preisen schränken Verkäufer Menge nicht ein 147, 221
Mensch
 betriebswirtschaftlicher Elementarfaktor 91, 94
 »Natur« des M. 139, 148, 160
 Menschenwürde 162, 235, 290, 316, 360
 Menschheit, Erhebung zur Gottheit durch FEUERBACH 37
 Merhavia (Merchawjah) 121, 320 f
 Merkantilismus 374

Meteorologie, Übertragung einer Erkenntnisfigur auf Ökonomie 196 f, 223
 Methode, deduktive 133, 195, 223
Mexiko 323
 Sozialforschung 131
 Mexiko-City 323
 Mieterwechsel und Preissteigerung 244 f
 Migration 43, 47, 143, 323
 Migrationsbewegung und Reservearmee in den industriellen Zentren 44 ff, 304, 323
 Migrationsgesetz, GOLTZsches und OPPENHEIMERSches 47
 Mildtätigkeit 191
 Militärgüterproduktion 48
 Militärschneider, Konkurrenz der Zivilschneider durch M. 61
 Minderwert, siehe »Mehrwert«
 Mini-Max-Prinzip 73, 92
 Mißbrauch, sexueller M. als Folge der Wohnungsnot 234
 Mißernten 52
 Mitbestimmung, Vertreter der Politik in den Aufsichtsgremien der Unternehmen 328
 Mitempfinden 75
 Mitleid 74, 252, 293, 325
Mittel, politische und ökonomische
 Begriffsklärung 171 ff
 Formen der Einkommenserzielung 27, 160
 Ursprung der Klassenscheidung 165
 Mittelalter, kennt wirtschaftliche Ausbeutung des Nebenmenschen nicht 42
 Mobilität (Wohnraum) 245, 247 f
 Mode (Kleidung) 280
 Modellökonomie, siehe »Wirtschaftswissenschaft«
 Mondragón 64, 255, 261, 318

Monopol

- Abgrenzung 178, 201
- Definition 179
- verletzte Tauschgerechtigkeit 40
- bei Verwertung von Arbeitskraft 63
- Tendenz zur Monopolbildung in Marktwirtschaften 69
- inländischer Produzenten bei Schutzzollpolitik oder Einfuhrverboten 84 f
- setzt die Selbstregulierung der Marktwirtschaft außer Kraft 86
- reduziert den möglichen Wohlstand 91
- und wirtschaftliche Ausbeutung 98
- deutsche Antimonopolgesetze 164
- Reaktion auf Existenzangst 250
- Monopolarten 177, 180 f
- Monopolgeld, staatliches 258 f, 263
- Monopolgewinne 101, 147, 179
- Monopolgüter, ideale 98, 102 f
- Monopolisierung*
 - der Märkte 94, 171
 - des Produktionswissens 310
- Monopolkommission 164
- Monopolpreise, begrenzt durch Substitutionsgüter 98
- Moral*
 - kein Bestandteil der Ökonomik 72
 - ist verankert in den auf Bezugsgruppen hin orientierten Personen 73, 313
 - Ursprung 76
 - gesamtgesellschaftliche 78, 82
 - nachrangig bei Existenzbedrohung 225
- Moralität des Menschen 140
- Moralphilosophie A. SMITH 74 ff
- Mord und Blutrache (Eskalationsstufen) 39
- Moschaw 320
- Motive, nachträglich konstruierte 105
- Muskelhypothek (Wohnungsbau) 237

N

- Nachfrageorientierung 174, 178, 183, 184, 282
- nachträgliches Rationalisieren, siehe »Rationalisieren, nachträgliches«
- Nachwuchs, Förderung zur Erneuerung der Gesellschaft 92
- Nahrungslosigkeit 54
- Nahrungsmittel, effiziente Versorgung mit
 - N. ist Voraussetzung für Kaufkraft bei hochentwickelten Industriegütern 275
- Nationalökonomie, siehe »Wirtschaftswissenschaft«

- Natur des Menschen 139
- Neid, das Beneiden der Reichen durch die Armen 66
- Neoliberalismus* 14, 15, 32, 187
 - Dogmen 70
- New-Lanark 314
- Niederhermsdorf 234
- non competing groups 209
- Norm, siehe »Werturteil«
- Normalität*, tradierte 186, 229
 - gesellschaftliche 279 ff, 293, 343
 - siehe auch »Wirklichkeit«
- Normalitätsglaube, der uniforme N. und die Vielzahl theoretisch denkbarer Normalitäten 27, 378
- Not der Nachfrage 103
- Notenbank, siehe »Bundesbank«
- Notenpresse (Geld) 263
- NS-Diktatur, siehe »Faschismus«
- NS-Dozentenbund 349
- Nutzen, menschliche Genuß-Kategorie 185, 211
- Nützlichkeit*
 - Gesellschaft kann durch Austausch guter Dienste aufrechterhalten werden 81
 - der Unternehmen 177
 - Ziel der Produktion 214, 298

O

- Obdachlosigkeit 245
- Obrigkeitsstaat, josefinischer 67
- Obstbaukolonie Eden bei Oranienburg 121
- Odenwaldschule 186
- Offenheit des »Systems Mensch« 77
- öffentliches Interesse 92
- Öffentlichkeit, Druck der 77
- Ökobank 255
- Ökologie 92, 191, 217, 330, 359
- Ökonomie*
 - und Ethik 72 f
 - Vorstellung der Stromgrößen und Regelkreisläufe 189
 - und Humanität 359
 - politische und reine 139, 144, 160, 183 ff,
 - 199, 208 f, 275, 305
 - Systemfehler 228
 - Verbindung von Staat und Wirtschaft 175, 328 f
 - siehe auch »Wirtschaft...«
- ökonomische Mittel, siehe »Mittel«

- ökonomisches Prinzip (Wahl des kleinsten Mittels) 73, 92
- Ölkrise 200
- Oppenheimer, Franz*
 - Motivation und Forschungsinteresse 31
 - Vordenker der Soz. Marktwirtschaft 14
 - Familienverhältnisse 117 ff
 - biographische Übersicht 119
 - Verdrängung seines Ansatzes 129
 - Stellung in Wissenschaft und Politik 130
 - wissenschaftliche Haltung 133
- Opportunitätskosten 243
- Ordnung*
 - gottgewollte (Ideologie) 37, 105
 - Unterordnung als Ordnungsziel 346
- Ordnungspolitik 72, 73, 294
- Ordoliberalismus 218
- ordre naturel 110, 226
- Organizismus, Irrlehre 120

P

- Pädagogik 186
 - Palästina, Besiedelungsplan 121
 - Papiergeld 262
 - siehe auch »Geldtheorie«
 - Paradigmenkonflikt 129
 - Parlamentarismus, zentraler 366 f
 - Parlamentsherrschaft 71
 - Parteien 367, 369
 - Partikularismus 369
 - Patentrechte 97, 98, 175, 180
 - Pauperismus 41, 52 ff
 - Personalkredit, dinglich ungesicherter 256
 - Personalmonopol vs. Klassenmonopol 181
 - Persönlichkeit, subsoziale, soziale und suprasoziale (OPPENHEIMER) 281, (377)
 - Persönlichkeitsentwicklung 313 f
 - und Partnerschaft 364
 - Physiokratie 108, 340, 374
 - Planung zur Zielorientierung der Marktwirtschaften 21
 - Planwirtschaft* 19, 225, 294
 - versus Marktwirtschaft 21
 - siehe auch »Kommunismus«
 - Polen*
 - Staatsgründung und Einwanderungspolitik 42
 - Anwerbung von Wanderarbeitern 51
 - Politik als Beruf 71
 - politische Ökonomie, siehe »Ökonomie«
- Politisierung der Gesellschaft zum Zwecke der Entpolitisierung der Ökonomie 275
 - Posamentier-Handwerk, Berlin 60
 - Post 184
 - Prästationsfähigkeit 159
 - Preisaufschlag der Händler 273
 - Preisbildung*
 - freie P. als Voraussetzung objektiver Leistungsbewertung 22
 - vollständige Konkurrenz 175
 - Preisdisziplin der Anbieter 264
 - Preissignale (Marktsteuerung) 174, 202, 246, 294
 - Preußen*
 - Gewerbestatistik 49
 - Eroberung Deutschlands 67
 - Privatheit, Verzicht auf 321
 - Privilegien
 - Ablehnung durch SMITH 90
 - der Priester 337
 - Problemlösungen*
 - Anstrengung der Suche und Umgehung 70, 174
 - Problemlösungsverhalten 186
 - Produkte, hochintegrierte bzw. komplexe 175, 211, 223, 243, 298
 - Produktion, Begriffsbedeutung 145
 - Produktionsmittel, produzierte und unproduzierte 97
 - Produktionsplanung 185
 - Produktionsweise (VOGT) 211 f
 - Produktionswissen, Monopolisierung 310
 - Produktivgenossenschaft* 64, 143, 288 ff
 - im Mittelalter 43
 - Versuch der abhängig Beschäftigten, sich aus der Abhängigkeit zu befreien 98, 217
 - Verbreitung 98
 - im Mittelpunkt des Systems bei SCHULZE-DELITZSCH 268, 288
 - Problem des Absatzes 272 f, 307 f
 - der gerechte Preis für Arbeit 290, 302
 - Wettbewerbsfähigkeit 298
 - Finanzierung 308
 - siehe auch »Unternehmen, selbstverwaltete«
 - Produktivkräfte, Entfaltung 49, 171
 - Produktivvermögen, Verteilung 193, 221
 - Produzenten souveränität 24

Profit
Begriffsverständnis 97 ff
Höhe abhängig von Dringlichkeit des Austauschbedürfnisses 99, 216, 243, 244
versus Ertragsmaximierung 212, 216
Proletariat, Entstehung 52 ff
diejenigen, die infolge ihrer gesellschaftlichen Lage nicht zur Bildung von Vermögen oder höherem Arbeitseinkommen gelangen können 54
Proletarier, Begriff bei MARX 38
Propaganda, Funktionsweise 277, 279
Prophezeiungen, selbsterfüllende 106
Prostitution siehe »Armutsprostitution«
Protektionismus und Wohlstandsverlust 24, 295
Prozeßgleichgewicht der Volkswirtschaft 29
Push- und Pullfaktoren der Migration und Urbanisierung 41

Q
Quäker 314
Qualifikation, Begriffsdefinition 178
Qualifikations- und Einkommensunterschiede 96, 177 f, 186, 189, 199, 201
qualitas occulta (Logik) 142
Qualitätssicherung 174
Quantitätstheorie des Geldes 260

R
Rabattgesetz 286 f
Rahaline 315
Raschmacher-Handwerk, Berlin 60
Rationalisieren, nachträgliches R. nicht-rationaler Handlungen 105, 277 f, 325
Rationalismus, technologischer 48
Rationalität (WEBER) 155
Raub als kleinstes Mittel der Aneignung 172, 252, 346
Raubgier 80
Recht auf Wohnen 232
Recht des Individuums, seine Dienste und Produkte frei zu Märkten tragen zu dürfen 96, 179
Recht und Gerechtigkeit 330
Recht, Wurzel oft in geregelter Unterwerfung 229
Rechte und Chancengleichheit 181, 377

Rechts- und Geschäftsfähigkeit 213, 322, 330
Rechtsbewußtsein 53, 152
Rechtsbruch der Oberklasse 168
Rechtsschutz
gegenseitiger R. als Aufgabe der Gemeinschaft 83
als Aufgabe des Staates 158
Rechtstitel, profit- oder zinstragende 102, 220
rechtsungleiche Beziehung sozialer Klassen (Herrschaft) 153, 204, 332
Reformpädagogik 186
Regelungsbegehren staatl. Bürokratie unter dem Deckmantel sozialer Fürsorge 68
Reichsfinanzbehörde 352
Reichtum
das Beneiden der Reichen durch die Armen 66
problematischer und unproblematischer 26, 206
Reichtumsgewinnung, Mensch ist kein fühlloses Werkzeug zur R. (MOHL) 94
reine Ökonomie, siehe »Ökonomie«
Relativismus 118
Religion, siehe »Kirche«
Rentenversicherung, Umstellung des Dekretverfahrens nach I. Weltkrieg 237 f
Reproduktion der Gesellschaft 93
Reproduktionskosten der Arbeitskraft 40
Reservearmee 41, 42, 121, 209, 297, 302, 372
Ursprung auf dem Lande 43, 47
Voraussetzung für Mehrwertentstehung und Kapitalismus 40
Aufbau durch Import rechtsschwacher Arbeitskräfte aus dem Ausland 102
Revolution, proletarische 344
Revolutionsangst und Sozialstaatsidee 38
REWE 270
Reziprozität (Gerechtigkeit) 137, 154, 161, 252
Risikobeurteilung durch Kreditinstitute 255
Risikostreuung von (Versicherungs-)Gemeinschaften 250
Rochdaler Pioniere 269
römisches Reich 72, 137
Rückkoppelungseffekt „Macht gebiert Mehr-Macht“ 114, 220 f
Rückvergütungsverbot (Konsumgenossenschaften) 270

Ruhmsucht 79
Rußland 78
(GUS) 23
Rüstungsindustrie 175, 184

S
Saisonarbeiter 46
Sättigung (Bedürfnisse) 185, 210
Schafe fressen Menschen (TH. MORUS) 81
Schamlosigkeit 75
Scheingewinne, Entstehung durch Inflation und Besteuerung 263
Schichtung der Stände 149
Schneider-Handwerk 60, 62
Schollenbindung 43
Schuhmacher-Handwerk 60, 62, 64
Schuldgefühl bei Verletzung der Gerechtigkeit 82
Schuldverhältnis (Kredit) 97
Unauflöslichkeit 204, 265
Überschuldung 194
Knechtschaft 322
Schutzfunktion der Siedlung 317
Schutzzölle 108
Monopolwirkung 84
Schwundgeld (GESELL) 266
Seidenwirker-Handwerk, Berlin 60
Selbstachtung 313, 314
Selbständigkeit
Ideal der S. (SMITH) 90
Entwöhnung 306
selbsterfüllende Prophezeiungen 106
Selbsthilfe 240, 247
in der Gruppe 316
Selbstinteresse, berechtigtes 197
Selbstorganisation 186, 215, 218, 297
Selbststeuerung der Waren- und Dienstleistungsströme durch frei gebildete Preissignale 174 f
Selbststeuerung des Marktes 21, 33, 68 ff, 74, 176, 200, 232, 293
Selbstsucht 80
Selbstverantwortung 185
Selbstversorger 318
Selbstvertrauen der Vernunft (KANT) 118
Sensibilität 77
Seuchen 52
sexueller Mißbrauch von Kindern 57, 315
durch Wohnungsnot (historisch) 234

Shakers 314
Siedlungsgenossenschaft 121, 311 ff
Bärenklau 121
Integration aller Genossenschaftsarten 312
Siedlungskolonie Eisenach 121
Singularinteressen bilden in der Summe kein Gesamtinteresse 70
Sittlichkeit 118, 141, 314
Sklavennahme und Unterschichtung (Überlagerungstheorie) 137
Sklaverei 40, 72, 94, 99, 104, 137, 151, 152, 159, 160, 162, 172, 173, 181, 197, 338
Solidargemeinschaft
Imitation durch Versicherungsunternehmen 251
Konsumgenossenschaft 282
Solidarität 368
innergesellschaftliche 93, 140, 252, 296
bei gleichgelagerter Bedrohung 227
sozial, Begriffsbedeutung 68, 112
Sozialdemokratie, Entstehung 109
soziale Frage 36 ff, 302
nach OPPENHEIMER gleich Frage nach Ursache des Mehrwerts 39
des Handwerks 60
soziale Hochgeltung 225, 313, 344
Selbstbestätigung durch Abgrenzung von
den Armen 52
Suggestibilität des Menschen 277
soziale Kontrolle 77, 313
versus Gesetzesmacht 82
Soziale Marktwirtschaft
Orientierungsverlust hinsichtlich einer Theorie der S. 68
Abgrenzung gegenüber Sozialstaat und Neoliberalismus 187
Reduzierung der Ungleichheit 191
Vordenker 15
Wesen und Ziele 183 ff, 187 ff
Tendenz des Zerfalls bei fehlender Wirtschaftsordnung 187
Einkommensverteilung 197
soziale Orientierung des Menschen 277
soziale Ungleichheit 98
sozialer Kesseldruck 161
Sozialgradient 161, 194-202
Sozial-Gradient 195-199
Sozialisation 75, 313
siehe auch »Determinismus«

Sozialismus, Definition 96
 freiheitlicher S. 51, 194, 231
 Entstehung 109
 wahre Gesellschaft gegen den Staat 110
 und Liberalismus, Synthese 379
 Sozialistengesetze 38, 236
 Sozialität 75, 326
 Sozialliberalismus 109
 Sozialpolitik, Reparaturbetrieb kapitalistischer Unordnung 244
 sozialpsychologischer Determinismus 104, 227, 288
 Sozialreformer, besonderes Interesse an Fabrikwesen 53
 siehe auch »Industriezentrismus«
Sozialstaat 38, 187, 252
 Anspuch und Problem 190 f
 Einkommensverteilung 198, 296
Soziologie
 der Wirtschaft 14, 27
 des Wissens 104
 individualistische Perspektive 140
 Kunstlehre als Kunst der sozialen Organisation 140 f
 soziologische Staatsidee 151
 Sparvereine 254 ff
Staat
 siehe auch »Klassenstaat«
 Zuweisung der Verantwortung für die Lösung der Sozialen Frage durch LASSALLE 65
 Eigendynamik der Verwaltung 68
 Definition nach OPPENHEIMER 69
 Gewaltmonopol 70
 absoluter S. 108 f, 143, 157
 Entstehung 151, 156 ff
 Ausnutzung des Staatsinstrumentes durch Herrschende 24, 95, 229, 342
 Eroberung des Saates durch die Gesellschaft 17, 71
 Entwicklungstendenz und Zukunftsperspektive 365 ff
 Staatenbildung durch Eroberung und Unterwerfung 151
 staatliches Monopolvergelt 259
 Staatsaufträge (Industriepolitik) 175
 Staatsidee, soziologische 151, 162, 173
 Staatsverschuldung 87, 100, 243
 Stabilitätsgesetz 218
 Städtebünde 142
 Stadtentwicklung 324
 Städterepublik 72, 335
 Stahlproduktion 88
 Ständegesellschaft 52, 78
Standortvorteile
 natürliche und vorübergehende 89
 gesellschaftliches Ausbildungsniveau 243
 Statistisches Bundesamt 193
Steuern
 Recht der Besteuerung 69, 173
 Zwangsabgabe aller Bürger 175, 328
 hohe Umverteilungslast bei Massenarbeitslosigkeit 210
 Umverteilung zugunsten des Geldbesitzes bei Staatsverschuldung 243
 Umverteilung zugunsten unproduktiver Wirtschaftsbereiche bei Arbeitsmarktpolitik 293
 Stoa 165, 166
 Störung der klassenlosen Gemeinschaft (Kapitalismus) 95
 Strukturkrisen, vermeidbare 89, 184, 222
 Strukturwandel 150, 190, 200 f, 293
 siehe auch »Innovation« und »Selbststeuerung des Marktes«
 Strumpfwirkerei-Handwerk, Berlin 60
 subjektive Reziprozität, siehe »Reziprozität«
 subjektivistische Grenznutzenschule 189
 Subkultur 282, 299, 313, 348
 Submissionsabsprachen 176
 Subsistenzfähigkeit 53
 Subsistenzprinzip (Kritik) 290
 Substitution von Kapital durch Arbeit 237, 240, 247
 Subventionsmanagement 293
 Subventionspolitik 87 f, 108, 200, 241, 296
 Südkorea 21
 Südstaaten Amerikas 104, 137
 Suggestibilität 105, 107, 277 f
 summa capitalis 97
 suprasoziale Persönlichkeit 281, 377
 symbolische Interaktion 74
 Sympathie, Begriffsbedeutung 75
 Synthese von Sozialismus und Liberalismus 379
 Systemanalyse, wirtschaftswissenschaftliche
 siehe unter »Ausgeglichenheit«
 Systeme, herrschaftliche, Aktionshüllen ohne Moral 343
 Systemfehler 228

Systemkonstruktion ursächlich für Verhaltensausprägung 140
 Systemlogik droht das Lebendige zu unterdrücken 68

T
 Tapezierer-Handwerk, Berlin 60
 Tauschgerechtigkeit 40, 96, 139, 180, 209
 Tauschgeschäfte 173, 266
Technologie, Faszination 47
 nachfrageabhängige Durchsetzung und Verbreitung 48, 209, 375
 Kostendruck und Innovation 376
 Textilindustrie 43
 Theorie des kommunikativen Handelns (HABERMAS) 76
 Theorie von der Grundrente (RICARDO) 132
 Tierquälerei 252
 Tirol, Hungerrevolten 52
 Totalitarismus 346
 Trägheit 175
 Transaktionskosten (Wohneigentumwechsel) 248
 Transformationsgesetz 14, 144, 299 ff
 Transportkosten 89, 201
 Tribut, Mehrwert-T. der Sklaven und Hörigen 40, 159
 Trusts, internationale 108
 Tuchmacher-Handwerk, Berlin 60
 Tugenden, wirtschaftliche 169
 Tunesien 322

U
 Überbevölkerung 53 f, 217
Überbevölkerungstheorie 66
 Ursprung 110
 Überlagerungstheorie 137
 Überproduktion 211
 Überwindbarkeit des Kapitalismus 135
Umverteilung
 per Steuer im Sozialstaat 198, 210, 293 f
 der Versicherungsgesellschaften 251
 Umweltschäden, siehe »Ökologie«
 Unauflöslichkeit der Schuld (Kredit) 204, 265
 Unfreiheit, siehe »Freiheit«
 Ungarn, Hungerrevolten 52
 Ungleichheit, soziale 98

United Fruit Company 180
 Unrecht gepaart mit Autorität 331
 Unrechthandeln, durch Verstandesirrtum als Recht angesehenes 37, 337
 Unruhen, soziale (OPPENHEIMER) 92
Unsicherheit
 bei Planung und Aufbau von Produktionsstätten 174
 Bedürfnis der Überwindung von U. 250
 Gruppenhandeln unter U. 311
unsichtbare Hand 17, 78 ff, 86, 90, 108
 These (SMITH) 77
 freier Wettbewerb als Voraussetzung für funktionierende Selbststeuerung und Wohlstandsmaximierung 86
 Unterangebot 244
 Unterkonsumtion der Oberschicht 208, 219
Unternehmen
 Wandel vom wirtschaftenden zum politischen U. 177
 selbstverwaltete 212, 214, 215
 Ort der Kooperation 223 f
 Unternehmensgröße 108, 175, 298
 Unternehmer, Motivation und Stellung im Kapitalverwertungsprozeß 100 f
 Unternehmer, Produzent zweier Güter und (Klassen-) Monopolisten auf dem Arbeitsplatzmarkt 213
 Unterschichtung 137, 151
 Unterversorgung mit Wohnungen und Arbeitsplätzen 25
 Urbanisierung 41, 138, 143, 235, 323
 Urgesellschaft 165
 Urkommunismus 151
 Utopie 326, 364

V
Verantwortung
 für Folgen einer Entscheidung fällt selten
 auf Parlamentarier oder Staatsdiener zurück 70
 des Individuums gegenüber Mitmensch und Natur 330
 gegenüber Genossen 360
 Verbraucher, Zielperson der Wirtschaft 276
 Vereinsamung 377
 Vereinzelung 312
 siehe auch »Individualismus«
 Verfügungsrechte 197, 290, 321
 Vergeltung im Guten wie im Bösen 93

Verhaltensanpassung durch Erfolgs- und Mißerfolgs Erfahrung 140
 Verkäufer will bei Absatzkrisen mehr Wahreneinheiten mit geringerem Preis absetzen, um den Gesamtgewinn zu halten 147
 Verkäufer, siehe Käufer
Verkäufergenossenschaft 145
 Tendenz zur Abschließung 143, 302
 Verkaufsmonopole 101
 Verkehrsgenossenschaften 70
 Verkehrsunternehmen 365
 Vermehrungsverbot für die Armen 66
 Vermögensklassen, Entsolidarisierung bei Verlust gesellschaftl. Wertebasis 93
Vermögensscheidung der gesellschaftlichen Klassen 97, 103, 151, 165, 203 f, 373
 Rechtfertigungsstrategie 107, 204
 Vermögensverteilung 186, 192 ff
 Veröffentlichungsverbot für nichtarische Schriften 123
 Versicherungen 249 ff
 Versicherungsbetrug 251
 Verstaatlichung der Großunternehmen und privaten Monopole 19
 Verstädterung, siehe »Urbanisierung«
 Verstand, Ausbildung 77
 Verteilungskampf 296, 374
Vertrauen 118, 251, 310 f, 333, 377
 im Kreditwesen 256
 Verwaltung, siehe »Bürokratie«
 Verzehrbarkeit des Menschen, begrenzte 221
 Volkseinkommen 294
 Volkswirtschaft als Sozialorganismus 29
 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung 223
Volkswirtschaftslehre
 als Teildisziplin der Soziologie 28
 ideologisch verkürzte Grundbegriffe 29
 Begründer der theoretischen Nationalökonomie 120
 Psychologismus 189
 siehe auch »Wirtschaftswissenschaft«
 Volkswirtschaftspolitik, private 231
Vollbeschäftigung 296
 Grundüberlegungen 73
 Durchbrechung 214
 Stabilitätsgesetz 218
 Vorprodukte 243, 308
 Vorteilsmaximierung 252
 Vulgärökonomik (MARX) 109, 171

W
 Wahlfreiheit durchbricht Herrschaft 339
 Wahlgemeinschaften 377
 Wald- und Weidenutzung, Bedrohung der Existenz durch Fortfall 45
 Walkemühle, Dänemark 186
 Wandel, siehe »Strukturwandel«
 Wanderarbeiter 46
 Wanderungsbewegung, siehe »Migration«
 Weber-Handwerk 62, 181
 Wechsel, naheliegende Erfindung 258, 262
 Wechselkurse, freie und gebundene 87
 wechselseitige Beeinflussung 74
 wechselseitige Liebe (SMITH) 81
 Weideflächen, Umwandlung von Ackerflächen in W. (England) 81
 Wein, Herstellung in Schottland mit dreibigfachem Kostenaufwand möglich (SMITH) 85
 Weißstein 234
 Welt am Montag (Zeitung) 121
 Welthandel 85, 200
 Weltkrieg II, Vorhersage 39, 136
 Weltwirtschaftskrise 19, 196, 293, 293
Werbung 276, 279
 Funktionsweise 277, 281
 Werkzeug, begriffliche Abgrenzung von »Kapital« 103
 Wert (Tauschwert) 40, 180, 257
 Wertebasis des Kreditgeldes 258, 265
 Wertebasis des gesellschaftlichen Zusammenhaltes 93
 Werteinheit, Fixierung 259
 Werterhaltung (Motiv) 243
Wertschöpfung 90
 und Monopolgewinne, Aufteilung 101
 Wertspeicher 243, 256
Werttheorie
 Arbeitszeit und Arbeitswert 178, 259
 subjektive und objektive W. 189
 Werturteil(sfreiheit) 29, 161, 196

Wettbewerb, friedlicher 144
 friedlicher und feindlicher 225 f
 um die Kundenakzeptanz 22
 Freiheit des W. 86, 191, 340
 internationaler 88
 Ausgleich der Einkommen 177, 183
 verschiedener Lösungsansätze sichert Strukturwandel 230
 siehe auch »unsichtbare Hand«
 Wettbewerbsdruck sichert Findung von Problemlösungen 70
Wettbewerbsfähigkeit 293
 Beeinträchtigung bei Wegfall der Kinderarbeit (historische Unternehmerposition) 58, 359
 Wettbewerbsmechanismen, Ausbebelung durch Staat, Politik und Wirtschaft 34
 Wettbewerbsordnung 293 f
 Wettkampf, feindlicher 142, 144, 219 ff, 225 ff, 272
 Widerstand, individueller 141, 230
 Wiederaufbau nach 1945, Kräfte 20
 Wiedervereinigung, Probleme mit der deutschen W. 32, 187, 272, 288
 Wiedervergeltung 82
 Wien, Siedlungswesen 284
 Wiener subjektivistische Grenznutzenschule 189
 Windkraftwerke 184
 Wir-Interesse 106, 141, 152
Wirklichkeit
 Definitionsmacht über 129
 Mensch ist Produzent seiner W. 325
 siehe auch »Normalität«
Wirtschaft
 „natürliche“ 26 f, 73
 Machtbeziehung zu Politik und Staat 24, 328
 produktiver Gesamtbedarf und Bedarfsstruktur 210
 zukünftige 371 ff
 wirtschaftliche Bedürfnisse, Raub u. Tausch als Mittel der Befriedigung 163, 171 ff
 Wirtschaftlichkeitsprinzip (Wahl des kleinsten zulässigen Mittels) u. Staatskunst 92
 Wirtschaftsgeschichte 188

Wirtschaftskrise 219 ff, 373
 von 1929: 19, 293 f
 von 1846/47: 57
 Verzögerung durch kreditfinanzierten Export 87
 als kapitalistisches Gleichgewicht 196
 Wirtschaftsmonopole, siehe »Monopole«
Wirtschaftsordnung
 und soziale Ungleichheit 98
 kapitalistische, wenn Ausgleich der Mangellagen durch Wettbewerb politisch unterlaufen wird 102
Wirtschaftspolitik 21, 72 ff, 187, 193, 227 ff, 231
 und Arbeitsmarktpolitik 293 ff
 Wirtschaftssoziologie 14, 27, 190
Wirtschaftswissenschaft
 Kritik der vorherrschenden Modellökonomie 28 f
 Erkenntnisauftrag 26 f
 Defizit bei Verständnis von SMITH 72
 Entstehung der ersten Systeme der Ökonomik 108
 Anweisung zum »make money« bei RICARDO 110
 Krise der W. 125, 127 f
 individualistische Perspektive 140
 Analyse unter dem Blickwinkel der Systemfunktion 194, 228
 mechanistische Sichtweise 295
 siehe auch »Ideologie« und »Volkswirtschaftslehre«
 Wirtschaftswunder 20, 128
 Wissenschaft 358
 Wissenssoziologie 104
Wohlstand
 Voraussetzungen 91, 201
 und Ökologie 191
 Erzeugung 191, 373
 Grenzen 208
 Wohlverhalten 75
 Wohngemeinnützigkeitsrecht von 1940, Verbot der Eigenbautätigkeit 239
 Wohnungsbau- und Wohnraumverwaltungsgenossenschaften 232 ff, 239
 Wohnungsbau, Selbsthilfe als Beschäftigungsinitiative 237
Wohnungsmarkt 25, 34, 182
 Erklärungsmodell 242
Wohnungsnot 232 ff, 241
 Ökonomie der W. 242 ff

Wohnverhältnisse

- der ländlichen Tagelöhner 46
- Wuppertaler Arbeitersiedlung (1860) 56
- Wucher 161, 168
- Wuppertal 55 ff

Z

- Zahlungsbilanz, Ausgleich abhängig von freien Wechselkursen 87
- Zahlungsmittel, verschiedene Formen 257 f
- Zeit, siehe »Lebenszeit«
- Zentralbank, siehe »Bundesbank«
- Zentralismus, Ende des staatlichen Z. 365-369
- Zerstörungen des Krieges haben Wohlstand Deutschlands nicht begünstigt 20
- Zettelgeld mit Zwangskurs 259, 263
- Zeugungs- und Vermehrungsverbot für die Armen 66
- Zins*
 - Verzinsung als Wirtschaftsziel 185
 - als Monopoltribut 204
 - Bestandteile 205, 244
 - hohe Zinsen schaden Wirtschaft 260, 263, 264
- Zinsknechtschaft d. Entwicklungsländer 86
- Zinsverbot, kanonisches 150
- Zionismus 114, 319
- Zitierkartell 349
- Zollschranken zur Schonung der inländischen Kapitale 24, 84, 175, 182
- Züchtigungsrecht der Gutsherrschaft 46
- Zukunftsvision OPPENHEIMERS, 362 ff
- Zuneigung, nicht unbedingt nötig zwischen Kaufleuten (SMITH) 81
- Zunft*
 - gesperrte und offene 43, 142
 - Abschaffung mit Gewerbefreiheit 62
 - Koalitionsverbote 335
- Zusammenhalt der Gesellschaft 82, 92, 252
- Zwischenhändler*
 - Druck auf die Entlohnung der Schneider durch Z. 61
 - Preisaufschläge 273
- Zwischenzusammenfassungen und Übersichten im Text 17 f, 111, 208, 228 f, 328, 381